

3 1761 06583336 0

Rechtswissenschaft.

4036



Presented to the
LIBRARY *of the*
UNIVERSITY OF TORONTO
by
Rutherford Library,
University of Alberta

052

g 470





S a n d b u c h

des

gerichtlichen Verfahrens.

Von

Dr. Joseph Wessely,

k. k. öffentl. ord. Professor der Rechte an der prager Universität, Referenten und
Botanten des k. k. böhm. Landrechtes und emerit. Dekane der juridischen
Fakultät zu Innsbruck.

Dritte Lieferung,

welche die Gesetze über die Taxen, das Mortuar, die Erbsteuer, das Abfahrts-
geld mit den Freizügigkeitsverträgen, und andere Giebigkeiten in Streitsachen
und im adeligen Richteramte bei Zivil- und Militärgerichten enthält.



Zweite vermehrte und verbesserte Auflage.

P r a g.

Verlag, Druck und Papier von Gottlieb Haase Söhne.

1 8 4 0.

Handwritten text at the top of the page, possibly a title or identifier.

Small handwritten mark or number.

Handwritten text, possibly a title or identifier, appearing below the first line.

Small handwritten mark or number.

Handwritten text, possibly a title or identifier, appearing below the second line.



Handwritten text: "Brief K"

Handwritten number: "0056762"

Handwritten number: "V.3"

Handwritten text, possibly a signature or mark.

Handwritten text at the bottom of the page, possibly a date or location.

Handwritten text, possibly a signature or mark.

Handwritten text at the bottom of the page, possibly a date or location.

Handwritten text, possibly a signature or mark.

Taxpatent in Streitsachen.

2168. Pat. v. 1. Nov. 1781 N. 28*).

§. 1. In Streitsachen sollen die Gerichtstaren nach keiner andern Bestimmung oder Richtschnur, als nach gegenwärtiger allgem. Taxordnung abgenommen werden, und es werden alle diessfalls bestandenen Gesetze und Gewohnheiten aufgehoben und unwirksam erklärt. S. **2169—77.**

§. 2. Jedermann, wessen Standes, Charakters, Religion oder Würde derselbe sei, ist in Rücksicht der Gerichtstaren in Streitsachen auf gleiche Art zu behandeln; auch hat zwischen Sr. Majestät eigenen, und den vor Höchst dero Gerichtsbehörden streitenden auswärtigen Unterthanen kein Unterschied statt. S. **1021 u. 2178—2202.**

§. 3. Die Taxe hat jede Partei zu bezahlen, auf deren Anlangen die der Taxe unterliegende richterliche Erledigung, Verfügung, Zustellung und sonstige Einschreitung geschehen ist. Nur die für die Inrolirung der Akten und das Urtheil bestimmte Taxe haben beide Parteien zugleich zu entrichten. S. **2203—12.**

§. 4. Die Taxen der ersten Klasse sind für die in der Hauptstadt jeder Provinz befindlichen Gerichtsbehörden bestimmt. Nur jene Privatgerichtsbehörden und Grundobrigkeiten, denen gemäß der Verfassung jeden Landes auch inner den Grenzen einer Hauptstadt die Gerichtsbarkeit gebührte, sind die Taxen lediglich nach der vierten Klasse abzunehmen befugt. S. **2213.**

§. 5. Die Taxen der zweiten Klasse sind für die Magistrate der in jedem Lande bestehenden großen Städte abzunehmen.

§. 6. Jene der dritten Klasse sind für die minderen, jedoch nicht ganz geringen Städte bestimmt.

§. 7. Nach der vierten Klasse sind die Taxen bei den Gerichten der geringsten Städte, der Märkte und Dörfer abzunehmen. S. **2214 bis 2219.**

§. 8. Dagegen sind jene, welche durch obrigkeitliches Zeugniß oder

*) Die Taxpatente vom 1. Nov. 1781 u. 13. Sept. 1787 sind seit 1. Aug. 1814 für die Provinz Krain, für das alte triestiner Gebiet und für die Distrikte Monfalcone, Quino und Sgonico, für die Grafschaft Görz und den villacher Kreis nach der in Ilirien kursirenden Metallmünze eingeführt worden (Kur. d. illir. provis. Generalgub. v. 30. Juni 1814 Z. 8174; Ergänzungsammlung 1. Th. 2. Abth. S. 191; und v. 8. Juli 1814 Z. 9124; S. 403). Insbesondere wurden die beiden Taxpatente dem k. k. Kollegial-Gerichte in Rovigno, so wie den kustenländischen Bezirksgerichten zur Darnachachtung vorgeschrieben (Hfd. v. 4. Mai 1816 N. 1240). Dieselben wurden auch in den wieder erworbenen Theilen von D. S., nämlich im Inkreise und den Parzellen des Hausruffkreises seit 1. Aug. 1817 mit der Bestimmung, daß alle Gerichte daselbst in die vierte Klasse gesetzt werden, eingeführt. (Hfd. v. 16. Juli 1817 N. 1349.)

sonstige Wege glaubwürdig ihre Mittellosigkeit darthun, gemäß der sie außer den unentbehrlichen Lebensbedürfnissen nichts besitzen, von aller Taxe zu entheben, und sollen die Taxen in jenem Falle, daß eine solche mittellose Partei mit einer vermöglichen streitete, nur zu dem Ende angemerkt werden, damit, wenn die vermögliche in den Ersaz der Gerichtskosten verfällt werden sollte, von ihr der Betrag der Taxe abgenommen werden möge. **S. 2220—42.**

§. 9. Den Betrag der Taxe hat der Richter auf jedes einzelne Stük der der Taxe unterliegenden Schriften genau anzumerken, die Parteien aber sich angelegen zu halten, den angemerkten Betrag des ehestens, jedoch Niemanden, als dem Richter selbst, oder der von ihm zur Einhebung der Taxen eigens angestellten beeidigten Gerichtsperson abzuführen, widrigens sie dem Richter für die nicht eingegangene Taxe, ungeachtet der an einen Dritten erweislich geschehenen Entrichtung zu haften hat. **S. 2243—4.**

§. 10. Wegen unterlassener Berichtigung der Taxe ist mit keiner richterlichen Verfügung, Erledigung und Zustellung zurückzuhalten, sondern der Betrag der Taxe einstweilen vorzuschreiben, und am Ende jeden Monates die haftenden Ausstände einzutreiben. **S. 2245—8.**

§. 11. Der unterfertigte Rechtsfreund hat für die Taxe seiner Partei zu haften. Doch steht ihm bevor, bei Uebernehmung einer Streitsache von seiner Partei einen verhältnißmäßigen Betrag zu fordern, und sich anmit sicher zu stellen.

§. 12. Dem Richter wird die Macht eingeräumt, den säumigen Rechtsfreund, oder wo deren keiner eingeschritten, die Partei selbst nach Verlauf des Monates durch den Gerichtsdiener der binnen den nächsten acht Tagen zu geschehen habenden Berichtigung der Taxe erinnern zu lassen, und wenn diese Erinnerung fruchtlos verstreichete, den Ausstand durch den schleunigsten Weg der Exekuzion nach Vorschrift des 307. §. der a. G. O. einzutreiben. **S. 2249—56.**

§. 13. Die Belohnung der Kunstverständigen, der in dieser allg. Ordnung eine gewisse Taxe zu bestimmen nicht befunden worden, soll für den Fall, daß sich die Partei mit denselben nicht gänzlich einverstände, von dem Richter nach Vernehmung des ein so andern Theiles bestimmt, und hierbei auf die angewandte Mühe, auf die Beschaffenheit der eingeschrittenen Kunst, und auf den Stand der Kunstverständigen selbst Rücksicht genommen werden.

§. 14. Den Schiedsrichtern steht zwar frei, sich mit den Parteien wegen ihrer Belohnung einzuverstehen; wenn jedoch hierwegen nichts wäre verabredet worden, und Streit entstünde, sind denselben keine andern Taxen zu gestatten, als die in gegenwärtiger Ordnung ausgemessen sind.

Hierin besteht der landesfürstliche Wille und Befehl; und werden sich hiernach die streitenden Parteien der genauen Einrichtung zu fügen, die Richter aber von aller Ueberschreitung der anmit kundgemachten Taxordnung, die in der Kanzlei jeden Gerichtes zur stäten Einsicht aufzubehalten ist, bei strenger Verantwortung zu enthalten haben. **S. 2257 bis 2259.**

Nun folgt die allgemeine Taxordnung in Streit-
sachen.

Erste Rubrik.

I. Klasse — 6 fr. II. Kl. — 3 fr. III. Kl. — 3 fr. IV. Kl. — 3 fr.

In diese Rubrik gehören:

a) Jeder Bescheid, so von dem Richter über ein eingereichtes Anbringen entweder in dem Zuge des ordentlichen Verfahrens, oder in der Exekutionsführung ertheilt wird, und nicht ausdrücklich mittelst gegenwärtiger Ordnung in eine andere Rubrik gesetzt ist. **S. 2186 u. 2260 — 1.**

b) Jede Anschlagung eines Ediktes.

c) Jede Zustellung einer gerichtlichen Verordnung. Wenn jedoch die Zustellung in einem Orte zu geschehen hat, das von dem Gerichts-orte eine Meile oder mehrere entfernt ist, sollen dem Gerichtsdiener für jede Meile 15 Kreuzer gereicht, und in die Berechnung der Meilen auch der Rückweg eingerechnet werden. **S. 2262 — 8.**

Zweite Rubrik.

I. Klasse — 30 fr. II. Kl. — 15 fr. III. Kl. — 12 fr. IV. Kl. — 10 fr.

Hieher gehört:

a) Die Aufnahme einer mündlichen Klage in das Protokoll. **S. 18 der a. G. D.**

b) Die Verwilligung des Arrestes. **S. 276.**

c) Die Verwilligung eines Verbotes auf fahrende Güter. **S. 284.**

d) Jede Verwilligung einer gerichtlichen Exekutionsführung. **S. 302, 304, 305, 307, 309, 310, 312, 314, 320, 321, 322.**

e) Jeder Bescheid, mittelst dessen eine Tagsatzung erstreckt wird.

Dritte Rubrik.

I. Klasse — 40 fr. II. Kl. — 20 fr. III. Kl. — 15 fr. IV. Kl. — 10 fr.

Hieher gehört:

a) Jede Ausfertigung des Ediktes. **S. 73, 326, 360, 391;** jedoch ohne Rücksicht, ob dasselbe an mehreren Orten anzuschlagen sei. **S. 2195.**

b) Jedes Ersuch- oder Remiſſſchreiben, so an einen andern Richter oder an eine Obrigkeit ergeht wegen Vernehmung eines Zeugen. **S. 150.**
Beförderung des Zeugenverhörs. **S. 159.**

Zusendung des Weisungs-Protokolls. **S. 158.**

Ausführung einer bewilligten Exekution. **S. 302, 304, 312, 315, 320, 321, 322.**

c) Jeder Befehl, so an einen Gerichtsabgeordneten, Gerichtsdiener, Kunstverständigen, Verwalter des Vermögens, Vertreter der Masse, Sequester, in einer bloßen Parteisache ergeht.

d) Jede von dem Gerichtsdiener vorgenommene Exekutionshandlung. §. 305, 307, 314, 341.

e) Jede gerichtliche Vidimirung einer Abschrift von einer Urkunde.

V i e r t e K l a s s e .

I. Klasse 1 fl. — II. Kl. — 30 fr. III. Kl. — 20 fr. IV. Kl. — 15 fr.

Hieher gehören:

a) Alle Urtheile über folgende Angelegenheiten:

Ueber Rechtfertigung des Ausbleibens bei einer Tagsatzung. §. 33.

Ueber Ertheilung einer die gesetzmäßige übersteigenden Frist zur Erstattung einer Satzschrift. §. 38, 45, 51.

Ueber die Einwendung, daß dem Richter die Gerichtsbarkeit nicht gebühre. §. 40.

Ueber die Gestattung der in der Replik oder Duplik beigebrachten Neuerungen. §. 48, 54.

Ueber die Frage: Ob die Vertretung Statt habe? §. 60.

Ueber die Auflage des ewigen Stillschweigens bei einer Aufforderungsklage. §. 71. C. **2271**.

Ueber die Richtigkeit der Forderung eines sich bei dem Konkurse meldenden Gläubigers. §. 81. C. **1538**.

Ueber Bestellung eines gemeinschaftlichen Rechtsfreundes. §. 86.

Ueber eine Vorrechtsklage. §. 87.

Ueber Bestellung oder Bestätigung eines Verwalters der Masse, oder Ausschusses der Gläubiger. §. 91.

Ueber die wegen Vertheilung der Konkursmasse angebrachte Einwendungen. §. 69.

Ueber die Bestimmung der Frist zur Erlegung der Rechnung. §. 100.

Ueber die gerichtliche Einsicht einer Urkunde. §. 126.

Ueber die Frage: ob eine bedenkliche Urkunde bei Gerichtshänden aufzubewahren sei. §. 128.

Ueber die Erneuerung einer Urkunde. §. 132.

Ueber ein Urtheil, so auf Beschwörung der Zeugnisse ausfällt. §. 182.

Ueber die Veranlassung eines Beweises durch Kunstverständige. §. 187.

Ueber die streitige Legung einer Urkunde. §. 245.

Ueber die Sicherstellung, Bedekung oder andere gerichtliche Vorkehrung bis zum erfolgenden Appellationsurtheil. §. 259.

Ueber eine Nullitätsklage. §. 264. C. **2188**.

Ueber die Zulänglichkeit einer zur Hemmung der Exekution angebotenen Sicherstellung. §. 280, 289.

Ueber die ansuchende Sequestration. §. 293; f. **961**, 2).

Ueber die zuerkannte Exekution auf eine eingestandene Schuld. §. 298.

Ueber die Frage: ob Jemand bei Behandlung der Gläubiger den mehreren Stimmen beizutreten schuldig sei. §. 538.

Ueber das Begehren wegen Abtretung der Güter. §. 366.

Ueber die angesuchte Einsetzung in den vorigen Stand. §. 375.

b) Die Ausfertigung einer gerichtlichen Urkunde.

c) Die Aufnahme eines Eides von einem streitenden Theile.

Bei Beschwörung eines Zeugnisses. §. 184.

Von einem Kunstverständigen. §. 194.

Einer eidlichen Angabe. §. 219.

d) Für Inrotulirung der Akten. §. 240. C. **2207** u. **2276**.

e) Für Zustandebbringung eines gerichtlichen Vergleiches. §. 269, oder einer gerichtlichen Behandlung der Gläubiger. §. 359. C. **2196** bis **2201**; ferner **2269** — **76**.

Fünfte Rubrik.

I. Klasse 3 fl. — II. Kl. 1 fl. 30 fr. III. Kl. 1 fl. — IV. Kl. — 45 fr.

Diese findet statt:

a) Für jedes Klassifikationsurtheil. §. 81. C. **1539**.

b) Für jeden Tag, wo der Richter oder dessen Abgeordneter einschreitet.

Zur Verhörung eines Zeugen in dem Gerichtsorte. §. 151, oder in dessen Wohnung. §. 168.

Zur Beschreibung, Schätzung, Feilbietung, in die Sperrnehmung eines in Streit oder Konkurs verflochtenen Gutes. §. 75, 88, 201, 223, 331.

Zur Beaugenscheinigung einer Streitsache. §. 189.

Und wird in die Zahl der Tage auch die auf die etwa einschreitende Reise verwendete Zeit eingerechnet. Wo übrigens den Gerichtsabgeordneten die ihrem Charakter anständige Kost und Fuhr unentgeltlich von der Parthei zu verschaffen ist. C. **2277** — **9**.

Sechste Rubrik.

Jedes Urtheil, das in der vierten Rubrik nicht enthalten ist, wodurch ein Endspruch in der Hauptsache erfolgt, wenn auch das Urtheil nur auf einen Beweis ausfiel, oder bedingnißweise geschöpft wurde, bezahlt:

I. Klasse 12 fl. — II. Kl. 6 fl. — III. Kl. 4 fl. 30 fr. IV. Kl. 3 fl. —

Doch soll für die Verfassung des Protokolles bei den mündlichen Nothdurftshandlungen §. 28 nichts gefordert, und also für die den Parteien auf Anlangen hinausgebenden Bewegungsgründe des ergangenen Urtheiles §. 251 nichts anders, als die Schreibgebühr entrichtet werden.

Für ein Urtheil höheren Richters, wodurch jenes des unteren Richters bestätigt wird, ist das Doppelte dessen zu bezahlen, was für das Urtheil des unteren Richters bezahlt worden. C. **2280** — **4**.

Siebente Rubrik.

Für jede Abschrift, so die Partei von dem Richter verlangt, ist zu bezahlen für die Seite:

I. Klasse — 4 fr. II. Kl. — 2 fr. III. Kl. — 2 fr. IV. Kl. — 2 fr.

Und soll der Richter sich hierbei gegenwärtig halten, die Partei durch zu große Weitläufigkeit nicht zu bekränken.

Achte Rubrik.

Für die gerichtliche Verwahrung eines in Streit verfangenen Gutes ist da, wo kein ordentliches Depositenamt vorhanden, bei Erfolgslaffung desselben für das baare Geld zu bezahlen vom Gulden:

I. Klasse — 1 fr. II. Kl. — $\frac{1}{2}$ fr. III. Kl. — $\frac{1}{2}$ fr. IV. Kl. — $\frac{1}{2}$ fr.

Für Schuldbriefe

I. Klasse — $\frac{1}{4}$ fr. II. Kl. — $\frac{1}{8}$ fr. III. Kl. — $\frac{1}{8}$ fr. IV. Kl. — $\frac{1}{8}$ fr.

Wo dagegen eigens bestellte Depositenämter vorhanden sind, hat es bei derselben Einrichtung zu verbleiben. S. 2285.

Neunte Rubrik.

Für Bewilligung der Advokatur ist zu bezahlen:

In der Hauptstadt mit Einbegriff der Prüfung 100 fl.
Auf dem Lande 25 fl.

Doch soll diese Taxe dem auf dem Lande angenommenen Advokaten damals, wenn er sodann in der Hauptstadt angenommen wird, zu Guten gerechnet werden.

Aufhebung der früheren Geseze; s. 2287.

2169. Hfd. v. 21. Okt. 1782 N. 94, an d. in. u. v. ö. A. G.

Durch die a. Tax. D. seien, so viel die Taxen in Streitsachen betrifft, alle vorigen Geseze und Gewohnheiten, somit auch das Sportularium vom 13. April 1771 gänzlich aufgehoben: und dann keine anderen Taxen abzunehmen seien, als welche in der a. Tax. D. einkommen, so könnten die Parteien auch in Streitsachen zur Abreichung besonderer Taxen an die Gerichtsschreiber nicht verhalten werden.

2170. Hfd. v. 8. Juli 1788 N. 855, an alle Lst.

Von dem Tage der erfolgten Rundmachung der neuen Tax. D. für das adelige Richteramt sollen außer den in dieser und der Taxordnung in Streitsachen ausgemessenen Taxen sonst keine Taxen und Schreibgebühren, unter was für Namen es immer sei, von den Unterthanen bei Strafe des vierfachen, zu Händen des gekrönten Unterthans zu erlegenden Betrags abgefordert, und diese Verordnung bei den Amtskanzleien zu Jedermanns Einsicht für beständig angeschlagen werden.

2171. Hfd. v. 4. Dez. 1788 N. 933, an d. böh. Sub.

In Folge Bdg. v. 8. Julius 1788 ist auch die für Böhmen allein bestandene Taxvorschrift vom 15. Mai 1779 durch die neue Taxordnung, und zwar auch in Rücksicht der in derselben nicht ausdrücklich genannten Gegenstände, aufgehoben.

Berggerichte und Substitutionen.

2172. Pat. v. 3. April 1783 N. 126 u. Pat. v. 10. Juli 1783 N. 156, für Böh.

§. 4. In Ansehung der Gerichtstaren haben sich die Berggerichte und ihre Substitutionen nach der a. Tax. D. v. 1. Nov. 1781, mit der Einschränkung zu halten, daß die Taren in Rechtsfällen nur nach der 4. Klasse abzunehmen sind.

2173. Hfd. v. 4. Nov. 1788 N. 914, an alle N. G.

Die Berggerichte haben sich der Taren halber ebenfalls nach den allgemeinen allen Gerichten ohne Ausnahme vorgeschriebenen Tax. D. zu verhalten, folglich auch die Tare für die Inventur, nicht wie vorhin mit 1 fr. vom Gulden, sondern nach der a. Tax. D. abzunehmen; im übrigen findet bei denselben das Mortuarium nicht statt.

Wechselgericht.

2174. Hfd. v. 5. Febr. 1799 N. 454, an d. böh. Sub.

Das Wechselgericht ist für alle Fälle, wo die Klage aus einer Wechselfchuld entsteht, die erste Instanz, und tritt hier gar keine Rücksicht ein, welcher Gerichtsbehörde der Beklagte sonst zu unterliegen habe. Es sind daher in allen von dem Wechselgerichte verhandelten Streitigkeiten die Taren nach jener Klasse abzunehmen, welche für die Stadt, wo das Wechselgericht seinen Sitz hat, bestimmt ist, und haben hierauf die Hfd. vom 27. Januar und 4. Julius 1783, N. 119 u. 152, keinen Bezug.

Obersthofmarschallamt.

2175. N. h. Entschl. v. 7. Sept. 1818 N. 1496, und Note der allg. Hoffkammer v. 30.

Das Oberst-Hofmarschallamt hat sich künftig in Aufrechnung der Taren, sowohl des streitigen als des adeligen Richteramtes, ganz nach den jeweiligen Taxordnungen des n. ö. Landrechtes zu richten, soll aber von Verlassenschafts-Abhandlungen kein landesfürstliches Mortuar, sondern, wenn solche über 100 fl. betragen, ein Honorar oder eine Gebühr nach einem verminderten Maßstabe, und zwar bis zu einem Betrage von 100000 fl. mit einem von Hundert, bei einem noch beträchtlicheren Erbvermögen hingegen mit einem halben von Hundert, jedoch so, daß der Gesamtbetrag nie die Summe von 10000 fl. übersteigen darf, abzunehmen befugt sein. Eine Inkammerirung dieser Taren findet nicht statt, sondern der Genuß derselben bleibt den Beamten des Oestersthofmarschallamtes zugewiesen.

Die Taren sind in Konv. Münze abzunehmen; s. **1522.**

2176. Hfd. v. 11. Juni 1819 N. 1568 an alle N. G.

Se. Majestät haben die Abnahme der Taren für gerichtliche und obrigkeitliche Amtshandlungen nach ihrer ursprünglichen Ausmaß, nicht nur.

bei den Städten, sondern auch bei allen Dominien, in Konventionsmünze zu genehmigen geruht, und den Zeitpunkt, von dem die Einhebung der obrigkeitlichen und Gerichtstaren in Konv. Münze zu beginnen hat, auf den 1. Sept. 1819 festgesetzt. Ubrigens sind unter diesen auf Metallmünze umgewandelten Taxen nur die durch gerichtliche Taxordnungen festgesetzten Bezüge, keineswegs aber Laudemien oder Urbarial-Gaben begriffen.

Rückerstattung; s. **2170, 2188, 2210 u. 2211.**

2177. Hfd. v. 29. Nov. 1836 J. 44969; Def. des böh. Gub. v. 17. Dez. J. 62746 (P. 1096) und des steier. Gub v. 18. Dez. J. 20772 (P. 501).

Es ereignet sich manchmal, daß kleinere Beträge an Taxen, Porto und Stempeln den Parteien wieder zurück erstattet werden müssen, welche entweder von ihnen ungebührlich eingefordert oder doppelt bezahlt, oder die von dem Taxamte zu hoch bemessen worden sind.

Da aber die Parteien ungeachtet der erlassenen Aufforderung die für sie bei den Kassen zur Rückzahlung bereit liegenden Beträge oft gar nicht oder erst nach Verlauf vieler Jahre beheben, und die Evidenzhaltung und Aufbewahrung dieser einzelnen Geldposten für die Kasse mit Mühewaltung und Belästigung verbunden ist, so hat die k. k. Hofkammer mit Zustimmung der k. k. obersten Justizstelle beschlossen, daß solche Beträge zwar durch ein volles Jahr bei der Kasse unbehoben bleiben dürfen, daß aber dann die Parteien zur Behebung derselben im Wege der Zeitungen mit dem Beisatze aufzufordern seien, daß wenn sie binnen sechs Monaten vom Tage der Aufforderung diese Beträge nicht beheben, selbe nach Ablauf dieser Frist eingezogen, und dann, so lange die Verjährungszeit nicht verfloßen ist, den Parteien nur auf ihr besonderes Einschreiten bei den Administrationsbehörden wieder angewiesen und ausbezahlt werden sollen.

Zu §. 2 der L. D.

2178. Hfd. v. 29. Dez. 1785 N. 512, an d. in. u. v. d. A. G.

Die barmherzigen Brüder sind auch in ihren eigenen causis weder von den Gerichtstaren, noch von den Stempeln befreit.

T a x f r e i h e i t.

I. Armen- und Invalideninstitut.

2179. Hfd. v. 26. Nov. 1784 N. 369, an alle A. G.

Den Vermächtnissen, welche dem Armeninstitute gemacht werden, soll nebst der ohnedieß schon genießenden Befreiung von der Erbsteuer noch die Begünstigung zugestanden werden, daß dieselben auch von Entrichtung der Sterbtaren befreiet, somit bei dem Umstande, wo die Abfahrtsfelder nur mehr für in fremde Länder gehende Gelder abgenom-

men werden, von solchen nichts anderes aus dem eigentlichen Erbschaftsbetrag, als die Stempelgebühr zu bezahlen sein soll.

2180. Hfd. v. 23. Febr. 1792 N. 257.

Nach dem Sinne der unterm 30. Okt. 1784 (26. Nov. 1784 Nr. 369) bekannt gemachten Entschl. soll das Armeninstitut, ohne Unterschied, ob es nur ein Vermächtniß aus einer Verlassenschaft erhält, oder zum Erben derselben eingesetzt werde, von Entrichtung aller Taxen, somit auch von Entrichtung der Sterbtaxe (Mortuarium), und der Abhandlungsgebühren, wie auch der übrigen Gerichtstaxen ganz befreit sein. Nur in dem Falle, wenn in einem Testamente, wo dieses Institut zum Erben ernannt ist, Legate vorkommen, die auf Anordnung des Erblassers ohne Abzug zu verabsorgen wären, in diesem Falle hat dasselbe von solchen Legaten die gewöhnliche Gebühr zu tragen, so daß die Befreiung sodann nur in Ansehung derjenigen Summe Platz greift, die dem Institute übrig bleibt. Ubrigens wird dem Armeninstitute auch die Begünstigung der Stempelfreiheit zugestanden.

2181. Hfd. v. 26. März 1792 N. 8, an alle A. G.

a) Auch das Invaliden-Institut, wenn demselben Vermächtnisse oder Erbschaften zufallen, hat sich wie das Armeninstitut der Befreiung von aller Tax- und Stempelzahlung zu erfreuen.

b) In Fällen, wo das Armeninstitut von einem in der Mil. Jurisdiktion stehenden Erblasser als Universalerbe eingesetzt wird, und also nicht bloß ein Vermächtniß erhält, muß auch das Armeninstitut das für das Invalideninstitut eingeführte 5perzentige Abfahrtsgeld entrichten.

2182. Hfd. v. 23. Febr. 1804 N. 655, an alle Lst.

Es ist bei Gelegenheit einer Verlassenschafts-Abhandlung, wo das Armeninstitut zum Universal-Erben eingesetzt war, die Frage vorgekommen: Ob bei den dießfälligen Verhandlungen die Freiheit von dem Gebrauche des Stempels statt habe. Nach der Normal-Vorschrift vom 30. Jän. 1792 ist das Armeninstitut ohne Unterschied, ob es nur ein Vermächtniß aus einer Verlassenschaft enthält, oder zum Erben derselben eingesetzt wird, von Entrichtung der Sterbtaxe, den Abhandlungsgebühren, allen übrigen Gerichtsgebühren und vom Gebrauche des Stempels überhaupt ausgenommen.

Da nun zwischen den Armeninstituten, die in den Haupt- und andern Städten, oder auf dem Lande eingeführt sind, in diesem Normale kein Unterschied gemacht wird, indem die Armeninstitute in den Städten und auf dem Lande einen gleichen Zweck haben, und die erhaltenen Vermächtnisse und Erbschaften ebenfalls zu gleichem Ende, nämlich zur Unterstützung der Armen, verwendet werden, so unterliegt die Stempelbefreiung in dergleichen Fällen keinem Anstande; jedoch muß immer der Unterschied, der zwischen der Erbschaft des Armeninstitutes und zwischen fremden Legaten in diesem Normale festgesetzt ist, genau beobachtet werden.

2183. Def. d. v. ö. Reg. v. 11. Juni 1825 J. 14011 (P. 103).

Über eine geschehene Anfrage hinsichtlich der Gerichtstaxbefreiung der Bürger-spitäler in Konkursfällen, hat die hohe Hofkammer mit Def. vom 31. Mai d. J. J. 21195, anher erinnert, daß die dem eigentlichen Armen-Institute zu Folge Hfd. vom 25. Febr. 1792, Reg. J. 3325, zugestandene Befreiung von Entrichtung der Gerichtstaren bloß als eine Ausnahme der allgemeinen Vorschrift zu betrachten sei, nach welcher alle Fonde dieser Taxentrichtung unterliegen. Da nun Ausnahmen von allgemeinen Vorschriften, so wie alle Begünstigungen und Vorrechte nach der strengsten Bedeutung genommen werden müssen und bei denselben eine erweiternde Erklärung und ausgedehntere Anwendung in keinem Falle statt finden darf, so ergiebt sich hieraus die natürliche Folgerung, daß die den eigentlichen Armen-Instituten ausnahmsweise zugestandene Befreiung von Entrichtung der Gerichtstaren nicht auch auf die Bürger-Spitäler, oder auf die Fonde besonderer Versammlungs-Orte armer Personen ausgedehnt werden könne.

2184. Hfd. v. 14. Febr. 1837 J. 2666; Intimat der n. ö. Reg. v. 20. (N. 259).

Nach dem Hfd. vom 26. Nov. 1784, 23. Febr. 1792 und 23. Febr. 1804 (N. 369, 257 und 655 der J. G. G.) sind die dem Armeninstitute zufallenden Vermächtnisse und Erbschaften von Entrichtung aller Taren, somit auch der Sterbtaxe und der Abhandlungsgebühren, wie auch der übrigen Gerichtstaren und vom Gebrauche des Stempels ganz befreit. Mit dem Armeninstitute dürfen die wohlthätigen Privatanstalten nicht verwechselt werden, da für diese nicht, wie für jenes, eine gleiche Begünstigung besteht, sondern vielmehr für die wohlthätigen Privatanstalten durch die a. h. Resol. vom 2. Jänner 1820 J. 25 ausdrücklich die Stempel, also auch die Taxpflichtigkeit ausgesprochen ist. Daß unter Stiftungen, in deren Vertretung das Fiskalamt nach §. 12, Lit. b. des Stempelpat. v. J. 1802 stempelfrei ist, nur die öffentlich Verwalteten zu verstehen sind, erhellet aus der späteren a. h. Entschl. v. 22. Okt. 1820, da nämlich erst dadurch verordnet wurde, daß unter den unter öffentlicher Verwaltung stehenden bereits der Fiskalvertretung zugewiesenen, auch fromme unter Privatvertretung stehende Stiftungen bedingnißweise vom Fiskus zu vertreten seien. Da nun für Privatsiftungen keine Begünstigung, wie für die öffentlichen besteht, so können sie nach der a. h. Resol. v. 3. Sept. 1832 J. 41341 nicht anders, als die wohlthätigen Privatanstalten behandelt werden. Die besondere Begünstigung aller frommen Vermächtnisse, wenn sie auch nicht dem Armeninstitute zufallen, dehnt sich nach dem Hfd. v. 15. Jänner 1801 nicht weiter aus, als auf die Nachsicht der Sterbtaxe.

II. Berichte, Intimationsdekrete, Refurse, Nullität und Amtserinnerungen.

2185. Hfd. v. 27. Jänner 1783 N. 119, an alle Gerichts-Taxämter.

b) In Streitsachen könne keine andere Berichtsabforderung, als von Amtswegen, folglich ohne Taxe statt finden.

h) Für die Intimationsdekrete der Appellations- und Revisionsurtheile sei eine besondere Taxe nicht zu fordern. S. 2262.

2186. Hfd. v. 21. Juni 1784 N. 309, an alle A. G.

Auch in den bei einem obern Richter wider einen untern Richter angebrachten Beschwerdeführungen und Refursen habe es, so weit der obere Richter nach dem Gesetze von Amtswegen einzuschreiten hat, bei der Regel zu verbleiben, daß hiebei weder Taxe noch Stempel Statt finden könne; wohl aber habe der obere Richter bei Erledigung des Refurses sorgfältigst darauf zu sehen, ob die Partei den Refurs muthwillig erregt, oder der untere Richter den Refurs durch offenbar verabsäumte Amtspflicht veranlaßt habe, in welchen Fällen die Partei oder der Richter zu einer verhältnismäßigen Geldstrafe zu verfallen, und diese nach der bei den Gerichtstaren bestehenden Vorschrift einzutreiben und in den Taxfond abzuführen ist. S. 2257.

2187. Hfd. 22. Dez. 1788 N. 942, an d. n. u. v. ö. A. G.

In Refursfällen müssen die Parteien, ungeachtet der ihnen zu Statten kommenden Tax- und Stempelbefreiung dennoch die Postportobeträge entrichten und dem Aerarium vergüten.

2188. Hfd. v. 7. Sept. 1789 N. 1047, an alle A. G.

b) Wenn der obere Richter in der Verhandlung des unteren Richters eine Nullität von Amtswegen findet, und hierwegen die nöthige Weisung an denselben erläßt, ist für die diesfalls ergehende Bdg. eine Taxe nicht abzunehmen, und sind bei befundener solcher Nullität, die eine ganz neue Verhandlung nach sich zieht, den Parteien alle bereits abgeführten Taxen zurückzustellen.

2189. Hfd. v. 16. Mai 1829 N. 2401, an alle A. G.

Amtserinnerungen, welche über Refurse und Beschwerdeführungen in Rechtsangelegenheiten von den Unterbehörden abgefordert werden, sind nicht nur von Taxen und Stempeln, sondern auch vom Postporto frei zu lassen, und ist bloß für die Erledigung von dergleichen Refursen, in Gemäßheit des Hfd. vom 22. Dez. 1788, N. 942 der J. G. S., das Postporto in Aufrechnung zu bringen*).

III. E h e.

2190. Hfd. v. 26. April 1810 an d. n. ö. Reg. (G. 379).

Bei der bestehenden Vorschrift des Pat. v. 22. Febr. 1791 §. 3 »(N. 115)«, daß bei entstehenden Rechtsfragen über die Giltigkeit oder Ungiltigkeit und über die Auflösung einer Ehe keine Prozesse geführt, sondern die diesfälligen Untersuchungen und Verhandlungen von Amtswegen*)

*) Den Mil. Gerichten zur Darnachachtung fdg. durch hfr. Resk. v. 15. Juli 1829 F. 950.

**) Derselbe Grundsatz gilt auch gegenwärtig; s. 1590 §. 1).

gepflogen werden sollen, sind auch für die diesfälligen Urtheile keine Taxen aufzurechnen, und diese Gegenstände von Amtswegen tax- und stempel-frei zu behandeln *).

IV. Fiskalamt; s. 1235 u. f.

2191. Hfd. v. 27. Jänner 1783 N. 119, an alle Ger. Taxamt.

i) Durch die Taxordnung sei die Taxbefreiung der durch das Fiskalamt vertretenen Unterthanen nicht aufgehoben.

2192. Hfd. v. 29. Sept. 1797 N. 379, an alle N. G.

Wenn das Fiskalamt a) die landesfürstliche Gerechtsame, oder das höchste Avarium, und die zu demselben gehörigen Kameral- oder Bankalherrschaften, b) oder Unterthanen gegen ihre Obrigkeiten, c) oder den Religions-, Stiftungs- oder Studienfond, und die denselben gehörigen Güter vertritt, sind die dasselbe betreffenden Taxen vorzumerken, jene des Gegners aber von dem Gegner selbst während des Streites zu bezahlen. Fällt nun das Urtheil dahin aus, daß jeder Theil selbst die Unkosten zu tragen habe, so hat der Fiskus in den Fällen ad a) et b) keine Taxen zu erlegen, sondern die Vormerkung ist zu löschen. In dem Falle ad c) hingegen sind die vorgemerkten Taxen an das Taxamt aus demjenigen Fonde zu bezahlen, welchen das Fiskalamt vertreten hat. Wird der Fiskus verurtheilt, seinem Gegentheile die Unkosten zu ersetzen, so hat er in den Fällen ad a) et b) für sich keine Taxe zu bezahlen, der Gegentheile aber erhält die seines Ortes bezahlten Taxen wieder zurück, und in dem Falle ad c) hat der Fond nicht allein die vorgemerkten Taxen, die den Fiskus treffen, zu zahlen, sondern auch dem Gegentheile die von ihm bezahlten zu vergüten. Ist endlich der Gegentheile des Fiskus in den Ersatz der Gerichtskosten verfällt worden, so hat er in allen drei Fällen dem Taxamte die für den Fiskus vorgemerkten Taxen zu erlegen.

Ausnahmen; s. 2160.

2193. Hfd. v. 20. Jänner 1792 N. 241, an alle N. G.

Wenn wegen ausständiger landesfürstlichen Anlagen oder Gefälle eine gerichtliche Exekution geführt wird, sollen zwar der Gerichtsbehörde die gesetzmäßigen Taxen von Seite des Exekutionsführers gehörig entrichtet, doch von dieser Sorge getragen werden, daß das Avarium nebst der in die Exekution gezogenen Hauptschuld auch wegen derlei Taxen und Gerichtskosten die Vergütung erhalte.

2194. Hfd. v. 24. Juni 1796 N. 302, an alle N. G.

Den Magistraten und Ortsgerichten, wenn in Avarialangelegenheiten ihre Assistenzen zur Erwirkung einiger Sicherstellungsmittel angesucht

*) Den Mil. Gerichten fdg. durch hfr. Resk. v. 7. April 1829 C. 391.

wird, sollen aus dem Merarialfonde neben dem ausgelegten Postporto und Botenlohne auch die Gerichtstaren in jedem Falle vergütet werden.

V. Konkurs; f. 1537 u. f.

2195. Hfd. v. 9. Sept. 1788 N. 890, an alle N. G.

Wenn die in einem Lande in Konkursfällen erlassenen Edikte zur Einberufung der Gläubiger auch in dem andern Lande zur nöthigen Kundmachung mittelst der Zeitungsblätter gelangen, und hierwegen die Justizbehörden in wechselweiser Korrespondenz stehen, sollen nur allein die Kosten der Eindruckung in die Zeitungsblätter bezahlt werden; jede andere Einschreitung der Behörde ist als ein wahres Amtsgeschäft vom Stempel und Postporto, auch von allen andern Taren befreiet.

VI. Unterthanen; f. 2191 u. 2192.

2196. Pat. v. 13. Juli 1786 N. 563.

In den zwischen Unterthanen und Unterthanen sich ereignenden Streitigkeiten, welche durch die grundobrigkeitlichen Wirthschaftsämter so gleich, ohne ordentliche Verhandlung und Entscheidung, aus einander gesetzt, beigelegt, oder auf andere Art gehoben werden, soll in Zukunft die Gerechtigkeitspflege allenthalben unentgeltlich geleistet, und von keinem Unterthan etwas weder dafür gefordert, noch angenommen werden.

In denjenigen Fällen aber, wo mit ordentlicher Ein- und Gegenrede, oder schriftlichen Verfahren, folglich mit mehrerer Verbreitung nach dem ordentlichen Rechtszuge vorgegangen werden muß, in welche also die Wirthschaftsämter der Gerichtsordnung zu Folge einen ordentlichen Gerichtsstand (*judicium formatum*) ausmachen, kann die in der L. D. vom 1. Nov. 1781 bestimmte Tare der vierten Klasse noch ferner abgenommen werden. Doch sollen diese Taren keineswegs dem zur Rechtsverwaltung bestimmten herrschaftlichen Personale, sondern den herrschaftlichen Rentem zufließen, und diesfalls der 434 S. der a. G. D. beobachtet werden.

Wogegen durch den Zugang dieser Taren den Grundobrigkeiten die Verbindlichkeit aufgelegt wird, zur Rechtspflege für ihre Unterthanen geprüfte Rechtsverwalter (Justiziarier) aufzustellen, dieselben anständig zu besolden, und für die ganze Amtshandlung derselben zu haften.

Die Ortsobrigkeiten sollen sich angelegen sein lassen, die zwischen Unterthanen und Unterthanen entstandenen Streitigkeiten, so viel möglich, gütlich beizulegen. Nur erst dann, wenn die Versuche zu einem gütlichen Vertrage fruchtlos sind, hat das obrigkeitliche Amt die rechtliche Entscheidung nach der bestehenden Vorschrift zu fassen.

2197. Hfd. v. 29. Juli 1793 N. 116, an alle N. G.

Ueber die Anfrage, ob für die durch Pat. vom 13. Julius 1786 befohlene obrigkeitliche Einschreitung zur gütlichen Auseinandersetzung eines den Unterthan bedrohenden Prozesses eine Tare nicht wenigstens dann

abgefordert werden dürfe, wenn ein Vergleich zu Stande kommt, ward geordnet: In allen Fällen, wo von dem obrigkeitlichen Wirthschaftsamente eine sich gegen den Unterthan ereignende Streitigkeit ohne ordentliche Verhandlung und Urtheil auseinander gesetzt, beigelegt, oder auf welcher immer andere Art behoben wird, soll diese ämtliche Hülfe unentgeltlich geleistet, und von keinem Unterthane etwas gefordert, noch angenommen werden.

2198. Hfd. v. 6. Aug. 1795 N. 246, an d. in ö. N. G.

Das Pat. v. 13. Juli 1786 hat seine Anwendung nur, wenn beide im Streite versangene Parteien aus der Klasse der Unterthanen sind.

2199. Vdg. d. böh. Gub. v. 23. Mai 1828 J. 23267 (P. 223).

Das Landesgubernium hat in Erfahrung gebracht, daß hier und da für die Vornahme der Vergleichsversuche mit den Unterthanen bei den grundobrigkeitlichen Wirthschaftsämtern Taren abgenommen werden.

Da dieß den bestehenden Vorschriften, insbesondere aber dem Pat. vom 13. Juli 1786, sodann den Hfd. vom 29. Juli und 9. August 1793 zuwider läuft, indem vermöge des Pat. vom 13. Juli 1786 die Gerechtigkeitspflege hinsichtlich jener zwischen Unterthan und Unterthan sich ereignenden Streitigkeiten, welche durch die grundobrigkeitlichen Wirthschaftsämter sogleich ohne ordentliche Verhandlung und Entscheidung auseinander gesetzt, beigelegt, oder auf andere Art behoben werden, allenthalben unentgeltlich geleistet werden soll, und von keinem Unterthan etwas dafür weder gefordert, noch angenommen, endlich nach den beiden letzteren Hfd. selbst für den Fall keine Tare abgenommen werden darf, wenn durch die obige Verhandlung ein Vergleich zu Stande kommen sollte, so findet man sich veranlaßt, den Kreisämtern aufzutragen, diese Vorschriften neuerlich bekannt zu machen, und über die Befolgung stets zu wachen.

2200. Def. der v. ö. Reg. v. 14. Mai 1833 J. 14109 (P. 112).

Ueber den von der Regierung unterm 23. März 1827 in Betreff der Abnahme von Taren bei Schlichtung wirthschaftämtlicher Vergleiche an die hohe Hffz. erstatteten Bericht, wurde mittelst Hfd. vom 6. Mai 1828 J. 10590, hieher eröffnet, daß es zu Folge a. h. Entschl. vom 29. April 1828 rücksichtlich der altöster. Provinztheile bei dem a. h. Pat. vom 13. Juli 1786, und bei der a. h. Entschl. vom 29. Juli 1793 zu verbleiben habe.

Laut weiteren h. Hfd. vom 30. April d. J. J. 9064, haben Se. k. k. Majestät durch a. h. Entschl. vom 13. April zu entscheiden geruhet, daß es im Salzburgischen, und im Innkreise, so lange die gegenwärtigen Jurisdiktions-Verhältnisse dort fort dauern, hinsichtlich des Bezuges der Taren für wirthschaftämtliche Vergleiche bei den bisherigen Beobachtungen sein Bewenden haben solle.

Ausnahme in Illirien.

2201. Hfd. v. 19. Jänner 1827 N. 2251, an d. in ö. A. G.

Seine Majestät haben zu gestatten geruhet, daß die Bezirksobrigkeiten in Illirien für die wirklich zu Stand gebrachten wirthschaftsämlichen Vergleiche jene Tare von 15 fr. beziehen dürfen, welche in der Gerichtstarord. vom 1. Nov. 1781, N. 28, für die gerichtlichen Vergleiche bemessen ist, wogegen die Bezirksobrigkeiten für die Amtshandlung eines fruchtlosen Vergleichsversuches keine Gebühr zu beziehen berechtigt, und auch das Zeugniß über den fruchtlos versuchten Vergleich unentgeltlich auszufertigen verpflichtet sein sollen. Die Vorladung des Beklagten zur Vergleichstagsatzung hat in der Regel durch einen, dem Kläger mitzugebenden Vorladungszettel, welcher durch den Dorf- oder Gemeinderichter bestellt werden kann, und nur dann durch einen eigenen Amtsboten gegen Entrichtung des gesetzlichen Weggeldes zu geschehen, wenn der Beklagte zur anberaumten ersten Tagsatzung nicht erscheint.

Uebrigens wird bemerkt, daß die darüber noch anhängigen Beschwerdefälle auch nach dieser Vorschrift zu behandeln seien.

VII. V e r b o t.

2202. Hfd. v. 28. April 1785 N. 415, an d. n. ö. A. G.

Jene Präsidialnoten oder Ersuchsschreiben, so ein Richter in Folge der Anordnung vom 22. Nov. 1782 (f. 937), wegen eines bewilligten Verbotes oder einer Erfolgslassung in Absicht auf die in öffentlichen landesfürstlichen Kassen befindlichen Güter an die der Kasse vorgesetzte Finanzstelle von Amtswegen zu erlassen hat, seien ohne Stempel und Taxen abzunehmen; dahingegen in Folge §. 13 des Stempelpatentes ad a et y jene Expeditionen unter dem Stempel der dritten Klasse unnachlässiglich auszufertigen, mittelst welcher der Richter seine auf ein in einer öffentlichen Kasse befindliches Gut Beziehung nehmende Verbots- oder Erfolglassungs-Bewilligung der betreffenden Kasse erinnern muß.

Zu §. 3 der L. D.

2203. Hfd. v. 28. Juni 1782 N. 56, an d. in. u. v. ö. A. G.

a) Da in dem Pat. vom 1. Nov. 1781 klar vorgesehen ist, daß die ausgemessene Tare für Inrotulirung der Akten, und das Urtheil jede Partei zu bezahlen habe, so lasse sich dieses Gesetz keineswegs dahin verstehen, als ob jedem Theile nur die Bezahlung der Hälfte der Tare obliege.

2204. Hfd. v. 1. Dez. 1786 N. 598, an alle A. G.

Um den Weitläufigkeiten auszuweichen, so die Eintreibung der Tare für ein in Contumaciam ergangenes Urtheil bei jenen Parteien veranlaßt, die abwesend und mit keinem von ihnen eigens begwaltigten Rechtsfreunde versehen sind, sollen in solchem Falle die Urtheilstare

von dem Kläger auch für den Beklagten gegen das ihm am letzteren zustehende Erholungsrecht bezahlt werden.

2205. Hfd. v. 14. Sept. 1787 N. 723, an alle A. G.

Sobald das Urtheil von dem Richter nicht nur beschlossen, sondern dermaßen expedirt ist, daß es nur mehr an der Zustellung beruhe, muß die Urtheilstaxe bezahlt werden, wenn auch die Zustellung an die Partei, oder den untern Richter auf Verlangen der Parteien, die sich ausgeglichen haben, oder von dem Prozesse abstehen, unterbleiben sollte.

2206. Hfd. v. 9. Okt. 1787 N. 731, an d. mäh. A. G.

Da die Tax. D. in Streitsachen nur bei der Taxe für Inrotulirung der Akten, und bei jener für das Urtheil die Ausnahme dahin gründet, daß sie jeder Theil insbesondere zu bezahlen habe, so bleibe es, wie in allen übrigen taxbaren Geschäften, also auch bei gerichtlich zu Stande gebrachten Vergleichen bei der allgemeinen Regel, daß die Taxe nur jene Partei zu bezahlen habe, auf deren Anlangen die der Taxe unterliegende richterliche Einschreitung geschehen ist.

2207. Hfd. v. 24. Dez. 1787 N. 756, an alle Lst.

So wie nach der Vorschrift des §. 3 der a. Tax. D. in Streitsachen, die für die Inrotulirung der Akten und für das Urtheil ausgemessenen Taxen von beiden Parteien zugleich zu entrichten sind, eben so muß damals, wenn der Gegentheil keine Einrede auf die Klage einbringt und gegen denselben in contumaciam gesprochen wird, die Inrotulirungstaxe nach der 4. Rubrik von beiden Theilen auf gleiche Art abgenommen werden.

2208. Hfd. v. 16. Nov. 1792 N. 68, an d. in ö. A. G.

Die Taxe für das Urtheil, wie dasselbe immer lauten möge, hat nach dem Gesetze jeder Theil zu bezahlen, das Taxamt hat also nicht einzugehen, welcher der streitenden Theile dem andern die Taxen und Gerichtskosten zu vergüten etwa verurtheilt werde.

2209. Hfd. v. 16. Okt. 1794 N. 197, an d. gal. A. G.

Die Taxe für die Lizitationsedikte muß allerdings, so wie die Taxen für die anderweiten Ediktal-Lizitationen die Partei, welche sie erwirkt hat, gegen allfälligen Regreß an den Schuldner bezahlen, wenn sie nicht etwa bei der politischen Stelle die Pränotirung der Taxe erwirkt hat.

2210. Hfd. v. 10. Okt. 1797 N. 383, an d. v. ö. Gub.

Der Umstand, daß eine Partei, welche in den Ersaz der Kosten verfällt wird, diesen Ersaz ihrem Gegentheile zu leisten nicht vermag, kann auf den Taxfond keinen Einfluß, und also auch nicht zur Folge haben, daß die von diesem gezahlten Taxen zurück zu stellen seien.

2211. Bdg. d. steier. Gub. v. 4. Okt. 1830 J. 18468 (P. 378)
republ. durch Bdg. v. 27. März 1837 J. 5129 (N. 169).

Aus Anlaß eines vorgekommenen Falles wurde von der k. k. allgemeinen Hofkammer zur Hintanhaltung der sich so sehr anhäufenden Hof- und Landestargebühren-Rückstände für nöthig befunden, mit Dekret vom 16. Sept. 1830 J. 23329, zu verordnen, daß Vorstellungen oder Beschwerden gegen Taxverschreibungen keine aufschiebende Wirkung rücksichtlich der Taxeinhebung haben, indem, wenn in solchen Fällen die Einhebung der Taxen eingestellt, und die gegen die Aufrechnung der Gebühren von der Partei erhobenen Anstände oder Vorstellungen vorläufig untersucht und erledigt würden, die Bezahlung ordnungsmäßig vorgeschriebener Gebühren ganz der Willführ der zahlungspflichtigen Partei überlassen wäre, indem es ihr frei stünde, solche durch immer erneuerte Anstände, wenn nicht zu vereiteln, wenigstens Jahre lang zu verzögern. Es müssen daher nach den bestehenden Vorschriften die bemessenen Taxen auch sogleich, ohne Rücksicht auf allenfällige Einsprüche, eingehoben werden. Zeigt es sich in Folge der über solche Vorstellungen gepflogenen amtlichen Erhebungen, daß der Partei wirklich zu viel in Aufrechnung gebracht wurde: so wird derselben ohnedieß das zu viel bezahlte entweder zurückvergütet, oder bei den noch schuldigen Ratenzahlungen zu Gute gerechnet. S. **2250**.

2212. Hfd. v. 30. Juni 1837, an alle K. G. B. (N. 284).

Es ist in Bezug auf das Verfahren bei den Rechtsstreiten gegen Abwesende und solche Parteien, deren Aufenthalt unbekannt ist, rücksichtlich der Aufrechnung und Einhebung der Gerichtsgebühren, welche diese abwesenden Parteien betreffen, im Einvernehmen mit der k. k. obersten Justizstelle bestimmt worden, daß der Vertreter des Klägers, dessen Klage gegen einen abwesenden Beklagten gerichtet ist, zu Folge des §. 3 der T. D. v. 7. Nov. 1781 und zu Folge des hohen Hfd. v. 5. Jänner 1785 die Taxen für die auf Ansuchen des Klägers erfolgten gerichtlichen Verfügungen, dann die den Kläger betreffende Taxe für das Urtheil I. Instanz berichtigen müsse, und daß ferner nach dem Hfd. vom 1. Dez. 1786 N. 598, wenn in I. Instanz ein Contumaz-Urtheil gegen einen abwesenden Beklagten ergangen ist, der Kläger oder dessen Rechtsfreund angehalten werden könne, die Urtheilstaxe auch für den Beklagten, mithin doppelt zu entrichten. Dagegen ist in dem Falle wenn der Kurator des abwesenden Beklagten appellirt hat, und das Urtheil der ersten bestätigt worden ist, zu Folge Pat. v. 7. Aug. 1782 Nr. 66 die Appellations-Urtheilstaxe vom Beklagten doppelt zu bezahlen, von dem Kläger oder dessen Vertreter aber keine Taxe abzufordern.

Zu §. 4 der T. D.

2213. Hfd. v. 4. Aug. 1802 N. 572, an alle Lst.

Da die gesammte Geistlichkeit durch h. Entschl. dem landrechtlichen Gerichtstande zugewiesen ist, so ist auch von den Verlassenschaften der unadeligen Geistlichkeit das gesetzmäßige Mortuar, und in Streitsachen Handb. d. Siebigkeiten.

die Taxe nach der ersten für die Landrechte bestimmten Klasse abzunehmen.

Zu §. 7 der L. D.

2214. Pat. v. 5. April 1782 N. 39, für alle Provinzen.

Da die a. L. D. in Streitsachen v. 1. Nov. 1781 die Abnahme in vier Klassen theilet, die erste Klasse für die Hauptstadt jedes Landes mit der §. 4 einkommenden Mäßigung; die zweite für große Städte, die dritte für die minderen Städte, die vierte endlich für die geringeren Städte, dann sämtliche Märkte und Dörfer bestimmt; als werde zur Vermeidung des Streites, nach was für einer Klasse die in jeder Stadt befindlichen Gerichtsbehörden die Gerichtstaren einzuhoben haben, erklärt.

§. 1. Im Lande Niederösterreich ob und unter der Enns sind die Taren der ersten Klasse abzunehmen zu Wien und zu Linz; jene der zweiten Klasse zu Steier, Neustadt, Krems und Stein; jene der dritten Klasse zu Bruck an der Leitha, Baden, Hainburg, Korneuburg, Röz, Laa, St. Pölten, Tulln, Döbbs, Waidhofen an der Thaja und Zwettel, dann zu Wels, Gmunden, Freistadt, Braunau und Scharding *).

§. 2. Im Lande Tirol sind die Taren der ersten Klasse abzunehmen zu Innsbruck; jene der zweiten zu Hall, Bozen, Meran, Novaredo; jene der dritten Klasse zu Ritzbüchl, Kneufstein, Störzing, Lienz und Arco.

§. 3. Im Lande Innerösterreich sind die Taren der ersten Klasse abzunehmen zu Grätz, Laibach, Klagenfurt, Görz und Triest; jene der zweiten zu Radersburg, Fürstenfeld, Judenburg, Knittelfeld, Zilli, Marburg, Bruck und Leoben; jene der dritten Klasse endlich zu Friedberg, Hartberg, Bottenmann, Muhrau, Windischgrätz, Windischfeistritz, Pettau, Voitsberg, St. Veit, Villach, Volkenmarkt, Wolfsberg, Krainburg, Rudolphswerth, Stein, Laak und Gradiska **).

*) Die Gerichte in dem wieder erworbenen Innkreise, desgleichen in den Parzellen des Hausruffkreises sind in die vierte Klasse gesetzt worden (Hfd. v. 16. Juli 1817 N. 1349).

**) Hfd. v. 26. Juli 1793 N. 115, an d. in. ö. A. G.

Künftig sollen die Taren bei der Prätur in Triest nach der 4. Klasse abgenommen werden.

Hfd. v. 8. Juni 1815 N. 1154, an d. in. ö. A. G.

Da vermöge des von Sr. Majestät sanktionirten Pat. die ö. G. D. und das ö. G. V. über Verbrechen und deren Bestrafung in Istrien und in dem humaner Kreise, vom 1. Juli 1815 angefangen, in Wirksamkeit tritt; so wird in Hinsicht auf das Taxwesen hiermit verordnet:

1) Vom 1. Juli 1815 treten auch die Taxordnungen in Streitsachen vom 1. Nov. 1781, und in Geschäften des adeligen Richteramtes vom 13. Sept. 1787, zu welchen auch das Mortuarium laut hoher Entschl. vom 5. Okt. 1787 gehört, in ihre volle Wirksamkeit.

2) Diese Taxordnungen müssen allgemein sowohl bei allen landesfürstlichen als bei den städtischen und Privat-Gerichtsbareiten, wo deren einige sind, angewendet werden.

Die Bestimmung der 1., 2., 3. und 4. Klasse der Ortschaften zur Bemessung

§. 4. Im Lande Vorderösterreich sind die Taren der ersten Klasse abzunehmen zu Freiburg; jene der zweiten zu Konstanz; jene der dritten Klasse aber zu Günzburg, Altdorf, Stofach, Bregenz, Notzenburg, Feldkirchen, Rheinfelden und Tettnang.

§. 5. Im Königreiche Böhme sind die Taren der ersten Klasse abzunehmen zu Prag und bei den in derselben begriffenen vier Magistraten der Altstadt, Neustadt, Kleinseiten und Gradschin. Jene der zweiten Klasse zu Königgrätz, Trauttenau, Jaromirz, Bidschew, Gitschin, Chrudim, Hohenmauth, Politzka, Kuttenberg, Czaslau, Deutschbrod, Knechtollin, Budin, Schlan, Beraun, Prizibram, Saaz, Brir, Kaaden, Komotau, Laun, Ellbogen, Karlsbad, Leitmeriz, Ruffig, Tabor, Pilgram, Budweis, Pisek, Schüttenhofen, Pilsen, Rokizan, Klattau, Taus oder Do-

sung der Taren in Streitsachen wird einstweilen provisorisch dergestalt festgesetzt, daß die 1. Taren-Klasse für Triest, Görz, Fiume und Capo d'Istria; die 2. Klasse für Novigno; die 3. Klasse für Gradiska, Monfalcone und Buccari, und die 4. Klasse für alle übrigen Orte, so nicht ausdrücklich in den übrigen drei Klassen benannt sind, abzunehmen kommt.

3) Die Taren sind in Triest, Görz und Fiume von den daselbst bestehenden Tarämtern, in den übrigen Orten aber von den Gerichten selbst einzuhellen und monatlich zu verrechnen, und eben so von den landesfürstlichen Gerichtsbarkeiten in die Kameral-Kasse abzuführen.

4) In Geschäften über Verbrechen und schwere Polizeiübertretungen ist weder an Taren, noch an sonstigen Schreib- und Postgebühren oder an Stempel etwas anderes aufzurechnen, als was in dem Gesetze über Verbrechen und deren Bestrafung ausdrücklich enthalten ist.

5) Die Hypothekengebühren werden in ihrer bisherigen Art ferner unverändert beibehalten, bis etwa eigene Landtafeln und Vormerkbücher errichtet, und dann die Landtafelstaren eingeführt werden.

Welches demnach mit dem Beisatze zur allgemeinen Kenntniß gebracht wird, daß der deutsche Text obbesagter Tarordnungen als der Grundtext zu betrachten ist.

Hfd. v. 22. Nov. 1817 N. 1391, an d. k. k. A. G.

Für die unadeligen Bewohner der dem Görzer Stadt- und Landrechte durch die neue politische Eintheilung zugewiesenen, vorhin unter der privatortsgerichtlichen Jurisdiktion gestandenen Häuser in den Vorstädten von Görz, sind die Gerichtstaren bei dem Stadt- und Landrechte nur nach der 4. Klasse der T. O. v. J. 1781 anzurechnen.

Hfd. v. 19. Febr. 1820 N. 1649, an d. k. k. A. G.

Die Taren in Streitsachen sind in den Städten Görz, Karlstadt und Fiume, nach der 2. Klasse, in der Stadt Capo d'Istria aber nach der 3. Klasse abzunehmen.

Hfd. v. 10. Juni 1828 Z. 23696; Bdg. d. laib. Gub. v. 3. Juli 1828 Z. 14034 (P. 212).

Die k. k. allg. Hofkammer hat einverständlich mit der k. k. obersten Justizstelle zu beschließen befunden, daß für die Unterthanen der vormaligen Patrimonial-Gerichtsbezirke, welche gegenwärtig dem Gerichtssprengel des k. k. Stadt- und Landrechtes zu Laibach zugewiesen sind, nach dem Beispiele der unadeligen Bewohner der dem Görzer Stadt- und Landrechte durch die neue politische Eintheilung zugewiesenen, vormalig unter der privatortsrichterlichen Jurisdiktion gestandenen Häuser in den Vorstädten Görz, die Gerichtstaren nur nach der 4. Klasse der T. O. vom J. 1781 bei dem Stadt- und Landrechte anzurechnen seien.

maßlich, Jungbunzlau, Nürnberg und Eger. Jene der dritten Klasse zu Nachod, Braunau, Neustadt an der Mettau, Reichenau, Königinhof, Podiebrad, Arnau, Pardubitz, Polna, Kaurzim, Böhmischesbrod, Brandeis, Eilau oder Silowei, Rakonitz, Welwarn, Raudnitz, Beneschau, Hostenitz, Seltshan, Zebraß, Görfau, Podersam, Preßnitz, Sebastianberg, Sonnenberg, Postelberg, Eidlitz, Joachimsthal, Schlaggenwald, Luditz, Billin, Böhmischeskamnitz, Böhmischeslaipa, Lobositz, Teplitz, Rumburg, Neuhaus, Neufestritz, Krumau, Sobieslau, Moldauthein, Bergreichenstein, Wodnian, Strakonitz, Horazdiowitz, Miesß, Teinitz, Melnik, Reichenberg, Friedland, Gabel und Ußch.

S. 6. Im Lande Mähren sind die Taxen der ersten Klasse abzunehmen zu Brünn, jene der zweiten zu Ollmütz, Znaim, Tglau; jene der dritten Klasse endlich zu Gradiß, Mährischesneustadt, Gaia, Proßnitz, Schönberg, Littau, Tribau, Zwittau, Sternberg, Müglitz, Lobitschau, Gewitsch, Teltsch, Meseritsch, Kremsier, Prerau, Hozenploh, Neutitschein, Fulnek, Freiberg, Hungarischesbrod, Auspitz, Wischau, Austerlitz, Nikolsburg, Eibenschütz und Budwitz.

S. 7. Endlich im Lande Schlesien sind die Taxen der ersten Klasse abzunehmen zu Troppau; jene der zweiten zu Teschen, Bielitz, Jägerndorf, Johannesberg; jene der dritten endlich zu Zaburnek, Freidenthal, Freistadt, Olbersdorf, Weidenau, Zukmantel, Freiwaldau, Oderberg, Bentsch, Odrau und Wagstadt.

S. 8. In allen im Eingange gedachten Ländern befindlichen Städten, denen nicht gemäß vorstehenden §§. eine der drei ersten Klassen ausdrücklich angewiesen ist, sind die Taxen nach der vierten Klasse abzunehmen.

S. 9. Es wird aber den Gerichtsbehörden derjenigen Städte, denen gemäß vorstehenden §§. eine der drei ersteren Klassen zugewiesen ist, die Abnahme dieser höheren Taxe in Rücksicht der unadeligen Parteien nur in so weit eingeräumt, als sie die Gerichtsbarkeit inner dem Burgfried der Stadt ausüben; dann sollte sich ihre Gerichtsbarkeit nach der Verfassung jenen Landes auch außer den Gränzen des städtischen Burgfrieds ausdehnen, so sollen von derlei Gerichtsbehörden in jenen Streitsachen, die gegen einen außer dem städtischen Burgfried befindlichen, unadeligen Beklagten auffallen, die Gerichtstaxen nur nach der vierten Klasse abgenommen werden.

2215. Hfd. v. 27. Jänner 1783 N. 119, an alle Gerichts-Taxämter.

h) Da der Ausdruck des Pat. v. 5. April 1782 §. 9 nur von unadeligen Parteien handelt, so könne bei den Landrechten derselbe nur in so weit eintreffen, als dieselben über unadelige Parteien, z. B. in Fiskalangelegenheiten eine Gerichtsbarkeit ausüben.

k) Die Taxe ist nach jener Klasse abzunehmen, welche dem Ortsbezirke zugewiesen ist, allwo der Beklagte zur Zeit der Litis-Kontestazion wegen seines Aufenthaltes oder seiner daselbst befindlichen Vermögensschaft zu belangen wäre.

2216. Hfd. v. 4. Juli 1783 N. 152, an d. n. ö. A. G.

Der 9. §. des Pat. v. 5. April 1782 sei dahin zu nehmen, daß, wenn in einer Streitsache eine unadelige Partei als Beklagter eintritt, die

Taxe ohne Rücksicht, vor welcher Gerichtsbehörde das Recht zu nehmen sei, nach jener Klasse aufgerechnet werden müsse, die für den Ortsbezirk ausgemessen ist, in welchem die beklagte unadelige Partei ihren Wohnsitz hat.

2217. Hfd. v. 17. April 1789 N. 1004, an d. mäh. N. G.

Auch diejenigen Taxen, die aus Gelegenheit der von einem Dominium an einen Magistrat delegirten Gerichtsbarkeit entstehen, können nicht von dem Rathsgremium bezogen werden, sondern haben in die Gemeindkasse zu fließen; wo übrigens seiner Zeit, wenn es die Kräfte der Gemeindefinkünfte zulassen werden, den Rathsindividuen unbenommen ist, um Vermehrung ihrer Besoldungen anzulangen.

2218. Hfd. v. 30. März 1790 N. 6, an d. böh. N. G.

a) Auch diejenigen Taxen, die bei einem Magistrate aus Gelegenheit einer an denselben delegirten Gerichtsbarkeit eingehen, können sich von den Beamten keineswegs zugeeignet werden, sondern müssen allerdings in den allgemeinen Taxfond einfließen.

b) Die Gerichtsbeamten dürfen auch diejenigen Taxen nicht beziehen, die in den Taxordnungen für jeden Tag ausgemessen sind, wo der Richter oder dessen Abgeordnete bei verschiedenen Vorfällen in Streitsachen oder in Geschäften des adeligen Richteramtes einzuschreiten haben.

2219. Hfd. v. 2. Juli 1795 N. 239, an d. in ö. N. G.

a) Wenn ein Magistrat oder Ortsgericht ex delegatione des Landrechtes eine der Taxe unterliegende Amtshandlung vornimmt, ist die gesetzmäßige Taxe in Streitsachen immer nach der ersten Klasse, wie sie nämlich bei der eigenen Amtsverwaltung des Landrechtes statt gefunden hätte, abzunehmen, wovon der Betrag, welcher nach der bei dem delegirten Gerichte bestehenden Klasse ausfällt, in den Taxfond dieses Gerichtes einzufließen hat, das Uebermaß aber an das General-Haupttaxamt abzuführen ist *).

*) Bdg. des böh. Gub. v. 22. Okt. 1835 Z. 40305, für die k. freien, k. Leibgeding- und Bergstädte (P. 706).

3) Auf die Frage, welche Klasse bei Städten, welche landtäfliche Realitäten mit unterthänigen Dorfschaften besitzen, bei Rechtsstritten in Betreff der Unterthanen und überhaupt in Delegationsfällen anzuwenden sei, wird dem k. rc. rc. erwidert: Es versteht sich von selbst, daß die Stadtgemeinde die Taxen in Rechtsstritten der Unterthanen unter einander, oder wenn diese von andern Klassen der Staatsbewohner bei dem Magistrate als Ortsgericht der der Stadtgemeinde gehörigen Herrschaft belangt werden, nur nach der in dieser L. O. für die Unterthanen bemessenen 4. Klasse abzunehmen habe.

Außerdem entscheidet allein der Ortsbezirk nach der Eintheilung in Klassen. Es gilt daher als Regel, daß die Gebühr jener der vier Klassen bei einem Gerichte abzunehmen sei, in welche vermög der gesetzlichen Bestimmung der Jurisdiktionsbezirk gehört.

Da aber ein Gericht auch ausnahmsweise als ein besonderer Gerichtsstand rücksichtlich einer Person oder Sache eintreten kann, so muß in Beziehung auf die Taxirung unterschieden werden, ob der Gerichtsstand als ein besonderer aus Ursache einer Delegation oder Prorogation zu betrachten sei.

b) In die Mäßigung der Taren, die ein derlei delegirtes Gericht aufrechnet, hat sich das Landrecht nicht einzumengen, sondern es ist lediglich der Partei, die sich gekränkt achtet, der Refurs an die politische Stelle vorbehalten.

c) Der Beamte des delegirten Gerichtes kann der Partei unter dem Titel einer Remunerazion nichts aufrechnen, sondern es steht ihm lediglich bevor, in besonders wichtigen, mühsamen und mit einem höheren Tarbezuge verbundenen Amtshandlungen bei der Landesstelle, oder bei jener Behörde, welche über den Tarfond zu wachen hat, eine Remunerazion anzufuchen.

d) Falls von dem delegirten Gerichte zur Vornehmung der Amtshandlung Gerichtspersonen außer den Ort abgeordnet werden müssen, sind denselben die Reise- und Zehrungskosten von der Partei zu ver-

Die Delegazion kann entweder gesetzlich oder willkürlich sein.

Die willkürliche Delegazion gründet sich theils in dem Auftrage einer höhern Behörde, theils in dem Willen eines Gerichtsinhabers, je nachdem eine höhere Behörde oder ein Gerichtsinhaber einem nach den Jurisdiktionsvorschriften sonst nicht kompetenten Gerichtsstande die gerichtliche Amtshandlung überlassen hat, und in diesem Falle ist nach analoger Bestimmung des Jhfd. vom 5. April 1782 N. 39 und vom 2. Juli 1795 N. 239 und nach den allgemein geübten Grundsätze, daß die Taren nach jener Klasse gefordert werden, in welche das Gericht gerechnet wird, an dessen statt das Delegirte das Amt gehandelt hat, die Tare gleich dem Gerichte abzunehmen, in dessen Namen das Amt gehandelt wurde.

Ist die Delegazion des Gerichtes gesetzlich, als im §. 25 der Jurisdiktionsnorm, dann nach den Jhfd. vom 7. Aug. 1785, 17. Okt. 1791, und 8. Juli 1825, so handelt das gesetzlich delegirte Gericht nicht im Namen und anstatt eines andern Gerichtes, sondern im eigenen Namen, und in einem solchen Falle sind daher die Taren nach der eigenen Eigenschaft des Gerichtes abzufordern.

Derselbe Fall tritt auch bei der Prorogazion ein, denn nur jener Gerichtsstand wird durch Prorogazion kompetent, welchem vermög der bestehenden Jurisdiktionsvorschriften eine ihm sonst nicht unterstehende Person oder Rechtsache zugewiesen wird, das prorogirte Gericht handelt das Amt im eigenen Namen, und ändert somit seine ursprüngliche Eigenschaft nicht, und es darf daher der Gerichtsstand die ihm ursprünglich klassenmäßig zugewiesenen Gebühren auch im Falle der Kompetenz durch Prorogazion abnehmen. Uebrigens gibt das hohe Jhd. vom 27. Jänner u. 4. Juli 1783 die Weisung, daß bei Verhorrerzierung des ordentlichen Richters die Tare nach jener Klasse, welche für diesen Richter bestimmt ist, abzunehmen sei.

5) Die T. D. vom 1. Nov. 1781 in Streitsachen, und jene vom 13. Sept. 1787 in adeligen Richteramtssachen bestimmt für jeden Tag, wo der Richter oder dessen Abgeordnete zur Beschreibung, Schätzung, Feilbietung und in die Sperrnehmung eines im Streit befindlichen Gutes einschreitet, so wie in adeligen Richteramtssachen, wo die gerichtliche Sperre, Inventur, Feilbietung eintritt, die gebührenden Taren, welche sich, und zwar jene in Streitsachen nach der Klasse, wohin jede Stadt zugewiesen ist, jene in adeligen Richteramtssachen aber nach dem der bestimmten Tarlkasse unterliegenden Vermögen der betreffenden Verlassenschaft oder des Partikulargeschäftes richtet. Die in der fünften Rubrik der Tarnorm vom J. 1781 u. 1787 bestimmte Tare für einen Tag, an welchem der Richter oder dessen Abgeordnete einschreitet, ist auch für eine richterliche Intervention abzunehmen, die nur einen geringen Theil des Tages hinwegnimmt, weil im widrigen Falle derlei Amtshandlungen, die in wenigen Stunden abgethan werden, welches oft statt findet, ganz untarirt bleiben, was doch dem Grundsätze, daß kein Gegenstand untarirt bleiben soll, offenbar widerspricht.

güten, welche aber nur als eine Entschädigung der nöthigen Ausgaben angesehen, und daher, da sie sich nach Zeit und Umständen richten, nie auf eine gewisse Summe bestimmt, oder aus dem Begriffe einer Re-munerazion aufgerechnet werden können.

e) In den Geschäften des adeligen Richteramtes kann bei keiner dem Tarbezuge unterliegenden Amtshandlung, folglich auch nicht bei Schätzungen und Inventuren, von dem delegirten Gerichte, der eigentliche Betrag der Tare eher aufgerechnet werden, bevor nicht der reine Betrag des Vermögens, welches die Amtshandlung veranlaßt hat, bekannt ist, folglich auch nach derselben die eigentliche gesetzliche Klasse bestimmt werden kann, wie solches bereits aus den Hofdekreten vom 24. Decemb. 1787 und 4. Januar 1788 zu entnehmen ist. S. 1956.

Zu §. 8 der T. D.

Ex officio Vertreter und Tarvormerkung.

2220. Hfd. v. 26. Febr. 1788 N. 788, an d. böh. K. G.

a) Die der Landesstelle geschehene Einräumung der Macht, armen Parteien die Gerichtstaren vormerken zu lassen, und nach Umständen nachzusehen *), habe nur den Endzweck gehabt, die Verzögerung der Geschäfte zu vermeiden, keinesdings aber den Gerichtsstellen die ihnen zukommende Wirksamkeit zu beschränken. Es soll daher die Ernennung und Beizehung der Rechtsfreunde ex officio nur allein den Gerichtsstellen eingeräumt verbleiben.

b) Diese rechtliche Beizehung eines Rechtsfreundes ex officio, wenn sie auch dem Generaltarame zur Wissenschaft von Seite der Gerichtsstellen bekannt gemacht wird, hat keineswegs unmittelbar die Folge auf die Vormerkung oder Nachsehung der Taren, sondern die Verwilligung dieser Vormerkung oder Nachsehung bleibt, ungehindert des benannten Rechtsfreundes ex officio, immer ein Gegenstand der Kameral-Behandlung, in welchen die Landesstelle nicht einschreiten kann. Die betreffende Partei hat daher um diese Verwilligung bei dem Gubernium ordentlich anzulangen, und das Gubernium derlei Gesuche zu erledigen.

c) Ob schon einem ex officio bestellten Rechtsfreunde die Haftung für die Entrichtung der vorgemerkten Taren auf den Fall aufgetragen ist, wenn die Partei durch Behauptung des Prozesses zu Zahlungsmitteln gelangt, so erstreckt sich die Haftung keineswegs unbedingt auf alle Vorfälle, sondern sie verbindet nur den Advokaten für die Entrichtung der Taren, so weit es die Möglichkeit zuläßt, und insofern es von seiner Verwendung abhängt, Sorge zu tragen, damit eine an sich mögliche Tarbezahlung nicht unbekümmert verloren gehe, und kann diese Bürde dem Rechtsfreunde nicht beschwerlich fallen, da er in dem Falle, wenn seine Partei zur Bezahlung der Tare unfähig bleibt, um deren

*) Diese den Landesstellen eingeräumte Macht steht gegenwärtig den K. G. B. zu; s. 2239.

Nachsicht unter Beobachtung der Vorschrift aulangen kann, welche alsdann nicht zu versagen ist.

2221. Hfd. v. 11. Sept. 1789 N. 1050, an d. in. u. v. ö. A. G.

Die Vormerkung oder Nachsicht der in erster Instanz zu entrichtenden Taxen soll insoweit, als bei den Magistraten und Ortsgerichten die Taxen in eine städtische oder Herrschaftskasse einfließen, der Herrschaft, welcher sie eigentlich gehören, oder dem Magistrate, der die Verwaltung des ganzen städtischen Vermögens hat, allerdings zustehen. S. **2223** und **2226**.

2222. Hfd. v. 24. Jänner 1791 N. 106, an d. n. ö. A. G.

Der Partei soll der angesuchte Vertreter von Amtswegen nur mit der ausdrücklichen Klausel zugegeben werden, daß sie schuldig sei, dem Vertreter entweder das Zeugniß der Armuth beizubringen, oder sich wegen eines billigen Vorschusses für die Taxen nach Maß des Patentess vom 1. Nov. 1781 einzuverstehen, oder die Pränotirung der Taxen ihres Orts zu erwirken.

Dieses Hofdekret war den 18. Feb. 1791 auch allen übrigen A. G. intimirt.

2223. Hfd. v. 18. Febr. 1791 N. 111, an d. n. ö. A. G.

Gleichwie den Obrigkeiten durch Resol. vom 11. Sept. 1789 nur die Nachsicht der Taxen erster Instanz eingeräumt ist, als kann die von der Obrigkeit erhaltene Taxnachsicht sich nie auf die Appellations- und Revisionstaren beziehen, sondern muß die Partei, die sich diesfalls des Armenrechts theilhaftig zu sein erachtet, die Nachsicht bei der Landesstelle der Ordnung nach ansuchen.

2224. Hfd. v. 15. Sept. 1791 N. 202, an alle A. G.

Wenn einer Partei die Vormerkung der Taxen und Stempel bewilliget ist, hat die Vormerkung der Stempelgebühren nicht, wie bisher, sich nur auf die von dem Richter zu erlassenden Expeditionen, als: Urtheile, Kompaß-, Remiſſſchreiben, Dekrete zc. und auf die von den Kanzleien und Registraturen zu erhebenden Abschriften, sondern auch auf die von den Parteien selbst und von ihren Bestellten zu verfassenden Schriften, und auf die von diesen beigelegten sämtlichen Urkunden, wozu sie außer dem Falle der Vormerkungsverwilligung den patentmäßigen Stempel zu nehmen hätten, zu erstrecken, und es soll von den Taxämtern, denen nach der bestehenden Vorschrift ohnehin von dem Expeditor jede Expedition und Erledigung mitgetheilt werden muß, nicht allein der Taxbetrag, sondern auch die diesen Schriften, dann den dazu gehörigen Beilagen und Urkunden angemessenen Stempelgebühren ordentlich vorgemerket, und erst bei der sohin eintretenden Zahlung selbst sowohl die Taxen, als diese vorgemerkten Stempelgebühren abgefordert und eingebracht werden.

2225. Hfd. v. 3. April 1793 N. 96, an alle N. G. (Dasſelbe verordnet das Hfd. v. 4. Nov. 1793 N. 132, an alle N. G.)

Da die Tarnachſicht nur jenen Armen zuſteht, denen eben wegen ihrer Armuth auch die unentgeltliche Vertretung von Amtswegen zu ſtatten kommt, ſo haben die Gerichtsbehörden, wenn ſie einer des Armenrechtes theilhaften Partei einen Rechtsvertreter von Amtswegen zugeben, jedesmal auszuſprechen: ob und in wie weit die Vertretung unentgeltlich zu geſchehen habe, damit nur in jenem Maße der armen Partei die Nachſicht der Tare zu Theil werde, in welchem derſelben die unentgeltliche Vertretung zu ſtatten kommt. S. **2240.**

2226. Hfd. v. 20. Febr. 1795 N. 218, an alle N. G.

Die Verordnung, alle bei Gerichtsstellen über abgeforderte Taren entſtehenden Beſchwerden den politiſchen Behörden, welche zugleich das Kameral-Tarwesen zu beſorgen haben, zuzuweiſen, hindert nicht an dem den Magiſtraten und Ortsgerichten eingeräumten Befugniſſe, den Parteien, die bei denſelben Rechtsſtreite führen, die Vormerkung oder Nachſicht der Taren ohne Rückfrage zu bewilligen. S. **2221** und **2223.**

2227. Vdg. d. böh. Gub. v. 27. Mai 1818 Z. 23552 (Radh. 254).

Dem k. Gubernium wurde mit Hfd. vom 10. Mai l. J., S. Z. 20364, zur Nachachtung für alle künftig vorkommenden ähnlichen Fälle erinnert, daß den Parteien die Gerichtstaren nur dann nachgesehen oder zur Abſchreibung vorgezeichnet werden können, wenn ihnen wegen erwieſener Mittelloſigkeit ein unentgeltlicher Vertreter beigegeben, und in Folge deſſen die Vormerkung der Gerichtstaren bewilligt worden iſt.

Außerdem muß dieſe Tare nach Anordnung des 11. und 12. §. der Tarordnung in Streitsachen von dem Rechtsfreunde der Partei in der vorgeschriebenen Friſt eingebracht werden, indem dieſer für die Taren zu haften, und daher auch das Recht hat, zu ſeiner Sicherſtellung einen verhältnißmäßigen Vorſchuß von derſelben ſich leiſten zu laſſen, folglich eſ nur ſeine Schuld wäre, wenn er von dieſem Rechte keinen Gebrauch gemächt haben ſollte.

2228. Vdg. d. ſteier. Gub. v. 24. Dez. 1822 Z. 29380 (P. 647).

Die hohe Hofkammer hat mit Vdg. vom 7. d. M. Z. 45051 bemerkt, daß nach den beſtehenden Vorſchriften die Nachſicht der Taren überhaupt nur ganz mittelloſen und erwerbsunfähigen Parteien; die Abſchreibung der Judizialtaren insbeſondere aber nur jenen Individuen bewilliget werden könne, welchen wegen erwieſener Dürftigkeit ein unentgeltlicher Vertreter ämtlich beigegeben, und die Vormerkung der Tar- und Stempelgebühren zugestanden worden, die aber weder durch die richterliche Entſcheidung, noch auf einem anderen Wege, während der Verhandlung ihrer Rechtsſtreitigkeiten, zu Zahlungsmitteln gelangt ſind.

Aus dieſem Grunde können auch die mit Beſoldungen, Ruhegehältern, Penſionen, Gnadengaben, oder die mit andern derlei Bezügen be-theilten Perſonen in keinem Falle in die Klaſſe der ganz mittelloſen

und Armen gerechnet werden; sie haben daher auch auf eine Taxnachsicht keinen Anspruch.

Ferner kann in Folge der bestehenden Normalien den unentgeltlichen offiziellen Vertretern armer Parteien in ihren Rechtsstreitigkeiten die Vormerkung der Tax- und Stempelgebühren immer nur unter der ausdrücklich beizufügenden Bedingung bewilliget werden, daß sie (die Vertreter) in dem Falle, wenn die Partei durch die endliche Entscheidung ihres Prozesses, oder auf einem anderen Wege im Laufe des Prozesses, zu Zahlungsmitteln gelangen sollte, vor allem für die genaue Berichtigung der vorgemerkten Tax- und Stempelgebühren zu haften, außerdem aber, wenn die Partei sachfällig werden, und zahlungsunfähig sein sollte, binnen vierzehn Tagen nach geendigtem Rechtsstreite unter Vorlegung des Endurtheiles, und eines eidesstattigen Reverses, daß sie zur Führung des Rechtsstreites weder einen Vorschuß, noch eine Belohnung erhalten haben, und solche vor Berichtigung der vorgemerkten Gebühren nicht annehmen wollen, um deren Nachsicht bei der Landesstelle einzuschreiten haben.

2229. Def. d. mähr. Gub. v. 27. Juni 1823 J. 18626 (P. 169).

Die hohe Hofkammer hat unter dem 11. Juni l. J. J. 23787 erinnert, daß die Nachsicht und Abschreibung der Judizial-Taxen in Folge der bestehenden Vorschriften denjenigen Parteien, welchen ein unentgeltlicher Vertreter amtlich nicht beigegeben, und die Vormerkung der Tax- und Stempelgebühren auch nicht bewilliget wurde, nicht zu gestatten, und sich in einem solchen Falle, wegen Berichtigung dieser Gebühren nach ausdrücklicher Bestimmung des §. 11 und 12 der T. O. in Streitsachen, immer gleich unmittelbar an den Vertreter der streitenden Parteien zu wenden sei.

2230. Hfd. v. 15. Jänner 1825 N. 2066, an d. dalmat. A. G.

Da der officiose Rechtsvertreter eines Abwesenden, dessen Armuth durch legale Zeugnisse erwiesen wird, oder dessen Wohnsitz unbekannt ist, zur Beischaffung des Stempels für das Gesuch um die Vormerkung der Judizial-Gebühren nach Recht und Billigkeit nicht verhalten werden kann: so genügt in solchen Fällen eine ungestempelte Eingabe; jedoch muß der diesfällige Gesuchstempel, gleich den im Zuge eines Rechtsstreites auflaufenden Tax-, Porto- und Stempelbeträgen, von dem Taxamte vorgemerkt und seiner Zeit nach Umständen entweder eingebracht, oder mit Rücksicht auf die, nach den Gesetzen die Nachsicht der vorgemerkten Gebühren rechtfertigenden Verhältnisse abgeschrieben werden.

Uebrigens hat es bei der durch die allg. Taxamts-Instrukzion ausgesprochenen, sowohl für das Verfahren in streitigen Angelegenheiten, als auch für die Akte des adeligen Richteramtes geltenden Norm zu verbleiben, nach welcher sämtliche Advokaten und Sachwalter, wenn sie eine Bittschrift unterschrieben haben, verpflichtet sind, bei der diesfälligen wie immer gearteten Partei-Sache, für die Tax-, Postporto- und Stempelgebühren zu haften.

In jenen Fällen endlich, wo sich eine den Erbs- oder Pupillar-Massen gehörige Baarschaft in gerichtlicher Verwahrung befindet, bleibt der Gerichtsbehörde überlassen, die von dem Taramte vorgeschriebenen gesetzlichen Gebühren gleich unmittelbar aus den depositirten Geldern anzuweisen.

2231. Hfd. v. 26. Okt. 1825 N. 2140, an d. gal. Sub.

Nach dem Geiste der wegen Vormerkung der Gerichtsgebühren in Streitsachen armer Parteien bestehenden Vorschriften sind diese Parteien verpflichtet, vor dem Beginnen ihres Rechtsstreites durch die Beibringung eines legalen Armuthszeugnisses, und in dem Falle, wo die Vertretung durch einen Rechtsfreund statt findet oder gesetzlich gefordert wird, der Verrättigung von der ämtlichen Aufstellung eines unentgeltlichen Vertreters, die Vormerkung der Gebühren nachzusuchen; um

a) den Behörden die Ueberzeugung zu gewähren, ob sie damals schon wirklich arm sind, weil sie sonst auch im Laufe des Prozesses, entweder durch eine muthwillige Streitsucht oder auf andern Wegen der Mittel zur vorschriftsmäßigen Berichtigung der Gerichtstaren beraubt werden können, und in diesem Falle das Aerarium gegen die höchste Absicht des Gesetzgebers durch eine auf diese Art entstandene Uneinbringlichkeit der Gebühren verkürzt werden würde; um

b) durch diese Vormerkung die Tax-, Stempel- und Portogebühren in Evidenz zu halten, wenn entweder die arme Partei durch den Ausgang des Rechtsstreites, oder auf andere Art während des Zuges desselben, zu Zahlungsmitteln gelangen, oder wenn die Gegenpartei zur Berichtigung der ganzen Gerichtstare von dem Richter verurtheilt werden sollte; um

c) auch in der Vorschreibung dieser Gebühren, und insbesondere wegen Verwendung oder Vormerkung der Stempel, sich den bestehenden Vorschriften gemäß benehmen zu können, und in die dießfällige Verrechnung keine Irrungen zu bringen; um endlich

d) durch die vorläufige Erwirkung der Tax-Vormerkung arme Parteien an muthwilligen Streitigkeiten und unnützen Belästigungen der Gerichtsbehörden zu hindern.

Dabei wird zugleich bemerkt, daß es dem Ermessen der Landesstelle überlassen werde, in besonders rücksichtswürdigen Fällen, wenn Parteien im Laufe bereits begonnener Prozesse wirklich ganz ohne ihre Schuld in gänzliche Armuth gerathen sollten, denselben zur Beendigung ihrer Streitsache die Vormerkung der weiters auslaufenden Gebühren entweder selbst zu bewilligen, oder für den Revisionszug mittelst Einschreitens an die Hofkammer zu erwirken.

Nur wird von der Sorgfalt der Landesstelle für die Sicherheit des Gefällsertrages erwartet, daß dieselbe hierbei mit der möglichsten Genauigkeit und Strenge vorgehen werde.

2232. Hfd. v. 5. Juni 1826 J. 22621; Wdg. d. laib. Sub. v. 24. J. 11797 (P. 132.)

Die k. k. allgemeine Hofkammer hat erinnert, daß die Armuthszeugnisse zur Erwirkung der Tax- und Stempelvormerkung in den Rechts-

streitigkeiten armer Parteien in den Haupt- und größern Städten von dem Eigenthümer des Hauses, worin die arme Partei wohnt, oder von dessen Stellvertreter ausgemacht, von dem Pfarrer, dem Magistrate, oder Grundgerichte, und wo sich eine landesfürstliche Polizeibehörde befindet, auch von dieser letztern bestätigt, und darin nicht nur die Mittellosigkeit der Partei, sondern auch die Erwerbsunfähigkeit derselben nachgewiesen werden müsse.

2233. Hfd. v. 4. Juli 1826 J. 25270; Bdg. des laib. Sub. v. 20. J. 13976 (P. 150).

Da nach den bestehenden Vorschriften nur wirklich armen Parteien die Vormerkung der Tax- und Stempelgebühren in ihren Rechtsstreitigkeiten zu Theil werden kann, so ergiebt sich hieraus von selbst, daß Realitäten-Besitzer zur Erlangung dieser Begünstigung nicht geeignet seien. Diese Vorschrift ist sich im Allgemeinen gegenwärtig zu halten, und nur in besonders rücksichtswürdigen Fällen sind die Gesuche der Besitzer von Realitäten um die Bewilligung der Taxvormerkung der k. k. Hofkammerentscheidung zu unterziehen.

2234. Bdg. d. gal. Sub. v. 10. Juli 1826 J. 38473 (P. 106).

Die h. Hofkammer hat mit Dek. vom 7. v. M. J. 20894 anher bedeutet, daß bei vorkommenden Gesuchen der Pfarrer in Galizien*) um Bewilligung der Tax- und Stempelvormerkung in ihren Rechtsstreitigkeiten vor allem der Umstand genau zu unterscheiden sei, ob diese Rechtsstreitigkeiten die Geltendmachung künftiger bleibender Rechte der Pfarrer selbst, oder bloß die Behauptung persönlicher Rechte des jeweiligen Pfarrers zum Gegenstande haben.

Im ersten Falle ist zufolge des bezogenen Hfd. die Tax- und Stempelvormerkung für den möglichen Fall der Behauptung des Prozesses auch dann zu bewilligen, wenn die Einkünfte der Pfarreien selbst die Kongrua jährlich 300 fl. übersteigen.

Wenn es sich aber bloß um die Behauptung persönlicher Rechte des jeweiligen Pfarrers handelt, so ist in diesem Falle zur Führung des Rechtsstreites die Vormerkung der Gerichtsgebühren um so minder zu bewilligen, als ein sicheres und bestimmtes Einkommen von 300 fl. besonders auf dem Lande nicht mehr so gering ist, um hinsichtlich der Taxentrichtung für arm angesehen werden zu können, zu dem durch die gänzliche Taxfreiheit nur die Streitsucht angereizt, und leicht in dem Grade vermehrt werden würde, daß oft auch die wichtigsten und ungegründetsten Rechtsansprüche würden geltend gemacht werden wollen, wozu endlich noch kommt, daß diese Taxvormerkung bei einem bestimmten Einkommen von 300 fl. auch den Beamten nicht zu Theil wird.

Welche hohe Verfügung der Kammerprokuratur im Nachhange des

*) In Galizien ist an die Stelle der vorliegenden L. D. v. J. 1781, welche dort durch das Pat. v. 30. Mai 1783 P. 11. XXII eingeführt war, seit 1. Aug. 1786 die galiz. L. D. v. 27. April 1786 P. 11. XXIX getreten, welche aber mit der alten L. D., mit Ausnahme weniger Punkte, übereinstimmt.

hierämtlichen Erlasses vom 24. Jänner l. J. Z. 75628 zur Wissenschaft mit dem Beisatze bekannt gemacht wird, daß hiedurch der unterm 19. Dez. 1794 Z. 32496 bloß in Beziehung auf g. l. Pfarrer ergangene Subernal-Erlaß seine nähere Bestimmung erhalte. S. 2236.

2235. Hfd. v. 3. März 1827 Z. 4760; Zahl d. n. ö. Reg. 13667 (P. 223).

Die mit Befeldungen, Ruhegehalten, Pensionen, Gnadengaben oder anderen derlei Bezügen theilten Personen sind eben so wenig, als die in dem Besitze eines Gewerbes u. dgl. stehenden Individuen in die Kategorie derjenigen Parteien zu stellen, denen zu Folge der bestehenden Vorschriften wegen erwiesener Dürftigkeit oder Erwerbsunfähigkeit in ihrem unter ämtlicher und unentgeltlicher Vertretung eines Rechtsfreundes zu führenden Rechtsstreitigkeiten, die Vormerkung der Gerichtsgebühren bewilligt werden kann.

2236. Bdg. d. gal. Sub. v. 18. Juni 1827 Z. 30944 (P. 268).

Mit h. Hfd. vom 7. Juni l. J. Z. 20894 ist genehmigt worden, daß in allen jenen Fällen, wenn Rechtsstreitigkeiten wegen Geltendmachung künftiger bleibender Rechte der Pfarreien unter Vertretung des k. Fiskus verhandelt werden, und zwar ohne Unterschied, ob der betreffende Pfarrer über oder unter der Kongrua von 300 fl. dotirt ist, die Tar- und Stempelvormerkung bewilligt werden könne. Diesem gemäß ist auch die k. k. Kammerprokuratur ermächtigt, für Prozesse dieser Art die gedachte Vormerkung anzusprechen.

Dabei liegt es auch in ihrer Verpflichtung, daß die über ihr Ansuchen vorgemerkten Gerichtsgebühren bei der Inrotulirung oder Konsignirung der Akten unter den Gerichtskosten liquidirt, und von der betreffenden Gegenpartei, die zu ihrem Ersatze verurtheilt werden sollte, eingebracht werden, oder aber daß nach Ausgange der Prozesse, wenn nicht die Gegenpartei zahlungspflichtig erkannt werde, oder die vorgemerkten Gebühren weder von dem Pfarrer noch dem Religionsfonde zu zahlen wären, um ihre Abschreibung hierorts eingeschritten werde.

Wenn jedoch die von einem Pfarrer anhängigen Rechtsangelegenheiten, somit die Führung des Prozesses selbst, bloß die Behauptung persönlicher Rechte eines jeweiligen Pfarrers zum Gegenstande haben, so kann, in so fern der betreffende Land-Pfarrer ein sicheres und bestimmtes Einkommen von 300 fl. bezieht, eine Tar- und Stempelvormerkung in solchen Fällen nicht statt haben, und ihre Gewährung bei einem minderen Einkommen bleibt dem besondern Anspruche darauf unter Nachweisung der gesetzmäßigen Bedingungen, und der eigenen Entscheidung der Landesstelle vorbehalten.

2237. Bdg. d. steier. Sub. v. 20. Mai 1829 Z. 8827 (P. 216).

Ueber die Frage, ob im Falle, wo die im Rechtswege behauptete Forderung den Betrag der inzwischen vorgemerkten Taxen nicht erreiche, der unbedeckte Tarrückstand abzuschreiben sei, wurde mit Hfd. vom 7. Mai 1829, Z. 16970, entschieden, daß die Kompensation der im Rechtswege behaupteten

Forderungen, wodurch dieselben sich entweder ganz, oder zum Theile aufheben, auch die Nachsicht der inzwischen vorgemerkten Gebühren entweder ganz, oder wenigstens nach Maß des allenfalls behaupteten Betrages nach sich ziehe.

2238. Hfd. v. 30. Sept. 1829, Z. 37686; Vdg. d. n. ö. Reg. v. 16. Okt. 1829, Z. 56202 (P. 744).

Es ist mehrmals vorgekommen, daß Parteien um die Tar- und Stempelvermerkung in 1. und 2. Instanz, oder auch im Revisionszuge mittelst Beibringung von, in allgemeinen Ausdrücken abgefaßten Armuths-Zeugnissen anlangen.

Da jedoch dem Tar-Patente gemäß zu dieser Begünstigung nur jene Parteien sich eignen, welche außer den unentbehrlichsten Lebensbedürfnissen nichts besitzen, oder sonst erwerbsunfähig sind, so haben die Magistrate und Dominien bei Ausfertigung der Bestätigung der ausgestellten Armuthszeugnisse die strengste Gewissenhaftigkeit zu beobachten, und jedesmal sich selbst von der getreuen und wahrhaften Ausstellung derselben auf sichere Weise zu überzeugen.

2239. Hfd. v. 6. Sept. 1833 N. 2630, an d. in. ö. k. u. N. G.

Die allg. Hofkammer hat mittelst Vdg. vom 13. August 1833 allen N. G. B. und dem dalmatinischen Landes-Gub. bedeutet, daß in Zukunft, wenn einer Partei zur Führung eines Rechtsstreites bei einem landesfürstlichen Gerichte erster Instanz, oder, wenn der Rechtsstreit in erster Instanz bei einem nicht landesfürstlichen Gerichte geführt würde, zur Ergreifung der Appellazion die Vormerkung bewilligt wird, diese Bewilligung im ersten Falle nicht nur für die erste, sondern auch für die zweite und dritte Instanz, und im zweiten Falle außer der Appellazions- auch für die Revisionsverhandlung zu gelten habe *).

2240. Jhfd. v. 7. Febr. 1837 Z. 104; Vdg. des in. ö. N. G. v. 16. Z. 2829; des böh. Gub. v. 20. Z. 3621 (P. 65); des mäh. N. G. v. 21. Z. 2146, u. der n. ö. Reg. v. 26. Z. 11655. Hfr. Res. v. 17. Juni F. 755. (Mil. 41).

Zu Folge der Hfd. vom 3. April und 4. Nov. 1793 soll den des Armenrechts genießenden Parteien die Nachsicht der Taren nur in eben dem Maße, in dem ihnen die unentgeltliche Vertretung zu statten kommt, zu Theil werden, und daher in den Bescheiden, wodurch einer Partei von Amtswegen ein Vertreter beigegeben wird, immer ausgedrückt werden, ob und in wiefern die Vertretung unentgeltlich zu leisten sei.

Auf Ersuchen der k. k. allg. Hofkammer wird dem N. G. hiemit aufgetragen: die ihm untergeordneten Gerichtsbehörden zur genauen Befolgung dieser Vorschrift mit der Bemerkung anzuweisen, daß die von Amtswegen beigegebenen Vertreter, wenn sie am Anfang oder im Laufe des Prozesses einen Vorschuß, oder nach beendigtem Prozesse zu was immer für

*) Den Mil. Gerichten zur Darnachachtung fdg. durch Hfr. Res. v. 15. Febr. 1834 F. 188 (Mil. 14).

einer Zeit und auch nach bereits erwirkter Abschreibung oder Nachsicht der Gebühren, eine Zahlung an Expensen erhalten, für die Taxen und Stempelgebühren zu haften haben. S. 2225.

2241. Bdg. des gal. Sub. v. 5. Nov. 1837 J. 69921 (N. 1838, 46).

Ein spezieller Fall, in welchem von dem hierländigen Gerichte einem k. pohlischen Unterthan zur Anstrengung seiner Rechtsache ein Vertreter von Amtswegen gegen Vermerkung von Stempel und Taxen bestimmt worden ist, hat das Landes-Präsidium veranlaßt, den Hr. Fürsten Statthalter im Königreiche Pohlen um die Verfügung zu ersuchen, damit von den k. pohlischen Gerichtsbehörden hierländigen unbemittelten Unterthanen zur Durchführung ihrer Rechtsangelegenheiten im Königreiche Pohlen ebenfalls offiziöse Vertreter bestimmt werden. Ueber diese Verwendung hat sich der Hr. Fürst Statthalter bereits erklärt, über die in jedem einzelnen Falle einzutretende Verwendung des Landespräsidiums um die Aufstellung eines officiösen Vertreters für einen k. k. österr. Unterthan, dieselbe zu bewilligen und eintreten zu lassen.

2242. Hfd. v. 20. Febr. 1838 J. 719, an das gal. N. G. Bdg. des Mil. N. G. v. 15. Juni J. 7068.

Die k. k. geheime Haus-, Hof- und Staatskanzlei hat hieher eröffnet, daß von dem Senate der freien Stadt Krakau die Gerichtsstellen des Freistaates angewiesen worden sind, in Zukunft allen armen kaiserlich österreichischen Unterthanen bei dortigen Prozessen die Aufstellung eines ex offo Anwaltes, so wie Tax- und Stempelvermerkung ohne weiters zuzulassen; dann daß der Senat bei Gelegenheit dieses Zugeständnisses um eine ähnliche zu treffende Verfügung von Seite der österreichischen Regierung für arme krafauer Unterthanen neuerlich die Bitte zugestellt hat.

Zu §. 9 der L. D.

2243. Hfd. v. 27. Jänner 1783 N. 119, an alle Gerichts-Taxämter.

e) Von jedem der Taxe unterliegenden richterlichen Akte sei die angemessene Taxe insbesondere ohne Anstand abzunehmen.

2244. Hfd. v. 11. April 1823 N. 1933, an die Präsid. aller N. G.

Dem Appellations-Präsidium wird zur künftigen Darnachachtung bedeutet: daß künftig sämtliche Präsidial-Erlässe in Partei-Sachen, insofern nicht höhere Rücksichten ihre Geheimhaltung erheischen, und sie zu den taxbaren Gegenständen gehören, dem zuständigen Taxamte zur vorschriftsmäßigen Manipulation und Bemessung der Gefällsgebühren zuzuweisen seien.

Zu §. 10 der L. D.

2245. Hfd. v. 27. Jänner 1783 N. 119, an alle Gerichts-Taxämter.

e) Der §. 10 der L. D. könne nicht dahin genommen werden, als ob der Landesfürst gleichsam eine Frist von einem Monate zur Bezahlung der Taxe eingeräumt hätte, sondern gebe nur dahin, daß am Ende jeden

Monats die Ausstände von den gesammten einstweilen vorgeschriebenen Taxen einzutreiben seien. S. 2252.

2246. Hfd. v. 28. April 1791 N. 142, an das mäh. A. G., zufolge h. Entschl. über die Desiderien und Beschwerden der Stände und Städte des Markgrafenthums Mähren.

N Die gesetzmäßige Eintreibungsart der landesfürstlichen Taxrückstände hat nicht mehr Platz zu greifen, sobald eine vom Tage der an die Partei geschehenen Zustellung der taxbaren Vdg. über ein Jahr ausständige und vorhin nicht gerügte Taxe als ein Rückstand eingehoben werden sollte, daher haben sich die Taxämter die zeitliche Eintreibung der Taxrückstände bestens angelegen zu halten.

k) Soll es zwar auch bei den Magistraten im Allgemeinen wegen der Eintreibung der Taxen bei der gegenwärtigen Verordnung sowohl in Absicht auf den Termin, als auf die Zwangsmittel verbleiben; wenn aber ein Magistrat in einzelnen Fällen durch das Zuwarten Gefahr zu laufen glaubte, wird gestattet, daß die schuldige Taxe auch binnen 8 Tagen eingetrieben werde; doch sind die Magistrate zu ermahnen, dieses Befugniß nicht zu mißbrauchen.

2247. Hfd. v. 19. Mai 1798 N. 414, an alle A. G.

Se. Maj. finden zwar nothwendig und billig, mit Ernst und Wachsamkeit auf die Eintreibung der gesetzmäßigen Justiztaxen fortan feste Hand zu halten, dagegen mit Ihrem Eifer für die Gerechtigkeit nicht vereinbarlich, die Justiz wegen rückständiger Taxen zurückhalten zu lassen, wie bisher in Rücksicht der Parteien, die Ungarn sind, nach Maß der von den Hofstellen erlassenen Vdg. vom 24. Nov. 1797 geschehen ist. Es wird daher mit gänzlicher Aufhebung dieser Vdg. vom 24. Nov. 1797 verordnet: der §. 10 der T. D. in Streitsachen, und der §. 11 der T. D. in den Geschäften des adeligen Richteramtes sei auf das Genaueste zu befolgen, und keine Expedition wegen einer rückständigen Taxe, die ein Ungar zu entrichten hätte, zurückzuhalten, wohl aber seien von drei zu drei Monaten die Verzeichnisse der diesfalls rückständigen Taxen der Hoffammer einzusenden, in welchen der Name des Ungarn, welcher eine rückständige Taxe zu bezahlen hat, mit seinem Aufenthaltssorte, die kurze und deutliche Bezeichnung der Expedition, für welche die Taxe zu bezahlen ist, dann der Betrag derselben auszuweisen kommt, wo sodann die Hoffammer die diesfällige Eintreibung durch den *causarum regaliū Directorem* besorgen lassen wird; damit aber dennoch die Fälle der diesfälligen Eintreibung desto seltener werden mögen, sollen

1. die Gerichtsbehörden genau darauf halten, daß die Gesuche der Ungarn, über welche die taxbare Expedition erfließen soll, von einem bei Gerichte angenommenen Advokaten unterfertigt seien, der für die Taxe hafte, und sich dagegen mit einem angemessenen Geldvorschusse seiner Partei, wenn er es nöthig finden sollte, bedecke.

2. Wird der Ungar, der mit der ihn treffenden Taxentrichtung säumig ist, und also auf die Einschreitung des *causarum regaliū Direc-*

toris es ankommen läßt, wenn die Tare nur einige Gulden beträgt, die vierfache, bei höheren Taren aber die doppelte zu entrichten haben.

3. Bei jenen Taren, wo ein Gegentheil einschreitet, soll dieser, wenn die Expedition für ihn günstig ist, von Amtswegen wegen der rückständigen Taren erinnert werden, damit er sie für den Gegentheil salvo regressu an denselben zahlen möge.

4. Wenn die Gesuche der Ungarn durch Requisitoriales ungarischer Behörden unterstützt werden, sollen die Magistrate oder Komitats-Gerichte sich mit Hinterlegung einer angemessenen Summe, oder auf eine andere Art, allenfalls auch durch schriftliche Erklärung der ansässigen oder vermöglichen Bürger versehen, daß dieselben die für die anderweiten Expeditionen zu zahlen habenden Taren zu Händen des *causarum regaliū Directoris*, so weit er zu deren Einhebung befähigt sein werde, ohne allen Rechtsstreit abführen werden, bedecken, und soll ohne solche Versicherung in die Requisition gar nicht eingegangen werden.

2248. Hfd. v. 23. Jänner 1802 N. 550, an beide gal. Sub. u. A. G.

In Zukunft sind sowohl die Verzeichnisse der ausständigen Gerichtstaren, welche für die übrigen erbländischen Gerichtsbehörden bei den ungarischen Jurisdiktionen einzuhoben sind, als auch jene der Kamertaren der k. ungarischen Statthalterei nur alle Monate zu der zu veranlassenden Einhebung zu überschifen.

Zu §. 12 der T. D.

2249. Hfd. v. 21. Juli 1783 N. 160, an alle A. G.

In Folge §. 12 der T. D. sollen alle jene Taren, die über ein Monat rückständig sind, nach Aufsehung, sohiniger fruchtlosen Verstreichung einer Frist von 8 Tagen durch die wirksamsten Mittel der Exekution, nämlich andurch eingetrieben werden, daß von dem Gerichte sogleich ein Gerichtsdienner an die Partei, ihren Geschäftsträger oder Advokaten zu dem Ende abgeschickt werde, daß er sogleich, so viel als der Betrag der Tare ausmacht, von dem vorfindenden Vermögen abnehme, wo sodann das Abgenommene, so weit es in Mobilien und Effekten bestünde, bei der nächst vorkommenden gerichtlichen Feilbietung verkauft, das Taxamt befriedigt, der allfällige Ueberrest aber der betreffenden Partei ausgefolgt werde.

Uebrigens ergehe der ausdrückliche höchste Befehl dahin, daß, welche der Gerichtspersonen sich in Eintreibung der Taren eines Saumschuldig mache, zur Abzahlung des Rückstandes mittelst Einziehung der Besoldung angehalten werden solle.

2250. Hfd. v. 15. Jänner 1787 N. 621, an alle A. G.

1) Wenn wirklich wider ein Urtheil, wodurch eine Partei in den Ersatz der Kosten verfällt wird, die Appellationen dieses Ersatzes wegen

ergriffen wird, steht dem Taxamte dennoch die Befugniß zu, die Taxen auch während der Appellation einzutreiben*).

2251. Hfd. v. 27. Mai 1788 N. 835, an d. mäh. N. G.

Die wegen nicht entrichteter Taxe abgenommenen Mobilien und Effekten, wenn sie bei längerer Aufbewahrung dem Verderbniße unterliegen, können ohne weiters, außer dem aber nach Verlauf eines Monats auch für sich allein bei einer im Gerichtsbezirke kundgemachten Feilbietung öffentlich veräußert werden.

2252. Hfd. v. 20. März 1789 N. 989, an d. n. ö. N. G.

Die Meinung, als ob jeder Taxe eine Frist von einem Monat zur Entrichtung zugestanden wäre, kann nicht bestehen; vielmehr liegt den Parteien und ihren Rechtsfreunden ob, die Taxe sogleich ohne ein Be-
treibung abzuwarten, von selbst nach erhaltenem taxbaren Geschehnisse baldigst zu erlegen; indessen, wenn sie schon betrieben werden müssen, ist es ihre Pflicht, die Taxe binnen 8 Taxen vom Tage der an sie geschehenen Erinnerung zu erlegen und zwar ohne Unterschied, ob die Taxe von längerer oder kürzerer Zeit ausständig gewesen; widrigens wider sie die Pfändung mit aller Strenge vorgenommen werden soll. S. **2245—6.**

2253. Hfd. v. 2. Dez. 1820 N. 1720, an alle N. G.

Sämmtliche Justizbehörden haben sich nicht nur die bestehenden Vorschriften wegen ordentlicher Einbringung der Justiztaxen genau gegenwärtig zu halten; sondern es wird ihnen auch zur Pflicht gemacht, so oft sie irgend einen Saumsal von Seite der Taxämter in der Vorlegung der Verzeichnisse zur Einbringung der rückständigen bereits fälligen Taxen bemerken, solchen von Fall zu Fall durch ihre vorgesetzten N. G. zur Kenntniß der obersten Justizstelle zu bringen.

2254. Hfd. v. 20. Juli 1827 N. 2293, an d. böh. Gub.

Ueber die aufgeworfene Frage: ob Tax-Rückstände bürgerlich sicher-
gestellt, und rücksichtlich solcher versicherten Taxen, die dadurch belasteten Realitäten in gerichtliche Exekution gezogen werden dürfen, wird be-
deutet: daß sich bei der Einhebung der Taxen genau nach dem §. 12 der E. O. vom 1. Nov. 1781 Nr. 28, und an das Hfd. vom 21. Juli 1783 Nr. 160 der J. G. S., zu halten ist. Nur in jenen ohne-
dies sehr seltenen Fällen, wenn der Tax-Restant gar kein bewegliches, wohl aber ein unbewegliches Gut besäße, kann die Exekution auf die Immobilien geführt werden.

2255. Hfd. v. 12. Dez. 1827, an alle Lst. (G. 487).

Ueber Ansuchen der k. k. geheimen Haus-, Hof- und Staatskanzlei findet man sich bestimmt, zur Vereinfachung des Geschäftsganges und zur Vermeidung unnützer Auslagen bei Eintreibung der Tax-, Post-

*) Auch Taxbeschwerden haben keinen die Erhebung der Taxen hemmenden Einfluß; s. **2211.**

porte- und Stempelgebührenrückstände von ausgewanderten österreichischen Unterthanen, die Landesstelle anzuweisen: künftig dergleichen ganz unbedeutende Rückstände, deren Eintreibung weder Zeit noch Mühe lohnt, und mit vielen Umtrieben und Kosten verbunden ist, entweder nach dem der Landesstelle zustehenden Wirkungskreise selbst abzuschreiben, oder mittelst Aufnahme in das Jahresverzeichnis über die uneinbringlichen diesfälligen Gebühren, zur Abschreibung anher vorzulegen; jene von größeren Beträgen aber zur hierortigen Kenntniß zu bringen, um deren Einbringung im geeigneten Wege veranlassen zu können.

2256. Erlaß des böh. N. G. v. 20. Jänner 1834 Z. 20562 (P. 26).

Ueber das Belangen der k. k. Kameralverwaltung vom 18. Dez. 1833 Z. 49863 IX. werden die k. k. Kreisämter ersucht, den sämtlichen Gerichtsbehörden der Kreise zu verordnen, über die an sie zur Einhebung gelangenden Taxnoten eine genaue Vormerkung zu führen, die Parteien sogleich nach Einlangung der Taxnote unter Mittheilung einer Abschrift derselben, zur Bezahlung der darin verzeichneten Gebühren aufzufordern, und gegen die Saumseligen in Gemäßheit der in dem a. h. Tarp. und dem Jhfd. vom 21. Juli 1783 N. 160 enthaltenen Bestimmungen, nach welchen der Ausstand bei fruchtloser Erinnerung gleich nach 8 Tagen exekutive eingetrieben werden soll, zu verfahren, die allenfälligen Einhebungshindernisse aber, die nur darin bestehen dürfen, daß die tarpflichtige Partei ihren Aufenthalt geändert hat, oder wegen Armuth zahlungsunfähig ist, legal und unter Beibringung des Protokolls, über die fruchtlos versuchte Pfändung dem k. k. Kreisamte zur weitem Einbegleitung, mittelst der vorgeschriebenen monatlichen Ausweise anzuzeigen, indem, wenn wider Vermuthen weder die Eintreibung noch die Anzeige über den Einhebungsanstand sogleich erfolgen sollte, in Gemäßheit des oben bezogenen Jhd. v. 21. Juli 1783 die saumselige Behörde zum Ersaze gegen Regreß an der Partei unnachsichtlich durch das k. k. Kreisamt verhalten werden wird.

Zu §. 14. der T. O.

Ueber die Geldstrafen.

2257. Jhd. v. 15. März 1790 N. 1, an d. in u. v. ö. N. G.

Die aus Gelegenheit der Verwaltung der Justiz nach dem Gesetze vorkommenden Geldstrafen haben in den Taxfond jedes Gerichts einzustießen.

2258. Jhd. v. 3. Aug. 1821 N. 1787, an d. mäh. N. G.

Bei Eintreibung der Strafgeelder für den Kriminal-Fond hat das N. G., wenn Parteien oder ihre Vertreter zu Geldstrafen verurtheilt werden, die untere Gerichtsbehörde zu beauftragen, die ihr unterstehende Partei oder ihren Vertreter, zur Entrichtung der verwirkten Geldstrafe, durch die bei Eintreibung von Gerichts-Taren statt findenden Zwangsmittel, zu verhalten, und den eingebrachten Geldbetrag für den Kriminal-Fond zu übersenden. Wenn hingegen eine Gerichtsbehörde selbst, und zwar ein Magistrat, eine Obrigkeit oder ihr Justizamt, zu einer

Geldstrafe verfallt worden ist, und mit Einsendung derselben zögert, hat das N. G., wegen Eintreibung derselben durch das Kreisamt, sich an das Gubernium zu verwenden, welches von der vereinten Hoffkanzlei die gehörige Anweisung dazu erhielt.

2259. Hfd. v. 24. Juni 1830 N. 2470, an alle Lst.

Ueber die von einer Landesstelle gemachte Anfrage: ob die wegen vernachlässigter Ausübung des Richteramtes über schwere Polizei = Uebertretungen, landesfürstlichen und Patrimonial = Gerichtsbeamten aufgelegten Geldstrafen, zum allgemeinen Wohle des Staates, nach den Hfd. vom 31. März 1781 und 13. Juli 1782 zu verwenden, oder dem Tax = Fonds jedes Gerichtes, nach dem Hfd. vom 15. März 1790, N. 1 der J. G. G., zuzuweisen seien? hat die vereinte Hoffkanzlei, im Einverständnisse mit der Hoffkommission in Justiz = Gesessachen und der allgemeinen Hoffkammer zu erwiedern befunden: daß die an Disziplinar = Strafen der Beamten eingehenden Beträge stets in den Kameral = Fond fließen sollen; nachdem durch das erwähnte Hfd. vom Jahre 1790, welches nur aus Anlaß der Anfrage einer Gerichtsbehörde, in welchen Fond die von den Parteien in einem Rechtsstreite zu erlegenden Muthwillensstrafen zu fließen haben, erlassen wurde, und daher einen ganz andern Gegenstand betrifft; jenes vom Jahre 1782, womit die durch das Hfd. vom 31. März 1781 gegen obrigkeitliche Beamte, und die Domänen selbst, wegen Unterlassung der gehörigen Justizpflege, verhängten Strafen den Staats = Kassen zugewiesen wurden, nicht aufgehoben erscheint, und nur diese letzteren zwei Dekrete auf die vorliegende Anfrage Anwendung finden; übrigens es auch in jeder Hinsicht zweckmäßiger ist, daß ähnliche Strafbeträge in den Kameral = Fond, statt in den Tax = Fond jener Behörde, welche die Strafe verhängt, erlegt werden.

Zur I. Rubrik a) der T. D.

2260. Hfd. v. 27. Jänner 1783 N. 119, an alle Gerichts = Taxämter.

a) Jene Bescheide, mittelst deren die Partei auf Beobachtung und Erfüllung der G. D. gewiesen wird, unterliegen der ersten Rubrik der Taxe.

2261. Hfd. v. 5. Sept. 1837 J. 5064. Bdg. des n. ö. A. G. v. 15. J. 29662; des böh. v. 15. J. 15121; des in öst. k. v. 21. Sept. J. 853 (P. Steierm. 213) u. des mäh. v. 21. J. 10141. Rdg. durch kfr. Resk. v. 29. Nov. F. 1586 (Mil. 93).

Die k. k. allg. Hoffkammer hat unterm 3. Mai 1837 sämmtlichen Tax = ämtern über die Taxen für die Moderirung der Advokatenexpensen die Belehrung ertheilen lassen, daß jeder gerichtliche Bescheid, welcher über ein Ansuchen einer Partei gegen einen Advokaten, oder eines Advokaten gegen die Partei in Betref der von dem Advokaten angesprochenen Gebühren ergeht, nach Vorschrift der 1. Rubr. lit. a der Taxordnung in Streitsachen zu taxiren sei. S. **2269.**

Zur I. Rubrik c) der Z. D.

2262. Hfd. v. 5. Sept. 1782 N. 75, an d. n. ö. A. G.

Für die dem Richter obliegende Zustellung der Urtheile sei eine besondere Zustellungstaxe nicht zu fordern. S. 2185, D.

2263. Hfd. v. 31. Aug. 1803 N. 623, an d. v. ö. A. G.

Die Gerichtsdienere sollen für die Zukunft in jenem Falle, wenn sie an dem nämlichen Orte, und auf dem nämlichen Wege gerichtliche Zustellungen an mehrere Parteien zu machen haben, nur berechtigt sein, statt der bisherigen für die Meile sowohl hin als her zu fordernden 15 fr., von jeder Partei 10 fr. für die Meile abzunehmen.

2264. Hfd. v. 19. April 1823 N. 1936, an d. in öst. k. A. G.

Ueber das von den Gerichtsdienern bei Zustellungen aufzurechnende Ganggeld hat man zu beschließen befunden, daß

1) der Gerichtsdienere, wenn er auf Einem Gange mehrere Zustellungen macht, die Meilengebühr von 15 Kreuzern für die Meile im Ganzen nur Einmal zu beziehen habe; daß daher

2) für jeden derlei Gang eines Gerichtsdieners die Meilengebühr unter alle Parteien, an welche Zustellungen zu machen sind, von den betreffenden Gerichtsbehörden zu repartiren, und das, was jede Partei hieran zu zahlen hat, zur Beseitigung aller Willkühr des Gerichtsdieners, auf dem zuzustellenden Stüke anzuschreiben; daß aber

3) in dem Falle, wenn in dem nämlichen Gange Zustellungen an Parteien zu machen sind, welche in verschiedener Entfernung von dem Sizze des Gerichtes wohnen (z. B. zwei Parteien in der Entfernung von einer Meile, und zwei andere in jener von zwei Meilen), das Ganggeld von einer Meile unter die vier Parteien zu repartiren und den zwei entfernteren dann noch das Ganggeld der weiteren Meile, jeder zur Hälfte aufzurechnen sei; daß ferner

4) der Gerichtsdienere nicht nur den Weg, sondern auch den Rückweg, folglich bei der Entfernung von einer Meile zwei Meilen aufrechnen könne, was schon in dem Gesetze klar entschieden ist, und auch um so billiger erscheint, als der Gerichtsdienere bei weiteren Gängen gewöhnlich auch in dem Falle ist, Zehrungsauslagen zu machen.

Um übrigens den Parteien rücksichtlich dieses den Gerichtsdienern gebührenden Ganggeldes die vollkommenste Beruhigung zu gewähren, und sie in den Stand zu setzen, die sie betreffende Zahlungsgebühr selbst berechnen, und sich auf diese Weise gegen allfällige Bevortheilungen der Gerichtsdienere sichern zu können, ist ferner beschlossen worden, daß die Entfernung der Ortschaften von dem Sizze des Gerichtes, welchem diese zugetheilt sind, durch die mittelst der Kreisämter anzuweisenden Kreis-Ingenieure verläßlich erhoben, und durchaus bloß nach deutschen Meilen berechnet, das über die diesfällige Erhebung mit aller Genauigkeit zu verfassende Verzeichniß aber, nebst diesem Hofdekrete, in der Gerichtskanzlei zu Jedermanns Einsicht angeheftet werden soll.

2265. Hfd. v. 14. Sept. 1827 N. 2304, an d. n. ö. A. G.

Ueber die rücksichtlich der Meilengelder, bei Zustellung gerichtlicher Verordnungen gemachte Anfrage, wird bedeutet: daß das den bestehenden Taxordnungen vom 1. Nov. 1781 N. 28, und vom 13. Sept. 1787 N. 717, und der Bdg. v. 31. Aug. 1803 N. 623, angemessene Meilengeld, welches dem Gerichtsdienner für den Weg vom Gerichtsorte an den Ort der Zustellung der gerichtlichen Verordnung zu entrichten ist, im gleichen Betrage auch noch für den Rückweg von dem Orte der Zustellung bis zu dem Gerichtsorte entrichtet werden müsse.

2266. Bdg. d. böh. Sub. v. 5. Dez. 1828 J. 53707 (P. 516).

Ueber eine von Seite der n. ö. Regierung gestellte Anfrage hinsichtlich des bei gerichtlichen Zustellungen für den Gerichtsdienner zu bezahlenden Botenlohnes hat die k. k. Hofkanzlei im Einverständnisse mit der k. k. obersten Justizstelle unterm 16. September 1828 folgende Weisung erlassen:

Nachdem schon die allgemeinen Taxordnungen in Streitsachen und in Gegenständen des adeligen Richteramtes in die Berechnung der Meilen den Rückweg einzubeziehen verordnen; so sei es klar, daß das nemliche Meilengeld, welches für den Weg vom Gerichtsorte an den Ort der Zustellung zu entrichten ist, auch für den Rückweg von dem Orte der Zustellung bis zum Gerichtsorte entrichtet werden müsse.

Da sich nach dieser Weisung gemäß Hfd. v. 14. Nov. l. J. Hofzahl 26203, auch in Böhmen zu achten ist, so wird selbe zur Wissenschaft und Darnachachtung allgemein bekannt gemacht.

2267. Hfd. v. 12. März 1830 N. 2452, an d. in ö. küst. A. G.

Die Beilage *) enthält die Bdg., welche die allg. Hofkammer am 29. Dez. 1829, wegen des den Gerichtsdiennern im Küstenlande, auch bei Zustellungen in fiskalämthlichen Angelegenheiten gebührenden Meilengeldes, an das küst. Sub. erlassen hat.

*) Beilage. Hfd. v. 29. Dez. 1829 an das küst. Sub.

Da die Gebühren der Gerichtsdienner bei Zustellungen in fiskalämthlichen Angelegenheiten nicht als eine Gerichtstaxe, von deren Entrichtung das Fiskalamt befreit wäre, sondern als eine den Gerichtsdiennern, für Zustellungen in der Entfernung von mehr als einer Meile, gesetzlich zukommende Entschädigung anzusehen ist, welche ihnen auch bei einer officiosen Zustellung nicht wohl verweigert werden kann: so findet man im Einverständnisse mit der obersten Justizstelle den Anspruch der Gerichtsdienner im Küstenlande auf die Bezahlung der Ganggelder in fiskalämthlichen Angelegenheiten gegründet. Es versteht sich jedoch von selbst, daß auch diese Gebühren, so wie andere Gerichtskosten, von den sachfälligen Parteien nach Möglichkeit hereingebracht werden müssen.

Uebrigens wird dem Sub. aufgetragen, im Einvernehmen mit dem A. G. dafür zu sorgen, daß die Zustellungen in fiskalämthlichen Angelegenheiten, so viel möglich, durch die Post, mit Vermeidung aller baaren Auslagen bewirkt werden.

2268. Wdg. des böh. Gub. v. 26. Jänner 1837 Z. 1354 (P. 41).

Ausdehnung der für die k. freien und k. Leibgedingstädte erlassenen Gubernial-Verordnung in Betreff der Verrechnung von Botenlöhnen bei gerichtlichen Zustellungen auch auf die Bergstädte.

Der bei mehreren Bergstädten bestandene Uebelstand, daß die gerichtlichen Zustellungen überhaupt an die außer dem Amtsorte wohnenden Parteien durch Privatboten besorgt, und die von den Parteien für solche Zustellungen mit 15 fr. für jede Meile zu entrichtenden Botenlöhne oder sogenannte Meilengelder ganz außer Verrechnung belassen wurden, ist zwar von der k. Staatsbuchhaltung gelegentlich der censurirten Gemeindrentrechnungen stets gerügt und auf dessen Abstellung angedrungen worden; da jedoch die wiederholten Rügen der k. Staatsbuchhaltung nicht überall den gehörigen Erfolg hatten, zudem ein gleichförmiges Verfahren in diesem Geschäfte bei allen k. Bergstädten wünschenswerth ist, so haben die k. Kreisämter den Magistraten und Stadtgerichten der dortkreisigen k. Bergstädte nachstehende Weisung zu ertheilen:

Die Zustellung gerichtlicher Verordnungen in strittigen und adeligen Richteramtsangelegenheiten an Parteien, die über eine Meile von dem Gerichtsorte entfernt sind, ist durch die angestellten Gerichts- oder Amtsdienner, so weit selbe nämlich hiezu geeignet, und dieses Geschäft neben ihren bisherigen Dienstverrichtungen zu übernehmen in der Lage sind, sonst aber durch eigene, aus den Gemeindrenten zu bezahlende Boten zu besorgen, dagegen aber auch die für diese Zustellung in den Patenten v. 1. Nov. 1781 und 13. Sept. 1787 gegründeten Botenlöhne oder sogenannte Meilengelder, nemlich 15 fr. K. M. für jede Meile des Hin- und Rückweges, zusammen daher für eine Meile 30 fr. K. M. von den betreffenden Parteien einzuheben und zu Händen der Gemeindrenten in Empfang zu nehmen, sofort aber gehörig zu verrechnen.

Die Magistrate und Stadtgerichte sind jedoch hiebei auf die Beobachtung des Hfd. v. 31. Aug. 1803 N. 623, aufmerksam zu machen, vermög welchen die Gerichtsdiener, wenn sie an dem nemlichen Orte, und auf dem nemlichen Wege gerichtliche Zustellungen an mehrere Parteien zu machen haben, von jeder Partei für eine Meile des Hin- und Rückweges statt 15 nur 10 fr. abzunehmen haben.

Wo, wie oben erwähnt, eigene Boten aufgenommen werden müssen, ist mit denselben ein eigenes Uebereinkommen hinsichtlich der Entlohnung für eine jede Meile zu treffen und dem k. Kreisamte zur Bestätigung nach vorläufiger Rücksprache mit der k. Staatsbuchhaltung zu überreichen.

Bei Verwendung der Amtsdienner oder Privatboten zur Austragung der in Grundbuchsangelegenheiten erlassenen ämtlichen Verordnungen und Bescheide sind die Magistrate und Stadtgerichte hinsichtlich der Bemessung der Zustellungsgebühren an die genaue Beachtung der diesfalls bestehenden gesetzlichen Vorschriften, insbesondere der Eleonorischen Taxordnung, des Akzidenzienpatents, dann der hierüber mit der

Gub. Verordnung v. 22. Okt. 1835, G. Z. 40305 (P. 706) erlassenen Erläuterungen anzuweisen.

Eben so sind im Falle der Einmahnung und Eintreibung der Taxen mittelst der Gerichtsdienere oder Boten hinsichtlich des Verfahrens mit den rückständigen Parteien und hinsichtlich der Bemessung und Aufrechnung der hiebei auflaufenden Gerichtsgebühren die gesetzlichen Bestimmungen, insbesondere der 12. §. der Taxnorm vom 1. Nov. 1781, der 307. §. der a. G. O., dann die Hfd. v. 21. Juli 1783 und vom 20. März 1789 genau zu beachten.

Sollten endlich die Gerichtsdienere oder Boten zur Eintreibung der rückständigen obrigkeitlichen Siebigkeiten verwendet werden, so dürfen hiebei auf keine Art und unter keinem Vorwande den restirenden Unterthanen Kosten verursacht werden und es ist in dieser Beziehung den Magistraten und Stadtgerichten die Gub. Verordnung vom 26. Juni 1823, G. Z. 23045 (Pat. 225), mittelst welcher sämtliche, über das Verfahren bei der Eintreibung der den Obrigkeiten von den Unterthanen zu entrichtenden Urbarial- und andern Abgaben, erlassenen Vorschriften zusammengestellt und republizirt wurden, mit Rücksicht auf die später erlassenen Gub. Verordnungen v. 13. Febr. 1830 G. Z. 5066 (P. 146); vom 11. Nov. 1830 G. Z. 46826 (P. 568); v. 2. Nov. 1832 G. Z. 43382 (P. 585); v. 1. und 17. Juli 1835, G. Z. 30388 und 34058 (P. 365 und 458) zur genauesten Befolgung in Erinnerung zu bringen.

Zur IV. Rubrike der T. O.

2269. Hfd. v. 22. Jänner 1788 N. 771, an alle A. G.

Die Bestimmung einer eigenen Moderirungstaxe ist ganz überflüssig; denn entweder a) sind die Gerichtskosten schon in dem Urtheile über die Hauptsache bestimmt, gemindert oder aufgehoben worden, und folglich ist die Mäßigung der Gerichtskosten in dem nemlichen Urtheile mitbegriffen, wofür also keine besondere Moderirungstaxe gefordert werden kann, da die Urtheilstaxe ohnehin zu entrichten kommt: oder b) die Parteien sind unter sich in quali et quanto dergestalt streitig, daß hierwegen die Anstände oder wechselseitigen Behelfe mündlich oder schriftlich verhandelt werden, und die Sache durch ein besonderes förmliches Urtheil wie jede andere Streitsache entschieden werden muß; und da ist gleichfalls nur die gesetzmäßige Urtheilstaxe abzunehmen; oder aber c) die Parteien sind über die schuldige Bezahlung der Kosten in dem vom Gerichte billig findenden Betrag zwar einig, dieselben vergleichen sich aber in Ansehung der Mäßigung vor Gerichte in der Güte, ohne daß außer dieser gerichtlichen Veranlassung hierüber ein besonderes Urtheil geschöpft wird; und da tritt jene Taxe ein, die für Bewirkung eines jeden andern gerichtlichen Vergleiches in der vierten Rubrik vorgeschrieben ist.

G. **2261.**

2270. Hfd. v. 8. Juli 1788 N. 854, an d. böh. A. G.

Für alle Urtheile, die nicht ausdrücklich in dem Pat. v. 1. Nov. 1781 der vierten Rubrike zugewiesen sind, ist die Taxe nach der sechsten

Rubrik abzunehmen, wenn auch das Urtheil eine Folge eines in dem nemlichen Geschäfte vorgegangenen Urtheiles sein sollte.

2271. Hfd. v. 19. Jän. 1789 N. 955, an d. in. ö. N. G.

Da die T. D. nicht alle Urtheile in Aufforderungsklagen, sondern nur jene, durch die vermöge §. 71 der G. D. das ewige Stillschweigen aufgetragen wird, der vierten Rubrik der Taxen zuweist; so ist sich in allen übrigen aus Aufforderungsklagen entstehenden Urtheilen die Regel gegenwärtig zu halten, daß von allen in der vierten Rubrik nicht ausdrücklich genannten Urtheilen die Taxe nach der sechsten Rubrik abzunehmen sei.

2272. Hfd. v. 14. Okt. 1789 N. 1057, an d. böh. N. G.

Von allen in contumaciam geschöpften Urtheilen, wodurch über eine eingeklagte Schuld die Exekuzion zuerkannt wird, ist die Taxe nur nach der vierten Rubrik der T. D. abzunehmen, und macht die Art, wie die Exekuzionsklage instruiert gewesen, an der Sache keinen Unterschied.

2273. Hfd. v. 27. Sept. 1792 N. 54, an d. in. ö. N. G.

d) Bei den auf Ausbleiben des Beklagten geschöpften Urtheilen kann die Taxe nur nach der vierten Rubrik auch dann abgenommen werden, wenn wirklich der Klage die zur Begründung des Klagerechtes dienenden Urkunden nicht in Original, oder gar nicht angeschlossen worden.

2274. Hfd. v. 8. Nov. 1822 N. 1906, an alle N. G.

Zur Erzielung eines gleichmäßigen Verfahrens bei Bemessung der Taxen für Kontumaz-Urtheile wird verordnet: daß für die Zukunft die Kontumaz-Urtheilstaxe überhaupt nicht nach der VI. Rubrik der a. T. D. v. 1. Nov. 1781 mit 12 fl., sondern bloß nach der IV. Rubrik mit 1 fl. abzunehmen sei.

2275. Def. d. böh. Sub. v. 18. April 1836 J. 11240 (P. 567).

Die k. k. Hoffammer ist aus Anlaß eines vorgekommenen Falles zur Kenntniß gelangt, daß das Hfd. v. 30. Sept. 1822 J. 25606 »oder Hfd. v. 8. Nov. f. **2274**« (fdg. durch Sub. Vdg. v. 25. Okt. 1822 J. 51899 P. 788) in Betreff der Taxbemessung von Kontumazurtheilen nicht von allen Justiztaxämtern im gleichen Sinne aufgefaßt werde.

Um nun eine Gleichförmigkeit zu erzielen, hat die k. Hoffammer mit Def. v. 29. Dez. 1835 J. 55721, bestimmt, daß nur jene Urtheile, welche über solche Klagen ergehen, wogegen keine Einreden erstattet wurden, als eigentliche nach der vierten Rubrik der T. D. zu taxirende Kontumazurtheile anzusehen, und für solche die Taxe nach den Klassen der vierten Rubrik abzunehmen sei.

2276. Hfd. v. 19. Aug. 1837 J. 33194 (N. 355).

Die hohe k. k. allg. Hoffammer hat Folgendes bedeutet: Man ist in die Kenntniß gekommen, daß sich in Bezug auf die Taxabnahme von Aktenverzeichnissen im mündlichen Verfahren nicht gleichförmig benommen werde.

Nach der allg. L. O. vom 1. Nov. 1781 ist in der Rubrik IV. mit Beziehung auf den §. 240 der allg. G. O. vom Jahre 1781 nur für die Inrolirung der Akten eine Tare vorgeschrieben, welche aber nach dem 23. Kapitel der allg. G. O. nur bei erstatteten Satzschriften, folglich nur beim schriftlichen Verfahren statt findet. Es wird daher verordnet, daß für das Verzeichniß der eingelegten Akten bei dem mündlichen Verfahren keine Tare abzunehmen sei, und daß allen jenen Parteien, welchen in solchen Fällen eine Tare abgenommen wurde, solche zurückzuerstatten sei, wobei das mit Hfd. vom 29. Nov. 1836 Z. 44969 angeordnete Verfahren zu beobachten ist. S. 2171.

Zur V. Rubrike der L. O.

2277. Hfd. v. 27. Jan. 1783 N. 119, an alle Gerichts-Taxämter.

g) Die Tare von 3 Gulden für jeden Tag, der zur Inventirung, Schätzung, Feilbietung eines in Streit oder Konkurs verflochtenen Gutes verwendet worden, findet statt, wenn auch mehrere Abgeordnete des Richters eingeschritten wären.

2278. Hfd. v. 24. Dez. 1786 N. 605, an d. mäh. A. G.

Ueber den erregten Zustand, daß die in dem §. 12 des Pat. vom 15. Juli 1786 (**1099**) für den Ausrufser bestimmte Tare dem Werthe des versteigerten Gutes oftmals nicht angemessen sei, war die Weisung ertheilt. In den gerichtlichen Versteigerungen, welche durch Streitsachen oder Konkurse veranlaßt werden, sei sich der hierbei zu bezahlenden Taxen halber an jenes genau zu halten, was die L. O. in Absicht auf den Gerichtsabgeordneten in der fünften Rubrik, und in Betreff des eintretenden Kunstverständigen im §. 13 ordnet. In allen übrigen Versteigerungen habe es bei dem §. 12 des Pat. vom 15. Juli 1786 sein Verbleiben. Uebrigens werde es immer von der Bescheidenheit des Interessenten abhängen, bei unbedeutenden Verkäufen, so der Kosten nicht lohnen, den unverhältnißmäßigen Auslagen auszuweichen.

2279. Hfd. v. 31. Aug. 1789 N. 1045, an d. in. ö. A. G.

Die in der fünften Rubrik der L. O. in Streitsachen ausgemessene Tare gilt für den ganzen Tag, an welchem sich der Richter oder dessen Abgeordneter mit dem Zeugenverhör abgibt, es mögen sodann mehrere oder weniger Zeugen zu-vernehmen sein.

Zur VI. Rubrike der L. O.

2280. Pat. v. 7. Aug. 1782 N. 66.

a) Die für ein Urtheil bestimmte Tare hat jeder der streitenden 2 Theile ganz zu bezahlen.

b) Für ein App.-Urtheil, wodurch der Spruch erster Instanz bestätigt wird, hat jene Partei, so appellirt hat, das Doppelte der Tare, die von ihr für das Urtheil der ersten Instanz bezahlt worden, zu entrichten, dagegen hat jene Partei, wider welche die Appellazion ergriffen worden, eine Urtheilstaxe in diesem Falle nicht zu bezahlen.

c) Für ein App.-Urtheil, wodurch der Spruch erster Instanz abgeändert worden, hat jede Partei diejenige Urtheilstaxe, so von ihr für das Urtheil erster Instanz bezahlt worden, zu entrichten.

2281. Hfd. v. 9. Sept. 1785 N. 465, an d. n. ö. A. G.

Die unterm 7. Aug. 1782 ergangene Verord., mittelst welcher festgesetzt worden, daß die Appellations-Urtheilstaxe in dem Falle, daß der Spruch der ersten Instanz entweder ganz oder auch nur zum Theile abgeändert wird, von jeder Partei zu entrichten komme, habe auch für jene Fälle zu gelten, wenn beide Theile zugleich über ein aus mehreren Punkten bestandenes Urtheil die Appellation ergriffen hätten.

2282. Dec. d. böh. Gub. v. 28. Febr. 1825 J. 8937 (P. 32).

Vermög Hfd. v. 9. l. M. Hofz. 4620, ist in zweiter Instanz ein Contumazurtheil nicht denkbar. Es kann daher das obergerichtliche Urtheil niemals als ein Contumazurtheil taxirt werden, sondern dasselbe bleibt für jeden Fall der in der sechsten Rubrik des Judizialtarnormals vom 1. Nov. 1781 bestimmten Taxe unterworfen, zumal es in der Hauptsache gleichviel ist, ob der Prozeß im ordentlichen Verfahren oder über einen von der ersten Instanz in contumaciam gefällten Spruch zum obern Richter gelangt.

2283. Hfd. v. 5. Dez. 1827 J. 41430; Vdg. d. n. ö. Reg. v. 16. J. 70478 (P. 716).

Das Hfd. vom 7. Aug. 1782 ist dahin zu verstehen, daß bei einem auf Bestätigung ausfallenden Appellations-Urtheile der Appellant nur dann die doppelte Urtheils-Taxe zu bezahlen hat, wenn er in dem Urtheile auch in die Gerichtskosten verfällt wird.

2284. Hfd. v. 3. Sept. 1828. J. 34788; Vdg. d. laib Gub v. 2. Okt. 1828 J. 21599 (P. 331).

Die k. k. allg. Hofkammer hat die Belehrung ertheilt, das Hfd. v. 7. Aug. 1782 sei dahin zu verstehen, daß bei einem auf Bestätigung ausfallenden Appellations-Urtheile der Appellant nur dann die doppelte Urtheilstaxe zu bezahlen habe, wenn er in dem Urtheile auch in die Gerichtskosten verfällt wird.

Zur VIII. Rubrike der L. D.

2285. Hfd. v. 27. Jän. 1783 N. 119, an alle Gerichtstärämter.

1) Auch bei Erfolglassungen in Streitsachen sei jene Taxe abzunehmen, die in dem Gesetze dem wegen solcher Erfolglassung ergangenen richterlichen Akte zugewiesen ist.

Tarpotent für das adelige Richteramt.

Aufhebung der früheren Geseze, f. **2170—1**; ferner **2287—9**. Verggerichte, f. **2173**. Obersthofmarschallamt, f. **2175**. Abnahme der Taxen in Konv. Münze, f. **1522, 2120, 2176 u. 2290**. Rückerstattung der Taxen, f. **2177**.

Tarfreiheit des Armen- und Invalideninstitutes, f. **2179—84**; bei Klosterpfründen, f. **2059**.

2286. Pat. v. 13. Sept. 1787 N. 717 *).

Um den Taxen auch in den Geschäften des adeligen richterlichen Amtes eine bestimmte Richtschnur zu geben, wird vom 1. Nov. 1787 anzufangen in Ansehung derselben folgende Vorschrift gegeben, und werden dagegen alle über diesen Gegenstand bestehende Verordnungen und Gewohnheiten für unwirksam und aufgehoben erklärt.

§. 1. Jedermann, ohne Rücksicht auf Stand, Würde oder Religion, ist in Taxen bei Geschäften des adeligen richterlichen Amtes auf gleiche Art zu behandeln; auch hat zwischen den Eingebornen und den in gleiche Geschäfte verflochtenen Fremden kein Unterschied statt.

§. 2. Die Taxe hat stets die Partei zu zahlen, auf deren Anlangen die der Taxe unterliegende richterliche Erledigung, Verfügung, Zustellung oder sonstige Einschreitung geschehen ist. Nur wenn eine richterliche Verfügung auf ein Ansuchen ergeht, das zum Vortheile eines Mündels geschieht, ist die Taxe aus dem Vermögen des Mündels zu entrichten. Sämmtliche Taxen, worüber die Ordnung am Ende beigelegt ist, sind nach ihren mancherlei Rubriken in vier Klassen unterschieden. **§. 2211**.

§. 3. Die Taxe der ersten Klasse ist zu bezahlen, wenn das Verlassenschafts-, Pupillar- oder Kuratelsvermögen, nach Abzug der richtig erkannten Schulden, wenigstens 20000 Gulden beträgt, oder die richterliche Amtshandlung über ein Partikulargeschäft eintritt, dessen Gegenstand wenigstens zu einem Werthe von 4000 Gulden reicht.

§. 4. Die Taxe der zweiten Klasse ist zu bezahlen, wenn das Verlassenschafts-Pupillar- oder Kuratelsvermögen, nach Abzug der richtig erkannten Schulden, wenigstens 10000 Gulden beträgt, oder die richterliche Amtshandlung über ein Partikulargeschäft eintritt, dessen Gegenstand wenigstens zu dem Werthe von 2000 Gulden reicht.

§. 5. Die Taxe der dritten Klasse ist zu bezahlen, wenn das Verlassenschafts-, Pupillar- oder Kuratelsvermögen, nach Abzug der richtig erkannten Schulden, wenigstens 5000 Gulden beträgt, oder die richterliche Amtshandlung über ein Partikulargeschäft eintritt, dessen Gegenstand wenigstens zu dem Werthe von 1000 Gulden reicht.

§. 6. Nach der vierten Klasse ist in allen Fällen vorzugehen, die nicht ausdrücklich zu einer der vorhergehenden höhern Klasse bestimmt sind.

*) **§ 2168** die Note.

§. 7. Wenn aber das Verlassenschafts-, das Pupillar- oder Kuratelsvermögen, nach Abzug der richtig erkannten Schulden, nicht wenigstens 100 Gulden beträgt, ist keine Taxe abzufordern. Eben so ist in den Partikulargeschäften demjenigen Theilnehmenden keine Taxe anzurechnen, welcher durch obrigkeitliches Zeugniß, oder sonst glaubwürdig eine solche Mittellosigkeit, daß er außer den unentbehrlichen Lebensmitteln nichts besitzt, darthun kann *).

§. 8. Obschon der zwischen den Klassen bestehende beträchtliche Unterschied nicht leicht besorgen läßt, daß ein Zweifel entstehen werde, nach welcher Klasse die Taxe abzunehmen sei; so wollen wir dennoch über die Art, wie das Vermögen oder der Geschäftsbetrag zu berechnen ist, so viel möglich allen Irrungen durch folgende Anordnung zuvorkommen.

a) Sollen wegen Bestimmung der Taxe nie eigene Schätzungen vorgenommen, sondern, wenn nicht ohnehin eine vorhanden ist,

b) die ständischen Realitäten nur nach dem Betrage der Einlage in dem ständischen Katastrum,

c) die übrigen Realitäten aber nach dem Werthe, der in dem letzten Kaufbriefe, der Erbseinentantwortung, oder andern letzten Besitzveränderung einkommt, und nach welchem die grundherrlichen Taxen oder Todtallsgebühren abgenommen wurden, angesetzt werden.

d) Wenn ein Kontrakt mehrere Punkte oder mehrere wechselweise eingegangene Verbindlichkeiten enthält, oder auf mehrere Jahre geschlossen wird; soll das Ganze des Betrages der beiderseitigen Verbindlichkeiten, und zwar für alle Jahre, für welche der Kontrakt geschlossen wird, zusammengenommen, und die Taxe nach dem ausfallenden ganzen Betrage von dem Gegenstande des Geschäfts angerechnet werden.

e) So lange ein Verlassenschaftsgeschäft, das mehrere Erben, oder ein Pupillar- oder Kuratelsgut, das mehrere Eigenthümer hat, unzer-

*) Vdg. des böhm. Sub. v. 21. April 1837 Z. 13601 (P. 188).

Verfahren bezüglich bei den k. freien und den k. Leibgedingstädten, dann bei den k. privilegierten und den k. Bergstädten:

Aus Anlaß eines einzelnen Falles wird den k. Kreisämtern und bezüglich der Tarabschreibungen bei den k. freien und k. Leibgedingstädten, dann bei den k. privilegierten und den k. Bergstädten folgendes bedeutet:

a) Die Rücksicht der im gerichtlichen Verfahren auflaufenden uneinbringlichen Tarbeträge ist durch die Jhfd. v. 11. Sept. 1789 N. 1050 und vom 20. Febr. 1795 N. 218, den Magistraten eingeräumt. S. **2221** u. **2226**

b) Hinsichtlich der Taxen des adeligen Richteramts- und der Grundbuchstaren hat es mit Rücksicht auf die Wichtigkeit des Targefalles als städtische Einnahmequelle bei der bisherigen Uebung, gemäß welcher solche Tarnachrichten bei den k. privilegierten und den k. Bergstädten von dem Gubernium ertheilt werden, auch noch ferner zu verbleiben.

c) Bei den k. freien und den k. Leibgedingstädten wird dagegen wegen Abföhrzung des Geschäftsganges die Ertheilung der Bewilligungen zur Abschreibung der uneinbringlichen adeligen Richteramts- und Grundbuchstaren von nun an, dem vereinigten k. k. Landesunterkammeramte überlassen.

Wornach das Weitere zu verfügen ist.

theilt besteht, soll die Taxe nach dem Betrage des Ganzen angerechnet, dagegen auch hierüber nur eine taxbare Expedition erlassen werden.

§. 9. Da ein Geschäft des adeligen richterlichen Amtes an den höheren Richter nicht anders gelangen kann, als wenn über verabsäumte Amtspflicht gegen den Richter der ersten Instanz Beschwerde geführt, oder in einem solchen Falle von dem höheren Richter von Amtswegen eingeschritten wird; so ist über dergleichen Geschäfte bei der höheren Behörde keine Taxe abzunehmen; dagegen ist von der höheren Behörde bei Erledigung des Rekurses sorgfältig darauf zu sehen, ob die Partei den Rekurs muthwillig erregt oder der untere Richter den Rekurs durch offenbar verabsäumte Amtspflicht veranlaßt habe, in welchen Fällen die Partei oder der Richter zu einer verhältnißmäßigen Geldstrafe zu verfallen, und diese in den Tarfond abzuführen ist. **§. 2257—9.**

§. 10. Den Betrag der Taxe hat der Richter auf jedes einzelne Stük der Schriften, welche der Taxe unterliegen, genau anzumerken, die Partei aber den Betrag am ehesten abzuführen. Die Abführung der Taxe muß an den Richter selbst, oder an die von ihm zur Einhebung der Taxen eigens angestellten beeidigten Gerichtspersonen geschehen: und hat die Partei, ungeachtet der an einem Dritten erweislich geschehenen Entrichtung, dem Richter für die allenfalls nicht eingegangene Taxe zu haften. **§. 2244 u. 2291—3.**

§. 11. Wegen unterlassener Berichtigung der Taxe ist mit keiner richterlichen Verfügung, Erledigung oder Zustellung zurückzuhalten; sondern der Betrag der Taxen einstweilen vorzumerken; am Ende eines jeden Monats sind dann die haftenden Ausstände einzutreiben. **§. 2246—8.**

§. 12. Dem Richter wird in dieser Absicht die Macht eingeräumt, denjenigen, der die Taxe zu bezahlen hat, und darin säumig ist, nach Verlauf des Monats durch den Gerichtsdiener erinnern zu lassen, daß er binnen der nächsten 8 Tage den Rückstand berichtige. Wenn diese Erinnerung fruchtlos und die eingeräumte Zeit verstrichen ist, soll der Rückstand nach Vorschrift des §. 307 der allg. G. D. eingetrieben werden, und zwar solcher Gestalt, daß sogleich ein Gerichtsdiener an den Rückständner abgeschickt werde, welcher ohne weiters, so viel die Taxe beträgt, von den vorfindigen Habschaften abnehme. Das Abgenommene, so weit es in Fahrnissen und Geräthen besteht, soll bei der nächst vorfallenden gerichtlichen Feilbietung verkauft, die Taxe entrichtet, und falls etwas übrig ist, solches dem Eigenthümer ausgefolgt werden. **§. 2251—6.**

§. 13. Wo in den Geschäften des adeligen richterlichen Amtes auch Kunstverständige zuzuziehen sind, wird in dieser allgemeinen Ordnung ihre Belohnung durch eine gewisse Taxe zu bestimmen nicht erforderlich befunden, sondern die Bestimmung der Taxe dem Richter überlassen, der dabei in jedem einzelnen Falle von Amtswegen auf die Beschaffenheit der Kunst und auf den Stand des Kunstverständigen Rücksicht zu nehmen hat.

§. 14. Alle in dieser T. D. ausgemessenen Taxen haben bei landesfürstlichen Stellen in den Tarfond, bei Magistraten in die städtischen

Kassen, bei Dominikalortsgerichten in die herrschaftlichen Renten, bei Dynasten und Jurisdizenten in derselben eigene Kasse einzufließen, und sollen dieselben unter keinem Verwande von einem zur Amtsverwaltung bestimmten Beamten bezogen werden. Jeder dieser Beamten hat daher sich an den verhältnißmäßigen, von demjenigen, der ihn zu bestellen hat, auszumessenden Besoldung zu begnügen, und an Taxen von seinem Dienste nichts anders zu genießen, als was ihm bei Entfernung von dem Orte des Gerichtsstandes in eben dieser Tax-Ordnung eigens bestimmt wird.

Zur genauen Befolgung gegenwärtiger T. O. soll dieselbe in der Kanzlei eines jeden Gerichts zur beständigen Einsicht aufbehalten werden, und haben die Parteien sich nach der darin vorgeschriebenen Ent- richtung unverweigerlich zu fügen, die Richter aber sich bei strenger Ver- antwortung aller Ueberschreitung derselben zu enthalten. S. 2294.

Tarbezug des delegirten Gerichtes; s. 2217—19 u. 2295.

Allgemeine Taxordnung in den Geschäften des ade- ligen richterlichen Amtes.

Erste Rubrik.

I. Klasse — 6 fr. II. Kl. — 5 fr. III. Kl. — 3 fr. IV. Kl. — 2 fr.

In diese Rubrik gehört:

a) Jeder Bescheid, so von dem Richter über eine eingereichte Bitt- schrift ertheilet wird, und nicht ausdrücklich mittelst gegenwärtiger Ord- nung in eine andere Rubrik gesetzt ist.

b) Jede Anschlagung eines Ediktes.

c) Jede Zustellung einer gerichtlichen Verordnung. Wenn jedoch die Zustellung in einem Orte zu geschehen hat, der von dem Gerichtsorte eine Meile oder weiter entfernt ist, sollen dem Gerichtsdiener für jede Meile 15 fr. mit Einrechnung des Rückweges abgereicht werden. S. 2263—8 u. 2296.

Zweite Rubrik.

I. Klasse — 30 fr. II. Kl. — 15 fr. III. Kl. — 12 fr. IV. Kl. — 10 fr.

Hierher gehört:

a) Die Erledigung der Erbserklärung.

b) Die Aufnahme eines mündlich vorgetragenen Geschäftes in das Gerichtsprotokoll.

c) Die Ausfertigung eines Dekrets zur Aufstellung eines Vormun- des oder Kurators, eines Vertreters der Verlassenschaftsmasse, eines Vertreters abwesender Theilnehmer.

d) Die Verordnung zur Vormerkung einer letztwilligen Anordnung bei einer Landtafel oder einem Grundbuche.

e) Die Verwilligung eines Verbotes auf fahrende Güter.

n) Die Herausgebung der Beweggründe einer richterlichen Verordnung.

Dritte Rubrik.

I. Klasse — 40 fr. II. Kl. — 20 fr. III. Kl. — 15 fr. IV. Kl. — 10 fr.

Hierher gehört:

a) Jede Ausfertigung eines Edikts zur Feilbietung; zur Erörterung der haftenden Schulden; zur Vorrufung eines Theilnehmers, dessen Aufenthaltsort unbekannt ist; zur Amortisirung einer Urkunde, jedoch ohne Rücksicht, ob das Edikt an mehreren Orten anzuschlagen, folglich in mehreren Expeditionen zu expediren sei.

b) Jedes Ersuch- oder Antwortschreiben, so an einen andern Richter oder eine Obrigkeit ergeht.

c) Jeder Befehl, so an einen Gerichtsabgeordneten, Gerichtsdienner, Kunstverständigen, Vormund, Vermögensverwalter erlassen wird.

d) Jede Verordnung über die von einem Vormunde angesuchte gerichtliche Bewilligung zur Veränderung des Aufenthaltsortes des Mündels oder Kuranden; zur Bestimmung von dessen Erziehungsart; zur Veränderung seines Standes; zur Bestreitung einer Ausgabe; zur Veräußerung eines Pupillargutes; zur Erhebung eines Theiles des Pupillarvermögens.

e) Jede obrigkeitliche Vidimirung der Abschrift einer Urkunde.

Vierte Rubrik.

I. Klasse 1 fl. — II. Kl. — 30 fr. III. Kl. — 20 fr. IV. Kl. — 15 fr.

Hierher gehört:

a) Die Ausfertigung einer gerichtlichen Urkunde, s. **2302—3**.

b) Die Aufnahme eines Eides.

c) Das Vorzuhalten über Erlag eines Depositums.

d) Die Expedition über die Finalerledigung einer Rechnung.

e) Mäßigung der Gerichtskosten; s. **2297**.

Fünfte Rubrik.

I. Klasse 3 fl. — II. Kl. 1 fl. 30 fr. III. Kl. 1 fl. — IV. Kl. — 45 fr.

Diese findet statt:

a) Für die Kundmachung der letztwilligen Anordnung, sie mag in einer oder in mehreren Urkunden bestehen.

b) Für jeden Tag, wo der Richter oder dessen Abgeordneter, es mögen deren einer oder mehrere sein, einschreitet; zur Anlegung oder Abnehmung der Sperre bei Verlassenschaftsabhandlungen; zur Vernehmung eines Zeugen in dem Gerichtsorte oder dessen Wohnung; zur Beaugenscheinigung eines in eine Verlassenschafts-Pupillar- oder Kuratelsmasse gehörigen Gutes; zur Refognoszirung einer Handschrift; zur Vornehmung der engen Sperre; zur Errichtung eines Inventariums; zur Feilbietung eines Pupillar- oder Verlassenschaftsgutes.

In die Zahl der Tage wird auch die allenfalls auf die Reise verwendete Zeit eingerechnet. Gleichfalls ist den Gerichtsabgeordneten, damals, wenn sie außer dem Gerichtsorte das Amtsgeschäft vorzunehmen haben, die ihrem Charakter angemessene Kost und Fuhre von der Partei unentgeltlich zu entrichten. Jedoch soll für Verfassung des Protokolls und Erstattung der Relazion nichts gefordert, und für die den Parteien auf Anlangen hinaus gegebenen Abschriften nichts anderes, als die Schreibgebühr entrichtet werden.

c) Für die Ratifikation eines Vergleiches, eines Heirathsbriefes, eines Kauf-, Tausch-, Bestand-, Kost- oder sonst wie immer gearteten Kontrakts, der in einem Vormundschafts-, Kuratels- oder Erbschaftsgeschäfte entrichtet wird. S. 2298—2301.

S e c h s t e N u b r i k .

I. Klasse 12 fl. — II. Kl. 6 fl. — III. Kl. 4 fl. — IV. Kl. 1 fl. —

Diese findet statt:

a) Für die gerichtliche Verordnung zur Einantwortung der Verlassenschaft.

b) Für die gerichtliche Verordnung zur Einantwortung des Pupillargutes, wenn ein Mündel großjährig erklärt oder ihm die Nachsicht des Alters ertheilt wird.

c) Für die Finalverordnung über Absonderung der Allodialgüter von Fideikommiß-, Substitutions- oder Lehensgütern; über Dnerirung eines Fideikommisses, über Depurationsnachsehung, über Verkaufung einer fideikommissarischen Realität, über Vertauschung eines Fideikommissgutes.

Es mag die gerichtliche Verordnung über einstimmiges Einverständnis der Theilnehmenden erfolgen, oder bei getheilten Meinungen eine richterliche Verfügung eintreten.

Ueber Vermögensabtheilung zwischen Erben, Mündeln, Kuranden.

Verfassung der Urkunden; s. 2302—3. Nachsicht des Alters, s. 2304; Adopzion, s. 2305—6.

S i e b e n t e N u b r i k .

Für jede Abschrift, so die Partei von dem Richter verlangt, ist bei den in der Hauptstadt jeder Provinz befindlichen Gerichtsbehörden für eine Seite 4 fr., bei den übrigen außer dem Bezirke der Hauptstädte befindlichen Gerichtsbehörden 2 fr. zu bezahlen, und soll der Richter sich hierbei gegenwärtig halten, die Parteien durch zu große Weitläufigkeit nicht zu erschweren.

A c h t e N u b r i k .

Für die Aufnahme einer Rechnung ist von dem Betrage der Einkünfte, nach Abzug der Interessen von den etwa haftenden Schulden, der landesfürstlichen Gaben, der zur Erhaltung des Pupillargutes unentbehrlichen Ausgaben, wie auch der von demselben zu entrichtenden

jährlichen Lasten an wittiblicher Unterhaltung, lebenslänglichen Legaten und Pensionen die Raittare mit 3 Prozenten zu entrichten, und soll die hier ausgemessene Raittare von dem ganzen Betrage der Einkünfte, nach den ausgezeichneten Rücksichten auch dann abgenommen werden, wenn über ein unzertheiltes Vermögen, wovon ein Theil Großjährigen angehört, Rechnung gelegt wird. Dagegen sind von der Raittare befreit:

- a) Alle Stiftungsrechnungen;
- b) die in Konkursgeschäften vorkommenden Rechnungen,
- c) diejenigen Pupillar- und Administrationsrechnungen, wo nach obgedachten Abzügen die reinen Einkünfte nur 300 fl., oder weniger betragen *).

d) Die sämtlichen Pupillarrechnungen bei den Dominikalortsgerichten.

Ueber die hier ausgemessene Rechnungstaxe ist für die Bemängelung und Erläuterung der Rechnungen, für derselben Beguehmigung und Ertheilung des Absolutatoriums keine besondere Taxe abzunehmen.
S. 2307—9.

Neunte Rubrik.

Für die bei Verwaltung des adeligen richterlichen Amtes vorkommende Verwahrung eines zu Gerichtshänden erlegten Gutes ist bei Erfolgslaffung zu bezahlen:

Für baares Geld und die Präziosen, nach Schätzung oder billigem Anschlage, vom Gulden ein halber Kreuzer.

Für Schuldbriefe ein achtel Kreuzer.

Von dieser Entrichtung ist jedoch jedes Pupillardepositum frei zu lassen.

2287. Hfd. v. 24. Dez. 1787 N. 757, an sämtl. Länderst.

a) Durch die neue Taxordnung in den Geschäften des adeligen Richteramtes v. 13. Sept. 1787 sind nur lediglich jene Taxen, v. 1. Nov. 1787 anfangend, aufgehoben worden, welche über diesen Gegenstand, das ist: über das adelige Richteramt allein bisher bestanden, oder abzunehmen gewöhnlich gewesen sind.

b) Dadurch kann die Taxordnung in Streitsachen v. 1. Nov. 1781 nicht im mindesten beirrt werden: sondern in allen Streitsachen sind die darin ausgemessenen Taxen unabänderlich so abzunehmen, wie diese Taxordnung v. 1. Nov. 1781 es vorschreibt.

*) Mit Bdg. des böh. Gub. v. 18. Okt. 1838 Z. 51207, wurde mit Beziehung auf die Hfd. **2120**, **2176**, u. **2290** entschieden, daß die obigen 300 fl. des jährlichen Einkommens in Konv. Münze zu nehmen sind.

c) Diese beiden gleichgedachten Tarordnungen stehen mit den Landtafel-, Stadt- und Grundbuchs-, dann Bürgerrechtstaren in keiner Verbindung, und haben daher auch überhaupt genommen in diesen Taren nichts geändert, sondern nur jene Taren, die zuvor bei der Landtafel, bei der Stadt- oder Grundbuchsbandlung abgenommen zu werden pflegten, und dermal entweder in einer, oder der andern dieser beiden Tarordnungen erscheinen, und bestimmt sind, dürfen nunmehr bei der Landtafel oder den Grundbüchern nicht mehr abgenommen werden. Alle übrigen in diesen zwei Tarordnungen nicht bemerkten landtäfelichen, oder Grundbuchstaren sind noch ferner, und in so lange nach der bestehenden Observanz abzunehmen, bis eine eigene Tarordnung auch für die Landtafel-, Stadt- und Grundbuchstaren nachfolgen wird; und eben so sind die Bürgerrechts-Taren nach der jeden Orts bestehenden Gewohnheit noch weitershin abzunehmen, bis nicht eine anderweite bestimmte Vorschrift darüber erfolgt.

2288. Hfd. v. 24. April 1794 N. 173, an d. v. ö. N. G.

Durch die Tarnormen sind nur die aus Verwaltung des Richteramtes in Streitsachen, oder in den Geschäften des adeligen Richteramtes entstehenden Gegenstände, nicht aber jene Giebigkeiten bestimmt worden, welche bei einem Sterb- oder Uebergabssalle an die Dominien oder städtischen Kassen unter einem andern Titel, nämlich ex nexu subditelae zwischen Herrn und Unterthan, oder als Unterthans-, = Lehens-, = Grundholds- und sonstigen derlei Schuldigkeiten abgeführt worden. Vielmehr hat das N. G. dießfalls ohne Einverständnis mit der Regierung keine Verordnung zu erlassen.

2289. Hfd. v. 10. Juni 1788 N. 841, an d. böh. u. mäh. N. G.

b) Daß an die Kreishauptleute abzureichen gewöhnlich gewesene Sperrshonorarium findet bei der eingeführten Tarordnung in den Geschäften des adeligen Richteramtes nicht mehr statt; doch wird gestattet; den Kreishauptleuten, wenn sie zu derlei Judizialgeschäften verwendet werden, die ausweisenden Reise- und Zehrungskosten gegen vorläufige buchhalterische Adjustirung aus dem Tarsonde zu vergüten.

c) Die Landtafel tarordnung kann einzig noch in jenen Taren bestehen, welche auf die eigentliche dermalige Beschäftigung und Manipulation der Landtafel Beziehung haben, nämlich wegen Einverleibungen, Vormerkungen, Löschungen, Ertheilung der Landtafel auszüge, u. dgl. eingehoben werden; folglich sind alle Rubriken, die aus der Verwaltung des adeligen Richteramtes entstehen, vom 1. Nov. 1787 nicht mehr nach der Landtafel tarordnung, sondern nach der allgemeinen Tarordnung über das adelige Richteramt abzunehmen, und ist dießfalls die alte Landtafel tarordnung aufgehoben.

2290. Hfd. v. 28. Nov. 1825 N. 2148, an sammtl. altöst. Lst.

Es ist vorgekommen, daß die Richteramts-Taxe außer Streitsachen, deren Bezug zu Folge der Hofverordnung v. 15. Mai 1819 (11. Juni

1819, N. 1568, der J. G. G.) in Metall-Münze nach der ursprünglichen Ausmaß gestattet ist, von dem in Wiener-Währung berechneten Verlassenschaftsvermögen statt zu finden pflegt. Ein solcher Bezug ist offenbar ungebührlich, da es in der Natur der Sache liegt, daß die Taxe und der Werth des Gegenstandes, von dem die erstere abgenommen wird, in einer und derselben Währung angeschlagen werden müssen.

Sollten in dem Gebiete der Landesstelle ähnliche Unfüge Platz greifen, oder über die Beurtheilung solcher Taxbezüge eine Verschiedenheit der Ansichten herrschen; so hat die Landesstelle in Folge des mit der obersten Justizstelle geflogenen Einvernehmens durch eine Kund zu machende Weisung zu erklären, daß die Verlassenschaftsmasse bei jeder Abhandlung nach dem Kurse von 250 auf Konventions-Münze zurückzuführen, und dann hiervon nach der Taxordnung die Taxe zu berechnen ist.

Zum §. 10 der L. O.

2291. Hfd. v. 4. Jänner 1788 N. 762, an alle N. G.

a) Die Aufrechnung und Ausmessung der Taxen ist nach der Instruktion nicht des Referenten, Präsidenten oder des Rathsgremiums, sondern des Expeditors und Taxators Pflicht; dessen können sich diese Beamten auch in den Geschäften des adelichen Richteramts nicht entschlagen.

b) Damit aber dieselben nach gesetzlicher Vorschrift in denjenigen Fällen vorgehen mögen, wo die eigentliche Klasse nach den Vermögenskräften des Waisen auszumessen ist, soll dem Expedit und Taxamte ein Verzeichniß aller Pupillen mitgetheilt und bei jedem aus der letzten Rechnung die Klasse, zu der er nach seinem Vermögensstande gehört, angesetzt werden.

c) Was die Fälle betrifft, wo die Richtschnur zur Ausmessung der Klasse in dem Betrage der Verlassenschaftsmasse liegt, da kann zwar die Rubrik, nach der die Taxe abzunehmen ist, sogleich aufgenommen, die Klasse aber nur damals ausgemessen werden, wann der eigentliche Betrag der Verlassenschaftsmasse bekannt ist; daher auch dieser von der Stelle dem Expedit- und Taxamte zu dem Ende mitzutheilen ist, damit sodann die einstweilen ad notam genommenen Rubriken der abzuführenden Taxen in ihre Klasse eingetheilt, und der ausfallende Taxbetrag der Ordnung nach eingehoben werde.

d) Den Stellen, welche für die zu ihren Händen hinterlegten Deposita zu haften haben, sind alle eingehenden Depositengelder ohne Ausnahme, folglich auch jene, die in den Geschäften des adelichen Richteramts einfließen, überlassen, und kann sich das Taxamt eines Anspruchs darauf nicht anmaßen.

2292. Dek. d. v. ö. Reg. v. 29. Sept. 1825 J. 23197 (P. 186).

Aus Anlaß eines vorgekommenen Falles hat die hohe Hofkanzlei mit Dek. vom 10. Sept. d. J. J. 27263, die strenge Handhabung der Regierungs-Vorschrift vom 20. August 1787, anzunordnen geruhet, mittelst welcher bestimmt wurde, daß der Unfug bei den herrschaftlichen Be-

amten, in den Verhandlungen die Todsfalls-Gefälle, und Kanzlei-Jura nicht mehr zu spezifiziren, sondern nur sämtliche Abzüge und Passiva zusammen mit einem Betrag auszuwerfen, weraus nicht abzunehmen ist, ob die Erben dadurch überhalten werden, von den Kreisämtern bei den Herrschafts-Kanzleien bei empfindsamer Bestrafung der Betretenen abgestellt werden soll.

Es werden daher sämtliche Behörden angewiesen, sowohl diese erwähnte Verordnung, als auch die mit dießartigem Dekrete vom 6. August 1818 Zahl 14070, kundgemachte dießfällige Hofkanzlei-Verordnung vom 3. Juli 1818, wegen jedesmaliger Hinausgabe spezifischer Ausweise, über die von den Unterthanen zu entrichtenden Gebühren und Taxen mit aller Wachsamkeit handzuhaben, und im Betretungsfalle mit unnachsichtlicher Strenge vorzugehen.

2293. Hfd. v. 4. Nov. 1826 N. 2230, an alle A. G.

Die von der k. k. allg. Hofkammer unter dem 18. Okt. 1826, an die Gubernien erlassene Zirkular-Verordnung, welche die Kontrolle bei Bemessung und Berechnung der Abhandlungs- und Rechnungsgebühren (Sterb- und Rait-Taxen) betrifft, wird dem Appellationsgerichte in der Beilage mit dem Auftrage angeschlossen, dieselbe den untern k. k. Gerichts-Beörden zur Nachachtung bekannt zu geben.

Beilage. Hfd. v. 18. Okt. 1826, an alle Lst., mit Ausnahme jener zu Mailand und Venedig.

Man ist durch die k. k. Kameral-Hauptbuchhaltung zu der Kenntniß gelangt, daß bei den k. k. Justiz-Taxämtern noch immer in Hinsicht auf die Belegung und rücksichtlich Kontrolle der Bemessung und Verrechnung der Sterb- und Rait-Taxen ein ungleichartiges Benehmen statt findet, und dadurch das Tax-Gefäll gefährdet wird.

Um demnach dieses Gefäll vor jeder Verkürzung möglichst zu schützen, in Hinsicht auf die Bemessung und Verrechnung der besagten Sterb- und Rait-Taxen eine gleichförmige und genügende Kontrolle gegen die Justiz-Taxämter herbei zu führen, und durch diese letztere die censurirende Buchhaltung in den Stand zu setzen, über die richtige Gebahrung dieser bei den Taxämtern zu verrechnenden Taxen wachen zu können, findet man nothwendig zu verordnen, daß

Erstens die in einer jeden Provinz befindlichen k. k. Landrechte und untern Gerichts-Beörden angegangen werden:

a) den Justiz-Taxämtern hinsichtlich der Bemessung der Sterb-Taxen jedesmal mittelst eines eigenen Dekretes das reine dem Mortuar unterliegende Vermögen, und hinsichtlich der Ausmaß der Rait-Taxen die reinen Pupillar-Einkünfte, mittelst eines von ihnen bestätigten Ausweises über den reinen Nutzungsertrag des Pupillar-Vermögens, bekannt zu machen;

b) ihre Expeditiionsämter dahin anzuweisen, alle dergleichen Expeditionen in Betreff der Sterb- und Rait-Taxen-Bemessungen gehörig in die den Taxämtern zu übergabenden gleichzeitigen Expediti-Tabellen aufzunehmen, und sich für die Zukunft angelegen sein zu lassen, nach

dem §. 17. der durch Zirkular-Verordnung vom 23. Sept. 1813, für die Behandlung der Judizial-Geschäfte vorgeschriebenen Taxamts-Instrukzion alle Gegenstände, die bei der Stelle vorkommen, in der Expeditis-Tabelle aufzuführen, daß

Zweitens den Landes-Justiz-Taxämtern aufgetragen werde, die Sterb- und Rait-Taxen sogleich nach Empfang der ihnen von Seite der Landrechte in Betreff dieser beiderseitigen Tax-Bemessungen zukommenden Dekrete und Pupillar-Vermögens-Ausweise gehörig zu bemessen, und ohne Verschub in den gleichzeitigen Tax-Rechnungen zur Gebühr vorzuschreiben, übrigens aber eine jede dieser Gebührseinstellungen vorschriftsmäßig mit den erwähnten landrechtlichen Dokumenten zu belegen. S. 102.

Zum §. 14 der L. D.

2294. Hfd. v. 22. Dez. 1791 N. 231, an d. n. ö. A. G.

Der Unfug, mittelst dessen die Ortsgerichte im Lande unter der Enns in der Verwaltung des adelichen Richteramtes sich anmaßen, theils blos um den Bezug der Taxen zu vergrößern, solche Expeditionen und Verordnungen zu erlassen, die nach den eintretenden Umständen, besonders bei dem Landvolke, ganz und gar überflüssig sind; theils auch Taxen von solchen Expeditionen aufzurechnen und zu begehren, welche gar nicht erlassen worden sind, wird auf das Nachdrücklichste eingestellt und verboten, und diejenige Obrigkeit, die sich einer derlei Eigennützigkeit schuldig machte, soll nicht nur zur Zurückstellung des vierfachen Betrages einer derlei widerrechtlich abgenommenen Taxe an die Partei, die es betrifft, sondern nach Umständen noch überdieß zu einer empfindlichen Strafe verhalten werden.

2295. Vdg. d. böh. Gub. v. 9. Dez. 1836 Z. 58492 (P. 1063).

Nach dem Inhalte der Berichte der k. Kreisämter wird sich von den hierländigen Magistraten in den Fällen, wo dieselben im Delegationswege Prüfungen mit den Kandidaten aus der Grundbuchsführung und dem adelichen Richteramte vornehmen, hinsichtlich der Bemessung und Abnahme der Taxen für diese Amtshandlung verschieden benommen, indem einige von diesen Kandidaten nebst der von dem k. k. Generaltaxamte bemessenen Merarialtare, dann den vorfallenden Stempel- und Postportogebühren, auch noch zu Handen der städtischen Gemeindrenten mehrere Taxbeträge abnehmen, und diese Abnahme mit Hinweisung auf die Taxordnung in adelichen Richteramtsangelegenheiten rechtfertigen, die meisten Magistrate aber, außer den Stempel- und Postportogebühren, gar keine anderweitigen Taxgebühren zu Handen der Gemeindrenten in Anspruch nehmen.

Um nun in dieser Angelegenheit ein gleichförmiges Vorgehen der betreffenden Magistrate zu erzielen, haben die k. Kreisämter den dortigen Magistraten nachstehende Weisung zur künftigen genauen Nachachtung bekannt zu geben.

Es besteht keine gesetzliche Vorschrift, welche die Abnahme von Taxen in den obbezeichneten Fällen zu Handen der städtischen Gemeindrenten gestattet. Letztere läßt sich aber auch deshalb nicht rechtfertigen,

weil eines Theils die Delegation der Magistrate zu diesen Prüfungen nur zum Vortheile der größtentheils mittellosen Kandidaten geschieht, um denselben die Reise- und Zehrungskosten in der Hauptstadt zu ersparen, welche wohlthätige Absicht jedoch, im Falle die Magistrate von denselben Taxen zu Handen der Gemeindrenten abnehmen würden, nicht erreicht werden möchte, und weil andernteils dieser Prüfungsakt keineswegs als eine Parteisache, sondern als ein streng offizioser Gegenstand angesehen werden muß, indem die Prüfung über höheren Auftrag und nicht zum Vortheile der Partei, sondern nur Behufs der Ueberzeugung der Oberbehörde vorgenommen wird, ob der Prüfungskandidat die nöthigen Fähigkeiten und Gesetzkennntnisse besitze, endlich weil durch die Abnahme städtischer Taxen von diesen der Merarialtare bereits unterliegenden Prüfungsakten eine doppelte Taxbemessung von ein und demselben Gegenstande eintreten würde.

Bei vorkommenden derlei Prüfungsfällen haben daher die betreffenden Magistrate von den Kandidaten außer den entfallenden Stempel- und Postportogebühren durchaus keine, wie immer geartete Taxen zu Handen der städtischen Gemeindrenten abzunehmen, und die k. k. Kreisämter werden angewiesen, die genaue Befolgung dieser Weisung gehörig zu überwachen.

Zur I. Rubrike der Z. D.

2296. Bdg. des böh. G. v. 23. Febr. 1835 Z. 5979, an das Unterkammeramt (P. 90).

Da bloße Vorladungszettel der Parteien in Geschäften des adelichen Richteramtes nicht als Bescheide anzusehen sind, ja selbst keine Beweis wirkenden Urkunden sind, da sie nur die Parteien zur kommissionellen Verhandlung vorladen, und selbst das Richterscheinen derselben keine solche Kontumazial-Folge nach sich zieht, wie dies bei dem Rechtsverfahren der Fall ist, so kann es keinem Zweifel unterliegen, daß derlei Vorrufungszettel (außer jenen Fällen, wo die Gesetze eine schriftliche, taxbare Vorladung eigens vorschreiben) in adelichen Richteramtsgeschäften, und im eigenen Gerichtsbezirke sowohl mündlich als schriftlich, tax- und stempelfrei zu behandeln sind.

Mäßigung der Gerichtskosten.

2297. Hfd. v. 19. Jänner 1789 N. 956, an d. n. ö. N. G.

Die Taxe für die richterliche Mäßigung der Gerichtskosten, wenn sie in den Geschäften des adelichen Richteramtes vorfällt, wird bei dem wiener Stadtmagistrate auf einen Gulden bestimmt.

Zur V. Rubrike der Z. D.

2298. Hfd. v. 10. April 1788 N. 808, an d. in u. o. ö. N. G.

Wenn der Fall der Errichtung eines Inventariums eintritt, können keine andern Gebühren angerechnet werden, als welche in der fünften Rubrik der neuen Z. D. enthalten sind. Wornach dann die Abgeordneten

des Landrechts oder der adeligen Justiz-Administration selbst, oder jene, die dieselbe wegen der Entlegenheit von den näher gelegenen Jurisdizenten, Magistraten, Dominien oder Beamten dazu delegiren, sich mit der ihrem Charakter angemessenen Kost und Fuhr zu begnügen haben, der ausgemessene Betrag der Taxrubrike aber in den Tarfond des Landrechts einzufließen hat; nur ist den zu derlei Inventuren verwendeten Kunstverständigen in jedem Falle von dem Richter eine angemessene Belohnung zu bestimmen, und hiebei auf die Beschaffenheit der Kunst und den Stand der Kunstverständigen zu sehen, sowohl diese Belohnung aber, als die Kost und Fuhr für die Abgeordneten und den Taxbetrag hat allezeit die Partei zu entrichten, und ist weder das eine noch das andere von dem Mortuarium herzunehmen.

2299. Hfd. v. 11. Dez. 1788 N. 935, an d. in u. v. ö. A. G.

Das Appellationsgericht soll alle Ortsgerichte, die in dem irrigen Begriffe stehen, als ob den Abhandlungsinstanzen die ehemals gewöhnlichen Inventurs-Taxen noch jetzt gebühren, dahin belehren, daß für die Errichtung eines Inventariums über eine Verlassenschaftsmasse keine andere Taxe, als welche die für die Geschäfte des adeligen Richteramtes bestimmte Taxordnung vorschreibt, statt finden könne.

2300. Hfd. v. 21. Jänner 1789 N. 959, an d. n. ö. A. G.

Auch die Dominien in Niederösterreich unter der Enns sind nicht befugt, für die Sperre bei Verlassenschaftsabhandlungen und für die Schätzung eine andere Taxe abzunehmen, als welche die fünfte Rubrik der Tax. D. v. 13. Sept. 1787 vorschreibt; und ist durch dieselbe die hierlands bestandene vormalige Sperrtaxe und Schätzungsgebühr aufgehoben.

2301. Hfd. v. 22. Aug. 1834 N. 2667, an d. in ö. k. A. G.

Dem A. G. wird eröffnet, daß den Gerichtsgehilfen im Küstenlande überhaupt keine besondere Vergütung an Diäten und Reisekosten zugestanden werde; und daß

1) die Geschäfte der Sperr-Anlegung, Inventur und Versteigerung, wenn solche in ihrem Wohnorte vorgenommen werden, da, wo die Erbmasse nach Abzug der Passiven, oder der aus den versteigerten Fahrnissen gelöste Betrag die Summe von einhundert Gulden nicht erreicht, unentgeltlich von ihnen und den Zeugen verrichtet werden müssen, wo aber in diesem Falle die erwähnten Geschäfte von den Gerichtsgehilfen außer ihrem Wohnorte besorgt werden, wird ihr Lohn für jeden Akt dieser drei Gattungen, wenn sie nicht zusammen an einem Tage vorgenommen werden, auf 45 fr. bestimmt.

2) In Fällen, wo jener Betrag der Erbmasse, oder der Lizitations-Gelder die Summe von 100 fl. erreicht, oder höher ist, aber 400 fl. nicht erreicht, hat der Gerichtsgehilfe ohne Unterschied, wo diese Akte vorgenommen werden, unter gleicher Bedingung für den Akt 1 fl. 30 fr. und

3) bei 400 fl. erreichenden oder übersteigenden Beträgen eben so

2 fl. zu erhalten. Wird zur Vornahme der Inventur oder Versteigerung mehr als ein Tag verwendet, so wird zwar für jeden mehr verwendeten Tag eine besondere Belohnung zugestanden, jedoch im verminderten Maßstabe und zwar im ersten Falle mit 20 fr., im zweiten mit 1 fl. und im dritten Falle mit 1 fl. 30 fr. In derlei Fällen ist aber vorläufig das Verzeichniß der Gebühren dem Bezirksgerichte zur Prüfung vorzulegen.

Sollten zu derlei Akten Zeugen außer ihrem Wohnorte verwendet werden, was aber zur Ersparung der Unkosten nur im Nothfalle statt zu finden hat, so haben dieselben ohne Unterschied des Betrages der Erbmasse, oder der Litigations-Gelder für jeden Tag 20 fr. zu erhalten.

Verfassung der Urkunden.

2302. Hkd. v. 17. Dez. 1824 N. 2057, an die Est. in Illir. und Küstenlande.

Gepflogene Erhebungen haben gezeigt, daß die Bezirksobrigkeiten in Illirien in dem Bezuge der Gebühren für Privat-Urkunden, welche die Bezirks-Inassen bei ihnen errichten lassen, sich nicht gleichartig benehmen, und daß hierbei zum Theil auch unmäßige Forderungen statt gefunden haben. Man findet daher einstweilen, und bis zur Festsetzung einer allgemeinen Norm, für Illirien folgende Vorschrift zu ertheilen:

1. Jedes Bezirksgericht ist verbunden, seinen Gerichts-Inassen, auf ihr Verlangen, über Gegenstände des Privat-Rechtes, Verträge und Urkunden zu entwerfen. Dagegen steht den Parteien frei, sich des Beistandes des Bezirksgerichtes zu bedienen oder nicht; auch bleibt dem freien Willen des Bezirksgerichtes überlassen, für Personen, die außer seinem Bezirke wohnen, Verträge und Urkunden aufzusetzen.

2. Dem Bezirksgerichte wird gestattet, folgende Gebühren aufzurechnen: für Verträge, wodurch unbewegliche Güter abgetreten oder verpachtet werden; für Ehepакten, Gesellschafts-Verträge und für die Errichtung eines letzten Willens, 3 fl.; für alle andern Verträge und Urkunden 1 fl. Von Verträgen und Urkunden, die auf eine bestimmte Summe Geldes lauten, ist, wenn dieselbe in Allem 250 fl. nicht übersteigt, nur die Hälfte dieser Gebühren mit 1 fl. 30 fr. oder 30 fr. zu entrichten. Sind in dem Betrage Pacht- oder Miethgelder, Renten oder ähnliche fortlaufende Zahlungen auf bestimmte Zeit bedungen: so werden sie für die ganze Zeit des Kontraktes zusammen gerechnet; ist keine bestimmte Zeit festgesetzt, so kann die Zahlung eines Jahres in Anschlag gebracht werden.

3. Der hier festgesetzte Betrag darf bei demselben Rechtsgeschäfte nur einmal bezogen werden, wenn auch mehrere Personen daran Theil nehmen, oder über die verschiedenen zugleich übernommenen Verbindlichkeiten mehrere Urkunden errichtet werden. Die Partei, welche die Ausfertigung der Urkunden verlangt, hat die Taxe dem Gerichte ganz zu erlegen, und allenfalls von den übrigen Theilnehmenden verhältnißmäßige Vergütung zu fordern.

4. Für die Verfertigung des Protokolles darf keine besondere Taxe angerechnet werden. Dagegen haben die Parteien für die Ausfertigung der ihnen ausgehändigten Urkunden und Abschriften eine Schreibgebühr von 4 kr. für die Seite zu erlegen.

5. Die Gebühren können auch für Verträge und Urkunden über dingliche Rechte auf unbewegliche Güter bezogen werden; obgleich bei der Eintragung in die öffentlichen Bücher die in den Grundbuchs-Taxordnungen festgesetzten Taxen zu entrichten sind.

6. Dagegen dürfen für Urkunden und Verträge, welche nach den Gesetzen über das Verfahren in nicht streitigen Rechtsachen, ohne Rücksicht auf den freien Willen der Parteien, vor Gericht errichtet werden müssen, keine anderen, als die in der T. O. vom 13. Sept. 1787 N. 717 der J. G. S. festgesetzten Gebühren gefordert werden. Insbesondere sind Erbtheilungs-Verträge und alle Urkunden, welche im Namen der Mündel und Pflegebefohlenen errichtet werden, insofern nicht zugleich ein Dritter Verbindlichkeiten gegen sie übernimmt, von den Abhandlungs- und Vormundschafts-Behörden unentgeltlich zu entwerfen.

7. Der Betrag der bezogenen Gebühren ist in dem Protokolle sowohl, als auf den den Parteien ausgefertigten Urkunden anzumerken.

2303. Hfd. v. 21. Okt. 1825 N. 2136, an d. in ö. k. k. N. G.

Die vereinte Hofkanzlei hat das mit Hfd. v. 17. Dez. 1824 N. 2057 der J. G. S., wegen der Gebühren für die Errichtung von Privat-Urkunden für Ilirien, das ist, für das laibacher und kustenländische Gubernial-Gebiet, erlassene Provisorium, auch auf den nun mit Ilirien vereinigten klagensfurter Kreis auszudehnen befunden. Bei Anwendung der erwähnten Vorschrift auf den klagensfurter Kreis wird in Ansehung der übrigens gleichen Verhältnisse keine andere Aenderung erforderlich sein, als daß anstatt der Ausdrücke: Bezirksobrigkeiten und Bezirksgerichte die Worte: Domänen und Magistrate und anstatt Bezirks-Inassen die Worte: Unterthanen oder Gerichts-Inassen gesetzt werden.

Nachricht des Alters.

2304. Hfd. v. 1. Sept. 1818 N. 1490, an alle Lst.

Se. Maj. haben zu befehlen geruht, daß die Einhebung von Taxen für die Bewilligung der Nachsicht des Alters (venia ætatis) aufzuhören habe. Dagegen hat die in der Richteramtstaxordnung unter der sechsten Rubrike Litt. b. für die gerichtliche Verordnung zur Einantwortung des Pupillargutes nach der Klasse des Vermögensstandes unter den §§. 3, 4, 5 u. 6 vorgeschriebene Taxe fortan unveränderlich zu bestehen, und es muß, als solche von einem Pupillar-Vermögen

von wenigstens	20000	Gulden	die	Gerichtstaxe	mit	12	fl.
»	»	10000	»	»	»	6	»
»	»	5000	»	»	»	4	»
von weniger als	5000		»	»	»	1	»

entrichtet werden.

A d o p z i o n.

2305. Hfd. v. 18. Febr. 1813; hfr. Resk. v. 9. März II. 177.

Bei Bestätigung eines Wahlkindes ohne Veränderung des Standes oder Wappens ist die in der Hofstarordnung gegründete Taxe anzurechnen, nämlich: Von einem Fürsten 2000 fl., von einem Grafen 1500 fl., von einem Freiherrn 1000 fl., von einem Ritter 500 fl., von einem Adelligen 250 fl.; und von einem Bürger 100 fl.

Wird aber auch Stand und Wappen verändert, so muß ohnehin die Bewilligung bei der Hofstelle angesucht werden, wo dann das Generalhofstamamt die gebührende Taxe vorzuschreiben hat.

2306. Hfd. v. 29. April 1813 an die n. ö. Reg. (Pol. 86).

Ueber die Frage: wie sich bei Bestimmung der Taxe für die Adoption der Wahlkinder bei minder vermöglichen Klassen der Bürger in den Provinzial- und landesfürstlichen Städten, bei dem Bauernstande, und bei Honorazionen zu benehmen sei? hat man festzusetzen befunden: daß, sobald es sich nicht um die bloße Annahme eines Kindes in die Pflege, sondern um die förmliche Adoption eines Wahlkindes handelt, jenen, welche nicht zu den verschiedenen Klassen des Adels gehören, folglich allen Unadeligen ohne Unterschied, die in Adoptionsfällen für den Bürgerstand bemessene Taxe mit Einhundert Gulden vorzuschreiben sei, im Uebrigen es jedoch der Landesstelle vorbehalten bleibe, bei eintretenden rücksichtswürdigen Umständen die hierortige Entscheidung einzuholen.

Zur VIII. Rubrik der L. D.

2307. Hfd. v. 7. März 1792 N. 3, an alle A. G.

Die Landrechte werden von der durch Hfdg. v. 5. Dez. 1783 anbefohlenen jährlichen Einsendung des Ausweises über die eingestossenen Rait-Taxen enthoben.

2308. Hfd. v. 28. Okt. 1791 N. 211, an d. in. ö. A. G.

Für die gesammten inneröst. Länder wird verordnet, daß die Puppillar- und Kuratelrechnungen nicht mehr durch aufgestellte eigene Raitbeamte aufgenommen, sondern den zwei Ältesten der Familie desjenigen, dessen Vermögen verrechnet wird, zu dem Ende zugestellt werden sollen, damit sie solche, allenfalls mit Zuziehung Sachverständiger, untersuchen, und auf die nämliche Art, die vorhin den Raitungsbeamten in der Instrukzion vom 9. Septbr. 1785 vorgeschrieben gewesen ist, behandeln. Wo übrigens die Finalerledigung der Rechnungen, wie bisher, durch das Landrecht zu geschehen hat, für welche nebst den Expeditionstaren von dem jährlich 300 fl. übersteigenden reinen Ertrage 1 Prozento bei Erledigung der Rechnung abzunehmen kömmt.

2309. Hfd. v. 21. Mai 1792 N. 18, an d. in. ö. A. G.

Triest ist in Rücksicht der Raittaxen von der für die übrigen in. öst. Länder eingeführten Verfassung ausgenommen, und werden daselbst die Raittaxen nach der Taxnorm im adeligen Richteramte abgenommen.

Z ä h l g e l d.

In Streitsachen, s. **2168**, 8. Rubrik, **2285** u. **2187**; im adeligen Richteramte, s. **2286**, 9. Rubrik. Wer hat über die Beschwerden wegen des Zählgelddbezuges zu entscheiden, s. **147**. Außerdem bestehen noch folgende Gesetze:

2310. Hfd. v. 2. Nov. 1790 N. 74, an d. böh. A. G. S. **2161**, S. 1054 V.

Dem böhmischen Landrecht gebühre allerdings der Bezug des Zählgeldes in jener Art, wie er in der L. D. vom 13. Sept. 1787 ausgemessen ist, auch bei Erfolglassung der Pupillar-Vermögenschaften. Nur sollen von dem Zählgelde folgende Fälle befreiet gehalten werden:-

a) Die von den hinterlegten Obligazionen behobenen Interessen. b) Was einem Pupillen während seiner Minderjährigkeit zu dessen Erhaltung, Erziehung, Unterweisung oder zu dessen Ausstattung bei einer Heirath erfolgt wird. c) Was aus einer Verlassenschaft mit dem Vermögen der Pupillen vermischt erfolgt*) worden, und bis zur Auseinandersezung der Masse in Deposito verblieben, sonach majorennen Erben erfolgt worden ist. d) Die Militär-Heiraths-Kauzionen. e) Die landesfürstlichen Dienst-Kauzionen der Kasse- und andern Beamten, welche verrechnende Dienste haben. f) Die Weiber-Verzichte. g) Was pro aërio erfolgt wird, als: die Regiments-Forderungen, die Erbsteuer, die erblosen Verlassenschaften, und was sonst dem Fiskus zufällt**). h) Was pro causis piis der Armen-Kasse, den Spitälern, Messen, Stiftungen erfolgt wird. S. **2323**. i) Das Vermögen der Invaliden. k) Die causae miserabiles. l) Der Liedlohn der Dienstboten. m) Was mit der Verbindlichkeit der abermaligen Deponirung nur auf eine Zeit erfolgt wird. n) Was zu einer andern Instanz als dahin gehörig übergeben wird. o) Was indebite deponirt worden. p) Die dem Gerhabenen hinausgebührenden Rechnungsbreste. q) Die ungültigen und verlorenen Schuldscheine, und alle Papiere und Schriften, die keinen Werth haben. r) Die Paraphernalia, Weibersprüche und zugebrachtes Vermögen. s) Die Funeral-Kosten.

2311. Hfd. v. 5. März 1792 N. 2, an d. gal. A. G.

a) Der Unfug, mittelst dessen von den Depositis die Zählgelder schon ehe abgenommen worden, als es zum Akte der Erfolglassung gekommen ist, wird abgestellt.

b) Da die Tare des Zählgeldes den Gerichten gegen die Pflicht der Haftung für die Deposita überlassen worden ist, so hängt es von der Bestimmung des Gerichtes ab, wem der Bezug dieser Tare zufließen, oder wie derselbe vertheilt werden soll.

*) Soll heißen: hinterlegt.

**) S. Erbsteuerpat. S. 65.

2312. Hfd. v. 13. März 1794 N. 162, an d. n. ö. A. G.

Wenn die Nobilitazion einer dem wiener Stadt-Magistrate untergestandenen Partei zur Folge hat, daß ein bei dem Magistrate hinterlegtes Depositum an das landrechtliche Depositen-Amt übergeben werden müsse, soll bei künftiger Erfolgslaffung das Zählgeld nach Vorschrift der Geseze zwar von dem Landrechte bezogen, die Hälfte davon aber in das städtische Taxamt überlassen werden.

2313. Hfd. v. 13. Nov. 1795 N. 264, an d. in ö. A. G.

Bei Erfolgslaffungen, die sich aus deponirten Konkurs-Massen ergeben, kann ein Zählgeld nur dann gefordert werden, wenn eine Erfolgslaffung zur Auszahlung eines Gläubigers geschieht, dann aber muß der Gläubiger für die erhaltene Summe das Zählgeld selbst tragen.

2314. Hfd. v. 20. Okt. 1804 N. 699, an beide gal. A. G. *)

Das Zählgeld bei Ausleihung der Pupillar-Kapitalien aus dem gerichtlichen Depositum kann a) weder auf Kosten der Pupillar-Masse, b) noch weniger auf jene des Darleihers abgenommen werden; c) nur bei der wirklichen und endlichen Erfolgslaffung ist das Zählgeld, welches nach der Tarordnung von dem baaren Gelde zu bezahlen ist, dann abzunehmen, wenn mittlerweile das ausgeliehene Kapital wieder ad depositum gelangt ist, mithin die Erfolgslaffung ohne Verbindlichkeit des Rückerlages im baaren Gelde geschieht. Wenn hingegen endlich d) nicht das baare Geld, sondern der Schuldschein über das ausgeliehene Kapital ausgefolgt wird, so kann nur das von den Schuldbriefen nach der Tarordnung zu entrichtende Zählgeld abgenommen werden.

2315. Hfd. v. 11. Nov. 1808 N. 868, an alle A. G.

Um eine Gleichförmigkeit in Bezug der Zählgelder in Konkursfällen bei den gesammten k. k. Landrechten herzustellen, haben Se. Majestät zu verordnen geruhet: daß von den zu einer Konkursmasse gehörigen Depositen nur in dem durch das Hfd. vom 13. Nov. 1795, N. 264 der G. G. bestimmten Falle, wenn eine Erfolgslaffung zur Auszahlung eines Gläubigers geschieht, bei den k. k. Landrechten das Zählgeld von der Baarschaft und den Fahrnissen nach der Schätzung mit 1 Kreuzer vom Rhn. Gulden; von den Schuldbriefen aber mit $\frac{1}{4}$ Kreuzer vom Gulden; bei den schlesischen Landrechten zu Teschen, Bielitz, Troppau und Johannesberg hingegen nur die Taxe der zweiten Klasse vom baaren Gelde und Fahrnissen mit $\frac{1}{2}$ Kreuzer, und von Schuldbriefen mit $\frac{1}{3}$ Kreuzer vom Gulden abgenommen werden könne.

2316. Hfd. v. 26. Juli 1810 N. 909, an d. n. ö. Reg., fdg. durch Zir. v. 6. Aug. (G. 147).

Seine Maj. haben die Gleichstellung der Depositen-Zählgelder bei

*) Auch in Galizien gilt das obige Tarpot v. 13. Sept. 1787 (**2286**) für das adelige Richteramt; es wurde dort als Pat. v. 20. Okt. 1787 (Pill. CXXI) eingeführt.

dem wiener Magistrate mit jenen bei den n. ö. Landrechten zu genehmigen gerühet.

Es ist daher die Abnahme des Zählgeldes ohne Unterschied, die Erfolgslaffung mag in Abhandlungs- oder in Streitsachen geschehen, von Obligationen mit einem Viertel-Kreuzer vom Gulden, und vom baaren Gelde und Präziosen mit einem Kreuzer vom Gulden nach der Schätzung bestimmt, und diese Abnahme hat auch bei Erfolgslaffungen aus Krida-Massen in Auszahlungsfällen der Gläubiger zu geschehen.

2317. Hfd. v. 8. Febr. 1812 N. 972, an alle A. G.

Künftig ist nach Maßgabe des erlassenen h. Finanzpat. vom 20. Feber 1811, das Zählgeld von gerichtlichen Erlägen auf folgende Weise abzunehmen:

Von Baarschaften in Bankozetteln, Ein Kreuzer vom Gulden in Bankozetteln.

Von klingender Münze, Ein Kreuzer vom Gulden in Einlösungsscheinen.

Von Baarschaften in Einlösungsscheinen, Ein Kreuzer vom Gulden in eben dieser Währung.

Von Präziosen, Ein Kreuzer vom Gulden ihres Schätzungswerthes entweder in Bankozetteln oder Wiener Währung, je nachdem der Schätzungsbetrag in Bankozetteln oder Wiener Währung ausgedrückt wird.

Von öffentlichen Fondsobligationen, ein Viertelfreuzer wiener Währung vom Gulden des Betrages, auf den sie lauten.

Endlich von Privatobligationen, ein Viertelfreuzer vom Gulden wiener Währung; jedoch nur von jenem Betrage, den der Privatschuldchein nach der gesetzmäßigen Skala an Kapital in wiener Währung ausmacht.

2318. Hfd. v. 30. Juli 1813 N. 1069, an alle A. G.

Die Zählgelder in Streitsachen sind nach dem Patente vom 1. Nov. 1781, nämlich vom baaren Gelde und von Präziosen mit Einem Kreuzer, und von Schuldbriefen mit Einem Viertelfreuzer vom Gulden; in den Geschäften des adeligen Richteramtes aber nach dem Patente vom 20. Dft. »(13. Sept.)« 1787 nur mit der Hälfte der obigen Gebühren zu bemessen, und nach dem Hfd. vom 8. Febr. 1812 N. 972 zu berechnen. In Galizien ist in Hinsicht der Ausmessung der Zählgelder in zählgeldpflichtigen Fällen sich nach dem Tarpatente vom 20. Dft. 1787*), in Hinsicht der Berechnung der gesetzlichen Gebühr aber gleichfalls nach der Verordnung vom 8. Feber 1812 zu richten.

2319. Hfd. v. 20. Dft. 1813 N. 1073, an d. n. ö. A. G.

Bei dem n. ö. Landrechte hat es in Hinsicht der Abnahme des Betrages der Zählgelder in Geschäften des adeligen Richteramtes bei dem Hfd. vom 24. Nov. 1787 und Zir. vom 6. Aug. 1810 (**2316**) fortan

*) Siehe die Note bei **2314**.

sein Bewenden, und somit hat es dießfalls von dem Hfd. vom 30. Juli J. 1069 (**2318**) abzukommen.

2320. Hfd. v. 28. Dez. 1816 N. 1308, an alle N. G.

Wenn solche Depositen, welche in Gold- oder Silbermünzen bestehen, hinausgegeben werden, ist das Zählgeld gleichmäßig in Gold- oder Silbermünze oder in Banknoten hiervon abzunehmen; von allen übrigen Gegenständen aber dasselbe lediglich, wie bisher, in wiener Währung aufzurechnen.

2321. Hfd. v. 18. April 1818 N. 1437, an d. n. ö. N. G.

Das Zählgeld ist nur bei der wirklichen und endlichen Erfolgsausführung, je nachdem damals das Depositum in Baarschaft oder in Obligationen besteht, gesetzmäßig nach dem Patente vom 1. Nov. 1781 aufzurechnen.

2322. Hfd. v. 31. Mai. 1823 N. 1944, an d. gal. N. G.

Bei den gal. Gerichtsbehörden unterliegen die von der Verwaltung der freiwilligen Gerichtsbarkeit herrührenden Depositen dem Zählgelde mit einem halben Kreuzer von Gulden baaren Geldes, und mit einem Achtelkreuzer vom Gulden bei Obligationen. In diesem Betrage kann das Zählgeld, dem Hfd. v. 2. Nov. 1790 N. 74 der J. G. S. (**2310**) gemäß, auch von dem Vermögen der Mündel und Kuranden bezogen werden. Jedoch ist von den aus Pupillar- oder Kuratelsmassen zur Bezahlung einer Schuld des Mündels oder Kuranden verabsfolgten Depositen kein Zählgeld aufzurechnen.

2323. Hfd. v. 1. Febr. 1828 N. 2327, an d. in. ö. N. G.

Die Kirchen sind nach dem Sinne des Hfd. vom 2. Nov. 1790 N. 74 Lit. h. der J. G. S. (**2310**), wie die Klöster, Lehranstalten und andern geistlichen Stiftungen, ein Depositen-Zählgeld vor den ihnen zufallenden Erbschaften zu entrichten nicht verbunden.

2324. Def. d. v. ö. Reg. v. 23 Juni 1830 J. 37146 (P. 242).

Das k. k. n. ö. N. G. hat mit Note vom 8. Dez. 1829 J. 12362, die dahin gerichteten Anfragen eines landesfürstlichen Pfliegerichtes:

1) nach welchen Normen sich überhaupt bei Abnahme der Zählgelder von auszufolgenden Depositen auf dem Lande, wo keine organisirten Depositenämter bestehen, zu benehmen sei?

2) welche Depositen dem Zählgelde unterliegen? und

3) ob und in wie ferne den Depositenkommissären das Zählgeld nach dem §. 72 G. J. vom 9. Sept. 1785 II. Theils für die gefährliche Haftung überlassen sei? als einen die allgemeinen Tarnormen berührenden Gegenstand mit den die rechtliche Natur der Zählgelder betreffenden Bemerkungen an die Regierung zur Erledigung abgetreten.

In Erledigung dieser Anfrage wurde dem betreffenden Kreisamte aufgetragen, das genannte Pfliegericht nachstehend vorzubeseiden.

Ad 1. Die Zählgelder gehören ihrer Natur und bisherigen Behandlung nach, in die Klasse der Gerichts-Taxe überhaupt, und sind

darum auch in den bestehenden Taxordnungen für richterliche Amtshandlungen in Streitsachen v. 1. Nov. 1781 und für die Geschäfte des adeligen Richteramtes v. 13. Sept. 1787 einbezogen worden, welche demnach, da sie sowohl für die organisirten als für die nicht organisirten Gerichtsbehörden geltend sind, auch in Beziehung auf die Abnahme der Zählgelder bei Erfolglassung gerichtlicher Depositen zur allgemeinen Richtschnur zu dienen haben.

Ad. 2. Das Zählgeld ist derjenige Theilbetrag, welcher von dem Depositen-Vermögen bei dessen Erfolglassung, dem Gerichte als Entgelt für die Pflicht der Haftung und für die Verwahrung der Depositen angewiesen ist. Insoferne demnach einem bei Gerichte aufbewahrten fremden Gute die rechtliche Natur eines gerichtlichen Depositums zukommt, und dasselbe nach den über das Depositenwesen überhaupt bestehenden Vorschriften zu behandeln ist, hat auch bei dessen ordnungsmäßiger Erfolglassung sowohl bei organisirten Justizbehörden, als bei den nicht organisirten Gerichtsstellen auf dem flachen Lande die gesetzliche Abnahme der Zählgelder Platz zu greifen.

Hienach und insbesondere nach Zielsetzung des Jhfd. v. 19. April 1787 N. 667 der J. G. G. *) kann von einem aus Gelegenheit der ämtlichen Obsorge für Mündel in das Waisenamt gekommenen, und nach geendeter Vormundschaft in das Depositenamt übertragenen Vermögen bei der Ausfolgung ein Zählgeld nur in dem seltenen Falle gefordert werden, wenn der ehemalige Pupill nach erhaltener Aufforderung zur Behebung, sein Vermögen mit voller Sachkenntniß freiwillig, und ohne selbes der Herrschaft darlehensweise zu überlassen, in obrigkeitlicher Verwahrung, z. B. wegen der mit der eigenen Aufbewahrung verbundenen Gefahr beläßt.

Wenn nicht alle diese Umstände zusammentreffen, insbesondere also, wenn der in die eigene Vermögensverwaltung getretene Mündel (welchen die Kuranden wegen Blödsinnes, Verschwendung oder Wahnsinnes gleich zu achten sind) zur Abfertigung nicht vorgefordert, oder diese nur

*) Hofentschl. v. 10. April 1787 N. 667, so in allen Provinzen durch die Lst. intimirt worden.

Die in dem 5. Hptst. des a. b. G. B. gegebene Vorschrift: hinterlassenen minderjährigen Kindern jedesmal einen Vormund (Gerhaben) auf die daselbst erklärte Art zu bestellen, soll sich vom 1. Jänner 1787, oder wo das a. b. G. B. zu dieser Zeit nicht kundgemacht worden, von dem Tage der Kundmachung zur genauesten Befolgung gegenwärtig gehalten werden. In die Besorgung der dem Vormunde (Gerhaben) zugewiesenen Pflichten selbst, wie auch in die der Vormundschaft obliegende Führung und Legung der Rechnung habe sich die Obrigkeit keineswegs einzumengen; die Pflicht derselben sei also nur auf die Oberaufsicht über das Pupillarwesen beschränkt, damit nämlich alles dasjenige genau befolgt werde, was das 5. Kapitel zum Besten der Waisen verordnet. An dieser ihrer wesentlichen Pflicht aber habe die Obrigkeit nichts ermangeln zu lassen, und daher den Minderjährigen bei jeder Verabsäumung mit ihrem eigenen Vermögen zu haften. Uebrigens sei sie verbunden, diese Oberaufsicht für ihre Unterthanen unentgeltlich zu tragen, weswegen die bisher von den obrigkeitlichen und herrschaftlichen Beamten aus den Waisengeldern dafür bezogenen Taxen, von dem Tage der Kundmachung gegenwärtiger Vdg. gänzlich aufzuhören haben.

wegen Mangels an baarem Vorrath, oder sonst aus Verschulden des Waisenamtes, oder weil der Aufenthalt des ehemaligen Waisen nicht bekannt, oder dieser als Soldat vom Feldweibel abwärts zur Behebung ohne Militärkonsens nicht berechtigt war, verzögert wurde, kann ein Zählgeld nicht abgenommen werden, weil in diesen Fällen die eben vormundschaftliche Obsee nicht aufgehört hat, sohin das betreffende Vermögen immer noch in dem Waisenamtsverbande geblieben ist, das Waisengeschäft aber von den Obrigkeiten nach den bestehenden Vorschriften, insbesondere aber nach dem erwähnten Jhfd. v. 19. April 1787, unentgeltlich besorgt werden muß.

Von den aus Veranlassung eigentlicher Rechtsstreite hinterlegten Beträgen, so wie auch die Abfertigung der Konkursgläubiger, bei Vizitationskäufen u. dgl., ist die Gebühr in der T. D. in Streitsachen vom 1. Nov. 1781 bemessen.

Ad 3. Die Ueberlassung des Zählgeldes an das betreffende Pfliegerichtspersonale könnte aus dem Gesetze nicht gerechtfertigt werden, weil die Haftung für die gerichtlichen Depositen vorschriftsmäßig zunächst den Dominien obliegt, wogegen selbe bei organisirten Justizbehörden, auf welche allein die Justizinstruktion v. 9. Sept. 1785 und das einschlägige Jhfd. v. 19. Sept. 1783 (**2127**) Anwendung haben, dem Gremium in solidum zugewiesen und hienach bei jenen organisirten Behörden das k. k. Aerar von jeder Gutstehung enthoben ist, welcher Fall aber bei den landesfürstlichen Pfliegerichten nicht eintritt.

Es kann daher in dieser Beziehung gegen die von der k. k. Staatsgüteradministration verlangte Verrechnung der Depositentaren nichts eingewendet werden.

2325. Zir. der illir. K. G. B. v. 28. Okt. 1837 Z. 19751 (M. 1838. 21).

In der Betrachtung, daß die bei Erfolgslaffung gerichtlicher Depositen mit Ausnahme der Pupillendepositen gesetzlich bewilligten Zählgelder eigentlich nicht als Taxen, sondern als Entgelt für die Pflicht der Haftung der mit der Verwahrung der Depositen beauftragten Beamten erscheinen, hat sich die h. k. k. allg. Hofkammer im Einverständnisse mit der k. k. obersten Justizstelle, laut des Dekretes vom 6. Dez. 1836 Z. 52713, bestimmt gefunden, zu verordnen, daß die bei Erfolgslaffung der Depositen unter Beobachtung der hierwegen bestehenden Vorschriften, eingehenden Zählgelder den mit der Verwaltung und Haftung dieser Depositen beauftragten Beamten der k. k. Bezirkskommissariate, wie solches früher der Fall gewesen, auch in Zukunft belassen werden. Durch diese hohe Entscheidung wird die hierortige Zir. Vdg. vom 22. Jänner 1836 Z. 16348 außer Kraft gesetzt.

M o r t u a r *).

(Sterbtaxe oder Todtsallfreigeld.)

Wer hat darüber zu entscheiden, s. 97 — 102. Einantwortung vor Berichtigung des Mortuars, s. 1982. Ungarn und Siebenbürger, s. 2114, 2115 und 2357. Berggerichte, s. 2173, 2359 u. 2380. Obersthofmarschallamt, s. 2175. Geistlichkeit, s. 2213.

Allgemeine Vorschriften.

2326. Hfd. v. 5. Oktbr. 1787 N. 728, an alle A. G.

Nachdem durch die allg. E. D. in dem adeligen richterlichen Amte vom 1. Nov. 1787 auch in diesen Angelegenheiten die Einförmigkeit in dem Tarbezüge hergestellt, in vielen beträchtlichen Rubriken den Erben wesentliche Erleichterung verschafft, und die Parteien gegen Unfug geschützt worden sind; so fanden Se. Maj. nöthig, um zugleich auf der andern Seite ihren Tarfond zu decken, daß auch bei den Landrechten jener Provinzen, wo derzeit ein Mortuarium nicht abgenommen worden, wohl aber die Erben mit anderweiten, nunmehr aufgehobenen Siebigkeiten belastet waren, vom 1. Nov. 1787 anzufangen, das Mortuarium von dem Verlassenschaftsvermögen, und zwar von den Realitäten mit 1 Prozent, von dem Mobilarvermögen mit 1 Kr. vom Gulden aufgerechnet, und in den Tarfond abgenommen werden soll.

2327. Hfd. v. 4. Jänner 1788 N. 761, an das i. und v. ö. A. G.

Zur Bestimmung des Mortuariums kann ein eigenes Inventarium, wenn es der Erbe nicht selbst verlangt, nicht gefordert werden, sondern, so wie in denjenigen Fällen, wo schon nach Vorschrift der Justizgesetze, oder wegen der Erbsteuer das Inventarium über eine Verlassenschaft errichtet werden muß, aus demselben der Betrag des Verlassenschaftsvermögens auch in Absicht auf die Aufrechnung des Mortuariums bekannt wird; also soll außer diesen Fällen an die Stelle des Inventariums ein von den

*) Für Illirien wurde angeordnet, daß die Mortuarien, deren Bezug den Herrschaften nur in so fern zustand, als sie die Gerichtspflege kraft der landesfürstlichen Delegation ausübten, nunmehr nach dem 6. §. der Org. Bdg. v. 23. Juni 1814 Z. 8174 den Bezirksobrigkeiten zugewiesen worden sind, welche die Gerichtspflege in der nämlichen Eigenschaft zu besorgen haben (Org. Hkomdek. v. 2. Juli 1814 Z. 518; Kur. des illir. prov. Gen. Sub. v. 26. Juli 1814 Z. 9811 P. 1. Th. 2. Abth. 511). Dasselbe verordnet das Hfd. v. 20. Sept. 1814 N. 1102, an d. in. ö. A. G. §. 7. Siehe ferner 2214 **) 2). Für die künftländischen Bezirksgerichte wurde angeordnet, daß ihnen, so weit sie privatherrschaftlich sind, die Gerichtstaren sowohl in Streitsachen als in officio nobili judicis, und das Mortuar nach Maßgabe der politischen Anordnungen zu beziehen gestattet werde, die landesfürstlichen dagegen haben dieselben zu verrechnen, und an die Behörde abzuführen (Hfd. v. 4. Mai 1816 N. 1240, an das in. ö. A. G. III. 4).

Erben verfaßter, gewissenhafter Ausweis des Verlassenschaftsvermögens eintreten *). Uebrigens ist sich wegen der Taxen für Errichtung des Inventariums genau an die T. O. zu halten, und nichts anders, als was in selber bestimmt ist, abzunehmen **).

2328. Pat. v. 17. März 1788 N. 797, an alle N. G.

Von den schlesischen Interesse-Rekognitionen soll die Sterbtaxe nur von der Hälfte des Kapitalbetrags abgenommen werden.

2329. Hfd. v. 14. April 1788 N. 810, an das n. und v. ö. N. G.

a) Die in Erbsteuerfällen bestehenden Befreiungen lassen sich auf das Mortuarium nicht anwenden.

b) Auch die in einer Verlassenschaft vorfindigen Präziosen und Fahrnisse, sie mögen dem Erben, oder einem Legatarius zufallen, unterliegen dem Mortuarium.

c) Das Mortuarium muß der Universalerbe von der ganzen reinen Verlassenschaft entrichten, ohne Rücksicht, ob, und was für Vermächtnisse davon zu bezahlen sind; dem Erben steht sohin frei, jedem Legatarius den Antheil, welcher sein Legat betrifft, aufzurechnen, und bei Abführung des Legats abziehen. Hiernach kann also auch jenem, welchem der Fruchtgenuß eines Kapitals legirt worden, an gedachtem Fruchtgenuß von dem Universalerven jährlich jenes abgezogen werden, was der Zins von jenem Betrage abwirft, welcher von dem Kapital selbst für die Sterbtaxe entrichtet werden mußte; und folgt hieraus auch, daß selbst jene Legate, welche für die Testamentsereluzion gemacht werden, dieser Abgabe unterliegen.

2330. Resol. v. 18. Juli 1788 N. 858, an das i. u. v. ö. N. G.

a) Das Mortuarium sei von allen durch die Landrechte abgehandelt werdenden Verlassenschaften ohne Ausnahme abzunehmen.

b) Bei dessen Berechnung seien vorläufig die Passivschulden abziehen, und der Betrag des Mortuariums sodann nur von dem reinen Verlassenschaftsvermögen einzubeheben.

c) So viel es die Legate betrifft, sei auch von diesem das Mortuarium einzufordern, und von dem Haupterven zu entrichten, doch demselben überlassen, den diesfälligen Betrag bei Auszahlung des Legats dem Legatarius abziehen, oder sich sonst mit ihm einzuverstehen.

d) Die liquiden Passivschulden, so weit sie nicht auf eine Realität landtäglich vorgemerkt sind, seien von dem Mobilarvermögen, die land-

*) Hfd. v. 5. März 1784 N. 258, an d. n. ö. N. G.

Wenn alle Erben einer Verlassenschaft großjährig sind, sie die Erbschaft simpliciter antreten, und sich nicht cum beneficio legis et inventarii erklären, seien zur Regulirung der Sterbtaxen und Erbsteuerbeträge keine gerichtliche Inventarien, sondern nur solche Vermögensausweise nothwendig, welche, weil sie jedesmal an Eidesstatt, und unter der Konfiskationsstrafe des verschwiegenen Guts verfaßt werden, bei den Abhandlungsinstanzen und Erbsteuerkommissionen ebenfalls Glauben haben.

) Die Inventurs-Kosten und Taxen sind vom Mortuar nicht abzunehmen; f. **2398.

täglich vorgemerkten Passiven aber von dem Anschlag der Realität, auf der sie haften, abzugiehen.

2331. Hfd. v. 17. Nov. 1788 N. 919, an alle A. G.

Von den in einer Verlassenschaftsmasse befindlichen Kapitalien soll jene Personal-Instanz das neu eingeführte Mortuarium einheben, unter welche die Verlassenschaftsabhandlungspflege gehört, ohne Rücksicht, in welcher Provinz die Schuldbriefe befindlich, und ob sie auf einer Realität landtäglich oder grundbücherlich vorgemerkt seien; jedoch soll das Mortuarium von allen Kapitalien, die in was immer für einem Lande auf einer Realität landtäglich, oder grundbücherlich vorgemerkt, sind, wie von den Realitäten selbst, nur mit 1 Prozent ausgemessen und eingehoben werden.

2332. Hfd. v. 28. Mai 1789 N. 1101, an alle A. G.

Wenn bei einer Verlassenschaftsmasse die Entrichtung der Sterbtare mit der Abführung der Erbsteuer zusammentrifft, soll die Sterbtare (Mortuarium) in Gemäßheit des Pat. vom 13. Sept. 1787 von den Realitäten nach dem bei der letzten Besitzveränderung in Anschlag gekommenen Werthe, die Erbsteuer aber nach Vorschrift des Erbsteuerpatentes vom 6. Juni 1759 nach dem bei der vorzunehmenden Schätzung ausfallenden Betrage berechnet und abgenommen werden.

2333. Hfd. v. 22. Okt. 1789 N. 1061, an alle A. G.

a) Das Mortuarium muß auch von jenem Vermögen eines Erblassers aufgerechnet werden, welches an den überlebenden Ehegatten aus was immer für einer Disposition mortis causa als ein erst nach dem Tode ihm zufallendes Vermögen übergeht.

b) Wo Taxämter sind, soll das Mortuarium nicht von der Gerichtsstelle, sondern vom Taxamte ausgemessen werden.

2334. Hfd. v. 21. Dez. 1789 N. 1086, an das i. und v. ö. A. G.

Weil das Mortuarium immer nur von der reinen Verlassenschaftsmasse abgenommen wird, so kann solches eben so wenig von Abnährungs- oder Leibrenten-Kontrakten, als von Schenkungen bezogen werden.

2335. Hfd. v. 4. Mai 1790 N. 20, an das böh. A. G.

Der Universalerbe kann nicht verhalten werden, in der Vermögensausweisung, die er zu Ausmessung des Mortuariums verfaßt, jede Post, sie betreffe den Aktiv-, oder Passivstand, mit Urkunden zu belegen.

2336. Pat. v. 1. Febr. 1793 N. 87, an das n. ö. A. G.

So wie die Lehens-Korpora einen Theil der Verlassenschaft ausmachen, so unterliegen sie auch den Wirkungen der Abhandlungsinstanz in dem Mortuarium, sobald sie von dem verstorbenen Besitzer auf den Erben übergehen; da der lehensherrliche Nexus nur zur Folge hat, daß der neu eintretende Nachfolger sich bei dem Lehensherrschaft geziemend melden, die Belehnung begehren, und Lehensjura prästiren muß. S. **2340.**

2337. Hfd. v. 5. Dez. 1793 N. 137, an das i. ö. A. G.

Die Ausweise über die der Sterbetaxe unterliegenden Verlassenschaften müssen auf solche Art überreicht werden, damit das Taxamt zur Bestimmung der Taxe in klaren Begriff gesetzt, und erörtert sei, was eigentlich hierunter am beweglichen, oder unbeweglichen Vermögen bestehe. S. 102.

2338. Hfd. v. 2. Okt. 1795 N. 257, an alle A. G.

Zur Hintanhaltung der Verkürzungen des Mortuargefälls durch Schenkungen werden folgende Grundsätze festgesetzt:

a) Von demjenigen Vermögen, das ein Erblasser schon bei Lebzeiten verschenkt hat, das daher keinen Theil seiner Verlassenschaftsmasse mehr ausmacht, kann ein Mortuarium nicht bezogen werden, wenn sich auch der Schenker auf Lebenslang den Fruchtgenuß vorbehalten, oder den Beschenkten auf irgend eine Art in der freien Schaltung mit diesem seinem Eigenthume beschränkt hat.

b) Doch muß die Schenkung unter Lebenden rechtsgültig und wahrhaft zu Stande gebracht, daher entweder das geschenkte Gut, oder wenigstens die Schenkungsurkunde dem Beschenkten wirklich übergeben sein.

c) Bei Schenkungen, wodurch erst nach dem Tode des Schenkers das Eigenthum an den Beschenkten übertragen wird, sie mögen als widerruflich oder unwiderruflich dargestellt sein, ist das Mortaurium von dem verschenkten Gute in gleicher Art, wie von dem ererbten, abzunehmen.

2339. Hfd. v. 6. März 1797 N. 344, an alle A. G.

Zur näheren Bestimmung der Anordnung vom 25. Sept. 1795 (2. Okt. 1795) wird erklärt: daß bei Schenkungen unter Lebenden, wosern sie nach dem Tode des Schenkers der Mortuargebühr nicht unterliegen sollen, nicht nur dem Beschenkten die Schenkungsurkunde behändiget, sondern auch noch bei Lebzeiten des erstern erweislich die vollkommene Uebergabe des Geschenkten dergestalt erfolgt sein müsse, daß diese Uebergabe bei Schenkungen eines unbeweglichen, in einem Grundbuche vorgemerkten, oder intabulirten Guts durch die Anschreibung des Beschenkten in dem Grundbuche, oder der Landtafel geschehen; bei Schenkungen eines beweglichen Guts aber nebst der Schenkungsurkunde auch das Geschenke selbst vor dem Ableben des Schenkers wirklich übergeben worden. Da im übrigen die oben gedachte Bdg. vollkommen in ihrer gesetzlichen Kraft zu verbleiben hat.

2340. Hfd. v. 23. Juli und 3. Sept. 1799 N. 471, an das tir. Gub.

Se. Maj. Wille geht dahin: daß in Hinkunft das Mortuarium, oder die Sterbtaxe auch von Lehen, Fideikommissen, Majoraten, oder Senioraten, so wie von anderen Realitäten zu beziehen sei; wie aber derlei Lehen, Fideikommiss, Majorate und Seniorate zu schätzen, oder in Anschlag zu bringen seien, solches wird von Fall zu Fall mit Rücksicht auf

die Umstände den Gerichts- und Abhandlungsbehörden, in deren Wirksamkeit diese Schätzungen gehören, überlassen*).

2341. Hfd. v. 27. Juni 1800 N. 501, an das ostgal. N. G.

Von dem Vermögen, worüber Advitalitäts-Rechte zwischen den Eheleuten bestehen, ist bei dem Abgange des einen Ehegatten das Mortuarium sogleich berechnet vorzuschreiben; bis zum Abgange des andern Ehegatten aber nur vorzumerken, und dann erst einzubringen; indessen aber doch in den Taxrechnungen immer aufzuführen.

2342. Hfd. v. 15. Jänner 1801 N. 515, an d. n. ö. N. G.

Alle frommen Vermächtnisse (Legata pia) sollen von nun an, so wie bereits in N. G., also auch in allen übrigen Erbstaaten Seiner Majestät von der Entrichtung der Sterbtaxe (Mortuarii) für immer befreit sein. S. **2348.**

2343. Hfd. v. 21. Mai 1802 N. 563, an das ostgal. N. G.

Im Nachhange zu der am 5. März d. J. erlassenen Weisung, Nr. 554 der Gesesammlung und in Folge der schon bestehenden Gesetze ist von den im Inlande hangenden Kapitalien, welche einem Ausländer nach einem im Auslande verstorbenen Fremden anfallen, ein Mortuarium um so minder abzunehmen, als darüber auch keine gerichtliche Verlassenschafts-Abhandlung gepflogen wird; wohl aber sind die übrigen Taxen einzuheben, wenn von dem Gerichte, oder von dem Kurator solche Geschäfte vorgenommen werden, die einigen Taxen gesesmäßig unterliegen. Eben so ist von diesen Kapitalien nach dem §. 11 des Abfahrts-Patentes vom 14. März 1785 kein Abfahrts-geld zu beziehen, wenn dieselben von einem aus fremden Ländern hierher gebrachten Vermögen entstanden sind, und der Inhaber im Inlande nie ein Domizilium gehabt, oder sich sesshaft gemacht hat. S. **1999.**

2344. Hfd. v. 7. Juni 1811 N. 947, an alle N. G.

Das Mortuarium von dem in einer Verlassenschaft vorfindigen Konventionsgelde ist, vom 15. März dieses Jahrs anzufangen, von dem Kennwerthe des Konventionsgeldes in Einlösungsscheinen aufzurechnen, und einzubringen.

*) Mit h. Hfd. v. 18. Dez. d. J. Hfz. 7642 ist die Weisung ertheilt worden, daß das von dem k. k. Landrechte und dem Obersthoflehenrichteramte in Bezug auf die Art der Geltendmachung und der Anerkennung des Nachfolgerechtes eines in der ersten Belehnung begriffenen böhmischen Kronvasallen bisher beobachtete Verfahren als den bestehenden Gesetzen, namentlich den Bestimmungen in dem Hfd. v. 1. Febr. 1793 N. 87 (**2336**), in dem Hfd. v. 23. Juli und 2. Sept. 1799 N. 471, in dem Pat. v. 15. Okt. 1810 N. 914, §. 5, 32 u. 33 (**2386**), endlich in der allg. G. Z. v. 9. Sept. 1785 N. 464 der J. G. S. §. 43, II. Absch. 5. Abth. (S. 946) entsprechend auch in Zukunft beizubehalten sei. In Ansehung der deutschen Lehen wird die höchste Bestimmung nachfolgen (Vdg. des böh. N. G. v. 17. Dez. 1839 Z. 22194).

2345. Hfd. v. 10. Juli 1812 N. 996, an alle N. G.

1) Das Mortuarium ist in Gemäßheit des Pat. vom 20. Febr. 1811 immer nach dem Maßstabe derjenigen Valuta abzunehmen, in welcher die Schätzung des Verlassenschaftsvermögens erfolgte, so zwar, daß, wenn die Schätzung vor dem 15. März 1811, somit in der zu jener Zeit noch bestandenen Valuta der Bankozettel geschah, auch das Mortuarium nach dem Maßstabe dieser Valuta, jedoch reduziert auf Einlösungsscheine, aufzurechnen ist, wenn auch die Abhandlung und die Erledigung der Verlassenschaft viel später vor sich gegangen wäre.

2) Wenn in der Verlassenschaft fliegende Münze vorhanden ist, so ist hiervon das Mortuarium nach ihrem Nennwerthe, jedoch in Einlösungsscheinen, oder in W. W. abzunehmen.

3) Die Staats- und öffentlichen Fondsobligationen sind nach ihrem vollen Nennwerthe in W. W. anzurechnen. Es gestatten jedoch Se. Majestät aus besonderer Sorgfalt für die möglichste Erleichterung dieser Abgabe, und nach dem Beispiele desjenigen, was Allerhöchstdieselben in Ansehung der Erbsteuer zu bestimmen geruheten: daß das von den Staats- und öffentlichen Fondsobligationen entfallende Mortuarium auch mittelst der nämlichen Obligationen, oder doch vom gleichen Zinsfuße, in so ferne der Betrag des Mortuariums nicht unter 25 fl. W. W. ist, entrichtet werde, der unter 25 fl. ausfallende Betrag muß aber allezeit baar in W. W. erlegt werden.

4) Privat-, Aktiv- und Passiv-Forderungen sind bei Sterbfällen und Schätzungen nach dem 15. März 1811 nach der Skala in W. W. anzusetzen, und hiernach das Mortuarium zu berechnen.

5) Bei Realitäten und liegenden Gütern endlich kommt es darauf an:

a) ob dieselben nach der Einlage, oder

b) nach einer alten Schätzung vor dem Jahre 1799, oder

c) nach einer Schätzung in der Periode vom Jahre 1799 bis 15. März 1811, oder

d) nach einer spätern schon auf W. W. berechneten Schätzung für die Bemessung des Mortuariums angenommen worden.

In den Fällen a, b und d ist der volle Einlags-, oder Schätzungswerth in W. W., in dem Falle c aber nach der Skala zu berechnen.

2346. Hfd. v. 6. Mai 1813 N. 1044, an d. n. ö. Reg.

Von den Banko-Lottolosen ist das Mortuarium nach ihrem vollen Nennwerthe in Einlösungsscheinen zu entrichten.

2347. Hfd. v. 14. Dez. 1816 N. 1301, an alle alt. ö. N. G.

Bei Bemessung des Mortuariums sind in Bezug auf das neue Finanz-Patent vom 1. Juni d. J. nachstehende Grundsätze zur genauesten Befolgung aufzustellen befunden worden:

a) Ist von öffentlichen Staatspapieren das Mortuarium, so wie es bisher schon eingeführt war, in gleichmäßigen Staatspapieren;

b) von Privat-Forderungen, welche vor dem Pat. vom 1. Juni 1816 entstanden sind, nach Maßgabe ihrer dem Pat. vom 20. Febr. 1811 zugagenden Valuta: von später entstandenen, je nachdem die Va-

luta in wiener Währung oder in Konventionsmünze bedungen ist, gleichmäßig in W. W., oder in Goldmünze, Silbermünze, Banknoten;

c) von der Barschaft, welche in wiener Währung besteht, in wiener Währung;

d) von der in Konventions-Münze vorhandenen Barschaft in Gold- oder Silbermünze, oder Banknoten;

e) von Realitäten, Präziosen und andern Gegenständen, je nachdem die Schätzung auf wiener Währung, oder Konventions-Münze besteht, entweder in wiener Währung, oder aber in Goldmünze, oder Banknoten aufzurechnen und zu entrichten. Wobei jedoch zu bemerken ist, daß diese Verordnung auf die vor dem ersten Aug. 1816, als dem Tage der Wirksamkeit des rücksichtlich der Gerichtsgebühren ergangenen Pat. vom 1. Juni d. J., anhängig gewordenen Verlassenschaftsabhandlungen keine Anwendung habe. S. 1941.

2348. Hfzd. v. 5. Sept. 1820 N. 1698, an alle Lst.

Se. Majestät haben über die Anfrage: ob die mit dem Hfd. vom 15. Jänner 1801 N. 515, ausgesprochene Mortuars-Freiheit der frommen Vermächtnisse bloß von dem l. f. Mortuar zu verstehen sei, oder ob sich dieselbe auch auf das herrschaftliche Mortuar ausdehne? zu beschließen geruhet: daß das Hfd. vom 15. Jänner 1801 nur eine Erläuterung des Ediktes vom 24. Sept. 1750 sei, und die durch dasselbe den frommen Vermächtnissen zugestandene Befreiung von der Sterbtaxe sich daher auch nur auf die l. f. Sterbtaxe, nicht aber auf das den Obrigkeiten von dem unterthänigen Vermögen gebührende Mortuar beziehe; es somit dem freien Willen des Gutsheeren noch immer in jenen Fällen, wo ihnen ein obrigkeitliches Mortuar gebührt, überlassen bleibe, entweder die Sterbtaxe von den frommen Vermächtnissen, oder Erbschaften, welche ihre Unterthanen an fromme Stiftungen machen, abzunehmen, oder hierauf zum Vortheil dieser Stiftungen Verzicht zu leisten; welches auch in Ansehung des Armen-Institutes und des Invaliden-Fondes zu gelten hat. S. 2179—84.

2349. Hfzd. v. 19. Okt. 1828 N. 2368, an d. n. ö. Reg.

Die k. k. allg. Hofkammer hat mit Bdg. vom 23. April 1828 die schon früher bei Gelegenheit einzelner Fälle erlassene Bestimmung erneuert, daß bei Bemessung des landesfürstlichen Mortuars die Katastral-Einlagen von landtästlichen Realitäten in allen jenen Fällen in Konventions-Münze anzunehmen seien, wo die Verlassenschaftsabhandlung mit, oder nach dem 1. Aug. 1816 anhängig geworden ist.

Nach dieser Anordnung ist sich auch bei Bemessung des obrigkeitlichen Mortuars zu benehmen, wenn die Abnahme desselben von unterthänigen Realitäten nach der Einlage statt zu finden hat; mit Ausnahme des Falles jedoch, wo die Einlage der Realität etwa erst nach dem Jahre 1799 erfolgt sein sollte, in welchem Falle das Mortuar in

jener Geld-Währung abzunehmen wäre, in welcher der Einlagswerth der Realität berechnet wurde.

2350. Hfd. v. 30. Okt. 1837 J. 35195, an alle K. G. B. (N. 1838. 39).

Unter Passiven sind nur wirklich bestehende, mithin liquide Schulden zu verstehen, da nur diese das einzuantwortende Verlassenschaftsvermögen reel vermindern, und auch nur diese bei der Mortuarabemessung nach der a. h. Entschl. vom 18. Juli 1788 abgezogen werden. Die zur Zeit der Verlassenschaftsabhandlung und Einantwortung nicht liquidierten Passiven sind in Beziehung auf das Mortuar für gar nicht bestehend anzusehen, da sie zur Zeit der eingetretenen Steuerpflicht das Verlassenschaftsvermögen nicht vermindern, und das Objekt, auf welchem das Mortuar ruht, voll an den Erben gelangt. Es besteht daher um so weniger ein Grund, aus welchem wegen derlei Passiven eine Vormerkung oder Sicherstellung einer bereits fälligen Steuer statt finden soll, als eine entgegengesetzte Beobachtung die Verkürzung des Taxfondes im Bezuge des Mortuars zu Folge haben müßte. Es wird daher das an das gal. Sub. unterm 24. Mai 1808 J. $17\frac{1}{7}\frac{5}{3}$ erlassene Hfd. mit dem Beisatze aufgehoben, daß letztere bei der Mortuarabemessung von den Verlassenschaften nicht abzuziehen seien, und auch die Vormerkung oder Sicherstellung des Mortuars nicht zu gestatten, sondern das Mortuar ohne alle Rücksicht auf derlei Passiven zu bemessen sei, und nur, wenn von den Erben die Liquidität eines angeblichen Passivums nachgewiesen wird, das davon entrichtete Mortuar zurückzuvergüten komme.

Von dieser Verfügung werden auch die übrigen Gef. Verwaltungen zur Nachachtung, so wie auch die k. k. oberste Justizstelle zur Verständigung der Justizbehörden in die Kenntniß gesetzt.

2351. Bdg. des böh. N. G. v. 26. März 1838 J. 5860.

In Gemäßheit h. Hfd. vom 13. d. M. J. 732, über den Bericht dieses k. k. N. G. vom 8. Jänner l. J. J. 19419, wegen gleichmäßiger Behandlung der Mortuarabemessung, wird das k. k. Landrecht bei der Lage, wo schon das Pat. vom 13. Sept. 1787 N. 717 J. G. G. im §. 8 die Bestimmung enthält, daß die Abhandlungstaxen, unter welchen auch das Mortuarium begriffen ist, bei ständischen Realitäten in dem Falle, wenn nicht bereits eine gerichtliche Schätzung derselben vorliegt, nach ihrer Einlage in dem ständischen Kataster bemessen werden sollen, und an dieser gesetzlichen Bestimmung durch das Hfd. vom 19. Okt. 1828 N. 2368 J. G. G., nichts geändert wurde, indem dasselbe nur anordnet, daß, wenn der in dem berufenen Pat. angedeutete Fall, der Bemessung der Mortuartaare nach dem Katastraleinlagswerthe eintritt, dieser Werth in allen jenen Fällen in K. M. anzunehmen sei, wo die Verlassenschaftsabhandlung mit oder nach dem 1. August 1816 anhängig geworden ist — zur genauen Beobachtung der gesetzlichen Vorschriften in Verbindung mit den im h. Hfd. v. 16. Okt. 1837 J. 6016 »(oder Hfd. v. 1. Okt. f. 102)« enthaltenen Bestimmungen gewiesen.

Böhmen, s. 2351.

2352. Hfd. v. 16. Febr. 1792 N. 253, an das böh. N. G.

g) Wird der Bezug des Mortuariums bei den böh. Landrechten dahin gemäsiget, daß von den Notherben, das ist, von den Erben in absteigender Linie, das Mortuarium von den ständischen Realitäten, und den auf eine ständische Realität landtäglich versicherten Kapitalien nur zu einem halben Prozent, von der übrigen Vermögensschaft aber nur mit einem halben Kreuzer von jedem Gulden aufgerechnet werde.

2353. Bdg. des böh. N. G. v. 3. Dez. 1838 J. 21249.

Se. k. k. Majestät haben Inhalts h. Hfd. vom 20. Nov. l. J. J. 6754 mit a. h. Entschl. v. 18. Nov. 1838 den a. u. im Einverständnisse mit der k. k. vereinigten Hffz. gestellten Antrag der obersten Justizstelle auf die Gewährung der Bitte der Besitzer des deutschen Kronlehnsisch, ihre Verlassenschaften bei der bisher genossenen Befreiung von Entrichtung des Mortuars zu erhalten, allergnädigst zu genehmigen geruht.

M ä h r e n.

2354. Hfd. v. 22. Febr. 1791 N. 116, an das mäh. N. G.

Dem fürstlichen Landrechte in Teschen wird der Bezug des Mortuariums auf die nämliche Art, wie über die ständischen Desiderien das Mortuarium bei den landesfürstlichen Landrechten für die Zukunft festgesetzt werden wird, sodann auch gestattet.

2355. Hfd. v. 28. April 1791 N. 142, an das mäh. N. G.

e) Von dem Bezuge des Mortuariums ganz abzugehen, erlauben zwar die Finanzen nicht, dennoch wird die Mäßigung dahin bewilligt, daß von den Notherben absteigender Linie das Mortuarium von ständischen Realitäten, und von den auf ständischen Realitäten landtäglich versicherten Kapitalien nur zu einem Halbprozent, von der übrigen Vermögensschaft aber nur mit einem halben Kreuzer vom Gulden aufgerechnet werde. Wo beinebens auch die landtäliche L. D. in neue Berathschlagung genommen, und in den hier und da überspannt sein mögenden Taxen eine billige Abhilfe und Mäßigung verschafft werden wird.

2356. Hfd. v. 31. Mai 1791 N. 155, an das mäh. N. G.

Bei den von den vier fürstlichen Landrechten in Schlesien verhandelten Verlassenschaften kann das Mortuarium, und zwar wo Erben absteigender Linie eintreten, von den Realitäten und landtäglich versicherten Kapitalien mit einem halben Prozent, von dem übrigen Vermögen mit einem halben Kreuzer vom Gulden, wo aber anderweitige Erben eintreten, von den Realitäten und landtäglich versicherten Kapi-

alien mit einem Prozent, und von dem übrigen Vermögen mit einem Kreuzer vom Gulden bezogen werden. Doch hat die Aufrechnung nur dem reinen nach Abzug aller Schulden verbleibenden Verlassenschafts-Vermögen zu geschehen.

2357. Hfd. v. 21. März 1829, an d. mäh. N. G. (Im Auszuge S. 141).

Ueber die Anfrage, ob ungeachtet der §§. 299 und 300 des a. v. G. B. und des §. 20 des Erbsteuerpat., auch künftig die in Ungarn und Siebenbürgen versicherten Kapitale eines Unterthans in den übrigen ö. Staaten als ein ungarisches oder siebenbürgisches Vermögen von der Abhandlung seiner Verlassenschaft ausgeschieden, und ob überhaupt den öffentlichen Büchern einverleibte Kapitale in Beziehung auf die Mortuarstare noch ferner als unbewegliches Vermögen betrachtet, und daher nach der Verschiedenheit, ob Notherben oder andere Erben eintreten, nur mit $\frac{1}{2}$ oder 1 vom Hundert, und nicht mit $\frac{1}{2}$ fr. oder 1 fr. vom Gulden in Anschlag gebracht werden sollen, wird erwiedert: daß, da das a. v. G. B. laut seines 1. §. der Inbegriff der Gesetze ist, wodurch die Privatrechte und Pflichten der Einwohner des Staates unter sich bestimmt werden, und nach dem §. 694 Staatsauslagen nicht nach den Grundsätzen des Privatrechtes, sondern nur nach politischen Verordnungen zu beurtheilen sind, es keineswegs angehe, von den §§. 299 und 300 des a. v. G. B. eine Abänderung der durch das Pat. v. 7. Sept. 1782 festgesetzten staatsrechtlichen Verhältnisse, und der in Ansehung der Erbsteuer und des Mortuars bestehenden Finanzvorschriften, herzuleiten. S. 2114.

Niederösterreich.

2358. Hfd. v. 21. Juli 1788 N. 859, an das n. und v. ö. N. G.

Die Abnahme des Mortuariums hat gemäß höchster Anordnung vom 5. Oktober 1787 bei allen Landrechten, folglich auch bei den n. ö., in allen Fällen Platz zu greifen, bei denen sich der Todsfall den 1. Nov. 1787, oder später ergeben hat.

2359. Hfd. v. 18. Febr. 1791 N. 212, an d. n. ö. N. G.

Da in Verlassenschafts-Fällen der Vergleute von dem beweglichen Vermögen niemals eine Taxe abgenommen worden; so kann auch die Herrschaft Steier sich einer Beziehung eines Fallfreigeldes von den beweglichen Vermögensschaften und Fahrnissen, die zur Verlassenschaftsmasse eines Bergmanns gehören, sich nicht anmaßen.

2360. Hfd. v. 13. Aug. 1795 N. 249, an d. n. ö. N. G.

In Rücksicht der Verlassenschaften der vormalig unter dem *solo academico* gestandenen Parteien hat es sowohl bei dem Benehmen des n. ö. Landrechts, so von derlei Verlassenschaften das Mortuarium bezieht, in Folge Resolution v. 18. Juli 1788, als bei dem Benehmen des wiener Stadtmagistrats, so von derlei Verlassenschaften, so weit sie der auf- oder absteigenden Linie eines akademischen Mitglieds zu-

fallen, kein Mortuarium abnimmt, in Folge Resolution v. 23. August 1784 *) sein Verbleiben.

2361. Hfd. v. 26. März 1799 (N. 202).

Nachdem bei dem wienerischen Stadtmagistrate eingeführet, und diese Uebung auch durch das Hfd. vom 13. August 1795 bestätigt ist, daß von den Verlassenschaften jener Individuen, welche vorhin dem foro academico Universitatis zugewiesen gewesen, und nach Aufhebung desselben unter die Jurisdikzion des Magistrats gekommen sind, in jenem Falle kein Mortuarium abgenommen werde, wenn die Verlassenschaften der auf- und absteigenden Linie zufallen, so hat es dabei auch zu bewenden **).

2362. Gesindeordnung für Wien und den Umkreis innerhalb der Linien v. 1. Mai 1810 (Pol. 34, 1).

§. 166. Um endlich dem sich wohlverhaltenden Dienstvolke auch von einer andern Seite ein Merkmal unseres besonderen Schutzes zu geben, verordnen wir, daß alle Vermächtnisse ohne Unterschied, welche Diensthalter ihrem Dienstvolke hinterlassen, von der Mortuartaxe befreit, wie auch alle für Dienstboten gewidmeten Stiftungen, wie fromme Stiftungen betrachtet, von den Behörden als solche behandelt, vertreten und geschirmt werden sollen. Diese Befreiung ist auch von Militärbehörden zu beobachten, in so fern ein solches Vermächtniß den Betrag von 100 fl. nicht übersteigt.

2363. Hfd. v. 6. Sept. 1825 N. 2130, an d. n. ö. Reg.

Durch das Pat. vom 6. März 1756 ist den Grundobrigkeiten, wenn sie zugleich Abhandlungsbehörden sind, der Bezug des Mortuars nur von dem beweglichen Vermögen gestattet worden.

Hiernach gebühret der Grundobrigkeit, wenn sie nicht zugleich Abhandlungsbehörde ist, gar kein Mortuar, sondern das Mortuar von dem beweglichen Vermögen fällt der Abhandlungsbehörde zu.

Durch das Pat. vom 13. Oktober 1756 ist zwar den Grundobrigkeiten, wenn sie Abhandlungsbehörden sind, das Mortuar vom unbeweglichen und beweglichen Vermögen zugesprochen worden. Ist aber die Grundobrigkeit nicht Abhandlungsbehörde, so gebühret ihr nach dem

*) Hfd. v. 23. Aug. 1784 N. 325, an alle A. G.

Keiner Justizbehörde siehe zu, von jenen Parteien, die durch die neue Jurisdiktionsnorma ihrer Gerichtsbarkeit zugewachsen sind, in Verwaltung des adeligen richterlichen Amtes höhere Taxen und Giebigkeiten abzufordern, als die Parteien bei ihrem vorigen Gerichtsstande zu entrichten verbunden gewesen sind, sondern daß so, wie in Streitsachen die E. D. vom 1. Nov. 1781 die alleinige Richtschnur ist, also sich ob der Taxen in den Geschäften des adeligen richterlichen Amtes lediglich nach der vor dermaliger Justizregulirung bestandenen Gewohnheit geachtet werden soll, bis auch die in diesem Geschäfte erfolgende allg. E. D. werde kundgemacht werden.

**) S. hierüber eine ausführliche Abhandlung in der Zeitsch. für ö. Rechtsgelehrsamkeit, J. 1836, 2. B. S. 363.

weiteren Inhalte dieses Patentos kein Mortuar; und da es in dem Pat. vom 13. Okt. 1756 ferner heißt, es habe in allem Uebrigen bei dem Pat. vom 6. März 1756 zu bleiben, so hat die Abhandlungsbehörde in diesem Falle nur das in dem Pat. vom 6. März 1756 bezeichnete Mortuar von dem beweglichen Vermögen zu beziehen.

Sind also in einer Verlassenschaft Realitäten, die einer andern, als jener Grundobrigkeit, welche die Abhandlung pflegt, unterthänig sind, so erscheint die Abhandlungsbehörde in Ansehung dieser Realitäten nicht als Grundobrigkeit, und sie kann daher von den erwähnten, zu einer andern Grundobrigkeit dienstbaren Realitäten nach den Bestimmungen beider Patente kein Mortuar beziehen.

Ueberhaupt ist nach dem Pat. vom 13. Okt. 1756 das Mortuar von dem unbeweglichen Vermögen nur den Grundobrigkeiten als solchen eingeräumt, wenn sie Abhandlungsbehörden sind, wie denn die Abhandlungsbehörden, wenn sie nicht Grundobrigkeiten sind, dasselbe nicht zu beziehen haben.

In Ansehung der einer andern Obrigkeit unterthänigen Gründe befinden sich aber Grundobrigkeiten gegen ihre Unterthanen in demselben Verhältnisse, wie Abhandlungsbehörden, zwischen welchen und dem Erblasser, deren Verlassenschaften abzuhandeln sind, gar kein Unterthansverband Platz greift. Gleichwie nun diesen von dem unbeweglichen Vermögen kein Mortuar gebührt, so muß dasselbe bei den erwähnten Grundobrigkeiten hinsichtlich fremdunterthäniger Gründe der Fall sein.

Es ist demnach in beiden Pat. vom Jahre 1756 gegründet, daß den Grundobrigkeiten, wenn sie Abhandlungsbehörden sind, von fremdunterthänigen Gründen kein Mortuar zusteht.

2364. Hfd. v. 1. März 1833 N. 2596, an d. n. ö. A. G.

Die Dominien in N. O. sind in jenen Fällen, in denen sie als Verlassenschaftsabhandlungsbehörden eintreten, in dem bisherigen Bezuge des Mortuars auch dann zu erhalten, wenn sie nicht zugleich Grundobrigkeiten des Abhandlungsobjectes sind. Hiernach hat es daher von dem Zirkular der n. ö. Reg. vom 16. Febr. 1824, und der hierauf Bezug nehmenden Entscheidung der vereinigten Hofkanzlei v. 6. Sept. 1825 N. 2130 der J. G. G., abzukommen.

Oberösterreich *).

2365. Pat. v. 7. Juni 1785 N. 442, für De. ob der Enns.

1. Nach dem Todesfalle eines jeden Unterthanes wird die Abnahme des Todfallsfreigeldes, jedoch niemals höher, als höchstens mit zehn

*) Hfd. v. 9. Mai 1818 N. 1449, an d. n. ö. A. G.

Ueber Vorstellung der Dominien in dem wieder erworbenen Theile des Hausrufviertels, um Bewilligung des vorigen Freigelds-Bezuges von dem beweglichen Vermögen, nach Bestimmung und Maß der k. k. Wdgen, haben Se.

vom Hundert von dem dem verstorbenen Unterthane gehörig gewesenen Eigenthume gestattet, dergestalt, daß dieser Bezug in keinem Falle und unter keiner Benennung über diese 10 Perzent erhöht werden soll.

2. Soll dieses Todfallsfreigeld von dem liegenden und fahrenden Vermögen, jedoch nach Abzug aller Schulden hintanz-, folglich nur von dem rein überbleibenden Vermögen abgenommen, und

3. die Heirathsgüter nach dem Tode des dieselbe abreichenden ad massam konferiret, somit zu dem Aktivvermögen des Erblassers zugeschlagen, und folglich auch von den Heirathsgütern das Todfallsfreigeld bezogen werden.

4. Wird noch ferner bewilliget, daß das Sterbhaupt da, wo die Dominien in dem rechtmäßigen Besitze dieser Abnahme sind, bezogen werde, jedoch soll dieses Sterbhaupt niemals in natura, sondern immer im Gelde, und zwar nie in einer den Betrag von 10 fl. übersteigenden Summe abgenommen werden; wobei sich aber zugleich von selbst versteht, daß da, wo die Dominien einen minderen Betrag, als die vorbemeldeten 10 fl. beziehen, es bei diesem minderen Betrag sein ferneres Verbleiben haben möge.

5. Werden künftighin alle jene Bezüge, welche unter den verschiedenen Benennungen, als: Anleit-, Abfahrts-, Anzüggeld, Stiftsthaler, Auffahrt &c. &c. vorkommen, und nur eine widerrechtliche Vermehrung der Protokollsgefälle zu ihrer Absicht haben, aufgehoben, und soll künftig nur Annehmfreigeld und Kauffsfreigeld, und dieses blos in folgenden Fällen gestattet sein; als nämlich soll

6. das Annehmfreigeld gleich dem Todfallsfreigelde nur damals bezogen werden, wenn Jemand sein Vermögen bei seinen Lebzeiten seinen Kindern oder sonst Jemanden abtrit, und dieses zwar in dem Maße als er solches abtrit, das ist, wenn er nur das liegende Vermögen übergibt, nur von diesem; wenn er aber auch das fahrende Vermögen übergibt, ebenfalls vom letzteren das Annehmfreigeld abzunehmen, und sich hierbei immer der Grundsatz gegenwärtig zu halten sei, daß von einem Vermögen, welches schon verfreiet worden ist, kein weiteres Freigeld, unter was immer Namen es sein möge, bezogen werden soll.

7. Ist das Kauffsfreigeld bei jedem Kauf mit höchstens 10 vom Hundert von dem liegenden Gut dergestalt zu bezahlen, daß solches nur einer, entweder der Käufer oder der Verkäufer, worüber sich beide einzuverstehen haben, zu entrichten hat.

8. Wird es nicht allein dem schon bestehenden Verbote aller Zwangs-zöhrungen unter was immer für einem Namen vollkommen belassen, sondern es haben auch die etwa hier und da eingeführten Zöhrungsablosungen, und sowohl den Herrschaften als den Beamten dieser wegen abzuführen gewesene Zöhrungsantheil aufzuhören.

Maj. zu beschließen geruht: daß die vorige ö. Verfassung ganz nach den dafür bestehenden Gesetzen und Verordnungen hergestellt und die Dominien zugleich zur genauen Beobachtung der diesfälligen Vorschriften bei schwerer Verantwortung verhalten werden sollen.

9. Wird befohlen, daß die bisher bestandenen, den Gesetzen zuwiderlaufenden Waisendienstablösungen gänzlich aufhören, und künftig nur die älternlosen Kinder zu den Waisendiensten genommen, auch solchen, wenn dieselben das vierzehnte Jahr einmal erreicht haben, der nämliche Liedlohn, welchen andere freiwillige Dienstboten nach Beschaffenheit ihrer leistenden Dienste empfangen, abgereicht werden soll.

10. Soll künftig unter Benennung des Hemmettuches nichts mehr von dem Unterthane abgefordert werden.

11. Geht die höchste Willensmeinung dahin, daß durch gegenwärtigen Besitzstand des immer rechtliche Vermuthung für sich habenden Unterthanes in nichts ein Abbruch geschehen, folglich solche keineswegs dahin angewendet werden soll, daß der Unterthan zu jenen Schuldigkeiten, welche er bisher gar nicht geleistet, angehalten, oder von ihm auch nur ein höherer Betrag, als er zu bezahlen gegenwärtig im Besitze ist, gefordert werde, dergestalt, daß z. B. wenn ein Unterthan gegenwärtig nur 5 Perzente Todtsallfreigeld zahlt, die Herrschaft ein mehreres von demselben zu fordern nicht berechtigt sein soll, welches auch bei allen übrigen Protokollsgefällen zu beobachten ist. Welche höchste Verordnung demnach

12. andurch mit dem Beisatze kundgemacht wird, daß solche mit dem 1. Julius d. J. dergestalt ihre Wirksamkeit haben soll, daß alle Abhandlungen, welche mit dem letzten Junius nicht geschlossen und den Parteien hinaus gegeben worden sind, nach dieser Vorschrift schon behandelt werden sollen; endlich

13. wird auch noch, um alle entstehen mögende unrechte Klagen zu vermeiden, ausdrücklich angeordnet, daß diese Verfügung keineswegs zurück wirke, folglich hindurch für das Verfloßene bei den vorkommenden Streitigkeiten nach dem ordentlich zu erprobenden Besitzstande ebenso gesprochen werden soll, als wenn diese Verordnung nicht erlassen worden wäre.

2366. Pat. v. 10. Juli 1786 N. 561.

Da in dem Pat. vom 7. Juni v. J., welches die Vorschrift über die Abnahme der obrigkeitlichen Protokolls = Gefälle enthält, über die Lehenveränderungsgebühren in denjenigen Fällen nichts bestimmt ist, wo die Obrigkeit zugleich als Lehnsherr zur Abnahme solcher Gebühren berechtigt ist, so finden wir nothwendig, auch in Ansehung dieser letzteren die Verfügung nachzutragen, und bei diesem Anlasse einige Erläuterungen, die auf das Eingangs erwähnte Patent Beziehung haben, beizufügen.

§. 1. Wo über ein Rechtslehen Lehenbriefe vorhanden sind, in welchen ausgedrückt ist, ob, und was für Entrichtungen bei Veränderung des Lehenherrs oder des Lehenmannes zu geben sind, ist sich blos nach dem Inhalte dieser Briefe zu halten.

§. 2. Wäre aber in dem Lehenbriefe nichts davon enthalten oder kein Lehenbrief vorhanden, so soll bei Veränderung des Lehensherrn, oder Absterben des Lehenmannes, das Lehengeld mit 5 vom Hundert abgenommen werden.

Erfolgt die Veränderung des Lehenmannes durch Kauf, so ist nebst dem Lehengeld von fünf Prozenten das Kauffreigeld mit eben so viel zu bezahlen.

§. 3. Von Ventellehen ist sowohl die Lehengebühr als das Kaufgeld mit 6 vom Hundert zu entrichten.

§. 4. Diejenigen Obrigkeiten, welche von einem Lehen bisher 5 und 6 Prozente abgenommen haben, können dieselben auch in der Zukunft vorschriftsmäßig aufrechnen.

In Ansehung derjenigen aber, die bis jezt weniger bezogen, verbleibt es bei der bisherigen Abnahme auch künftig.

§. 5. Das Todesfallsfreigeld ist nach Vorschrift des Pat. vom 7. Juni 1785 abzunehmen. Da aber wahrgenommen worden, daß verschiedene Grundherrschaften im Lande ob der Enns bisher unter dem Namen Todesfallsfreigeld 5 Prozent aufgerechnet, jedoch zugleich unter andern Benennungen, als Verwandlung und dergleichen, eben so viel und noch mehr bezogen haben; so kann zwar künftig noch der für diesen Fall in dem Pat. vom 7. Juni festgesetzte höchste Betrag mit 10 Prozenten abgenommen werden, alle übrigen unter andern Benennungen eingehobenen obrigkeitlichen Gebühren und Protokollszgefälle aber haben gänzlich aufzuhören.

§. 6. Ist nach dem Tode eines Unterthans ein gemeinschaftliches Vermögen vorhanden; so soll das Todesfallsfreigeld nicht von dem ganzen, nach Abzug aller Schulden rein verbleibenden Vermögen, sondern von demjenigen Theile der reinen Summe berechnet werden, der dem Verstorbenen angehörte.

§. 7. Wird das Vermögen eines Verstorbenen von den Erben nicht übernommen, sondern von wem immer abgelöst; so ist diese Uebertragung des Eigenthumes einer zweimaligen Befreiung nicht zu unterwerfen, sondern das in dem Gesetze bestimmte Freigeld von 10 Prozenten nur einmal abzufordern.

§. 8. Wenn der überlebende Gatte oder die überlebende Gattin den ihnen eigenthümlichen Antheil eines gemeinschaftlichen Vermögens den Erben des Verstorbenen abtreten, ist das Annahmefreigeld nur von diesem Antheil des gemeinschaftlichen Vermögens zu bezahlen.

§. 9. Damit in Sterbfällen das hinterlassene Vermögen mit Verlässigkeit erhoben, und weder der überlebende Gatte oder die überlebende Gattin mit der Schätzung überhalten, noch die Kinder an dem Erbtheile verkürzt werden, sollen die Obrigkeiten gehalten sein, jedesmal eine unparteiische Schätzung des liegenden und fahrenden Vermögens anzuordnen.

Zu dieser Schätzung haben sowohl die Obrigkeit als die Erben gewissenhafte, bei jedem Falle zu beeidende Schatzmänner beizuziehen, und das Vermögen nach deren verlässigem Befinden in Anschlag zu bringen.

Sollten sich Obrigkeit und Erben einverstehen, bei der Abhandlung in Ansehung des unbeweglichen Gutes bloß die vorige Schätzung oder den Einlagswerth beizubehalten; so kann in Beziehung auf das unbewegliche Gut die neue Schätzung unterbleiben.

§. 10. Um allen Umständen vorzubeugen, die sich bei dem Schuldenabzuge und Bestimmung der obrigkeitlichen Gebühr von dem reinen Vermögen ergeben könnten, soll bei jeder Abhandlung die Richtigkeit der vorkommenden Schulden ordentlich untersucht, liquidirt, und wie es in

N. De. vorgeschrieben ist, sowohl die mit obrigkeitlicher Fertigung gemachten, als alle übrigen ordentlich liquidirten und erwiesenen Schulden von dem Vermögen abgezogen werden.

Die Todesfallsgebühr ist daher nur auf dasjenige Vermögen, so nach diesem Abzuge verbleibt, in Anschlag zu bringen.

§. 11. Um das häufige Schuldenmachen der Unterthanen zu verhindern, wird den Obrigkeiten hiermit die Gewalt eingeräumt, denjenigen Unterthan, der zwei Dritttheile seines Vermögens mit Schulden belastet, im politischen Wege abzustiften.

Bei dieser Abstiftung aber ist folgende Vorschrift auf das Genaueste zu befolgen:

1. Das Vermögen des abzustiftenden Unterthans muß durch zwei, für redlich bekannte und geschickte Beamte einer andern Obrigkeit, oder von zwei im Orte befindlichen Männern, in deren Redlichkeit sowohl Obrigkeit als Unterthan kompromittirte, in Gegenwart des Unterthans selbst, oder falls dieser abwesend wäre, seines Vertreters untersucht, der Schuldenstand nach vorhergegangener ordentlicher Vorforderung der Gläubiger liquidirt, auch die Grundstücke und Fahrnisse durch verständige Männer geschätzt werden.

2. Der Aktiv- und Passivstand ist in ein Inventarium zusammen zu setzen, welches die Herrschaft mit der Unterfertigung der gewählten zwei Beamten dem Kreisamte um die Einwilligung zur Abstiftung zu überreichen hat.

3. Das Kreisamt hat alsdann die Obrigkeit und den Unterthan vorzufordern, in diesem Geschäfte, wie bei andern Anliegenheiten, zwischen Herrn und Unterthan zu verfahren, und ob die Abstiftung statt habe, zu entscheiden.

4. Der Refurs von dem Kreisamte steht sowohl der Obrigkeit als dem Unterthan offen. Daher darf vor Verlauf des zum Refurs bestimmten Termines Niemand abgestiftet werden.

5. In allen Fällen, wo ein Privatgläubiger gegen einen Unterthan im Wege der Exekution auftritt, oder sich die Gelegenheit zu einem Konkurse darbietet, ist bloß dasjenige zu beobachten, was die allg. G. und R. D. für solche Fälle vorschreibt.

§. 12. Im Uebrigen bleibt das Pat. vom 7. Juni 1785 in seiner Kraft, und sollen gegenwärtige Erläuterungen und Nachtragspunkte gleich diesem, vom 1. Juli v. J. angefangen, zur allg. Richtschnur genommen werden.

2367. Hfd. v. 20. Okt. 1788 N. 905, an das n. und v. ö. A. G.

Bei dem Magistrate der Stadt Linz soll von den dahin gehörigen Verlassenschaften das Mortuarium, und zwar von dem fahrenden Gute mit einem Kreuzer vom Gulden, von dem liegenden dagegen mit 1 Prozente abgenommen werden. Dagegen soll es von jenem Bezuge abkommen, welcher dermal mit 2 Prozenten von dem ganzen Vermögen zur Hälfte für das Armeninstitut, und zur Hälfte für die Kanzlei bezogen worden ist.

2368. Def. d. v. ö. Reg. v. 21. Mai 1827 Z. 12487 (P. 178).

Ueber eine geschehene Anfrage, ob überhaupt von zweifelhaften Aktiven die Sterbtaxe abgenommen werden dürfe? hat die h. Hofkammer unterm 6. Mai d. J. Z. 17750, Folgendes zur Richtschnur hierher erinnert: Wenn eine Verlassenschaftsforderung zweifelhaft ist, so ist es auch zweifelhaft, ob und mit welchem Betrage die Sterbtaxe von derselben werde zu bezahlen sein. Die Sterbtaxe von einer solchen zweifelhaften Forderung ist zwar ohne Rücksicht auf die Zweifelhaftigkeit sogleich zu bemessen; die Zahlung kann aber nicht eher, und nur in dem Verhältnisse rechtlich gefordert werden, als die Forderung einkommt.

Indessen hat der Taxfond, wenn die Forderung theilweise einfließt, nicht die gänzliche Berichtigung derselben abzuwarten, sondern es gebührt ihm von jedem einfließenden Theile sogleich der entsprechende Betrag, so z. B. von jedem einkommenden Gulden, sobald er einfließt, 1 fr. K. M. Bis zur gänzlichen oder theilweisen Einbringung muß sich der Taxfond aber mit der Sicherstellung seines Anspruches begnügen.

Die Sicherstellung ist überhaupt durch ein Handpfand, eine Hypothek, oder in deren Abgange durch einen tauglichen Bürgen zu leisten (§§. 1373 und 1374 des b. G. B.). Da die Sterbtaxe von einer zweifelhaften Forderung nur in dem Verhältnisse zu entrichten ist, als diese liquid wird, so ergibt sich aus der Zweifelhaftigkeit derselben kein Anstand dagegen, daß sich mit der Verpfändung dieser Forderung begnügt werde.

Die Vorsicht fordert jedoch, daß nicht bloß der Erlag des Schuldscheines zu Gerichtshänden, und der Verbot seiner Abfolgung vor Bezahlung der Sterbtaxe oder vielmehr die Vormerkung der letzteren auf demselben im Depositenbuche erwirkt (laut des 52. §. des Erbft. Pat) sondern auch die Verpfändung auf dem Schuldbriefe angemerkt, und von derselben der Schuldner verständigt werde. Denn würde dem Schuldner die Verpfändung nicht bekannt gemacht, und bezahlte er sofort den Erben, oder fände er sich sonst mit diesem ab, so würde der Taxfond die Berichtigung seiner Forderung vergeblich vom Schuldner ansprechen (zu Folge des 455. und 1395 §. des b. G. B.) von welcher Weisung das k. k. Fiskalamt und das k. k. Generaltaxamt in Kenntniß gesetzt wurden.

2369. Def. d. v. ö. Reg. v. 5. Nov. 1829 Z. 31139 (P. 679).

Aus Anlaß eines speziellen Falles rücksichtlich eines Todfall-Freigeldstreites, wodurch die Einbeziehung der Heirathsgüter nur zur Hälfte, dann die daraus folgende Bemessung der adeligen Richteramtstaren nach der 4. Klasse angeordnet wurde, hat die h. Hofz. am 22. Okt. d. J. Z. 24344 anher bedeutet:

Von dem Gesamt-Vermögens-Aktivstande mit Einschluß der ganzen Summe der Heirathsgüter vor der durch die Gütergemeinschaft nothwendig werdenden Theilung, sind nämlich nur die Krankheitskosten, als ein aus der Zeit vor dem Tode des Erblassers herrührendes, auf dem gemeinschaftlichen Vermögen haftendes Passivum abzugiehen, und erst nach der zum Behufe der Bestimmung des Aquestes vorgenommenen Theilung sind von dem eigentlichen Verlassenschafts-Vermögen nicht nur die Leichenkosten,

frommen Legate und Todtenzehrungs-Auslagen, sondern auch der Normal-schulfonds-Beitrag, und die nach gehöriger Berichtigung entfallenden Richteramts-Taren, zum Behufe der Bemessung des Todtfalls-Freigeldes, in Abschlag zu bringen.

Innerösterreich.

2370. Hfd. v. 25. Feb. 1788 N. 786, an das i. und o. ö. A. G.

Das Mortuarium habe zwar bei den vereinten Görzer und triester Stadt- und Landrechten nach der bereits erlassenen Vorschrift im Allgemeinen allerdings zu bestehen; doch sollen von dessen Entrichtung die Verlassenschaften derjenigen Einwohner des triester Bezirks gänzlich befreit sein, die nach den bestehenden Privilegien und Vorrechten dieses freien Seehafens von den Gemeinabgaben bei ihren Lebzeiten befreit gewesen sind, oder zu dieser Befreiung sich künftig geeignet machen werden. S. 2385.

2371. Hfd. v. 30. März 1789 N. 994, an das i. und o. österr. A. G.

Durch die I. D. vom 13. Sept. 1787 ist die vormals übliche Inventurstare aufgehoben, und soll daher den dießfalls gekränkten Parteien der ungebührlich abgezogene Betrag zurückgestellt werden. Dagegen wird von den Verlassenschaften, bei denen sich der Todfall des Erblassers seit 1. November 1787 ergeben hat, den Abhandlungsbehörden ein Mortuarium, und zwar von dem reinen erübrigenden Verlassenschaftsvermögen, mit 3 Prozent abzunehmen bewilliget; jene Dominien und Magistrate allein ausgenommen, bei denen die vormals gewöhnliche Inventurstare ein Minderes betragen hat, als bei welchen auch das Mortuarium nach dem vorigen minderen Bezuge abgenommen werden soll. Doch hat dieses Mortuarium mit dem Tage, als das neue Urbarial-Pat. in seine Wirksamkeit kömmt, bei jenen Verlassenschaften aufzuhören, bei welchen die sämtlichen Giebigkeiten in eine jährliche Abgabe verwandelt worden.

2372. Hfd. v. 27. Juni 1791 N. 171, an das i. ö. A. G.

Bei den steierischen Landrechten wird der Bezug des Mortuariums dahin gemäßiget, daß von jedem 100 fl. des rein verbleibenden Vermögens von den Erben in auf- und absteigender Linie nur 1 fl., von Seintenerben aber 2 fl. solchergestalt zu bezahlen seien, daß diese Abgabe im ersteren Falle nie über 150, und im letzteren nie über 300 fl. betragen könne.

2373. Hfd. v. 30. Juni 1791 N. 173, an das i. ö. A. G.

a) Bei den landesfürstlichen Stellen ist das Mortuarium auch dann zu bezahlen, wenn bei der Verlassenschaftsabhandlungspflege die Errichtung einer Inventur nicht vorfällt.

b) Wenn bei den Magistraten und Dominien von Inneröst. vormals in den Fällen, wo bei der Verlassenschaftsabhandlungspflege ein Inventarium nicht errichtet worden ist, nicht nur keine Inventurstare, sondern auch entweder gar keine, oder eine dem dermaligen Betrage des Mortuariums nicht gleichkommende, sondern geringere Giebigkeit bezogen

worden ist, soll auch jetzt entweder gar kein, oder nur ein dem vorigen Bezuge gleich kommendes geringeres Mortuarium, als das dreiprozentige ist, abgenommen werden.

2374. Hfd. v. 29. April 1793 N. 102, an die Lst. in Steiermark, Kärnthen und Krain.

a) Den Dominien gebührt das Mortuarium nur von dem reinen, nach Abzug aller Schulden verbleibenden Vermögen aber auch dann, wenn selbes unter 100 fl. beträgt.

b) Das Mortuarium kann nur in Fällen der Verlassenschaftsabhandlung bezogen werden, und findet bei Besitzveränderungen unter Lebenden nicht statt.

c) Da die Verlassenschaftsabhandlungspflege in keinem Falle unterlassen werden darf, so ist das Mortuarium auch dann zu beziehen, wenn wirklich über das Verlassenschaftsvermögen keine Inventur wäre errichtet worden.

d) Das Mortuarium ist von jeder Behörde zu beziehen, welche die Verlassenschaftsabhandlungspflege auf sich hat.

e) Außer dem Mortuarium findet weder Sterbrecht, noch Abfahrts-, noch Veränderungsrecht, noch irgend eine andere Gebühr, unter was immer für einem Namen sie bezogen werden wolle, statt.

2375. Hfd. v. 16. Dez. 1796 N. 323, an das i. ö. A. G.

Dem Bauzählamte der kärnthn. Stände zu Klagenfurt kann über die unadeligen Besitzer der dahin dienstbaren Realitäten keine Personalgerichtsbarkeit eingeräumt, folglich auch nach Inhalt der Bdg. v. 29. März (29. April) 1793 kein Bezug eines Mortuariums bei Verlassenschaften bewilligt werden.

2376. Hfd. v. 16. Juni 1797 N. 352, an d. in. ö. A. G. für die in. ö. Provinzen.

Zur Erläuterung des Hfd. vom 6. Juni 1797 »(soll heißen: 27. Juni 1791)« welches in den in. ö. Provinzen den Bezug des Mortuariums gemäfiget hat, wird erklärt:

a) Neben demjenigen Betrag der Mortuartaxe, der von dem Universalerben nach dem Betrage des demselben übrig verbleibenden Verlasses zu entrichten ist, sind auch die Legatarien insbesondere verbunden, je nachdem sie dem Erblasser in auf-, oder absteigender, oder Seitenlinie verwandt sind, oder aber mit selbem keine Verwandtschaft besteht, von dem Legate selbst das Mortuarium, und zwar im ersteren Falle nach der Mäßigung, welche den verwandten Erben stufenweise bemessen ist, im letzteren Falle hingegen nach der allgemeinen gesetzmäßigen Ausmessung, zu entrichten.

b) Hätte der Erblasser gesetzmäßig geordnet, daß die Legate ohne Abzug des Mortuariums hinausbezahlt werden sollen, so kann dieser Befehl des Erblassers nicht den Taxfond, sondern nur den Universalerben treffen, der daher solchen zu erfüllen hat.

c) In jedem Falle liegt dem Erben, da er die Verlassenschaft in Händen hat, ob, dem Tarfond auch für den Tarbetrag der Legatarien zu haften.

2377. Hfd. v. 26. Mai 1798 N. 416, an d. in. ö. A. G.

Se. Maj. haben den kärnth. Ständen die bis nun ausgeübte Personalgerichtsbarkeit über die unadeligen Eigenthümer und wirklichen Besitzer der zu den Ständen als dienstbar erhobenen und eigens verzeichneten Häuser zu Klagenfurt, welche keine Bürger sind, und den Bezug des Mortuarius von dem Werthe dieser den Ständen dienstbaren Häuser, auch in jenen Fällen, wo der Besitzer als adelig oder Bürger der Personal-Gerichtsbarkeit des Landrechtes oder des Magistrates untersteht, gegen dem noch ferner zu überlassen geruhet, daß die Stände diese Gerichtsbarkeit durch einen tauglichen und besoldeten Justiz-Mann mit aller Verlässigkeit verwalten sollen.

2378. Hfd. v. 8. Nov. 1799 N. 485, an das in. ö. A. G.

Se. Maj. haben zu beschließen geruhet, daß die wegen gemäßigter Abnahme des Mortuarius, am 6. Juni 1791 für Inneröst. kundgemachte Bdg. auch auf Görz, Gradiska und Triest, als in. ö. Bestandtheile Bezug habe, somit bei Bemessung des Mortuarius sich nach der erstgedachten Bdg., in Betreff der Legatarien aber nach jener vom Jahre 1797 N. 352 der J. G. S. zu benehmen sei.

2379. Hfd. v. 7. März 1800 N. 495, an das in. ö. A. G.

Die Bdg. vom 8. Novb. 1799 N. 485 der J. G. S. kann auf Triest keinen Bezug haben, indem dort keine Sterbtaxe üblich ist. S. **2385.**

2380. Hfd. v. 13. Febr. 1801 N. 521, an das in. ö. A. G.

Um der bisher bestehenden verschiedenen Beobachtung in den in. ö. Provinzen in Bezug auf die Abnahme des Mortuars von dem montanistischen Vermögen, eine gleichförmige bestimmte Richtung zu geben, und dadurch die mehreren hierüber gemachten Anfragen zu erledigen, wird zur allgemeinen Richtschnur für die in. ö. Provinzen festgesetzt: daß, wenn die Landrechte, Magistrate oder Dominien als Abhandlungsinstanzen eintreten, und sich in einer Verlassenschaft auch Bergwerks-Entitäten befinden, von diesen Entitäten, so wie von dem übrigen reinen Vermögen, ohne Unterschied oder Ausnahme das Mortuarium nach den für die Landrechte bestehenden Gesetzen vom 5. Oktb. 1787, 27. Juni 1791 und vom 1. Juni 1797, und nach der für die Ortsgerichte erlassenen Bdg. vom 30. März 1789 zu beziehen sei, vermöge welchen Bdg. bei den Landrechten seit dem 1. Novb. 1787 das Mortuarium mit einem Kreuzer vom Gulden des beweglichen, und mit 1 Proz. des unbeweglichen Vermögens, jedoch mit der späterhin für die in. ö. Provinzen erfolgten Mäßigung abzunehmen ist, daß das Mortuar von der Erbschaft und von den Legaten, wenn die Erben oder Legatarien in gerader Linie verwandt sind, nicht mehr als 150 fl., wenn sie aber Befreundte von der Seitenlinie sind, nie mehr als 300 fl. betragen solle; bei den Magistraten und Dominien als Abhandlungsinstanzen aber ein Mortuarium mit der Beschränkung aufzurechnen und einzuhoben

ist, daß dasselbe vom reinen Vermögen nicht über 3 Proz. betrage; dort aber, wo vorhin die Inventurstare weniger als 3 Proz. betragen hätte, das Mortuarium nach dem vorigen minderen Maßstabe abgenommen werde.

2381. Hfd. v. 8. Juli 1808 N. 851, an das in. ö. A. G.

Zur Beseitigung aller Anstände, welche aus einer willkürlichen Ausübung der Hofvög. vom 22. Sept. 1785 über den einigen kärnthn. Grundherrschaften zugestandenen Bezug des Kauf-Freigeldes entstanden sind, wird verordnet:

1) Diejenigen kärnthn. Grundherrschaften, welche vor dem Jahre 1785 zur Abnahme des Kauf-Freigeldes (oder der irrig sogenannten Abfahrt), in Verkaufsfällen der vormals freistiftlichen unterthänigen Gründe befugt waren, dürfen solches noch ferner einheben. Jenen Grundherrschaften, wo dieses Kauf-Freigeld vor dem Jahre 1785 nicht bestand, ist dessen Einhebung verboten; bei jenen hingegen, wo es 10 Perzent des Kaufschillings überstieg, muß es auf diese 10 Perzente herabgesetzt, wo es aber weniger als 10 Perzente betrug, darf es über den vorigen Maßstab nicht erhöht werden.

Dieses Kauf-Freigeld kann nur von einem Theile, entweder von dem Käufer, oder von dem Verkäufer bezogen werden, worüber sich beide Theile einzuverstehen haben.

2) In Sterbfällen der Besitzer unterthäniger Gründe hat der Bezug eines Kauf-Freigeldes nicht statt.

3) Wenn nach dem Tode eines Unterthans, dessen zurück gelassenes Bauerngut zum Besten der vorhandenen Pupillen mit Bewilligung der Landesstelle von der Pupillar-Behörde verkauft wird; so kann von dem Kaufschillinge nur damals ein Kauf-Freigeld gefordert werden, wenn ein Pupille auf dieses unterthänige Gut vor dessen Verkauf schon wirklich an die Gewähr geschrieben, und solches für denselben ordentlich benutzt worden ist.

4) Da in Rücksicht auf das Kauf-Freigeld zwischen dem freiwilligen, und dem gerichtlichen Verkaufe einer unterthänigen Realität kein Unterschied besteht, so kann das Kauf-Freigeld von den dazu befugten Grundherrschaften auch in jenen Fällen bezogen werden, wenn ein unterthäniger Grund im Wege eines Konkurses, einer Exekution, oder Abstiftung, verkauft wird.

5) Vertauschungen unterthäniger Gründe sind in Hinsicht auf den Bezug des Kauf-Freigeldes mit den Verkäufen gleich zu behandeln.

6) Die Uebergabe unter Lebenden, sowohl an die nothwendigen Erben, als andere im Wege einer freien Schenkung, sind von dem Bezuge des Kauf-Freigeldes befreit; dieses darf nur bei solchen Schenkungen unter Lebenden bezogen werden, welche auffallend die Eigenschaft wirklicher Verkäufe an sich haben.

7) Das Kauf-Freigeld darf überhaupt von dem Kaufschillinge, oder Werthe des unterthänigen liegenden Gutes ohne vorherigen Abzug der auf diesem Gute haftenden Schulden abgenommen werden.

8) In Ansehung der Ehrung, oder Laudemien hat es bei der dermaligen Regulirung derselben zu verbleiben, und sind solche mit dem Kauf-Freigelde keineswegs zu vermengen. Nur bleibt es noch ferner verboten,

nebst der Ehrung auch eine sogenannte Anfahrt von dem neu eintretenden Besitzer abzunehmen.

Welche Erläuterungen mit der Weisung zur allgemeinen Benehmung eröffnet werden, daß jene Grundherrschaften, welche schon vor dem Jahre 1785 zum Bezuge des Kauf-Freigeldes berechtigt waren, noch ferner in diesem Bezugsrechte verbleiben, jedoch sich dabei nicht der unechten Benennung: Abfahrts-geld, gebrauchen sollen.

2382. Def. d. steier. Sub. v. 7. Juli 1819 J. 14719 (P. 225).

Über die geschehene Anfrage, wie das gesetzliche Mortuarium in jenen Fällen zu bemessen sei, wenn das Verlassenschaftsvermögen theils in öffentlichen oder Privatobligationen, theils in Konventionsmünze und wiener Währung besteht, und sich die Erben das Maximum der Sterbtaxe von 150 fl. und resp. 300 fl. zu entrichten erklären, wurde mit Hfd. v. 19. Mai d. J. J. 20832, bedeutet: daß von dem aus verschiedenen Valuten, als: öffentlichen Staatspapieren, wiener Währung und Konventionsmünze bestehenden Verlassenschaftsvermögen für den Fall, wenn sich der Erbe zur Entrichtung des Maximums der Sterbtaxe von 150 fl. und beziehungsweise 300 fl. erklärt, diese Taxe von jeder Gattung der gewöhnlichen Valuten pro rata mit Rücksicht auf die Anordnung des §. 3 des h. Hfd. vom 15. März 1817 J. 12853 zu berechnen und abzunehmen sei. Aus diesem ergebe sich die richtige Folge, daß in dem vorgekommenen und vorgelegten Falle, wo das Mortuarium mit 300 fl. zu entrichten war, und das Vermögen aus 11507 fl. 35 fr. in öffentlichen Obligationen — aus 13328 fl. 42 fr. in wiener Währung, und 2128 fl. 42 fr. in Konventionsmünze bestand, aus dem in 26964 fl. 35 fr. bestehenden Verlassenschaftsvermögen die Sterbtaxe pr. 300 fl. mit Rücksicht auf die verschiedenen Valuten und ihrer Beträge mit . . . 128 fl. in öffentlichen Staatspapieren, dann mit . . . 148 fl. in W. W. mit . . . 24 fl. in Konventionsmünze entrichtet werden muß.

2383. Hfd. v. 10. April 1822 N. 1862 an d. steier. kärnth. Sub.

In der Voraussetzung, wenn die Abhandlung einer Verlassenschaft ohne einen Vermögensausweis nach den Gesetzen des adeligen Richter-Amtes vor sich gehen kann, findet man anzuordnen: daß ein solcher Ausweis, bloß zur Bestimmung des Stämpels für den Verlaß = Einantwortungs = Bescheid, nicht gefordert werden soll.

In diesem Falle, welcher übrigens nur bei Abhandlungen, wo sich die Erben zu dem Maximum der Sterbtaxe erklären, eintreten kann, muß jedoch der Stämpel der höchsten Klasse angewendet werden, weil das Maximum der Sterbtaxe nicht nur auf den Betrag von 20,000 fl., sondern auch auf eine jede höhere, ihn noch so vielfach übersteigende Summe anwendbar ist, und dabei 100,000 fl. eben so wohl vermuthet werden können, als jener Betrag von 20,000 fl. bloß vermuthet wird.

Ubrigens werden die Parteien durch die Abnahme des höchsten Stämpels zur Einantwortung eines dem Betrage nach nicht ausgewiesenen Nachlasses keineswegs beschweret, indem es ihnen frei steht, in Fällen,

wo der Vermögensstand den höchsten Stämpel nicht erreicht, sich durch die getreue Angabe desselben zu dem minderen Stämpel zu legitimiren.

2384. Hfd. v. 21. Mai 1823 J. 20621; Vdg. d. illir. Sub. v. 7. Juni 1823 J. 7122 (P. 196).

Ueber die an die h. Hofkammer gestellten Anfragen:

a) Ob ein Legat, das aus einer Verlassenschaft herrührt, bei welcher das gesetzliche Maximum des Mortuars pr. 300 fl. oder 150 fl. eintrat, dieser Sterbgebühr damals unterliege, wenn der Legatar vor dessen Uibernahme, ohne letztwillige Anordnung, stirbt; dann

b) Ob ein Legat auch dann der Sterbetaxe zu unterziehen sei, wenn es von jenem ausgeschlagen wird, welchem es ursprünglich zugebach war; hat hochselbe mit Def. v. 21. Mai d. J. J. 20621, folgendes zu bestimmen geruhet:

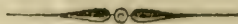
ad a) Was den ersten Fragepunkt betrifft, so ist mit Rücksicht auf das 11. und 12. Hauptstük des a. b. G. B. zu unterscheiden, ob das Vermächtniß in der Erbschaftsmasse bleibe, oder nicht. Bleibt es in der Erbschaftsmasse, so unterliegt es bei der gegebenen Voraussetzung dem Mortuar nicht; weil dem Erben die in seinem Verwandtschafts-Verhältnisse zu dem Erblasser gegründete Begünstigung hinsichtlich seiner gesamten Erbschaft zu Statten kommt, als deren Theil nunmehr auch das erwähnte Vermächtniß anzusehen ist. Fällt das Vermächtniß an die anderen im §. 689 des a. b. G. B. bestimmten Personen, so liegt auch diesen die Pflicht ob, das Mortuar von dem an sie gelangenden Legate eben so zu entrichten, als ob dieses ihnen ursprünglich zugefallen wäre. Geht endlich das Recht zum Vermächtnisse auf die Erben des Legatars über, so treten sie auch in die Verbindlichkeit, jene Sterbtaxe zu bezahlen, welche von ihm abzuführen gewesen wäre (§. 548 des a. b. G. B.).

ad b) In Hinsicht des zweiten Anstandes ist bloß zu bemerken, daß zwar derjenige, welcher ein Legat ausschlägt, zur Entrichtung der gesetzlichen Gebühren hiervon nicht verhalten werden könne, daß aber diese Pflicht von jenen zu erfüllen sei, welchen das Vermächtniß nach der Bestimmung des erwähnten §. 689 nunmehr zufällt.

2385. Jhfd. v. 1. Juli 1839 J. 4064, an d. in. ö. küst. A. G. Hfr. Resf. v. 12. Sept. F. 1349.

Dem A. G. wird zur eigenen Nachachtung und zur Belehrung des triester Stadt- und Landrechtes eröffnet, daß die durch das Privilegium vom 11. Nov. 1730 §. 9 und durch das Hfd. vom 25. Febr. 1788 N. 786 der J. G. S. dem Freihafen von Triest verliehene Mortuarsfreiheit nur die wirklichen Handelsleute, Manufakturisten und Künstler betreffe, welche im Gebiete von Triest zur Zeit ihres Todes den Wohnsitz gehabt haben.

G. **2370** u. **2379.**



E r b s t e u e r.

2386. Pat. v. 15. Okt. 1810 N. 914.

»Nachdem es bei der jezigen Lage der Staatsfinanzen mehr als jemahls nothwendig ist, sich des richtigen Einflusses, besonders der zur Tilgung der Staatsschulden bestimmten Steuern, worunter auch die Erbsteuer gehört, zu versichern, so haben wir nöthig befunden, über die erstgenannte Steuer, neue, bestimmtere, und den dermaligen Verhältnissen mehr anpassende Vorschriften, die hierinfallß künftig allein zur Richtschnur zu dienen haben werden, festzusetzen, und dieselben in das gegenwärtige Patent zusammen zu fassen.«

2387. Hfr. Zir. v. 13. Nov. 1810, H. 956.

Es wird anbefohlen, daß das Erbst. Pat. vom 15. Okt. 1810, auch dem gesammten Militär zur Wissenschaft, und genauen Darnachachtung fundgemacht werde.

2388. Hfd. v. 23. März 1811 N. 938, an alle A. G.

Das neue Erbst. Pat. hat seine Wirksamkeit vom Tage der Kundmachung zu erhalten.

2389. Hfr. Zir. vom 26. März 1811, H. 193, und 9. Juli 1811, H. 419 u. 420.

Das Erbst. Pat. vom 15. Okt. 1810 tritt für das k. k. Militär von dem Tage an in Wirksamkeit, als es bei jedem Gen. Kom. an die untergeordneten Militärgerichte expedirt worden ist.

2390. Def. des prov. illir. General = Gub. vom 30. Juni 1814, Z. 8346, an sämmt. k. k. Intendenzen (P. Ergänzungssaml. 1. Th. 2. Abth. S. 213).

Ueber Anordnung der k. k. Organisirungs = Hffom. vom 17. Juni 1814, wird den k. k. Intendenzen erinnert, daß mit 1. Aug. 1814, seit welchem Zeitpunkte die Einregistrirungs = Geseze sowohl, als alle damit verbundenen Gebühren, worunter auch die Erbsteuer begriffen ist, in den illir. Provinzen aufzuhören, hingegen aber nebst den ö. T. D. auch das ö. Erbst. Pat. in seine Wirksamkeit zu treten habe.

In Folge dessen erhalten die k. k. Intendenzen im Anhange das a. h. Erbst. Pat. vom 15. Okt. 1810, die Kurrende des steiermärkischen Gub. vom 5. Juni 1811*) über die Abschätzung aller frucht-

*) Siehe 2398.

bringenden Realitäten zum Behufe der Erbft. = Bemessung, und jene vom 3. August 1811^{*)} mit den Bestimmungen über die Art des von der Geistlichkeit zu satirenden Erbft. = Aequivalents, mit der Weissung, diese gesetzlichen Vorschriften im Bereiche ihrer Kreise, soweit vorerst die ö. Justizpflege mit 1. August 1814 eingeführt ist, verlautbaren zu lassen.

2391. Kur. d. illir. prov. Generalgub. v. 23. Juli 1814 J. 9269 (P. Ergänzungsammlung; 1. Th. 2. Abth. S. 489).

Die k. k. Organisirungs = Hfkom. hat unterm 9. Juli 1814 eröffnet, daß die Freie Seestadt Triest mit ihrem Territorium einstweilen von der Erbsteuerpflicht ausgenommen und befreit, somit das dießfällige Pat. vom 15. Okt. 1810 mit den Nachtrags = Kurrenden vom 5. Juni und 3. August 1811 vor der Hand dort nicht in Ausübung zu bringen sei.

2392. Hfd. v. 30. Dez. 1814 N. 1121, an das in. ö. A. G.

Se. Majestät haben die Einführung der Erbsteuer in Krain, Görz und dem villacher Kreise, daher auch die Kundmachung des Erbsteuer = Patentens vom 15. Okt. 1810, gleichwie der dahin einschlagenden späteren Kurrenden vom 5. Juni und 3. Aug. 1811^{**)} anzuordnen, und den Anfang ihrer Wirksamkeit schon auf den 1. August 1814 festzusetzen geruhet.

§. 1.

»Die Erbsteuer soll noch ferner, wie bisher, mit zehn vom Hundert in der Regel entrichtet, bei allen fruchtbringenden Realitäten der nach Abzug sämtlicher ordentlicher und außerordentlicher Abgaben (Siebigkeiten) übrigbleibende reine Ertrag zu fünf Prozenten in Kapital angeschlagen, und von diesem Kapital sodann die Erbsteuer aufgerechnet, zugleich aber den Erben vorbehalten werden, wenn sie sich zu einem solchen Ausweise des reinen Ertrages nicht entschließen wollten, eine gerichtliche Schätzung auf ihre eigene Kosten vornehmen zu lassen. Lustgebäude, Gärten, Jagden und dergleichen voluptuarische Gegenstände hingegen sind nach jenem Betrage, um welchen sie leicht verkauft werden können, zu schätzen.

Findet die Erbft. Hfkom. gegen den von den Erben eingereichten Schätzungsausweis ein begründetes Bedenken, so steht es ihr frei, denselben auf Kosten des Erbsteuerfondes prüfen zu lassen.

Wie diese Schätzungsausweise, welche alle Nutzungsrubriken in sich begreifen müssen, eingerichtet sein sollen, darüber werden die Formulare sammt der nöthigen Belehrung nachträglich bekannt gemacht werden.«

2393. Hfd. v. 20. April 1819 N. 1554, an d. n. ö. Erbft. Hfkom.

In Fällen, wenn die Erben, von dem ihnen in dem §. 1 des Erbft. Pat. vom 15. Okt. 1810 eingeräumten Rechte Gebrauch ma-

^{*)} S. die Note bei §. 59.

^{**)} S. die vorhergehenden zwei Noten.

hend, schon den Weg der gerichtlichen Schätzung der zum Erbvermögen gehörigen fruchtbringenden Realitäten gewählt haben, können die Erbst. Hffom. wohl eine Prüfung dieser gerichtlichen Schätzung auf Kosten des Erbsteuer = Fonds durch eine Superschätzung vornehmen; dürfen aber nicht, so lange das gegenwärtige Erbst. Pat. besteht, auf die Beibringung der Erträgnis = Ausweise von solchen Realitäten dringen.

2394. Hfzd. v. 4. Dez. 1823 N. 1978, an alle Erbst. Hffom. und Lst., mit Ausnahme von Dalmazien.

Es ist vorgekommen, daß zu einer veranlaßten Ueberschätzung eines Verlassenschafts = Hauses zum Behelf der Erbsteuer = Bemessung die Interessenten nicht vorgeladen worden sind. Da jedoch nach den allg. Grundsätzen über die Lehre von gerichtlichen Beweisen ein solcher Befund wider die Partei nur dann beweisen kann, wenn es derselben möglich war, dem Akte beizuwohnen, und den Kunstverständigen die nöthig findenden Erinnerungen zu machen, so wird angeordnet, in Zukunft zu dergleichen Ueberschätzungen immer die Interessenten vorzuladen, und solches in dem Schätzungs = Protokolle ersichtlich zu machen.

2395. Hfzd. v. 26. Juni 1827 N. 2289, an alle Erbst. Hffom. u. die mäh. u. gal. Lst.

Ueber die in Verhandlung genommene Frage: ob, und welche Modifikationen in dem bisherigen Verfahren bei Ausweisung des Werthes unterthäniger Realitäten zum Behufe der Erbsteuer = Bemessung der Gleichförmigkeit wegen zweckmäßig wären, hat man sich dafür entschieden, daß kein allgemein geltendes Formular zu dieser Werths = Ausweisung einzuführen, sondern bis zur bevorstehenden Reform dieser Abgabe, die bisherige Uebung in jeder Provinz in so fern aufrecht zu erhalten sei, als sie mit den Bestimmungen des §. 1 des Erbst. Pat. v. 15. Okt. 1810 N. 914, vollkommen im Einklange ist.

In dieser letzteren Beziehung muß sich aber stets gegenwärtig gehalten werden, daß das Gesetz dem Erben das Recht einräume, einen Ausweis des reinen Ertrages nach seinem Gewissen und nach seiner Ueberzeugung beizubringen; daß ihm ferner vorbehalten sei, wenn er sich zu einem solchen Ausweise nicht entschließen wollte, eine gerichtliche Schätzung auf eigene Kosten vornehmen zu lassen; daß es endlich der Erbsteuer = Behörde frei stehe, wenn sie gegen den von dem Erben eingereichten Schätzungs = Ausweis ein begründetes Bedenken findet, denselben auf Kosten des Fonds prüfen zu lassen.

2396. Hfzd. v. 27. August 1833 Z. 2113, an die mäh., u. ö., v. ö., steier., illir. u. küst. Erbst. Hffom. u. an d. gal. u. mäh. Gub. (Pichl. 322*).

Es ist im Jahre 1811 von einer Erbst. Hffom. bei Vorzeich=

*) Dieses Hfzd. wurde auch in Böh. im Auszuge mit dem Bemerkn fgd., daß es dadurch von der gegentheiligen Anordnung des 7. Absatzes des Zir. vom 22. Febr. 1811 abkomme (Nem. d. Erbst. Hffom. v. 6. Jan. 1834 Z. 2397, P. 1).

nung der Formularien zur Erbsteuer-Ausweisung in die dießfällige Kundmachung die Bestimmung aufgenommen worden, daß die Erbsteuer von den zeitweilig bestehenden außerordentlichen Abgaben, nach dem zu 5 Perzent berechneten Bedefungs-Kapital, auf den Erlösungsfall sicher zu stellen sei, und es wurde dieser Grundsatz seither in jener Provinz in der Art gehandhabt, daß bei Adjustirung der Schätzungs-Ausweise über den Werth zu versteuernder Verlassenschafts-Realitäten, von den im Passivstande in Anschlag gebrachten Abgaben nur jene als Abzugsposten Anerkennung erhielten, die als bleibende Lasten angesehen wurden, alle andern Aufrechnungen theils von solchen Abgaben, die seit dem Tode des Erblassers erloschen waren, theils an außerordentlichen Abgaben, die nur zeitweilig zu bestehen schienen, aber in die Bemänglung fielen.

Aus Anlaß eines dieserwegen vorgekommenen Beschwerdefalles haben nun Se. k. k. Majestät mit a. h. Entschl. vom 11. Juni 1833 zu genehmigen geruhet, daß alle ordentlichen und außerordentlichen Lasten, wie sie zur Zeit des Todes eines Erblassers bestehen, bei dem Werthanschlage einer Realität in Abschlag zu bringen seien, weil sich in der Anwendung der §. 1 und 29 des Erbft. Pat. an den Geist und Buchstaben des Gesetzes zu halten, mithin der Vermögensstand des Erblassers zum Behufe der Bemessung der Erbsteuer so aufzunehmen ist, wie er zur Zeit seines Todes bestand, also auch von dem in diesem Momente bestandenen Einkommen die gleichzeitig bestandenen Lasten in Abzug gebracht, und hiernach der Kapitals-Vermögensstand berechnet werden muß, ohne in die Unterscheidung einzugehen, ob sie bleibend oder vorübergehend sind. Zugleich haben Se. k. k. Majestät ausdrücklich zu befehlen geruhet, daß sich nach den vorausgehenden Bestimmungen nicht nur in diesem besondern Falle, und im Allgemeinen für die Zukunft zu benehmen sei, sondern auch für das Vergangene die etwa aus diesem Titel geforderten Sicherstellungen aufgelassen, oder wenn wirklich ungebührliche Zahlungen geleistet worden sein sollten, solche zurückerstattet werden.

Formulare der Erträgniß- oder Schätzungsausweise.

I. Böhmen; s. 2393.

2397. Zir. v. 22. Febr. 1811 (Kaufa 10. Th. S. 270).

In dem 1. §. des neuen Erbft. Pat. vom 15. Oktober 1810, ist die nachträgliche Bekanntmachung der Formulare zu den Erträgnißausweisen über die fruchtbringenden Realitäten sammt der nöthigen Belehrung zugesichert worden. Da man nun dieser Zusicherung gemäß und in Folge eines k. k. Hkzd. v. 29. Nov. 1810, das dießfällige Formular nach der Verschiedenheit der hierlandes bestehenden Nutzungsrubriken, mit Benützung der bei gerichtlichen Schätzungen üblichen Schätzungsmodalitäten hat entwerfen lassen; so wird solches sub Lit. A. beigefügt, und verordnet, daß hiernach

1. Das reine Erträgniß von allen hierlandes bestehenden Nutzungsrubriken entweder nach einem neunjährigen Rechnungsdurchschnitte von

dem Zeitpunkte, als der Sterbfall eingetreten ist, oder falls die Rechnungen von diesen Jahren nicht bestehen sollten, nach dem Rechnungsdurchschnitte der letzten Jahre, von welchen die Rechnungen vorhanden sind, und bei gänzlichem Abgange derselben, nach einer vorläufigen genauen Erhebung ausgewiesen, im Gegentheile aber, nach Weisung des Erbsteuerpatents, die gerichtliche Schätzungsurkunde beigebracht werden müsse.

2. Können in dem Erträgnisausweise jene Nutzungsrubriken, welche in dem Formulare vorkommen, in der Verlassenschaft aber nicht bestehen, gänzlich übergangen, dagegen aber müssen jene, welche in dem Formulare nicht erscheinen, in der Verlassenschaft aber vorfindig sein sollten, in demselben aufgeführt werden; da alle Gegenstände, die bei einer Realität angetroffen werden, und einen bleibenden Theil derselben ausmachen, in diesem Erträgnisausweise einzubeziehen sind.

3. Sind von den in einer Verlassenschaft befindlichen Gebäuden jene, welche zum Betrieb der Landwirthschaft nicht unumgänglich nothwendig sind, mit dem wirklichen oder verglichenen Zinse in Anschlag zu bringen, jene aber, ohne welchen der Nutzen der landwirthschaftlichen Rubriken nicht erzielt werden kann, z. B. die Wohnungen der Beamten, Schaffer, Jäger, Heger, Schafmeister und des Wirthschaftsgefindes, die Stallungen, Scheuern, Schütthöden, Bräuhäuser und Keller hinwegzulassen.

4. Kommen die Auslagen zur Erhaltung der wegen Wirthschaftsbetriebs erforderlichen Beamten, des Maierhofgefindes, und des ad fundum instructum gehörigen Viehes, welches bloß zum Nutzen des Feldbaues bestehet, dann die Bewirthschaftungskosten bei jeder Nutzungsrubrik abzuschlagen, wobei es sich aber von selbst versteht, daß sich dieser Abschlag bei bürgerlichen und Bauerngründen nur auf die Auslagen für die Erhaltung des Wirthschaftsgefindes, und des ad fundum instructum gehörigen Viehes, dann die Bewirthschaftungskosten, und bei einzelnen Gründen, welche nicht den Hauptgegenstand des Nahrungsbetriebes des Besitzers ausmachen, lediglich auf die Bewirthschaftungskosten erstrecken könne.

5. Bei dem im vorhergehenden Absatze gestatteten Abschlage ist der Werth der Frohndienste besonders in Anschlag zu bringen.

6. Kommt das ad fundum instructum gehörige Vieh in der Rücksicht, da solches zum Feldbau unumgänglich nothwendig ist, nicht besonders anzuschlagen; jedoch ist der hiervon abfallende Milch- und Wollnutzen, da solcher einen eigenen Erträgnißgegenstand ausmacht, gehörig auszuweisen.

7. Ist zwar der Abzug aller auf dem Hause oder der Realität haftenden Lasten, die das Stammvermögen schmälern, dann der ordentlichen, und außerordentlichen Siebigkeiten gestattet; jedoch ist die Erbsteuer von den letztern auf den Erlösungsfall zur Sicherstellung anzutragen.
S. 2396.

8. Endlich ist der nach dieser Vorschrift, und dem nachfolgenden Formulare verfaßte Erträgnisausweis von dem Erben, und bei Land-

gütern nebstbei auch von dem ersten Beamten zufertigen, und wenn das Realvermögen nicht der eigentlichen Abhandlungsbehörde, sondern einer andern Real- oder grundobrigkeitlichen Jurisdiktion untersteht, von der gehörigen Realinstanz bestätigt, dem Erbsteuerausweise beizulegen.

A. F o r m u l a r e.

zu dem Erträgnisausweise über die in der Verlassenschaft des N. N. befindlichen fruchtbringenden Realitäten.

	fl.	fr.
a) An n u z b a r e n G e b ä u d e n.		
Das obrigkeitliche Schloß sub. Nro. Cons. nach den Lokalumständen im Zinse verglichen, laut Beilage Nro. mit » » » » » fl. — fr. —		
Hievon die gewöhnlichen jährlichen Reparaturskosten laut Beilage Nro. mit » fl. — fr. — » »		
dann sonstige Abgaben und Lasten laut Beilage Nro. pr. » » » » fl. — fr. — » »		
Zusammen fl. — fr. — » »		
Verbleiben an reinem Erträgnisse » » » »		
Der Zins von der Mahlmühle sub. Nro. C. pr. fl. — fr. —		
Hievon die gewöhnlichen jährlichen Reparaturskosten laut Beilage Nr. pr. » fl. — fr. — » »		
dann sonstige Abgaben und Lasten laut Beilage Nr. pr. fl. — fr. — » »		
Zusammen		
Verbleiben an reinem Erträgnisse » » » »		
Der Zins von dem Wirthshause sub. Nr. C. pr. » » » » fl. — fr. —		
Hievon die gewöhnlichen jährlichen Reparaturskosten laut Beilage Nro. pr. » fl. — fr. — » »		
Dann sonstige Abgaben und Lasten laut Beilage Nr. pr. » » » » fl. — fr. — » »		
Zusammen		
Verbleiben an reinem Erträgnisse » » » »		
Der Zins von der Schmiede sub. Nr. C. pr. fl. — fr. —		
Hievon die gewöhnlichen jährlichen Reparaturskosten laut Beilage Nr. pr. » fl. — fr. — » »		
Dann sonstige Abgaben, und Lasten laut Beilage Nro. pr. » » » » fl. — fr. — » »		
Zusammen		
Verbleiben an reinem Erträgnisse » » » »		

	fl.	fr.
Uebertrag .		
Der Zins von der Chaluppe sub. Nr. C. pr. fl. — fr. —		
Hievon die gewöhnlichen jährlichen Reparaturskosten laut		
Beilage Nr. pr. » » » fl. — fr. —		
Dann sonstige Abgaben und Lasten laut Beilage Nr.		
pr. » » » » fl. — fr. — » »		
Zusammen		
Verbleiben an reinem Ertragnisse » » » »		
Ein bürgerliches Haus nach den Lokalumständen, nach wirk-		
lichem oder verglichenem Zinse laut Beilage Nr.		
mit » » » » » fl. — fr. —		
Hievon die gewöhnlichen jährlichen Reparaturskosten laut		
Beilage Nr. pr. » fl. — fr. — » »		
Dann sonstige Abgaben und Lasten laut Beilage Nr.		
pr. » » » » fl. — fr. — » »		
Zusammen		
Verbleiben an reinem Ertragnisse » » » » »		
b) An aferbaren Feldern.		
Von Joch, Quadrat = Klasten aferbaren Feldern sind nach		
dem jährigen Durchschnitte geerntet worden laut Bei-		
lage Nr. Weizen, Korn, Gerste, Haber		
Mz. — Mz. — Mz. — Mz. —		
Hievon der Samen, die Deputate für die Beamten, Wirth-		
schaftsgefinde und das ad fundum instructum gehörige		
Vieh laut Beilage Nr. mit Mz. — Mz. — Mz. — Mz.		
Verbleiben an reinem		
Ertragniß Mz. — Mz. — Mz. — Mz.		
— Mz. Weizen betragen nach dem Lokaldurchschnittspreise		
laut Beilage Nr. » » zu fl. — fr. —		
— Mz. Korn » » » fl. — fr. —		
— Mz. Gerste » » » fl. — fr. —		
— Mz. Haber » » » fl. — fr. —		
Zusammen . fl. — fr. —		
Hievon die Bewirthschaftungs-		
kosten laut Beilage Nr. fl. — — fr.		
Verbleiben an reinem Geldwerthe » fl. — fr. —		
Der Zins von — Joch, Quadrat = Klasten emphiteutisch ver-		
pachteten Aekern mit » » » » »		
Der Zins von — Joch, Quadrat = Klasten zeitlich verpachteten		
Aekern mit » » » » » » »		
Fürtrag .		

fl. fr.

Uebertrag .

c) An Trischfeldern.

Von diesen ist das Erträgniß nach dem Beispiele der akersbaren Felder auszuweisen.

d) An Wiesen.

Von — Joch — Quadrat-Klafter Wiesen beträgt das Erträgniß nach einem jährigen Durchschnitte laut Beilage Nr. am Heu, Grummet — Zent. — Zent.
Hievon zur Fütterung des ad fundum instructum gehörigen Viehes laut Beilage Nr. mit — Zent. — Zent.

Verbleiben an reinem Erträgnisse — Zent. — Zent.
Vom Zentner Heu betragen nach dem Lokalpreise laut Beilage Nro. » zu fl. — fr. — fl. — fr. —
— Zentner Grummet » zu fl. — fr. — fl. — fr. —

Zusammen . . . fl. — fr. —

Hievon die Auslagen laut Beilage Nro. pr. fl. — fr. —

Verbleiben an reinem Erträgnisse » » » » »

Auf gleiche Art ist das Erträgniß von Obst- und Hopfengärten aufzunehmen.

e) An Weingärten.

Von — Joch — Quadrat-Klafter Weingärten besteht das Erträgniß nach dem jährigen Durchschnitt, laut Beilage Nro. in » » » » » Eimern

Diese betragen nach dem Lokalpreise zu fl. — fr. —
fl. — fr. —

Hievon die Kulturskosten laut Beilage Nro. mit » » » » » fl. — fr. —

Verbleibt an reinem Erträgnisse » » » » »

f) An Teichen.

— Joch — Quadrat-Klafter Teiche haben nach einem jährigen Durchschnitte getragen, laut Beilage Nro. » » » » » fl. — fr. —

Hievon die Ausgaben laut Beilage Nro. fl. — fr. —

Verbleiben an reinem Erträgnisse » » » » »

g) An Wäldern.

Von — Joch — Quadrat-Klafter Waldungen besteht das
Fürtrag .

	fl.	fr.
Uebertrag .		
Erträgniß nach dem jährigen Durchschnitte laut Beilage Nro. in Klast. harten Holzes		
— weichen Holzes		
Hievon die Deputate laut Beilage Nro. mit » »		
Verbleibt an reinem Erträgnisse » » » » »		
— Klast. harten Holzes betragen nach dem Lokalpreise laut Beilage Nro. zu fl. — fr. — fl. — fr. —		
— Klast. weichen Holzes betragen nach dem Lokalpreise laut Beilage Nro. zu fl. — fr. — fl. — fr. —		
Zusammen . . . fl. — fr. —		
Hievon die Forstausslagen laut Beil. Nro. fl. — fr. —		
Verbleibt an reinem Erträgnisse » » » » »		
h) An Milchnutzen.		
Dieser beträgt nach einem — jährigen Durchschnitte, laut Beilage Nro. » » »		
i) An Wollnutzen.		
Dieser beträgt nach einem — jährigen Durchschnitte, laut Beilage Nro. » » »		
k) An Nutzen des Bräuhauses.		
Dieser besteht nach einem — jährigen Durchschnitte oder nach dem Pachtzinse laut Beilage Nro. in » »		
Auf gleiche Art ist der Nutzen, des Brandwein- und Flußhauses, des Weinschanke, der Kalk- und Ziegelbrennerei, der Jagdbarkeit, Flußfischerei, der Ueberfuhr, der Viehenzucht, u. dgl. auszuweisen.		
l) An Roboten und Robot-Reluizionen.		
Diese betragen nach dem — jährigen Durchschnitte laut Beilage Nro. » » » » » » »		
Auf gleiche Art sind die standhaften, dann steigenden und fallenden Zinse auszuweisen.		
m) Abzugsposten.		
An baaren Besoldungen für die zur Regie erforderlichen Beamten » » » » » » »		
— Extraordinarium, und Ordinarium » » »		
— Militärbequartirungskonkurrenz » » » »		
— Renten für Se. k. Hoheit den Erzherzog Karl » »		
Fürtrag .		
Handb. d. Giebigkeiten.		

	fl.	fr.
Uebertrag		
An Renten für Ihre Hoheit die Nebtiffin des prager Damenstifts » » » » » » »		
u. s. w. an übrigen Abzugsposten.		
Summa		
n) An außerordentlichen Abgaben.		
An der jährlichen Lieferungsrelnizion- » fl. — fr. —		
— Tilgungssteuer nach Abschlag des auf die geistlichen, Kirchen- und emphyteutischen Gründe, dann auf die Gläubiger hievon ausfallenden Betrags		
mit » » » » » fl. — fr. —		
u. s. w. an übrigen außerordentlichen Abgaben fl. — fr. —		
Zusammen mit . . fl. — fr. —		
Summa		
Wenn nun von dem jährlichen Erträgnisse pr. » »		
die Abzugsposten pr. » » » » »		
abgeschlagen werden, so bestehet das reine Erträgniß, in » » » » » » »		
welches zu 5 vom Hundert in Kapital angeschlagen, beträgt » » » » » » »		

Daß vorstehender Erträgnisausweis genau erhoben worden sei, und sich das Erträgniß dergestalt verhalte, bestätigen die Unterzeichneten durch ihre Fertigung an Eidesstatt.

Prag den

(L. S.) R. R.

Universalerbe.

(L. S.) R. R.

Inspektor, oder Oberamtmann, oder Verwalter.

B. Anmerkungen

zu dem Formular des Erträgnisausweises über die in einer Verlassenschaft befindlichen fruchtbringenden Realitäten.

a) Auf die Rubrik: an nutzbaren Gebäuden.

Die nutzbaren Gebäude, und ihre Bestandtheile müssen in der Beilage sub. No. ausführlich beschrieben, und die hievon wirklich ab-

fallenden, oder mit dem nächstgelegenen Städtchen, oder Markte verglichenen Zinsbeträge von der Behörde bestätigt werden.

Eben so sind die auf die nutzbaren Gebäude im Durchschnitte ausfallenden jährlichen Reparaturskosten, worunter jedoch keineswegs neue Bauführungen gehören, und welche daher auch nicht zum Abschlage geeignet sind, in der Beilage sub Nro. von jedem Gebäude besonders, und einzeln auszuweisen.

Auf gleiche Art müssen die auf den Gebäuden haftenden Abgaben und Lasten in der Beilage sub Nro. von jedem Gebäude besonders, und einzeln angesetzt werden.

Zwar können die Beschreibungen der nutzbaren Gebäude, die wirklichen oder verglichenen Zinsbeträge, die jährlichen Reparaturkosten, die sonstigen Abgaben und Lasten, nur in eine Beilage gebracht werden, jedoch müssen solche von jedem Gebäude abgetheilt, und individuell erscheinen.

Bei den Zinsen von Mühlen, Wirthshäusern und Schmieden kommt anzumerken, auf welche Urkunden sich solche gründen.

b) Auf die Rubrik: an aberbären Feldern.

Die Fehsungen müssen mit Rechnungsdurchschnittsausweisen, oder wo Rechnungen mangeln, durch glaubwürdige Zeugnisse bewährt, und wo Naturalgetreidzins bestehen, diese in einer besondern Beilage ausgeführt werden.

Der Samen, die Deputate für die Beamten, das Wirthschaftsgesinde, und das ad fundum instructum gehörige Vieh ist unter der gehörigen Bestätigung in der Beilage sub Nro. individuell auszuweisen.

Die Lokalpreise müssen von jenen Jahren, von welchen das Erträgniß angenommen wurde, zur Berechnung des Geldwerthes angewendet, solche zu diesem Ende von den nächsten Marktstationen erhoben, und der Durchschnitt hievon in der Beilage sub Nro. ausgemittelt werden.

Die Bewirthschaftungskosten sind in der Beilage sub Nro. spezifisch auszuweisen, und wenn hiezu ein Theil der Naturalrobot verwendet worden ist; so ist dieser nur in jenem Preise zu berechnen, in welchem die Zug- oder Handrobot beim Nutzertrag angeschlagen worden ist.

Bei den verpachteten Gründen ist sich auf die letzten Kontrakte zu beziehen.

Nach diesen Anmerkungen ist sich auch bei den Rubriken an Teichfluren, Wiesen, Weingärten, Teichen und Wäldern zu benehmen.

h) Auf die Rubrik: an Milch und Wollnuzen.

Bei diesen Rubriken sind die Durchschnittserträgnisse mittelst besonderer bestätigten Berechnungen zu erweisen.

k) Auf die Rubrik: an Bräunutzen.

Wenn das Bräuhaus in eigener Regie ist, muß der Nutzertrag mittelst einer besondern detaillirten Berechnung bewährt, dann die Gerste, der Hopfen, das Holz u. dgl. in jenen Preisen angenommen werden, in welchen diese Naturalien bei der Rubrik des Feldbaues, der Hopfengärten und Wälder in Abschlag gebracht wurden.

m) Auf die Rubrik: an Abzugsposten.

Bei dieser Rubrik sind nur die Geldbesoldungen der Beamten, und der zum Betriebe der Landwirthschaft gehörigen Dienerschaft in der Beilage sub No. individuell auszuweisen, und in Abschlag zu bringen, weil ihre Naturaldeputate schon bei den betreffenden Rubriken abgezogen sind. —

Die weitem Abzugsposten sind sämmtlich zu spezifiziren, und mit glaubwürdigen Dokumenten zu bewähren.

II. Steiermark und Illirien; §. 2393.

2393. Kurrende des steier. kärntn. Sub. vom 5. Juni 1811.

§. 2390 u. 2392.

Das höchste Patent vom 15. Okt. 1810 hat unter Voraussetzung, daß die Erbsteuer noch ferner, wie bisher, mit zehn vom Hundert in der Regel entrichtet werden sollte, im ersten Paragraph noch besonders vorgeschrieben, daß bei allen fruchtbringenden Realitäten der, nach Abzug sämmtlicher ordentlichen und außerordentlichen Abgaben übrig bleibende reine Ertrag zu fünf Perzent in Kapital angeschlagen, und von diesem Kapital sodann die Erbsteuer aufgerechnet, zugleich aber den Erben vorbehalten werden sollte, wenn sie sich zu einem solchen Ausweise des reinen Ertrages nicht entschließen wollten, eine gerichtliche Schätzung auf ihre eigenen Kosten vornehmen zu lassen.

Nachdem nun eben dieses höchste Patent im Schlusse des bereits, angeführten ersten Paragraphs zugesichert hat, es werde über die Art wie diese Schätzungsausweise, welche alle Nutzungs-Rubriken in sich begreifen müssen, eingerichtet sein sollen, das Formular sammt der nöthigen Belehrung nachträglich bekannt gemacht werden, und das angeschlossene mittelst Reskriptes vom 16. Mai 1811 die Guttheilung der hohen Hofkanzlei erhalten hat; so wird dasselbe als ein Muster, nach welchem sich bei den zur Veranschlagung der Erbsteuer von allen fruchtbringenden Realitäten vorzunehmenden Schätzungen zu richten sein wird, zu jedermanns Wissenschaft und Nachachtung, als ein damit in genauer Verbindung stehendes Korollarium nachgetragen.

Schätzungs-Formular

über die Ertragszweige der, der Erbssteuer unterliegenden Herrschaft oder Gült R. R.

Beschreibung:

laut des anschließigen Subrepartitions-Befunds-Extraktes bestehen die Ertrags-Zweige in Folgendem, als:

- | | |
|----------------------|------------------------------------|
| a) Feldbau. | p) Urbariale. |
| b) Wiesenmahd. | q) Zins- und Kleinrechten. |
| c) Hutweiden. | r) Robäthen. |
| d) Weingärten. | s) Dienstgetreide. |
| e) Waldungen. | t) Sakzehent. |
| f) Teichen. | u) Marchfutterhafer. |
| g) Fischereien. | v) Landgerichtsgetreide. |
| h) Getreidezehenten. | x) Piberlehen. |
| i) Bergrecht. | y) Dominikale von Meiergründen. |
| k) Weinzehent. | z) Laudemialgefallen- und adeliche |
| l) Taz. | Richteramts-Taren. |
| m) Weinschank. | aa) Heimfälligkeiten. |
| n) Mühlnutzungen. | bb) Lustgebäuden und Gärten. |
| o) Mauthgefallen. | cc) Jagdbarkeiten. |

Beilags- Nr.	E r t r a g.	fl.	kr.
1	<p>Laut des anschließigen Stiftsregister-Auszuges Nr. 1 beträgt das Urbariale jährlich . . .</p> <p>Die in Geld rekurirten Zins- und Kleinrechte</p> <p>Die in natura einkommenden Zins- und Kleinrechte, nach dem Durchschnitte der Lokalpreise der letzteren drei Jahre</p> <p>Das paktirte Robathgeld</p> <p>Die noch bestehenden Natural-, Hand- und Fuhrrobathen nach der obigen Reluizion . . .</p> <p>Das Dominikale von Meiergründen . . .</p>		
	Fürtrag		

A n m e r k u n g.

Sollten über die vorstehenden letzten Ertragszweige die Auszüge aus den Rechnungen nicht beigebracht werden können, so wären diese jedoch nach Abschlagung der Bestreitungskosten durch Sachverständige unparteiisch zu erheben, und die Schätzungsurkunden zuzulegen.

Beilags- Nr.		fl. fr.
	Uebertrag	
2	Laut des Auszuges aus dem Dienstgetreid = Register Nr. 2 betragen diese nach dem Durchschnitt der Lokalpreise der letzteren drei Jahre	
3	Laut des Ausz. aus dem Sakzehent = Register Nr. 3, dieser nach obiger Ausschlagung .	
4	Laut des Ausz. aus dem Marchfutterhafer = Register Nr. 4, solcher nach obiger Bemessung	
5	Laut des Ausz. aus dem Landgerichts = Getreid = Register Nr. 5, selbes nach obiger Berechnung	
6	Laut des Ausz. aus dem Piber = Lehen = Register Nr. 6, ingleichen nach obiger Art	
7	Laut Rechnungs = Auszuges Nr. 7, der Feldbau erwähnter Maßen	
8	Laut Rechn. Ausz. Nr. 8, die Wiesmahd erwähnter Maßen	
9	Laut Rechn. Ausz. Nr. 9, die Huthweiden erwähnter Maßen	
10	Laut Rechn. Ausz. Nr. 10, die Weingärten erwähnter Maßen	
11	Laut zuliegender forstmäßig = oder sonstiger Schätzungsurkunde die Waldungen	
12	Laut Rechn. Ausz. Nr. 12, die Zeichnung nach dem Durchschnitt der Lokalpreise der letzten drei Jahre	
13	Ingleichen laut Rechn. Ausz. der Pacht = Kontraktes Nr. 13, die Fischereien	
14	Laut Ausz. aus den Getreidezehent = Registern Nr. 14, die Getreidezehente voran erwähnter Maßen	
15	Laut Ausz. aus dem Bergrechts = Register Nr. 15, das Bergrecht reluirter Maßen im Gelde . und in natura nach obiger Veranschlagung	
16	Laut Ausz. aus den Weinzehent = Registern Nr. 16, der Weinzehent nach dem Durchschnitt der Lokalpreise der letzteren drei Jahre .	
17	Laut Ausz. aus den Tazregistern oder Pacht = Kontraktes Nr. 17, nach obiger Veranschlagung oder nach dem Kontrakte	
18	Laut Ausweises Nr. 18, der Weinschank . .	
19	» » » 19, die Mühlnutzungen .	
20	» » » 20, die Mauthgefälle .	
	Fürtrag	

Beilags- Nr.		fl.	fr.
	Uebertrag		
21	Laut Ausz. aus den Veränderungs- = Gefällen- Büchern Nr. 21, an Laudemien und sonstigen Taxen nach dem Durchschnitte der letzten drei Jahre Ingleichen laut obigen Ausz. an Heimfälligkeits- Gebühren		
	Nebst diesen Erträgnissen bestehen die noch zu dieser Herrschaft oder Gült gehörigen volup- tuarischen Realitäten, als:		
22	In einem Lustgebäude oder Garten zu N., welche vermög der zuliegenden Schätzungs- Urkunde Nr. 22, unparteiisch erhoben worden, um		
23	in einer Jagdbarkeit in den Gegenden N. N. nach der anschließigen Schätzungsurkunde, oder Pacht- Kontraktes Nr. 23		
	Summa des Ertrages		
A b z ü g e .			
24	Laut Abschrift des Kontributions- Zahlungsbogens Nr. 24 bestehet die Entrichtung der Domini- kal- Kontribuzion jährlich in		
25	Laut Abschrift des Zahlungs- Extraktes Nr. 25, der Extra- Anschlag vom Dominikale nach dem letzten Jahre		
26	Laut Abschrift des Zahlungs- Extraktes Nr. 26, der Extra- Anschlag vom Dominikal- Admi- nikulare überwählter Massen		
27	Laut Abschrift des Zahlungs- Extraktes Nr. 27, der Extra- Anschlag über die feindlichen In- vasions- Kosten		
28	Laut Abschrift des Zahlungs- Extraktes Nr. 28, der Körnerlieferungs- Beitrag		
29	Laut Abschrift des Zahlungs- Extraktes Nr. 29, der Kasernen- Beitrag		
30	Laut Auszug aus den Weinausschlags- Zahlungs- Quittungen Nr. 30, der Weinausschlag von den eigenen Weingärten nach dem Durch- schnitte der letzten drei Jahre		
31	Laut Ausz. Nr. 31, die Vergütung des Wein- ausschlags für die Vergrecht- und Zehent- Wei- ne nach dem Durchschnitte der letzten drei Jahre		
	Fürtrag		

Beilage- Nr.					fl.	fr.
	Uebertrag					
32	Laut Rechn. Ausz. Nr. 32, die Besoldungen und Verpflegskosten der Beamten und Dienstleute nach obiger Berechnung					
33	Laut Rechn. Ausz. Nr. 33, die Bestreitungen der Grundstücke					
34	»	»	»	» 34, der Weingärten .		
35	»	»	»	» 35, der Waldungen .		
36	»	»	»	» 36, der Getreidezehente.		
37	»	»	»	» 37, des Weinzehentes .		
38	»	»	»	» 38, des Bergrechtes .		
39	»	»	»	» 39, der Teiche		
40	»	»	»	» 40, der Fischereien . .		
41	»	»	»	» 41, des Tazes		
42	»	»	»	» 42, des Weinschanfes .		
43	»	»	»	» 43, der Mühle		
44	»	»	»	» 44, der Mauthgefälle .		
45	»	»	»	» 45, der Kleinrechte und sonstig. Eindienungen		
46	»	»	»	» 46, der Kanzleirequisiten		
47	»	»	»	» 47, der Werbbezirks- und Landgerichtsauslagen		
48	»	»	»	» 48, der Schul- und Pfarr- beiträge		
49	»	»	»	» 49, des Postporto . .		
50	»	»	»	» 50, der Bothenlöhnungen		
51	»	»	»	» 51, der Reise- und Dia- tenkosten		
52	»	»	»	» 52, der auswärt. Steuern von einigen Gründen an fremde Herrschaften		
Summa der Abzüge						
Werden von dem Ertrage der						
vorstehende Abzüge abgerechnet mit						
so ergibt sich ein reiner Ertrag von						
welcher, zu 5 $\frac{1}{2}$ veranschlagt, einen Kapitalswerth von ausmachet.						
R. R. den						

III. Niederösterreich; f. 2393.

2399. Weg. der n. ö. Reg. v. 26. Dez. 1811, (S. 389) durch hfr. Nr. v. 3. März 1812 II. 88, sammtl. Militärbehörden zur Wissenschaft mitgetheilt.

Nach der in dem 1. §. des Erbst. = Pat. vom 15. Okt. 1810 gemachten Zusicherung, werden in der Beilage die Formularien A u. B, nach welchen die Schätzungsausweise bei Bemessung der Erbsteuer von fruchtbringenden Realitäten eingerichtet werden sollen, und welche alle Nutzungs = Rubriken in sich begreifen müssen, zum verschriftmäßigen Gebrauche in vorkommenden Fällen, hiermit allgemein bekannt gemacht.

Form. A zu 2399.

E r t r ä g n i s s

der Herrschaft

s a m m t

Rubrik Nr.	Benennung der Rubrik.	Ausweis des reinen			
		Erträgniß			
		von 15 Jahren, das ist von 1797 bis 1811		im Jahre 1806	
		fl.	fr.	fl.	fr.
	E m p f ä n g e.				
1	An unveränderlichen Herrnsforderungen:				
	a) An Hausdienst,				
	b) an Ueberländdienst in Geld, in Naturalien,				
	c) an erkaufte Drittelsteuer,				
	d) an reluirtem Küchendienst,				
	e) an Erbpachtzinsen.				
2	An veränderlichen Herrschaftsforde- rungen:				
	a) An Robath und zwar:				
	1) an Reluizionsgeld,				
	2) an Naturalrobath, als:				
	400 Handrobaths = Tage à				
	100 Zugrobathstage à				
	b) an reluirten Körner- Most- } Diensten,				
	c) an Laudemien,				
	d) an Mortuarien,				
	e) an Amtstaren,				
	f) an Inleutsteuer.				
3	An Steuern und andern Beiträgen:				
	a) An Dominikal = Kontributions = Beiträgen,				
	b) an Beiträgen zum Landgerichte.				
4	Von der Feldwirthschaft:				
	a) Von N. Joch Dominikal = Aekern:				
	1) An Körnern,				
	2) an Stroh,				
	b) von N. Tagwerk Wiesen,				

A n s w e i s

N. N.

A n m e r k u n g e n.

Ertrages der Herrschaft N. N. im Viertel N. N.										Summa des Er- trages	Durch- schnitt auf ein Jahr	Bringt in Kapi- tal zu 5 Perzent.	
nach der Rentrechnung													
im Jahre 1807		im Jahre 1808		im Jahre 1809		im Jahre 1810		im Jahre 1811					
fl.	fr.	fl.	fr.	fl.	fr.	fl.	fr.	fl.	fr.	fl.	fr.	fl.	fr.

c) von N. Joch Obstgärten,

d) von N. Joch Ruchengärten,

e) von N. Joch Rustikal=Kefern:

1) an Körnern,

2) an Stroh,

f) von N. Tagwerk Rustikal=Wiefen,

g) an Bestandzins v. verpachteten Grundstücken.

5. Aus der Biehwirthschaft:

a) an Mastochfen,

b) an Kühen,

c) an Kälbern,

d) an Schweinen und Spanferkeln,

e) an Widbern und Lämmern,

f) an Böcken und Ziegen,

g) an Federvieh,

h) an Milch,

i) an Butter,

k) an Schmalz,

l) an Käse,

m) an Eiern,

n) an Wolle,

o) an verpachtetem Weidgenuß.

p) an Pachtzins von Schäferereien.

6. An Weinbau und Getranks=Gefällen:

a) Für verpachtete Wirthshaus= und Schank=
Gerechtigkeiten,

Rubrik Nr.

B e n e n n u n g

d e r

R u b r i k .

Ausweis des reinen

Ertragniß

von 15		im	
Jahren		Jahre	
daß ist		1806	
von 1797			
bis 1811			
fl.	fr.	fl.	fr.

- b) für verpachteten Tag,
- c) für beschriebenen Tag,
- d) von N. Viertel Weingärten,
 - 1) an erzeugtem Wein,
 - 2) an erzeugtem Bräuntwein,
 - 3) an erzeugtem Obstmost,
 - 4) an verkauften Trebern.

7 An Bergrecht und Zehenten:

- a) An Weinzehent,
- b) an Körnerzehent,
- c) an kleinem Feldzehent,
- d) an Blutzehent,
- e) an Sackzehent,
 - 1) durch Verpachtung,
 - 2) durch eigene Benutzung,
- f) an Bergrecht,
 - 1) durch eigene Benutzung,
 - 2) durch Bestand.

8 An Wald- und Forstnuzen:

- a) Für Wildbahn und Reißjagd,
 - 1) durch Bestand,
 - 2) durch eigene Benutzung,
- b) für Weidgenüsse in Wäldern,
- c) für Kohlengenüsse,
- d) für gefälltes Stammholz,
- e) für gefälltes Brennholz,
- f) für gefällte Schnittmaterialien,
- g) an Ersatz der Haker- und Abzieherlöhnungen,
- h) an Nebennutzungen,
 - 1) an Pechzinsen,
 - 2) an Stofgraben,
 - 3) an Baustand,
 - 4) an Graserei.

Ertrages der Herrschaft N. N. im Viertel N. N.										Summa des Er- trages	Durch- schnitt auf ein Jahr	Bringt in Kapi- tal zu 5 Prozent.	
nach der Rentrechnung													
im Jahre 1807		im Jahre 1808		im Jahre 1809		im Jahre 1810		im Jahre 1811					
fl.	fr.	fl.	fr.	fl.	fr.	fl.	fr.	fl.	fr.	fl.	fr.	fl.	fr.

9. An Fischereinnutzung:

- a) von Teichen,
 - 1) durch Verpachtung,
 - 2) durch eigene Benutzung,
- b) von Flüssen,
 - 1) durch Verpachtung,
 - 2) durch eigene Benutzung.

- c) für erzeugte Mauer-, Pflaster- und Kalksteine,
- d) für erzeugten Lehm u. Schotter
- e) für verpachtete Ziegelöfen,
- f) für verpachtete Kalköfen,
- g) für verpachtete Steinbrüche,
- h) für verpachtete Lehm- und Schottergruben.

10. An Bienennutzung:

- a) für erzeugten Honig,
- b) für erzeugtes Wachs,
- c) für verkaufte Bienenstöcke.

16. An Weg-, Brücken- und Ueberfuhrgefallen:

- a) für verpachtete Mäuthe,
- b) aus der eigenen Erhebung,
- c) an Gestättenrecht,
- d) für verpachtete Ueberfuhren.

11. An Bräuhäusnuzen:

12. An Mühlnuzen:

13. Von Glashütten:

14. Von herrschaftlichen Schmieden, Fleischbänken und Backöfen:

- a) Aus der eigenen Benutzung,
- b) aus der Verpachtung.

17. An Beamten- und Akzidenzien:

- a) Von der Kanzlei,
- b) von dem Kastenamte,
- c) von dem Kelleramte.

15. An Materialien:

- a) für erzeugten Kalk,
- b) für erzeugte Ziegel,

Summa des Empfanges

A u s

Rubrik = Nr.	B e n e n n u n g d e r R u b r i k.	Ausgabe			
		von 15 Jahren, das ist von 1797 bis 1811		im Jahre 1806	
		fl.	fr.	fl.	fr.
	I. O r d e n t l i c h e.				
1	Auf landesfürstliche Dominikal-Kon- tribuzion: a) Ordinäre Dominikal-Steuer, b) Tazsteuer.				
2	Auf auswärtige Zins- und Steuer- Beiträge: a) Dienst zu fremden Grundbüchern, b) Rustikal-Kontribuzionen dahin, c) Gewähres-Renovazionen, d) Lehen-Taren, e) Taz und Umgeld zu fremden Obrigkeiten, f) Zimentirungs-Beitrag.				
3	Auf Stiftungen und fromme Gaben: a) Auf Unterhaltung des Spitals, b) auf Krankenversorgungs-Häuser, 1) im Gelde, 2) in Naturalien, c) auf verschiedene Kirchen-Auslagen.				
4	Auf Unterhaltungen der Pfarreien und Schulen: a) Für Beiträge zum Unterhalte der Pfarrer und Benefiziaten, b) für Beiträge der Schullehrer, 1) in Gelde, 2) in Naturalien, c) für Erhaltung der Pfarrgebäude, d) für Erhaltung der Schulgebäude.				

g a b e n.

nach den Rechnungen										Summa des Er- trages	Durch- schnitt auf ein Jahr	Bringt in Kapi- tal zu 5 Perzent.	
im Jahre 1807		im Jahre 1808		im Jahre 1809		im Jahre 1810		im Jahre 1811					
fl.	fr.	fl.	fr.	fl.	fr.	fl.	fr.	fl.	fr.	fl.	fr.	fl.	fr.

5. Auf Besoldungen:

- Für das Amts-, Wirthschafts- und Forst-
personale.
- für die Richter,
- auf Bestellungen,
- den Beamten als Theil der Besoldung
überlassene Kanzlei-Absidenzien.

6. Auf Deputate:

- Für das Amts-, Wirthschafts- und Forst-
personale,
- für die Richter,
 - in Naturalien,
 - im Ablösungs-Betrage.

7. Auf Quartiergelder:

- Für das Amts-, Wirthschafts- und Forst-
personale.

8. Auf Kanzlei-Unkosten:

- Bestimmte,
- unbestimmte,
- auf Postporto,
- auf Botenlohn,
 - bestimmten,
 - unbestimmten.

Rubrik = Nr.	Benennung der Rubrik.	Ausgabe			
		von 15 Jahren, das ist von 1797 bis 1811		im Jahre 1806	
		fl.	fr.	fl.	fr.
9	Auf Diäten- und Reisegelder: a) bestimmte, b) unbestimmte.				
10	Auf die Feld- und Viehwirthschaft:				
11	Auf Bergrecht u. Zehenteinbringung:				
12	Auf Weinbau-, Keller- und Schaaf- Unkosten:				
13	Auf Wald- und Forst-Unkosten:				
14	Auf Teich- und Fischereikosten: a) Für erkaufte Einsezfische, b) für Abfischungs-Unkosten, c) für Fanggeld.				
15	Auf die Bienenzucht: a) Für erkauften Futterhonig, b) für erkaufte Bienenstöcke.				
16	Auf Bräuhäus-Unkosten:				
17	Auf Mühl-Unkosten:				
18	Auf Bearbeitung der Glashütten:				
19	Auf die herrschaftlichen Schmieden, Fleischbänke und Backöfen:				
20	Auf Materialienerzeugungs-Unkosten:				

nach der Rechnung					Summa des Er- trages	Durch- schnitt auf ein Jahr	Bringt in Kapi- tal zu 5 Prozent.
im Jahre 1807	im Jahre 1808	im Jahre 1809	im Jahre 1810	im Jahre 1811			
fl. fr.	fl. fr.	fl. fr.	fl. fr.	fl. fr.	fl. fr.	fl. fr.	fl. fr.

21. Auf Weg-, Brücken- und Ueberfuhr-
Gefälle:

- a) Auf Weg- und Straßen-Reparationen,
- b) auf Herstellung der Wasserschluchten und
Brücken,
- c) auf Ueberfuhrskosten,
- d) auf Manthafzidenzien.

22. Auf Gebäude-Reparationen:

23. Auf Landgerichtskosten:

II. Außerordentliche.

24. Auf landesfürstliche Kontribution
pro dominicali:

25. Auf andere öffentliche Abgaben:

26. Auf Naturallieferungen:

27. Auf Pensionen und Provisionen:

Summa der Ausgaben

B i l a n c e.

Empfänge
Ausgaben

Bleibt also reiner Ertrag

A n m e r k u n g e n.

Zu dem entworfenen Formulare A. des reinen Ertrags einer Realität vor allem kommt zu bemerken, daß

1. dieses Formular nur für ganze Herrschaften entworfen, aber auch für einzelne Frei- und Wirthschaftshöfe, dann für alle fruchtbringenden Rechte und Gerechtigkeiten, als: Zehnten, Taz- und Umgeld, die erkaufte Drittelsteuer u. dgl., welche nach dem, dem Erbst. = Pat. v. 15. Okt. 1810 beigedruckten Formulare A, wenn sie nicht ohnedieß eine Zugehörung einer Herrschaft oder andern Realität sind, in der Erbsteuer-Ausweisung und zwar in die dritte Rubrik besonders anzusezen kommen, keineswegs aber für Eisen- und Kupferhammerwerke und Glasöfen, in Ansehung welcher die nach den bestehenden eigenen höchsten Vorschriften vorgenommene Schätzungen der Erbsteuer-Ausweisung beizulegen sind, und eben so wenig für unterthänige Häuser, sammt den dazu gehörigen Hausgründen, dann auf die Häuser in den landesfürstlichen Städten und Märkten anwendbar sei;

2. für die Häuser in der Haupt- und Residenzstadt Wien, die Erträgniß-Ausweise nach dem weitem Formulare B. zu verfassen seien;

3. in Ansehung der Häuser in den übrigen landesfürstlichen oder herrschaftlichen Städten und Märkten, bei welchen sich ein sicherer Ertrag zu 5 Proz. nicht wohl ausmitteln läßt, dann der Unterthanshäuser sammt den dazu gehörigen Hausgründen aber in jedem Falle eine nach den bestehenden Gesetzen auf Kosten der Erben vorzunehmende gerichtliche Schätzung beizubringen sei, und daß,

4. da in diesem Formular alle mögliche Empfangs- und Ausgabs-Rubriken erscheinen, in dem der Erbsteuer-Ausweisung beizulegen kommenden Erträgniß-Ausweise nur jene Rubriken, welche bei der Herrschaft wirklich bestehen, anzusezen, und die übrigen ganz wegzulassen seien.

D i e E m p f ä n g e

sind aus den Rechnungen zu erheben, überhaupt nach einem sechsjährigen, die Kanzleigefälle aber nach einem fünfzehnjährigen Durchschnitte anzunehmen.

Bei der Feld- und Viehwirthschaft, dem Weinbau und allen übrigen Erzeugnissen ist das in dem Zeitraume der sechs Durchschnitts-Jahre erzeugte, ohne Unterschied, ob es verkauft, zum eigenen Gebrauch und auf Deputate verwendet worden, oder noch vorrätbig ist, anzusezen, und diese Erzeugnisse sowohl, als die Zehnte, dann Körner- und Most-Dienste, nach den in jedem der angenommenen sechs Jahre bestandenen Lokalpreisen aufzuführen.

D i e A u s g a b e n

sind ebenfalls aus den Rechnungen zu erheben, im Allgemeinen nach einem sechsjährigen, nur die Lebens- Taxen von einem Falle, in einem fünfzehnjährigen Durchschnitte anzunehmen.

Bei den Rubriken auf Stiftungen und fromme Gaben, dann auf Unterhaltung der Pfarreien und Schulen, sind nur jene Beiträge und Auslagen in Abzug zu bringen, welche unmittelbar aus den herrschaftlichen Renten bestritten werden.

Bei der Feld- und Viehwirthschaft, dem Weinbau und übrigen Rubriken sind nur die Beurbarungs-, Einbringungs- und Erzeugungs-Kosten, keineswegs aber die zum eigenen Gebrauche und auf Deputate verwendeten Naturalien in Abzug zu bringen, da erstere, so wie die verkauften, zum reinen Ertrage mitgehören, die Beiträge und Deputate aber obnehin bei den betreffenden Rubriken nach den in den angenommenen sechs Jahren bestandenen Kurrent-Preisen in Ausgabe erscheinen.

Bei der Rubrike auf Gebäude-Reparazionen sind nur die auf die Wirthschafts-Gebäude verwendeten Kosten, mit Einbegriff der Handwerksleute, dann der erkauften oder aus eigener Erzeugung verwendeten Materialien, nach dem Kurrent-Preise in Abzug zu bringen, das auf die herrschaftlichen Schlösser, Lustgebäude, dann Zier- und Lustgärten Verwendete aber ganz wegzulassen, da sie als keine Erträgniß abwerfenden Theile der Herrschaft, im Erträgniß-Ausweise auch beim Empfange nicht erscheinen, sondern in die zweite Rubrik der Erbsteuer-Ausweisung in ihrem Schätzungswerthe anzusetzen sind.



Form. B zu 2399.

N u s w e i s

des reinen Ertrages des Hauses in der Stadt Wien Nr. —
» » » » » » » » Vorstadt N. N. Nr. —

Nr.		fl.	kr.
E m p f a n g.			
Unter der Erde:			
1	Ein Keller		
2	Ein detto		
3	Eine Holzlege		
Zu ebener Erde:			
4	Ein Gassengewölb		
5	Ein detto		
6	Eine Stallung auf sechs Pferde, sammt Wagenschupfen auf zwei Wagen, Geschirrkammer und Heugewölb		
7	Eine Stallung auf zwei Pferde, und Wagenschupfen auf einen Wagen		
8	Ein Magazin		
9	Eine Wohnung auf die Gasse		
10	Eine detto im Hofe		
11	Ein Garten		
Im ersten Stof:			
12	Eine Wohnung auf die Gasse		
13	Eine detto » » »		
14	Eine detto im Hofe		
Im zweiten Stof:			
	detto detto		
Im dritten Stof:			
	detto detto		
Im vierten Stof:			
	detto detto		
Summa des Empfanges			

Nr.		fl.	fr.
A u s g a b e.			
	Haussteuer		
	Hofquartiergeld		
	Laterngeld		
	Außerordentliche Steuer und Natural-Lieferungs- Beiträge		
	Ziegeldeker = Bestallung		
	Rauchfangkehrer = Bestallung		
	Summa der Ausgabe		
	Wenn von dem Empfange pr.		
	Die Ausgaben abgezogen werden mit		
	So verbleibt ein reiner Ertrag von		
	Welcher zu 5 % im Kapital angeschlagen beträgt		

A n m e r k u n g e n

zu dem entworfenen Formulare B. des reinen Ertrages eines Hauses.

Die Zinsungen sind anzunehmen, wie sie im letzten Lebensjahre des Erblassers wirklich bestanden haben.

Für die Wohnungen, welche nicht vermiethet sind, sondern von dem Hausinhaber selbst bewohnt und benützt werden, so wie für jene, welche jemanden, es sei nun schon lebenslänglich, oder nur auf bestimmte Zeit, unter was immer für Bedingungen, zinsfrei überlassen sind, oder leer stehen, ist jener Zinsbetrag ganz ohne Abzug anzusetzen, welcher erhalten werden würde, wenn sie vermiethet wären.

Für die Wohnungen, welche vormalz zu Hofquartieren bestimmt waren, ist nicht, wie in den zur Bestimmung der jährlich einzureichen kommenden Zins-Fassionen, nur die Hofquartierstare, sondern der ganze Zins anzusetzen, welcher dafür eingenommen wird.

IV. Oberösterreich; f. 2393.

2400. Bdg. der v. ö. Reg. v. 31. Aug. 1812 (G. 61).

Nach der in dem 1. §. des Erbft. = Pat. v. 15. Oktb. 1810 gemachten Zusicherung, wird in der Anlage das Formular, eigentlich Auktionen-Verzeichniß, nach welchem die Schätzungsausweise bei Bemessung der Erbsteuer von fruchtbringenden Realitäten eingerichtet werden sollen, und welche alle Erträgnis-Zweige in sich begreifen müssen, zum vorschriftmäßigen Gebrauche in vorkommenden Fällen hiemit allgemein bekannt gemacht und verordnet:

1) Die Angaben in diesem Schätzungsausweise müssen auf die geführten dießfälligen Rechnungen, oder auf genaue und legal ausgewie-

sene, obrigkeitlich bestätigte Erhebungen gegründet sein; in deren Ermangelung hat nach Weisung des Erbst.=Pat. die Ueberreichung der gerichtlichen Schätzungs-Urkunde einzutreten, welche, dem Gesetze gemäß, auf Kosten der Erben erwirkt werden muß.

2) Die Empfänge und Ausgaben sind in der Regel nach einer zehnjährigen, die Targefälle aber, und die Lehentaren von einem Falle nach einem fünfzehnjährigen Durchschnitte von dem Zeitpunkte an, wo der Sterbfall eingetreten ist, zu berechnen, im Falle die Rechnungen von diesen Jahren nicht bestehen sollten, ist der Rechnungs-Durchschnitt der letzten Jahre, von welchen die Rechnungen vorhanden sind, anzunehmen.

3) Können in dem Erträgnis=Ausweise jene Nutzungs=Rubriken, welche in dem Formulare vorkommen, in der Verlassenschaft aber nicht bestehen, gänzlich übergangen werden, dagegen aber müssen jene, welche in dem Formulare nicht erscheinen, in der Verlassenschaft aber vorfindig sein sollten, in denselben aufgeführt werden; da alle Gegenstände, die bei einer Realität angetroffen werden, und einen bleibenden Theil derselben ausmachen, in diesem Erträgnis=Ausweise einzubeziehen sind.

4) Bei den Empfangs=Rubriken der Feld= und Viehwirthschaft, dann aller übrigen Erzeugnisse, ist das in jedem der angenommenen Durchschnitts=Jahre erzeugte, ohne Unterschied, ob es verkauft, zum eigenen Gebrauche und auf Deputate verwendet worden, oder noch vorräthig ist, anzusetzen, und diese Erzeugnisse sowohl, als die Zehente, dann Körner= und übrigen Natural=Dienste, sind nach den in jedem der angenommenen Durchschnitts=Jahre bestandenen Lokalpreisen einzuführen.

5) Bei den Ausgabe=Rubriken der Feld= und Viehwirthschaft, dann der übrigen Abzugsposten sind nur die Beurbarungs=, Einbringungs= und Erzeugungskosten, keinesweges aber die zum eigenen Gebrauche und auf Deputate verwendeten Naturalien in Abzug zu bringen, da erstere, so wie die verkauften, zum reinen Ertrage mitgehören, die Beiträge und Deputate aber ohnehin bei den betreffenden Rubriken nach den in den angenommenen Durchschnittsjahren bestandenen Kurrent=Preisen in Ausgabe erscheinen.

6) Die Preise der Körner, des Holzes und aller übrigen Gegenstände, welche in den Empfangs= und dann auch wieder in den Ausgabe=Rubriken erscheinen, sind in dem gleichen Betrage im Empfange wie in der Ausgabe anzusetzen, z. B. die Körner, das Holz, sind in eben denselben Preisen in den Empfangs=Rubriken der Feldwirthschaft und des Forstnuzens einzustellen, wie sie in der Ausgabrubrik auf Deputate eingestellt werden, oder der Ankaufspreis der Gerste ist bei der Rubrik auf Bräuhauskosten in dem gleichen Betrage aufzuführen, wie der Preis der Gerste bei der Rubrik an Feldwirthschaftsnutzen in Empfang gestellt ist.

7) Endlich ist der nach dieser Vorschrift und dem nachfolgenden Formular verfaßte Erträgnis=Ausweis von den Erben, und bei Landgütern nebstbei auch von den ersten Beamten zu fertigen, und wenn das Real=Vermögen nicht der eigentlichen Abhandlungsbehörde, sondern einer andern Real= oder grundobrigkeitlichen Jurisdikzion untersteht, von der gehörigen Real=Instanz bestätigt, dem Erbsteuer=Ausweise beizulegen.

Tabriken: Verzeichniß

zum Aufschlage einer Dominikal- oder Rustikal-Realität für die Belegung mit der Erbsteuer.

In der Verlassenschaft des N. N., im N. Kreise — Ortschaft befindet sich folgende fruchtbringende Realität. (Hier ist die Dominikal- oder Rustikal-Realität zu benennen, und der Flächeninhalt der hiebei befindlichen Grundstücke nach Aekern, Wiesen, Waldungen *cc.* *cc.* zu bezeichnen, oder das auf dem Hause befindliche Gewerbe anzuführen.)

	fl.	fr.
An nutzbaren Gebäuden:		
Das Gebäude N. N. sub. Nr. conser. — nach Lokal-Umständen im Zinse verglichen, oder an wirklichen Zinsen laut Beilage Nr. — mit — fl. — fr.		
hievon die gewöhnlichen jährlichen Reparaturs-Kosten laut Beilage Nr. — mit . — fl. — fr.		
dann sonstige Abgaben und Lasten laut Beilage Nr. — mit — » — »		
<hr/> Zusammen — fl. — fr.		
Verbleiben an reinem Erträgniß		
Dieses jährliche Erträgniß im Kapitale zu 5 % vom Hundert angeschlagen beträgt — fl. — fr.		
wovon die Erbsteuer zu entrichten kommt mit — fl. — fr.		

A n m e r k u n g.

Die Zinsungen sind anzunehmen, wie sie im letzten Lebensjahre des Erblassers wirklich vorhanden haben. Wenn ein Gewerbe, ohne sonstige Grund-Erträgniß oder Feldwirthschafts-Benuzung, mit dem Besitze eines Hauses verbunden ist, so ist dieses mit seinem jährlichen Benuzungs-Ertrage nach dem oben angeführten Zinsen-Erträgnisse anzusetzen.

Anschlag der Dominikal- oder Rustikal-Realität, welche mit dem Bezuge von Protokolls-Gefällen, oder dem Genuße einer Feldwirthschaft, oder nebstbei eines Gewerbes u. u. verbunden ist.

E m p f ä n g e.

I. Unveränderliche Einkünfte in barem Gelde, und zwar:

- 1) Urbargeldgaben der Unterthanen,
 - 2) Grunddienste, Bogtdienste und andere paktirte Dienste, als:
 - a) Landsteuer,
 - b) Paktirtes Kobathgeld,
 - c) Natural-Reluizion von Körnern u. Ruchendiensten u.
 - d) Ueberlandsteuer,
 - e) Laudemien-Reluizion,
 - f) Paktirtes Zehentgeld,
 - g) Zinse von neu erbauten Häusern,
 - h) Zinse von vererbachten Grundtheilen,
 - i) Brunddienste, Grunddienste anderer Art — u. s. w.,
- nach einem — jährigen Durchschnitt laut Beilage Nr. — berechnet, beträgt selbes auf ein Jahr

II. An Laudemien:

nach einem — jährigen Durchschnitt laut Beilage Nr. — berechnet, beträgt selbes auf ein Jahr

III. An Mortuarien, obrigkeitlicher Nachsteuer:

nach einem — jährigen Durchschnitt laut Beilage Nr. — berechnet, beträgt selbes auf ein Jahr

IV. An veränderlichen Einkünften in bar/m Gelde, und zwar:

- a) Zulentz-, Holden- oder Schutzsteuer,
- b) Standgeld von Kirch- oder Jahrmärkten,
- c) Zinse von herrschaftlichen Gebäuden,
- d) Zinse von verschiedenen ausübenden Berechtigten,
- e) Konzessions-Gelder,
- f) Wasenmeisterei-Bestand,
- g) Schottergruben-Bestände,
- h) Schutzzelder von Handwerkszünften,
- i) Wassergerichtsmauth,
- k) Dehlstampfertrag,
- l) Scheiter-Dungfuhren u.

fl.

kr.

fl. fr.

m) Ertrag von den, mit dem Besitze einer Realität verbundenen Berechtigkeiten, z. B. Fleischhauers-, Wirths-, Bäkers-Berechtigung,

n) Natural Nebath, z. B. von 100 Tage Handnebath à sämtlichen Unterthanen 200 Tage Zugnebath à u. s. w.

nach einem — jährigen Durchschnitt berechnet, laut Beilage Nr. — beträgt selbes auf ein Jahr

V. An Amts- und dergleichen gesetzlichen Bezügen, als:

a) adeliche Richteramts- und Taxen,

b) Grundbuchs- und Taxen,

c) Lehen- und Taxen,

d) Justiz- und Taxen u. s. w.

nach einem — jährigen Durchschnitt berechnet, laut Beilage Nr. — beträgt selbes auf ein Jahr

VI. An Fleisch- und Getränk-Absätzen, als:

a) Tagz-Bestände von Wirthen,

b) Kontraktmäßiges Weinvorlaggeld von einmaligen herrschaftlichen Wirthshäusern,

c) Taggeld durch eigene Bestechung,

d) Musik-Zinnsatz,

nach einem — jährigen Durchschnitt berechnet, laut Beilage Nr. — beträgt selbes auf ein Jahr

VII. An Pachtzinsungen von ganzen Gütern u. Realitäten:

nach einem — jährigen Durchschnitt berechnet, laut Beilage Nr. — beträgt selbes auf ein Jahr

VIII. An Steuern und anderen Beiträgen, als:

a) Dominikal-Kontributions-Beiträge,

b) Stiftungs-Beiträge,

c) andere Steuer-Beiträge,

nach einem — jährigen Durchschnitt berechnet, laut Beilage Nr. — beträgt selbes auf ein Jahr

IX. An Feldwirthschafts-Nutzen:

a) vom Joch Dominikal Acker

1) an Körnern,

2) an Stroh,

3) an Futterkräutern, Hülsenfrüchten, Hanf, Flachs,

- b) vom Tagwerk Wiesen, an Heu, Grummet,
- c) vom Joch Obstgärten,
- d) vom Joch Küchengärten,
- e) vom Joch Rustikal-Aefern
 - 1) an Körnern,
 - 2) an Stroh,
 - 3) an Futterkräutern, Hülsenfrüchten, Hanf, Flachs,
- f) vom Tagwerk Rustikal-Wiesen,
- g) vom Joch Rustikal-Obstgärten,
- h) vom Joch Rustikal-Küchengärten,
- i) an Bestandzins von verpachteten Grundstücken,
- k) an verkauftem Zwetschken- Branntwein, Obstmost u. Essig,

nach einem — jährigen Durchschnitt berechnet, laut Beilage Nr. — beträgt selbes auf ein Jahr

X. An der Viehwirtschafts = Nutzung:

- a) für verkaufte Pferde,
- b) für » Rindviehgattungen,
- c) für » Milch, Butter, Schmalz, Rüh- oder Schaffäse,
- d) für verkaufte Pferd-, Rindvieh- und Schweinhäute,
- e) für verpachtete ganze Schäfereien,
- f) für verkauftes Schafvieh,
- g) für verkaufte Schafwolle,
- h) für verkaufte Schaffelle,
- i) für verkauftes Borstenvieh,
- k) für verkauftes Geflügel und Eier,

nach einem — jährigen Durchschnitt berechnet, laut Beilage Nr. — beträgt selbes auf ein Jahr

XI. An verkauften Materialien und Requisitionen, und zwar:

- a) für verkauften Gips,
- b) » » Kreide,
- c) » » Frauenstein,
- d) » » Kalk,
- e) für verkaufte Ziegel,
- f) » » Mauer- und Pflastersteine,
- g) » » eiserne Waaren,
- h) für verkauftes Blei,
- i) » » Haar und Hanf,
- k) für verkaufte leinene Waaren,
- l) » » hölzerne detto,

fl. | fr.

m) für verpachtete Ziegelbrennereien,

n) » » Kreide-, Stein- oder Gipsbrüche,

u. f. w.,

nach einem — jährigen Durchschnitt berechnet, laut Beilage
Nr. — beträgt selbes auf ein Jahr**XII. An Weinbau- und Getränke-Gefällen:**nach einem — jährigen Durchschnitt berechnet, laut Beilage
Nr. — beträgt selbes auf ein Jahr**XIII. An Bräuhäus-Nutzen:**

a) aus eigener Benützung,

b) durch zeitliche Verpachtung,

nach einem — jährigen Durchschnitt berechnet, laut Beilage
Nr. — beträgt selbes auf ein Jahr**XIV. An Brannwein-Nutzen:**

a) durch eigene Benützung,

b) durch zeitliche Verpachtung,

nach einem — jährigen Durchschnitt berechnet, laut Beilage
Nr. — beträgt selbes auf ein Jahr**XV. An Naturaldienst und Zehent-Nutzen:**

a) für verpachtete Körnerzehente oder Dienste,

b) für verkaufte Zehentkörner detto

c) für abgelöste Zehentkörner detto

d) für verkauftes Zehentschmalz detto

e) für abgelöstes derlei detto

f) für verkauftes Zehentstroh detto

g) für abgelöstes derlei detto

h) für gehobene Zehente detto

i) für verkauften Zehentflachs und Hanf detto

k) für abgelösten derlei detto u. f. w.,

nach einem — jährigen Durchschnitt berechnet, laut Beilage
Nr. — beträgt selbes auf ein Jahr**XVI. An der Forstnutzung, und zwar:**

a) für Waldzinsen,

b) für Forstzinsen,

c) für Koblzinsen,

d) für verkauftes Stammholz,

e) für verkaufte Schnittmaterialien,

f) für verkauftes hartes Brennholz,

g) für » weiches derlei,

fl. fr.

- h) für verkaufte Schindeln,
- i) an Bau, Spelt- und verschiedenen Holzstokrechten,
- k) an Schnitt- und Sägholz-Stokrecht,
- l) an Wasserstokrecht,
- m) an Schreibgeldern von Kahlholz,
- n) an » » Wasserholz,
- o) an Wagnerholz und
- p) an Tischlerholzbestand,
- q) an Pechmaß-Bestand,
- r) an Waldschaden-Ersatz,
- s) an Scheiterholz, Stokrechten u. s. w.,

nach einem — jährigen Durchschnitt berechnet, laut Beilage Nr. — beträgt selbes auf ein Jahr

XVII. An der Jägerei-Nutzung, und zwar:

- a) für verpachtete Wildbähne,
- b) für verkaufte Wildpret,
- c) für verkaufte Wilddecken und Bälge,
- d) für » Hirschgeweihe,
- e) an Wildschaden-Ersatz u. s. w.,

nach einem — jährigen Durchschnitt berechnet laut Beilage Nr. — beträgt selbes auf ein Jahr

XVIII. An Teiche-, Bäche- und Flussfischerei-Nutzen:

- a) für verpachtete Teiche und Bäche,
- b) für verkaufte Fische u. s. w.,

nach einem — jährigen Durchschnitt berechnet, laut Beilage Nr. — beträgt selbes auf ein Jahr

XIX. An Mühlen-Nutzen:

- a) durch eigenen Betrieb,
- b) durch Verpachtung,

nach einem — jährigen Durchschnitt berechnet, laut Beilage Nr. — beträgt selbes auf ein Jahr

XX. An Bienen-Nutzen:

nach einem — jährigen Durchschnitt berechnet, laut Beilage Nr. — beträgt selbes auf ein Jahr

XXI. An Weg-, Brücken- und Ueberfuhrs-Gefällen:

- a) Mauth-Gefälle aus der eigenen Erhebung,
- b) durch Verpachtung derselben,

nach einem — jährigen Durchschnitt berechnet, laut Beilage Nr. — beträgt selbes auf ein Jahr

fl. fr.

XXII. An Mängel-Erfäzen:

nach einem — jährigen Durchschnitt berechnet, laut Beilage Nr. — beträgt selbes auf ein Jahr

XXIII. An verschiedenen Empfängen:

nach einem — jährigen Durchschnitt berechnet, laut Beilage Nr. — beträgt selbes auf ein Jahr

XXIV. An älteren Rentresten:

nach einem — jährigen Durchschnitt berechnet, laut Beilage Nr. — beträgt selbes auf ein Jahr

Summa der Empfänge

Ausgaben.**I. Auf landesfürstliche Steuern oder herrschaftliche Gaben, als:**

- a) ordinäre Dominikal-Steuer,
- b) ordinäre Rustikal-Steuer von eigenen Rustikal-Gründen,
- c) Tagsteuer,
- d) Fortifikationssteuer,
- e) bei Schätzung von Rustikal-Gründen jene Abgaben, welche der Grund-, Zehent- und Vogtherr beziehen, als:
 - 1) unveränderliche Urbarialgaben in Geld,
 - 2) Naturaldienste oder deren Reluizion,
 - 3) Zehente detto
 - 4) Robathen detto
 - 5) Forsthafer, Stofrechte und Waidzinse,
 - 6) Freigeld, wenn selbes nicht etwa ohnehin bei den entrichteten Gebühren in Abzug gebracht ist. u. s. w.

nach einem — jährigen Durchschnitt berechnet, laut Beilage Nr. — beträgt selbes auf ein Jahr

II. Auf auswärtige Zinsen und Steuerbeiträge:

- a) zu fremden Dominien,
- b) Steuern an Privat-Grundbesitzer nach geschlossenen Verträgen,
- c) Lehen-Taren,
- d) Tag- und Umgeld, dann Masik-Impost u. s. w.,

nach einem — jährigen Durchschnitt berechnet, laut Beilage Nr. — beträgt es auf ein Jahr

III. Auf Stiftungen und fromme Gaben, als:

- a) Verpflegung der armen Holzhauer,
- b) derselben Heilungskosten,
- c) Unterhalt der Spitäler,
- d) verschiedene Kirchenauslagen,
- e) Sammlung der Barmherzigen, des Armen-Instituts,
- f) gestiftete jährliche Gaben, u. s. w.,

nach einem — jährigen Durchschnitt berechnet, laut Beilage Nr. — beträgt es auf ein Jahr

IV. Auf Unterhaltung der Schulen und Pfarreien:

- a) Beiträge und Besoldungen der Pfarrer und Benefiziaten,
- b) Beiträge und Besoldung der Schullehrer,
- c) Erhaltung der Pfarrgebäude,
- d) » » Schulgebäude,
- e) Schulbeheizungskosten=Beiträge u. s. w.,

nach einem — jährigen Durchschnitt berechnet, laut Beilage Nr. — beträgt selbes auf ein Jahr

V. Auf Besoldungen und Bestellungen, als:

- a) des Amtspersonales,
- b) des Jagd- und Forstpersonales,
- c) des Meier- und Wirthschaftspersonales,
- d) der Fischer, See-, Teichhüter,
- e) der Ortsrichter,
- f) Bestellungen verschiedener Art — der Kaminfeger, Nachtwächter, Brunnführer, Hebamme u. s. w.

nach einem — jährigen Durchschnitt berechnet, laut Beilage Nr. — beträgt selbes auf ein Jahr

VI. Auf Deputaten-, Ablösungen-, Dienstpferde:

- a) vom Amtspersonal,
- b) vom Jagd- und Forstpersonale,
- c) vom Fischer, See-, Teichhüter,
- d) vom Ortsrichter,
- e) vom Meier- und Wirthschaftspersonal u. s. w.

nach einem — jährigen Durchschnitt berechnet, laut Beilage Nr. — beträgt dieses auf ein Jahr

fl. fr.

VII. Auf Kanzlei-Erfordernisse:

- a) bestimmt,
- b) unbestimmt,

nach einem — jährigen Durchschnitt berechnet, laut Beilage Nr. — betragen selbe auf ein Jahr

VIII. Auf Postporto und Botenlöhningen, als:

- a) Postporto,
- b) bestimmter Botenlohn,
- c) unbestimmter detto u. s. w.

nach einem — jährigen Durchschnitt berechnet, laut Beilage Nr. — betragen selbe auf ein Jahr

IX. Auf Diäten und Reisegelder:

- a) bestimmte,
- b) unbestimmte, u. s. w.,

nach einem — jährigen Durchschnitt berechnet, laut Beilage Nr. — betragen selbe auf ein Jahr

X. Auf Beamten-Remunerationen, als:

nach einem — jährigen Durchschnitt berechnet, laut Beilage Nr. — betragen selbe auf ein Jahr

XI. Auf Kosten bei verpachteten ganzen Gütern und Realitäten:

nach einem — jährigen Durchschnitt berechnet, laut Beilage Nr. — betragen selbe auf ein Jahr

XII. Auf Feldwirthschaftskosten:

- a) Für Schnitter- und sonstige Arbeitslöhningen, auch Verpflegung der Robather,
- b) für erkaufte Heu und Grummet,
- c) für erkaufte Stroh,
- d) für » Getreide,
- e) für erkaufte Sämereien,
- f) für erkauften Flachs und Hanf,
- g) für erkaufte Mehlwerk,
- h) für erkauften Dünger,
- i) für Kastenamts- und Körnerumschlagungs-Auslagen,
- k) für Getreidkasten-Miethzins u. s. w.,

nach einem — jährigen Durchschnitt berechnet, laut Beilage Nr. — betragen selbe für ein Jahr

fl.

fr.

XIII. Auf Viehwirthschaftskosten:

- a) für erkaufte Pferde,
- b) für erkaufte Rindvieh,
- c) für erkaufte Milch, Butter, Schmalz und Käse,
- d) für erkaufte Schaf- und Borstenvieh, dann Geflügel,
- e) für Schaffsheerlohn,
- f) für Leder- und Gerberlohn u. s. w.,

nach einem — jährigen Durchschnitt berechnet, laut Beilage Nr. — betragen selbe für ein Jahr

XIV. Auf Handwerker und Tagelöhner:

- a) für Riemer,
- b) für Wagner,
- c) für Schmiede,
- d) für Schlosser,
- e) für Seiler,
- f) für Sattler,
- g) für Glaser,
- h) für Töpfer,
- i) für Sägmeister,
- k) für Tagelöhner, u. s. w.,

nach einem — jährigen Durchschnitt berechnet, laut Beilage Nr. — betragen selbe für ein Jahr

XV. Auf Materialien und Requisiten:

- a) für erkaufte Salz und Kern,
- b) für erkaufte Kalk,
- c) für erkaufte Ziegel,
- d) für » Mauer- und Pflastersteine,
- e) für » eiserne Waaren,
- f) für » leinene detto
- g) für » hölzerne detto
- h) für gepachtete Ziegelbrennerei,
- i) für » Stein- und Gipsbrüche u. s. w.,

nach einem — jährigen Durchschnitt berechnet, laut Beilage Nr. — beträgt diese Auslage auf ein Jahr

XVI. Auf Mülhkosten:

nach einem — jährigen Durchschnitt berechnet, laut Beilage Nr. — beträgt diese Auslage auf ein Jahr . .

XVII. Auf Einhebung der Naturaldienste und Zehente:

- a) für Einbringung des Vogt- und Futterhafers oder der Dienste,

b) für Zehentbeschreibungskosten,
 e) für Einbringungskosten der Feldzehente u. s. w.,
 nach einem — jährigen Durchschnitt berechnet, laut Beilage
 Nr. — beträgt diese Auslage auf ein Jahr . . .

XVIII. Auf Weingefällskosten:

nach einem — jährigen Durchschnitt berechnet, laut Beilage
 Nr. — beträgt diese Auslage auf ein Jahr . . .

XIX. Auf Bräufkosten, als:

a) auf Malzankauf,
 b) auf Ankauf der Gerste,
 c) auf » des Hopfens,
 d) auf verschiedene Ankäufe, als:
 e) auf Reparaturen der Requisiten u. s. w.,
 nach einem — jährigen Durchschnitt berechnet, laut Beilage
 Nr. — betragen selbe für ein Jahr . . .

XX. Auf Brauntwein-Erzeugungskosten:

a) Ankauf der Requisiten,
 b) auf Reparatur derselben u. s. w.,
 nach einem — jährigen Durchschnitt berechnet, laut Beilage
 Nr. — betragen selbe für ein Jahr . . .

XXI. Auf Forstkosten, und zwar:

a) auf Erhaltung der Schwemm- und Rechengebäude,
 b) auf Erweiterung und Räummung des Schwemmbaches,
 c) auf Holzhacker-Lohnungen,
 d) auf Holzabzieher-Lohnungen,
 e) auf Holzschwemm-Lohnungen,
 f) auf Holzausbringer-Lohnungen,
 g) auf Holzaufrichter-Lohnungen,
 h) auf Fuhrlohn auf die Legstätte,
 i) auf Entschädigung der durch Holzschwemmen beschä-
 digten Grundbesitzer,
 k) auf Sammlung oder Anschaffung des Holzsamens,
 l) auf Anbau und Einfriedung der Waldungen,
 m) auf Senkling-Ausbringerlohn,
 n) für Schindelmacher,
 o) für Grundausmessung und andere Forsteinrichtung,
 p) für Unterhaltung der Verschleißämter u. s. w.,
 nach einem — jährigen Durchschnitt berechnet, laut Beilage
 Nr. — betragen selbe für ein Jahr . . .

XXII. Auf Jägereikosten:

- a) für Schußlohn,
 - b) für Sulzen,
 - c) für Bezirksjagden,
 - d) für Fangeisen,
 - e) für Pachtschilling fremder Jagddistrikte u. s. w.,
- nach einem — jährigen Durchschnitt berechnet, laut Beilage Nr. — betragen selbe für ein Jahr

XXIII. Auf Teich- und Flußfischereikosten:

- a) für erkaufte Einsezfische,
 - b) für Abfischungskosten,
 - c) für Ankauf der Fischgarne und dergleichen Requisiten,
 - d) Ausbesserungskosten der Teich- und Seedämme,
- nach einem — jährigen Durchschnitt berechnet, laut Beilage Nr. — betragen selbe für ein Jahr

XXIV. Auf Bienenzucht:

nach einem — jährigen Durchschnitt berechnet, laut Beilage Nr. — betragen selbe für ein Jahr

XXV. Auf Gebäude-Reparaturen von Meier- oder Wirthschaftsgebäuden:

nach einem — jährigen Durchschnitt berechnet, laut Beilage Nr. — betragen selbe für ein Jahr

XXVI. Auf Weg-, dann Brückenbau- und Ueberfuhrskosten:

- a) auf Reparaturen der herrschaftlichen Wege und Straßen,
 - b) auf Reparaturen der Wasserbeschlächte und Brücken,
 - c) auf Herstellung der Schranken- und Wehrbäume, dann Mauthhäuser u. s. w.,
- nach einem — jährigen Durchschnitt laut Beilage Nr. — berechnet, betragen selbe für ein Jahr

XXVII. Auf Landgerichtskosten:

- a) bestimmte Zuchthaus-Beiträge,
- b) Arznei der Delinquenten und Schubpersonen,
- c) Schub- und Streifungskosten, Unterhalt der Gefangenwärter,
- d) Medicamenten und chirurgische Visitationskosten,
- e) Kleidungs- und Bettfourniturskosten,

fl. | fr.

h) Expensarien der Rechtsgelehrten,

g) Reise- und Fuhrkosten, dann Taggelder für beige-
 rufene fremde Aerzte und Zeugen u. s. w.,
 nach einem — jährigen Durchschnitt laut Beilage Nr. —
 berechnet, betragen selbe für ein Jahr

XXVIII. Auf Mängel-Vergütungen:

nach einem — jährigen Durchschnitt laut Beilage Nr. —
 berechnet, betragen selbe für ein Jahr

XXIX. Auf verschiedene Auslagen, als:

a) Konfiskations-Revisions-Kosten,

b) Meldungsgroschen,

c) Konkurrenz-, Weg- und Brückenbaukosten,

d) Hebammen-Sustentations-Beiträge,

e) außerordentliche Auslagen u. s. w.,

nach einem — jährigen Durchschnitt berechnet, laut Beilage
 Nr. — betragen selbe für ein Jahr

XXX. Auf ältere rückständige Zahlungen:

nach einem — jährigen Durchschnitt berechnet, laut Bei-
 lage Nr. — betragen selbe für ein Jahr

**XXXI. Auf außerordentliche landesfürstliche Ab-
gaben:**

a) pro dominicali,

b) pro rusticali,

c) von bürgerlichen Realitäten,

nach einem — jährigen Durchschnitt berechnet, laut Beilage
 Nr. — betragen selbe für ein Jahr

XXXII. Auf öffentliche Abgaben:

nach einem — jährigen Durchschnitt berechnet, laut Bei-
 lage Nr. — betragen selbe auf ein Jahr

XXXIII. Auf Naturallieferungen, und zwar:

nach einem — jährigen Durchschnitt berechnet, laut Bei-
 lage Nr. — betragen selbe für ein Jahr

XXXIV. Auf Pensionen und Provisionen:

nach einem — jährigen Durchschnitt berechnet, laut Bei-
 lage Nr. — betragen selbe für ein Jahr

Summa der Ausgaben

B i l a n c e.		fl.	fr.
Empfänge	— fl. — fr.		
Ausgaben	— » — »		
Bleibt daher ein reiner Ertrag	— fl. — fr.		
Dieses jährliche Erträgniß in Kapital zu 5 % vom Hundert angeschlagen be- trägt	— fl. — fr.		
Wovon die Erbsteuer mit — Perzent zu entrichten kommt in der Summa von	— fl. — fr.		

§. 2.

»Der Erbsteuer unterliegen alle einzelnen, sowohl geistliche als weltliche Personen, sie mögen Eingeborne oder Ausländer sein; nicht minder alle geistlichen und weltlichen Gemeinden:

a) wenn ihnen eine Erbschaft, ein Vermächtniß (Legat), ein Geschenk von Todeswegen, oder die Nutznießung eines Vermögens durch Testament oder gesetzliche Erbfolge zufällt;

b) wenn sie ein Geschenk unter Lebenden erhalten, aber nicht gleich auch den vollen Genuß desselben erwerben;

c) wenn bei Leibrenten nach Ableben des Rentiers demjenigen, welcher die Renten entrichtet, von dem Einlags-Kapitale ein Nutzen übrig bleibt.«

§. 3.

»Von dieser Entrichtung sind nur diejenigen befreit, welche in dem gegenwärtigen Patente entweder wegen ihrer persönlichen Eigenschaft, oder wegen der Eigenschaft der Sache ausgenommen werden.«

§. 4.

»Wegen persönlicher Eigenschaft sind von der Erbsteuer befreit: alle Blutsverwandten in auf- und absteigender Linie, auch die unehelichen Kinder, und die Aeltern derselben, jedoch die beiden letztern nur in Ansehung desjenigen, was ihnen wechselseitig nach den Gesetzen erblich zufällt. Diese Befreiung dehnt sich aber auf adoptirte und arrogirte Kinder nicht aus.«

2401. Hfzd. v. 9. Juni 1825 N. 2104, an alle Erbft. Hfkom. u. an das gal. Gub. Hfr. Ziv. v. 21. Juni II. 614 (Mtl. 82).

Es ist die Frage vorgekommen: ob im Falle, wenn ein zu einer Erbschaft oder zu einem Vermächtnisse Berufener, für seine Person erbsteuerpflichtiger Erbe oder Legatar, auf seine Erbschaft oder sein Legat zu Gunsten eines für seine Person erbsteuerfreien gesetzlichen Erben Verzicht leistet, diese verzichtete Erbschaft der Erbsteuer unterliege?

Bei der Beurtheilung dieser Frage kommt es auf den Unterschied an, ob die Verzichtleistung durch Zession zu Gunsten eines Dritten, oder durch eine unbedingte Verzichtleistung des Erben oder Legatars geschieht. Im ersten Falle ist der für seine Person erbsteuerfreie Verwandte nicht der vom Erblasser oder dem Gesetze berufene Erbe oder Legatar; er gelangt erst durch Zession des Erben zum Besitze der Erbschaft oder des Legates; der berufene Erbe hat von seinem Erbrechte bereits Gebrauch gemacht, die Erbsteuersforderung bleibt daher in ungeschmälelter Kraft. Im zweiten Falle ist der erbsteuerfreie Verwandte eigentlich Erbe oder Legatar, und genießt die im §. 4 des Erbst. Pat. v. 15. Okt. 1810 N. 914 ausgesprochene Befreiung.

§. 5.

»Bei der Nachfolge im Fideikommiß, Majorate, Seniorate ist nicht auf den ersten Errichter, noch bei Stammlehen auf den ersten Erwerber, sondern allein auf den letzten Besitzer zu sehen. Ist der Nachfolger ein Blutsverwandter des Verstorbenen in absteigender Linie, so ist er von der Erbsteuer frei, ob er gleich von dem ersten Errichter oder Erwerber nicht in gerader Linie abstammt. Wenn er hingegen nur ein Seitenverwandter des Letzterstorbenen ist, so unterliegt derselbe der Erbsteuer, falls er auch in gerader Linie von dem ersten Errichter oder Erwerber abstammte.«

§. 6.

»In Substitutionsfällen, sie mag eine gemeine oder Pupillar-Substitution sein, ist immer auf den ersten Institutenten, und nicht auf den letzten Besitzer zu sehen.«

§. 7.

»Zum Theile gehören auch die Eheleute unter diejenigen, welche vermöge ihrer persönlichen Eigenschaft von der Erbsteuer frei sind.

Heirathsgüter, welche an die verwitwete Gattin wieder zurückfallen, oder dem überlebenden Gatten, dem Heiraths-Kontrakte gemäß, verbleiben, die als eine Entschädigung für das Heirathsgut anzusehende Widerlage, ferner die Witwengehalte, sie mögen in dem Heirathsbriefe bedungen, oder durch Testament bestimmt worden sein, und der dem einen oder andern Ehegatten zugedachte jährliche Fruchtgenuß, sind von der Erbsteuer befreiet.«

2402. Erbst. Hffoms. Bdg. v. 12. Febr. 1811. (Kanka G. S. für Böh. 10. Th. S. 282.)

Ein Ortsgericht hat über das Erbst. Pat. verschiedene Anfragen gemacht, welche von der k. k. Erbst. Hffom. folgendermaßen behoben worden, daß: 1) die als eine Entschädigung für die Heirathsgüter anzusehenden Widerlagen, ohne Rücksicht auf den Betrag (s. **2405**), nach dem 7. §. des Erbst. Pat. v. 15. Okt. v. J. erbsteuerfrei sein; 2) die Fälle, wo mehrere Erben zu einer Verlassenschaft eintreten, deren einzelne Erbtheile die Summe von 100 fl. nicht übersteigen, unter jene gehören, wo nach dem 42. §. keine Erbsteuer Platz findet, und welche in

den vorgeschriebenen Sterbefällen = Verzeichnissen auszuweisen sind, aus denen sich durch die 8. Rubrik ihre Erbsteuerfreiheit vollständig beurtheilen läßt; 3) in den Erbsteuer = Ausweisen lediglich der Schätzungswerth der Verlassenschaftsgegenstände, keineswegs aber der von zufälligen Umständen abhängende Verkaufswerth anzunehmen sei; 4) bei dem Umstande, da bei Abgang der Testamente die gesetzliche Erbfolge eintritt, der hiernach der Witwe gebührende Genußtheil gleich jenem Fruchtgenusse, welcher dem Ehegatten durch Heirathsbriefe, oder Testament zugedacht wird, von der Erbsteuer befreit sei, und daß endlich 5) der 43. §. in Absicht auf den sechswochentlichen Unterhalt keine Ausnahme gestatte, und daß daher die Aufrechnung desselben auch in dem Falle nicht Platz greifen könne, wenn die Witwe schwanger hinterlassen worden wäre.

2403. Hfzd. v. 11. Aug. 1814 N. 1097, an alle Erbst. Hffom. u. Lst. mit Ausn. v. N. De.

Ob schon der 7. §. des Erbst. Pat. v. 15. Okt. 1810 nur des einem überlebenden Gatten zustehenden Fruchtgenusses, welcher sich auf ein Testament, oder sonstiges rechtskräftiges Instrument stützt, erwähnt; so ist doch die Ursache, warum der Fruchtgenuß aus der Verlassenschaft des verstorbenen Ehegatten dem überlebenden erbsteuerfrei gelassen wird, immer die nämliche, es mag der Fruchtgenuß dem überlebenden Ehegatten aus einem Vertrage, aus einem Testamente, oder aus dem Gesetze gebühren. Es hat daher auch der aus dem Gesetze dem überlebenden Ehegatten gebührende lebenslängliche Fruchtgenuß von der Erbsteuer frei zu bleiben.

2404. Bdg. d. steier. kärnt. Sub. v. 12. Jänner 1824 J. 33331 (P. 7). Hfr. Zir. v. 2. März H. 211 (Mil. 32).

Die h. Hofkanzlei hat im Nachhange zu dem Def. v. 9. Okt. 1823, J. 24861, mit Bdg. v. 11. Dez. 1823, J. 37799, Folgendes hierher erinnert:

Die Morgengabe ist weder ein Erbgut, noch ein Legat; sie gebührt auch Niemanden von Todeswegen, sondern aus einem Vertrage unter Lebenden, welcher nach seiner natürlichen Bestimmung bei Lebzeiten beider Eheleute, und zwar gleich nach der Verheirathung, vollzogen werden soll.

Bleibt nun auch zufällig die Morgengabe bis zu dem Tode eines Ehegatten in dessen Händen: so kann dieses Zuwarten des andern Ehegatten mit dieser vertragsmäßigen Forderung demselben weder schaden, noch ein anderes Rechtsverhältniß hervorrufen, als zwischen den Eheleuten ursprünglich bestanden hat.

Aus diesen Betrachtungen ergibt sich, daß die Morgengabe, wenn sie rechtmäßig aus einer Verlassenschaft angesprochen wird, immer nur, wie jede andere Schuld, angesehen, und von der Masse in Abzug gebracht werden soll, und daß der §. 7 des Erbst. Pat. vom J. 1810 auf die Morgengabe nicht angewendet werden kann. Dagegen ist die Freihaltung des Viehes, der Vorräthe und der Effekten von der Erbsteuer

nur eine Begünstigung der Erben, welche auf die Legatare nicht ausgedehnt werden darf. S. 2433.

2405. Hfzd. v. 20. Nov. 1834 J. 2017; Kur. der illir. Erbst. Hfkom. v. 13. April 1835 J. 3801.

In Rücksicht des §. 7 des Erbst. Pat. wird erinnert, daß nur die als Entschädigung für das Heirathsgut anzusehende Widerlage, also diese nur bis zu dem Betrage des Heirathsgutes, die Erbsteuer = Befreiung zu genießen habe, indem der das Heirathsgut übersteigende Betrag der Widerlage nach der Natur der Sache nicht mehr als eine Entschädigung für dasselbe, sondern als ein Geschenk auf den Todesfall über die Entschädigung, anzusehen ist, welches von der Erbsteuer nicht ausgenommen erscheint.

§. 8.

»Alles das aber, was außer den in dem vorhergehenden Paragraph enthaltenen Posten dem einen Ehegatten aus der letztwilligen Anordnung des Andern zufällt, so wie auch jene Geschenke, welche den Eheleuten während der Ehe von wem immer, außer von den eigenen Eltern, durch Testament vermacht worden sind, unterliegen der Erbsteuer.«

§. 9.

»Wenn in dem Heiraths-Kontrakte die Gemeinschaft aller Güter der Verheiratheten, sowohl die sie dermal besitzen, als auch künftig erwerben (communio bonorum universalis), bedungen wurde, ist zur Bestimmung des eigentlichen Verlassenschafts-Vermögens bei einem sich ereignenden Todesfalle des Gatten oder der Gattin das ganze Vermögen beider Eheleute zusammenzuschlagen, die dem Ueberlebenden kraft des Heiraths-Kontraktes gebührende eigenthümliche Vermögenshälften abzusondern, und nur die andere Hälfte als Verlassenschaft anzusehen. Nur bei dem unterthänigen Bauernvolke wird das Vermögen, welches dem überlebenden Theile kraft eines solchen Heiraths-Kontraktes zufällt, ganz von der Erbsteuer befreit.«

2406. Hfzd. v. 24. Januar 1811, an die v. ö. Erbst. Hfkom. (G. 26.)

Die freigültige Bürgerschaft, so wie das Bauernvolk überhaupt, hat sich der Befreiung von der Erbsteuer in dem, in dem Patente vom 15. Dkt. v. J., §. 9, bezeichneten Falle zu erfreuen.

2407. Hfzd. v. 16. Juli 1818, an das mähr. schles. Gub. (G. 281.)

Ueber die Frage: Wer unter dem Ausdrucke, »unterthäniges Bauernvolk,« in nächster Beziehung auf den §. 9. des Erbst. Pat. vom 15. Dkt. 1810 zu verstehen sei, wird Folgendes festgesetzt: Schon in dem das Erbst. Pat. vom 6. Juni 1759 erläuternden Hofreskripte vom 15. Dez. 1759, wurde ad passum II. der in dem Erbst. Pat. vom 15. Dkt. 1810 vorkommende Ausdruck, »unterthäniges Bauernvolk« angewendet, und in dem Patente vom 26. Sept. 1761, §. 4, war dieser Ausdruck fortgebraucht.

Aus dem Inhalte der zwei erwähnten Paragraphe, so wie aus dem 5. §. des Patentess vom 6. Juni 1759, dann aus dem 11. und 12. §. des Patentess vom 26. Sept. 1761, ist überdieß deutlich zu ersehen, daß nur der unterthänige Rustikalgrund, und der unterthänige Rustikal-Grundbesitzer (welcher als solcher ohnedieß mit Abgaben mancher Art belastet ist, und bei Sterbfällen beschwert wird), zu seiner Emporhaltung, und um nicht in seiner Pflichtigkeit zurück zu bleiben — durch die Befreiung von der Entrichtung der Erbsteuer auf dieselbe Art, wie es der 9. §. des Erbst. Pat. vom Jahre 1810 in Hinsicht der Gütergemeinschaft bei den Heiraths-Kontrakten zwischen Bauersleuten vorzeichnet, zu begünstigen und zu berücksichtigen sei. Es wurde daher bei der Aufnahme der Begünstigung des unterthänigen Bauernvolkes in der zwischen Eheleuten eingegangenen allgemeinen Gütergemeinschaft, in dem 9. §. des neuen Erbst. Pat. insbesondere vorausgesetzt: daß sie nur aus dieser Rücksicht, weil Bauern gewöhnlich kein anderes Vermögen als Rustikalgründe erwerben, wieder aufgenommen wurde, sie also als eine Begünstigung nur im engsten Sinne ausgelegt werden dürfe, und als solche nur dem Bauer im eigentlichsten Sinne, d. i. dem Ganz-, Halb- oder Viertel-Bauer, oder dem Ganz-, Dreiviertel-, Halb- oder Viertel- und Achttelheuer oder Hubner, dem Bauer, dem Häusler, dem Gärtler, aber auch nur in Betreff seiner Rustikal-Besitzung — zu Theil werden könne.

2408. Hfd. vom 1. Aug. 1818 N. 1482, an das mähr. schles. A. G.

Ueber die Frage, wer unter dem Ausdrucke: »unterthäniges Bauernvolk,« in nächster Beziehung auf den §. 9 des Erbst. Pat. vom 15. Okt. 1810 zu verstehen sei? wird erklärt: daß dieser Ausdruck nur den Bauer im eigentlichsten Sinne, und nur in Betreff seiner Rustikal-Besitzung, in sich begreife.

2409. Hfd. v. 11. Juli 1823 Z. 19541, an die böhm. illir. k. k. u. o. ö. Erbst. Hfkom. u. an d. steier. u. gal. Sub. (G. 460 *).

Bei der Hoffkanzlei ist die Frage zur Entscheidung vorgekommen: wer unter dem Ausdrucke: unterthäniges Bauernvolk in nächster Beziehung auf den §. 9 des Erbst. Pat. vom 15. Okt. 1810 zu verstehen sei?

Aus der Zusammenstellung der älteren und neueren Erbsteuer-Gesetze und aus dem Geiste derselben ergibt sich, daß diese Begünstigung nur im engsten Sinne ausgelegt werden dürfe, und folglich nur dem wirklichen Bauer, das ist: dem Ganz-, Halb- oder Viertelbauer, oder dem Ganz-, Dreiviertel- Halb- oder Viertel- oder Achttelheuer oder Hubner; dem Bauer, dem Häusler, dem Gärtler aber auch nur in Betreff seiner Rustikal-Besitzung zu Theil werden könne, jeder andere Besitzer aber hiervon ausgeschlossen ist.

2410. Hfd. vom 11. Mai 1830 N. 2463, an die illir. Erbst. Hfkom.

Es sind schon mehrere Fälle vorgekommen, wo die Bezirksgerichte

*) In Goutta's G. G. und in der P. G. G. für D. S. ist dieses Hfd. v. 13. Juli datirt, in den übrigen P. G. G. dagegen v. 11. Juli.

für das unterthänige Bauernvolk die Erbsteuerfreiheit von allem Vermögen, welches dem überlebenden Eheheile kraft eines Heiraths-Vertrages zufiel, mit Bezug auf den §. 9 des a. h. Erbft. Pat. vom 15. Okt. 1810 N. 914, in Anspruch genommen haben, indem sie behaupteten, daß bei einer *communio bonorum universalis* die nach §. 9 des Patenten abgeforderte Vermögenshälfte des verstorbenen Eheheiles in allen Fällen erbsteuerfrei sei, weßhalb dem Bauernvolke durch die im §. 9 zugestandene Erbsteuerfreiheit kein besonderer, sondern nur jener Vortheil eingeräumt werde, der jeder andern Partei in diesem Falle zukomme. Dieses scheine jedoch nicht die Absicht des Gesetzes zu sein, sondern es erhele aus Allem, daß dem Bauernvolke eine besondere Begünstigung zu Theil werden sollte, welches jedoch nur dann bewirkt werde, wenn das unterthänige Bauernvolk in allen, somit auch in den im §. 8 benannten Fällen, erbsteuerfrei erklärt würde.

Die Widerlegung dieser Meinung ist deutlich in den §§. 7, 8 und 9 des Erbft. Pat. zu finden.

In dem §. 9 ist ausdrücklich und als Regel festgesetzt, daß die abgeforderte Vermögenshälfte des verstorbenen Eheheiles als Verlassenschaft anzusehen sei. Daß aber diese Verlassenschaft versteuert werden müsse, gehet deutlich aus den §§. 7 und 8 hervor.

Es ist daher allerdings eine Ausnahme, somit eine besondere Begünstigung, wenn im §. 9 noch weiter gesagt wird, »nur bei dem unterthänigen Bauernvolke wird das Vermögen, welches dem überlebenden Eheile kraft eines solchen« (nämlich eines die *communio bonorum universalis* bedingenden Heirathskontraktes, und nicht, wie mehrere Abhandlungsbehörden diesen Paragraph zitiren, »kraft eines« — also eines jeden Heirathskontraktes zufällt, ganz von der Erbsteuer befreit, und es bedarf sohin, um für das Bauernvolk eine Begünstigung zu finden, keineswegs der durch nichts begründeten Ausdehnung der im §. 9 des Pat. enthaltenen Ausnahme, auf den §. 8 des Pat.

2411. Hfzd. v. 23. Jänner 1838 J. 103, Bdg. des steier. Gub. v. 12. Febr. J. 529 (M. 1838. 47).

Bei Gelegenheit, als die Wittve eines dienstbaren Dominikalgrundbesizers um Enthebung von der Vorlage des Erbsteuer-Ausweises hinsichtlich der ihr zu Folge der im Ehevertrage stipulirten allgemeinen Gütergemeinschaft als Erbschaft zugefallenen Verlassenschaft das Ansuchen stellte, hat die höchste Hofkanzlei zu bestimmen befunden, daß nach den Motiven, welche der Hfzvdg. vom 11. Juli 1823 J. 19541, zum Grunde liegen, die Unterthänigkeit und der ausschließende Betrieb der Landwirthschaft als Bauer die eigentlichen Kriterien seien, nach welchen die Anwendung des Schlusssatzes des §. 9 des Erbft. Pat. zu beurtheilen ist.

Wenn nun in Bezug auf den Nachlaß eines verstorbenen Besizers eines dienstbaren Dominikalgrundes sich ergibt, daß beide Eheheile zum unterthänigen Bauernvolke gehören, dieselben kein anderes Gewerbe betreiben, und das den Verlaß bildende Grundbesitzthum bei dem Bestande einer allgemeinen Gütergemeinschaft zwischen den Eheleuten mit dem Bande der Unterthänigkeit und mit obrigkeitlichen Siebigkeiten behaftet ist: so

sind die Dominikalgrundbesitzer, wie die Rustikal-Unterthanen, von der Erbsteuer-Entrichtung frei zu halten.

§. 10.

»Wenn nur das während der Ehe erworbene oder ererbte Vermögen (acquestus) durch den Heirathskontakt zum gemeinschaftlichen Gute gemacht wird, und dieses Vermögen gesetzlich ausgewiesen werden kann, so ist die eine Hälfte dieses Vermögens gleichfalls als ein Eigenthum des überlebenden Theiles zu betrachten, und unbesteuert zu lassen, die andere Hälfte als Verlassenschaftsgut der übrigen Verlassenschaftsmasse zuzuschlagen. In beiden Fällen ist sich in Hinsicht dessen, was der überlebende Theil über die ihm als Eigenthum gebührende gemeinschaftliche Vermögenshälfte von der Verlassenschaftsmasse des verstorbenen Theiles bekommt, nach dem, was in den §§. 7 und 8 verordnet worden, zu benehmen.«

§. 11.

»Der landesfürstliche Fiskus hat nur in Erbschafts-Kaduzitätsfällen, wo nämlich dem Landesfürsten die Erbschaft nach öffentlichem Rechte heimfällt, keine Erbsteuer zu entrichten, wohl aber hat dieselbe in jenen Fällen Platz zu greifen, wenn der Fiskus irgend wo als Erbe oder als Legatar eingesetzt wird, mithin die Erbschaft nach dem Privat-Rechte antritt.« S. 2023.

§. 12.

»Wegen der Eigenschaft der Sache sind von der Erbsteuer befreit: Erbschaften, die für einen Erben die Summe von 100 fl. nicht übersteigen; alle Legate, bei welchen dem Legatar nach Abzug der Sterbtaxe und anderer Gebühren nicht volle 100 fl., und wenn es jährliche Legate sind, nicht reine 50 fl. verbleiben.«

2412. Hfd. v. 20. April 1811 an alle Lst. (G. 195). Hfr. Zirk. v. 6. Juni C. 804.

Die in dem §. 12 des Erbsteuer-Patents vom 15. Oktober 1810 zugestandenen Befreiungen von der Erbsteuer, haben auch in der nämlichen Summe in der Valuta der Einlösungsscheine statt, wenn nämlich nach dem neuen Finanzpatent vom 20. Februar 1811 die Erbschaft für einen Erben die Summe von 100 fl. in Einlösungsscheinen nicht übersteigt; bei einem Legat, nach Abzug der Sterbtaxe und anderer Gebühren, dem Legatar nicht volle 100 fl. in Einlösungsscheinen, bei jährlichen Legaten aber nicht volle 50 fl. in der erwähnten Valuta verbleiben. Von Erbschaften und Legaten, die in der Zwischenzeit dieses Erbft. Pat. und des Finanzpat. bis zum 15. März d. J. in Bankozetteln vorkommen, ist die schuldige Erbsteuer auch im Nennwerthe der Bankozettel auszuweisen und abzuführen.

Uebrigens ist der in dem Erbft. Pat. vom 15. Oktober 1810, §. 34, festgesetzte Grundsatz durch das neue Finanz-Patent nicht verän-

dert, folglich sich nach demselben in allen vorkommenden Fällen genau zu achten.

2413. Hkd. v. 6. August 1822 N. 1886, an alle Erbft. Hfkom.

Es ist die Frage vorgekommen, wie die in dem §. 12 des Erbft. Pat. vom 15. Okt. 1810 N. 914 ausgesprochene Steuerfreiheit der nicht 100 fl. übersteigenden Erbschaften in Beziehung auf die Geldwährung zu verstehen sei.

Um nun hierüber jeden Zweifel zu beheben, und ein gleichförmiges Benehmen zu erzielen, wird verordnet: daß nur der Nominal = Betrag der Erbschaft die Steuerfreiheit bestimme; daher, wenn diese aus Beträgen von zweierlei Valuten besteht, diese letzteren in eine Summe ohne Reduktion zusammen zu ziehen sind, wo sodann erst für den Fall, als der Gesamtbetrag die Summe von 100 fl. nicht erreicht, die gesetzliche Erbsteuer = Befreiung eintritt, im entgegengesetzten Falle aber die Abnahme der Erbsteuer, und zwar in Folge des §. 34 des angeführten Pat. von Beträgen, welche aus zweierlei Valuten bestehen, ohne Reduktion derselben auf eine Valuta, mit zehn Prozent von jeder Währung zu geschehen hat.

Außer dieser Erläuterung hat es übrigens ganz bei den dermaligen Bestimmungen des Erbft. Pat. zu verbleiben.

2414. Hkd. v. 22. Juli 1835 J. 2527 an alle Erbft. Hfkom. (Nchl 200).

Es ist aus Anlaß eines speziellen Falles, wo eine Erbschaft sich unter die Geschwister des Erblassers und zugleich unter die Kinder der verstorbenen Geschwister vertheilte, und die Anthelle der Geschwister mehr, jene der Kinder der verstorbenen Geschwister aber weniger als 100 fl. betrug, die Frage vorgekommen, ob bei Bemessung der Erbsteuer die Erbtheile nach Stämmen, oder nach Köpfen zu betrachten seien?

Se. Majestät geruheten hierüber mit a. h. Entschl. v. 13. Juli 1835, den in den §§. 2 und 12 des Erbft. Pat. gegründeten Antrag zu genehmigen, daß bei Bestimmung der Erbft. Verbindlichkeit nur die Erbtheile der einzelnen Köpfe in Betrachtung zu ziehen seien, vorausgesetzt, daß die Erbschaft dem jure repraesentationis eintretenden Erben vom Erblasser unmittelbar zufällt.

§. 13.

»Unter den erbländischen frommen Stiftungen, denen die Befreiung von der Erbsteuer zu statten kommt, sind zu verstehen:

a) Vermächtnisse auf Messen, Hochämter und Litaneien, wenn der dazu vermachte Betrag ein für allemal, oder an jährlichen Interessen für die Messe 1 fl., für ein Hochamt 3 fl., und für eine Litanei 1 fl. nicht übersteiget.

b) Dasjenige Vermögen, welches einer Kirche von ihrem Pfarrer erblich zufällt, in so ferne es nicht den dritten Theil der Verlassenschaft übersteiget.

c) Die den Kirchen bloß zur Zierde vermachten, in der Verlassenschaftsmassa vorfindigen Präziosen.

d) Die zur Stiftung oder Dotirung eines mit der Seelsorge verknüpften geistlichen Benefiziums vermachten Kapitalien, wenn die davon abfallenden Zinsen die Kongrua nicht übersteigen.

e) Alle Erbschaften und Legate zur Vertheilung unter die Armen, zum Armeninstitute, zur Betheilung oder Versorgung der Armen, Findelkinder und Waisen, zur Verpflegung der Kranken in den unter der Aufsicht der Staatsverwaltung stehenden Instituten, zum Unterrichte der Jugend in öffentlichen Schulen, dann zur Unterhaltung der öffentlichen Schulen oder Einrichtung derselben.

f) Die Unterthans-Rückstände, welche Unterthanen von Seite ihrer Obrigkeit durch Testament nachgesehen werden.

Ausländische milde Stiftungen genießen diese Befreiung nicht.«

Zu a):

2415. Hfzd. v. 18. Mai 1821 Z. 12270 an die Erbft. Hfkom. v. N. D., O. D., Böhm. und Mähr. und an die Sub. v. J. D. und Gal. (G. 373).

Aus Anlaß einer geschehenen Anfrage: ob die in dem §. 13 des Erbft. Pat. vom 15. Okt. 1810 Lit. A. von der Erbsteuer befreiten frommen Stiftungen, insofern dieselben für eine Messe den Betrag von 1 fl. 30 kr., für ein Hochamt 4 fl., und für eine Litanei 1 fl. nicht überschreiten, auch in Konvenziensmünze erbsteuerfrei zu belassen seien? wird der Landesstelle bedeutet, daß die in der Rede stehenden frommen Stiftungen in den bezeichneten Beträgen in Metall-Münze in Zukunft erbsteuerfrei zu halten sind. *)

Zu e):

2416. Hfr. v. 10. März 1811 II. 168 an alle Gen. Kom. (Chronolog. Auszug der Hfr. Bdg. 7. H. S. 21.)

Nach dem 13. §. des neuen Erbsteuerpat. sind die Erbschaften und Vermächtnisse, welche dem Invalidenfond, den Invaliden- und Regiments-Erziehungshäusern zufallen, von der Erbsteuer befreit.

2417. Hfzd. vom 11. Februar 1819, N. 1544, an alle Lst.

Ueber die Anfrage: ob das nach einem ohne Testament verstorbenen Seelsorger einem einzelnen Verwandten zugefallene Erbschafts-Armen-Drittheil der Erbsteuer unterliege? haben Se. Majestät zu beschließen ge-

*) Hfzd. v. 30. Dez. 1824 Z. 35239, an alle Lst. (G. 1145). Bdg. in N. D. (P. 1824. 1007); O. D. Bdg. v. 14. Jänner 1825 Z. 846 (P. 4); Steier. Bdg. v. 16. April 1825 Z. 1009 (P. 84); Gal. zufolge Hfzd. v. 29. Aug. 1825 Z. 23422, Bdg. des gal. Sub. v. 9. Okt. d. J. Z. 53581 (P. 188). Hfr. Bdg. v. 22. Juni 1825 II. 602 (Mit. 83).

In dem hierortigen Dekrete v. 18. Mai 1821 ist der als erbsteuerfrei erklärte Messen-Stiftungsbetrag statt mit ein Gulden irrig mit ein Gulden dreißig Kreuzer angesetzt worden.

Indem man die Landesstelle davon in die Kenntniß setzt, trägt man derselben auf, in Ansehung der Erbsteuer-Ausmaß sich einzig und allein an die Bestimmungen des Erbft. Pat. v. 15. Okt. 1810 zu halten.

rubet, daß das für die Armen bestimmte Drittheil in keinem Falle, auch wenn die Anverwandten als wirklich Arme daraus theilhaft werden, der Erbsteuer zu unterziehen ist.

2418. Hfd. vom 22. Nov. 1831, an die n. ö. Erbst. Hfkom. (S. 325).

Unter den erbländischen frommen Stiftungen, welche der §. 13 des Erbst. Pat. für erbsteuerfrei erklärt, sind auch die ungarischen zu verstehen, weil der Schlußabsatz jenes Paragraphs die ausländischen Stiftungen den erbländischen entgegenstellt, Ungarn aber ein Erbland ist, somit weder die Worte, noch der Sinn des Gesetzes gestatten, in einer allen Unterthanen Er. Majestät zugedachten Begünstigung eine Beschränkung zum Nachtheile des Königreichs Ungarn eintreten zu lassen.

2419. Bdg. der illir. Erbst. Hfkom. v. 17. Juli 1833 Z. 12623 (P. für Laibach 209).

Gelegenheitlich eines von einem österreichischen Unterthan für die Leopoldinenstiftung gemachten Vermächtnisses, wurde von der hohen Hofkanzlei unterm 21. Mai 1833, Z. 1423, bedeutet, daß derlei Vermächtnisse nach dem §. 13 des Erbst. Pat. zu behandeln seien; welchem zu Folge nur den in demselben ausgedrückten frommen Stiftungen die Befreiung von der Erbsteuer zu Statten kommt, und ausländische milde Stiftungen diese Befreiung nicht genießen.

2420. Hfd. v. 4. Juni 1833 N. 2617, an alle Erbst. Hfkom. und an das gal. und mähr. Gub.

Aus Anlaß eines vorgekommenen Zweifels wird bemerkt, daß die Frage: ob die dem Konvente der barmherzigen Brüder überhaupt vermachten Legate erbsteuerfrei seien, bereits durch eine der n. ö. Erbst. Hfkom. unterm 26. Nov. 1812 ertheilte Erläuterung bejahend entschieden worden sei, indem einerseits die Betrachtung vor Augen lag, daß der §. 13. litt. e. des Erbsteuer-Patentes, unter den erbländischen frommen Stiftungen, denen die Befreiung von der Erbsteuer zu statten kommt, alle Erbschaften und Legate zur Verpflegung der Kranken in den unter der Aufsicht der Staatsverwaltung stehenden Instituten, zum Unterrichte der Jugend in öffentlichen Schulen u. s. w., verstanden erklärt, anderer Seits aber erkannt wurde, daß die barmherzigen Brüder und die Elisabethinerinnen, solche unter der Aufsicht der Staatsverwaltung zur Verpflegung der Kranken, und die Ursulinerinnen und Pia-risten solche zum Unterrichte der Jugend in öffentlichen Schulen, bestehende Institute seien, deren Einkünfte eben zu dem Zwecke ihres Daseins gestiftet sind. Hiernach ist sich im Allgemeinen zu benehmen *).

*) Dieses Hfd. wurde in Galizien mit dem Bemerkten Hdg., daß es daselbst statt der Elisabethinerinnen und Ursulinerinnen die Institute der barmherzigen Schwestern sind, auf welche das obige Hfd. laut seiner Begründung die volle Anwendung findet (Bdg. des gal. Gub. v. 9. Juli 1833 Z. 40239 P. 190).

2421. Hfr. Resk. v. 22. Juni 1837 F. 757, Bdg. des Mil. M. G. v. 7. Juli J. 8475.

Es hat sich der wiederholte Fall ergeben, daß in der Abhandlung einer Verlassenschaft, worin eine Stiftung vorkam, von dem Stiftungskapitale keine Erbsteuer abgenommen wurde, obgleich die Stiftung nicht unter jene Erbschaften oder Legate zu rechnen war, welche nach §. 13 des Erbst. Pat. de anno 1810 von der Erbsteuer ausgenommen sind.

Der k. k. Hofkriegsrath hat daher mit hohem Reskripte v. 22. Juni l. J. F. 757 verordnet, in derlei Fällen bei sonstiger Verantwortung mit Aufmerksamkeit fürzugehen, und die betreffenden Stiftungskapitalien nicht eher zur nuzniesslichen Anlegung zu bringen, und die Dokumente zur Deponirung bei der hofkriegsräthlichen Depositenadministration nicht eher einzusenden, als bis über die Gebühr oder nicht Gebühr einer Erbsteuer die genaue Erwägung geschehen, und die allfällige Gebühr abgezogen sein wird.

§. 14.

»Ein auf Leibrenten angelegtes Kapital hat ebenfalls keine Erbsteuer zu entrichten, so lange derjenige, der die Leibrenten bezieht, am Leben ist; nach seinem Tode aber muß derjenige, welchem das Kapital dadurch heimgefallen ist, von dem Nutzen, welcher nach Abzug der bereits bezahlten, die gewöhnlichen Interessen übersteigenden Leibrenten übrig bleibt, wenn dieser Nutzen die Summe von 100 fl. übersteigt, die Erbsteuer gleich wie von den Erbschaften bezahlen, und indessen versichern.«

2422. Bdg. des k. k. steierm. Gub. v. 19. März 1828 J. 1717 (P. 55).

Mit Hkzd. v. 4. März 1828 J. 2694 wurde bei Gelegenheit eines speziellen Falles wegen künftiger Berechnung der Erbsteuer bei Leibrenten-Verträgen Folgendes bemerkt:

Das Erbst. Pat. bestimmt im 14. §., daß ein auf Leibrenten angelegtes Kapital keine Erbsteuer zu entrichten habe, so lange derjenige, der die Leibrente bezieht, am Leben ist, und erklärt also damit, daß die Verpflichtung zur Erbsteuer erst nach dem Tode des Nuznießers der Rente für denjenigen eintrete, welcher dadurch der fernern Bezahlung der Rente enthoben ist, und das Kapital als Eigenthum erhält, dem sohin aus diesem Todesfall Vortheil (Nutzen) zugehet. Dieser Nutzen soll ausgemittelt werden, indem von dem heimfallenden Kapitale die Summe der Renten abgezogen wird, welche der Leibrentennehmer über die gewöhnlichen Interessen im Grunde des Leibrentenvertrages bei seinen Lebzeiten bezogen hat. Die Berechnung kann also nach dem Wortlaute und nach dem Geiste des Gesetzes nicht wohl anders gemacht werden, als daß die gewöhnlichen Zinsen des Kapitals, nämlich 5%, desselben, mit der stipulirten Leibrente verglichen, die Differenz ausgemittelt, mit der Zahl der Jahre, durch welche sie bezahlt wurde, multipliziert, und die Summe von dem heimfallenden Kapital in Abzug

gebracht wird, dessen Rest sodann als Objekt der Erbsteuer erscheint, so ferne er den Betrag von 100 fl. erreicht.

§. 15.

»Von allen Leibrenten=Kontrakten ist innerhalb sechs Wochen, von dem Tage des Abschlusses des Kontraktes an zu rechnen, der Erbsteuer-Hofkommission die Anzeige zu machen. Wenn diese Anzeige in dem festgesetzten Zeitraume nicht geschieht, oder in Ansehung der bereits bestehenden Leibrenten=Kontrakte, die Anzeige binnen der in dem Pat. v. 12. Sept. 1778 bestimmten sechswochentlichen Zeitfrist zu machen unterlassen worden ist, so soll der geschlossene Leibrenten=Kontrakt nicht mehr als solcher geachtet, somit dem überlebenden Theile die Bezeichnung, das über die gewöhnlichen 5⁰/₁₀₀ Interessen mehr Bezahlte von dem Kapital abrechnen zu dürfen, nicht mehr eingestanden, sondern die Erbsteuer von dem ganzen Betrage unnachsichtlich, und zwar sogleich abgefordert werden.«

2423. Bdg. des illir. Gub. v. 23. Jänner 1822 J. 1233.

Es wird hiemit die Belehrung ertheilt, daß jene Leibrentenverträge, welche in Geld- und Natural-Bezügen offenbar den Kapitalsbetrag von Einhundert Gulden nicht erreichen, folglich an sich schon nach der Begünstigung des Gesetzes erbsteuerfrei sind, in Zukunft nicht mehr an die Erbsteuer-Hofkommission vorzulegen seien.

§. 16.

»Die lebenszeitigen Verträge (sogenannte Pacta vitalitia) sind, wenn sie von Leuten geschlossen werden, die gegen einander der Erbsteuer unterliegen, zu versteuern, so weit sich der Eigenthümer nicht den Fruchtgenuß ganz oder zum Theil vorbehalten hat. Von dem Theile, worüber sich ein Fruchtgenuß vorbehalten wurde, ist die Erbsteuer erst nach Aufhörnung des Fruchtgenusses zu entrichten.«

§. 17.

»Geschenke unter Lebenden sind von der Erbsteuer frei, wenn der Beschenkte mit dem Eigenthume sogleich den vollen unbeschränkten Genuß erhält.«

2424. Hfd. v. 9. Mai 1818 N. 1452, an alle Lst.

Das Pat. v. 15. Okt. 1810 erklärt alle Geschenke unter Lebenden von der Erbsteuer frei, wenn der Beschenkte mit dem Eigenthume sogleich den unbeschränkten vollen Genuß erhält. Es muß daher da, wo Schenkungen unter Lebenden eintreten, und von der Erbsteuer frei erklärt werden sollen, jederzeit der Beweis geliefert werden, daß der Beschenkte noch zu Lebzeiten des Schenkers das Eigenthum, und den vollen unbeschränkten Genuß erhalten habe.

Diese Beweisführung ist für das Erbsteuer-Gefäll von besonderer Wichtigkeit; weil nur dadurch den vielen Unterschleifen und Gefälls-Vervortheilungen Schranken gesetzt werden können.

Da nach dem §. 431 des allg. b. G. B. zur Uebertragung des Eigenthumes unbeweglicher Sachen das Erwerbungsgeschäft in die dazu bestimmten öffentlichen Bücher eingetragen werden muß; so fließt hieraus die rechtliche Folgerung, daß als Eigenthümer unbeweglicher Sachen, dort, wo Landtafeln, Stadt- oder Grundbücher, oder andere dergleichen öffentliche Register eingeführt sind, nur derjenige angesehen werden könne, der als Eigenthümer der unbeweglichen Sache in den gedachten öffentlichen Büchern einverleibt ist.

Wird nun diese gesetzliche Bestimmung und Folgerung auf den §. 17 des Erbst. Pat., oder eigentlich auf die Beweisführung, daß der Beschenkte noch zu Lebzeiten des Gebers das Eigenthum, und den vollen unbeschränkten Genuß der zum Geschenke erhaltenen unbeweglichen Sache überkommen hat, angewendet; so ergibt sich hieraus die Nothwendigkeit, daß sich der Beschenkte durch die Vorlegung des Landtafel-, Grund- oder Staatsbuch-Auszuges über die wirklich noch zu Lebzeiten des Schenkers geschehene Einverleibung des geschenkten Gutes in die öffentlichen Bücher und den erhaltenen unbeschränkten Genuß desselben gehörig ausweisen müsse, wenn er von der Erbst. Entrichtung befreit werden soll.

2425. Hfzd. v. 16. Juni 1835, an d. k. Erbst. Hffom. (Winiwarter's Nachtrag zum Hdb. 46).

Die vereinigte Hoffkanzlei hat in Beziehung auf die Frage: auf welchen Grundlagen eine Schenkung unter Lebenden als erbsteuerfrei anzuerkennen sei? nach gepflogener Rücksprache mit der k. k. obersten Justizstelle erkannt, daß in jenen Bezirken des Küstenlandes, wo keine Landtafel und Grundbücher bestehen, auf der vollständigen Erfüllung der Bedingungen der Hfz. Vdg. v. 9. Mai 1818 zur Begründung der Erbsteuerfreiheit einer Schenkung unter Lebenden rücksichtlich unbeweglicher Güter bis zur Einführung ordentlicher Grund- und Landtafel-Bücher nicht bestanden werden könne, sondern in Fällen dieser Art bei der Erbsteuerbehandlung sich darauf beschränkt werden müsse, die behauptete schenkungsweise Uebertragung des Eigenthums zur Lebenszeit des Schenkers, und den sogleich erlangten, vollen unbeschränkten Genuß aus den vorhandenen Privaturkunden, oder nach Erforderniß mittelst legaler Erhebungen strenge zu prüfen, um darnach von Fall zu Fall über die begründete Erbsteuerfreiheit oder Erbsteuerpflichtigkeit nach dem Erbst. Pat. zu entscheiden.

§. 18.

»Geschenke von Todeswegen sind sowohl in Ansehung der Entrichtung der Erbsteuer, als auch der Befreiung von derselben, selbst in jenem Falle, wenn sie als eine Belohnung sowohl für vorausgegangene, als für die von dem Erblasser nach seinem Tode Jemand auferlegten Dienste gegeben werden, den Legaten gleich zu halten.«

§. 19.

»Das Vermögen eines Fremden (worunter auch die sich in unseren Erbländern aufhaltenden türkischen Unterthanen gehören), welcher kein

hierländiges Vermögen besitzt, es mag solches durch Testament, Geschenke unter Lebenden, oder durch einen Leibrenten-Kontrakt einem Inländer oder Ausländer zufallen, unterliegt der Erbsteuer nicht.« S. 2424.

2426. Hfzd. v. 5. Nov. 1833 J. 3803; Wdg. der n. ö. Reg. v. 3. Dez. 1833 J. 65072 (P. 458).

Von der Bruderschaft der in Wien handelnden Griechen und türkischen Unterthanen zu St. Georg ist Sr. Majestät unterm 9 Juli 1829 eine a. u. Vorstellung überreicht worden, welche folgende Punkte umfaßt hat:

b) daß sie von allen Steuern und Stempeltaren befreit werden; u. s. w. Ueber diese Bitten ist nun in Folge a. h. Entschl. v. 9. Okt. 1833 im Einverständnisse mit der k. k. allg. Hofkammer Folgendes zur Verständigung der Bittsteller erinnert worden.

§. 460. Von der Erbsteuer endlich ist das Verlaßvermögen türkischer Unterthanen und der Fremden überhaupt, wenn es kein hierländiges ist, nach dem §. 19 des Erbsteuerpatentes befreit. Sobald aber türkische Unterthanen als Erben von Inländern oder überhaupt von hierländigem Vermögen eintreten, so greifen die allgemeinen Bestimmungen des Erbsteuergesetzes Platz, zu Folge welcher die Erbsteuerschuldigkeit nicht auf der Person, sondern auf dem Vermögen haftet, dieses also jener Behandlung folget, die seine Eigenschaft mit sich bringt.

§. 20.

»Das Vermögen, welches ein Inländer in einem fremden Staate an unbeweglichen Gütern besitzt, ist von der Erbsteuer frei. Diese Befreiung erstreckt sich aber keineswegs auch auf das von einem Inländer im Auslande mit oder ohne Hypothek angelegte Mobilar-Vermögen, von welchem die Erbsteuer zu entrichten ist.« S. 2357.

§. 21.

»Wenn ein Inländer zugleich in einem andern Erblande, in welchem die Erbsteuer nicht eingeführt ist, Realitäten zurükläßt, so ist davon keine Erbsteuer zu entrichten.

Da übrigens über das liegende Vermögen nach dem Tode des Besitzers die Abhandlung jener Behörde, unter deren Gerichtsbarkeit es gehört, zusteht, so liegt auch derselben ob, von jedem Falle, wo die Entrichtung der Erbsteuer eintritt, der im Lande aufgestellten Erbshoffom. die Anzeige zur weitem Amtshandlung zu machen. Dagegen müssen die Kapitalien, wenn sie auch in einem andern Erblande in der Landtafel oder in dem Grundbuche versichert, oder in einem andern Wege angelegt sind, von dem Erben bei der Personal-Gerichtsbehörde des Erblassers angegeben, und im Aktivstande aufgeführt, folglich daselbst mit in die Abhandlung gezogen werden.«

§. 22.

»Da in dem Falle, wenn in einem deutschen Erblande ein ungarischer, siebenbürgischer oder illirischer Unterthan stirbt, welcher entweder

in landesfürstlichen Diensten gestanden ist, oder als Hofagent bei der ungarischen oder siebenbürgischen Hofkanzlei allein, und nicht auch bei einer andern deutsch-erbländischen Stelle in gleicher Eigenschaft gedient hat, oder ein beglaubigter Geschäftsträger von den der augsburgischen oder helvetischen Konfession, oder der griechischen Kirche zugethanen Unterthanen besagter Provinzen ist, oder welcher in Ungarn oder Siebenbürgen, oder in der illirischen Gränze ansässig war, oder endlich, welcher in keinem deutschen Erblande weder durch ausdrückliche Erklärung, noch durch Ansiedlung, Ansässigkeit oder ununterbrochenen zehnjährigen Aufenthalt nationalisirt worden ist, den deutsch-erbländischen Gerichtsbehörden die Verlassenschafts-Abhandlung nur in so ferne zusteht, als solche Erblasser in den deutschen Erbländern liegende Güter, oder auf solche vorgemerkte Kapitalien besitzen; so ist in dergleichen Sterbfällen, so weit den deutschen erbländischen Gerichten nicht die vollkommene Abhandlung der Verlassenschaft zukommt, von dieser auch keine Erbsteuer abzunehmen, und ein gleiches auch bei dem Ableben der Gattinnen, der Witwen und der minderjährigen Kinder der oben bezeichneten Personen zu beobachten.« S. 2115 und 2357.

§. 23.

»Alle Einlagen in die inländischen öffentlichen Lotterien und die diesfälligen Lose, nicht minder sämtliche, sowohl in- als ausländische Ruten oder Bergwerksantheile, auch alles, was zum Bergwerks-Vermögen gehört, sind von der Erbsteuer ausgenommen; alle Eisen-, Stahl-, Blech- oder Kupferhämmer aber, so wie die Einlags-Kapitalien bei der innerbergischen Eisengewerkschaft, unterliegen dieser Steuer.«

2427. Hfr. Zir. v. 19. Febr. 1811, H. 108.

Auch die mit vier Perzent in K. M. verzinslichen, mit einer Lotterie verbundenen Parzial-Obligazionen für das eingelöste Silber, haben sich der im §. 23 des Erbst. Pat. bestimmten Erbsteuerfreiheit zu erfreuen.

2428. Hfd. v. 2. Mai 1816 N. 1239, an die n. ö. Erbst. Hfkom.

Die in einer Verlassenschaft vorkommenden Banko-Lotto-Obligazionen behalten ihre ursprüngliche Eigenschaft bei, und haben daher in Beziehung auf die Erbsteuer die allen Einlagen in öffentliche Lotterien zugestandenen Vorrechte zu genießen.

2429. Hfd. v. 21. Mai 1833 N. 2615, an alle Erbst. Hfkom. Hfr. Zir. v. 11. Juli F. 826.

Se. k. k. Majestät haben anzuordnen geruhet, daß sich rücksichtlich der Lose und Parzial-Obligazionen der beiden Rothschild'schen Anlehen aus den Jahren 1820 und 1821, wo sie in einem erbsteuerpflichtigen Vermögen vorkommen, nach dem §. 23 des Erbst. Pat. zu benehmen, und auch die bisher von den Lossen und Parzial-Obligazionen der beiden Rothschild'schen Anlehen bezogene Erbsteuer den Parteien, die es betrifft, wieder zurückzustellen sei.

§. 24.

»Die bei einer Verlassenschaft vorhandene Hauseinrichtung, das Wirthschafts-, Keller-, Stall- und Küchengeräthe, Wäsche und Kleidungs-

stüke, Pferde und Wagen, so weit dieses alles bloß zum Gebrauche und nicht zum Handel oder Gewerbsbetriebe bestimmt war, sind frei. Eben so sind Bilder, Bücher und Kupferstiche, wosern sie den Werth von 100 fl. nicht übersteigen, von der Erbsteuer befreit; nicht minder sind auch davon Bücher-, Gemälde-, Zeichnungs- und Kupferstich-Sammlungen von größerem Werthe ausgenommen, wenn solche zu einem inländischen öffentlichen Institute oder Anstalt, oder sonst zu einem öffentlichen Gebrauche legirt werden *).

2430. Hfzd. v. 11. Dez. 1823; s. **2404** zu Ende.

Dagegen ist die Freihaltung des Viehes, der Vorräthe, und der Effekten von der Erbsteuer, nur eine Begünstigung der Erben, welche auf die Legatäre nicht ausgedehnt werden darf. S. **2433**.

2431. Vdg. d. steier. kärnt. Gub. v. 16. März 1824 Z. 2527 (P. 117).

Ueber eine an die h. Hofkanzlei gestellte Anfrage, ob der aus dem Verkaufe eines vererbten fundi instructi gelöste Betrag als erbsteuerfrei zu betrachten sei, ist mit Vdg. v. 15. Jänner l. J. Z. 36419, nachstehende Weisung ertheilt worden:

»Die Befreiung des Viehes und der Fahrnisse von der Erbsteuer gründet sich auf den 24. §. des Erbsteuergesetzes, vermöge welchen diese Gegenstände, in so weit sie nicht zum Handel oder Gewerbsbetriebe bestimmt waren, an und für sich, und ohne Beziehung auf die Eigenschaft der Erben von der Erbsteuer befreit sind. Auch wird rücksichtlich der Wirthschaftsgeräthe in dem Gesetze kein Unterschied gemacht, ob der Erbe die Wirthschaft, wozu diese Geräthe dienen, fortzusetzen habe, oder nicht, daher dieser Unterschied den Erben zu keinem Nachtheile gereichen kann. Bei der Erbsteuerbemessung kommt es endlich darauf an, wie die Vermögensgegenstände zur Zeit des Todes des Erblassers beschaffen sind, daher spätere Veränderungen keinen Einfluß mehr auf die Bemessung haben, und es folglich gleichgültig ist, ob die Erben zur Zeit der Abhandlung das Vieh und die Fahrnisse noch in natura besitzen, oder schon veräußert haben.«

»Aus dieser Erörterung ergibt es sich, daß die Wirthschaftsgeräthe und das Vieh, in so weit sie nicht ad fundum instructum gehören, sondern den Erben überlassen werden, von der Erbsteuer frei zu halten sind.«

»Anders verhält es sich mit den Naturalvorräthen; hier verordnet der §. 26 des Erbsteuerpat. ausdrücklich, daß nur der in die Wirthschaft eintretende Erbe von demjenigen, was hieran zur Bestellung der Landwirthschaft und zum Unterhalte des Hauses auf ein Jahr erforderlich ist, keine Erbsteuer entrichten dürfe.«

*) S. bei §. 37 das Formular des Erbsteuerausweises 5. Rubrik und Anmerkung zu derselben.

2432. Hfd. v. 29. Aug. 1828, an das gal. Gub. (G. 312).

Der §. 24 des Erbst. Pat. v. 15. Okt. 1810 erklärt, die bei einer Verlassenschaft vorhandene Einrichtung, das Wirthschafts-, Keller-, Stall- und Küchengeräthe, Wäsche und Kleidungsstücke, Pferde und Wagen, so weit dieses alles bloß zum Gebrauche und nicht zum Handel oder Gewerbsbetriebe bestimmt war, ferner Bilder, Bücher und Kupferstiche, wosern sie den Werth von 100 fl. nicht übersteigen, für erbsteuerfrei; es unterliegt daher keinem Zweifel, daß diese den Gegenständen zukommende Erbsteuerfreiheit, inner den gesetzlichen Grenzen gelten gelassen werden müsse, jene Gegenstände mögen einem Erben oder einem Legatäre aus der Verlassenschaft zufallen.

Hiernach hat sich die Landesstelle fernerhin zu benehmen und die Kammerprokurator aus Anlaß der darüber erhobenen Bedenken zu belehren.

2433. Hfr. Bdg. v. 1. Febr. 1837 H. 74, an d. allg. Mil. A. G. (Bergmayr fortges. Anhang S. 118).

In Erledigung des Berichtes v. 21. Mai 1836 J. 6025, wird dem A. G. über Einvernehmen mit der k. k. vereinigten Hofkanzlei Folgendes eröffnet: In dem speziellen Falle, der durch das Hfd. v. 11. Dez. 1823 J. 37799 (**2404**) entschieden wurde, hat es sich um die Frage gehandelt, ob Geldlegate, denen als solchen nach dem Erbst. Pat. keine gesetzliche Erbsteuerfreiheit zukommt, deswegen für erbsteuerfrei zu halten sind, weil sie von den Erben wegen Unzulänglichkeit des erbsteuerpflichtigen Nachlaßvermögens nicht aus diesem, sondern als solchen Bestandtheilen der Verlassenschaft berichtigt werden, welche wegen ihrer Eigenschaft erbsteuerfrei erklärt wurden. Diese Frage sei verneinend beantwortet worden, weil Geldvermächtnisse überhaupt der Erbsteuer unterliegen, und weil es keinen Unterschied macht, aus welchem Theile des Verlassenschaftsvermögens, oder mit welchen Mitteln das Legat von den Erben berichtigt wird. Sofern es sich jedoch um kein Geldlegat, sondern Fahrnisse, die dem Legatar zufallen sollten, handelt, tritt die Bestimmung des §. 24 des Erbst. Pat. ein, wornach die bloß zum Gebrauche und nicht zum Handel, oder Gewerbsbetriebe bestimmten Fahrnisse für erbsteuerfrei erklärt wurden, ohne daß ein Unterschied gemacht wird, ob sie dem Erben oder Legatar zufallen.

§. 25.

»Das bei Verlassenschaften vorhandene Gold, Silber und echte Geschmeide ist unter der den übrigen Fahrnissen zugestandenen Begünstigung nur in dem Falle mitbegriffen, wenn es sich bei Fideikommissen oder Majoraten befindet, wo der Besitzer lediglich den Gebrauch derselben hat, und es unveräußert wieder zurücklassen muß.«

§. 26.

»Wenn bei einer Landwirthschaft sich ein Vorrath an Wein, Körnern, Schlachtvieh und andern Lebensmitteln vorfindet, so hat der in

diese Wirthschaft eintretende Erbe von demjenigen, was hieran zur Bestellung der Landwirthschaft, und zum Unterhalte des Hauses nach dem billigen Ermessen der Abhandlungs-Justanz in einem Jahre erforderlich ist, keine Erbsteuer zu bezahlen *).«

§. 27.

»Da die Erbsteuer = Schuldigkeit nicht auf der Person, sondern auf dem Vermögen haftet, so hat bei jeder militärischen Verlassenschaftsabhandlung, es mag die Militärperson im dienenden oder nicht mehr dienstleistenden Stande, in einem der Erbsteuer unterliegenden oder nicht unterliegenden Erblande, oder auch im Kriege bei der Armee in einem fremden Lande gestorben sein, immer die Entrichtung der Erbsteuer von dem zurückgelassenen ganzen beweglichen und unbeweglichen Vermögen einzutreten, welches in einem der Erbsteuer unterliegenden Erblande sich befindet.«

2434. Hfzd. v. 20. Juli 1835 Z. 2528, an alle Erbft. Hffom. u. an das gal. u. mäh. Sub. (Pichl 199). Hfr. Zir. v. 7. Aug. F. 934 (Mil. 164); in Erinnerung gebracht durch Hfr. Resf. v. 4. Juli 1839 F. 932.

Se. k. k. Maj. haben über eine a. u. Anfrage wegen Auslegung des §. 27 des Erbft. Pat. vom 15. Okt. 1810 anzuordnen geruhet: daß es in der Anwendung jenes Paragraphs des Erbft. Pat., bei den militärischen Verlassenschafts = Abhandlungen, bei dem bisher üblichen Verfahren zu belassen sei, wernach auch von dem beweglichen Vermögen einer Militärperson, so wie von dem unbeweglichen die Erbsteuer nur dann zu entrichten ist, wenn dasselbe sich in einem, der Erbsteuer unterliegenden Erblande befindet.

§. 28.

»Nur wird gestattet, daß derjenige Theil des Vermögens eines im Kriege bei der Armee gestorbenen Offiziers, welcher in dem bei sich gehaltenen baren Gelde, und der Feld = Equipage besteht, worunter Wechselbriefe, Schuldscheine und Obligationen, auch das nicht eigentlich zur Feld = Equipage gehörige Gold, Silber und echte Geschmeide nicht begriffen sein könne, von Entrichtung der Erbsteuer freigelassen werde, wenn gleich dieser Theil des Vermögens Kollateralen oder Fremden zufällt. Nachdem die Kauzionen, welche die Militär = Offiziere bei ihrer Verehelichung erlegen müssen, zur Sicherstellung des wirthlichen Unterhalts bestimmt sind, so sollen die von den Militär = Offizieren aus ihrem eigenen Vermögen geleisteten Heiraths = Kauzionen, selbst in dem Falle, wenn sie nach dem Tode der =

*) E. 2430 — 33 rücksichtlich des Viehes und der Vorräthe. — Den illir. Abhandlungsbehörden ist aufgetragen worden, daß sie im Falle des §. 26 über Einvernehmung der Schätzleute und Wirthschaftsverständigen mittelst eines Protokolls, oder eines Zertifikats ihr Gutachten mit Angabe der Beweggründe an die k. k. Erbft. Hffom. erstatten, und den Akten beilegen (Bdg. des in. ö. A. G. v. 13. Febr. 1828 Z. 2691).

selben den Witwen als Erbschaft oder Vermächtniß eigenthümlich zufallen, von der Erbsteuer so lange befreit sein, als auf diesen Kapitalien die Kauzions-Verbindlichkeit haftet *).«

2435. Hfr. Vdg. vom 2. Aug. 1816 H. 686.

Nach den gesetzlichen Bestimmungen des §. 28 des Erbst. Pat., ist die Erbsteuer auch von dem Vermögen solcher Erblasser abzunehmen, die zum Stande der k. k. Marine gehören.

§. 29.

»Die Erbsteuer, welche bei Erbschaften, Legaten, Leibrenten und Geschenken von Todeswegen im Allgemeinen auf 10 Perzent festgesetzt ist, kommt von dem Verlassenschafts-Vermögen, wie es zur Zeit des Todes des Erblassers besteht, zu entrichten.

Ist jedoch das Verlassenschafts-Vermögen schon mit andern Abgaben, als: Sterbtaren und dergleichen Gebühren, dergestalt beschweret, daß dieselben bereits auf fünf Perzente hinaufsteigen, so ist die Erbsteuergebühr nur mit 5 Perzenten abzunehmen. Daher müssen diese auf dem Verlassenschafts-Vermögen haftenden Lasten, so wie die Abhandlungsgebühren und Gerichtskosten, jedesmal vor Ausmessung der Erbsteuer berechnet, und dann erst der Erbsteuerbetrag nach Maß derselben mit 10 oder 5 Perzenten bestimmt werden.« S. 2396.

2436. Hfzd. v. 18. Febr. 1824 J. 3455, an alle Erbst. Hffom. der alt-öst. Provinz (G. 146).

Das in der Beilage befindliche, an die steierm. kärnt. Erbst. Hofkom. erlassene Dek. enthält die Belehrung über die von Seite der Erbst. Hffom. hierorts gemachte Anfrage: ob und welch' eine Rücksicht das Erbst. Pat. vom 15. Okt. 1810, auf das von den Erben unterthäniger Realitäten zu entrichtende Laudemium zu nehmen gestatte.

Welche hierortige Entschl. der Erbst. Hofkom. zur Wissenschaft und Darnachachtung bekannt gemacht wird.

Beilage. Hfzd. v. 18. Febr. 1824.

Hinsichtlich der Anfrage: ob und welch' eine Rücksicht das Erbst. Pat. vom 15. Okt. 1810, auf das von den Erben zu entrichtende Laudemium zu nehmen gestatte? ist die Hofkommission einverständlich mit dem dortigen Fiskalamte der Meinung, daß das Laudemium zwar nicht von dem steuerbaren Vermögen zu erzindiren wäre; daß jedoch bei Berechnung des Erbsteuer-Perzentes nach §. 29 und 30 des Erbst. Pat. berücksichtigt werden sollte, ob ein Laudemium von den Erben zu entrichten sei oder nicht, und daß demnach im ersteren Falle nur 5 Perzente Erbsteuer zu bemessen seien?

Das Laudemium ist eine Last, welche den Erben, nicht aber dem Verlasse obliegt, indem es nur dann zu entrichten kommt, wenn die Verlass-Realität auf den Namen des Erben umgeschrieben worden ist. Das Lau-

*) Die Beobachtung der §§ 27, 28, 55 u. 56 ist den Mil. Behörden eingeschränkt worden durch Hfr. Vdg. v. 1. April 1818 II. 263.

Laudemium kann daher auf keinen Fall bei der Berechnung der Erbsteuer von dem steuerbaren Vermögen in Abzug gebracht werden. Es darf aber auch das Laudemium bei Bemessung des Erbsteuer = Perzentos nicht berücksichtigt werden, weil die geringere Bemessung nur strenge in den von dem Gesetze bezeichneten Fällen statt findet, das Laudemium aber unter diesen Fällen nicht genannt ist, und weil das Laudemium schon bei Ausmittlung des Werthes der Verlassenschafts = Realität in Anschlag gebracht, und dadurch die Erbsteuer vermindert wird, das Abfahrtsgehalt hingegen nicht so oft, als das Laudemium bei Verlassenschaften eintritt, und wenn es eintritt, dieses nebst jenen Lasten, mit welchen das Laudemium zusammentrifft, auch noch mit diesem selbst konkurriren kann; wobei der Erbe, wenn die Erbsteuer mit zehn Perzenten bemessen wäre, nicht selten mit mehr als 30 Perzenten an Abzügen beschwert sein würde.

2437. Dek. d. v. ö. Reg. v. 10. Sept. 1825 Z. 22122 (P. 173).

Aus Anlaß einiger Hofrekurse, über, von der Erbst. Hoffom. aufgerechnete, 10prozentige Erbsteuer ohne Berücksichtigung des Todfallsfreigeldes, hat die hohe Hofz. mit Dek. v. 25. Aug. d. J. Z. 23181, anher erinnert, daß das Dek. der gedachten Hofstelle v. 18. Febr. 1824 Z. 3455, Reg. Z. 5151, nach welchem das Laudemium auf keinem Falle bei der Berechnung der Erbsteuer von dem steuerbaren Vermögen in Abzug gebracht werden darf, auf das Todfalls = Freigeld in Oesterreich ob der Enns keineswegs anwendbar sei, weil es ausdrücklich nur vom Laudemium spricht, welches eine vom Todfallsfreigelde ganz verschiedene Gebühr ist.

Das Laudemium ist nur vom unbeweglichen Vermögen bei einer in der Person des Nuzeigenthümers vorfallenden Veränderung, sie mag durch einen Todfall veranlaßt, oder durch ein Geschäft unter Lebenden begründet werden, von dem neuen Besitzer zu entrichten (*novus possessor laudat dominum*); es gehört also nicht unter die auf der Verlassenschaft haftenden Lasten.

Das Todfallsfreigeld hingegen wird vermöge der gesetzlichen Bestimmungen der Pat. vom 7. Juni 1785 und vom 10. Juli 1786, sowohl vom beweglichen als unbeweglichen Vermögen nur bei einer durch den Todfall eines Unterthans sich ergebenden Veränderung entrichtet, und gehört seiner Natur nach zu den auf der Verlassenschaft haftenden Lasten, indem es gleich dem landesfürstlichen oder städtischen Mortuar bei der Abhandlung der Verlassenschaft aus dem Verlassenschafts = Vermögen entrichtet werden muß, wie aus den §§. 1, 2 und 3 des Pat. v. 7. Juni 1785, und aus dem 6. §. des Pat. vom 10. Juli 1786 deutlich hervorgeht. Nach diesen gesetzlichen Bestimmungen ist es nun klar, daß das Todfallsfreigeld, so wie das Mortuar (Sterbtaxe und dgl.) eine auf der unterthänigen Verlassenschaft haftende Last ist, und nach dem Inhalte des Erbst. Pat. §. 29, 30 und 43 sowohl bei Berechnung des Erbsteuerperzentos, als des erbsteuerpflichtigen Vermögens allerdings zu berücksichtigen sei. **S. 2365 — 6.**

Zugleich wird der Erbst. Hoffom. zur Vermeidung und Abwendung jedes Nachtheils vom Erbst. Gefäll die Weisung ertheilt, daß in Zukunft

bei Schätzungen von fruchtbringenden Realitäten zur Bemessung der Erbsteuer das Todfallfreigeld nicht mehr in Abschlag zu bringen, somit in den Schätzungsausweisen nicht mehr unter den Ausgabsposten anzuführen sei; indem es nach §. 43 des Erbst. Pat. bei Berechnung des erbsteuer-mäßigen Vermögens ohnehin als Erzfions-Post in Abzug gebracht wird.

2438. Hfzd. v. 2. Nov. 1836 J. 3702, an die Erbst. Hfkom. in Steier., Böh., D. De., Illir., Küstenl., Mäh., u. an die Sub. in Mäh. u. Gal. (Pol. 880).

Aus Anlaß der in einer andern Provinz vorgekommenen Zweifel über die Art der Anwendung des 29 §. des Erbst. Pat. wurde mit Hfzd. v. 2. Nov. 1836 die in dieser Beziehung der k. k. n. ö. Erbst. Hfkom. bei Gelegenheit eines besonderen Falles unterm 14. Jänner 1834 ertheilte Belehrung gleichfalls in Folgendem zur Darnachachtung mitgetheilt. Der §. 29 des Erbst. Pat. enthält in seinem 2. Absätze zwei Bestimmungen, wovon die erste die Erbsteuer nur mit 5 Perzent zu bemessen verordnet, wenn das Verlassenschaftsvermögen schon mit andern Abgaben als Sterbtaxen und dergleichen Gebühren dergestalt beschwert ist, daß dieselben bereits 5 Perzent erreichen. Das Beispiel der Sterbtaxe läßt dabei erkennen, daß das Gesetz unter den Abgaben und dergleichen Gebühren, welche die Bemessung des Erbsteuerperzentos bestimmen, nur Perzentualabgaben und Gebühren, wie es das Mortuar und das Abfahrtsgeld sind, verstehe. Die zweite Bestimmung dieses Gesetzabsatzes verordnet, daß die Abgaben, so wie die Abhandlungsgebühren und Gerichtskosten vor Ausmessung der Erbsteuer berechnet werden müssen, woraus erhellt, daß die Abhandlungsgebühren und Gerichtskosten von dem steuerbaren Vermögen abzuziehen sind, nicht aber, daß sie die Bemessung des Erbsteuerperzentos bestimmen, weil sie nicht in der ersten Bestimmung des Gesetzes unter den Perzentualabgaben enthalten sind, sondern mit diesen in der zweiten Bestimmung bei der Art der Berechnung nur beispielweise vorkommen.

§. 30.

»Wenn das Verlassenschafts-Vermögen ganz oder zum Theile an einen, zur Zeit des Todes eines der Militär-Gerichtsbareit unterstehenden Erblassers schon außer dieser Gerichtsbareit, oder an was immer für einen außer Landes befindlichen Erben oder Legatar fällt und hiervon ein Abfahrtsgeld zu entrichten kommt; so wird zwar die Erbsteuer davon auch nur mit 5 Perzenten abgenommen, doch kann dieses Abfahrtsgeld, da es nur von dem nach Abzug aller auf dem Vermögen haftenden Lasten, und wirklich aus der Militär- in die Zivil-Gerichtsbareit übergehenden, oder außer Landes gelangenden Vermögen zu entrichten kommt, und nicht auf dem Verlassenschafts-Vermögen, sondern auf der Eigenschaft der Person des Erben oder Legatars, und auf dessen Aufenthaltsorte haftet, vor Ausmessung der Erbsteuer nicht in Abzug gebracht werden.

In Fällen minderjähriger, der Militär-Gerichtsbareit untergebenen Erben aber ist die Bezahlung der Erbsteuer nicht bis zu ihrer erlangten Großjährigkeit zu verschieben, sondern dieselbe sogleich mit 10 Perzenten

abzunehmen, ihnen aber, wenn der Fall eintrete, daß sie das Militärjurisdiktions-Abfahrts-geld entrichten müssen, der an der Erbsteuer zu viel bezahlte Betrag, jedoch ohne Interessen, auf Anlangen zurückzuzahlen.«

§. 31.

»Von Senioratsgütern, welche jedesmal der Älteste der Familie lebenslänglich zu genießen hat, haben die Nachfolger, wenn sie keine leiblichen Kinder des letzten Besitzers sind, die Erbsteuer gleichfalls nur mit 5 Perzenten und in dreijährigen Raten zu entrichten.«

§. 32.

»Nachfolger in Fideikommiss und Majorate, dann Stammlehen, wenn sie von dem letzten Besitzer nicht in gerader Linie abstammen, haben zwar die Erbsteuer mit 10 Perzenten, aber in sechsjährigen Raten zu berichtigen.

Die drei- und sechsjährigen Fristen haben von dem Tage des Ablebens des letzten Besitzers zu laufen.«

2439. Hfd. v. 9. April 1812 N. 985, an alle Lst.

Ueber die vorgekommene Frage: wie sich bei der Einhebung der sowohl von jährlichen Legaten, als auch von Fideikommissen theils jährlich, theils durch den Lauf von sechs Jahren fälligen Erbsteuer zu benehmen sei? wird folgende Bestimmung zur Nachachtung bekannt gemacht: daß die in mehrjährige Fristen abgetheilte Erbsteuer von jährlichen Legaten, Fideikommissen, Majoraten u. dgl., in den erst nach Erscheinung des Finanz-Pat. vom 20. Febr. 1811 fälligen Raten, auf den skalamäßigen Betrag im Kennwerthe der Einlösungsscheine nach dem Datum des ursprünglichen Ausmaßes zurückzuführen sei; weil der hiernach ausfallende Erbssteuerbetrag im richtigen Verhältnisse zu dem Kapitalswerthe in jenem Zeitpunkte steht, wo er als Objekt der Erbsteuer ausgemittelt wurde, und der Erbe durch diese Art der Entrichtung weder erleichtert, noch gedrückt ist, da sie genau mit jener Valuta übereinstimmt, in der es nur von ihm abgehungen hat, die ganze Erbsteuer auf ein Mal zu entrichten.

§. 33.

»Wenn ein solcher Nachfolger in ein Fideikommiß, Majorat oder Stammlehen vor Verlaufe der sechs Jahre, und ein Nachfolger in ein Seniorat vor Verfließung der drei Jahre stirbt, und diese Güter nicht auf seine Abkömmlinge, sondern wieder auf Seitenverwandte übergehen, so wird die rückständige Gebühr nach Maß des früher erfolgten Todes nachgelassen.

Diese Begünstigungen erstrecken sich aber nicht auf Seniorate, Fideikommiss und Majorate, welche neu errichtet werden, von denen die Erbsteuer mit 10 Perzenten, wenn der nachfolgende Nutznießer kein Deszendent ist, sogleich und auf einmal zu entrichten kommt.«

§. 34.

»Da die Erbsteuer auf dem Grundsätze beruhet, daß dieselbe von dem in einer Verlassenschaft wirklich vorgefundenen Vermögen mit 10 Perzenten bemessen und berichtigt werden soll; so ist, wenn in einer Verlassenschaft zugleich Gold- und Silbermünzen, Einlösungsscheine, dann öffentliche Staatspapiere, die theils von verschiedenen öffentlichen Fonds ausgefertigt, und theils auf höhere und mindere Interessen ausgestellt sind, vorkommen, nicht nur der zehnte Theil von der vorhandenen klingenden Münze, und von den Einlösungsscheinen, sondern auch von jeder Gattung der vorfindigen öffentlichen Obligationen, in so fern eine solche Obligation nach den bestehenden Grundsätzen theilbar ist, an Erbsteuer in Aufrechnung und Abfuhr zu bringen.

Nach diesem Maßstabe sind sodann die öffentlichen Staatspapiere ohne Unterschied an Zahlungsstatt im vollen Nennwerthe anzunehmen, und von dem übrigen Vermögen wird die Erbsteuer bar entrichtet.«

2440. Hfr. Zir. vom 18. Juli 1813 C. 887.

Wird die Erbsteuer von öffentlichen Fonds-Obligationen in gleichen oder überhaupt öffentlichen Staatspapieren entrichtet, so muß den zur Berichtigung der Erbsteuer gewidmeten öffentlichen Fonds-Obligationen immer die ausdrückliche Jession auf den Erbsteuerfond beigesezt, und von Seite der Abhandlungsbehörden das Amtssiegel beigedruckt werden.

2441. Hfzd. vom 23. Mai 1816 N. 1246, an alle Lst.

In allen Fällen, wo sich in einer Verlassenschaft Privatschuldscheine vorfinden, in welchen die Zahlung ganz, oder zum Theile in öffentlichen Fonds-Obligationen bedungen wird, ist auch die Erbsteuer rücksichtlich des in solchen öffentlichen Fonds-Obligationen stipulirten Schuldbetrages in eben derselben Gattung von Staatspapieren, auf welche die Schuldscheine lauten, zu bemessen.

2442. Hfzd. vom 20. März 1817 N. 1330, an alle Lst.

Damit es den Abhandlungs-Behörden und Erbst. Hffom. in Fällen, wo in Verlassenschaften ausländische Geldmünzen, oder im Auslande anliegende Kapitalien vorkommen, in Hinsicht der Abnahme der Erbsteuer an einer gesetzlichen Bestimmung nicht gebreche, wird Nachstehendes festgesetzt:

Da man bei Abfassung des §. 34 des Erbst. Pat. vom J. 1810 nur die inländischen Münzen und Obligationen zur Beobachtung eines billigen Ebenmaßes in der Entrichtung vor Augen gehabt hat; so müssen ausländische Münzen, welche hier zu Lande keinen gesetzlichen Umlauf haben, vielmehr Präziosen gleichgestellt werden, wovon die Erbsteuer nach dem Schätzungswerthe in W. W. entrichtet wird. Dieser Werth ergibt sich aus dem Kurse, in welchem sie nach inländischer Münze berechnet, vorzüglich von Handels- und Wechselhäusern angenommen, und zur Saldirung mit dem Auslande verwendet werden.

Nach eben diesen Rücksichten sind auch ausländische Staats-Obligationen pro rata zur Abfuhr an der Erbsteuer nicht geeignet, denn jede

auf fremden Fonds haftende Obligation ist als ein Gut zu betrachten, welches nach den Verfügungen der verschiedenen Staaten über das Staatsschuldenwesen verschiedenen Werth hat, und daher nur nach dem Handelswerthe angeschlagen, und auf inländische Valuta berechnet werden kann, wornach in dieser letzteren die Erbsteuer zu entrichten ist.

In Ansehung der in Verlassenschaften vorfindigen Privat-Schuldverschreibungen ist mit Rücksicht auf jenes, was eben in Betreff der Geldmünzen bemerkt worden, die Erbsteuer von denselben in jener, im Vermögens-Ausweise angesetzten Valuta zu bemessen und zu entrichten, in welcher das Kapital angelegt, und die Rückzahlung bedungen worden ist. Auf die Frage, ob das Kapital von dem Auslande hereingebracht worden ist, kommt es in erbsteuermäßigen Fällen nicht so, wie bei der Abfahrt an, wo bei dem Abzuge des aus der Fremde hereingebrachten Vermögens unter gewissen Umständen kein Abfahrtgeld zu beziehen ist. Nur bei jenen Fremden und ihrem Vermögen tritt der Fall einer Erbsteuer nicht ein, welche ganz fremd und gar den hiesigen Gesetzen nicht unterworfen sind.

2443. Hfzd. vom 9. Mai 1823 N. 1941, an alle Lst. Hfr. Zir.
vom 1. Juni 1824, H. 575.

Ueber die vorgekommene Frage: wie die Erbsteuer von öffentlichen Fonds-Obligationen dann zu berichtigen sei, wenn wegen Untheilbarkeit derselben die Erbst. Quote nicht mit einer Obligation sich ausgleichen läßt, hat man zu entscheiden befunden: daß die Erbst. Quote von solchen Obligationen, die sich mit einer Obligation nicht ausgleichen läßt, nach dem Kurse zu berichtigen sei, welchen die Obligationen zur Zeit, wo die Schuldigkeit der Erbst.-Entrichtung eintritt, nämlich am Todestage des Erblassers hatten *). S. **2452**.

2444. Hfzd. vom 20. Juni 1823 N. 1949, an alle Erbst. Hffom.

Aus Anlaß einer Anfrage, wie die Erbsteuer von den Aktien der National-Bank zu berechnen sei? wird bedeutet, daß die Erbsteuer von Bank-Aktien immer nach jenem Kurse zu berechnen ist, den diese Papiere bei dem Eintritte der Verpflichtung zur Erbst.-Entrichtung, nämlich: am Todestage des Erblassers, haben. S. **2452**.

2445. Hfzd. vom 10. Okt. 1823 N. 1968, an alle Erbst. Hffom.
und an die gal. u. steier. Lst.

Im Nachhange zu dem Hfzd. vom 20. Juni 1823 N. 1949, wird wegen Abnahme der Erbsteuer von Bank-Aktien bedeutet: daß in jenen Fällen, wo das Steuer-Objekt von solcher Bedeutenheit ist, daß die dafür entfallende Erbst.-Gebühr in Bank-Aktien selbst abgetragen werden kann, die Erbsteuer auf diese Weise entrichtet werden darf, und daher die Abnahme der Erbsteuer von Bank-Aktien nach dem Börse-Kurse

*) Dasselbe gilt von den illir. Transferten (Hfzd. v. 8. Nov. 1824 Z. 33515. P. des illir. Gub. 526).

auf jene Fälle beschränkt werde, wo der zu entrichtende Erbst. = Betrag einer Bank = Afzle nicht gleich kommt.

2446. Bdg. d. mäh. Sub. v. 15. Okt. 1824 J. 28855 (P. 362).

Die h. Hofkanzlei hat in Folge Dek. vom 20. v. M. J. 28613, über eine hohen Ortes angesuchte Belehrung,

a) wie die Erbsteuer von den, auf Dukaten lautenden Schuldscheinen zu berichtigen sei; und

b) welche Leichenkosten in dem Erbst. = Ausweise, als erbsteuerfrei aufgerechnet werden können; entschieden:

ad a) daß k. k. Dukaten, da sie durch den bestehenden Münz = Tariff, mit dem Betrage von vier Gulden dreißig Kreuzer Konventionsmünze gesetzlich evaluiert sind, ganz ordnungsmässig, und zwar ohne Unterschied, ob sie in dem Verlassenschaftsvermögen bar vorhanden, oder durch Schuldverschreibungen stipuliert sind, mit diesem Evalvations = Betrage, zum Behufe der Erbst. = Bemessung in der Valute der Konventionsmünze in Anschlag gebracht werden können; wornach sich die Bemessung der Erbsteuer mit den gesetzlichen Perzenten dann von selbst ergibt.

Ein anderes Verfahren hat in Beziehung auf ausländische Goldmünzen einzutreten, in Rücksicht welcher die Bestimmungen des unterm 18. April 1817 Zahl 10012 eröffneten h. Hfd. vom 20. März 1817 zur Richtschnur zu dienen haben; dann

ad b) daß nicht unbedingt die Ausscheidung aller, von dem Erben für das Leichenbegängniß gemachten Auslagen zu passiren sei; sondern die Größe des abzugsfähigen Betrages allezeit aus der testamentarischen Anordnung des Erblassers, aus dem §. 549 des a. b. G. B., aus der Stolaordnung, und aus dem §. 43 des Erbst. Pat. bemessen werden müsse.

2447. Hfd. vom 1. Dez. 1824 N. 2052, an alle kst. Hfr. Zir. vom 8. Febr. 1825, H. 111.

Es ist wahrgenommen worden, daß sich bei der Abnahme der Erbsteuer von theilbaren Obligazionen, in Hinsicht auf die Entrichtung der Erbsteuer selbst, vorzüglich aber in Betreff der Summe, wodurch die fernere Untheilbarkeit solcher Obligazionen bedingt wird, in den Provinzen verschiedenartig benommen werde.

Um nun dießfalls ein gleichmäßiges Verfahren eintreten zu lassen, wird die Weisung erteilt, daß in Zukunft ständische Merarial = und Domestikal = Obligazionen, die zu Folge der bestehenden Grundsätze theilbar sind, zum Behufe der hiervon zu entrichtenden Erbsteuer nur bis zu dem Betrage von fünf und zwanzig Gulden um = und auseinander geschrieben werden dürfen, die unter fünf und zwanzig Gulden von dergleichen Obligazionen entfallenden Erbst. = Beträge aber nach dem Kurse zu berichtigen seien, welchen die Obligazionen dieser Art zu jener Zeit haben, wo die Schuldigkeit der Erbst. = Entrichtung eintritt.

Durch diese Bdg. hat es demnach von dem unter dem 12. März 1816, (in der J. G. S. v. 3. April 1816 N. 1225) ergangenen Dekrete der vereinten Hofkanzlei abzukommen, wodurch bestimmt wurde, daß die

von Obligationen zu berichtigende Erbssteuer bei Beträgen unter fünf und zwanzig Gulden bar in W. W. zu erlegen sei.

2448. Hfd. v. 13. Juli 1826; an alle Erbft. Hffom. u. an die mähr. u. gal. Lst. (G. 230). Hfr. Zir. v. 3. Okt. 1826, II. 1139.

Die k. k. Hofkanzlei ist mit dem k. k. Finanz-Ministerium übereingekommen, daß den erbsteuerpflichtigen Parteien zu gestatten sei, auch größere Erbft.-Beträge von öffentlichen Kredits-Papieren, deren Berichtigung in derselben Gattung von Kredits-Papieren möglich wäre, wenn es die Partei vorzieht, nach dem Kurse, den diese Kredits-Papiere am Todestage des Erblassers hatten, in K. M. zu berichtigen, gleich wie dies durch das Hfd. vom 9. Mai 1823 bereits gestattet ist, wenn sich die Erbssteuer-Quote von Obligationen, wegen deren Untheilbarkeit, mit einer Obligation nicht ausgleichen läßt.

2449. Hfd. v. 12. April 1828 N. 2336, an alle N. G. Hfr. Zir. v. 26. März, F. 418 (Mil. 31).

Se. Majestät haben in Ansehung der Berechnung und Abnahme von Perzentual-Gebühren aus Verlassenschaften oder des Abfahrtsgeldes in jenen Fällen, wo das Vermögen oder ein Theil desselben in Staatspapieren und Bank-Akzien besteht, folgende gesetzliche Bestimmungen zu erlassen geruhet: Wenn Erbssteuer, Mortuarium, Abfahrtsgeld oder andere Gebühren, welche sich nach dem Betrage des Vermögens richten, von Staatspapieren was immer für einer Gattung oder von Bank-Akzien entrichtet werden sollen, und den Betrag nicht erreichen, der in Papieren gleicher Gattung berichtetet werden kann: so sind die Staatspapiere oder Bank-Akzien in K. M. nach dem Kurse in Anschlag zu bringen, in dem sie an dem Tage der Zahlungs-Verbindlichkeit auf der wiener Börse, bei den Rent-Urkunden des Monte des lomb. venez. Königreiches aber auf der mailänder Börse gestanden sind. Ist an diesem Tage kein Börsetzettel erschienen: so wird der Kurs des lezt vorhergegangenen Börsetages zur Richtschnur genommen.

Von dem nach dem Kurse berechneten Kapitale sind die Gebühren in K. M. oder Banknoten bar zu entrichten. Sind der Staatspapiere oder Bank-Akzien so viele, daß die Gebühren in einer verhältnißmäßigen Anzahl von Staatspapieren gleicher Art, oder in Bank-Akzien entrichtet werden können; so hat die zur Zahlung verpflichtete Partei die Wahl, die Gebühren in Papieren gleicher Gattung, oder nach dem auf oben erwähnte Art berechneten Kurse in barem Gelde zu entrichten.

Gegenwärtige Verordnung gilt auch für die Gebühren der Städte und Gutsherren.

2450. Hfd. v. 23. Sept. 1830 Z. 3414, an alle Erbft. Hffom. und an das gal. u. mähr. Sub. (G. 384).

Aus Anlaß einer vorgekommenen Anfrage findet man der Landesstelle, im Einverständnisse mit der k. k. allg. Hofkammer, zu erinnern: daß es keinem Anstande unterliege, daß die in W. W. vorgeschriebenen Erb-

steuer = Beträge eben so, wie es zu Folge des hierortigen Erlasses v. 25. Mai 1830 bei den übrigen in W. W. vorgeschriebenen Steuer-Rückständen der Fall ist, auch in K. M. nach dem Kursverhältnisse von 100 zu 250 berichtigt werden können, daß jedoch übrigens die Vorschreibung und Bemessung der Erbsteuer in den durch das Gesetz vorgeschriebenen Fällen stets in W. W. zu geschehen habe.

2451. Hfr. Zir. v. 31. Dez. 1832 F. 1985 (Mil. 134).

Ueber gepflogenes Einvernehmen mit der k. k. Hofkanzlei hat dieselbe unterm 7. d. M. anher eröffnet, daß nach der mittelst Hfr. Zir. vom 26. März 1825 F. 418 (**2449**), den Militärbehörden bekannt gegebenen a. h. Entschl. v. 25. Dez. 1827, betreffend die Berechnung und Abnahme von Perzentualgebühren aus Verlassenschaften, welche ganz oder zum Theil in öffentlichen Fondsobligationen bestehen, und wo diese Gebühren im baaren Gelde entrichtet werden wollen, nicht der Todestag des Erblassers sondern der Tag der Zahlungsverbindlichkeit zur Ausmittlung des Kurswerthes zu bestimmen, und daher auch in Erbsteuerfällen unter dem Worte Zahlungsverbindlichkeit nicht der Tag, wo die Steuerverbindlichkeit eintritt, also der Todes- oder Anfallstag, sondern jener Tag zu verstehen ist, an welchem nach der vollzogenen Anwendung des Gesetzes die Gebühr zu entrichten kommt.

2452. Hfd. v. 29. Jänner 1833 N. 2590, an die n. ö. Reg.

In der durch Reg. Zir. v. 22. März 1828 bekannt gegebenen a. h. Entschl. v. 15. Dez. 1827 (Hfd. v. 12. April 1828 N. 2336 f. **2449**) ist der Tag der Zahlungs-Verbindlichkeit als derjenige ausgedrückt, von welchem der Kurswerth der Staatspapiere oder Bank-Aktien in K. M. in Anschlag zu bringen ist, wenn die von Papieren jener Gattung zu entrichtenden Perzentual-Gebühren aus Verlassenschaften den Betrag nicht erreichen, der in Papieren gleicher Gattung berichtigt werden kann, oder wenn Parteien nach der ihnen freigestellten Wahl es vorziehen, die vorgeschriebene Gebühr, statt in Papieren der entsprechenden Gattung, nach dem auf oberwähnte Art berechneten Kurse in barem Gelde zu entrichten.

Da sich über die Anwendung jener Verordnung in Erbsteuer-Fällen neuerlich Zweifel erhoben haben, so hat die Hofkanzlei erklärt, daß bei der Erbsteuer-Einrichtung nicht der Todestag des Erblassers, sondern der Tag der Zahlungs-Verbindlichkeit, das ist derjenige Tag zur Ausmittlung des Kurswerthes in den bezeichneten Fällen anzunehmen sei, an welchem die Vorschreibung der Steuergebühr und die Ausfertigung des Zahlungs-Auftrages statt fand.

Diese Erläuterung ist mit der Bemerkung kund zu machen, daß durch die Eingangs gedachte Zir. Bdg. v. 22. März 1828, die über diesen Gegenstand früher bestandenen Vorschriften außer Wirksamkeit getreten sind.

2453. Hfr. Ref. v. 26. Sept. 1839 I. 3222; Bdg. des böhm. Gen. Kom. v. 11. Okt. T. 2165.

Vom k. k. Generalhofsakante ist die Annahme der mit einer gelegten Tarkassa Rechnung, baar eingesendeten Gebühren aus der Ur-

sache verweigert worden, weil unter der Baarschaft einige zwar noch kursirende, jedoch nicht ganz vollwichtige Gulaten begriffen waren.

Bei dem Umstande, daß die Behörde, welche die Verlassenschaft abhandelt, sich wegen Einhebung der Gebühren allerdings an jene Valuta zu halten hat, welche die Verlassenschaftsmassa bildet, übrigens die gleiche Rücksicht hier statt findet, welche laut des kfr. Zir. v. 26. März 1828 F. 418 bei Einhebung der Gebühren von den unter der Verlassenschaft begriffenen Staatspapieren vorgezeichnet ist, hat die k. k. allgem. Hofkammer die Zulässigkeit, daß die Verlassenschaftstaren in solchen gehörig erhobenen Fällen auf diese Art auch in nicht ganz vollwichtigen, jedoch sonst noch kursirenden Münzen eingehoben, und abgeführt werden können, anerkannt, jedoch zur Beseitigung künftiger Anstände, um die Anweisung sämtlicher Militärbehörden, denen die Einhebung und Verrechnung ärarischer Targelder obliegt, ersucht: damit selbe in solch eintretenden Fällen bei der jedesmaligen Abfuhr der Justiztargebühren in der mitfolgenden Tarfasserrechnung zugleich auch die Geldsorten nach ihrer Beschaffenheit genau ersichtlich machen.

In Folge dessen wird verordnet: bei jedesmaliger Abfuhr der Justiztargebühren, in der mitfolgenden Tarrechnung zugleich auch die Geldsorten nach ihrer Beschaffenheit genau ersichtlich zu machen.

§. 35.

»Zur geschwindern und sichern Einbringung der Erbsteuer ist eine eigene Hofkommission aufgestellt, von welcher alles, was das Erbsteuer-Gefäll betrifft, anschließend zu besorgen ist.« C. 68.

§. 36.

»Um die Erbsteuer nach den vorausgeschiften Vorschriften einheben zu können, ist über das ganze Verlassenschafts-Vermögen ein gerichtliches Inventarium zu errichten, oder bei unbedingten Erbserklärungen ein eides Vermögenabekennniß zu verfassen; bei dem beweglichen Vermögen, dann den Lustgebäuden, Gärten, Jagden u. dgl. Voluptuarien die Schätzung nach jenem Betrage, wie sie leicht verkauft werden können, vorzunehmen; bei den fruchtbringenden unbeweglichen Gütern aber in jedem Falle nach demjenigen, was der § 1 vorschreibt, sich genau zu achten.

§. 37.

»Von den der Erbsteuer unterliegenden Erbschaften hat der Haupteerbe, oder der ihn vertretende Vormund oder Sachwalter einen Ausweis des ausfallenden Erbsteuer-Betrages nach dem beigefügten Formulare A. zu entwerfen, davon zwei Exemplare machen zu lassen, sie eigenhändig mit Beisezung seines Wohnortes zu unterschreiben, und mit seinem Siegel zu bekräftigen. Ist er des Schreibens nicht kundig, so hat er wenigstens ein Kreuz oder ein anderes Zeichen zu machen, sein Siegel ebenfalls beizudrücken, und noch zwei Zeugen, deren einer den Namen des Erben unterschreiben muß, zur Mitfertigung zu erbitten.«

F o r m u l a r

einer Erbsteuer-Ausweisung nebst dazu gehörigen Anmerkungen.

A.

Ausweisung

zur Bestimmung des Erbsteuer-Betrages über die Verlassenschaft des oder der N. (allhier wird der Name und Stand der Verstorbenen gesetzt), so den N. (der Tag, das Jahr und der Ort des erfolgten Hinscheidens), verstorben, und zu Erben vermög Testamentes (oder ab intestato als nächste Anverwandte) hinterlassen hat, den oder die N. N., (hier setze man die Namen der Erben, deren Stand und Verhältniß mit dem Erblasser, wie auch, wo dieselben ihren Aufenthalt und Wohnung haben).

A k t i v - S t a n d.

Erste Rubrik:

an Immobilien nach der Ertragniß zu fünf vom Hundert im Kapital angeschlagen.

- 1) Die Herrschaft oder das Gut N., oder der Freihof N., im Viertel oder im Kreise N. liegend, nach dem beiliegenden reinen Ertragniß-Ausweise, oder nach vorgenommener Schätzung A. zu fünf vom Hundert in Kapital angeschlagen auf
- 2) Ein Freihaus, N. genannt, liegend in der Gasse N., Nr. —, nach zc., wie oben B.
- 3) Ein Haus, bei dem, z. B. goldenen Adler genannt, liegend zu N., Nr. —, so dienstbar ist in das Grundbuch N., nach zc., wie oben C.
- 4) Fünf Joch Ueberländ-Acker zu N. liegend, dienstbar unter die Grundobrigkeit N., nach zc., wie oben D. .
- 5) Zwei Joch Kraut- oder Obst-Garten zu N. liegend, dienstbar unter die Grundobrigkeit N., nach zc., wie oben E.

Zweite Rubrik:

an Lustgebäuden, Gärten, Jagden und dergleichen Voluptarien.

- 1) Ein Lusthaus zu N. liegend, und dienstbar in das Grundbuch N., nach der beiliegenden Schätzung F., wie es leicht verkauft werden könnte

fl.	fr.

Sechste Rubrik:

an barem Gelde und Aktiv=Schuldposten.

- 1) Zur Zeit des Ablebens des Erblassers waren an barem Gelde vorhanden
- 2) Die nach Absterben des Erblassers ausständig gewesene Dienstbesoldung oder Pension, so er bei N. zu empfangen gehabt, oder der von N. N. lebenslänglich zu genießen gehabte Fruchtgenuß beträgt bis zum Tage seines Absterbens
- 3) Eine Banko=Obligazion Nr. —, ddo. N., auf N. N., zu N. Perzent lautend
davon das ausständige Interesse von N. bis auf den Sterbetag, beträgt

Und also sind weiterhin die Obligazionen und Schuldscheine zu benennen.

Summa des Aktiv=Standes

Anmerk. *)

Passiv - Stand.**Erste Rubrik:**

an Beerdigungs= und Krankheitskosten.

Die Begräbnis= und Krankheitskosten betragen laut belegter Verzeichnisse Nr. 1

Zweite Rubrik:

an Passiv=Posten.

- 1) Ist der Erblasser schuldig dem N. laut Schuldschein, Wechselbrief oder Auszüge Nr. 2
Die davon von N. bis auf den Sterbetag ausständigen Interessen betragen
- 2) Ingleichen dem N. laut ic., Nr. 3

Dritte Rubrik:

an Verlassenschaftslasten, so aus Kontrakten entspringen.

- 1) Daß der Witwe als ihr Eigenthum zurückgebührende,

*) Wenn verschiedenes Vermögen an Allodien, Fideikommissen, Lehen- oder Senioratsgütern vorhanden ist, kommt hier besonders anzumerken, wie viel die einen oder die anderen betragen.

fl. fr.

- laut Heirath-Kontrakts Nr. 4, und Quittung Nr. 5,
wirklich zugezählte Heirathsgut
- 2) Die in dem Heirathsbriefe bedungene Wiederlage pr.
- 3) Das zur Bedekung der in dem Heiraths-Kontrakte be-
dingenen, der Witwe durch Testament verschafften wi-
thlichen Unterhaltung pr. — fl. erforderliche Kapital.
- 4) Das der Witwe zum lebenslänglichen Fruchtgenusse ver-
schaffte Kapital pr.
- 5) Das zur Bedekung der jährlichen Legate pr. — fl. er-
forderliche Kapital

V i e r t e N u b r i k:

an Legaten, so von der Erbsteuer befreit sind.

- 1) Das im Testamente §. 13 auf heilige Messen rc. ver-
machte Legat pr.
- 2) Der gesetzliche Beitrag zum Normalschulffonde, zum Kran-
kenhause und zu den Wohlthätigkeits-Anstalten . . .
- 3) Das dem N. vermachte Legat pr. 100 fl., so nach Ab-
zug der Sterbtaxe oder des Abfahrtgeldes nicht 100 fl.
beträgt, wird hier ganz angesetzt mit
- 4) Ingleichen rc.
- 5) Der den eheleiblichen Kindern von dem in dem Aktiv-
stande einkommenden steuerbaren, nach Abzug der Passi-
ven rein erübrigenden Verlassenschafts-Vermögen mit dem
N. N. Theile gebührende Pflichttheil pr.

F ü n f t e N u b r i k:

an uneinbringlichen Aktiv=Forderungen.

- 1) Ist die Schuldforderung wider den N., laut Urkunde
N. N., gänzlich verloren, mithin in Abzug zu bringen mit
- 2) Ingleichen rc.

S e c h s t e N u b r i k:

an zweifelhaften Aktiv=Forderungen.

- 1) Die Schuldforderung an den N. ist dermal zweifelhaft,
wie viel an Kapital und Interessen einstens zu erhal-
ten sei, indem über das Vermögen des Schuldners ein
Konkurs verhängt ist; es wird also dermal diese Schuld-
post in Abzug gebracht mit
- 2) Ingleichen rc.

Siebente Rubrik:

an Gerichts- und andern Kosten.

- 1) Die Sterbtaxe, welche über Abzug der von der Erbsteuer frei gelassenen Posten und Legate von dem übrigen steuerbaren Vermögen zu bezahlen kommt, beträgt
- 2) Die Sperrgebühr
- 3) Die übrigen Schätzungs- und Gerichtskosten laut Verzeichniß

Summe des Passivstandes

Wenn nun vom obigen Aktivstande pr.
abgezogen wird der Passivstand mit

so beträgt das der Erbsteuer unterliegende reine Vermögen

Erbsteuer = Betrag, welcher sogleich abzuführen ist:

- 1) Von dem den Erben und Legataren zufallenden Allodial-Vermögen pr. — fl. kommen an Erbsteuer zu 10 Prozent zu bezahlen
- 2) Ist in Ansehung des den Erben verbleibenden Hauses, nach Abzug der Sterbtaxe pr. — fl., wegen der zu bezahlen kommenden anderen Gebühren, die Erbsteuer nur zu 5 Prozent zu entrichten mit
- 3) Ist von dem Legate nach Abzug der Sterbtaxe pr. — fl. — fr., so dem im Auslande zu N. N. befindlichen N. hinterlassen worden, wegen des zu bezahlen kommenden Abfahrtgeldes, die Erbsteuer nur zu 5 Prozent zu entrichten mit
- 4) Ist von der Witwe aus dem Testamente als Erbschaft oder Legat — fl. — fr. als Geschenk unter Lebenden, wovon der Erblasser sich den lebenslänglichen Fruchtgenuß vorbehalten hat, oder als Geschenk von Todeswegen — fl. — fr.

Zusammen — fl. — fr.

die Erbsteuer zu 10 Prozent zu entrichten.

Erbsteuer = Betrag, welcher in sechs- oder dreijährigen Raten zu bezahlen ist:

- 1) Von dem Fideikommiß-Gute N., so dem Erben zufällt, nach Abzug der Sterbtaxe pr. — fl. — fr. zu 10 Prozent, beträgt auf 6 Jahre die jährliche Rate

fl. fr.

2) Von dem Seniorat-Gute N. nach Abzug der Sterbtaxe pr. — fl. — fr., beträgt auf 3 Jahre die jährliche Rate

Erbsteuer = Betrag, welcher indessen zu versichern ist:

- 1) Von dem bei N. anliegenden, und wegen vorhandenem Konkurs oben als zweifelhaft angesetzten Aktiv-Kapitale pr. N., ist dessen Steuerbetrag zu versichern mit . . .
- 2) Ingleichen wegen des von dem N. bei dieser Verlassenschaft angesprochenen Kapitals pr. N., so oben unter den Passiv-Schulden angesetzt worden ist, aber noch im Prozeß stehet, ist dessen Steuerbetrag zu versichern mit .
- 3) Wegen der jährlich der Witwe abzureichenden wittiblichen Unterhaltung pr. — fl. — fr. ist auf den Fall, wenn diese Abgabe aufhört, zu versichern der Erbsteuer-Betrag von dem Kapitale pr. N. mit . . .
- 4) Wegen des von dem Erblasser dem N. N. vermöge Kontraktes zu reichen gehabt, und vom Erben weitershin abzureichenden jährlichen Betrages pr. — fl. — fr. ist von dem Kapitale pr. N. auf den Fall, daß diese Abgabe aufhört, die Erbsteuer zu versichern mit .
- 5) Ingleichen von dem oben zur Bedekung der jährlichen Legate pr. — fl. — fr. in Abzug gebrachten Kapitale ist die nach Absterben des einen oder andern Legatars gebührende Erbsteuer indessen zu versichern mit . . .

Erbsteuer = Betrag, welcher jährlich zu entrichten ist.

Von dem, dem N. vermachten jährlichen Legate pr — fl. — fr. beträgt die Erbsteuer jährlich . . .

Wenn nun:

- 1) das Vermögen, wovon die Erbsteuer alsogleich abzuführen ist, beträgt . . .
 - 2) Jenes, wovon die Steuer in Raten zu zahlen ist . . .
 - 3) Dann der in Betreff der Erbsteuer angesetzte Passivstand, und diese Beiträge zusammengezogen werden .
- zeigt sich das oben bei dem Aktivstande angemerkte ganze Vermögen pr. . . .

Daß der Aktiv- und Passivstand dergestalt sich befindet, mithin die Erbsteuer-Gebühr, wie vorstehet, von uns Endesgefertigten, als des N. N. erklärten Universalserben zu entrichten sei, bekennen wir hiemit durch unsere Fertigung.

N. N. am

(L. S.)

N. N.

A n m e r k u n g e n

zu dem entworfenen Formulare der Erbsteuer-Ausweisung.

Vor allem versteht sich von selbst, daß nicht bei jeder Verlassenschaft in der zu verfassenden Erbsteuer-Ausweisung alle Rubriken des Aktiv- und Passivstandes anzusetzen nöthig sind, wenn von einer solchen Gattung nichts in der Verlassenschaft vorhanden ist. Es sind also jene Rubriken, wovon in der Verlassenschaft nichts vorkömmt, ganz wegzulassen.

U e b e r d e n A k t i v = S t a n d.

Auf die erste Rubrik:

1) Gehören unter diese Rubrik nicht nur die Allodial-Güter, sondern auch alle Fideikommiß- und Seniorat-Herrschaften, wie auch Lehen; weiters alle Realitäten, sie mögen in Gebäuden oder Grundstücken bestehen, und es mag der Erblasser das vollständige Eigenthum, oder nur das nuzbare Eigenthum (*dominium utile*) gehabt haben.

Alle diese Realitäten sind in der Ausweisung besonders anzusetzen, umständlich zu beschreiben, und der Anschlag derselben ist nach dem reinen Erträgnisse zu 5 Perzent im Kapital, oder die auf Kosten des Erben vorzunehmende gerichtliche Schätzung beizulegen.

2) Weil aber solche Realitäten nicht allezeit der Abhandlungsbehörde, sondern einer andern und oft verschiedenen Real- und grundobrigkeitlichen Jurisdikzion unterstehen; so soll in diesem Falle die Bestätigung des Erträgniß-Ausweises, oder die besondere Schätzung von der gehörigen Real-Instanz über jede Realität, und den allda befindlichen Vorrath an Wein, Getreide und andern Viktualien oder sonstigen der Erbsteuer unterliegenden Effekten, von den Erben jederzeit beigebracht werden.

Dieses aber versteht sich nur von den im Lande befindlichen Realitäten, da in den andern Erbländern, wo die Erbsteuer bereits besteht, diese Siebigkeit von den Realitäten in jenem Lande, wo sie liegen, abgenommen wird, und die Realitäten, wenn sie in solchen Erblanden liegen, wo die Erbsteuer nicht eingeführt ist, oder sich gar in fremden Ländern befinden, von der Erbsteuer befreit sind.

Indessen müssen doch alle Realitäten in der Erbsteuer-Ausweisung angemerkt werden, ohne jedoch den Werth derselben auszuwerfen, wenn die Erbsteuer entweder gar nicht, oder in einem andern Erblande zu bezahlen wäre.

Auf die zweite Rubrik:

Unter die hier in Anschlag zu bringenden Lustgebäude, Gärten, Jagden u. dgl. Voluptarien werden nur jene gerechnet, welche nicht als eine Zugehörung einer Herrschaft angesehen werden, sondern als ein abgesondertes Gut oder Berechtigung zu betrachten sind, mithin auch besonders verkauft zu werden pflegen.

Auf die dritte Rubrik:

Hier sind alle fruchtbringenden Rechte und Gerechtigkeiten zu spezifiziren und in Anschlag zu bringen, wenn sie nicht ohnedies eine Zugehörung einer Herrschaft oder anderen Realität, und mit derselben schon in Anschlag gebracht worden sind.

Auf die vierte Rubrik:

Da sich öfters ereignet, daß sich in einer Verlassenschaft, besonders bei höheren Standespersonen, mehrere Güter und Herrschaften befinden; so muß der Vorrath an Wein, Getreide und andern Viktualien bei jedem Orte nach Abzug des Fundi instructi und des zur Bestellung der Landwirthschaft auf ein ganzes Jahr erforderlichen Bedarfes, dessen Betrag in einer Spezifikation zu bestimmen ist, vollständig in dieser Rubrik angesetzt werden.

Auf die fünfte Rubrik:

Das Gold und Silber ist nach dem Gewichte und der Probe mit dem innerlichen Werthe anzusetzen; unter dem Schmucke wird nur der echte, nicht aber falscher Schmuck verstanden.

Von den Bildern, Kupferstichen und Büchern sind die gesammten Verzeichnisse oder Kataloge mit beigefügter Schätzung beizulegen, um ersehen zu können, welche derselben einzeln, oder bei Büchern von mehreren Bnden, den Werth von 100 fl. bersteigen.

Auf die sechste Rubrik:

1) Unter dem baren Gelde sind auch die Denz- und andere Münzen nach ihrem innerlichen Werthe anzusetzen.

2) Die Kapitalien müssen ebenfalls sämmtlich in der Erbsteuer-Ausweisung angemerkt werden, sie mögen in einem der Erbsteuer unterliegenden oder nicht unterliegenden Erblande, oder in einem fremden Lande, mit oder ohne Hypothek anliegen, da sie als ein Mobilar-Vermögen in die Hauptabhandlung gehören.

3) Müssen hier alle und jede Aktiv-Forderungen und Ausstände, sie mögen richtig sein, oder als zweifelhaft, oder gar als verloren angegeben werden, sammt den bis zum Sterbtage des Erblassers verfllenen Interessen angesetzt werden. Bei den zweifelhaften, wie auch bei den uneinbringlichen, sind die Umstände, warum sie für zweifelhaft oder uneinbringlich gehalten werden, genau und ausführlich beizurufen, auch die zum Beweise der Uneinbringlichkeit, oder der Gefahr dienenden Bezhelfe beizulegen, damit man bei uneinbringlichen, ob sie wahrhaft so beschaffen seien, untersuchen und erkennen, oder bei den zweifelhaften den Betrag der Erbsteuer, welche im Falle der Einbringlichkeit zu bezahlen, und indessen zu versichern ist, bestimmen, oder sich diesfalls auf einen billigen Pauschalbetrag vergleichen könne.

Endlich ist bei dem Aktivstande nach gezogener Summe des ganzen Aktives sogleich anzumerken, ob dieser Aktivstand bloß in Allodial-Ver-

mögen bestehe, oder zugleich ein Fideikommiß- oder Seniorats-Gut enthalte; in diesem letzteren Falle wäre klar auszudrücken, wie viel das Allodial-, oder Fideikommiß- oder Seniorats-Vermögen betrage, um zu ersehen, was der Erbe in Ansehung des Allodial-Vermögens alsogleich ganz, oder von den Fideikommissen in sechsjährigen Fristen, oder von Senioraten in dreijährigen Fristen zu entrichten habe.

Uebrigens ist in jenen Fällen, wo von den Abhandlungsbehörden mit der Erbsteuer-Ausweisung auch alle Abhandlungs-Akten an die Erbsteuer-Hofkommission überreicht werden müssen, nicht nöthig, in der Erbsteuer-Ausweisung bei jeder Rubrik die vorkommenden Posten insbesondere zu benennen; sondern, wenn sie in dem Inventarium oder in dem Vermögensbekenntnisse insbesondere mit der Summe ihres Betrages oder Schätzung bereits angesetzt sind, kann man in der Erbsteuer-Ausweisung Kürze halber den ganzen Betrag auf einmal ansetzen, z. B. an barem Gelde, an Weinen, an richtigen Aktiv-Forderungen, vermöge Inventariums, oder Vermögensbekenntnisses — fl. — fr.

In jenen Fällen aber, wo die Erbsteuer-Ausweisungen von einer ordentlichen Gerichtsbehörde ohne Beilagen an die Hofkommission gelangen, sind bei jeder Rubrik die vorkommenden Posten insbesondere zu benennen.

Ueber den Passiv-Stand.

Auf die erste Rubrik:

Die Begräbniskosten sind in einer belegten Konsignazion mit Quittungen oder auf andere Weise insbesondere auszuweisen, keineswegs aber nur überhaupt anzusetzen; unter denselben aber die Trauerkosten, als eine nicht die Verlassenschaft, sondern den Erben betreffende Auslage nicht zu passiren.

Auf die zweite Rubrik:

Die Schulden des Erblassers sind ebenfalls Post für Post insbesondere anzuführen, ausgenommen, sie wären in dem, oben in der Anmerkung über die sechste Rubrik des Aktivstandes angeführten Falle, schon in dem Inventar, oder in dem Vermögensbekenntnisse besonders ausgesetzt worden, in welchem Falle nur der vereinigte Betrag auszuwerfen wäre. Indessen müssen alle Schuldposten mit glaubwürdigen Instrumenten, Zeugnenschaften, oder andern Beweismitteln dargethan werden.

Auch das Interesse, so bis auf den Sterbtag des Erblassers verfallen ist, kann bei den Passivposten in Abzug gebracht werden; die streitigen Schulden sind ebenfalls besonders anzuzeigen, um den Betrag der Erbsteuer auf jenen Fall zu versichern, wenn die Erben hiervon ganz oder zum Theil losgesprochen werden sollten.

Auf die dritte Rubrik:

Hierher gehören die wittiblichen Unterhaltungen und überhaupt alle jene Lasten, welche jährlich zu entrichten der Erblasser durch Kontrakte

übernommen, und daher sich und seine Erben dazu verbindlich gemacht, oder den Erben durch Testament aufgetragen hat. Eine solche jährliche Abgabe wird zu 5 Perzent in Kapital angeschlagen, und der Betrag des dießfälligen Kapitals in dieser Rubrik angesetzt; jedoch ist von diesem Kapitale, wenn es nach erloschener jährlicher Abgabe nicht einem Anverwandten in auf- oder absteigender Linie zufällt, der Betrag der Erbsteuer nachzutragen, indessen aber sicher zu stellen.

Auf die vierte Rubrik:

Hier sind die frommen Vermächtnisse, in so weit sie vermöge des Pat. von der Erbsteuer befreit sind, wie auch die weltlichen Vermächtnisse, wenn der dem Legatar wirklich verbleibende Betrag nicht 100 fl. ausmacht, mit dem ganzen Betrage des vermachten Legates in Abzug zu bringen.

Bei allen übrigen Legaten aber, welche der Erbsteuer unterliegen, wäre es unnöthig, dieselben in der Erbsteuer-Ausweisung bei der Rubrik: Erbsteuer-Betrag, welcher sogleich ganz abzuführen ist, besonders anzusetzen; denn der Erbe hat für den ganzen gebührenden Erbsteuer-Betrag ohnedieß zu haften; er hat also die Erbsteuer-Gebühr von den Legaten unter Einem zu entrichten, jedoch steht ihm bevor, jedem Legatar die ihn betreffende Summe abziehen und zurück zu behalten; es wäre denn, daß der Erblasser dem Erben die Auszahlung eines Legates ohne allen Abzug aufgetragen hätte, in welchem Falle jedoch der Erbe die für den Legatar zu bezahlende Sterbtaxe und Erbsteuer, als eine ihm aufgetragene Last, von dem zu versteuernden Betrage nicht insbesondere abziehen berechtigt ist, da diese Abzüge dem Erbsteuer-Fonde nicht zwei Mal zur Last fallen können.

Da den Kindern der Pflichttheil von dem ganzen, nach Abzug der Passiven übrig bleibenden steuerfreien, und der Erbsteuer unterliegenden Vermögen gebühret, und immer nach einem bestimmten Betrage, als zum Beispiel mit dem Drittel, bemessen wird; so kommt hier nur jener Theil des Pflichttheiles anzusetzen, welcher das der Erbsteuer unterliegende Vermögen betrifft; daher ist hier immer ausdrücklich anzumerken, ob der Pflichttheil mit einem Drittel, oder mit welchem sonstigen Betrage ausgemessen worden sei.

Auf die fünfte Rubrik:

Die uneinbringlichen Aktiv-Forderungen sind ebenfalls darum besonders anzusetzen, damit man aus den beigebrachten Beweisen ermessen könne, ob sie wahrhaft ganz, oder zum Theile uneinbringlich, oder nur zweifelhaft sind; denn wenn dargethan wird, daß sie gänzlich verloren sind, können sie ohne Sicherstellung ganz in Abzug gebracht werden.

Auf die sechste Rubrik:

Die zweifelhaften Aktiv-Forderungen müssen von den uneinbringlichen abgesondert, Post für Post angegeben werden; denn wenn sie ganz oder zum Theile eingehen, muß die Erbsteuer abgeführt, indessen

aber der Betrag sicher gestellt werden. Gleichwie aber bei dem Aktivstande die zweifelhaften Aktiv = Forderungen sammt den ausständigen Interessen angesetzt werden, so sind selbe auch im Gegensatze sammt den Interessen bei dem Passivstande wieder in Abzug zu bringen.

Auf die siebente Rubrik:

Die bestrittenen Gerichtskosten müssen mit Quittungen oder durch andere rechtliche Wege dargethan werden, wenn sie nicht ohnedies auf andere Art bekannt sind.

Weil aber auch nach der vorgenommenen Ausweisung und Richtigstellung der Erbsteuer noch einige Gerichtskosten von den Erben zu bestreiten sind; so können sie vorläufig mit der Erbsteuer = Ausweisung ebenfalls angesetzt und in Abzug gebracht werden.

Die bezahlte Sterbtaxe kann nur von jenem Vermögen oder Betrage abgezogen werden, von welchem die Erbsteuer genommen wird, keinesweges aber von dem der Erbsteuer gar nicht unterliegenden Vermögenstheile, welcher in der Erbsteuer = Ausweisung im Aktivstande gar nicht anzusetzen ist, noch von den von der Erbsteuer befreiten Beträgen.

Das Abfahrtsgeld ist keine auf dem Verlassenschaftsvermögen haftende Last, sondern wird nur von jenem Betrage, welchen ein Erbe oder ein Legatar nach der Eigenschaft seiner Person, oder nach seinem Aufenthaltsorte erst durch die Einantwortung eigenthümlich erhält, und wirklich von der Militär = in die Zivilgerichtsbarkeit, oder außer Land zieht, abgenommen; es ist daher bei jeder Erbschaft oder bei jedem Legate anzumerken, ob, und aus welchem Grunde hiervon ein Abfahrts = geld zu entrichten ist, um hiernach von dem nach Abzug der Sterbtaxe verbleibenden Betrage die Erbsteuer nur mit fünf Perzent ausmessen zu können, solches aber vor Berechnung der Erbsteuer nicht in Abzug zu bringen.

Nach dem Passivstande muß das der Erbsteuer unterliegende Vermögen nach ihrer Eigenschaft in verschiedene Gattungen abgetheilt und nach dem Unterschiede, von welchem Vermögen die Erbsteuer gleich auf einmal ganz zu entrichten, oder alle Jahre abzuführen, oder in sechs- und dreijährigen Raten einzutheilen, oder aber indessen nur zu versichern ist, die Gebühr besonders ausgeworfen werden.

§. 38.

»Diese zwei Exemplare sind mit dem Inventarium oder eidlichen Vermögensbekenntnisse, und dem etwa vorhandenen Testamente oder Heirathsbriefe, wie auch mit allen, den Aktiv = und Passivstand begründenden Schriften und Urkunden der Abhandlungsbehörde zu übergeben, welche ein Exemplar zurückzuhalten, ob der Ausweis vorschriftsmäßig eingerichtet sei, genau zu untersuchen, auch nöthigen Falls die Erben hierüber zu vernehmen, und sie nach Umständen zur Abänderung desselben anzuweisen hat.

Wird der Ausweis richtig befunden, so hat die Abhandlungsbehörde das Duplikat der Erbsteuer = Hofkommission zu übergeben.

Sollten sich aber Anstände ergeben, so hat sie zugleich ihre Erinnerungen und alle Instrumente, die zu dem Anstande Anlaß gegeben haben, oder woraus er wieder gehoben werden könnte, beizufügen.«

§. 39.

»Außer dem Falle, daß sich ein Anstand äußerte, sind die landesfürstlichen Gerichtsbarkeiten, welche ordentlich besetzte Gerichtsstellen ausmachen, nicht verbunden, die Abhandlungs=Veranlassung, das Testament, den Heiraths=Kontrakt, die Erbserklärung, das Inventarium, oder das eidliche Vermögensbekenntniß, die Quittungen über die bezahlten Passivschulden, oder andere dergleichen Abzugsposten, ihren Anzeigen an die Erbsteuer=Hofkommission beizulegen. Sie werden aber allezeit bedacht sein, daß die Parteien in den Erbsteuer=Ausweisungen nichts aussetzen, was mit diesen Dokumenten nicht genau übereinstimmt. Sollte jedoch die Erbsteuer=Hofkommission eines oder das andere dieser Dokumente einzusehen nöthig finden, so hat auch eine solche Abhandlungs=behörde dieselben auf ihr Verlangen ohne Weigerung nachzutragen.

Anderer Abhandlungsbehörden hingegen, die keine ordentlich besetzten Gerichtsstellen, oder deren Mitglieder keine von dem Landesfürsten gewählten, oder in dessen Pflicht stehenden Beisitzer oder Rätthe sind, müssen alle eben angeführten oder sonst zur Aufklärung dienenden Dokumente, ohne Ausnahme, an die Erbsteuer=Hofkommission überreichen.«

§. 40.

»In Ansehung der Militär=Verlassenschaften, die bei den Regimentern, Garden und Auditoriat=gerichten abgehandelt werden, hat es bei der bisherigen Verfassung zu verbleiben, daß nämlich der Erbsteuer=Betrag nach Maß der gegenwärtigen Vorschriften bestimmt, die Urkunde darüber unter der gewöhnlichen gesetzmäßigen Fertigung den Erben ausgehändigt, solche alsdann von den letzteren mittelst eines Anbringens der Erbsteuer=Hofkommission überreicht, von dieser aber hierauf das erforderliche Erlagsdekret sogleich ausgefertigt werden soll *).«

§. 41.

»Bei Erbschaften, wo zwar der Erbe selbst eine persönliche Erbsteuerbefreiung genießt, zugleich aber Legate oder Geschenke abzuführen sind, welche dieser Gebühr unterliegen, ist nicht nöthig, nach dem Formular A. die ganze Verlassenschaft auszuweisen; sondern es ist genug, wenn der Erbe ein Verzeichniß der steuerbaren Legate oder Geschenke mit seinem beigesetzten Namen und Siegel, mit Benennung des Erblassers und der Legatäre oder Beschenkten, in zwei Exemplaren der Abhandlungsbehörde übergibt, welche sodann das Duplikat, wie §. 38 gesagt worden, an die Erbsteuer=Hofkommission einzubegleiten, in diesem Falle aber allemal, wenn sie auch eine ordentlich besetzte landesfürstliche Stelle

*) Ueber das diesfällige Verfahren der Mil. Behörden s. Bergmayer das bürgerl. Recht; 2. Th. S. 658.

ist, zugleich das Testament, oder diejenigen Dokumente, aus welchen der Erbsteuerbetrag dieser Legate oder Geschenke beurtheilet werden kann, beizulegen hat.«

§. 42.

»Von den Fällen, wo gar keine Erbsteuer Platz findet, haben die ordentlichen Gerichtsbehörden alle Vierteljahre nur ein Verzeichniß, mit Beifügung der Ursache, warum sie steuerfrei waren, die übrigen Abhandlungsbehörden aber, so wie der hiesige Stadtmagistrat, in Hinsicht der seit dem Jahre 1759 eingelösten Dominien, die bisher gewöhnlichen halbjährigen Sterbefälle-Konsignationen nach dem beigerückten Formular B. an die Erbsteuer-Hofkommission einzuschicken.«

Formular B.

wie die mit Ende März und September an die k. k. in Erbsteuerfachen aufgestellte Hofkommission zu überreichenden halbjährigen Sterbfall-Konfirmationen jedesmal einzurichten sind.

1.	2.	3.	4.	5.	6.	7.	8.	9.
Name des Erblassers.	Sterbe-Tag.	Betrag des Vermögens, wie selbes nach dem Schätzungswerte in der Inventur, oder im Vermögen, Bekannte be- steht.	Leichen-, Krankheits-, Kosten und Schulden	Was dem überlebenden Ehegatten vermöge Heiraths-Briefes zufällt:	Legate (wovon jene, die 100 Gulden betragen, besonders auszuwerfen sind) und zwar:	Ver- mö- gens- Rest.	Erben und ihre Ver- hältnisse mit dem Erblasser.	Ob die Erbsteuer- Ausweisung beson- ders verliere, oder aber ob selbe (so wie die Vorschrift es er- heischt) gleich bei- legung der Abhand- lung überreicht wor- den, und unter wels- chem Datum die Ue- bereichung geschehen
			an Hei- rathsgut.	an Wieder- lage.	legata pia			
				wegen Gü- ter-Ge- meinschaft	legata profana			

Anmerkung.

In Fällen 1) wo nicht Kinder oder Eltern erben; 2) wo der Vermögensrest entweder 100 fl. übersteigt, oder das Verlassenschafts-Vermögen nicht auffallend durch die Abzüge bis unter 100 fl. erschöpft wird, und 3) wo steuermäßige Legate vorkommen, ist jedesmal eine besondere Erbsteuer-Ausweisung zu verfassen.

Wenn eine Erbsteuer-Ausweisung verfaßt worden, dürfen die 3., 4., 5., 6., 7. und 8. Kolonne weiter nicht ausgefüllt werden.

Wenn das Vermögen mittelst der in einer Kolonne enthaltenen und erbsteuermäßigen Abzüge schon bis unter 100 fl. erschöpft ist; so ist ebenfalls nicht mehr nöthig, die übrigen Kolonnen auszufüllen.

V ö h m e n.

2454. Dec. der böh. Erbft. Hffom. vom 18. Febr. 1823 J. 143. (P. 47).

Um den vielfältigen Umständen zu begegnen, welche sich aus den halbjährigen Sterbfällen = Verzeichnissen durch die Nichtbeachtung des 34. §. des Erbft. Pat. vom 15. Okt. 1810 ergeben, wird allen Abhandlungs = Behörden aufgetragen, künftig in den Fällen, wenn in einer Verlassenschaft zugleich Geld = und Silbermünzen, Einlösungsscheine und Staatspapiere von verschiedenen Perzenten vorkommen, diese verschiedenen Satzungen des Vermögens in den hierauf Bezug nehmenden Rubriken der halbjährigen Sterbfällen = Verzeichnisse besonders aufzuführen, die ausländischen Münzen und Staatspapiere aber, in Folge des von der k. k. Landesstelle unterm 16. April 1817 bekannt gemachten Hfzd. vom 20. März nämlichen Jahres, nach dem Handelswerth in W. W. anzuschlagen. S. **2442.**

Uebrigens versteht es sich von selbst, daß der Schätzungswerth von Realitäten, von Präziosen, Wein = und Körnervorräthen, Ruz = und Schlachtvieh u. dgl. nur nach der bis jetzt gesetzlich bestehenden W. W. zur Bemessung der Erbsteuer angenommen werden könne, und daß daher, Falls die Schätzung in R. M. angenommen worden wäre, der Betrag derselben nach dem Werthverhältnisse von 100 zu 250 zu berechnen sei *).

2455. Erlaß der böh. Erbft. Hffom. vom 19. Okt. 1835 J. 509 (P. 700).

Da in den, zu Folge §. 42 des Erbft. Pat. v. 15. Okt. 1810 nach Ablauf einer jeden Jahreshälfte mit Ende März und Ende Sept. einzusenden vorgeschriebenen Sterbfällen = Verzeichnissen viele Unrichtigkeiten dadurch wahrgenommen werden, daß viele Sterbfälle gar nicht, und die meisten derselben nicht nach sämtlichen Rubriken dieses Verzeichnisses erschöpfend ausgewiesen sind, die k. k. Erbft. Hffom. daher in der Beurtheilung der Erb = oder der Unerbsterbteuermäßigkeit solcher Verlassenschaften sehr gehindert ist, so werden die Kreisämter weiter ersucht, zur Vereinfachung des Geschäftsganges und Hintanhaltung weitläufiger Erinnerungen, sämtliche Abhandlungsgerichte nicht nur zur pünktlichen Einsendung dieser Sterbfällen = Verzeichnisse nachdrücklichst zu verhalten, sondern auch denselben aufzutragen, in Zukunft einen jeden Sterbfall ohne Unterschied, die Verlassenschaft möge sich dem Abhandlungsgerichte als steuerbar darstellen, dieselbe möge bereits zur Gänze abgehandelt oder unabgehandelt sein, in das betreffende Sterbfällen = Verzeichniß einzubeziehen und nach sämtlichen Rubriken bestimmt und erschöpfend auszuweisen:

Es sind demnach insbesondere in der

1. Rubrik dieses Verzeichnisses, nebst dem Tauf = und Zunamen des Erblassers, zugleich die chronologische Zahl, unter welcher die Verlassenschaft in dem Sterbfällen = Verzeichnisse erscheint, anzuführen; in der

*) Gegenwärtig ist in R. M. zu schätzen; s. **2120.**

2. Rubrik nebst dem erblasserischen Todestage auch noch anzuzeigen, ob der Erblasser mit oder ohne Testament, oder sonst einer auf den letzten Willen Bezug nehmenden Urkunde verstorben ist; in der

3. Rubrik das Nachlassenschafts-Vermögen, so wie es in dem Inventar oder eidesstattigen Vermögensbekenntnisse aufgeführt ist, insbesondere aber, in welcher Valuta dasselbe berechnet worden, ob dasselbe aus Realitäten, Präziosen, barem Gelde, Aktivforderungen, Fahrnissen, oder worin dasselbe sonst bestehe; falls jedoch eine Realität verblieben, welchen Werth dieselbe nach der gerichtlichen Schätzung oder testamentarischen Bestimmung habe, und im letzteren Falle, wem dieselbe zugedacht worden; endlich, wenn eine Aktivforderung zum Nachlaß gehören sollte, in welcher Valuta dieselbe zur Zeit des erblasserischen Todestages ausgehastet hat; in der

4. Rubrik die auf der Verlassenschaft haftenden Lasten; in der

5. Rubrik a) das Heirathsgut, welches die Ehegattinn dem Ehegatten zugebracht hat;

b) die Wiederlage, welche der verstorbene Ehemann der überlebenden Gattinn zugedacht hat;

c) die Gütergemeinschaft, mit der Bemerkung, ob solche im Heiraths-Kontrakte ausdrücklich bedungen wurde; in der

6. Rubrik die Legate, mit der Bemerkung, wem dieselben zugedacht wurden, und welche Bestimmung insbesondere die frommen Legate erhalten haben; in der

7. Rubrik der nach Abzug der Passiven verbleibende Ueberrest; in der

8. Rubrik die Erben, mit der Bemerkung, ob dieselben in einem und welchem Anverwandtschafts-Verhältnisse mit dem Erblasser stehen, und welcher Erbtheil einem jeden, entweder nach dem Testamente, oder nach der gesetzlichen Erbfolge zugekommen ist; im Falle jedoch der hinterbliebene Ehegatte als Miterbe eintritt, ob in diesem Erbtheil zugleich das Heirathsgut oder die Wiederlage, oder etwa dasjenige Vermögen mitbegriffen ist, welches ihm nach der Gütergemeinschaft zugefallen ist.

Sollte ferner zwischen den Erben eine willkürliche Vermögensvertheilung getroffen worden sein, so ist auch dieses noch insbesondere zu bemerken.

Ueberdies wolle noch das k. Kreisamt sämmtlichen Abhandlungsgerichten bedeuten, über jene Verlassenschaften, bei welchen nach Weisung des §. 4 des Erbst. Pat. vom 15. Okt. 1810 der Erbtheil eines seiner persönlichen Eigenschaft nach steuerpflichtigen Erben die Summe von 100 fl. übersteiget, oder bei welchen das Legat desselben den Betrag von 100 fl. erreicht, stets den wohl dokumentirten Erb- oder Unerbsteuermäßigkeits-Ausweis anher einzusenden, und in der

9. Rubrik bloß zu bemerken, daß der Erb- oder Unerbsteuermäßigkeits-Ausweis bereits eingesendet worden ist, oder nach der gepflogenen Abhandlung eingesendet werden wird, und eben so auch bei jenen Verlassenschaften, welche noch nicht zur Gänze abgehandelt sind, bloß die Anmerkung: »bereits noch nicht abgehandelt,« in diese Rubrik beizusetzen.

Niederösterreich.

2456. Bdg. der n. ö. Reg. vom 30. Mai 1831 Z. 29031 (P. 307).

Ueber ein von der k. k. Erbst. Hofkom. unter dem 28. April 1831, an das k. k. N. G. gelangtes Ansinnen haben die k. k. Kreisämter, auf Ansuchen des k. k. N. G. vom 13. Mai 1831, den sämtlichen, in dem Kreise befindlichen Magistraten und Abhandlungsbehörden aufzutragen, in Zukunft in jeder nach dem a. h. Erbst. Pat. an die Erbst. Hofkom. halbjährig zu überreichenden Ausweisung der Sterbtabelle, alle, in der betreffenden Zeitperiode sich ergebenden Todesfälle, es mögen die Abhandlungen beendet sein oder nicht, aufzunehmen, und in Hinsicht der unbeendeten in der letzten Rubrik beizusetzen, »daß sie unbeendet sind,« nebst der Angabe der Ursache, endlich auch am Schlusse jeder Tabelle alle unbeendeten Verlassenschafts-Abhandlungen aus den früheren Zeitperioden so lange aufzuführen, bis selbe in der nachfolgenden Tabelle als beendet nachgewiesen werden können.

Steiermark.

2457. Bdg. des steierm. Gub. v. 28. Juni 1828 Z. 408 (P. 198).

In Erledigung eines, wegen Erzielung einer genauen Uebersicht in Erbsteuersachen erstatteten Berichtes, hat die hohe Hofkanzlei mit Dekret vom 10. d. M. Z. 2362, zu erinnern befunden: »Das Formular B. des Erbst. Pat. vom 15. Okt. 1810, in welches nach den Rubriken, die es enthält, alle während des halben Jahres vorkommenden Sterbfälle aufgenommen werden müssen, gewährt zureichende Anhaltspunkte, um darnach die der Erbsteuer unterliegenden Verlässe in Vormerkung zu nehmen, die Abhandlungen überwachen und die zurückbleibenden Erbsteuer-Ausweise betreiben zu können; daher sich in allen Beziehungen abschließend an die Bestimmungen des Pat. zu halten sei.«

In Folge dieses hohen Erlasses hat es von den mit Dekret vom 18. Juni 1818, Z. 13668, vorgeschriebenen Konfirmationen über die erbsteuerfreien, über die noch nicht beendigten, und über die der Erbsteuer unterliegenden Verlässe abzukommen, und es sind alle Sterbfälle in den Total-Ausweis aufzunehmen, dessen Formular dem 42. §. des Erbst. Pat. angehängt ist. Bei den noch unbeendigten Verlässen ist dieses, sammt der kurzen Angabe der Hinderungsursache, in der 9. Rubrik ersichtlich zu machen.

Diese Ausweise sind genau in den Fristen zu überreichen, welche der §. 42 vorschreibt, widrigens gegen die Saumseligen die Bestimmungen des 64. §. in Anwendung gebracht werden würden.

2458. Bdg. des steier. Gub. v. 8. Aug. 1835 Z. 3406 (P. 244); republ. durch Bdg. v. 27. April 1837 Z. 1774.

Die k. k. Kreisämter erhalten die Weisung, sämtlichen Abhandlungsinstanzen aufzutragen, daß sie jene Sterbfallskonfirmationen, in welchen den hinterlassenen Ertheilen aus was immer für einem Rechtsgrunde ein angefallener Erbtheil als steuerfrei angegeben wird, jederzeit genau

mit jenen Urkunden, nämlich mit Eheverträgen, Testamenten 2c. belegen, aus welchen erhellet, daß der dem hinterlassenen Eheheile aus dem Verlasse zugefallene Antheil gesetzlich steuerfrei sei.

2459. Vdg. d. steierm. Gub. v. 18. Mai 1836 Z. 2052 (P. 259); republ. durch Vdg. v. 27. April 1837 Z. 1774.

Nachdem die Begünstigung des §. 9 des a. h. Erbft. Pat., wonach das dem überlebenden Ehegatten aus dem unterthänigen Bauernvolke vermöge Heirathsvertrages, worin eine allgemeine Gütergemeinschaft bedungen wurde, zufallende Vermögen von der Erbsteuer befreiet ist — nur dem Bauer im eigentlichen Sinne und nur in Betreff seiner Rustikal-Besitzung zu statten zu kommen hat, aus den von den Abhandlungs-Instanzen eingesendeten Erbft. Ausweisen, Schätzungen, Inventarien, Vermögensbekenntnissen, so wie aus den Sterbfalls-Konsignationen aber selten zu entnehmen ist, ob die zum Verlasse gehörigen Realitäten Rustikal- oder Dominikal-Besitzungen sind, so hat das k. k. Kreisamt sämmtlichen Abhandlungs-Instanzen aufzutragen, daß sie in allen Schätzungsprotokollen, Inventarien, und andern Urkunden die Eigenschaft der Besitzungen ersichtlich machen, und die Erbft. Ausweise mit solchen Akten belegen, aus welchen deutlich zu entnehmen ist, ob die im Verlasse vorgekommene Realität eine Rustikal- oder Dominikal-Besitzung sei.

Illirien.

2460. Vdg. des illir. Gub. vom 10. Juni 1818 Z. 13668.

Es wird verordnet, daß die Abhandlungs-Instanzen künftig nebst den halbjährigen Sterbfalls-Konsignationen, wohin nur die keiner Erbsteuer unterliegenden Verlässe verzeichnet werden, auch eine zweite Konsignation über jene Sterbfälle, wo der Verlass der Erbsteuer unterliegt, mit Beifügung, ob und mit welchem Berichte der Erbft. Ausweis bereits vorgelegt wurde, oder woran dessen Vorlage noch hafte, und zur Erleichterung der Uebersicht und Vergleichung mit der vorgehenden Konsignation eine dritte separirte Konsignation über alle, sowohl aus früheren Zeiten, als aus dem letzten halben Jahre noch unberichtigten Verlassabhandlungen, mit Anführung der Hindernisse dieser Berichtigung, dem k. k. Kreisamte vorzulegen haben.

2461. Hfd. vom 28. März 1822 Z. 10400. Vdg. der illir. Erbft. Hffom. vom 8. Mai 1822 Z. 229.

Da der Herr Finanz-Minister aus den eingesendeten monatlichen Ausweisen über die vorgeschriebenen eingebrachten und noch rückständigen Erbft. Beträge die genaue Uebersicht von dem halbjährigen Ertrage des Erbsteuer-Gefälls ohnehin erlangt, so ist die bisherige Vorlegung der halbjährigen Ausweise nunmehr überflüssig.

Die hohe Hofkammer hat daher der Erbft. Hffom. bedeutet, daß es davon, zur Vermeidung unnöthiger Schreibereien, in Zukunft abzukommen habe.

§. 43.

»In den Erbsteuer-Ausweisungen sind von dem vorhandenen Verlassenschaftsvermögen alle Schulden des Verstorbenen, alle aus Kontrakten entspringenden Verlassenschaftslasten, die befreiten Legate, die uneinbringlichen oder zweifelhaften Aktivposten, Krankheits- und Begräbniskosten*), die Sterbtaxe und alle übrigen Gerichtskosten, keineswegs aber die Trauerkosten, der sechswöchentliche Unterhalt der Dienstleute und des Hauswesens, das Abfahrtsgeld, und die übrigen nicht auf der Verlassenschaft haftenden, sondern dem Erben obliegenden Lasten abzugziehen. Die Erbsteuer ist bloß von dem sonach bleibenden reinen Ueberreste zu entrichten, und von den nur auf eine Zeit dauernden Verlassenschaftsbürden, wie auch von den im Prozesse stehenden Passivschulden oder zweifelhaften Aktiv-Forderungen aber indessen sicher zu stellen**).«

Taz- und Umgeld.

2462. Stzd. v. 22. April 1836 Z. 1510; Bdg. d. n. ö. Reg. v. 29. Z. 24886 (P. 745); d. steier. Gub. v. 30. Z. 1875 (P. 249); des böh. Gub. v. 4. Mai Z. 21388 (P. 613); hfr. Zir. v. 2. Juni 1836 F. 639 (Mil. 54).

Seine k. k. Majestät haben mit a. h. Entschl. vom 16. April l. J. über die Erbsteuerbehandlung der aufgelaassenen Taz- und Umgeldrechte folgende gesetzliche Bestimmungen zu erlassen geruhet:

Die Erbsteuer von den aufgelaassenen Taz- und Umgeldbezügen ist, insofern nicht ein Uebereinkommen auf sogleiche Bezahlung derselben binnen der gesetzlichen Frist, nach Maßgabe der provisorischen Entschädigungsrente zu Stande kommt, lediglich nach ihrer Quote in Beziehung auf die seiner Zeit anzuweisende definitive Entschädigung, und mit Vorbehalt der Berücksichtigung allenfälliger Abzugsposten ohne nähere Bestimmung oder Berechnung auszusprechen, und durch pfandweise Vormerkung auf den definitiven Entschädigungsanspruch bei jener Kassa, aus welcher diese Entschädigung zu bezahlen sein wird, sicher zu stellen, wenn nicht in einzelnen Fällen die Partei die Leistung einer andern annehmbaren Sicherheit vorziehen sollte.

§. 44.

»Der Betrag der gebührenden Erbsteuer wird von der Erbsteuer-Hofkommission bestimmt, und dem Erben, Vormunde oder Sachwalter unmittelbar durch Dekret zu wissen gemacht.

In diesen Dekreten ist ein Termin von längstens vier Wochen festzusetzen, und der Tag, bis zu welchem die Erbsteuer zu berichtigen ist, auszudrücken. Jedoch wird der Erbsteuer-Hofkommission gestattet, den Erben auf ihr Ansuchen aus billigen und rücksichtswürdigen Ursachen die Bezahlung der Erbsteuer gegen Leistung hinlänglicher Sicherheit einzu-

*) G. **2446.**

) G. **2402 u. §. 29 u. **2436** u. f.

theilen, dergestalt jedoch, daß solche Fristen, außer was bei Senioraten, Majoraten und Fideikommissen bestimmt worden ist, niemals über zwei Jahre erstreckt, auch von dem Ausstände die landesüblichen Interessen, und zwar im ersten Jahre mit fünf, und im zweiten Jahre mit sechs vom Hundert angeschlagen und eingebracht werden.«

§. 45.

»Glaubt eine Partei durch den von der Erbsteuer-Hoffkommission bemessenen Erbsteuer-Betrag beschwert zu sein, so steht derselben frei, der Erbsteuer-Hoffkommission innerhalb vierzehn Tagen, von der Zeit des zugestellten Dekretes an, eine Vorstellung dawider zu machen, und nach Umständen entweder die Verminderung der ausgesprochenen Gebühr, oder die gänzliche Befreiung anzufuchen.«

§. 46.

»Sollte die Partei, ungeachtet der auf ihre Vorstellung erfolgten Veranlassung, sich noch gekränkt glauben; so hat sie innerhalb anderer vierzehn Tage, von der Zeit der ihr zugekommenen neuen Veranlassung an, ihren Refurs an die böhmisch-österreichische Hoffkanzlei zu nehmen.

Dieser Refurs muß bei der Erbsteuer-Hoffkommission eingereicht, und allda um die Beförderung desselben gebeten werden, welche ihm sodann die Beweggründe, welche sie bei Bestimmung des Erbsteuer-Betrages hatte, beilegen, und die ganze Sache an die böhmisch-österreichische Hoffkanzlei einbegleiten wird. Zugleich wird aber auch den Parteien oder ihren Sachwaltern, welche durch ungegründete Vorstellungen und Refurse die Entrichtung der Erbsteuer nur zu verzögern suchen, zu ihrer Warnung bedeutet, daß sie nach Umständen eine angemessene Geld- oder andere Strafe unausbleiblich zu erwarten haben werden.« S. 1981.

2463. Hfd. vom 13. Juli 1813 N. 1063, an alle N. G.

Von den früher bestandenen Vorschriften, wodurch den Parteien gestattet wurde, gegen die Entscheidung der Hoffkanzlei in Erbsteuersachen den Rechtsweg zu ergreifen, hat es abzukommen. Es ist aber Sr. Majestät höchster Wille, daß bei Schöpfung der Erkenntnisse der Hoffkanzlei über vorkommende Refurse gegen die Entscheidung der Erbst. Hoffkom. jedesmal zwei Hofräthe der obersten Justizstelle beigezogen werden, und sind bei jeder Erbst. Hoffkom., wo die Einrichtung noch nicht besteht, künftig Justizräthe als Beisitzer zu bestimmen. S. 67 u. 68.

§. 47.

»Wosern die Vorstellungen oder Refurse nicht binnen der hierzu bestimmten Zeit eingereicht werden; sollen die Parteien nach Verlauf des Termines nicht mehr gehört werden.«

§. 48.

»Wenn weder eine Vorstellung gemacht, noch ein Refurs ergriffen worden ist; so ist die Erbsteuer bis zu dem in dem Dekrete bestimmten

Tage zu berichtigen. Im Unterlassungsfalle wird die saumselige Partei zugleich zum Erlag zehnpersentiger Straf-Interessen von dem ausstehenden Betrage, die von dem in dem Dekrete bestimmten Tage zu laufen haben, verhalten, und die rückständige Erbsteuergebühre sammt den Straf-Interessen entweder gleich im politischen Wege eingetrieben, oder nach Erforderniß die gehörige Gerichtsstelle um die Eintreibung im kürzesten Wege angegangen werden.

In Konkursfällen sind diese Erbsteuerrückstände in die Hypothekarklasse, jedoch nach den wirklich früher intabulirten Posten zu setzen.»

2464. Hfzd. vom 1. Aug. 1814, an alle Lst. (G. 242).

Da die Sekular- und Regular-Geistlichkeit, welche mit der Abfuhr des bemessenen jährlichen Erbsteuer-Äquivalentes zurück bleibt, nach dem Geiste des Erbst. Pat. vom 15. Okt. 1810 ebenfalls der Entrichtung der zehnpersentigen Pönal-Interessen unterliegt; so ist befunden worden, den Termin zur Berichtigung des geistlichen Erbsteuer-Äquivalentes auf den letzten Okt. jeden Jahres dergestalt zu bestimmen, daß die Ordinate die hiervon eingesammelten Beträge immer in dem nächst folgenden Monate an den Erbsteuerfond abzuführen, und zugleich jedesmal die Rückstände auszuweisen haben, damit sodann die Restanziarier zur untereinstigen Entrichtung der zehnpersentigen Pönal-Interessen verhalten werden können. **G. 2468.**

2465. Hfzd. vom 9. Nov. 1821 R. 1814, an die illir. Erbst. Hffom.

Die im gerichtlichen Exekutionswege einzutreibenden Erbsteuer-Ausstände sind von Fall zu Fall dem Fiskalamte, als gesetzlichem Vertreter aller landesfürstlichen Gefälle, zur gesetzlichen Amtshandlung zuzuweisen *).

2466. Hfzd. vom 1. Aug. 1823, an das steier. kärntn. Sub. (G. 495).

Die Erbst. Hffom. sind nicht ermächtigt, die Strafzinsen für rückständige Erbsteuer-Beträge nachzusehen, indem die Forderung der zehnpersen-

*) In der Kundmachung dieses Hfzd. in Illirien am 11. Jänner 1821 heißt es noch weiter (G. 785):

Da aber diese exekutive Einhebung der Erbsteuer-Rückstände bei so vielen Parteien, besonders gegenwärtig mit großer Mühewaltung und vielen Unkosten, welche nur die steuerpflichtigen Parteien treffen würden, verknüpft ist, und um solche Exekutions-Schritte nach Möglichkeit zu vermindern, wird den sämtlichen untergeordneten Gerichts- und respekt. Abhandlungsbehörden hiermit aufgetragen, bei eigener Haftung die betreffenden Parteien bei Ablauf des ihnen zur Erbsteuer-Berichtigung vorgezeichneten Termins zur Erwirkung der Verlass-Einantwortung mit allen denselben zu Gebote stehenden Zwangs- und Strafmitteln um so mehr zu verhalten, als sich in dem Verlass-Einantwortungs-Gesuche ohnehin mit der Quittung über die bezahlte Erbsteuer ausgewiesen werden muß, und solchergestalt mit dem Interesse der Abhandlungs-Behörden, denen an der geschwinden Beendigung der Verlässe ebenfalls gelegen ist, zugleich das Interesse des höchsten Erbsteuer-Fondes vereinigt wird, ohne die Hereinbringung der rückständigen Erbsteuer so weiltäufigen, für die Parteien kostspieligen, und sowohl für die Gerichtsstellen, als auch für die Fiskalämter zeitraubenden Umtrieben aussetzen zu müssen.

tigen Strafzinsen nach dem §. 48 des Erbft. Pat. ohnedieß erst dann eintritt, wenn über die von der Erbft. Hffem. geschehene Bemessung der Erbsteuer und Bestimmung des Termins zur Berichtigung derselben, von den Parteien weder eine Vorstellung gemacht, noch ein Rekurs ergriffen worden ist.

Die Rücksicht, daß einige Erbschaften aus noch nicht fälligen Aktivforderungen bestehen, behebt sich durch den §. 52 des Erbft. Pat., gemäß welchem auf die Sicherstellung der Erbsteuer verfügt werden kann.

2467. Hfzd. vom 19. Okt. 1824 J. 31647, an das steier., gal. u. mäh. Gub. u. an die n. ö., o. ö., mäh. böh. gal. u. küst. Erbft. Hffem. (G. 1032). Hfr. Zir. vom 13. April 1825 II. 335 (Mil. 53).

Um einerseits dem Erbsteuer-Fonde schneller zu seinen Gebühren sammt den immer schwierig einzubringenden Straf- oder Verzugszinsen zu verhelfen, und anderweitigen Verwendungen der schon für die Erbsteuer bestimmten Gelder vorzubeugen, anderer Seits aber auch den Parteien die Zahlungen einigermaßen zu erleichtern, und sie zur schnelleren Abfuhr der noch unberichtigten Erbsteuer-Beträge wegen der fortlaufenden Interessen anzu-spornen, haben Se. Majestät mit höchster Entschl. vom 15. d. M. zu bewilligen geruhet, daß in Zukunft auch bei der Erbsteuer, so wie bei den übrigen Steuergattungen, Theilzahlungen dergestalt angenommen werden sollen, daß von dem zur Abfuhr gebrachten Betrage vorerst die verfallenen Verzugs- oder Straf-Interessen in Abzug gebracht, und nur der Rest auf Abschlag der Erbsteuer selbst angenommen werden solle.

2468. Bdg. des steier. Gub. vom 3. Sept. 1825 J. 22095 (P. 323).

Ueber die von der k. k. Erbft. Hffem. gemachten Anträge, betreffend:

- 1) die Berechnung der Straf-Interessen von der Erbsteuer;
- 2) den monatlichen Abschluß der Erbsteuer-Kasse;
- 3) die Abfuhr der eingegangenen Erbsteuer an die Staats-Kasse,

hat die h. Hofkanzlei mit Bdg. v. 18. Aug. d. J. J. 22540 erinnert:

Zu 1) wird der Antrag einverständlich mit dem k. k. Finanz-Ministerium genehmigt, daß die Straf-Interessen von den jährlichen Erbsteuer-Aequivalenten stets nach Verlauf des Militärjahrs, nämlich vom 1. Nov. an, für den Rückstand des verflossenen Militärjahrs zu berechnen sind, wo jedoch das erste Jahr bei Anfang eines Dezenniums ohne Zinsen belassen werden muß.

Was jedoch die jährlichen Erbsteuer-Schuldigkeiten betrifft, so sind die Straf-Interessen vierzehn Tage nach erhaltener Zustellung der für das betreffende Jahr erfolgten Betreibung zu berechnen. Ebenso wird genehmigt, daß von allen Erbsteuer-Beträgen unter 1 fl. gar keine Straf-Interessen berechnet, und von den ausgemittelten Straf-Beträgen alle Bruchtheile unter 1 kr. weggelassen werden.

Die Berechnung der Straf-Interessen hat fortan durch die Kasse zu geschehen.

Zu 2) wird festgesetzt, daß der Abschluß des Erbsteuer-Fonds-Journals jeden Monat am 27., in dringenden Fällen aber am 26., und im

Monate Februar am 25. zu geschehen habe; die Erbsteuer-Kasse ist anzuweisen, am Ende jeden Monats, nach bewirktem Journal-Abschlusse, so gleich ein neues Journal für den nächsten Monat zu eröffnen, und keine Partei nach geschehenem monatlichen Abschlusse zurückzuweisen, sondern die betreffenden Erbsteuer-Beträge in dem neuen Journale, unter Anführung des Tages, an welchem die Einzahlung im vorigen Monate geschehen ist, in Empfang zu stellen.

Zu 3) endlich unterliegt es keinem Anstande, daß die Abfuhr der Erbsteuer, ohne Dazwischenkunft der ständischen Kredits-Kasse, gleich unmittelbar von der Erbsteuer-Kasse an die Kameral-Einnahms-Kasse monatlich eingeleitet werde.

Uebrigens bedarf es, nach der richtigen Ansicht der Erbst. Hoffm. hinsichtlich der Einhebung und Berechnung der Erbsteuer für das ständische Obereinnehmeramt keiner eigenen Instruktion, sondern es ist sich nach der deutlichen Bestimmung des Erbst. Pat. zu benehmen.

2469. Hfzd. vom 29. Juni 1827 N. 2290, an alle Erbst. Hoffm. u. d. mäh. u. gal. Lst.

Ueber die Art der Aufrechnung der zehnerprozentigen Verzugs-Zinsen von Erbsteuer-Beträgen, welche in öffentlichen Obligationen bemessen wurden, wird im Einverständnisse mit der k. k. allg. Hofkammer festgesetzt, daß diese Verzugszinsen im Baren, und zwar nach jenem Kurse zu berechnen und zu bezahlen sind, den die zu berichtigenden Obligationen zur Zeit hatten, als die Erbsteuer in Obligationen hätte entrichtet werden sollen.

2470. Hfzd. vom 1. April 1828 Z. 462; Vdg. des steier. Gub. vom 15. April Z. 2477 (P. 72).

Ueber die vorgekommenen Anfragen:

a) Von welcher Zeit an dem Erbsteuerfonde von den in Obligationen zu entrichtenden Erbsteuer-Beträgen die Interessen dieser Obligationen gebühren;

b) ob von den nach der bestimmten Abfuhrsfrist in Obligationen bezahlten Erbsteuer-Beträgen Straf-Interessen zu berechnen seien, und

c) wie sich bei den in Verlassenschaften vorfindigen ungewichtigen Dukaten mit der Abfuhr der Erbsteuer von denselben zu benehmen sei; wird ad a) und b) bestimmt, daß dem Erbsteuer-Fonde nur der gesetzliche Antheil an dem der Erbsteuer unterliegenden Vermögen gebühre, und daß, in so ferne dieser zur Verfallszeit nicht berichtet wird, die Verzinsung desselben als Strafe, mit dem gesetzlichen Ausmaße von 10 Prozent, von dem, dem Erbsteuer-Fonde gehörigen Antheile eintrete.

So ferne daher dieser Antheil in verzinslichen Staats-Obligationen bestehe, könne nur die Forderung um ein Zehntel an solchen Obligationen erhöht, keinesweges aber außer dem auch noch ein Anspruch auf die auf solchen haftenden Interessen von Seite des Erbsteuer-Fondes gemacht werden, welche daher den Erbsteuerpflichtigen gebühren.

Ad c) wird bestimmt, daß in Fällen, wo gegen die Vollichtigkeit der in einer Verlassenschaft vorfindigen Goldstücke ein Bedenken bestehe,

der ganze Vorrath zu wägen, und der zehnte Theil des Gewichtes, so weit er sich in Dukaten berichtigen läßt, in dieser Münzsorte, der in Bruchtheile zerfallende Rest in Silbergeld abzuführen sei.

2471. Hkd. v. 18. Dezember 1832, an die n. ö. Erbst. Hfkom. (Pichl 502).

In Absicht auf die Verrechnung der Erbsteuer-Strafgelder wird der Erbst. = Hfkom. zur Nachachtung erinnert: daß die theils von steuerpflichtigen Parteien, theils von den Obrigkeiten, wegen Nichterfüllung der ihnen erteilten Geschäfts-Aufträge, abgenommenen Strafgelder, gleich den im Erbst. Pat. festgesetzten Straf-Interessen und Verzugs-Zinsen, mit den übrigen Erbsteuer-Geldern zu verrechnen und zur Abfuhr zu bringen seien, da zu Folge der bestehenden allgemeinen Vorschriften alle Disziplinar-Geldstrafen in den Kameral-Fond zu fließen haben.

Die Erbst. = Hfkom. hat daher die Sammlung der Erbsteuer-Strafgelder in einen eigenen Remunerations- oder Aushilfsfond abzustellen, und, wenn besondere Remunerations-Ansprüche vorkommen, darüber nach ihrem Wirkungskreise das Amt zu handeln, oder um die höhere Bewilligung einzuschreiten.

§. 49.

»Um die Erbsteuer immer in gehöriger Zeit einbringen zu können, hat sich die Erbsteuer = Hofkommission von der Buchhaltung, welcher die Vormerkung der aufgerechneten Erbsteuer und des bestimmten Erlagstages obliegt, alle Monate ein Verzeichniß der unberichtigt gebliebenen Erbsteuer-Beträge vorlegen zu lassen, und die Eintreibung derselben unge säumt zu veranlassen.«

§. 50.

»In Ansehung der jährlichen Legate oder anderer solcher auf der Verlassenschaft haftender Abgaben, wovon eine jährliche Erbsteuer zu entrichten ist, wird dem Erben die Begünstigung zugestanden, die Berichtigung dieser Gebühr auf eine der folgenden zwei Arten nach eigener Willkühr zu bewerkstelligen; er kann nämlich:

a) die Erbsteuer alle Jahre, von dem Kapitale selbst aber *) erst bei Aufhörnung dieser Legate oder anderer Abgaben, entrichten, in welchem Falle nicht nur die jährliche Erbsteuer, sondern auch der Erbsteuer-Betrag von dem Kapitale indessen sichergestellt werden muß; oder er kann

b) die Erbsteuer gleich von dem Kapitale selbst abführen, in welchem Falle er berechtigt ist, von den jährlichen Legaten oder andern

*) Diese Verbesserung des ursprünglichen Textes wurde fdg. durch das Hkd. v. 26. März 1811 u. hfr. Zir. v. 19. Febr. 1811 H. 108.

solchen Abgaben die Steuergebühr zu seiner Entschädigung für sich zurük zu behalten.« S. 2439.

§. 51.

»Von den zur Bedekung der jährlichen Legate und solcher Verlassenschaftslasten, wovon keine jährliche Erbsteuer zu entrichten ist, erforderlichen Kapitalien, hat der Universal-Erbe während dieser Zeit den Steuerbetrag nur sicher zu stellen. Sobald aber diese zeitlichen Lasten aufhören, und das Vermögen nicht von einem Erblasser in auf- oder absteigender Linie herrühret, so ist der Universal-Erbe verpflichtet, den ganzen Erbsteuer-Betrag von dem zur Bestreitung dieser jährlichen Abgaben gewidmeten Kapitale abzuführen.«

§. 52.

»Die Beurtheilung über die Hinlänglichkeit der für die Erbsteuer angebotenen Sicherstellung steht der Erbsteuer-Hoffkommission zu, welcher nichts aufgedrungen werden kann, was sie nicht annehmbar findet. Dieselbe ist berechtigt:

a) In Ansehung der jährlichen Erbsteuer ein diesen jährlichen Betrag abwerfendes Kapital, dann in Ansehung desjenigen Erbsteuer-Betrages, welcher erst nach Aufhörung der jährlichen Abgaben zu entrichten ist, eine gleiche Summe in öffentlichen Fonds-Obligazionen, oder wenigstens in sichern Privatschuldscheinen zur Bedekung zu fordern, welche indessen bei der Abhandlungsbehörde zu depositiren sind.

b) Eben dieses kann auch bei der Erbsteuer wegen streitiger Passivschulden, oder zweifelhafter Aktivforderungen verlangt werden. Bei den letztern ist jedoch die Sicherstellung hinlänglich, wenn der Erbe die als zweifelhaft angegebenen Obligazionen oder Wechselbriefe selbst bei der Abhandlungsbehörde niederlegt, und ihm dieselben in so lange nicht wieder erfolgt werden, bis der Erbsteuer-Betrag davon berichtigt ist. Außer diesem kann auch

c) bei dem Schuldner selbst, oder bei dessen Verlassenschafts- oder Konkursmasse in Hinsicht des Erbsteuer-Betrages ein Verbot geschlagen werden. Endlich

d) wird der Erbsteuer-Hoffkommission die Macht eingeräumt, bei zweifelhaften Aktiv-Forderungen, zur Vermeidung der, den Parteien etwa beschwerlichen Sicherstellungen und Weitläufigkeiten, den Erbsteuer-Betrag auf einen gleich zu erlegenden Pauschbetrag zu vergleichen *).« S. 2368.

*) Den Abhandlungsbehörden des k. k. illir. Sub. Gebietes wurde aufgetragen, von jedem Todsfalle eines Vitalitii-Genießers und von dem mit ihm erloschenen Genuße, wovon die eventuelle Erbsteuer gemäß §. 52 des Erbst. Pat. sichergestellt war, die k. k. Erbst. Hoffk. in die Kenntniß zu setzen (Vdg. des in. v. A. G. v. 26. März 1824 Z. 4708. P. 150).

§. 53.

»Für die richtige Abführung der Erbsteuer hat der Universal-Erbe zu haften, und zwar nicht nur in Ansehung desjenigen Vermögens, das ihm verbleibt, sondern auch in Ansehung der Legate und Geschenke, die er andern Personen zu entrichten hat. Zugleich aber ist er befugt, bei Auszahlung der in Geld oder Obligazionen bestehenden Legate oder Geschenke, den Erbsteuer-Betrag zurück zu behalten, die übrigen Legate hingegen so lange nicht ausfolgen zu lassen, bis ihm die hiervon gehührende Erbsteuer vergütet ist; es sei dann, daß der Erblasser die Bezahlung derselben ohne allen Abzug ausdrücklich verordnet hätte, in welchem Falle aber der Erbe die für den Legatar zu entrichtende Erbsteuer und Sterbtaxe, als eine nicht auf der Verlassenschaft haftende, sondern ihm obliegende Last, von dem ihm verbleibenden Betrage besonders abziehen nicht berechtigt ist. Eben so hat der Erbe für die Strafe zu haften, wenn zur Hintergehung des Erbsteuer-Gefälles etwas unternommen würde. Der Legatar haftet aber für die Strafe nur dann, wenn er zur Verschweigung der Erbsteuer und Verkürzung des Gefälles sich mit dem Erben einverstanden hätte.«

§. 54.

»In jenen Fällen aber, wo die Verlassenschafts-Abhandlung nicht bei einer ordentlich bestellten Gerichtsbehörde, sondern bei den landesfürstlichen oder andern herrschaftlichen Städten und Märkten, dann Grundobrigkeiten gepflogen wird, haben diese Abhandlungs-Behörden für die richtige Abführung der aufgerechneten Erbsteuer, mit Vorbehalt des Regresses gegen die Erben und Legatäre, zu haften; weßwegen auch die Erlags-Dekrete unmittelbar an dieselben auszufertigen sind.«

2472. Bdg. d. steier. Gub. v. 11. Nov. 1825 Z. 27622 (P. 376).

Auf die gelegentlich zur Sprache gekommene Frage, ob in Fällen, wo eingehobene Erbsteuergelder dem Staatschaze von Grundobrigkeiten vorenthalten werden, diese Letztern mit Rücksicht auf die §§. 48, 54 und 55 des Erbst. Pat. den 10 perzentigen Strafzinsen, oder nach dem hohen Hfzd. v. 17. Dez. 1818 *) dem Erlage des vierfachen Betrages zu unterziehen seien, hat die hohe Hofkanzlei mit Bdg. v. 27. Okt. d. J. Z. 32304, erinnert, daß es bei der bisher bestandenen Maßregel, wodurch für jede mit Ueberschreitung des gegebenen Termines erfolgte Abfuhr die gesetzlichen Verzugs- und Strafzinsen jede Partei oder Behörde zu treffen haben, welche hieran Schuld trägt, noch ferner zu verbleiben habe.

*) Dieses an das in. ö. Gub. erlassene Hfzd. schreibt vor, daß Grundobrigkeiten bei Vorenthaltung von Steuergeldern den vierfachen Betrag zu erlegen haben.

§. 55.

»Den Abhandlungsbehörden wird zur Pflicht gemacht, dem Erben die der Erbsteuer unterliegenden Erbschaften nicht eher einantworten zu lassen, bis er über die bezahlte, oder nach Umständen sichergestellte Erbsteuer-Gebühr eine Quittung oder andere Urkunde beibringt. Deswegen haben sie sich auch in dem Einantwortungs-Gesuche das Erbsteuer-Defret vorlegen zu lassen, und sich von der gänzlichen Erfüllung der durch dasselbe erhaltenen Aufträge zu überzeugen; auch haben sie mit aller Sorgfalt zu wachen, daß das ganze, dieser Abgabe unterworfenene Vermögen gehörig ausfindig gemacht, und nicht zu gering geschätzt werde. Uebertreten sie in einem oder andern Falle diese Pflichten, so steht dem Aerarium der Regreß gegen sie bevor.« C. 1981.

2473. Bdg. des in. ö. k. u. f. A. G. fdg. am 8. Juli 1825 (G. 336).

Da zu Folge der von dem k. k. illirischen Landesgubernium anher gemachten Eröffnung mehrere Fälle vorgekommen sind, wo die Bezirksgerichte die Verlassenschaften den Erben vor der Entrichtung oder Sicherstellung der Erbsteuer eingewantwortet haben; so werden sämtliche Bezirksgerichte unter strenger Ahndung und eigener Verantwortung und Dastürhaftung angewiesen, die Vorschrift des §. 55 des allg. Erbft. Pat., dem Erben die der Erbsteuer unterliegenden Erbschaften nicht eher einantworten zu lassen, bis er über die bezahlte, oder nach Umständen sichergestellte Erbsteuer-Gebühr eine Quittung oder andere Urkunde beibringt, auf das Genaueste zu befolgen.

§. 56.

»Ferner haben die Abhandlungs-Behörden zu sorgen, daß bei den der Erbsteuer unterliegenden Verlassenschaften die Abhandlung nicht ohne Ursache verzögert, und das vorhandene Vermögen nicht etwa verborgen oder verzehret werde. Daher sind gleich bei Anlegung der Jurisdiktions-Sperre einige Präziosen oder Obligationen in Verwahrung zu nehmen. Wenn der Erbe ein Fremder, oder sonst nicht wohl bekannt ist; so ist auf die baldige Sicherstellung der Erbsteuer von Amteswegen zu dringen *).«

§. 57.

»Durch das bisher Vorgeschiedene ist vorzüglich nur der weltliche und der Weltpriesterstand in Hinsicht seiner persönlichen Besizungen und Erwerbungen belegt. Damit aber auch der letztere von seinen geistlichen Genüssen, so wie die übrige gesammte Geistlichkeit zu dieser Steuer,

*) Die §§. 55 u. 56 sind durch Jhfd. v. 13. März 1818 an alle A. G. (G. 68) eingeschärft worden. S. auch die Note bei §. 28.

unter dem Namen eines Erbsteuer-Äquivalentes, einen mäßigen Beitrag leiste, wird hiemit verordnet, daß

a) jeder Pfarrer, dessen jährliche Einkünfte 600 fl. nicht übersteigen, 4 fl., jeder Administrator oder Lokalkaplan 3 fl., und jeder Vikar oder gestifteter Kaplan 2 fl. jährlich zu entrichten, die Eintheilung und Einbringung aber das Ordinariat zu besorgen habe;

b) daß von jenen Pfarrern hingegen, welche mehr als 600 fl. an Einkünften beziehen, von 600 fl. auch nur 4 fl., von dem Betrage aber, der diese 600 fl. übersteigt, so wie bei der übrigen Säkular-Geistlichkeit, als: den Erz- und Bisthümern, Kapiteln, Kuraten und einfachen Benefizien, von ihren, nach Abzug der Passiven, dann ordentlichen und außerordentlichen Abgaben verbleibenden Einkünften, jährlich zwei Perzente;

c) bei der Regular-Geistlichkeit, den Kommenden und geistlichen Gemeinden aber, deren Güter und Kapitalien keiner Vererbung unterliegen, um den gehörigen Unterschied gegen die Säkular-Geistlichkeit zu beobachten, von ihren, auf obige Art zu berechnenden Einkünften, jährlich vier Perzente abgenommen werden sollen *).«

§. 58.

»Dieses Erbsteuer-Äquivalent hat jedoch bloß auf jenes Vermögen eine Beziehung, welches die Geistlichkeit wirklich besitzt und genießt; von den neuen Erwerbungen hingegen, welche derselben erst in Zukunft durch Testament oder Geschenke zufallen, und nicht eine ausdrückliche Befreiung von der Erbsteuer genießen, muß diese Gebühr sogleich bei dem Anfall oder der Erwerbung von dem Kapital selbst mit zehn Perzenten entrichtet werden.

§. 59.

»Da das Vermögen der Geistlichkeit und der geistlichen Gemeinden, nach Beschaffenheit der sich ereignenden Umstände, sowohl eine Verminderung erleiden, als auch eine Vermehrung erhalten kann; so haben die sämtlichen geistlichen Steuerpflichtigen, welche das Erbsteuer-Äquivalent nach bestimmten Perzenten zu entrichten haben, die Vermehrung oder die Verminderung ihrer Einkünfte, die sich seit ihren letzten eingereichten Erklärungen ergeben hat, oder künftig ergeben dürfte, im letzten Jahre jedes Jahrzehents, so lange die Erbsteuer dauern wird, der Hofkommission anzuzeigen; wo sodann nach Maß der erwiesenen Verminderung das Erbsteuer-Äquivalent zu mäßigen, bei den durch Abzahlung der Passiven, Verminderung der außerordentlichen Abgaben oder andern Zuwachs vermehrten Einkünften aber nach Maß der Vermehrung zu erhöhen ist. Ueber die Art, wie die Erklärungen zu ver-

*) Strafinteressen beim Erbsteueräquivalente s. 2461 u. 2468.

fassen und einzureichen sein werden, wird die bestimmte Vorschrift nachfolgen *).«

2474. Hfd. v. 1. April 1822 J. 8538, an die n. ö., o. ö., böhm. mäh. gal. und steier. Lst. (G. 283).

Im Laufe des mit 1. Nov. 1821 eingetretenen neuen Dezenniums hat die dortländige Geistlichkeit das Erbsteuer-Aequivalent in den, in dem §. 57 des Erbft. Pat. festgesetzten Bestimmungen in K. M. zu entrichten. Zu diesem Behufe hat dieselbe, wie es der §. 59 des Erbft. Pat. vorschreibt, neue Erklärungen einzureichen, welche nach dem angeschlossenen Formular zu verfassen sind; die Bemessung des nunmehr in K. M. zu entrichtenden Erbsteuer-Aequivalentes unterliegt bei dem ebenfalls in K. M. bestehenden Einkommen keiner Schwierigkeit; die aber in Papiergeld bestehenden Einkünfte sind eben so, wie die in Papiergeld zu bestreitenden Auslagen und Passiven, nach dem Werthverhältnisse von 250, vorläufig auf K. M. zurück zu führen, und so auch das Erbsteuer-Aequivalent in den, in dem §. 57 festgesetzten Beträgen in K. M. zu bestimmen.

*) An die Stelle der mit Hfd. v. 7. März 1811, an alle Lst. und mit Bdg. des steier. kärnt. Gub. v. 3 Aug. 1811 fdg. Formularien tritt das neue Formulare v. J. 1822; s. **2474**.

Formular zu 2474.

T a f e l

über sämtliche Einkünfte und zu bestreitende Lasten der Pfarre
oder des Stiftes N., im Dekanate N., des Kreises N.

Rubriken nach Vor- schrift des höchsten Pa- tenten vom	B e t r a g				Betrag in W. B. re- duzirt auf K. M. zu 250 fl.		Betrag zusam- men in K. M.		N u m m e r F u n g.	
	in W. B.		in K. M.							
	fl.	fr.	fl.	fr.	fl.	fr.	fl.	fr.		
E r t r a g.										
An jährlichem Güter- Erträgniß	6395	55	3680	32	2558	22	6238	54	Das Gütererträgniß be- trifft die eigentlichen Do- minikal-Gütern und die mit solchen rektifizirten Erträgnisse.	
Von nutzbaren Häusern und Gebäuden . .	125	—	150	—	50	—	200	—		
Von einzelnen Grund- stücken	55	—	20	—	22	—	42	—		
An jährlichen Interessen vom eigenen Kapital	560	—	—	—	224	—	224	—		
Mit einer Stiftung nicht beschwertes Kapital	—	—	—	—	—	—	—	—		
Von Stiftungs-Kapi- talien	245	—	—	—	98	—	98	—	Sind nach Verdicke- denheit der Einkünfte immer besondere Ru- briken, so viel mög- lich, auszuweisen.	
An andern, wie immer genannten Zivilerenten, Einkünften und beson- deren Zuflüssen, als: Stol	—	—	50	—	—	—	50	—		
	—	—	—	—	—	—	6852	54		
L a s t e n.										
Auf Passiv-Interessen	775	—	—	—	310	—	310	—		
— Häuser- und Grund- steuer	—	—	965	45	—	—	965	45		
— Dezimazionssteuer	50	—	—	—	20	—	20	—		
— Alumnatium *) .	—	—	25	—	—	—	25	—		
	65	—	—	—	26	—	26	—		
Nach Abschlag dieser La- sten verbleibt ein steuer- bares Einkommen :	—	—	—	—	—	—	1376	45		
	—	—	—	—	—	—	5506	9		

*) G. 2479.

2475. Vdg. des böh. Gub. v. 12. Sept. 1822 J. 44806 (P. 709).

Zur Verfassung verlässlicher, zum Behufe der Bemessung des geistlichen Erbsteuer-Äquivalentes einzubringender Einkünften = Fassionen wurde den k. Kreisämtern und Konsistorien folgende Weisung ertheilt. Die Einkünften = Fassionen müssen mit dem Körnererträgniß = Ausweise, nach der Verschiedenheit der Getreidegattungen, nach einem neun-, sechs- oder wenigstens dreijährigen Durchschnitte ganz individuell verfaßt, in diesem Ausweise die ausgedroschenen Körner = Gattungen für ein jedes Jahr ersichtlich angegeben, und selbe nach einer, für die fassionirten Jahrgänge von Seite des k. Kreisamtes bestätigten Getreide-, Durchschnitts- und Marktpreis-Tabelle berechnet, ferner der Nutzen der Meierhöfe, Schäfereien, des Bräuhauses, der Waldungen, Wiesen, Obst-, Hopfen- und Weingärten, der Teiche und Fischereien, dann die steigenden und fallenden Zinsungen gleichfalls nach einem Durchschnitte aufgeführt, hievon die Besoldungen, dann der für das zur Saat, auf Deputat für die Beamten und das Meierhofgesinde, dann auf Dreschermasß und für die Wirthschaftspferde verwendete Getreide ausfallende Geldbetrag in Abschlag gebracht, und der übrig gebliebene reine Ertrag in der Fassion, unter der Rubrik »Gütererträgniß,« gehörig ausgewiesen werden.

Die Interessen von Aktiv-Kapitalien sind gleichfalls bei dem Empfange in der Fassion ersichtlich zu machen.

Uebrigens sind von den gedachten Empfängen die k. k. Gaben, und zwar: an Extra- und Militärordinarium, an Renten für Se. k. k. Hoheit Erzherzog Karl, und die Frau Kettkissin, an Pflanzschul-Beitrag, Fortifikations- und Gebäudesteuer in Abschlag zu bringen.

2476. Vdg. des böh. Gub. v. 4. Dez. 1822 J. 60646 (P. 863).

Ueber eine von einem Konsistorium sich erbetene Belehrung, wie Benefiziaten, welche ihre Pfründen kaum in das erste oder zweite Jahr besitzen, und von ihren Vorfahren das Körner- oder Abdrusch-Register höchstens für ein Jahr empfangen, folglich außer Stand sich befinden, den Ertrag von Grundstücken, auch nicht einmal nach einem dreijährigen Durchschnitte in den zum Behufe der Bemessung des geistlichen Erbsteuer-Äquivalentes zu verfassenden, in K. M. zu berechnenden Einkünften = Fassionen anzugeben, sich bei dieser Fassions-Angabe zu benehmen haben? hat das Landesgubernium zur Richtschnur zu bestimmen befunden, daß Seelsorger, die in dem bezeichneten Falle sind, den Körner-Ertrag nach den Steuerregulirungs-Bögen für ein Jahr in der Fassion ersichtlich zu machen, und die Verschiedenheit der Körner = Gattungen nach einer von Seite des k. Kreisamtes bestätigten Getreide-Durchschnitts = Marktpreis = Tabelle für ein Jahr zu berechnen, übrigens aber sich nach der Gub. Vdg. v. 12. Sept. 1822 zu benehmen haben.

2477. Hkd. v. 6. Juli 1825; an alle Erbft. Hffom. und das mäh. u. gal. Gub. (G. 310).

Da die Einkünfte des Religionsfondes dermalen noch in zweierlei Valuten, nämlich im Papiergelde und in K. M. einfließen, welches Ver-

hältniß bei Bemessung des Erbsteuer-Äquivalentes von den Religionsfonds-Einkünften in K. M. Berücksichtigung verdienet; so ist man mit dem k. k. Finanz-Ministerium übereingekommen, für das laufende Decennium vom Jahre 1821—1831, so wie es in dem hierortigen Dekrete vom 1. April 1822 (**2474**) rücksichtlich des Erbsteuer-Äquivalentes der Geistlichkeit angeordnet worden ist, auch in Absicht auf das Erbsteuer-Äquivalent des Religionsfondes durch die Provinzial-Staatsbuchhaltung eine neue Berechnung eintreten zu lassen, um hiernach den in K. M. zu entrichtenden Betrag des erwähnten Erbsteuer-Äquivalentes auszumitteln.

Um jedoch den Unterschied einigermaßen auszugleichen, der sich in dem Ertrage des Religionsfondes von Jahr zu Jahr durch die Verlosung der älteren Staatsschuld ergibt, so ist bei dieser Berechnung der Zinsertrag von öffentlichen Effekten nach dem Stande des Vorschlages für das Jahr 1826 in Aufschlag zu bringen.

2478. Hfzd. v. 20. Okt. 1825 Z. 31552. Vdg. der illir. Erbst. Hffom. v. 27. Dez. 1825 Z. 566.

Auf die gestellte Anfrage: ob, ohne Rücksicht auf die Defung der Kongrua, das Erbsteuer-Äquivalent des Kurat-Klerus nach dem §. 57 des a. h. Erbst. Pat. v. 15. Okt. 1810 zu bemessen sei, hat die k. k. Hofkanzlei erwiedert: daß, da der Gesetzgeber in dem §. 57 des Erbst. Pat. v. 15. Okt. 1810 bei der Anordnung zur Entrichtung des Erbsteuer-Äquivalentes von den jährlichen Einkünften der Kurat-Geistlichkeit, der Bisthümer und Kapiteln keine Rücksicht auf den Umstand genommen habe, ob ein solches Benefizium mit der Kongrua versehen sei, oder nicht, sondern bloß bestimme, das Erbsteuer-Äquivalent von den reinen Einkünften, nach Abzug der Passiven, dann der ordentlichen und außerordentlichen Abgaben, zu entrichten, auch einer Ausnahme von diesem Gesetze nicht statt gegeben werden könne, sondern sich diesfalls ganz nach dem Wortlaute des §. 57 des Erbst. Pat. zu benehmen sei.

2479. Hfzd. v. 6. April 1826, an alle Erbst. Hffom. mit Ausnahme von Laibach; dann an das mäh. Sub. rücksichtlich der schlesischen Erbst. Hffom. (S. 98).

Se. Majestät haben aus Anlaß eines speziellen Falles mit a. h. Entschl. v. 28. März 1826 gnädigst zu verordnen geruhet: daß bei Berechnung des Erbsteuer-Äquivalentes der Geistlichkeit die Abrechnung des Alumnatifikums nicht zu gestatten sei, weil die Erbsteuer eigentlich eine Vermögens- und nicht eine Einkommens-Steuer ist; daher auch vom Klerus, dessen Vermögen nie vererbt wird, als ein jährliches Äquivalent entrichtet werden muß, hingegen das Alumnatifikum vielmehr ein milder Beitrag ist, den der Klerus zum Besten seines Diözesan-Seminariums von seinem reinen Einkommen entrichtet.

2480. Hfzd. v. 30. Okt. 1827 Z. 1452. Vdg. des illir. Sub. v. 29. Nov. 1827 Z. 24983.

Mit Beziehung auf die Hofkanzlei-Verordnung v. 26. Mai 1826 Z. 12907, wurde dem Gubernium erinnert: daß es nicht gerathen sei,

bei der Berechnung des Erbsteuer = Aequivalentes von dem Einkommen im Betriebe der Landwirthschaft die Einlagen des provisorischen Grundsteuer-Katasters als Basis gesetzlich vorzuschreiben, weil diese Einlagen eigentlich das Brutto-Erträgniß der Grundstücke darstellen, das Erbsteuer-Aequivalent aber nach dem Reinertrage zu bemessen kommt, weil ferner nicht zu verkennen ist, daß diese Einlagen große Ungleichheiten und absolute Gebrechen zurüklaffen, deren Beseitigung den Operationen für das stabile Kataster vorbehalten ist, weil endlich damit noch kein genügender Anhaltspunkt zur Bemessung des Erbsteuer-Aequivalentes statuirt wäre, da das Einkommen der Geistlichkeit, wornach dieses Aequivalent auszumitteln ist, nicht bloß in Grundstücken, sondern auch in andern Quellen besteht, worüber das provisorische Grundsteuer-Kataster zum Theile gar keine, zum Theile ganz mangelhafte Daten anbietet. Es habe daher vor der Hand, und bis zu der ohnehin in Verhandlung stehenden Reform der Legislation in Beziehung auf die Erbsteuer, bei der damaligen Uebung zu verbleiben: Indessen sei es der Buchhaltung und dem Gubernium, so wie der Erbst. Hffom. unbenommen, bei der Berichtigung der vorkommenden Eingaben zur Ausmittlung des Aequivalentes in Beziehung auf Grunderträgnisse, die Einlagen des Grundsteuer-Propositoriums zu Rathe zu ziehen, bei auffallenden Differenzen die Mängel zu stellen, und wenn sie nicht befriedigend aufgeklärt werden, die Berichtigungen mit billiger Rücksicht auf diese Einlagen vorzunehmen.

2481. Hfzd. v. 12. Feb. 1832; an alle Lst. mit Ausnahme von Mailand, Venedig, Dalmazien und Tirol. (Pichl 61).

Se. k. k. Majestät haben mit a. h. Entschl. v. 4. Febr. 1832 zu genehmigen geruhet, daß in Ansehung des Erbsteuer-Aequivalentes der Geistlichkeit keine neuen Erhebungen bis auf weitere Anordnung einzuleiten seien, sondern dasselbe im Verwaltungsjahre 1832 nach der bis nun bestandenen Vorschreibung abgenommen werden solle.

§. 60.

»Von der Entrichtung des jährlichen Erbsteuer-Aequivalentes sind ausgenommen:

a) Die auf den Stiftspfarrren ausgesetzten Stiftspriester, deren Einkommen, das sie von ihren Pfarren beziehen, schon unter dem Vermögen des Stiftes begriffen ist, welches ohnedieß von seinen gesammten Einkünften das Erbsteuer-Aequivalent entrichtet.

b) Der Deutsche und der Maltheiser-Ritterorden, so viel es ihr im Jahre 1768 reluirtes, damals besessenes Vermögen betrifft.«

2482. Hfzd. vom 13. Okt. 1816 N. 1287, an das mäh. und böh. Gub.

Se. Majestät haben die böhm., so wie die mähr. und schles. Piaristen-Klöster, mit Einschluß jenes zu Weißwasser, von der Entrichtung des Erbsteuer-Aequivalentes für die Zukunft zu befreien geruhet.

2483. Def. der v. ö. Reg. v. 19. Aug. 1824 J. 18498 (P. 218).

Ueber eine geschehene Anfrage, ob die Stifter den Erbst. = Aequivalents-Betrag von den Gesamteinkünften ihrer Stiftspfarreien, oder bloß von den Uebergenüssen derselben zu entrichten haben, und ob daher die Dotazion der Stiftspfarren von den zu versteuernden Einkünften in Abzug gebracht werden dürfe, hat die k. Hofkanzlei mit Def. vom 5. Aug. d. J. J. 23042, anher Folgendes eröffnet:

Aus dem Geiste der Verfügungen des Erbst. Pat. über das von dem Regular = Klerus zu entrichtende Erbst. = Aequivalent, geht unzweifelst der Grundsatz hervor, daß die Einkünfte der Stiftspfarren ein Bestandtheil von dem Einkommen des Stiftes sind. Hieraus folget, daß es dem Stifte obliege, das Einkommen, welches von den, durch ausgesetzte Stiftspriester versehenen Regular = Pfründen entfällt, in seine Cassion aufzunehmen und zu versteuern, daß aber diesen Stiftsgeistlichen ein Erbst. = Aequivalent nicht abzufordern ist. Dieser Grundsatz und die daraus abgeleiteten Folgerungen bestehen aufrecht, die Einkünfte des Stiftspfarren mögen bedeutend oder gering sein, es mag von denselben ein Theil in die Kommunkasse des Stiftes fließen, und auf solche Art dem Stifte ein Uebergenuß zu statten kommen, oder wegen ihrer Unzulänglichkeit ein Beitrag aus der Kommunkasse zum Unterhalte des ausgesetzten Stiftspriesters abgereicht werden.

2484. Hfzd. v. 6. Aug. 1824 N. 2028, an die v. ö., böhm., mäh., gal., tir., steier. und triester Lst.

In der Erwägung, daß die Klöster der barmherzigen Brüder und der Elisabethinerinnen in allen deutschen und böhmisch-galizischen Provinzen der österr. Monarchie, wo solche bestehen, den gleichen für die leidende Menschheit wohlthätigen Zweck, und mit Ausnahme unbedeutender Modifikationen auch einerlei Verfassung haben, wird die bereits mit k. Entschl. vom 23. Julius 1815 den Klöstern der barmherzigen Brüder und der Elisabethinerinnen in N. De. zuerkannte Befreiung von dem Erbst. Aequivalente von nun an auch auf die Klöster dieser Orden in den übrigen deutschen und böhmisch-galizischen Provinzen ausgedehnt.

2485. Hfzd. v. 16. August 1831, an das gal. Gub. (G. 248).

In Folge a. k. Entschl. vom 9. August 1831, ist der Jesuiten-Orden in Galizien von der Entrichtung des Erbst. = Aequivalentes in Ansehung desjenigen Betrages loszuzählen, welchen derselbe aus dem Studien- oder Religionsfonde für den Unterhalt einer bestimmten Zahl der Ordensglieder erhält, es mögen dieselben in den Kollegien des Ordens, oder als Missionäre in der Seelsorge verwendet werden.

In Ansehung des besonderen Vermögens, das er besitzt und durch neue Erwerbungen erhält, ist derselbe nach dem Erbst. Pat. zu behandeln.

§. 61.

»Dagegen sind erstgedachte beide Ritterorden, da sie nur ihre damaligen Einkünfte und Besizungen reluiret haben, verpflichtet, das seit dem Jahre 1768, als der Zeit des erlegten Reluizions-Betrages, theils

durch den höheren Werth ihrer damals besessenen Realitäten, theils durch das seit den an sich gebrachten neuen Erwerbungen vermehrte Vermögen, welches sie nicht reluiert haben, zu satiren, und von demselben das für die Regulargeistlichkeit mit vier Prozenten bestimmte Erbst. Nequivalent, von dem Tage des fdg. gegenwärtigen Pat. jährlich zu entrichten, auch das Vermögen, das sie von eben dieser Zeit an, auf was immer für eine Art an sich bringen, gleich den übrigen geistlichen Kommunitäten, von Fall zu Fall zu versteuern.«

2486. Hfd. v. 20. April 1813 N. 1038, an alle Lst. mit Ausnahme der n. ö.

Nach dem Ableben eines deutschen Ordens-Ritters ist die Erbst. nach den für das weltliche Vermögen bestehenden Vorschriften zu erheben *).

2487. Hfd. v. 23. Juli 1813 N. 1068, an alle A. G.

Nach dem Ableben eines deutschen oder Malthefer-Ordens-Ritters hat die Bemessung der Erbst. auf die Kommende selbst, die ein solcher Ritter besessen hat, keinen Bezug zu nehmen; sondern von dem nach ihm zurück gebliebenen übrigen Vermögen hat nur derjenige, der es erbt, so wie ein anderer Erbe, die zehnprozentige Erbsteuer zu entrichten.

*) Hfd. v. 2. Juli 1813 N. 1059, an alle A. G.

Da das sämtliche hoch- und deutschmeisterliche, und auch das deutsche Ordens-Vermögen durch die Dispositionen des preßburger Friedens im zwölften Artikel ein erbliches Eigenthum Sr. k. k. apostol. Maj. geworden ist, so kann solches seit dem erwähnten Frieden nicht mehr in die nämliche Kategorie mit dem Vermögen des Malthefer-Ordens gestellt, mithin der deutsche Orden, so wie er noch besteht, in seinem Vermögen nicht mehr als eine geistliche Korporation angesehen und behandelt werden.

Obgleich Se. Maj. nach dem Abschlusse des preßburger Friedens Se. kaiserl. Hoheit den Erzherzog Anton Viktor nicht nur bei der Würde eines Hoch- und Deutschmeisters, sondern auch bei der Verwaltung und dem Genuße des noch übrig gebliebenen, dahin gehörigen Vermögens belassen, und selbst vor der Hand über die Güter und Einkünfte der deutschen Ordensritter, Landkommenthure, Kommenthure, Rathsgebietiger und einfache Ritter keine veränderte Disposition so wenig im In- als Auslande getroffen, auch diese sämtlichen Personen ihre geistlichen Eigenschaften, so wie sie solche bei dem Eintritte in den Orden angenommen hatten, beibehalten haben, bis auf zwei Kommenthure, welchen solche auf die statutenmäßige Art abgenommen wurde, die dagegen keine Ordens-Revenuen mehr zu beziehen haben; so hindert doch dieses nicht, daß das ganze hoch- und deutschmeisterliche, auch deutsche Ordensvermögen, vermöge des öffentlichen Staatsvertrages, als erbliches Eigenthum, somit als ganz weltlich betrachtet werden muß, welches diese Eigenschaft dadurch, daß es noch immer von geistlichen Individuen verwaltet, und so lange es Sr. Maj. als Eigenthümer gefällt, auch benützt wird, nicht verliert. Hieran wurde auch durch den nachgefolgten wiener Frieden nichts geändert, außer, daß jenes k. k. weltliche Eigenthum fast nur auf dasjenige beschränkt worden ist, was sich in der ö. Monarchie und sonst außer den rheinischen Konföderations-Staaten noch befindet.

Es ist daher nach Ableben eines deutschen Ordens-Ritters die Erbsteuer nach den für das weltliche Vermögen bestehenden Vorschriften zu erheben.

2488. Hfd. vom 2. Juli 1813 Nr. 1060, an alle N. G.

Da Se. Maj. die Aufnahme neuer Ordensglieder bei dem Maltheser-Orden einzustellen, und zugleich anzuordnen befunden haben, daß künftig bei Erledigung einer Ordens-Präbende keine weitere Vorrückung ohne höchste Einwilligung statt zu finden, desgleichen auch die Verleihung neuer Pensionen ohne höchste Erlaubniß nicht mehr Platz zu greifen, und daß durch diese Anordnungen seiner Zeit heimfallende Vermögen eine andere Bestimmung zu erhalten habe, so hat es von demjenigen, was die §§. 60 und 61 des Erbst. Pat. vom 15. Okt. 1810, in Beziehung auf den deutschen und Maltheser-Orden vorschreiben, abzukommen.

2489. Hfd. v. 22. Jänner 1818 Nr. 1408, an alle Lt.

Se. Maj. haben in Ansehung der Glieder des priesterlichen Maltheser-Ordens-Konventes zu Prag, sie mögen sich in diesem befinden, oder auf den Pfarren des Maltheser-Ordens angestellt sein, anzuordnen geruhet: daß diese Priester bei ihren Ordensgelübden zu verbleiben haben, die neu aufgenommenen zu deren Ablegung wieder zugelassen werden dürfen, und daß es von der ihnen früher zugestandenen Freiheit, nach Gutbefinden zu testiren u., wieder abzukommen habe; sofort dieselben in Ansehung ihres Nachlasses an die Gesetze des Ordens, wie vorhin gebunden seien.

Vornach bei Sterbfällen solcher Maltheser-Ordens-Priester, welche sich auf Pfarren des Maltheser-Ordens befinden, gleichförmig das vorgeschriebene Erbst. Aequivalent wieder einzuheben ist.

In Ansehung der Maltheser-Ordensritter, Komthuren u. hat es bei dem Hfd. vom 20. Mai 1813 (in der J. G. S. vom 2. Julius 1813 Nr. 1060), zu verbleiben.

§. 62.

»Sollte jemand eine der Erbsteuer unterliegende Erbschaft, ein Legat oder Geschenk ganz, oder nur zum Theil vorseztlich verschweigen, oder die Erträgniß davon zu gering angeben; so fällt das verschwiegene Vermögen oder derjenige Kapitalstheil, um welchen ein fruchtbringendes Gut durch eine vorseztlich falsche Anzeige merklich zu gering geschätzt worden ist, dem Fiskus heim.«

§. 63.

»Eben dieser Konfiskationsstrafe unterliegen die Geschenke, wovon der Beschenkte mit dem Eigenthume sogleich auch den vollen Genuß des Geschenkes überkömmt, wenn sie innerhalb vier Wochen, vom Tage der Uebergabe an zu rechnen, nicht angezeigt worden sind. Diese Anzeige hat derjenige zu machen, welcher das Geschenk empfängt; doch hat auch der Schenkende dafür zu sorgen, daß sie richtig geschehe. Unterläßt er diese Sorgfalt, so muß er für das der Konfiskation unterliegende Gut mit dem Beschenkten in Solidum haften. Dem Anzeiger eines solchen verschwiegenen oder zu gering angegebenen Erbguts oder Geschenkes wird, nebst Geheimhaltung seines Namens, das Drittel davon zur Belohnung zugesichert.«

2490. Hfd. vom 6. Dez. 1810, an alle Lst. (G. 522). Hfr. Jir. v. 19. Feb. 1811, H. 108.

Nachdem der §. 17 Geschenke unter Lebenden, wenn der Beschenkte mit dem Eigenthume sogleich den vollen unbeschränkten Genuß erhält, für steuerfrei erklärt, so habe es von der Anzeige dieser Geschenke, welche der §. 63 anordnet, und von der darin auf die Unterlassung festgesetzten Strafe abzukommen *).

§. 64.

»Jene Abhandlungsbehörden, die keine ordentlich besetzten Gerichtsstellen sind, und nach Vorschrift des §. 42 über die Sterbfälle die Kon-signazion halbjährig einzureichen verpflichtet sind, haben für jeden Unterlassungsfall eine Strafe von sechs Reichsthälern zu erlegen.

§. 65.

»Die Abhandlungsbehörden müssen alles unentgeltlich und von Amts wegen leisten; sie sind daher nicht berechtigt, den Parteien Berichts-, Expeditionss- oder was immer für Taxen anzurechnen, oder von den bloß wegen der Erbsteuer depositirten Geldern oder Obligationen bei deren Erlassung eine Depositengebühr abzunehmen. Der Erbe ist den Abhandlungsbehörden nur die ausgelegten Postgelder oder Einschiffungskosten zu ersetzen schuldig, zugleich aber befugt, die Abgaben, gleich den übrigen Gerichtskosten, von dem Verlassenschafts-Vermögen abziehen.«

2491. Hfd. v. 20. Okt. 1826 N. 2227, an alle Lst.

Man findet sich bewogen, den Magistraten und Dominien auf dem Lande, bei Einsendung der Sterb-Tabellen und Erbft. Ausweise an die ihnen vorgesetzten Behörden, die Portofreiheit gegen Journalisirung zu bewilligen.

Die Dominien und Magistrate haben jedoch bei der Einsendung solcher Tabellen und Ausweise auf der Adresse stets den Beisatz: »in Erbsteuersachen,« zu machen.

2492. Bdg. des steier. Gub. vom 23. Mai 1833 Z. 2013 (zur Darnachachtung in Erinnerung gebracht durch Bdg. des steier. Gub. v. 4. Mai 1837 Z. 1896 P. 95).

Es ist vorgekommen, daß Abhandlungsinstanzen den bemessenen Erbft. Betrag durch die k. k. Post an die Erbft. Kasse eingesendet haben, ohne die Rezipissegebühr beizulegen, welche von der Kasse daher einstweilen von der Steuer bezahlt wurde, und dann als Rückstand wieder eingetrieben werden mußte.

Um derlei unnöthige Schreibereien künftig zu vermeiden, sind die Abhandlungsinstanzen anzuweisen, in Fällen, wo sie sich zur Abfuhr der Erbft. der k. k. Post bedienen, nebst dem vollen Steuerbetrage immer auch die

*) Wörtlich gleichlautend ist das Hfd. v. 26. März 1811.

Rezepissegebühr anzuschließen, weil dem Erbsteuerfonde keine derlei Kosten zu Gunsten der Partei zur Last fallen dürfen.

§. 66.

»Sowohl die Erbft. Ausweise, als die dießfalls erstatteten Berichte und Expeditionen, sind auch stempelfrei; dagegen sind jene Gesuche, welche von den Parteien selbst nach bereits erhaltener Zahlungs-Verordnung, entweder um Verlängerung des Zahlungstermines, oder um sonst irgend eine ähnliche Begünstigung, eingereicht werden, mit Ausschluß der Beilagen, dem Stempel unterworfen.«

2493. Stempelpat. v. 5. Okt. 1802 N. 577.

§. 9. Von dem Gebrauche des Stempelpapiers sind jedoch ganz befreiet:

h) Absolutorien und summarische Extrakte der Rechnungen, welche eine milde Stiftung, eine landschaftliche Kameral- oder Kriegs-Kasse, oder den Kontributions-, Darlehungs-, Erbsteuer- oder Taxfond und dergleichen betreffen.

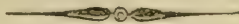
r) Erbschaftssteuer-Ausweisungen.

2495. Hfd. vom 11. Jän. 1820 J. 118, Vdg. des mäh. Gub. vom 4. Feb. 1820 J. 2255.

Ueber die Anfrage wegen Anwendung oder Nichtanwendung des Stempels zu den Erbft. Versicherungs-Reversen wird bedeutet: daß Erbft.-Versicherungs-Reverse allerdings stempelfrei behandelt, dagegen aber Gesuche, mittelst welcher die Erbft. Ausweise überreicht werden, nach Vorschrift des §. 9, lit. I., mit dem Stempel von sechs Kreuzern zu versehen sind.

2496. Hfd. vom 6. Feb. 1829 N. 2382, an das gal. N. G.

Sowohl der auf Ansuchen einer Partei aufgenommene Schätzungsakt, als auch andere Urkunden, welche dem Erbft. Ausweise zugelegt werden, und nicht vielleicht ihrer Eigenschaft nach vom Stempel befreit sind, unterliegen dem klassenmäßigen Stempel.



Gebühren für Institute.

I.

Vizitationsprozente für Armeninstitute.

2497. Bdg. in Böh. v. 11. April 1781 (R. 1. 266).

Zur gehörigen Befolgung der Bdg. vom 6. Juni 1761*) sollen künftig von allen Vizitationen, außer den Exekutions- und Auktionenfällen 1 pro Cento von dem Betrage des Verkaufes für die prager Armenkasse durchgehends eingezogen, und von den sämtlichen Magistraten und Gerichten über den eingegangenen Betrag jedesmal die Konsignation eingeschickt werden.

2498. Hfd. v. 20. Juni 1784 an alle Lst. (R. 7. 10).

Auf einen von dem k. k. Hofkriegsrathe erstatteten Vortrag wegen Abführung 1 pro Cento bei den öffentlichen Militärverlassenschaftsversteigerungen, wie bei den Zivilabhandlungen, haben Se. Maj. entschlossen, daß die Militärverlassenschaften, da sie ohnehin fast durchgängig sehr gering ausfallen, und die Erben gemeinlich selbst höchst bedürftige Leute, arme Witwen oder Waisen sind, von dieser Abgabe des 1 pro Cento bei den öffentlichen Versteigerungen noch ferner enthoben bleiben sollen. S. **2505.**

2499. Dek. der Zentral-Finanz-Hofkom. v. 25. April 1812 R. 987, an d. n. ö. Reg.

Die bei den innerhalb des Armen-Versorgungs-Bezirktes der Stadt Wien abzuhaltenden Versteigerungen für den hiesigen Armenfond zu Folge des Hfd. vom 25. April 1750, und der Reg. Bdg. vom 19. Feb. 1770, einzuhebende Gebühr wird vom 1. Juni d. J. an, zum Besten dieses Armenfondes auf zwei vom Hundert von den eingehenden Kaufschillingsgeldern bestimmt; welche Gebührensabnahme jedoch bei jenen Vizitationen, welche in wirklichen Auktionen-Fällen, oder sonst im gerichtlichen Exekutionswege gehalten werden, auch künftig, wie bisher, nicht statt findet. S. **2502.**

2500. Dek. d. illir. prov. Generalgub. v. 30. Sept. 1814 J. 13752 (P. Ergänzungssammlung, 1. Th. 3. Abth. S. 172).

Ueber die gemachte Beobachtung, daß häufig gerichtliche und außergerichtliche Realitäten- und Mobilien-Versteigerungen vorgenommen, an

*) Diese Bdg. sagt das Nämlliche.

dem vorgeschriebenen 1 Prozent aber wenig oder beinahe gar nichts zum Hauptarmenfonde abgeführt werde, erhalten die Kreisämter den Auftrag, das höchste, seit dem öfters erneuerte Pat. vom 22. Juni 1761, nach welchem von allen Lizitationen, (außer in Exekutions- und Auktionsfällen) 1 Prozent von dem Verkaufsbetrage für die Almosen, das ist für die vereinigte Hauptarmenkassa durchgehends eingezogen werden solle, sich nicht nur selbst zur unausgesetzten Aufmerksamkeit dienen zu lassen, sondern auch die genaue Befolgung allen unterstehenden Orts- und Grundobrigkeiten wiederholt zur verantwortlichsten Pflicht zu machen, und demnach darauf zu sehen, daß keine, was immer für Namen habende Versteigerung ohne vorläufige Meldung und ohne einen gerichtlich oder von der politischen Behörde ernannten und bekannten Kommissär abgehalten werden solle; wie es das h. Pat. von 29. Nov. 1786 und verschiedene später nachgefolgte Weisungen maßgebend entscheiden. Diesen Kommissären muß es daher obliegen, von dem Ausschlage jeder Lizitation dem betreffenden Kreisamte Rechenschaft zu geben, und bei demselben von jedem Hundert dessen, was das Versteigerungs-Protokoll in dem Meistboths-Summario ausweist, 1 Prozent zu hinterlegen, damit schon über erstatteten Bericht der Hauptarmenfond zur Empfangnehmung angewiesen werden könne.

2501. Vdg. d. böh. Gub. v. 30. Juni 1821 Z. 17326 (P. 376).

Das Hfzd. vom 12. Feb. 1784 bestimmt, daß die von Lizitationen und Testamenten für die Armuth zu leistenden und früher dem prager Armenhause zugesprochenen Beiträge künftig den Lokalarmeninstituten überlassen werden sollen.

Um nun den Armeninstituten, auf deren Emporbringung in Folge Hfzd. vom 26. Mai 1787 zu dringen ist, die ihnen durch die erwähnte Anordnung zugedachten Vermächtnisse und Beiträge zuzuwenden, wird den k. Kreisämtern ic. aufgetragen, bei den vorzunehmenden Kreisbeisetzungen auf die genaue Handhabung desselben Bedacht zu nehmen, und bei diesfalls etwa wahrgenommenen Außerachtlassung dieser Weisung sogleich das Nöthige zur Hintanhaltung der Verkürzung der Lokal-Armeninstitute vorzukehren.

2502. Hfzd. v. 3. Nov. 1821 Z. 31069; Vdg. d. n. ö. Reg. v. 27. Nov. 1821 Z. 52955 (P. 654).

Ueber ein Hofgesuch um Befreiung von Entrichtung der Lizitations-Perzente für den Armenversorgungs-Fond, hinsichtlich einiger außer den Linien von Wien gelegenen Acker, hat die k. k. Hofkanzlei den 3. November 1821 entschieden:

Von allen Versteigerungen von Realitäten oder vom beweglichen Vermögen innerhalb der Linien Wiens, gebühren dem Armen-Fonde die gesetzlichen Perzente, den Fall einer Versteigerung im Exekutions-Wege, oder wegen einer ausgebrochenen Aukta ausgenommen.

Mit der a. h. Entschl. vom 15. Jänner 1811, welche der Regierung unter der Zahl 835 mitgetheilt wurde, ward bestimmt, daß die Abgabe auch von den freiwilligen Versteigerungen in dem Bezirke jener Orte

um Wien eingehoben werde, die von den Armenversorgungs-Anstalten mit den Vorstädten Wiens gleichen Nutzen genießen.

Der Antrag der Regierung, die Abnahme der Lizitazions-Perzente auf das flache Land auszudehnen, wurde ausdrücklich zurückgewiesen.

Bei Entscheidung der Frage, ob von einer versteigerten Realität die Lizitazions-Perzente für den Armenversorgungsfond abzunehmen sind, kommt es daher nicht darauf an, wo das Grundbuchsamt, dem die Realität untersteht, seinen Sitz hat, sondern ob die Realität inner dem Armen-Instituts-Bezirke von Wien liegt.

Da nun obige Acker, welche im Wege der Versteigerung veräußert wurden, weder inner den Linien, noch in einem ortsobrigkeitlichen Bezirke, der an den wiener Armenversorgungs-Anstalten Theil nimmt, liegen, so sind die Perzente von dieser Versteigerung zur Ungebühr abgefordert worden, und es hat daher von dieser Aufrechnung abzukommen.

2503. Def. d. v. ö. Reg. v. 10. Aug. 1825 Z. 19396 (P. 158).

Se. Maj. haben zu Folge h. Hfzd. v. 30. Juli d. J. Z. 23588, mit a. h. Entschl. vom 28. Juli d. J. zu bewilligen geruht, daß bei allen, in den drei Stadt-Pfarren zu Einz. vorkommenden öffentlichen Lizitazionen (mit Ausnahme der gerichtlichen Exekutions- und Kridafälle) ein Perzent des Kaufschillings von dem Mobilare der Zivil-Parteien zum Behufe des linder Armen-Instituts eingehoben werden darf.

2504. Vdg. d. steier. Gub. v. 24. Aug. 1832 Z. 11410 (P. 372).

Zur genauen Evidenz, und richtigen Einbringung der dem Armenfonde fälligen Lizitazions- und Verlassperzente ist den Bezirksobrigkeiten aufzutragen, daß sie über alle Lizitazionen, die in ihrem Bezirke abgehalten werden, nach dem Formular $\frac{1}{100}$ die Vormerkung führen und halbjährig den Ausweis nach dem Formular $\frac{1}{100}$ vorlegen, in welchem nicht nur die durch Zeitungen bekannt gemachten, sondern auch alle andern in sonstigen Wegen angekündigten Lizitazionen aufzunehmen sind, und welche nach jedem halben Jahre mit dem kreisämtlichen Lizitazionsperzenten-Verzeichnisse einzusenden kommen.

Zur gleichen Uebersicht über die Verlassperzente ist der gräzer Magistrat anzuweisen, nach dem Formular $\frac{1}{100}$ über sämtliche in Grätz sich ergebende Verlass-Abhandlungen die Vormerkung zu führen, wozu demselben von den im gräzer Bezirke befindlichen 41 Dominien nach dem Formular $\frac{1}{100}$ die Beihelfe zu liefern sind, die dann als Beilagen mit dem halbjährig zusammengestellten Ausweise des Magistrates bei Gelegenheit der Perzenten-Abfuhr an das Kreisamt, und von demselben an die Staatsbuchhaltung zu übergeben sind.

//. Gemefter 18

M i s s i s

Dominium

über die vom bis

abgehaltenen Lizitationen; und hiervon dem Stimmfonde gebührenden Perzenten = Beiträge.

	Posten Nr.		
	vom Jahre	der gräzer Zei- tung	Nr.
		der Inserirung	
	am Tage, im Mo- nate und Jahre		Die Lizitation wurde abgehalten
	im Orte, in der Ge- gend, Gasse, Hau- se, Haus = Nr.		
	unter der Jurisdik- tion		
	im Beisein der obrig- keitlich. Beamten oder Kommissäre		
	Gegenstände der Verstei- gerung überhaupt		
	Eigenthümer des Ver- äußerten		
	A. fl.	in A.	Eingegangener Lizitationsbetrag
	A. fl.	Wge.	Ausfallende 1 % Lizitationsgebühr
	Wohin und wann dieser Perzentenbetrag abge- führt worden ist		
	vom Jahre	der Zei- tung	Die Lizita- tion wurde widerrufen laut Nr. —
		der Inse- rirung	
	Stimm- funde		

///. Semester 18

M u s w e i s

Magistrat Grätz

über die in der Zeit vom bis in Grätz Verstorbenen, und über die von den Nachlässen derselben beim Magistrate Grätz eingegangenen, den gräzer Wohlthätigkeits-Anstalten zugewiesenen halbpersenigen Mortuars-Gebühren.

Verstorbene in Grätz					Nach der Verlassenschaftsabhandlung zeigte sich ein reines Vermögen		Hier von entfallende 1 % Mortuar		Die Verlassenschaftsabhandlung ist noch nicht beendet		Der Nachlaß der Verstorbenen beträgt über 100 fl.		Der Verstorbenen demigilt unter der Abhandlung Instanz		Anmerkung			
am		Namen des Verstorbenen		Charakter des selben		Haus-Nr.		in der Gasse		fl.		fr.		fl.		fr.		
Hr. der gräzer Zeitung																		

/// Gemeiner 18

Dominium

W e r k e i d n i s
über die in der Zeit vom bis in Gräg unter der abhandlungs=Insang Verfor= benen und über die von den Vermögens=Nachlässen derselben eingehobenen, und an den Magistrat Gräg abge= führten halbpereentigen Mortuargebühren.

Nr. der gräzer Zeitung									
Verstorbenen in Gräz					am Namen des Verstor= benen Charak= ter des= selben Haus= Nr. in der Gasse				
					Nach der Verlassenschaftsabhandlung zeigte sich ein reines Vermögen				
					Hiervon entfallen à $\frac{1}{2}$ % Mortuar				
A. Fr.					in Fonds. Mge. A. Fr.				
					Die Verlassenschaftsabhandlung ist noch nicht beendet				
					Der Nachlaß der Verstorbenen beträgt nicht über 100 fl.				
					Anmerkung				

2505. Def. d. böhm. Gub. v. 9. Dez. 1832 J. 49795 (P. 644).

Ueber eine von dem jud. del. mil. mix. an das k. k. N. G. gerichtete, und von daher dieser Landesstelle zur Erledigung abgetretene, fersert von der letztern der k. k. Hofkanzlei zur Entscheidung unterlegte Beschwerde wider einen Magistrat wegen ungebührlichen Bezugs des Armenperzents aus Anlaß der Veräußerung eines Verlassenschaftshauses nach einem pensionirten k. k. Major ist mit Hfzd. vom 8. Nov. L. J. J. 22318 nachstehende Entscheidung erfllossen:

»Das von dem jud. del. mil. mixto angeführte und an sämtliche Länderstellen, somit auch nach Böhmen erlassene Hfd. vom 25. Juni 1784 (2498) gründet sich auf eine allerhöchste Entschließung, vermöge welcher die Militärverlassenschaften von der Abgabe des Armenperzents bei den öffentlichen Versteigerungen noch ferner enthoben bleiben sollen.«

Da durch diese a. h. Anordnung die Befreiung von gedachter Abnahme im Allgemeinen ohne Beziehung oder Unterscheidung der Militärvorlassenschaften in Bezug auf bewegliches oder unbewegliches Vermögen ausgesprochen wird: so wird das Gub. über die mit Bericht vom 7. Sept. L. J. J. 33739 dießfalls gemachte Anfrage zur genauen Nachachtung der erwähnten Vorschrift in vorkommenden Fällen angewiesen.

Wovon die k. Kreisämter zur Wissenschaft und Nachachtung verständigt werden.

2506. Hfzd. v. 11. Mai 1837 J. 9946; Vdg. des mäh. Gub. v. 2. Juni J. 19841. (N. 246).

Da h. Orts hervorgekommen ist, daß in einigen Provinzen bei Abnahme der Armenprozente von freiwilligen Versteigerungen die auf einer versteigerten Realität haftenden Lasten und Schulden in Abzug gebracht worden sind, und das Armenperzent nur von derjenigen Summe abgenommen wird, welche nach Abschlag der auf der Realität haftenden Lasten und Schulden an dem gelösten Kauffchillinge übrig bleibt, so ist mit h. Hfzd. vom 11. v. J. J. 9946 die Abstellung dieser, den bestehenden Direktiven entgegenlaufenden Gepflogenheit und die Handhabung eines allgemein gleichförmigen Verfahrens in dieser Beziehung angeordnet worden, dem zu Folge künftighin das gesetzliche Armenperzent von freiwilligen Lizitationen vom ganzen gelösten Kauffchillinge ohne Abzug der auf den versteigerten Realitäten haftenden Lasten und Schulden abgenommen und abgeführt werden muß.

2507. Vdg. des böhm. Gub. v. 19. Sept. 1837 J. 41376 (P. 419).

Aus Anlaß der neuerlich zur Sprache gekommenen Frage wegen Abnahme der Armenprozente bei Versteigerungen von Realitäten hat die Hofkanzlei mit Def. v. 24. März L. J. H. J. 6497 und zwar bezüglich auf das an die n. ö. Reg. erlassene h. Hfzd. vom 23. April 1812 H. J. 5747 und auf das h. Zentral-Finanzhofkommissionsdekret vom 25. d. M. und Jahres H. J. 889 (2499) die dießfällige Erläuterung dahin erlassen, daß nach den ursprünglichen Bestimmungen wegen Abfuhr der Lizitationsgebühren von freiwilligen Versteigerungen von der Entrichtung dieser Gebühr nur die Exekutions- und Krida-Fälle ausgenommen sind, daß diese Fälle nach

den vorgeschriebenen gerichtlichen Formen vorhanden sein müssen, und insbesondere in Kridafällen nur dann eine Ausnahme von der Lizitazionsperzenten-Entrichtung eintreten könne, wenn von der ordentlichen Justizbehörde über die Insolvenzanmeldung des Schuldners oder der Erben die Ediktaleinberufung der Gläubiger veranlaßt und durch öffentliche Kundmachung derselben der Konkurs eröffnet worden ist, wornach sich auch seither benommen und einem Abzuge von den Satzposten nicht statt gegeben wurde.

Das Hfzd. vom 1. April 1814 H. Z. 3560 (Fdg. am 2. Mai dess. J. G. Z. 14786*) sei nur an die böh. Landesstelle über eine von ihr gestellte Anfrage, ob bei Lizitazionen unbeweglicher Güter die Lizitazionsperzente zu entrichten kommen, und über eine Bemerkung des böh. Fiskalamtes, daß es billig sei, daß nach dem Beispiele von Mähren die Abgabe nur von derjenigen Summe abgenommen werde, welche dem Verkäufer nach Abschlag der auf der lizitirenden Realität haftenden Lasten und Schulden an dem gelösten Kauffschillinge übrig blieb, erlassen worden.

Zufolge dieser in Böhmen statt gefundenen, von den Eingangs erwähnten Bestimmungen abweichenden Gepflogenheit wird daher mit dem zuerst gedachten h. Hfzd. vom 24. März l. J. H. Z. 6497, durch welches das frühere vom 1. April 1814 H. Z. 3560, das nicht geeignet ist, eine Aenderung an dem bisherigen Verfahren und diesen Bestimmungen begründen zu können, unter Einem aufgehoben wird, die dießfällige abweichende Gepflogenheit hiemit abgestellt, und selbe wieder auf die ursprünglichen Bestimmungen zurückgeführt.

Welches in Gemäßheit des Eingangs angeführten h. Hfzd. v. 24. März l. J. H. Z. 6497 zu Jedermanns Wissenschaft und genauen Darnachachtung hiemit allgemein bekannt gemacht wird.

2508. Zir. d. v. ö. Reg. v. 8. Juli 1839 (Z. 522).

Se. Maj. haben mit a. h. Entschl. v. 18. Mai 1839 zu befehlen geruht, daß die Abnahme des Armenperzentos bei öffentlichen Versteigerungen da, wo, und in der Art, wie sie nach Zulaß der bestehenden Vorschriften dermalen besteht, noch ferner statt zu finden habe.

Diese a. h. Entschl. wird in Folge h. Hfzd. v. 8. Juni 1839 Z. 16532 kundgemacht.

*) Hfzd. v. 1. April 1814, an d. böh. G. (G. 133).

Bei Lizitazionen gebührt dem Lokalarmenfonde die einperzentige Abgabe außer den Refuzions- und Kridafällen allerdings, sowohl von unbeweglichen, als beweglichen Gütern; diese Abgabe ist jedoch immer nur von derjenigen Summe abzunehmen, welche dem Verkäufer nach Abschlag der auf der lizitirten Realität haftenden Lasten und Schulden von dem gekauften Kauffschillinge übrig bleibt.

Diese nachträgliche Erläuterung der Normalvorschriften vom 11. April 1781 und vom 12. Februar 1784 wird zur genauesten Nachricht hiermit bekannt gemacht.

II.

I n W i e n.

Beiträge zur Armenbürgerlade, zum Wohlthätigkeitsfonde und zum allg. Krankenhause.

2509. Hfd. v. 7. Aug. 1795, an d. n. ö. Reg. (R. 82).

Unter mehreren in den k. k. Erbländen überhaupt, und besonders in der Haupt- und Residenzstadt zur Unterstützung und Verpflegung wahrhaft Armer bestimmten öffentlichen Anstalten ist für jene des hiesigen Bürgerstandes nicht nur das allg. bekannte Bürgerhospital, in welchem die Alters oder Gebrechlichkeits wegen zu allen ferneren Arbeiten unfähigen Bürger und Bürgerinnen lebenslänglich versorgt werden, sondern es ist zu diesem Ende auch eine andere von demselben ganz abgesonderte, in keiner Verbindung stehende Anstalt gewidmet, und unter dem Namen Armenbürgerlade bekannt, aus welcher die nach gepflogener Untersuchung wahrhaft dürftig befundenen Bürger und Bürgerinnen in so lange ein monatliches Almosen erhalten, bis sie entweder in das hiesige arme Bürgerhospital aufgenommen werden können, oder ihre Vermögensumstände durch glückliche Zufälle dergestalt sich verbessern, daß sie einer fernern Unterstützung nicht mehr bedürfen.

Durch die Beiträge der sämmtlichen bürgerl. Zünfte und Innungen, dann durch die Privatwohlthätigkeit ein oder des andern wohlhabenden Bürgers ist dieses Institut in einem Zeitraume von mehreren Jahren zu solchen Vermögenskräften gelangt, daß bereits einige Hundert Arme aus demselben ein monatliches, in verschiedenen Klassen eingetheiltes Almosen erhalten.

Da aber die Zahl der armen Bürger dem ungeachtet so stark sich vermehrt, daß deren, auch mit Rücksicht auf ihre erhobene Dürftigkeit, weder in das hiesige Bürgerhospital hinlänglich aufgenommen, noch weniger sie zureichend mit monatlichen Almosen aus der Armenbürgerlade theilhaft werden können; so haben Se. k. k. apost. Majestät, aus höchst landesväterlichem Gefühle für die leidende Armuth bewogen, den von den meisten Innungen und Zünften, dann den Vorstehern der Armenbürgerlade für die Eröffnung ergiebigerer Hilfsquellen geäußerten Wunsch nicht nur mit größtem Wohlgefallen zu begnähigen, sondern auch allergnädigst zu verordnen geruht: daß in Zukunft, obschon der Privatmilde eines Jeden überlassen bleibt, bei Erwägung und Gefühl des Elendes seines armen Mitbürgers in den Testamenten oder anderen letztwilligen Anordnungen entweder des hiesigen Armenbürgerhospitals, oder der Armenbürgerlade durch Zuwendung besonderer Vermächtnisse zu gedenken, doch in den Fällen, wo der Armenbürgerlade nichts freiwillig zugebracht worden, derselben aus der Verlassenschaft eines jeden Bürgers Ein Gulden zukommen gemacht, und von der Abhandlungsinstanz ohne weiteren jedesmal abgezogen werden solle, wenn die Verlassenschaft an barem Vermögen oder Verlag nicht unter 50 fl. begriffen ist; in welcher

letzterem Falle diese von aller unfreiwilligen Abgabe an die Armenbürgerlade enthoben werden solle.

2510. Hfd. v. 30. Aug. 1806 Nr. 782, an d. n. ö. A. G.

Die inner den Linien Wiens befindlichen Abhandlungs = Instanzen haben vom 1. Nov. 1806 anzufangen, von allen in der Stadt, und in dem Armen-Institut-Bezirke von Wien abgehandelten Verlassenschaften, welche den Betrag von 100 fl. übersteigen, $\frac{1}{2}$ Perzent einzuhoben, und an den Wohlthätigkeits-Fond abzuführen; nur ist in den Fällen, wo durch ein Testament dem Armeninstitute ein bestimmter Betrag legirt wurde, dieser von der auf das reine Verlassenschafts-Vermögen zu bestimmenden Abgabe abzuschlagen; so wie hierdurch die bisher von den Verlassenschaften abgenommenen Beiträge für das Armeninstitut aufzuhören haben.

2511. Hfd. v. 28. April 1807 Nr. 809, an d. n. ö. Reg.

So wie die in Wien vorkommenden Verlassenschaften der Personen, die der Militär-Gerichtsbarkheit unterliegen, im Jahre 1803 von dem Perzenten-Erlage zum allg. Krankenhause losgezählt worden, sollen dieselben auch von der unter dem 15. Juni v. J. beschlossenen Abnahme des halben Perzentos für den Wohlthätigkeits-Fond befreit werden.

2512. Hfd. v. 17. Juni 1808 Nr. 844, an d. n. ö. A. G.

Da sowohl die h. Entschl. v. 30. April 1803 Nr. 605*), und 10. Aug. 1806 Nr. 782 der G. G. (**2510**), als die in deren Gemäßheit ergangenen Zirkularien v. 14. Mai 1803 und 6. Sept. 1806, wegen der dem wiener Krankenhause und Wohlthätigkeitsfonde zuzuwendenden Beiträge aus den in Wien abgehandelten Verlassenschaften keinen Unterschied zwischen den Verlassenschaften, ob sie nämlich ein Allodium oder ein Fideikommiß betreffen, machen; sondern die dießfällige Entrichtung von allen Verlassenschaften inner den Linien Wiens auslegen; so sind diese Gebühren allerdings auch von den Fideikommiß-Verlassenschaften, und zwar ohne Unterschied, es möge mit denselben ein Allodial-Recht verbunden sein, oder nicht, zu entrichten.

2513. Dek. der Zentr. Fin. Hoffom. v. 21. Sept. 1811 Nr. 959, an d. n. ö. Reg.

In Erwägung, daß die Auslagen des allg. Krankenhauses in Wien seit der Errichtung und ursprünglichen Fundirung desselben, theils durch die gestiegenen Preise der Lebensbedürfnisse, theils durch die anwachsende Zahl der unentgeltlich aufzunehmenden Kranken sehr vermehrt worden sind, haben Se. Maj. in Hinsicht auf die durch die Reg. Zir. Bdg. vom 14. Mai 1803 bestimmten gesetzlichen Legate eine verhältnißmäßige Minderung zu genehmigen geruhet.

Es wird daher verordnet:

1) Die Zir. Bdg. vom 14. Mai 1803 ist aufgehoben.

*) Aufgehoben durch **2513**.

2) Vom Tage der Kundmachung der gegenwärtigen Bdg. an ist von jeder sich künftig ereignenden Verlassenschaft inner den Linien Wiens, welche den reinen Betrag von 500 fl. W. W. übersteigt, und nicht 1000 fl. erreicht, 1 fl. W. W.; von 1000 — 5000 fl. von jedem Tausend 2 fl.; von 5000 — 10000 fl. von jedem Tausend 2 fl. 30 kr.; von 10000 — 25000 fl. von jedem Tausend 3 fl.; von 25000 — 50000 fl. von jedem Tausend 3 fl. 30 kr.; von 50000 — 75000 fl. von jedem Tausend 4 fl., und von 75000 fl. weiter von jedem Tausend 4 fl. 30 kr. zu entrichten.

2514. Hfd. v. 14. Okt. 1813 N. 1072, an alle Lst.

In N. Oe. bestehen außer den für den Normalschul- und den Invalidenfond vorgeschriebenen Gebühren von den Verlassenschaften, auch noch mehrere ähnliche, für Pefalanftalten gewidmete gefezliche Legate, welche theils in bestimmten Beträgen, wie jene zum Normalschulfond, theils aber auch nach Prozenten von der Verlassenschaftsmaffe abgenommen werden.

Es ist nun die Frage aufgeworfen worden, in welcher Art die Bezahlung solcher Legate, wenn die Verlassenschaft ganz oder zum Theil in öffentlichen Obligationen besteht, gefordert werden könne?

Hierüber wird folgende Weifung gegeben:

Bei der Abnahme der gefezlichen Legate überhaupt ist zu unterscheiden: Jene Gebühren, welche nicht nach Proz. von der hinterlassenen Erbschaft, sondern, wie z. B. an den Normalschulfond, in bestimmten Beträgen zu entrichten find, müssen immer bar in W. W. bezahlt werden.

Bei jenen Gebühren aber, die als ein bestimmter Antheil von dem hinterlassenen Vermögen nach Proz. zu entrichten find, ist sich genau nach jenen Vorschriften zu benehmen, welche in Beziehung auf die Bezahlungsart der landesfürstlichen Mortuargebühren gegeben wurden, wobei jedoch zur Erleichterung der Verlassenschaftsmaffe gestattet wird, daß alle nach Proz. bestimmten gefezlichen Legate in eine Summe zusammen genommen, und wenn das Vermögen in öffentlichen Obligationen besteht, und die Summe dieser Legate 25 fl. erreicht, mit Obligationen bezahlt und die Forderungen der Fonds dann unter sich ausgeglichen werden.

2515. Hfd. v. 22. Juni 1821 N. 1770, an d. n. ö. A. G.

Nachträglich zu dem Hfd. vom 10. Aug. 1806 (vom 30. Aug. 1806, Nr. 782 f. **2510**), welches die Abnahme eines halben Proz. von den Verlassenschaften zum wiener Wohlthätigkeits-Fond anordnet, ist die Erläuterung dahin erlossen: daß dieser Betrag von Verlassenschaften, welche Ein Hundert Gulden übersteigen, nur mit der Beschränkung auf die Stadt und den Armen-Instituts-Bezirk von Wien, abzunehmen sei, und daher auf jene Verlassenschaften sich nicht beziehe, welche außer dem eben erwähnten Bezirke vorkommen, wenn gleich die Erbsabhandlung derselben von einem Gerichtsstande in Wien vermöge der bestehenden Jurisdiktions-Vorschriften zu pflegen sein dürfte.

III.

I n G r ä z.

Halbes Armenprozent.

2516. Kur. des steier. kärnt. Gub. v. 5. Okt. 1817.

Se. k. k. Majestät haben zu dem Ende, damit dem hiesigen Hauptarmenfonde für die Zukunft die erforderliche Bedeckung verschafft werde, gnädigst zu entschließen befunden, daß von allen in der Stadt Grätz und in ihren Vorstädten vorkommenden Verlässen, welche 100 fl. übersteigen, ein halb Proz. für diesen Hauptarmenfond durch die Abhandlungs-Instanzen einzuheben, in jenem Falle aber, wenn durch eine letztwillige Anordnung dem Armenfonde ein bestimmter Betrag vermacht worden, dieser von der auf das reine Verlassenschaftsvermögen gelegten Abgabe abzuschlagen sei.

Diese a. h. Bewilligung ist zwar in Folge h. Hfzd. vom 29. Mai 1816 J. 9968, und Note des k. k. in. v. A. G. vom 18. Juni durch Umlauf, und durch die gräzer Zeitung bekannt gemacht worden*).

Damit jedoch dieselbe desto richtiger befolgt werde, so wird sie hiermit wiederholt den Jurisdiktionsbehörden mit dem Beifuge bekannt gemacht, daß die Entrichtung gedachter Proz. an die Armenversorgungs-Anstalten-Verwaltung vom Tage obgenannter h. Bdg. ihren Anfang zu nehmen habe.

Ueber die dießfälligen Verlässe, und das abfallende Halbproz. hat jede Jurisdiktions-Behörde den Ausweis nach dem anliegenden Formular**) dermal bis Ende Okt. d. J., künftig aber bis Ende jeden Militär-Quartals zu verfassen, und bis 15. des darauf folgenden Monats an das k. k. Kreisamt einzureichen.

2517. Bdg. d. steier. Gub. v. 19. Nov. 1823 J. 29532 (P. 335.)

Die h. Hoffkanzlei hat gelegentlich eines vorgekommenen Falles mit Bdg. v. 30. Okt. 1823 J. 32394***) entschieden, daß bei den zu wohlthätigen Zwecken gemachten Legaten, da bei selben die Abnahme des Mortuars nicht Platz greift, auch die Abnahme des für den gräzer Armenfond bestimmten Armenproz. nicht statt zu finden habe.

2518. Bdg. d. steier. kärnt. Gub. v. 23. Juni 1824 J. 14368 (P. 215.)

Durch die Berechnung des halben Armenproz. nach dem Nominalwerthe des reinen Verlassvermögens würde der a. h. Entschl. vom Jahre 1816 allerdings zum Nachtheile der Parteien eine zu große Ausdehnung ertheilt werden, indem die Kapitalien, welche in öffentlichen Obligationen anliegen, nicht leicht den Nominalwerth erreichen.

*) Erscheint auch als Hfd. v. 15. Juni 1816 N. 1259 in der J. G. G.

) Im J. 1832 sind neue Formulare vorgeschrieben worden, s. **2504 und Formular $\frac{1}{100}$ u. $\frac{1}{1000}$.

***) Kommt auch in der J. G. G. N. 1972 vor.

Es hat daher, damit weder die Parteien, noch der Fond durch die Ausmaß des Armenproz. verkürzt werde, dann, wenn die Berichtigung dieses Proz. in Obligationen selbst Schwierigkeiten unterläge, die Berechnung des Vermögens aus öffentlichen Obligationen immer nach dem Kurse, welchen dieselben am Todestage des Erblassers hatten, zu geschehen, und von dem hiernach sich ergebenden reinen Vermögensstande ist das ein halb Armenproz. im Gelde zu bemessen, und in Barem an die Versorgungsanstalten=Verwaltungskasse abzuführen.

2519. Vdg. des steier. Gub. v. 13. Febr. 1833 Z. 2110 (P. 38.)

Ueber die der h. Hofkanzlei zur Entscheidung unterlegte Frage: ob bei den zu wohlthätigen Zwecken gemachten Erbschaften, so wie es bei den dießfälligen Legaten der Fall ist, die Abnahme des für den gräzer Armenfond bestimmten halbprozentigen Bezuges statt zu finden habe? wurde mit h. Hfzd. vom 24. Jänner 1833 Z. 1516, erinnert, daß von den an wohlthätige Institute zugefallenen Erbschaften für den gräzer Armenfond der halbperzentige Abzug allerdings statt zu finden habe.

2520. Vdg. d. steier. Gub. v. 21. Jän. 1835 Z. 580 (P. 9.)

Die h. Hofkanzlei hat mit Vdg. vom 2. Jän. 1835 Z. 32978, aus Anlaß eines vorgekommenen Falles erinnert:

Nach der a. h. Entschl. vom 25., Hofkanzlei-Intimat vom 29. Mai 1816 Z. 9968 (**2516**), ist von allen in der Stadt Grätz und ihren Vorstädten vorkommenden Verlassenschaften, welche den Betrag von 100 fl. übersteigen, ein halbes Proz. für den Haupt-Armenfond einzubeben; nach der Natur der Sache unterliegt dieser Entrichtung nicht nur das in der Stadt Grätz, und in ihren Vorstädten befindliche Verlassenschaftsvermögen, sondern auch das zu einer in Grätz vorkommenden Verlassenschaft gehörige, außer Grätz befindliche Vermögen, da das letztere einen integrierenden Theil der Verlassenschaft bildet, wobei es nicht beirren kann, daß das außer der Stadt Grätz befindliche Fideikommiß-Vermögen bei Bemessung dieser Gebühr in Abschlag gebracht werde, weil sich dieses auf eine positive Anordnung des Hfzd. v. 4. Okt. 1827 Z. 26088, gründet.

2521. Vdg. des steier. Gub. v. 25. Febr. 1836 Z. 3038 (P. 140).

Da nach der in der P. G. S. J. 1833 S. 38 aufgeführten, mit Gub. Vdg. v. 13. Febr. 1833 Z. 2110 fdg. h. Hfzvdg. v. 24. Jänner 1833 Z. 1516, die zu wohlthätigen Zwecken gemachten Legate der Entrichtung des Armenprozentos zu unterliegen scheinen; so hat die h. Hfz. aus Anlaß einer Anfrage mit Vdg. v. 11. Jänner 1836 Z. 3522/304 erinnert, daß mit dem Hfzd. v. 30. Okt. 1823 (**2517**) entschieden wurde, daß, da bei den zu wohlthätigen Zwecken gemachten Legaten die Abnahme des Mortuars nicht Platz greift, auch die Abnahme des für den Armenfond der Stadt Grätz bestimmten Armenprozentos von derlei Legaten nicht statt zu finden, und diese Bestimmung durch das Hfzd. v. 24. Jänner 1833 Z. 1516 keine Abänderung erlitten habe, weil nach

selber nur von den wohlthätigen Instituten zugefallenen Erbschaften für den gräzer Armenfond der halbprozentige Abzug statt findet.

IV.

I n P r a g.

Halbes Prozent für den weltlichen Stiftungsfond, resp. Krankenhausfond.

2522. Hfd. v. 9. April 1817 N. 1331, an d. böh. A. G. Erlaß des böh. A. G. v. 22. J. 3942 (Radh. 186).

Zur Bedekung der bei dem politischen Stiftungsfonde in Böhmen sich ergebenden Abgänge haben Se. Majestät zu beschließen geruhet, daß von allen in der Stadt Prag und ihren Vorstädten vorkommenden Verlassenschaften, welche den Betrag von 100 fl. übersteigen, ein halbes Perzent für den weltlichen Stiftungsfond durch die Abhandlungsinstanzen einzuheben; in jenem Falle aber, wenn durch eine leztwillige Anordnung dem weltlichen Stiftungsfonde ein bestimmter Betrag vermacht worden ist, dieser von der auf das reine Verlassenschaftsvermögen gelegten Abgabe abzuschlagen sei.

2523. Hfd. v. 17. Sept. 1819 N. 1608, an d. böh. A. G. Def. des böh. Gub. v. 23. J. 43279 (P. 246).

Das von den Verlassenschaften in Prag zum weltlichen Stiftungsfonde zu leistende halbe Prozent ist von der vorfindigen K. M. ebenfalls in K. M., und von den arrosirten Staats-Obligazionen zwar auch in K. M., jedoch nur nach dem Werthe des Kapitals zu entrichten, den die Obligazionen zur Zeit der Leistung dieses halben Procentes nach dem jedesmaligen Kurse haben.

2524. Def. d. böh. Gub. v. 13. Nov. 1828 J. 51213 (P. 499).

In Folge Hfd. vom 30. Okt. l. J. J. 24986, ist der k. k. Landesstelle bedeutet worden, daß nach dem klaren Sinne der Hfd. vom 5. März 1817 J. 5394 nur allein von jenen in Prag zur Abhandlung kommenden Verlassenschaften, wo der Erblasser in der Stadt Prag oder ihren Vorstädten seinen bleibenden Wohnort hatte, ein halbes Prozent für den weltlichen Stiftungs- und respektive Krankenhausfond *) abzunehmen ist.

2525. Def. des böh. Gub. v. 4. Juli 1833 J. 29222 (P. 373).

Nach dem Inhalte des Hfd. vom 16. Juni l. J. H. J. 14648, haben Seine k. k. Majestät mit a. h. Entschl. vom 11. Juni l. J. zu befehlen geruht, daß die in der Hofentschl. vom 16. Mai 1750 enthaltene Be-

*) Somit ist weltlicher Stiftungsfondsbeitrag oder Krankenhausfondsbeitrag eine und dieselbe Abgabe.

stimmung, wegen Abnahme eines halben Prozents von lachenden Erben zum Behufe der Armen — da solche in Böhmen nicht in Ausübung steht — auch noch ferner auf sich zu beruhen habe. Welches der weltlichen Stiftungshauptkassa u. zur Wissenschaft und allenfalls nöthigen Amtsgebrauche hiemit bekannt gemacht wird.

2526. Hfzd. v. 14. Aug. 1839 Z. 23067, an das böh. Gub.; fdg. durch Bdg. des böh. N. G. v. 9. Sept. 1839 Z. 16359.

Die von dem k. k. u. u. in Bezug auf die Einhebung des $\frac{1}{2}$ proz. Verlassenschaftsbeitrages für den prager Krankenhausfond gemachten Anträge werden, jedoch nur als eine provisorische Maßregel, mit folgenden Modifikationen genehmigt:

Nicht nur die Ausmittlung des reinen Verlassenschaftsvermögens, sondern auch die Berechnung der davon entfallenden halbprozentigen Abgabe hat von der Verlassenschaftsinstanz zu geschehen. Zur dießfälligen Kontrolle hat sich das k. k. u. u. von den Abhandlungsinstanzen vierteljährig einen Ausweis vorlegen zu lassen, in welchem sowohl das reine Verlassenschaftsvermögen, als die hievon bemessene Abgabe aufgeführt erscheinen müssen.

Die frommen Vermächtnisse sind von der Abgabe des $\frac{1}{2}$ proz. Krankenhausbeitrages freizulassen.

Bei Erhebung des Werthes der Verlassenschaftseffekten ist sich nach jenen Vorschriften zu achten, welche zu gleichem Zwecke in Betreff des landesfürstlichen Mortuars bestehen.

In der Liquidität oder Einbringlichkeit zweifelhafte Aktiven sind mit der Erbsteuer und dem Mortuar gleich zu behandeln, daher, wenn auf den hierauf Bezug nehmenden Dokumenten die Vormerkung rücksichtlich der Erbsteuer oder des Mortuars schon haftet, nur beizusetzen sein wird, daß die Vormerkung auch auf die halbproz. Abgabe zum Krankenhausfonde ausgedehnt werde.

Rücksichtlich der zur Zeit der Verlassenschaftsabhandlung noch nicht liquidirten Passiven ist sich nach den wegen des Mortuars bestehenden Gesetzen zu benehmen.

Im Falle einer Beschwerde, dieselbe möge nun gegen die Bestimmung der Summe des der Abgabe des Krankenhausbeitrages unterliegenden reinen Verlassenschaftsvermögens, oder gegen die Ziffer der Abgabe gerichtet sein, hat der Rekurszug in II. Instanz an das böh. N. G. und in III. Instanz an den obersten Gerichtshof zu gehen.

Uebrigens sind die Eingaben und Verhandlungen zum Behufe der Ausmittlung, Vorschreibung und Abfuhr der halbproz. Abgabe zum prager Krankenhausfonde, insoferne denselben nicht Rekurse zum Grunde liegen, oder Abquittirungen über geleistete Zahlungen statt finden, sondern es sich lediglich darum handelt, die politischen Behörden mit jenen Nachweisungen und Behelfen zu versehen, deren sie zur Ausübung der ihnen obliegenden Tutel bezüglich auf derlei Anstalten bedürfen, im Sinne des §. 9 lit. g und k des Stempelpatents, stempelfrei zu behandeln.

V.

Alumnat, Seminarium, Defizientenhaus.

2527. Hfd. v. 15. Mai 1807 R. 811, an d. mäh. A. G. u. Hfd. v. 5. April 1809 für Böh.

In Sterbfällen hat bei Errichtung letztwilliger Anordnungen jeder Geistliche nach Unterschied des Ranges dem Seminariumsfonde zur Erleichterung des Religions-Fondes einen bestimmten Betrag zu vermachen, und zwar: Ein einfacher Benefiziat 1 fl.; ein Lokal-Kapellan 1 fl. 30 fr.; ein Pfarrer 3 fl.; ein Domherr 6 fl., und ein Vicarius Generalis 12 fl. Dieser gleichmäßige Betrag ist auch in Intestat-Fällen dem Seminariumsfonde aus den Verlassenschaften der Geistlichen auszufolgen.

2528. Hfd. v. 18. Juli 1808, an die n. ö. Reg. fdg. am 25. Aug. (R. 38).

Um die Dotirung der n. ö. geistlichen Seminarien zu erzielen, haben Se. Majestät zu befehlen geruht, daß in Sterbefällen bei Errichtung letztwilliger Dispositionen künftighin jeder Geistliche nach Unterschied des Ranges, dem Seminariumsfond seiner Diözese einen bestimmten Betrag zu vermachen verbunden sei soll, und zwar ein einfacher Benefiziat 1 fl., ein Lokalkaplan 1 fl. 30 fr., ein Pfarrer 3 fl., ein Domherr 6 fl. und ein Generalvikar 12 fl.

Diese Beträge sollen daher in den Fällen, wo in den letztwilligen Anordnungen keine ausdrückliche Erwähnung davon geschieht, so wie auch in Intestatfällen, als das Geringste aus den Verlassenschaften der besagten Geistlichen dem Seminariumsfond verabsolget werden.

Diese a. h. Entschl. wird zur Wissenschaft aller derjenigen, welche sie betrifft, mit dem Beisatze bekannt gemacht, daß sie bei allen Verlassenschaftsabhandlungen, welche sich durch die vom Anfang des künftigen Militärjahrs 1809 eintretenden Todesfälle solcher Geistlichen ergeben werden, in Vollzug gesetzt werden wird.

2529. Hfr. Bdg. v. 3. Aug. 1826 C. 814, an das slavon., banatische u. vereinigte banal-warasdiner-karlstädter Gen. Kom. (Mil. 335).

Nach Inhalt des gemeinschaftlichen Berathschlagungsprotokolls vom 26. Nov. 1791, und der hierüber unterm 23. Jänner 1792 herabgelangten a. h. Entschl., soll in Fällen, wo ein in der Militärgränze absterbender Geistliche in seiner letztwilligen Disposition weder das zur Bildung der Geistlichkeit bestimmte Seminarium noch das Defizientenhaus, auf welches jeder zu seiner Zeit den Anspruch machen kann, mit einem Vermächtnisse bedacht hat, von der Verlassenschaftsmasse das fünfte Prozent jedem der beiden Institute zugewendet und diese Giebigkeit auch auf die Kaduzitäten ausgedehnt werden*).

*) Von den Verlassenschaften der griechischen Geistlichen ist diese Quote nicht abzunehmen, indem sie nur den kathol. latein. Klerus betrifft (Hfr. Bdg. v. 14. April 1813 C. 437).

So wie nun dieser gesetzliche Abzug, wenn der Geistliche ab intestato stirbt, immer statt zu finden hat, so müssen da, wo ein Testament vorhanden ist, vier Fälle unterschieden werden, und zwar: entweder hat der Erblasser in seinem Testamente für die beiden Institute gar nichts, oder gerade so viel, als der gesetzliche Abzug ausmacht, oder er hat mehr oder weniger vermacht. Der erste Fall ist schon im Texte klar ausgesprochen und daher außer allen Zweifel gesetzt; im zweiten Falle haben die beiden Institute, wenn sie das, was ihnen das Gesetz zugedacht, ex testamento erhalten, nichts weiter anzusprechen; im dritten Falle muß den Instituten der die gesetzliche Quota übersteigende ganze Betrag, so weit der Geistliche in dem Rechte zu testiren nicht beschränkt war, zugewendet; und im vierten Falle aus dem Verlassenschaftsvermögen dasjenige, was an der bemessenen Legitima fehlet, ergänzt werden.

Diese Bestimmungen liegen zwar in dem rechtlichen Sinne der gemeinschaftlichen Berathschlagung und der hierüber erfolgten a. h. Entschl., demungeachtet wurde sich seither allenthalben ungleich benommen, und aus dem Anlasse, wegen Erzielung einer im Militär und Provinciali gleichartigen Behandlung dieses Gegenstandes mit der königl. ungarischen Hofkanzlei neuerliche Rücksprache geführt, die sich durchaus mit der obigen für die gesetzten vier Fälle ausgesprochenen Anwendung verreinigt hat.

Wonach sich auch das Generalkommando in vorkommenden Fällen zu benehmen, und das beihabende Jud. del. mil. sowohl, als die unterstehenden Militärgerichtsbehörden gehörig anzuweisen hat.

2530. Def. d. böh. Gub. v. 4. Febr. 1829 Z. 4795 (P. 37).

Ueber eine an die k. k. Hofkanzlei gemachte Anfrage:

a) ob von allen geistlichen Verlassenschaften ohne Berücksichtigung des Vermögensstandes, oder nur bei jenen Nachlässen, deren reiner Aktivstand 100 fl. K. M. übersteigt, die Alumnatsfondsbeiträge abgenommen werden sollen; dann

b) ob auch die Kapläne unter die einfachen Benefiziaten zu rechnen, und aus ihren Verlassenschaften der Alumnatsbeitrag mit 1 fl. abzunehmen sei?

ist mit Hfzd. vom 22. Jänner l. J. Hofzahl 960 folgende Weisung erlassen worden:

ad a) Da das Gesetz keinen Unterschied macht, ob das reine Verlassvermögen den Betrag von 100 fl. übersteigt oder nicht, sondern den bestimmten Betrag laut Hfd. vom 20. März 1809 H. Z. 4581, in Verbindung mit jenem vom 21. April 1808 Z. 8107, nach der Verschiedenheit des Ranges des Verstorbenen anordnet: so kann bei der Anordnung dieser Vorschrift auch jener Unterschied nicht gemacht werden, besonders da keine Vorschrift besteht, daß dem ausdrücklich oder gesetzlich berufenen Universalerben eine reine Erbschaft von 100 fl. bleiben müsse.

ad b) Sind nicht gestiftete Kooperatoren keine Benefiziaten, und ihr etwaiger Nachlaß unterliegt daher dem am 20. März 1809 erinnerten Abzuge nicht.

- 2531.** Def. d. böh. Gub. v. 1. Juni 1835 Z. 25606 (P. 277);
d. mäh. Gub. v. 3. Juni 1835 Z. 22358 (P. 316).

Nach dem Inhalte des Hfzd. v. 21. Mai l. J. Hofz. 12959, geruhten Se. k. k. Majestät mit a. h. Entschl. v. 15. Mai l. J. zu bewilligen, daß die aus geistlichen Verlassenschaften vorschriftsmäßig dem Alumnate zufließenden Beträge in Zukunft in A. M. abgenommen werden. Zugleich wurde bedeutet, daß diese a. h. Anordnung für alle nach dem 1. Juni l. J. eintretenden Todesfälle zu gelten habe.

- 2532.** Bdg. d. n. ö. Reg. v. 10. Dez. 1836 Z. 67022 (P. 1148).

Um Verrechnungen zwischen Fonds, die in keiner unmittelbaren Verbindung stehen, zu beseitigen, findet die Regierung die Verfügung zu treffen, daß in Zukunft die von Zeit zu Zeit für das Alumnat in Wien eingehenden Vermächtnißbeträge von den Abhandlungs- Behörden von Fall zu Fall unmittelbar an das fürsterzbischöfliche Konsistorium abgeführt werden.

VI.

Normalschulfonds-Beitrag.

- 2533.** Hfd. v. 1. Dez. 1788 N. 926, an alle A. G.

In allen deutschen Erbländern (Galizien allein für diesmal ausgenommen*), soll von jeder Verlassenschaft, wenn das reine Vermögen 300 fl. oder darüber beträgt, eine bestimmte Abgabe für den Normalschulfond, und zwar von dem Prälaten- und Herrnstande bei jedem Sterbefalle eines Familienhauptes, worunter auch die Ehegattinnen und Wittwen zu rechnen sind, vier Gulden, von dem Ritterstande, den Honoraziorern und dem Handelsstande zwei Gulden, von den Professionisten, Bürgern und Bauern ein Gulden durch die Abhandlungsinstanzen richtig abgenommen werden, und zwar ohne Rücksicht, ob den Erben die Verlassenschaft aus dem Gesetze oder aus einem Testamente zufällt; wie auch ohne Unterschied, ob der Erblasser von dem Normalschulfond Erwähnung gemacht hat oder nicht. Auch soll alle halbe Jahre jede Abhandlungsinstanz ein Verzeichniß der eingegangenen Beiträge dem A. G. einsenden, welches sodann diese Verzeichnisse der Landesstelle jener Provinz, zu deren Normalschulfond die Beiträge einfließen, zu überreichen hat.

- 2534.** Hfzd. v. 26. Mai 1808 N. 843, an alle Lst. Hfr. Zir. v. 12. II. 260.

Seine Majestät haben zu beschließen geruht: daß die seit 1. Dez. 1788 für das Zivile bestehende Normalverordnung, vermöge welcher von jeder Verlassenschaft, wenn das reine Vermögen 300 fl. und darüber beträgt, nach Verschiedenheit der Stände ohne Rücksicht, ob die Erbschaft ab intestato oder aus einem Testamente den Erben zufällt, ein nach Verschiedenheit der Stände bestimmter Betrag für den Normalschulfond ent-

*) Im J. 1808 auch in Galizien (Hfzd. v. 7. Juli 1808).

richtet werden muß, von nun an auch bei den Militärverlassenschaften mit nachstehenden Modifikationen ihre Anwendung haben solle: daß bei jedem Sterbfalle eines Familienhauptes, worunter auch die Wittinen und Wittwen zu rechnen sind, wenn nämlich das reine Vermögen 300 fl. und darüber beträgt, von der Generalität mit 4 Gulden, von den Stabsoffizieren mit Einschluß der Obersten mit 2 Gulden und von den Offizieren, vom Hauptmanne oder Rittmeister abwärts mit 1 Gulden abzuziehen, und vor Berichtigung dieses Betrages keine demselben unterliegende Verlassenschaft auszufolgen sei; die Militärbeamten aber sollen nach dem ihrer Charge zustehenden Range behandelt werden *).

Uebrigens hätten die General- und Militärkommanden das Verzeichniß der von den Militärverlassenschaften entrichteten Normalschulbeiträge den Länderstellen jener Provinzen, wohin die Beiträge einzustießen haben, halbjährig zu übermachen.

Die Landesstelle hat, sobald derselben dießfällige halbjährige Verzeichnisse zukommen werden, die Verfügung zu treffen, daß diese Beiträge erhoben und dem Normalschulfonde übergeben werden.

2535. Hfd. v. 10. Aug. 1810 N. 910, an d. böh. A. G.

Künftig ist von jeder Verlassenschaft, selbst in dem Falle, wenn der Erblasser einem besonderen Schulfonde etwas vermacht hat, dessen ungeachtet zum allgemeinen Schulfonde der gesetzliche Beitrag zu leisten, und geistliche Personen, die keine Prälaten sind, wie auch die Wittwen von Gutsbesitzern als Honorazioren, sind dießfalls zu einem Beitrage von 2 Gulden zum allgemeinen Schulfonde verbunden.

2536. Hfd. v. 7. Sept. 1822 N. 1891, an alle A. G.

Se. Majestät haben die Umsezung der Verlassenschaftsbeiträge für den Normalschulfond in K. M. auf die Art zu bestimmen geruht, daß von jeder Verlassenschaft, welche den Betrag von 300 Gulden K. M. oder darüber beträgt, von dem Prälaten und Herrenstande, worunter auch die Ehegattinen und Wittwen der Letzteren zu rechnen sind, 4 Gulden; von dem Ritterstande, den Honorazioren und dem Handelsstande, 2 Gulden; von den Professionisten, Bürgern und Bauern 1 Gulden K. M., als gesetzlicher Beitrag für den Normalschulfond zu entrichten sei **).

2537. Def. d. v. ö. Reg. v. 5. Aug. 1823 J. 1777 (P. 178).

Ueber eine geschehene Anfrage, ob die Schulfonds-Verlassenschaftsbeiträge mit dem Sterbetage des Erblassers, oder mit dem Tage der

*) Auf gleiche Art ist in der Mil. Grenze dieser Beitrag für den Proventenfond abzunehmen (Hfr. Vdg. v. 12. Mai 1808 B. 1633), was auch rücksichtlich der dort ansässigen Honorazioren, Handelsleute und anderer Bürger in den Bezirken der Grenzregimenter oder Mil. Kommunitäten gilt (Hfr. Vdg. vom 20. März 1809 C. 302).

**) Für das Militär wurde angeordnet, daß der Normalschulfondsbeitrag von jeder 300 fl. in K. M. betragenden und nach dem letzten Okt. 1822 abgehandelt werdenden Verlassenschaft, der Sterbfall mag sich wann immer ergeben haben, in K. M. abzunehmen sei (Hfr. Zir. v. 24. Dez. 1822 H. 1358. Mil. 177).

Verlassenschafts = Beendigung fällig werden, hat die hohe Studien = Hofkommission mit Dek. vom 19. Juli d. J. J. 4890, anher eröffnet, daß die Schulfonds = Verlassenschafts = Beiträge mit dem Sterbetage des Erblassers fällig sind.

2538. Hkd. v. 4. Dez. 1838 J. 30330; Bdg. des steier. Gub. v. 10; der v. ö. Reg. v. 20; des laib. Gub. v. 22; des böh. v. 25. J. 66777 (P. 802*); des mäh. v. 28. u. d. n. ö. Reg. v. 31. Hfr. Ref. v. 19. C. 1515.

Seine k. k. Maj. haben mit a. h. Entschl. v. 24. Nov. a. g. zu befehlen geruht, daß für die Zukunft die Normalschulfondsbeiträge, unter Beobachtung der gesetzlichen Abstufungen, von einer jeden Verlassenschaft, sobald selbe ein reines Vermögen von 300 fl. K. M. oder darüber beträgt, ohne Rücksicht auf die sonstigen Eigenschaften des Erblassers in K. M. abgenommen werden sollen.

2539. Hfr. Ref. v. 29. Mai 1839 II. 591, an alle Mil. Gerichte.

Auch von Verlassenschaften der Mannschaft vom Wachtmeister und Feldwebel abwärts ist, wenn das rein verbleibende Vermögen 300 fl. K. M. erreicht, der Normalschulfondsbeitrag abzunehmen.

Manipulation mit dem Normalschulfondsbeitrage.

B ö h m e n.

2540. Bdg. d. böh. Gub. v. 28. Jänner 1827 J. 5038 (P. 77).

Sind die halbjährigen Verzeichnisse über die Normalschulfonds = Verlassenschaftsbeiträge zu den bestimmten Terminen, nämlich zu Ende Februar und August, statt wie bisher an die Landesstelle, unmittelbar an die k. Staatsbuchhaltung zur weiteren Amtshandlung einzusenden.

2541. Bdg. d. böh. Gub. v. 18. Febr. 1827 J. 7805 (P. 105).

Das k. k. Gub. hat einverständlich mit dem k. k. M. G. befunden, es von der bisherigen Einsendung der halbjährigen Verzeichnisse über die eingegangenen Normalschulfonds = Verlassenschaftsbeiträge an das k. k. M. G. abkommen zu lassen. Die k. Kreisämter werden hievon mit dem Auftrage verständigt, die bisher zufolge Gub. Bdg. v. 15. März 1805 J. 26790, von den Dominien in triplo verfaßten diesfälligen Verzeichnisse von denselben von nun an nur in zwei Parien abzufordern, ein Pare

*) Dasselbst erscheinen als Beilagen: das Hkd. v. 8. und Gub. Bdg. v. 24. Juli 1788, wodurch der Normalschulfondsbeitrag ursprünglich in Böhmen eingeführt worden ist und zwar mit der Bestimmung, daß von Adel vier Gulden abzunehmen sind, was aber durch die späteren allgemein verbindlichen Gesetze **2533** u. **2536** anders und zwar nach Abstufungen des Adels angeordnet worden ist; — ferner das Hkd. v. 29. Okt. und Gub. Bdg. v. 18. Dez. 1788, wodurch bestimmt wurde, daß der Normalschulfond auch von jüdischen Verlassenschaften zu entrichten sei, was sich auch aus den obigen allgemein lautenden Vorschriften ergibt.

davon zum Geschäftsgebrauche zurück zu behalten und das zweite der Sub. Vdg. v. 28. Jänner l. J. J. 5038, gemäß an die k. Staatsbuchhaltung unmittelbar in den bestimmten Terminen zur weiteren Amtshandlung zu senden.

Oberösterreich.

2542. Def. d. v. ö. Reg. v. 13. Okt. 1820 J. 18279 (P. 443).

Gemäß h. Hfd. vom 3. d. M. J. 30016, wird verordnet, in den rück erworbenen ob der enstischen Gebietstheilen jene Verlassenschaftsbeiträge zu dem Normalschulfonde unverzüglich einzuführen, welche in den drei alten Kreisen gesetzlich eingehoben werden.

Dagegen wird jedoch die bisher in diesen Landestheilen übliche quarta scholarum aufgehoben, und der eingegangene und fruchtbringend angelegte Gesamtbetrag der quarta scholarum ist unter die betreffenden Vokalschulfonde zu vertheilen.

Ob die quarta pauperum noch ferner bestehen, oder ebenfalls aufgehoben werden solle, hierüber wird nachträglich entschieden werden.

2543. Def. d. v. ö. Reg. v. 9. Mai 1822 J. 9679 (P. 124).

In der Provinz Oesterreich ob der Enns sind Unterthanen einer Herrschaft sehr zerstreut, und zwar so, daß eine Herrschaft Unterthanen in zwei, auch in mehreren Kreisen besitzt. Da nun für den salzburger Kreis, für den Inn- und für die Parzellen des Hausruf-Kreises, dann für die alt-österreichischen Kreise abgetheilte Schulfonds bestehen, so ist es nicht einerlei, ob die Abhandlungs-Instanz die Verlassenschafts-Beiträge an das Kreisamt der Abhandlungs-Instanz, oder an jenes des Erblassers abführt. Um allen falschen Ansichten in dieser Beziehung vorzubeugen, wird den k. k. Kreisämtern aufgetragen, die unterstehenden Abhandlungs-Instanzen anzuweisen, die Verlassenschafts-Beiträge in Zukunft immer an das Kreisamt des Erblassers mit Bemerkung der Ursache abzuführen.

2544. Def. d. v. ö. Reg. v. 8. Juni 1822 J. 11868 (P. 160).

Damit die Kontroll-Anzeigen über die, an die k. k. Kreisämter eingesendeten Verlassenschafts-Schulfonds-Beiträge zur gehörigen Zeit eintlangen, so wird dem k. k. Kreisamte aufgetragen, die unterstehenden Abhandlungs-Instanzen mit allem Ernste zu verhalten, die Kontroll-Anzeigen für den 1. Semester jeden Jahrs bis Ende Juli, und für den 2. Semester bis Ende Jänner an die Regierungs-Einreichungs-Protokolls-Direktion einzusenden.

Steiermark und Illirien.

2545. Hfd. v. 30. Okt. 1800 N. 511, an d. in. ö. N. G.

Die Fassionen oder Verzeichnisse über jene Beträge, welche von einer jeden Verlassenschaft dem Normal- oder Trivialschulfonde zufließen, sind vom 1. Jänner 1801 angefangen, nicht mehr durch den weiten und kost-

baren Umweg des A. G., sondern lediglich nur durch die betreffenden Kreisämter den Länderstellen unmittelbar einzusenden.

2546. Def. d. illir. prov. Generalgub. v. 8. Juli 1814 Z. 8981 (P. Ergänzungssammlung; 1. Th. 2. Abth. S. 596).

Nachdem die k. k. Organisirungs-Hofkommission mit Note vom 4. Juni 1814 zu verfügen befunden, daß von den Verlassenschaften die Normalschulbeiträge nach der am 1. Aug. d. J. (1814) beginnenden österreichischen Justizpflege durch die Abhandlungs-Instanzen einzuhoben, nach buchhalterisch adjustirten halbjährigen Ausweisen zum Schulsonde abzuführen, dann alle seit der Wiedereroberung Illiriens bis zum 1. Aug. d. J. (1814) eingestossenen oder einfließenden Normalschulbeiträge auszuschneiden, und dem Normalschulsonde zuzurechnen sein werden; so wird diese Anordnung den Behörden zur Benehmungs-Wissenschaft und Verlautbarung mit dem Beisatze eröffnet, daß alle Verlaß-Abhandlungs-Instanzen zugleich auf die genaue Befolgung der mit hoher Hofresoluzion vom 1. Dez. 1788 und vom 26. Mai 1808 erlassenen Vorschriften anzuweisen seien.

2547. Bdg. des steier. Gub. v. 20. Okt. 1835 Z. 16223 (P. 474).

Das k. k. Gubernium ist mit dem k. k. Landrechte übereingekommen, daß die zum Normalschulsonde zu entrichtenden Beiträge und Legate von den zur Abhandlung bei dem k. k. Landrechte gehörigen Verlässen, welche bisher von den Parteien unmittelbar an das k. k. Prov. Zahlamt einzuzahlen waren, künftig an die Kreisamtskassen unter folgenden Modalitäten abgeführt werden.

1) Jede derlei Abfuhr hat an das betreffende k. k. Kreisamt, in dessen Kreise die Partei, durch welche die Zahlung zu berichtigen kommt, ihr Domizilium hat, mittelst einer ungestempelten schriftlichen Einlage zu geschehen, in welcher der Gegenstand, und der Betrag der Zahlung genau zu bezeichnen ist.

2) Das k. k. Kreisamt hat diese von landrechtlichen Verlässen dahin abgeführten Normalschulfondsbeiträge und Legate in den wie bisher nebst den Fassionen der Dominien an die k. k. Prov. Staatsbuchhaltung halbjährig einzusendenden Ausweisen in eigenen Kolonen, abgesondert von den Normalschulfondsbeiträgen und Legaten, die von den bei den Dominien abgehandelten Verlässen entfallen, mit Benennung der einzelnen Verlässe, von welchen sie entrichtet worden sind, aufzuführen.

3) Diese halbjährigen Ausweise sind künftig an die k. k. Prov. Staatsbuchhaltung in Duplo einzusenden, da ein Exemplar mit der buchhalterischen Adjustirung versehen an das k. k. Gubernium vorgelegt, das zweite bei der k. k. Prov. Staatsbuchhaltung zurückbehalten werden muß.

4) Nach gegenwärtiger Anordnung ist sich vom kommenden Militärjahre 183 $\frac{1}{2}$ angefangen genau zu benehmen.

Die k. k. Kreisämter werden hiervon zur Nachachtung und zur weitem Kundmachung, soweit es zur Kenntniß der Parteien nothwendig ist, verständigt.

Militärgränze.

2548. Hfr. Vdg. v. 11. Okt. 1836 B. 4379, an die vier Grenz-Gen. Kom. (Vergmayr fortges. Anfang. S. 105).

Mit dem Resk. v. 12. Mai 1808 B. 1633, ist zufolge a. h. Entschl. angeordnet worden, daß derjenige Betrag, welcher von Verlassenschaften, deren reiner Ertrag 300 fl. erreicht, in den deutschen Provinzen zum Normalschulfond abgeführt wird, von Verlassenschaften in der Militärgränze, zu den Gränzproventen abgeführt werden soll, weil die Schulanstalten in der Militärgränze von den Gränzproventen unterhalten werden.

Zur Vermeidung unrichtiger Vorgänge findet man es nöthig, daß das erwähnte Reskript bei den unterstehenden Militärgränzgerichten, wie auch bei dem Jud. del. m., sofern bei letzterem Verlassenschaften aus der Militärgränze zur Abhandlung kommen, in Erinnerung gebracht werde.

Was übrigens die Verlassenschaften der Bewohner in den Militärgränz-Kommunitäten betrifft, welche der Gerichtsbarkeit des Magistrates unterstehen, so findet man zu bestimmen, daß in Kommunitäten, welche ihre Schulanstalten aus ihren Proventen ganz unterhalten, der Normalschulfondsbeitrag von Verlassenschaften dortiger Einwohner zur Proventenkasse der Kommunität abgeführt werde.

VII.

Invalidenfondsbeitrag.

2549. Hfr. Mil. Abfahrtsgeld-Normale*) v. 8. Nov. 1786 F. 1253 (Bundschuh's Mil. Def. Sist. 3. B. S. 163).

§. 1. Die unter dem Namen: Mil. Abfahrtsfelder dem Invaliden-institut zufließende Giebigkeit verbreitet sich a) auf die Verlassenschaften, Vermächtnisse oder unter die letzteren gehörigen donationes mortis causa; b) auf die donationes inter vivos; c) auf diejenigen Geldbeträge, welche aus Anlaß einer jemals erlaubt werden mögenden Verkaufung und Ueberlassung einer Mil. Charge bedungen werden dürften.

§. 2. Der Hauptgrundsatz ist, daß dasjenige Vermögen, welches von der Mil. Gerichtsbarkeit in jene des Zivils oder gar außer den k. k. Erblanden übergeht, dem Mil. Abfahrtsfeld unterliege.

§. 3. Wenn eine Universalerbenschaft, es möge solche in barem Gelde, einbringlichen Aktivobligationen, oder in was immer für einem beweglichen Vermögen bestehen, jemanden, der nicht der Mil. Jurisdiktion unterliegt, innerhalb der k. k. Erblande zufließt, werden davon 5 Proz. oder 3 kr. vom Gulden an Abfahrtsfeld ohne Ausnahme entrichtet, es möge die Universalerbenschaft einem in ab- oder aufsteigender oder Seitenlinie, dem überlebenden Ehegatten, einer fremden einzelnen Person, oder einer gan-

*) Das Mil. Abfahrtsfeld ist jetzt Invalidenfondsbeitrag zu nennen (Hfr. Vdg. v. 9. Nov. 1808 X. 155).

zen Gemeinde, dem Armeninstitut, (s. 2181) dem Religionsfond, dem allgemeinen Krankenhause, oder wem immer, der nicht unter der Mil. Jurisdikzion steht, zuzukommen haben.

§. 4. Gleiche Beschaffenheit hat es auch mit den Vermächtnissen und donationibus mortis causa, jedoch

§. 5. sind davon die legata pia innerhalb der k. k. Erblände völlig befreit; hingegen

§. 6. hat auf den Fall, wenn derlei fromme Vermächtnisse außer den k. k. Erblanden gingen, das unter §. 13 auf die außer den k. k. Erblanden gehenden Vermächtnisse überhaupt bestimmte Mil. Abfahrts-geld einzutreten.

§. 7. Auch von denjenigen, in die Inventur und Abhandlung gezogenen Aktivobligazionen, die auf innerhalb der k. k. Erblände befindliche immobilia verhipothekirt sind, ist das 5proz. Abfahrts-geld abzunehmen.

§. 8. Von den Realitäten selbst, die ein mit Tod abgehender Militaris besitzen dürfte, kann kein Abfahrts-geld abgenommen werden.

§. 9. Gleiche Beschaffenheit hat es auch mit denjenigen Kapitalien und Vermögen, das ein mit Tod abgehender Militaris auswärts in fremden Landen anliegen hat, oder sonst in auswärtigen Landen besitzt, welche Kapitalien, sie mögen verhipothekirt sein oder nicht, mit dem Mil. Abfahrts-geld nicht zu belegen sind.

§. 10. Die donationes inter vivos, welche völlig freiwillig sind und über 1000 fl. betragen, mithin der Erbsteuer unterliegen, sind dem 5proz. Abfahrts-gelde, wenn der Donataris der Mil. Jurisdikzion nicht untersteht, und sich innerhalb der k. k. Erblände befindet, ebenfalls unterworfen.

§. 11. Da ein zum Mil. Körper gehöriger Landmann, der eine ständische Realität, oder ein Fideikommiß besitzt, in Zivilangelegenheiten, mithin auch nach seinem Tode die Abhandlung seiner Verlassenschaft unter die Gerichtsbarkeit der Landrechte gehört und selbst von seinem hinterlassenen Mobilienvermögen kein Mil. Abfahrts-geld entrichtet wird, so ist auch von demjenigen Vermögen, was demselben aus einer militärischen Verlassenschaft, oder per donationem inter vivos zufließt, mithin eigentlich immer aus der Mil. Jurisdikzion geht, bei der Ausfolgung innerhalb der k. k. Erblände das 5proz. Abfahrts-geld mit Rücksicht auf den vorhergegangenen 10. §. respectu donationis inter vivos abzunehmen.

§. 12. Das Nämliche kommt auch bei den Offiziers-Frauen und Kindern, deren Männer und respektive Väter wirklich begüterte Landleute sind, desgleichen bei den Offizierswitwen, die eine ständische Realität besitzen, sie mögen eine Mil. Pension genießen oder nicht, zu beobachten.

§. 13. Von dem Vermögen, welches außer die k. k. Erblände geht, wird ein Abfahrts-geld von 10 Proz. oder 6 kr. vom Gulden ad fundum invalidorum entrichtet, und sind weder die außer die k. k. Erblände gehenden pia legata davon befreit.

§. 14. Die donationes inter vivos unterliegen alsdann durchgehends, und ohne Unterschied des betreffenden Betrages dem 10proz. Abfahrts-gelde.

§. 15. Von derlei beweglichen Vermögen, sobald dasselbe Jemanden in einem fremden Lande zufällt, oder, daß der Eigenthümer dahin abzieht, wird das Abfahrtsgeld immer sogleich abgenommen, wenn auch ein solches Vermögen noch in einem der k. k. Erblande gelassen würde.

§. 16. Wenn auch ein mit Beibehaltung seines Charakters ausgetretener, oder in den Pensionsstand versetzter k. k. Offizier, der mit besonderer a. h. Bewilligung außer den k. k. Erblanden für beständig abjiziert, eine derlei Erbschaft, Vermächtniß oder Geschenk überkommt, wird davon dennoch das 10proz. Abfahrtsgeld abgenommen.

§. 17. Zur Bestimmung, ob gar kein Abfahrtsgeld, oder nur das mit 5, oder jenes mit 10 Proz. abzuziehen sei, kommt zur allg. Richtschnur das Augenmerk zu nehmen, ob der, dem das Vermögen ganz oder auch nur zum Theil zukommt, zur Zeit der vor sich gehenden Ausfolgung unter der Mil. Jurisdiktion stehe, oder nicht, und ob er in, oder außer den k. k. Erblanden domizilire? Es hat also, sobald in den k. k. Erblanden einer Person, wie z. B. einer Offizierswitwe, die auch nach dem Hintritte des Erblassers der Mil. Jurisdiktion fernerhin untersteht, eine Erbschaft, Vermächtniß, oder donatio inter vivos ausgefolgt wird, die Sicherstellung des Abfahrtsgeldes in eventum mutationis fori keineswegs einzutreten.

§. 18. Eben so wenig ist für die Pupillen, die nur bis zur erlangten Großjährigkeit unter die Mil. Jurisdiktion gehören, eine besondere Sicherstellung des Abfahrtsgeldes erforderlich, indem ihr Vermögen sich ohnehin in deposito pupillari aufbewahrt befinden muß; nur hat die Pupillarinanz unter selbst eigener Dafürhaltung darauf zu halten, daß, sobald bei erreichter Großjährigkeit die Ausfolgung eines Pupillarvermögens bewilligt wird, auch das Abfahrtsgeld von demjenigen Betrage, den der Pupill ex militari an sich gezogen hat, und was demselben während der Minorität hieran weiter in Erwerbschaft und Ersparung gebracht worden, mit Bedachtnahme auf die Jurisdiktion, unter welcher dann, und ob der nun Großjährige, dem das Vermögen erfolgt wird, sich in oder außer den k. k. Erblanden befinde, richtig abgeführt werde.

§. 19. Da dieser Abzug von dem Mil. Pupillar-Vermögen nur zur Zeit der Großjährigkeit, und des damit verbundenen Austrittes aus der Mil. Jurisdiktion Platz hat, so folgert sich von selbst, daß sowohl von demjenigen, was den Pupillen in ihrer Minderjährigkeit an Heirathsgut, oder sonst auszufolgen nothwendig befunden wird, als auch von dem Zivilvermögen, was ein Mil. Pupill allenfalls überkommen haben mag, und wovon bei diesfälliger Abhandlungsinstanz ohnehin die Taxen schon abgefordert worden, kein Abfahrtsgeld abgezogen werden könne.

§. 20. Mit Entrichtung dieser Abfahrtsgebühr hat es die nämliche Bewandniß bei jemals erlaubt werdendem Verkauf, oder Ueberlassung einer Charge gegen bedungene Geldbeträge, wo insgemein von dem Verkäufer, wenn nichts anderes mit dem Käufer verabredet worden, das Abfahrtsgeld, wenn der Verkäufer innerhalb der k. k. Erblande bleibt, zu 5, und wenn er außer Landes abzieht, zu 10 Proz. von dem Verkaufsbetrag zu entrichten kommt.

§. 21. Das Abfahrts-geld ist immer mit kriegskommissariatistischen Entwürfen in die nächste Kriegskassa gegen Bescheinigung, die bei Sterbfällen den Abhandlungsakten beizulegen kommt, abzuführen.

§. 22. In Sterbefällen wird dieser Betrag deductis passivis gleich nach der Sterbtaxe, und vor der etwa eintretenden Erbschaftssteuer in Abzug gebracht.

§. 23. Die Mil. Behörden, und insbesondere die Abhandlungs- und Pupillarinstanzen haben unter selbst eigener Dafürhaftung ex officio dafür zu sorgen, daß das Mil. Abfahrts-geld richtig entworfen, und in jedem Falle so förderksam, als es sein kann, in die Kriegskassa pro fundo invalidorum abgeführt werde.

2550. Hfd. v. 5. Juli 1766 (Blasch G. G. für Böh.; 3. Th. S. 16).

Endlich 13) wollen Ihre Majestät aus a. h. Spezialgnade das hinterlassene Vermögen deren deutschen Ordensrittern und Geistlichen, von dem Abfahrts-geld befreien, und allein von der Verlassenschaft deren in Mil. Diensten versterbenden Ordenspersonen, woher selbiges immer rührt, die gewöhnliche 5 per Cento pro instituto invalidorum abnehmen lassen, wohl verstanden jedoch, daß hierunter das außer Landes gehende Vermögen deren Beamten und Dienern des Ordens, ingleichen deren Ordensrittern und Geistlichen selbst, wann solche auf erhaltene Licenz in favorem anderer Personen und nicht des Ordens testiren, keinerlei begriffen, sondern ersteres allezeit, letzteres aber in dem angezeigten Falle dem Abfahrts-gelde unterliegen solle*).

2551. Hfr. Bdg. v. 10. März 1787; Bdg. des böh. Gen. Kom. v. 27.

Das Mil. Invalidenamt hat aus Anlaß des unterm 8. Nov. v. J. erfolgten Normalis vom Mil. Abfahrts-geld einige hauptsächlich die Forderung de præterito und das Dienstgraziale betreffende Anfragen anher gestellt, die man folgender Maßen zu erläutern befunden und zwar:

1. Ist die Kasseforderung bis Okt. 1757 ein ganz besonderer, schon anno 1777 durch die umständliche Vorschrift erschöpfter und eben hierwegen in dem 1. §. des unterm 8. Nov. 1786 hinausgegangenen Normalis vom Abfahrts-geld nicht berührter Gegenstand. Es hat also bei dem, was im Belang dieser Forderung bereits normalmäßig bestimmt ist, sein Verbleiben, daß von dem diesfälligen Quanto, was nicht 100 fl. ausmacht, kein Abfahrts-geld abzunehmen sei.

2. Saget das im Belang des Abfahrts-geldes erslossene Normale nicht, daß vom Dienstgraziale ein Abfahrts-geld abzunehmen sei, es hat also bei der bisherigen Befreiung sein Verbleiben.

3. Der Erbe eines verstorbenen Pupillen kann eigentlich weder eine Kasseforderung, noch ein Dienstgraziale erben, sondern er überkommt nur

*) Dieses wurde wörtlich auch für den Maltheserorden vorgeschrieben in dem Hfd. v. 27. Juli u. Bdg. v. 8. Aug. 1788, 5. Absatz (Blasch, 7. Th. S. 116). — Die in Kriegsdiensten stehenden Maltheserordensritter sind in Ansehung ihrer Verlassenschaften von der Mil. Gerichtsbarkeit nicht ausgenommen; s. **2064**.

überhaupt das Vermögen eines Mil. Pupillen; wenn er also nicht ebenfalls der Mil. Jurisdikzion untersteht, so kann keinem Zweifel unterliegen, daß er das Abfahrtsgeld von diesen aus der Verlassenschaft eines Mil. Pupillen überkommenden Verlasse, ohne hinein zu gehen, ob dieser Verlass ganz oder zum Theil von der Kassasforderung und resp. Dienstgraziale des Pupillen Eigenthum geworden sei, zahlen müsse.

4. Müssen die Pupillarinstanzen am verläßlichsten wissen, wo das Vermögen ihres Pupillen herrührt; diesen liegt es hauptsächlich ob, bei veranlassender Abfertigung ihrer jeweils großjährig werdenden Pupillen die Einleitung zu treffen, daß das Abfahrtsgeld bestimmt, entrichtet oder abgezogen werde. In so lang also nicht erwiesen ist, daß der Pupill während der Minderjährigkeit einiges Zivilvermögen überkommen habe, müssen die diesfälligen Kapitalien und überhaupt sein hinterlassenes Vermögen, als ein dem Abfahrtsgeld unterliegendes Militärvermögen behandelt werden.

5. Da das Vermögen, welches der Pupill erweislich *ex statu civili* an sich gebracht, vom Abfahrtsgeld befreit ist, so ist auch kein Zweifel, daß die Ersparung der Interessen hievon, wenn sie auch bis zur Abstattung des Kapitals unerhoben bleiben, als ein Akzessorium dem Abfahrtsgelde nicht unterliege. Endlich sagt

6. der 18. §. des *Normalis* wortdeutlich, daß das Abfahrtsgeld von demjenigen Betrage, den der majoren werdende, mithin aus der Mil. Jurisdikzion tretende Pupill *ex militari* an sich gebracht hat, und was demselben hieran weiters während der Minorenität in Erwirthschaffung und Ersparung gebracht worden, abzuführen sei. Von dem, was ihm also ausgefolgt wird, es mag die Ersparung an Interesse viel oder wenig betragen, und solche zu einem Kapital angelegt worden sein oder nicht, kommt das Abfahrtsgeld zu entrichten; nur muß als *terminus ad quem* im Belang der zu bestimmenden ersparten, oder sonsten noch unbehobenen Interessen die Zeit der erlangten Großjährigkeit und schon damit verknüpften Austritt aus der Mil. Jurisdikzion beobachtet werden.

2552. Hfd. vom 5. Jan. 1792 N. 237, an alle A. G.

Wenn ein minderjähriger Soldat stirbt, der nebst seinem *Peculio castrensi* auch noch ein Pupillarvermögen zurückgelassen hat, kann zwar das Regiment, oder das *Judicium delegatum militare mixtum*, so weit von besagtem *Peculio castrensi* etwas übrig bleibt, dießfalls die Abhandlung pflegen; allein in Absicht auf das unter der Pupillarinanz stehende Waisenvermögen ist die Verlassenschaftsabhandlungspflege der Pupillar-Inanz zu überlassen, und daher derselben nebst der etwa vorfindigen letztwilligen Anordnung auch von jenem, was beim Regiment, oder dem *Judicio delegato militari mixto* geschehen, die Mittheilung zu machen. Uebrigens ist sich wegen des auch von diesem Pupillarverlassenschaftsgute allerdings zu entrichtenden Invalidenabfahrtsgeldes die Norme vom 6. Dez. 1766*) gegenwärtig zu halten. S. **2091**.

*) Bdg. v. 6. Dez. 1766 (N. 5. 158).

Zur Behebung alles Anstandes, wegen des Invalidenabfahrtsgeldes, wird hiermit verordnet, daß, nachdem dieses Abfahrtsgeld zu Gunst des Invaliden-

2553. Hfr. Bdg. v. 6. Sept. 1797; Bdg. des böh. Gen. Kom. v. 22.

Ueber eine vorgekommene Anfrage, ob über ein ungarisches Vermögen, welches ein mere Avitium ist, das Militare die Abhandlung zu pflegen habe, und ob in dem Falle, wenn das Militare auch wirklich hierüber die Abhandlung hätte, von solchem avitico ein Abfahrtsgeld, oder eine sonstige Gebühr zu entrichten sei, wird die Weisung ertheilt, daß alle erweisliche Bona mere avitica, selbe mögen beweglich oder unbeweglich sein, nach den ungarischen Gesetzen solche Familiengüter sind, mit welchen der zeitliche Besitzer leztwillig nicht disponiren kann, weil das Eigenthum davon auf dem Fall, wo der Erblasser ohne Kinder verstirbt, den Anverwandten nach der wechselseitigen Erbfolge anheim fällt, daher diese von einem Militare zurückgelassene Bona avitica, zwar in dem Inventario in Empfang gestellt werden mögen, und der Fruchtgenuß davon bis zum Tag des Ablebens als ein Aktivum eingebracht werden könne, das Kapital aber als ein Passivum wieder in Ausgabe gestellt und an die ungarische Behörde den gesetzlichen Erben ausgefolgt werden muß. Woraus dann die Schlussfolge von selbst fließt, daß von diesen Bonis avititis, als einem zur Mil. Jurisdiktion nicht gehörigen Vermögen, auch kein Mil. Abfahrtsgeld oder eine sonstige Gebühr abzuziehen sei.

C. 2114—16.

2554. Hfr. Bdg. v. 17. Juli 1808 II. 520; Bdg. des böh. Gen. Kom. v. 2. Aug. T. 1932.

Se. Maj. haben die entstandene Frage: ob Kinder, deren Väter zur Mil. Jurisdiktion gehörten, und die nach deren Tod Mil. Pupillen geworden sind, sich jedoch bei ihren ebenfalls der Mil. Jurisdiktion unterstehenden Müttern befinden und keine eigene Haushaltung haben, sobald sie als großjährig mit ihrem Vermögen abgefertigt werden, davon das Mil. Abfahrtsgeld zu entrichten haben sollen? in formalibus dahin zu entscheiden geruht:

»Da nach der J. R. das Forum der ehelichen Kinder nicht nach dem Foro der Mutter, sondern nach jenem des Vaters bestimmt wird,

instituts freiret worden, und die Gunst dieses Instituts allen Militärs gemein ist, die Ursache des Instituts aber sich nicht ändert, wenn gleich die Abhandlung bei dieser oder einer andern Stelle geschehe, von dieser Regel jedoch die landchaftlichen Güter billig ausgenommen werden, von dem Mobilarvermögen jener Militärs, die zugleich Landmänner, oder in Hofdiensten gewesen, in Folge der im Jahre 1750 kundgemachten, nun seither bestätigten Ordnung das Invalidenabfahrtsgeld ebenfalls zu entrichten sei.

Pat. vom 28. März 1750.

Die Fundi, welche für die Invaliden gehören, es sei zu Pest in Ungarn, oder in den deutschen Erblanden, oder bei der Armee, bleiben bei diesem Institute dazu unveränderlich gewidmet, und Wir haben gnädigst entschlossen, solche noch weiters zu vermehren, wie Wir dann zu dem Ende in specie hiermit bewilligen, daß künftig zum Behufe der Invaliden, von dem a Militari ad aliam Statum transferirenden Vermögen ein Abfahrtsgeld, und zwar bei der Transferrung außer Landes 10 Proz., inner Landes 5 Proz. abgenommen werden könne.

so können die majoren gewordenen Mil. Pupillen nicht dem Foro der Mutter unterstehen, sondern sie treten aus der Mil. Jurisdikzion, und unterliegt daher ihr Vermögen dem Abfahrtsgeld.»

2555. Hfd. v. 9. Mai 1812 N. 990, an alle N. G.

Die Verlassenschaften der Landwehroffiziere und Gemeinen, welche vorher bei dem Militär nicht gedient haben, und zur Zeit, wo sie für ihre Person der Militärgerichtsbarkeit unterstanden, mit Tode abgingen, sind an die kompetenten Zivilbehörden derselben zur Abhandlung zu übergeben, und von der Entrichtung des Invalidenfonds = Betrages frei zu lassen. S. **2558.**

2556. Hfr. Ziv. v. 17. Juli 1824 N. 3021 (Mil. 101).

Die Festsetzung der Entrichtungsart des Beitrages zum Invalidenfonds von untheilbaren öffentlichen Fonds = Obligazionen und Bankafzien betreffend.

Ueber die Berechnung des Beitrages zum Invalidenfonds von Kreditpapieren der oben genannten Gattung wird Folgendes festgesetzt.

Dieser Beitrag ist entweder:

1. gleich nach beendigter Verlassenschaftsabhandlung von der Gerichtsbehörde selbst, insofern sie den Nachlaß in gerichtliche Verwahrung genommen hat, oder von den Erben oder Legataren zu entrichten, oder

2. wenn diese noch minderjährig und Militärpupillen sind, erst später bei ihrem mit eintretender Großjährigkeit erfolgenden Austritte aus der Militärgerichtsbarkeit zu berechnen und abzuführen

In den im 1. Absatze bezeichneten Fällen ist der Beitrag zum Invalidenfonds, da er im Abhandlungsausweise nach Verschiedenheit der Valuta, in welcher die Verlassenschaft besteht, schon bestimmt angesetzt werden muß, von Bankafzien und öffentlichen Fondsobligazionen, die auf einen solchen Betrag, wie eben davon zum Invalidenfonds entrichtet werden soll, nicht theilbar sind, nach dem am Ausfertigungstage des Abhandlungsausweises im Gerichtsorte aus der wiener Zeitung oder sonst authentisch bekannten letzten wiener Börsenkurse zu berechnen.

In den Fällen des 2. Absatzes hat der am Tage der Erfolgslassungsbewilligung des Pupillarvermögens an der wiener Börse notirte Kurs bei Berechnung des Beitrages zum Invalidenfonds als Maßstab zu dienen.

2557. Vdg. des allg. Mil. N. G. v. 29. Aug. 1824 Z. 7995.

Nachdem von einer Abhandlungsbehörde bei Erfolgslassung eines Verlassenschaftsvermögens in das Königreich Ungarn der Beitrag zum Invalidenfonds mit 10% entworfen und abgeführt worden ist, so hat der hochl. k. k. Hofkriegsrath über hierortige Vorstellung mit h. Vdg. v. 17. Aug. 1824 II. 884 zu entschließen befunden, daß von der Abnahme eines 10prozentigen Beitrages zum Invalidenfonds von einem aus der Mil. Jurisdikzion nach Ungarn abgehenden Vermögen gegenwärtig um so weniger ein Rede sein kann, als aus dem Konterte des §. 2, 3 und einiger nachfolgenden §§. des Normale v. 8. Nov. 1786 F. 1253 unbezweifelt hervorgeht, daß unter dem Ausdrucke k. k. Erb-

lande auch die ungarischen und siebenbürgischen Provinzen verstanden werden, auch ferner nach neueren Verordnungen sogar in jenen Fällen, wo ein Vermögen aus der Mil. Jurisdiktion in einen auswärtigen Staat, mit dem eine Freizügigkeit besteht, wie z. B. in einen deutschen Bundesstaat aus einer, zu diesem gehörigen öst. Provinz abgeht, der Beitrag zu dem Invalidenfonde nur mit 5% abgenommen werden kann, und auch schon durch die h. kfr. Bdg. v. 28. Aug. 1797 C. 462 zirkulariter bekannt gemacht worden ist, daß selbst von dem Vermögen der aus den Mil. Grenzen in das Provinziale von Ungarn abziehenden Unterthanen kein Mil. Abfahrtsgehd, wie dazumal der Beitrag zum Invalidenfonde genannt wurde, abzunehmen sei.

2558. Bdg. des steier. Sub. v. 10. Dez. 1835 J. 20468 (P. 505).

Da nach dem mit Sub. Bdg. v. 3. Mai d. J. J. 7000, bekannt gemachten h. Hfd. v. 26. April 1835 J. 10597, die Landwehrmänner der ersten in Aktivität befindlichen Landwehrbataillone ihrer Person nach zwar allerdings der militärischen Gerichtsbarkeit unterstehen, die in Absicht auf die Verlassenschaftsabhandlung der Landwehrglieder überhaupt mit dem h. Hfd. v. 9. Mai 1812 (Sub. Bdg. v. 2. Juni 1812 J. 12557) ausgesprochenen Bestimmungen aber hierdurch keineswegs eine Aenderung erleiden, so hat die hohe k. k. vereinigte Hofkanzlei mit Def. v. 26. v., Erh. 5. d. M. J. 20403 2037 eröffnet, daß von den Verlassenschaften der eigentlichen Landwehrmänner nie, von den Verlassenschaften der Landwehroffiziers aber nur dann ein Militär-Abfahrtsgehd abzunehmen sei, wenn dieselben aus dem Militärpensionsstande oder von dem Militär mit Charakter ausgetreten und bei der Landwehr angestellt worden sind.

VIII.

Allgemeine Vorschrift über die Gebühren in Mähren.

2559. Erlaß des mäh. Sub. v. 4. Nov. 1836 J. 39840 (P. 593).

Bei der Prüfung der halbjährigen Ausweise über die für den Invaliden- und Normalschulfond, dann für die Lokalfrankenanstaltenfonde und Armeninstitute eingehenden Gebühren von Verlassenschaften und Vizitationen, welche durch die k. k. Provinzial-Staatsbuchhaltung vorgenommen wird, zeigt es sich, daß die wenigsten Behörden bei Einhebung dieser Gebühren sich nach den bestehenden Vorschriften benehmen, sondern daß meistens nach eigener, theils diese Fonde und Anstalten, theils die Erben beeinträchtigender Ansicht und Willkühr vorgegangen, und dadurch zu vielfältigen, die Schreibereien unendlich vermehrenden nachträglichen Berichtigungen Veranlassung gegeben wird. Deshalb, und weil die, mit dem Gubernial-Erlasse v. 9. Juni 1826 Zahl 7566, den Dominien und Magistraten zur Nichtschnur hinausgegebenen Vorschriften durch mehrere spätere, nicht allgemein bekannt gemachte Anordnungen

verschiedene Aenderungen erlitten haben, erscheint eine Zusammenstellung aller einschlägigen Bestimmungen mit Berücksichtigung ihrer dermaligen Gültigkeit zur Erzielung einer geregelten Manipulation nothwendig.

Die einzuhebenden Beträge stammen:

I. Von Verlassenschaften und zwar entweder A) aus freiwilligen Vermächtnissen, oder B) aus gesetzlichen Gebühren.

II. Von Vizitationen, welche freiwillig, oder über beträchtliche Verlassenschaften abgehalten werden, her.

I. Bei Verlassenschaften gehören

A. die freiwilligen Vermächtnisse, wenn dieselben ausdrücklich dem Invaliden- oder dem Normalschulфонде, der brünner oder olmüzer Lokalkrankenanstalt, oder dem Orts-Armeninstitute legirt werden, ganz dem vom Erblasser bezeichneten Фонде, oder der Anstalt; werden aber Vermächtnisse auf Arme überhaupt gemacht, so gehört davon die eine Hälfte dem Invalidenфонде (a. h. Entschl. v. 6. Sept. 1754) und die andere Hälfte dem Armeninstitute des Ortes, wo der Erblasser starb (Gubernialerlaß v. 14. Mai 1835 Z. 15595).

B. An gesetzlichen Gebühren sind einzuheben:

1) Von dem Nachlasse eines in Brünn oder Olmütz und den dazu gehörigen Vorstädten Verstorbenen, wenn die Verlassenschaft 100 fl. und darüber beträgt, $\frac{1}{2}$ Prozent des Verlassenschaftsbetrages für den Lokalkrankenanstaltenфонд in Brünn oder Olmütz, jenachdem die Verlassenschaft in Brünn oder Olmütz vorkommt. (Hfzd. v. 24. Dez. 1834 Z. 32057, Gub. Erlaß v. 14. Mai 1835 Z. 15595).

2) Nach einem Familienhaupte, wozu auch Gattinen und Witwen gehören, wenn die Verlassenschaft 300 fl. beträgt oder übersteigt, für den Normalschulфонд von dem Prälaten- und Herrenstande 4 fl.; vom Ritterstande 2 fl.; von Professionisten, Bürgern und Bauern 1 fl.; (a. h. Entschl. v. 3. Febr. 1776 und 1. Dez. 1788); von geistlichen Personen, die keine Prälaten sind, 2 fl.; dann von Witwen der Gutsbesitzer als Honorazionen 2 fl.; ferner bei Militär-Verlassenschaften, von der Generalität 4 fl.; von den Stabsoffizieren 2 fl.; und von Offizieren, vom Hauptmanne oder Rittmeister abwärts 1 fl. Die Militärbeamten aber sind nach dem ihrer Charge zugehenden Range zu behandeln (Hfzd. v. 26. Mai 1808 Z. 10755); endlich bei jüdischen Verlassenschaften von den wirklichen Großhändlern, Kaufleuten und Traffikanten 2 fl., von Professionisten und andern Juden überhaupt 1 fl. (Hfzd. v. 14. Juni 1794, Gub. Erlaß v. 1. Juli 1794, Z. 11220, und Gub. Zir. v. 13. Juni 1817, Z. 15095). **S. 2538 — 9.**

3) Wenn das Nachlaßvermögen 1000 fl. erreicht, für den Invalidenфонд, da, wo Leibeserben vorhanden sind, 30 fr.; wo fremde Erben eintreten, 1 fl. von 1000 des reinen Aktiv-Standes der Verlassenschaft; von dem 1000 fl. übersteigenden Betrage ist die Gebühr nach der entfallenden Prozentenproportion; von den 1000 fl. nicht erreichenden

Verlassenschaften aber ist für den Invalidenfond nichts abzunehmen. (Normale v. 4. Juni 1749, republizirt am 29. April 1771 und 15. Juni 1808, Gub. Z. 14370 *).

1) Nebstbei sind bei geistlichen Verlassenschaften laut Hfzd. v. 23. April 1807, Gub. Erlaß v. 10. Juni 1808, Z. 12162, von einfachen Benefiziaten 1 fl.; von Lokalkaplänen 1 fl. 30 fr.; von Pfarrern 3 fl.; von Domherren 6 fl. und von Generalvikären 12 fl. als Alumnatsgebühr, und zwar, vermög Hfzd. v. 19. März 1829, Gub. Erlaß v. 9. April 1829, Z. 14243, für den Religionsfond einzuheben.

II. Bei Lizitationen.

Wenn dieselben freiwillig oder über beträchtliche Verlassenschaften vorgenommen werden, mit Ausnahme der Lizitationen der Feilschaften und Realitäten auf Herrschaften (Hfzd. v. 19. März 1818, Z. 36568), dann der Lizitationen in Exekutions- und Kridafällen, und ob causam pupillarem, da diese nicht zu den freiwilligen, sondern zu den nothwendigen gehören, gebühret dem Armeninstitute des Ortes, wo die Lizitation statt gefunden hat, der einprozentige Betrag des Lizitationserlöses (a. h. Reskr. v. 25. Juli 1761, und 26. Nov. 1768, republizirt am 2. Mai und 26. August 1818 Z. 20790 und 29789, dann Hfzvdg. v. 24. Dez. 1834 Z. 32057, Gub. Erlaß vom 14. Mai 1835 Z. 15595).

Hinsichtlich der gesetzlichen Gebühren von Verlassenschaften ist noch Folgendes zu bemerken:

a) Der halbpromzentige Betrag von 100 fl. übersteigenden Verlassenschaften ist nur nach den in Brünn und Olmütz, oder in ihren Vorstädten Verstorbenen abzunehmen, worüber nebst dem brünner und olmützer Stadtmagistrate auch die brünner k. k. Polizeidirektion; die brünner Vorstadt-Dominien, Kritschen, Kreuzhof, Blaziomiz, Altbrünn, Klosterstift Sct. Thomas, Posorjiz, Obrowiz, Königsfeld, Rezkowiz; dann die olmützer Vorstadt-Dominien, als: das olmützer landgüterliche und das klosterhradischer Wirthschaftsamt zu wachen haben.

b) Die für den Invaliden- und Normalschulfond unter den oben-

*) Wdg. des mäh. Gub. v. 5. Juli 1833 Z. 20757 (P. 130).

Se. k. k. Maj. haben mit a. h. Entschl. v. 11. Juni d. J. zu Folge hohen Hfzd. vom 17. desselben Monats Zahl 14,647 zu befehlen geruht, daß die nach dem Pat vom 4. Juni 1749 für Mähren bestehenden Invalidenfonds-Legatsgebühren auch auf Schlesien ausgedehnt, und beide Provinzen hierin falls ganz gleich behandelt werden sollen.

In Ansehung der Normalschulfonds-Gebühren aus Verlassenschaften ist dies ohnehin schon in Folge der a. h. Reskripte v. 3 Febr. 1766 und 11. Dez. 1788 der gleiche Fall.

Nur ist nach weiterem a. h. Befehle von einem, die Summe von Eintaufend Gulden nicht erreichenden Verlassenschaftsbetrage keine Abgabe an den Invalidenfond zu bezahlen, und eben so wenig soll eine Entrichtung an den Normalschulfond in dem Falle statt haben, wenn der Erblasser für selben bereits einen, die kategoriemäßige Abgabengebühr erreichenden, oder noch höhern Betrag bestimmt hat*).

*) Diese Vorschrift kommt auch als Hfd. vom 5. Juli 1833 N. 2621, an das mäh. N. G. in der J. G. G. vor.

angezeigten Bedingungen einzugehenden gesetzlichen Gebühren sind ohne Unterschied des Ortes, wo die Verlassenschaft statt findet, abzunehmen.

c) Wenn für eine der brünner oder olmüzer Lokal-Krankenanstalten, den Normalschulfond oder Invalidenfond von dem Erblasser ein bestimmter Betrag freiwillig testirt wurde, und dieser Betrag die, mit Berücksichtigung der oben angeführten Bedingungen, für die Fonde und Anstalten abzunehmende gesetzliche Gebühr übersteigt, oder derselben gleich kommt, so ist blos der legitirte Betrag, wenn dieser aber die Höhe der gesetzlichen Gebühr nicht erreicht, so ist nebstdem noch der Abgang auf diese Gebühr von Amtswegen abzunehmen. (Hfd. v. 21. Juli 1808 J. 14790, Sub. Erlaß v. 5. August 1808 J. 16102. A. h. Entschl. v. 11. Juni 1833, Sub. Erlaß vom 5. Juli 1833, J. 20757).

d) Da die Verlassenschaften in K. M. zu berechnen sind (a. h. Entschl. v. 11. Juli 1822, Sub. Zir. v. 9. Aug. 1822, J. 21142), so folgt, daß die gesetzlichen Gebühren gleichfalls in K. M. einzuheben sind.

e) Wenn der Erblasser irgend einem besondern Schulfonde etwas vermacht hat, so ist dessen ungeachtet zum allgemeinen Normalschulfonde die gesetzliche Gebühr unter den sub. 2) bezeichneten Umständen einzuheden. (Hfd. der J. G. S. v. 10. August 1810.)

Hinsichtlich der Einsendung und Verrechnung der Beträge hat es bei den in den Sub. Erlässen v. 9. Juni 1826 J. 7566 und 14. Mai v. J. J. 15595, enthaltenen Bestimmungen zu verbleiben, und die Verlassenschafts-Abhandlungs-Instanzen haben vorzüglich darauf bedacht zu sein, daß in den halbjährigen Vermächtniß-Ausweisen, welche nach dem obigen Erlasse v. 14. Mai v. J. J. 15595, zuliegenden Formular zu verfassen sind, der Name Charakter, Stand (ob nämlich verheirathet, verwitwet, ledig), dann der Ort und Sterbtag des Erblassers, so wie der in K. M. berechnete Verlassenschaftsbetrag genau nachgewiesen werden, was bisher häufig außer Acht gelassen wurde, zur Bemessung der gesetzlichen Gebühren aber unumgänglich nothwendig zu wissen ist.

Die Vermächtniß-Ausweise wurden bisher gemäß Sub. Erlaß v. 9. Juni 1826 J. 7566, hinsichtlich der freiwilligen Legate mit den vom Amte verifizirten Testaments-Auszügen, und hinsichtlich der Lizitationsprozente mit den Abschriften der Lizitationsprotokolle belegt; allein, weil die Testamentsauszüge meistens sehr unvollständig geliefert, und von den, die Gebühren einhebenden Individuen zugleich verifizirt werden, und nicht immer die Geldwährung des legitirten Betrages enthalten, so beweisen sie nicht hinreichend, daß alle, auf die betreffenden Legate Bezug nehmenden Punkte herausgehoben, und die testirten Beträge richtig eingehoben wurden.

Die Einsendung von Testaments-Abschriften ihrem ganzen Inhalte nach, wäre eben, wie die bisherige Vorlegung der Abschriften von den Lizitations-Protokollen mit großem Zeitverluste verbunden. Es ist daher zur Erzielung einer Kontrolle genügend, daß von den zahlenden Parteien bestätigte nach dem beiliegenden Muster % in Oktavform verfaßte Verzeichnisse statt der Testamentsauszüge; und hinsichtlich der Lizitationsprozente blos die von der betreffenden Partei, dem Proto-

folksführer und dem Einheber des Prozentes gefertigte Bestätigungen, woraus der Lizitazionsgegenstand, der Erlös und der abgenommene Prozenten-Betrag zu ersehen ist, den Vermächtnisausweisen beigelegt werden.

Die Magistrate und Dominien pflegen ferner von den an die Kreisämter vorschriftsmäßig abzugebenden Vermächtniß-Ausweisen zugleich ein Duplikat dem k. k. A. G. vorzulegen, welches sammt den an die Kreisämter abgegebenen Ausweisen der Provinzial-Staatsbuchhaltung zukommt.

Da beide Exemplare dieser Ausweise gleichlautend sind, so genüget es an einem, und es hat von der Einsendung des zweiten an das k. k. A. G. abzukommen.

Der mit Einverständniß des k. k. A. G. unterm 23. Mai 1828 Z. 17856 getroffenen Verfügung gemäß, werden bei Einsendung der Pupillentabellen an das k. k. A. G. auch die von den Seelsorgern ausgefertigten Auszüge aus den Sterberegistern jährlich eingeschickt. Um die erwähnte Kontrolle zu erlangen, wären diese Sterberegister hinreichend, welche aber, weil die Vermächtnisausweise halbjährig vorgelegt werden, gleichfalls halbjährig verfaßt werden müssen.

Die die Vermächtnißgebühren einhebenden Behörden haben ferner sämtliche, in jedem halben Jahre vorgekommenen Sterbefälle in Uebereinstimmung mit den Sterbe-Register-Auszügen in den Vermächtniß-Ausweisen ersichtlich zu machen, und in jenen Fällen, wo die Gebühren wegen der noch nicht beendigten Verlassenschafts-Abhandlung noch nicht abgenommen werden konnten, in der Anmerkungskolonne bloß »nicht abgehandelt« beizusetzen, zugleich aber alle, auf diese Art bezeichneten Erblasser in dem nächstfolgenden Ausweise und zwar so lange anzuführen, bis die entfallenden Gebühren eingebracht worden sind.

Da übrigens die für den Schulfond von jüdischen Verlassenschaften eingehenden Vermächtnißgebühren ebenfalls beim allgemeinen Normalschulfonde verrechnet werden sollen; so haben die Behörden nicht mehr, wie es bisher zuweilen geschah, die jüdischen Verlassenschaftsgebühren mit abgesonderten Ausweisen vorzulegen, sondern dieselben in die halbjährigen Vermächtnisausweise in die Kolonne »Normalschulfond« einzustellen, wobei es auch dann zu verbleiben hat, wenn in der Folge eine besondere Verrechnung für den jüdischen Normalschulfond eingeführt werden sollte, weil die Provinzial-Staatsbuchhaltung bei der diesfälligen Prüfung ohnehin ersehen würde, daß die Gebühren von jüdischen Verlassenschaften stammen, und sie sodann in ein eigenes Verzeichniß stellen kann.

Ueber die freiwilligen Lizitazionen sind die Vermächtnisausweise immer, selbst auch dann, wenn keine Beträge eingeflossen sind, binnen der mit dem Gubernial-Erlasse vom 9. Juni 1826 Z. 7566 festgesetzten Frist, nämlich bis Ende Jänner und Ende Juli jedes Jahres zuverläßig einzubringen.

			Eingehoben in Konv. Münze					
			An freiwilligen Legaten laut Testament ddo. 1. Mai 1835		An gesetzlicher Gebühr		Zusammen	
Erlassers	Name	Anton Gruber	fl.	fr.	fl.	fr.	fl.	fr.
	Charakter	Großhändler						
des	Stand	verheirathet						
	Wohnort	Brünn (Stadt)						
Q	Sterbtag	20. Juni 1835						
	Nachlassstand	4450 fl.						
	Erben	Leibeserben						
Invalidenfond			1	—	1	13 $\frac{2}{4}$	2	13 $\frac{2}{4}$
Normalschulfond			—	—	2	—	2	—
Lokalfranken = Anstalten = (Brünn			—	—	22	15	22	15
fond) Olmütz			—	—	—	—	—	—
Armeninstitut in Brünn			—	—	—	—	—	—
Arme überhaupt			4	—	—	—	4	—
			5	—	25	28 $\frac{2}{4}$	30	28 $\frac{2}{4}$

Daß die obigen Angaben richtig sind, und 30 fl. 28 $\frac{2}{4}$ fr. und zwar weder mehr noch weniger eingehoben wurde, wird bestätigt.

Brünn am 8. August 1835.

Unterschrift des Einhebers.

Unterschrift der zahlenden Partei.

2560. Intimat des mäh. Gub. v. 2. Juni 1837 J. 19841 (P. 74).

Da hohen Orts hervorgekommen ist, daß in einigen Provinzen bei Abnahme der Armenperzente von freiwilligen Lizitationen, die auf einer versteigerten Realität haftenden Lasten und Schulden in Abzug gebracht worden sind, und das Armenperzent nur von derjenigen Summe abgenommen wird, welche nach Abschlag der auf der Realität haftenden Lasten und Schulden von dem gelösten Kauffschillinge übrig bleibt; so ist mit h. Stzd. vom 11. Mai d. J. J. 9946, die Abstellung dieser, den bestehenden Direktiven entgegen laufenden Gepflogenheit, und die Handhabung eines allgemein gleichförmigen Verfahrens in dieser Beziehung angeordnet worden, dem zu Folge künftig das gesetzliche Armenperzent von freiwilligen Lizitationen vom ganzen gelösten Kauffschillinge ohne Abzug der, auf den versteigerten Realitäten haftenden Lasten und Schulden abgenommen und abgeführt werden muß.

2561. Bdg. des mäh. Gub. v. 15. Sept. 1837 J. 34412 (N. 386).

In dem Gub. Erlasse vom 4. Nov. v. J. J. 39840, wegen Einhebung und Verrechnung der gesetzlichen Legate ist die Bemerkung enthalten, daß zur Herstellung der Kontrolle, rücksichtlich der Abführung der

fraglichen Verlassenschaftsgebühren das k. k. A. G. ersucht worden sei, die Gerichtsbehörden anzuweisen, die zugleich mit den Pupillartabellen einzusendenden, von den Seelsorgern ausgefertigten Auszüge aus den Sterberegistern, nicht wie bisher ganzjährig, sondern halbjährig dem k. k. A. G. vorzulegen, die sodann im Wege des letztern an die Landesstelle, und von dieser an die k. k. Prov. Staatsbuchhaltung zur kontrollirenden Amtshandlung zu gelangen hätten. Da aber der Realisirung dieser Maßregel nach einer an die Landesstelle gelangten Eröffnung des k. k. A. G. die Schwierigkeit im Wege steht, daß die Pupillartabellen nur einmal des Jahres in den letzten Monaten desselben beim k. k. A. G. einlangen können, oft noch zur Verbesserung zurückgestellt werden müssen, und dem k. k. A. G. zur Beurtheilung derselben die Sterbmatrif-Auszüge nothwendig sind, somit deren halbjährige Mittheilung an die Landesstelle auf die obenerwähnte Art nicht wohl statt haben kann; so findet man im Einverständnisse mit dem k. k. A. G. den sämmtlichen Abhandlungsbehörden mit Ausnahme des k. k. Landrechts den Auftrag zu ertheilen, daß sie künftig von den Ortsseelsorgern halbjährige Sterbmatrifauszüge zu erheben, und ihren Fondsausweisen beizuschließen haben, um der k. k. Prov. Staats-Buchhaltung auf diese Art gleich die ordentlich instruirten Vermächtniß-Ausweise zur Prüfung zumitteln zu können.

Abfahrtsgeld und Freizügigkeit.

I.

Abfahrts g e l d.

2562. Pat. vom 14. März 1785 N. 396.

Als eine Folge der landesfürstlichen Aufmerksamkeit für die Freiheit der Unterthanen ward nach aller Orten aufgehobener Leibeigenschaft auch die Freizügigkeit in den k. k. Ländern erweitert, und gegenwärtiges Gesez, das mit 1. Mai 1785 in den sämtlichen böh. öst. deutschen Erbländern mit Einschluß Galiziens seine Wirksamkeit erhält, erlassen, dagegen alle vorhin über das Abfahrtsgeld erlassenen Geseze und Anordnungen aufzuheben für gut befunden.

§. 1. Es steht demnach in Zukunft jedermann frei, in dem Bezirke der böh. öst. deutschen Erbländer mit Einbegriff Galiziens mit seinem Vermögen von einem Orte zum andern zu ziehen, ohne daß unter was immer für einer Benennung ein grundherrliches, bürgerliches, oder landesfürstliches Abfahrtsgeld gefordert werden könne; welche Freizügigkeit sich auch auf die öst. Niederlande, die öst. Lombardie, und die toskanischen Staaten erstreckt.

§. 2. Die Entrichtung eines Abfahrtsgeldes findet also nur statt, wenn ein Vermögen aus einem der böh. öst. deutschen Erbländer entweder nach Ungarn und Siebenbürgen, oder nach dem Lande eines auswärtigen Staates gezogen wird; nach Verschiedenheit, als das Vermögen unterthänig, bürgerlich, oder ohne eine dieser beiden Eigenschaften ist, wird auch das Abfahrtsgeld auf verschiedene Art an die Grundobrigkeit, den Landesfürsten, oder an beide zugleich, zu entrichten sein, jedoch dergestalt, daß das Ganze in keinem Falle 10 Perzent übersteige.

§. 3. Von einem unterthänigen, das ist einem Vermögen, welches entweder einem Unterthan angehöret, oder seiner Eigenschaft gemäß einer Grundobrigkeit als unterthäniges Gut unterliegt, gebühret dem Grundherrschaften, so weit derselbe das Recht, grundherrliches Abfahrtsgeld zu ziehen, aus Verträgen, oder dem fatirten und verjährten ruhigen Besitze beweisen kann, von dem wirklich aus den böh. öst. deutschen Erbländern gehenden Vermögen das grundherrliche Abfahrtsgeld mit 5 Perzenten oder 3 Kr. vom Gulden; zugleich ist hiervon das landesfürstliche Abfahrtsgeld ebenfalls mit 5 Perzent abzuführen.

§. 4. Ist das in dieser Art abziehende Vermögen ein bürgerliches, das ist ein Vermögen, welches entweder einem Bürger (Gewerbsmann) angehöret, oder als eine bürgerliche Realität, ein bürgerliches Gewerbe,

ein Fond einer bürgerlichen Handlung, die Eigenschaft eines bürgerlichen Guts an sich hat, so bleibt den landesfürstlichen Städten und Märkten, denen aus besonderer landesfürstlichen Gnade derzeit die Gerechtsame des landesfürstlichen Abfahrtsgeldes eingeräumt war, noch ferners die Einhebung des Abfahrtsgeldes mit 10 Perzenten, oder 6 fr. vom Gulden. Außer diesen landesfürstlichen Städten und Märkten ist von dem abziehenden bürgerlichen Vermögen das bürgerliche Abfahrtsgeld der obrigkeitlichen Munizipalstadt, oder Grundherrschaft, die das Recht dazu aus ausdrücklichen landesfürstlichen Privilegien, Verträgen, oder dem satirten und verjährten ruhigen Besitze beweisen kann, nur mit 5 Perzenten zu entrichten, das landesfürstliche Abfahrtsgeld aber ebenfalls mit 5 Perzenten abzuführen.

§. 5. Hat das abziehende Vermögen die Eigenschaft eines unterthänigen, oder bürgerlichen Guts nicht, und gehört es zugleich einem Eigenthümer an, der weder Unterthan, noch Bürger (Gewerbsmann), sondern nur als ein Einwohner in einem Orte sesshaft ist; so kann weder ein grundherrliches, noch bürgerliches Abfahrtsgeld gefordert werden, sondern es findet nur das landesfürstliche mit 10 Proz., oder 6 fr. vom Gulden statt

§. 6. Da das landesfürstliche Abfahrtsgeld nicht statt findet, wenn das Vermögen in ein solches fremdes Land gezogen wird, gegen welches das Recht des freien Abzugs entweder im Allgemeinen besteht, oder in einem besondern Falle bewilliget wird, so soll auch gegen solche fremde Länder, in denen bei Abziehung eines Vermögens in diese Erbländer weder landesfürstliches, noch grundherrliches oder bürgerliches Abfahrtsgeld bezogen wird, die genaue Wechselseitigkeit (Reziprozität) beobachtet, und das in ein solches fremdes Land abziehende unterthänige, oder bürgerliche Vermögen von dem grundherrlichen und bürgerlichen Abfahrtsgelde ebenfalls freigelassen werden.

§. 7. Die Obrigkeit hat genau darauf zu sehen, wenn ein Vermögen, es mag dem grundherrlichen, oder bürgerlichen Abfahrtsgelde unterliegen, oder nicht, nach Ungarn, nach Siebenbürgen, oder nach einem auswärtigen Staate gezogen werden sollte. Jeder dergleichen Fälle muß ungesäumt dem Fiskalamte des Landes, aus welchem das Vermögen geht, angezeigt, das Vermögen selbst aber, bis auf die über die Anzeige erfolgende Entschließung nicht verabsolget werden. Sollte sich eine Obrigkeit in diesem Punkte die Vernachlässigung überhaupt, allenfalls auch nur eine Verabsäumung in der Zeit, zu Schulden kommen lassen, so würde sie zur strengsten Verantwortung und Strafe gezogen werden.
§. 24.

§. 8. Vom beweglichen Vermögen, sobald dasselbe einem ungari-schen, oder siebenbürgischen Unterthan, oder dem eines fremden Landes zufällt, oder das der Eigenthümer dahin abzieht, soll das Abfahrtsgeld immer sogleich genommen werden, wenn auch ein solches Vermögen noch in einem der böh. öst. deutschen Erbländer gelassen würde. Vom unbeweglichen Vermögen aber ist das Abfahrtsgeld nur bei dessen Verkauf, oder Veräußerung zu fordern.

§. 9. Die Niederlagsverwandten, wo noch welche sind, erhalten die ihnen bis jetzt zugestandene Befreiung vom Abfahrtsgelde auch in Zukunft für sich, für ihre Weiber und Kinder. Diese Befreiung aber erstreckt sich weder auf ihre Kindesfinder und weitem Abkömmlinge, noch auf ihre Seitenverwandten und andere Erben.

§. 10. Von dem Fruchtgenusse eines im Lande bleibenden Vermögens, es mag in Zinsen (Interessen), oder sonstigen Nützungen bestehen, ist kein Abfahrtsgeld zu fordern.

§. 11. Auch diejenigen Kapitalien, welche eigentlich durch ein aus fremden Ländern hierher gebrachtes Vermögen entstanden, sind von dem Abfahrtsgelde befreiet; es hätte denn der Eigenthümer derselben zur Zeit, da er in ein fremdes Land ziehen will, sich bereits durch 10 Jahre in den k. k. Ländern aufgehalten, oder durch Ankauf eines unbeweglichen Gutes ansässig gemacht. S. 2343.

§. 12. Uebrigens aber ist die Verbindlichkeit zur Entrichtung des durch dieses Gesetz bestimmten Abfahrtsgeldes allgemein, und sind derselben auch die Söhne und Töchter k. k. Unterthanen, welche sich in Ungarn, Siebenbürgen, oder einem fremden Lande ansässig gemacht, unterworfen.

2563. Hfd. v. 22. April 1785 N. 412, an alle U. G.

Gleichwie das Pat. vom 14. März d. J. ausdrücklich nur von dem grundherrlichen, bürgerlichen und landesfürstlichen Abfahrtsgelde handelt, als sei dasselbe auf die zum Invalidenfonde bestimmte, unter dem Namen Abfahrtsgeld*) errichtete Siebigkeit, als wegen welcher es bei der bisherigen Beobachtung zu verbleiben habe, nicht anzuwenden.

2564. Hfd. v. 15. Sept. 1785 N. 467, an alle Lst.

a) Unter das dem landesfürstlichen Abfahrtsgelde unterliegende Vermögen seien auch die Hausgeräthschaften einzurechnen, mit alleiniger Ausnahme der Handwerksgeräthschaften, welche abfahrtsgeldfrei erklärt sind.

b) Wo das außer Landes ziehende Vermögen bloß in Hausgeräthschaften besteht, und 150 fl. nicht übersteigt, da ist den Länderstellen das Befugniß eingeräumt, nach Umständen von Entrichtung des Abfahrtsgeldes zu dispensiren.

2565. Hfd. v. 5. Juli 1787 N. 688, an alle Lst.

Von den Ausstattungen derjenigen, die sich in fremden Landen verhebelichen, und von den Fahrnissen, die ein Auswanderer mit sich nimmt, soll ein Abfahrtsgeld künftig nicht mehr abgenommen werden.

2566. Pat. v. 12. Sept. 1791 N. 201.

Das Pat vom 14. März 1785 wegen der Freizügigkeit und des Abfahrtsgeldes wird auf die ungarischen Provinzen und Siebenbürgen erweitert. Diefemnach soll

*) Dieses ehemals sogenannte mititär. Abfahrtsgeld ist Invalidenfondsbeitrag zu nennen (Hfr. Zir. v. 9. Nov. 1808 X. 155).

a) von nun an das freie Vermögen, das aus einem deutschen und böhmischen Erblande, oder aus Galizien, nach den ungarischen Provinzen, oder nach Siebenbürgen übertragen wird, der Entrichtung des landesfürstlichen Abfahrtsgeldes ferners nicht unterliegen; so wie diese Freiheit bei dem Zuge aus diesen Provinzen nach den deutschen und böhmischen Erbländen und nach Galizien durch öffentliche in Ungarn und Siebenbürgen bekannt gemachte Verordnungen zugestanden ist.

b) Doch hat es in Ansehung des Vermögens, welches entweder einem Unterthane angehört, oder, seiner Eigenschaft gemäß einer Grundobrigkeit als unterthäniges Gut unterliegt, und eben so in Ansehung des bürgerlichen, einem Gewerbsmanne angehörigen, und unter der Gerichtsbarkeit einer landesfürstlichen Stadt, oder eines solchen Marktes stehenden Guts bei dem Pat. vom 14. März 1785 und der dort vorgeschriebenen Entrichtung des Abfahrtsgeldes sein Verbleiben. S. 2569 u. 2570.

2567. Hfd. v. 23. Aug. 1798, an alle Lst.

Se. k. k. Majestät haben die im 1. Absatze des am 14. März 1785 in Absicht auf das Abfahrtsgeld erlassenen Pat. bewilligte Freizügigkeit des Vermögens von einem Erblande in das andere in dem Bezirke der böh., öst., deutschen und gal. Erblände, ohne Entrichtung des Abfahrtsgeldes unter was immer für einer Benennung auch auf sämtliche, an das allerdurchlauchtigste Erzhaus in dem Traktat von Campo Formio gelangte venezianische Staaten auszudehnen geruhet.

2568. Hfd. v. 28. April 1809 N. 891, an alle U. G.

Se. Majestät haben die Frage, wie das Abfahrtsgeld in jenen Fällen zu fordern und einzubringen sei, wenn Erbschaften, Vermächtnisse, oder Kauffchillinge für veräußerte Liegenschaften, oder Fahrnisse, welche in Gold oder Silber bestehen, oder bei welchen der Kauffchilling in Gold-, oder Silber-Sorten bedungen wurde, in solche auswärtige Staaten gezogen werden, in welchen von dem nach dem österreichischen Kaiserstaate gezogen werdenden Vermögen ein Abfahrtsgeld abgenommen wird, dahin zu entscheiden geruhet: daß das Abfahrtsgeld jedesmal mit dem zehnten Theile der in Gold oder Silber bestehenden Erbschaft, des Vermächtnisses oder des in Gold- oder Silber-Sorten bedungenen Kauffchillings bemessen, und eingebracht werden solle.

2569. Def. d. mäh. Gub. v. 20. Juni 1823 J. 17898 (P. 168).

Ueber eine hinsichtlich des Bezuges des Abfahrtsgeldes von dem nach Ungarn auszutragenden Vermögen, gemachte Anfrage, hat die h. vereinte Hofkanzlei mit Def. v. 5. d. M. J. 15909, die Weisung herab gegeben: daß nach den bestehenden Vorschriften für das nach Ungarn und die damit einverleibten Länder auszutragende freie Vermögen kein Abfahrtsgeld; und von dem dahin zu exportirenden unterthänigen oder bürgerlichen Vermögen, mit Berücksichtigung der Reziprozität gegen die erwähnten Provinzen, bloß das landesfürstliche Abfahrtsgeld mit 5 % abzunehmen sei.

2570. Dek. des böhm. Gub. v. 4. Sept. 1834 J. 41181 (P. 572).

Aus Anlaß eines Falles, wobei wegen Entrichtung des landesfürstlichen Abfahrtsgeldes von dem aus Böhmen nach Ungarn abziehenden Vermögens höchsten Orts die Anfrage gemacht wurde, ist mit Hdt. vom 18. Aug. l. J. N. J. 32631 bedeutet worden, daß, da nach dem Pat. vom 14. März 1785 jedes nach Ungarn abziehende Vermögen der Entrichtung des landesfürstlichen Abfahrtsgeldes unterworfen ist, von dieser Regel aber durch das Pat. vom 12. Sept. 1791, nur zu Gunsten des freien Vermögens eine Ausnahme gemacht, und in Ansehung des Vermögens, welches entweder einem Unterthan gehört, oder seiner Eigenschaft gemäß einer Grundobrigkeit als unterthäniges Gut unterliegt, und ebenso in Ansehung des bürgerlichen, einem Gewerbsmann angehörigen und unter der Gerichtsbarkeit einer landesfürstlichen Stadt oder eines solchen Markts stehenden Guts aber angeordnet wird, daß es bei dem Pat. vom 14. März 1785 und der dort vorgeschriebenen Entrichtung des Abfahrtsgeldes sein Bewenden habe, so müsse von dem unterthänigen nach Ungarn abziehenden Vermögen das in dem letztgenannten Patente vom Jahre 1785 vorgeschriebene Abfahrtsgeld allerdings abgenommen, und gehörigen Orts abgeführt werden.

II.

Freizügigkeit.

Baden und Nassau.

2571. Erneuerter Freizügigkeitsvertrag zwischen Oester. u. Baden, v. 17. Sept. 1808 N. 859.

1. Art. Zwischen sämmtlichen kais. österr. und sämmtlichen großherzoglich-baadischen Staaten soll eine völlige Freizügigkeit dergestalt bestehen, daß bei keiner Vermögensexportation, auf welche Art solche geschehe, ein Abschoß- oder Abfahrtsgeld, oder Nachsteuer, insofern dieselben bisher in die landesfürstlichen Kassen geflossen sind, eingehoben werden soll.

2. Art. Die Aufhebung dieses Abfahrtsgeldes schließt indessen weder die Erhebung der Emigrationstare, noch der Erbsteuer aus, welche mit den in dem öst. Kaiserstaate bestehenden Auswanderungsgrundsätzen, und durch diese mit Lokalumständen und der Verfassung in zu genauer Verbindung steht, und die selbst von jedem Unterthane des öst. Kaiserstaates erhoben wird, der irgend eine Erbschaft bezieht, auch ohne daß dabei von einer Auswanderung oder Vermögensexportation die Frage wäre.

3. Art. Da die Freizügigkeit ihrer Natur zu Folge sich nur auf das Vermögen bezieht, so bleiben dieses Vertrages ungeachtet, die Gesetze in ihrer rechtlichen Kraft bestehen, welche jeden Unterthan bei Strafe der Vermögenskonfiskation auffordern, vor der Ansässigmachung in fremden Ländern die Auswanderungsbewilligung seines Landesherrn nachzusuchen.

4. Art. Als fernere Folge dieses Grundsatzes wird festgesetzt, daß die Erhebung der Militärpflichtigkeitsredimirungssumme in Fällen, wo ei-

nem Individuum die Auswanderungsbewilligung ertheilet wird, welches seiner Person gemäß der Militärpflichtigkeit unterliegt, ohne die Jahre derselben zurückgelegt zu haben, der Grundsätze der Freizügigkeit ungeachtet, statt finden könne, weil diese Gabe nicht in Beziehung auf das Vermögen geleistet wird.

5. Art. Desselben bleibt es in Rücksicht der Emigrationstare, in Fällen der Auswanderung, bei den vorigen Bestimmungen, wornach drei Proz. des Vermögens erhoben werden, als eine auf die Person des Auswandernden Bezug habende Abgabe, und da die Erhebung der Erbsteuer aus Rechtsgrundsätzen hervorgeht, die mit der Nachsteuer keine Verbindung haben; so hat der gegenwärtige Vertrag auf die Erbsteuer keine Beziehung, sondern den beiden vertragenden Theilen bleibt es unbenommen, hierüber von souveräner Macht wegen, gesetzliche Bestimmungen zu treffen.

6. Art. Das Vermögen, dessen freie Ausföhrung vertragsmäßig gestattet wird, soll nach seinem ganzen wahren Werthe verabsolgt werden, dergestalt, daß der Empfänger den ganzen reellen Betrag erhalte, wie er an dem Orte erhoben wird, wo das Vermögen gelegen oder angefallen ist. Hierdurch soll jedoch der Gesetzgebung beiderseitiger Regierungen über die Art und Geldsorte, in welcher das Vermögen überhaupt in das Ausland verbracht werden darf, keineswegs vorgegriffen sein.

7. Art. Obgleich vermöge dieses Vertrages alle Abzüge, die an die landesherrlichen Kassen fließen, aufhören, so soll doch denjenigen Ständen und Korporationen, und andern, die zur Erhebung der Nachsteuer berechtigt sind, dadurch nichts an ihren Befugnissen benommen sein.

8. Art. Da die gegenwärtige Konvention nicht als ein neuer Vertrag, sondern als eine Erneuerung und Erweiterung des bereits unter dem 20. Dez. 1804 abgeschlossenen Freizügigkeitsvertrages, und der im Anfange des Jahres 1807 erfolgten Ausdehnung angesehen werden soll, so hat dieselbe auch auf die vor ihrer Abfassung und Ratifikation eingetretenen Fälle, insofern sie unter der früheren Uebereinkunft begriffen waren, zurück zu wirken.

9. Art. Bei der Anwendung dieses Vertrages ist nicht der Tag in Betracht zu nehmen, an welchem das in der Frage stehende Vermögen durch Erbschaft oder sonst angefallen ist, sondern derjenige, an welchem es exportirt wird.

10. Art. Die unmittelbare Genehmigung dieses Staatsvertrages soll sowohl bei Sr. k. k. Majestät von Osterreich, als Sr. k. Hoheit dem Großherzoge zu Baden alsbald nachgesucht werden *).

2572. Hffomd. v. 13. Mai 1816 N. 1244, an alle Lst. der neu erlangten Provinzen.

Da von Seite des k. k. öst Hofes mit dem großherzoglich baadischen und mit dem herzoglich nassauischen Hofe das Einverständniß getroffen worden ist, den mit ersterem im Jahre 1808 und mit letzterem im Jahre 1810 abgeschlossenen Freizügigkeitsvertrag auch auf die gegen-

*) Ein ähnlicher Vertrag ist im J. 1810 mit Nassau geschlossen worden.

seitig neu erworbenen Provinzen auszudehnen und in Wirksamkeit zu setzen; so hat demnach zwischen sämmtlichen alt- und neubaadischen und nassauischen Ländern, dann zwischen den alten und neuen Provinzen des österreichischen Kaiserstaates die Freizügigkeit ganz nach den Grundlagen zu bestehen und beobachtet zu werden, welche in den oben gedachten Verträgen vom Jahre 1808 und 1810 festgesetzt worden sind.

Da hingegen mit der schweizerischen Eidgenossenschaft der in Hinsicht auf die altöst. Provinzen bestehende Freizügigkeitsvertrag vom Jahre 1804 nicht auf die gegenseitig neu erworbenen Länder durch eine ausdrücklich formelle Uebereinkunft ausgedehnet ist; so kann auch dermal noch in Folge der höchsten Willensmeinung, bei Vermögensausziehungen aus den neu zugewachsenen Provinzen in die Schweiz, die Freizügigkeit nur von Fall zu Fall gegen Reversalien wechselseitiger Willfährigkeit zugestanden werden.

B a i e r n.

2573. Erneuerter Freizügigkeitsvertrag zwischen Gr. k. k. apostol. Majestät und Ihrer k. Majestät von Baiern v. 4. Juni 1807 (R. 299).

§. 1. Zwischen sämmtlichen k. öst. und sämmtlichen k. baierischen Staaten soll eine völlige Freizügigkeit dergestalt bestehen, daß bei keiner Vermögensexportation, auf welche Art solche geschehe, ein Abschoss- oder Abfahrts-geld, oder Nachsteuer, insofern dieselben bisher in die landesfürstlichen Kassen gestossen sind, eingehoben werden solle.

§. 2. Die Aufhebung dieses Abfahrts-geldes schließt indessen weder die Erhebung der Emigrationstare, noch der Erbsteuer aus, welche mit den in den k. k. Erbstaaten bestehenden Auswanderungsgesetzen, und durch diese mit Lokalumständen, und der Verfassung in zu genauer Verbindung stehet, und die selbst von jedem Unterthan der k. k. öst. Erbstaaten erhoben wird, der irgend eine Erbschaft bezieht, auch ohne daß dabei von einer Auswanderung oder Vermögensexportation die Frage wäre.

§. 3. Da die Freizügigkeit ihrer Natur zu Folge sich nur auf das Vermögen bezieht, so bleiben, dieses Vertrages ungeachtet, die Gesetze in ihrer rechtlichen Kraft bestehen, welche jeden Unterthan, bei Strafe der Vermögenskonfiskation, auffordern, vor der Ansässigmachung in fremden Ländern die Auswanderungsbewilligung seines Landesherrn nachzusuchen.

§. 4. Als Folge dieses Grundsatzes wird festgesetzt, daß die Erhebung der Militärpflichtigkeits-Redimirungssumme in Fällen, wo einem Individuum die Auswanderungsbewilligung erteilt wird, welches seiner Person gemäß der Militärpflichtigkeit unterliegt, ohne die Jahre derselben zurück gelegt zu haben, der Grundsätze der Freizügigkeit ungeachtet, statt finden könne, weil diese Gabe nicht in Beziehung auf das Vermögen geleistet wird.

§. 5. Desgleichen bleibt es in Rücksicht der Emigrationstare in Fällen der Auswanderung bei den vorigen Bestimmungen, wornach 3 Proz.

des Vermögens erhoben werden, als eine auf die Person des Auswandernden Bezug habenden Abgabe, und da die Erhebung der Erbsteuer aus Rechtsgrundsätzen hervorgeht, die mit der Nachsteuer keine Verbindung haben; so hat der gegenwärtige Vertrag auf die Erbsteuer keine Beziehung, sondern den beiden vertragenden Theilen bleibt es unbenommen, hierüber von souveräner Macht wegen gesetzliche Bestimmungen zu treffen.

§. 6. Das Vermögen, dessen freie Ausführung vertragsmäßig gestattet wird, soll nach seinem ganzen wahren Werth verabsolgt werden, dergestalt, daß der Empfänger den ganzen reellen Betrag erhalte, wie er an dem Orte erhoben wird, wo das Vermögen gelegen oder angefallen ist. Hierdurch soll jedoch der Gesetzgebung beiderseitiger Regierungen über die Art und Geldsorte, in welcher Vermögen überhaupt in das Ausland gebracht werden darf, keineswegs vorgegriffen sein.

§. 7. Insofern jedoch in einer Provinz des einen oder des andern der kontrahirenden Staaten die freie Exportazion klingender Münze gestattet ist, wie gegenwärtig der Fall rücksichtlich des Herzogthums Salzburg und Berchtoldsgaden besteht, so soll in dieselbe die Ausführung des Vermögens in klingender Münze gleichfalls nach der Reziprozität gestattet sein, insofern nicht allgemeine Gesetze, die sich auf die Ausfuhr in andere Staaten überhaupt beziehen, hier im Wege stehen.

§. 8. Da die gegenwärtige Konvention nicht als ein neuer Vertrag, sondern als eine Erneuerung und Erweiterung des bereits unterm 4. Juni 1804 abgeschlossenen Freizügigkeitsvertrages angesehen werden solle; so hat dieselbe auch auf die vor ihrer Abfassung und Ratifikation eingetretenen Fälle, insofern sie unter der früheren Uebereinkunft begriffen waren, zurück zu wirken.

§. 9. Bei der Anwendung dieses Vertrages ist nicht der Tag in Betracht zu nehmen, an welchem das in Frage stehende Vermögen durch Erbschaft oder sonst angefallen ist, sondern derjenige, an welchen es exportirt wird.

§. 10. Die unmittelbare Genehmigung dieses Staatsvertrages soll sowohl bei Sr. k. k. Maj. von Oesterreich, als Sr. k. Maj. von Baiern alsbald nachgesucht werden.

Zu Urkund dessen haben beiderseitige Bevollmächtigte diese Vertragsurkunde, nachdem sie gleichlautend doppelt ausfertigt worden, eigenhändig unterschrieben, besiegelt und gegeneinander ausgetauscht.

So geschehen München den 24. Mai 1807.

Fried. Graf von Stadion.

Freiherr v. Montgelas.

Nach reiflicher Erwägung dieses Vertrages, befinden Wir hiemit, denselben vollständig zu genehmigen und geloben, Alles, was darin enthalten ist, in genaue Erfüllung zu bringen. Dessen zur Urkunde haben Wir gegenwärtige Ratifikation eigenhändig unterzeichnet und mit Unserem kais. Insiegel versehen.

2574. Hfd. v. 15. Febr. 1811 N. 928, an alle A. G.

Da von Seite des königl. bairischen Hofes der Wunsch zur Wiederherstellung jener glüklichen Verhältnisse zu erkennen gegeben worden

ist, welche vor dem Ausbruche des letzten Krieges bei Vermögensausführungsfällen für die beiderseitigen Unterthanen so günstig und zum bedeutenden Vortheile der öst. Provinzen bestanden haben; so wird verordnet, es künftigh bei Exportationen in die k. baierischen Staaten von der seit einiger Zeit wieder statt findenden Abforderung der Reversalien de observando reciproco ganz abkommen zu lassen, und sich lediglich nach den zwischen beiden Höfen bestehenden Freizügigkeitsverträgen zu benehmen.

Uebrigens hat die Reversalienabforderung gegen die neu erlangten Territorien Baierns in solange noch fortzudauern, bis die früheren Verträge auch hierauf ausgedehnt worden sind, oder denselben hierüber eine weitere Bestimmung zukommen wird.

2575. Hfd. v. 26. April 1811 N. 943, an alle A. G.

Da der mit dem k. baierischen Hofe abgeschlossene Freizügigkeitsvertrag nunmehr auch auf die im vorigen Jahre mit Baiern vereinigten Länder und Gebiettheile ausgedehnt worden ist; so hat es von der Abforderung der Reversalien de observando reciproco in Vermögensexportationsfällen allgemein gegen Baiern abzukommen.

2576. Hfd. v. 8. Juni 1816 N. 1254, an alle A. G.

Vermöge des mit Baiern am 14. April 1816 geschlossenen Staatsvertrages ist Artikel 13 festgesetzt worden: daß die zwischen Oesterreich und Baiern wegen der Freizügigkeit und Aufhebung der Abfahrtselder bereits bestehenden Verträge aufrecht erhalten, und auf die durch diesen Staatsvertrag an Oesterreich zurückgekommenen Gebietstheile ausgedehnt worden sein.

2577. Hfd. v. 11. Mai 1818, an alle Lst. (Pol. 153).

Es ist bereits unter dem 11. Juli 1816 bedeutet worden, daß zur Beseitigung der im Jahre 1811 sich ergebenden Freizügigkeitsdifferenzen zwischen Oesterreich und Baiern die Ausfolgung der Konventionsmünze in Erbschafts und Auswanderungsfällen mit Vorbehalt der Emigrationsstare, wo solche nach dem im Jahre 1807 mit Baiern abgeschlossenen Freizügigkeitsvertrage statt zu finden hat, keinem Anstande zu unterliegen habe, und auch auf diejenigen Fälle auszudehnen sei, in welchem für das Vergangene die Vermögensexportation noch nicht vollzogen, mithin einen Dritten noch kein Privat-Recht erwachsen sei.

Um indessen den öst. Unterthanen eine gleichmäßige Freizügigkeit auch in Ansehung der übrigen Forderungen, welche sie aus Privatanlehen oder Privatkontrakten an königl. baierische Unterthanen zustellen haben, von Seite der königl. baierischen Regierung zu verschaffen, ist wegen gänzlicher Aufhebung der durch die königl. baierische Bdg. vom 12. April 1814 herbeigeführten beschränkenden Maßregeln, auf höchste Anordnung Sr. Majestät, eine neuerliche Verhandlung im ministeriellen Wege eingeleitet worden, wobei die königl. baierische Regierung sich erklärt hat: die Zinsen der in den dortigen öffentlichen Fond anliegenden Kapitalien der öst. Unterthanen vom 1. Okt. vorigen Jahres anzufan-

gen, in flingender Münze ohne allen Abzug zu bezahlen, und die erwähnten beschränkenden Maßregeln nur auf die vor dem 15. März 1811 kontrahirten Schulden zurükwirken zu lassen, auf die gegenwärtigen und künftigen Rechtsverhältnisse zwischen öster. und baierischen Unterthanen aber nicht auszudehnen.

Damit übrigens die öster. Unterthanen bei dieser abgegebenen Erklärung auch für das Vergangene gegen eine allenfällige Verkürzung nach Möglichkeit gesichert werden, haben Se. Majestät zu beschließen geruhet, daß in einzelnen Fällen, wo etwa dießseitige Unterthanen sich doch durch Erkenntnisse königl. baierischer Behörden noch gekränkt finden sollten, um die erforderliche Abhilfe sich zu verwenden sei.

Belgien, f. 2005—6.

2578. Staatsvertrag über die Erbsfähigkeit der gegenseitigen Unterthanen und über die wechselseitige Freizügigkeit des Vermögens und der Verlassenschaften, zwischen dem öst. Kaiserstaate und dem Königreiche Belgien, geschlossen zu Wien den 9. Juli 1839, und in den beiderseitigen Ratifikationen ebendasselbst ausgewechselt am 3. Okt. 1839 *).

Art I. Die Unterthanen Er. k. k. apost. Maj. sind zugelassen in Belgien, sowohl ab intestato als vermöge letztwilliger Anordnung gleich den eigenen belgischen Unterthanen und in Gemäßheit der in diesem Königreiche geltenden Gesetze, Erbschaften anzutreten, und gegenseitig können die Unterthanen Er. Maj. des Königs der Belgier in den Staaten Er. k. k. apost. Maj. gleich den eigenen öst. Unterthanen und nach den öst. Gesetzen Erben sein.

Dieselbe Gegenseitigkeit und dieselbe Behandlungsweise soll zu Gunsten der beiderseitigen Unterthanen rücksichtlich der Schenkungen unter Lebenden beobachtet werden.

Art. 2. Es soll bei der Exportazion eines Vermögens, Geldes oder sonstiger Effekten aus den die öst. Monarchie bildenden Staaten nach Belgien, diese Exportazion möge als Erbschaft, Legat, Heirathsgut, Schenkung oder nach was immer für einem Erwerbtitel geschehen, keinerlei Abschloßgebühr (gabella hereditaria), noch eine Abgabe wegen Exportazion oder Emigrazion behoben werden. Die solchergestalt ausgeführten Vermögensschaften und Effekten sollen keiner andern Abgabe oder Tare zu Gunsten des Fiskus, oder bei Verlassenschaften öst. Militär-Personen zu Gunsten der Invalidenkasse unterliegen, als welche wegen des Erbrechtes, Verkaufes oder wegen sonstiger Besitzveränderung von den eigenen öst. Unterthanen in Oesterreich und von den belgischen Unterthanen in Belgien nach den in beiden Staaten bestehenden oder in Zukunft zu erlassenden Gesetzen, Vorschriften und Anordnungen entrichtet werden müssen.

*) Den Zivil- und Mil. Behörden mit dem Bemerken fdg., daß es bei der zeitlichen Suspendirung der Ausfolgung der vor dem 20. Mai 1837 eröffneten Verlassenschaften (f. 2006) bis auf weitere Anordnung zu verbleiben habe (Zshd. v. 21. Okt. 1839 u. hfr. Refsk. v. 7. Nov. 1839 F. 1649).

Art. 3. Diese Entbebung ist nicht blos von den vorerwähnten Abschößgeldern und Emigrazionsgebühren, welche in die Staatskassen fließen, sondern auch von jenen zu verstehen, welche den Städten, Märkten, Gemeinden, Patrimonialjurisdiktionen, oder irgend welchen Korporationen zukommen, mit Ausnahme jedoch des Königreichs Ungarn und Siebenbürgens, in Ansehung welcher Länder, wegen der in selben bestehenden besondern Gesetzgebung, die gegenwärtige Konvention an den von Städten, Herrschaften, Korporationen, oder Gemeinden gesetzlich erworbenen Rechten auf Erhebung einer Abzugssteuer bei Exportazion von den ihrer Jurisdiktion unterliegenden Vermögenschaften, Geldern und Effekten nichts ändern soll. Dagegen wird von jenem Vermögen, welches Bewohnern solcher Ortschaften, wo diese Abzugssteuer noch fortzubestehen hat, in Belgien zufallen sollte, ein jener Abgabe gleichkommender Betrag zurückbehalten werden. Dieser Abzugsbetrag soll jenen belgischen Unterthanen oder jenem Stande, oder jener Profession, oder Korporazion zu Gunsten kommen, welche nach den Landesgesetzen entweder gemeinschaftlich mit den Bewohnern der vorerwähnten Ortschaften oder nach ihnen zu dem Besitz des in Frage stehenden Vermögens berufen sind, oder wenn deren keine vorhanden wären, soll jener Abzugsbetrag der Armenverwaltung der Gemeinde, wo der Erbfall eingetreten ist, oder wenn es sich um keine Erbschaft handelt, der Armenverwaltung der Gemeinde gehören, in welcher sich das zu beziehende Vermögen befindet.

Art. 4. Die in den vorstehenden Artikeln zu Gunsten der einzelnen Angehörigen beider Staaten enthaltenen Bestimmungen sollen gleichfalls zu Gunsten der Wohlthätigkeitsanstalten oder Korporationen beobachtet werden, welche in dem einen oder dem andern Staate zur Erwerbung eines Vermögens, es sei durch Testament oder durch Schenkung unter Lebenden berufen würden; mit dem Vorbehalt jedoch, daß die Gesetze und Anordnungen, welche in beiden Staaten bestehen, oder vermöge des obersten Aufsichtsrechtes der Regierungen über derlei Korporationen und Anstalten in Hinfunft erlassen werden dürften, jederzeit volle Kraft haben sollen.

Art. 5. Die Aufhebung der in den Artikeln 2 und 3 erwähnten Gebühren bezieht sich auf alle zu exportirenden Vermögenschaften, Gelder und sonstige Effekten; allein die in den Staaten Se. Maj. des Kaisers von Oesterreich einer- und Sr. Maj. des Königs der Belgier anderer Seits bestehenden Gesetze in Ansehung der Person der Auswanderer, ihrer persönlichen Pflichten und namentlich jener, welche den Militärdienst betreffen, verbleiben ungeachtet der gegenwärtigen Konvention in voller Giltigkeit; rücksichtlich des Militärdienstes und der andern persönlichen Pflichten der Auswanderer soll auch in Zukunft keine der beiden Regierungen durch gegenwärtige Konvention in Bezug auf ihre Gesetzgebung beschränkt sein.

Art. 6. Gegenwärtige Konvention soll vom Tage der Auswechslung der Ratifikationen, welche in dem Termine von sechs Wochen oder wenn es geschehen kann, auch noch früher vor sich zu gehen hat, in Kraft und Wirksamkeit treten.

D ä n e m a r k .

2579. Stzd. vom 8. Juli 1830 R. 2473, an alle St.

Se. k. k. Maj. haben mit Sr. k. Maj. von Dänemark die Uebereinkunft geschlossen, so wie solches bereits zu Folge des 18. Art. der deutschen Bundesakte v. 8. Juni 1815, und des Beschlusses der deutschen Bundesversammlung v. 23. Juni 1817, in Rücksicht der k. öst. zum deutschen Bunde gehörigen Länder, und der Herzogthümer Holstein und Lauenburg geschehen, gegenseitig den Abschoß und das Abfahrts-geld zwischen ihren beiderseitigen Staaten überhaupt aufzuheben.

In Gemäßheit dessen haben Se. Maj. mit a. h. Entschl. vom 12. April l. J. zu verordnen geruht, daß

1) bei keinem Vermögensausgang aus den sämtlichen k. k. öst. Staaten im Allgemeinen, in das Königreich Dänemark und Herzogthum Schleswig, oder aus den nicht zum deutschen Bunde gehörigen k. k. öst. Ländern in die Herzogthümer Holstein und Lauenburg, so wie entgegen aus dem Königreiche Dänemark und dem Herzogthume Schleswig in die sämtliche k. k. öst. Staaten im Allgemeinen, oder aus den Herzogthümern Holstein und Lauenburg in die nicht zum deutschen Bunde gehörigen k. k. öst. Länder, es mag sich ein solcher Ausgang durch Auswanderung, oder Erbschaft, oder Legat, oder Brautschatz oder Schenkung, oder auf andere Art ergeben, irgend ein Abschoß (gabella haereditaria) oder Abfahrts-geld (census emigrationis) erhoben werden soll; nur diejenigen allgemeinen Gaben ausgenommen, welche mit einem Erbschaftsanfall, Legat, Verkauf etc. verbunden sind, und ohne Unterschied, ob das Vermögen im Lande bleibt, oder herausgezogen wird, ob der neue Besitzer ein Inländer oder ein Fremder ist, bisher in den k. k. öst. und in den königl. dänischen Staaten haben entrichtet werden müssen, wie z. B. Erbschaftssteuern, Stempelabgaben, Zollabgaben u. dgl.

2) Die vorstehend bestimmte Freizügigkeit soll sich jedoch unbeschadet desjenigen, was in Ansehung der zu dem deutschen Bunde gehörigen beiderseitigen Provinzen durch die Bundesakte und die Bundesbeschlüsse diesfalls festgesetzt ist, nur auf denjenigen Abschoß und auf dasjenige Abfahrts-geld, welche in die landesherrlichen Kassen fließen würden, erstrecken; und werden den Individuen, Gemeinden und öffentlichen Stiftungen die ihnen zustehenden Abzugsrechte vorbehalten.

3) Die Bestimmungen der Artikel 1 und 2 treten vom 3. Juni d. J. in Wirksamkeit, und finden in allen Vermögenserportationsfällen Anwendung, wo der Vermögensabzug wirklich noch zu geschehen hat.

4) Die Freizügigkeit, welche unter 1., 2. und 3. Artikel bestimmt ist, bezieht sich nur auf das Vermögen. Es bleiben demnach ungeachtet dieses Uebereinkommens diejenigen kaiserl. öst. u. königl. dänischen Gesetze in ihrer Kraft, und es sind diejenigen gesetzlichen Gebühren zu entrichten, welche die Person des Auswandernden, seine persönlichen Pflichten und seine Verpflichtungen zum Kriegsdienste betreffen.

Deutsche Bundesstaaten.

2580. Pat. vom 2. März 1820 N. 1652 *).

Nachdem unter Unserer Mitwirkung und Beistimmung als Mitglied des deutschen Bundes durch die Bundesversammlung zu Frankfurt am Main mit Beschluß vom 23. Juni 1817, zur Vollziehung des Artikels XVIII. Lit. C. der Bundesakte, die näheren Bestimmungen in Betreff der den deutschen Bundesstaaten dortselbst zugesicherten Freiheit von allen Nachsteuern (*jus detractus, gabella emigrationis*), in so fern das Vermögen in einen andern Bundesstaat übergeht, festgesetzt worden sind, so verordnen Wir:

1) Bei jeder Art von Vermögen, welches aus einem von Unsern Ländern und Gebieten, womit Wir dem deutschen Bunde beigetreten, und welche in der von Unserer Bundestags-Gesandtschaft in der fünfzehnten Sitzung vom 6. April 1818 übergebenen Erklärung namentlich aufgeführt sind, und weiter unten zur Wissenschaft kundgemacht werden, in einen andern deutschen Bundesstaat, es sei aus Veranlassung einer Auswanderung, oder aus dem Grunde eines Erbschaftsanfalles, Verkaufes, Tausches, Schenkung, Mitgift, oder auf irgend eine andere Weise übergeht, soll eine vollkommene Freizügigkeit in Anwendung gebracht werden.

2) Diese Vermögens-Freizügigkeit hat sich in so fern wirksam zu äußern, daß diejenigen Abgaben, welche die Ausfuhr des Vermögens in einen der zum deutschen Bunde gehörigen Staaten, oder den Uebergang des Vermögeneigenthums auf Angehörige eines andern Bundesstaates beschränken, sie mögen nun bisher in Unsere landesfürstlichen Kassen geflossen, oder etwa an Privat-Berechtigte und Kommunen zu entrichten gewesen sein, aufzuheben haben; wodurch demnach sowohl der Bezug der landesfürstlichen Nachsteuer und der Emigrationstare, als auch jener des grundherrlichen und bürgerlichen Abfahrtsgeldes nicht mehr statt findet.

3) Nachdem aber vermöge des oben gedachten Beschlusses die in dem deutschen Bunde in Anwendung zu bringende Vermögensfreizügigkeit auf dem Principe einer unter den deutschen Bundesstaaten gegenseitig geltenden Gleichstellung des Ausländers mit dem Inländer beruhet, und daher jede Abgabe noch fernerhin zu bestehen hat, welche mit einem Erbschaftsanfalle, Legate, Verkäufe, einer Schenkung und dergleichen verbunden ist, wenn dieselbe ohne Unterschied entrichtet werden muß, ob das Vermögen im Lande bleibt, oder hinausgezogen wird, und ob der neue Besitzer ein Inländer, oder Fremder ist, so haben alle dergleichen in Unseren zu dem deutschen Bunde gehörigen Länder und Gebieten bestehenden Abzüge auch fernerhin bei dem in das übrige deutsche Bundesgebiet zu exportirenden Vermögen in Anwendung zu kommen.

*) Den Mil. Behörden mit dem Bemerken fdg., daß, da sich die Freizügigkeit nur auf die im §. 5 bezeichneten Länder bezieht, es sich von selbst versteht, daß von dem aus Ungarn, Siebenbürgen, Dalmazien, den Mil. Grenzen, dem lomb. venez. Königr. und Galizien abziehenden Mil. Verlassenschaften der Invalidenbeitrag mit 10 % zu entrichten sei, während von den andern nach §. 3 der Invalidenbeitrag zu entrichten ist, wie derselbe jedem Inländer obliegt (Hfr. Resk. v. 30. März 1820 II. 302).

4) Da in dem Bundesbeschlusse der 1. Juli 1817 als Termin angenommen worden ist, von wo die Vermögensfreizügigkeit von den deutschen Bundesstaaten wechselseitig beobachtet werden soll, so wollen Wir:

a) daß die vor, oder nach diesem Termine statt gefundene Vermögens-Exportazion, und der Verzicht auf das Unterthansrecht bei der Frage der Zahlungspflichtigkeit, oder Befreiung zur Richtschnur anzunehmen ist; und

b) daß in allen denjenigen Fällen, wo seit dem 1. Juli 1817 eine Vermögens-Exportazion in einen andern deutschen Bundesstaat statt gefunden hat, und etwa die landesfürstliche Nachsteuer, oder die Emigrations-Taxe, oder das grundherrliche und bürgerliche Abfahrtsgeld bezogen worden sein sollte, der ausfallende Betrag an die betreffende Partei zurück zu erstatten ist, in so fern von derselben gehörig nachgewiesen werden kann, daß in dem deutschen Bundesstaate, wohin ein solches Vermögen exportirt ward, wirklich auch mit Rücksicht auf den 1. Juli 1817 die Vermögensfreizügigkeit gegen Unsere zu dem deutschen Bunde gehörigen Länder und Gebiete nach dem Principe der Reziprozität in gleich vollkommene Ausführung gebracht wird *).

5) Die Länder und Gebiete der öst. Monarchie, welche zu dem deutschen Bunde gehören, sind:

1. das Erzherzogthum Oesterreich;
2. das Herzogthum Steiermark;
3. das Herzogthum Kärnten;
4. das Herzogthum Krain;
5. das öst. Friaul oder der Görzer Kreis (Görz, Gradiska, Tolmein, Flitsch, Aquileja);
6. das Gebiet der Stadt Triest;
7. die gefürstete Grafschaft Tirol mit dem Gebiete von Trient und Brixen, dann Vorarlberg, mit Ausschluß von Wäiler;
8. das Herzogthum Salzburg;
9. das Königreich Böhmen;
10. das Markgrafthum Mähren;
11. der öst. Antheil an dem Herzogthume Schlesien, mit Inbegriff der böhmisch-schlesischen Herzogthümer Auschwitz und Zator **).

*) Von dieser Nachweisung sind die Parteien in Beziehung auf Preußen enthoben worden. Auch wurde erklärt, daß der Zeitpunkt der wirklich eingetretenen Vermögensausfuhr zur Richtschnur bei der Anwendung des obigen Pat. zu dienen habe (Hfzd. v. 21. Sept. u. Bd. d. mäh. Gub. v. 13. Okt. 1820 B. 26807. P. 410).

**) Hfzd. v. 13 Juni 1820 N. 1665, an die n. ö., o. ö., böh., mäh. u. tir. Lf. Se. Maj. haben in Beziehung auf das den Dominien und Gemeinden durch das höchste Pat. v. 2. März 1820 entgehende Abfahrtsgeld von dem nach den deutschen Bundesstaaten abziehenden Vermögen, mit h. Entschl. v. 26. April 1820 zu bestimmen geruht: daß da, wo das Abfahrtsgeld noch versteuert wird, solches von dem Zeitpunkte der Aufhebung desselben von aller Versteuerung enthoben werden solle.

Wornach es demnach den betreffenden Kontribuenten frei gegeben wird, ihre diesfälligen Reklamazionen mit den erforderlichen Behelfen und Beweis-

2581. Hfzd. vom 12. Okt. 1827 N. 2312, an alle Lst.

Da nach Inhalt des a. h. Pat. vom 2. März 1820 (§. 4), N. 1652 der J. G. E., der 1. Juli 1817 als Termin angenommen worden ist, von welchem an die Vermögens-Freizügigkeit von den deutschen Bundesstaaten wechselseitig beobachtet werden soll; so hat sich aus Anlaß mehrerer vorgekommener Fälle die Frage ergeben: ob dieser Termin mit 1. Juli 1817 für den Tag des Anfalles, oder für den Tag des Abzuges eines zu exportirenden Vermögens, zu gelten habe?

Diese Frage wurde in Folge a. h. Entschl. vom 8. Mai 1827 bei dem deutschen Bundestage zur Sprache gebracht, und die Bundesversammlung hat nach Inhalt einer Eröffnung der k. k. geh. Hof- und Staatskanzlei vom 9. Sept. 1827 in der Sitzung vom 2. Aug. nämlichen Jahres einhellig dahin entschieden:

Es sei bei Abfassung des Beschlusses vom 23. Juni 1817 die Absicht des deutschen Bundes gewesen, daß bei Anwendung der unter den deutschen Bundesstaaten bestehenden Freizügigkeit der Tag des wirklichen Abzuges entscheide.

F r a n k r e i c h.

2582. Hfzd. v. 18. Dez. 1834 N. 2677, an alle Lst.

Der Landesstelle wird bedeutet: daß vermöge eines in der Ausübung bestehenden französischen Gesetzes vom 14. Juli 1819, Fremde, denen in Frankreich eine Erbschaft zufällt, dieselbe ohne Entrichtung irgend einer Exportations-Gebühr zu beziehen haben, und daß demnach in Gemäßheit der Bestimmungen des §. 6 des Abfahrts-Pat. vom 14. März 1785 von den aus dem öst. Staate nach Frankreich abziehenden Erbschaften, in so lange über diesen Gegenstand in der französischen Gesetzgebung keine Aenderung getroffen wird, weder ein landesfürstliches, noch grundherrliches oder bürgerliches Abfahrts-geld anzusprechen ist*).

2583. Hfzd. v. 9. Juni 1835 J. 14552, an alle Lst. (Pichl 136).

Nachträglich zu der unterm 18. Dez. 1834 erlassenen Hfz. Wdg., wegen Freilassung der aus den k. k. Staaten nach Frankreich abziehenden Erbschaften vom Abfahrts-gelde, wird der Landesstelle im Einverständnisse mit der k. k. allg. Hofkammer bedeutet, daß, nachdem vermöge der in Frank-

mitteln bei der Landesstelle anzubringen, welche die Abschreibung des entsprechenden Steuer-Kontingentes einzuleiten, und diesfalls die nöthigen Daten von der ständischen Buchhaltung einzuholen haben wird.

*) Auf Grundlage dieses Gesetzes hat der k. k. Hofkriegsrath mit Resk. vom 26. April 1838 F. 512 verordnet: daß bei Militärerbbschaften, die nach Frankreich abgeführt werden, jene Gebühren, welche bloß wegen der Exportation, es sei nun als Abfahrts-geld, oder als Invalidenbeitragerhöhung abgenommen werden, wegzubleiben haben, daß aber an denjenigen Zahlungen nichts geändert wird, welche bei militärischen Erbschaften auch von Inländern, die nicht Militärs sind, und welche die Erbschaft im Lande behalten, entrichtet werden müssen, wohin daher auch der Invalidenfondsbeitrag, in so fern er 5 % nicht übersteigt, gehört.

reich bestehenden gesetzlichen Vorschriften das aus Frankreich in andere Staaten abziehende Vermögen von was immer für einer Art durchaus keiner Exportationsabgabe unterliegt, das nämliche Verfahren (in Gemäßheit des 6. §. des Abfahrtspat. vom 14. März 1785) auch gegen Frankreich zu beobachten, und daß somit in so lange in dieser Beziehung keine Aenderung der dortigen gesetzlichen Anordnungen Platz greift, von dem aus den k. k. Staaten nach Frankreich abziehenden Vermögen, von was immer für einer Art, weder ein landesfürstliches, noch grundherrliches oder bürgerliches Abfahrtsgeld abzunehmen ist.

2584. Hfd. v. 13. Jän. 1836 J. 828; Vdg. d. n. ö. Reg. v. 1. Feb. J. 5546 (P. 38).

Im Einverständnisse mit der geheimen Haus-, Hof- und Staatskanzlei und mit der vereinigten Hfz. wird von der allg. Hofkammer die Weisung ertheilt, dafür zu sorgen, daß französischen Unterthanen bei Exportirung des ihnen in den öst. Staaten zugefallenen Verlassenschaftsvermögens in so lange kein Abfahrtsgeld aufgerechnet werde, als das französische Gesetz vom 14. Juli 1819, nach welchem Fremde, die ihnen in Frankreich zugefallenen Erbschaften ohne Entrichtung einer Exportations-Gebühr zu beziehen haben, in Ausübung steht. Auch hat in derlei Exportations-Fällen die Abforderung legaler Zertifikate de observando reciproco zu unterbleiben, da die abzugfreie Erfolgslassung alles Vermögens aus Frankreich auf einer allgemeinen gesetzlichen Bestimmung dieses Staates und nicht auf speziellen Zugeständnissen von Fall zu Fall beruht, und wenn in diesem Gegenstande der französischen Gesetzgebung eine Aenderung eintreten sollte, bei dem ersten vorkommenden Falle der Anforderung des Abfahrtsgeldes von Seite Frankreichs auch von der öst. Reg. das gleiche Verfahren zu beobachten sein würde.

H a m b u r g.

2585. Hfz. Präf. Schreiben v. 12. Aug. 1823 J. 24937; Vdg. d. n. ö. Reg. v. 27. J. 40932 (P. 293); d. illir. Sub. v. 12. Sept. J. 12131 (P. 290); d. gal. Sub. v. 15. Okt. 1825 J. 49337.

Im Anschlusse wird der zu Hamburg in Druck erschienene Raths- und Bürgerschuß zugemittelt, gemäß welchem die Auswanderungssteuer und das Abzugsrecht in Erbschaftsangelegenheiten gegen alle die Staaten aufgehoben ist, die eine Reziprozität beobachten werden.

Beilage. Raths- und Bürgerschuß v. 12. Juni 1823.

Demnach in der zwischen E. E. Rath und der erbgesessenen Bürgerschaft am 12. d. M. abgehaltenen Zusammenkunft in Betref der Aufhebung der Zehntenabgabe in Beziehung auf Staaten, welche nicht zum deutschen Bunde gehören, beschlossen worden: Daß gegen alle Staaten, welche eine Reziprozität beobachten werden, eine Freizügigkeit dahin bestehen solle, daß weder eine Auswanderungssteuer (census emigratio-nis) von Wegziehenden, noch eine Nachsteuer (jus detractus) von auswärts gehenden Erbschaften, Mitgiften oder sonstigen Kapitalien gefor-

dert werden solle; worunter jedoch die Kollateralsteuer, welche von allen hier fallenden Erbschaften, und auch von hiesigen Bürgern zu entrichten ist, nicht zu rechnen. Daß die Reziprozität jedoch, wenn dieselbe nicht notorisch oder entschieden erklärt worden ist, von dem Nachsuchenden bewiesen werden müsse: So hat E. E. Rath solches durch den Druck öffentlich bekannt machen wollen, damit ein Jeder Wissenschaft davon erlangen und sich in vorkommenden Fällen darnach richten könne.

Conclusum in Senatu Hamburgensi Lunæ die 16. Junii 1823.

H a n n o v e r.

2586. Hfzd. v. 17. Juli 1837 Z. 17601; Zir. der n. ö. v. 7. u. v. ö. Reg. v. 11. Aug. Z. 24742; des steier. Gub. v. 9. Z. 13271 (P. 186); des mäh. v. 10. Z. 30032 (P. 124); des illir. v. 19. Z. 19104 u. des böh. Gub. v. 21. Sept. Z. 39574 (P. 428). — Hfr. Resf. v. 18. Aug. F. 1061 (Mil. 54).

Nachdem die k. öst. Reg. einerseits, und die k. hannov. Reg. andererseits, sich dahin vereinbaret haben, daß — wie solches bereits zu Folge des Artikels 18 der deutschen Bundesakte vom 18. Juni 1815 und des Beschlusses der deutschen Bundesversammlung vom 23. Juni 1817 in Rücksicht auf Vermögens-Exportationen aus den zum deutschen Bunde gehörigen k. öst. Länder, und umgekehrt der Fall ist — der Abschopf und das Abfahrtsgeld (oder Abzugsrecht) zwischen den beiderseitigen Staaten überhaupt aufgehoben werden soll, so sind dieselben über folgende Bestimmungen übereingekommen:

1. Bei keiner Vermögensausführung aus den nicht zum deutschen Bunde gehörigen k. öst. Staaten und Landen in die k. hannov. Lande, und aus den letzten in jene, es mag nun diese Ausföhrung durch Auswanderung, oder Erbschaft, oder Legat, oder Brautschatz, oder Schenkung, oder auf andere Art veranlaßt werden, ist eine Nachsteuer (Abschoß, gabella hæreditaria) oder Abfahrtsgeld (Auswanderungssteuer: Census emigratio-nis) zu erheben.

Ausgenommen sind diejenigen Abgaben, welche mit einem Erbschaftsanfalle, Legat, Verkauf u. s. w. verbunden sind, und ohne Unterschied, ob das Vermögen im Lande bleibt, oder hinausgezogen wird, ob der neue Besitzer ein Inländer oder Ausländer ist, in den beiderseitigen Staaten etwa entrichtet werden müssen, wie z. B. Stempelabgaben, Erbschaftssteuer, Zollabgaben u. dgl.

2. Die vorstehend festgesetzte Freizügigkeit soll nicht allein auf diejenigen Abschopf-abgaben und Abfahrts-gelder sich erstrecken, welche einen Theil des öffentlichen Einkommens ausmachen, sondern auch auf diejenigen, welche seither durch Städte, Gerichtsherrschaften, Korporationen, Gemeinden oder Individuen erhoben worden sind.

Hievon machen jedoch diejenigen Fälle, in denen Vermögensausführungen aus Ungarn und Siebenbürgen in die hannoverschen Lande, und umgekehrt aus diesen in jene Staaten statt finden, in so fern eine Ausnahme, als hierbei den Korporationen und Privatpersonen die ihnen etwa zustehenden Abzugsrechte ausdrücklich vorbehalten bleiben.

3. Die in beiden vorstehenden Artikeln bestimmte Freizügigkeit soll sich nur auf das auszuführende Vermögen beziehen.

Es bleiben demnach ungeachtet dieses Uebereinkommens diejenigen k. öst. und k. hannov. Gesetze in Kraft, und es sollen diejenigen gesetzlichen Gebühren entrichtet werden, welche die Person des Auswandernden, seine persönlichen Pflichten und seine Verpflichtung zum Kriegsdienste betreffen.

Auch soll in Zukunft keine der hohen kontrahirenden Regierungen in Ansehung aller jener Gegenstände, welche die Pflicht zu Kriegsdiensten und anderen persönlichen Verpflichtungen des Auswandernden betreffen, in der Gesetzgebung für ihre resp. Staaten durch gegenwärtige Uebereinkunft auf irgend eine Weise beschränkt sein.

4. Die Wirksamkeit dieser Uebereinkunft hat vom 20. Mai d. J. an, als dem Zeitpunkte des Abschlusses derselben, zu beginnen.

H e s s e n.

2587. Hfzd. v. 5. Nov. 1837 Z. 27131, Bdg. des mäh. Gub. v. 1. Dez. Z. 44843 (P. 182) und des böh. Gub. v. 4. Z. 59316 (P. 526). — Hfr. Ref. v. 13. Jan. 1838 F. 37.

Nachdem Se. Maj. der Kaiser und Se. Hoheit der Kurprinz und Mitregent von Hessen darin übereingekommen sind, daß — so wie solches bereits zu Folge des 18. Artikels der deutschen Bundesakte vom 8. Juni 1815 und des Beschlusses der deutschen Bundesversammlung vom 23. Juni 1817 in Rücksicht auf Vermögens-Exportationen aus den zum deutschen Bunde gehörenden öst. Landen in das Kurfürstenthum Hessen, und umgekehrt, besteht — gegenseitig der Abschopf und das Abfahrtsgeld auch zwischen den nachgenannten öst. Ländern: »dem Königreiche Lombardei und Venedig, dem Königreiche Galizien und Lodomerien, dem Königreiche Dalmazien, desgleichen den kroatisch-, flavonisch- und banatischen Militär-Grenzlanden« einerseits, und dem Kurfürstenthume Hessen anderseits aufgehoben werden soll, so ist über folgende Bestimmungen die Uebereinkunft getroffen worden:

1. Bei keinem Vermögens-Ausgange aus den vorgenannten öst. Ländern in das Kurfürstenthum Hessen — und umgekehrt — mag sich solcher Ausgang durch Auswanderung, Beerbung, Auszahlung eines Legates, oder Brautschazes, durch Schenkung, oder auf andere Art ergeben, soll irgend ein Abschopf (gabella haereditaria) oder Abfahrtsgeld (census emigrationis) erhoben werden, nur diejenigen allgemeinen Gaben ausgenommen, welche mit einem Erbschaftsanfalle, Legate, Verkaufe oder sonstigen Vermögens-Übergange verbunden sind, und ohne Unterschied, ob das Vermögen im Lande bleibt, oder hinausgezogen wird, ob der neue Besitzer ein Inländer oder ein Fremder ist, in den genannten öst. Ländern zu entrichten sind, oder künftig sein sollten, z. B. Erbschaft-Steuern, Stempel-Abgaben u. dgl. oder welche zu den Zollabgaben gehören.

2. Die Bestimmungen des vorhergehenden Artikels erstrecken sich auch auf alle jezt anhängigen Fälle. Unter diesen werden alle solche Fälle

verstanden, in welchen am Tage der Auswechslung der Ministerialerklärung — das ist: am 24. Okt. 1837 — das Abfahrts- oder Abschoßgeld noch nicht entrichtet sein wird.

3. Die im Vorstehenden bestimmte Freizügigkeit soll sich nur auf das Vermögen beziehen. Demnach bleiben ungeachtet dieses Uebereinkommens diejenigen k. öst. und kurfürstlich-hessischen Gesetze in ihrer Kraft bestehen, und sollen diejenigen gesetzlichen Gebühren entrichtet werden, welche die Person des Auswanderers, seine persönlichen Pflichten, namentlich seine Verpflichtung zum Kriegsdienste betreffen. Auch soll in Zukunft keine der hohencontrahirenden Regierungen in Ansehung aller jener Gegenstände, welche die Pflicht zum Kriegsdienste und andere persönliche Verpflichtungen der Auswandernden betreffen, in der Gesetzgebung für Ihre resp. Staaten durch gegenwärtige Uebereinkunft auf irgend welche Weise beschränkt sein.

Zugleich sind Se. Maj. der Kaiser und Se. Hoheit der Kurprinz und Mitregent von Hessen darin übereingekommen,

4. daß, so oft ein hinterlassenes Vermögen einer verstorbenen k. öst. Militärperson aus irgend einem Theile der öst. Monarchie an kurhessische Unterthanen übergeht — sei es als eigentliche Erben, sei es als Legatare oder Schenknehmer von Todeswegen — die Sache in Beziehung auf Abgaben-Erhebung k. öst. Seits durchgängig so behandelt werden soll, als sei ein öst. Unterthan vom Zivilstande der Erwerber, so daß namentlich kein Abschoß, sondern nur der gesetzliche Beitrag von 5 Proz. für den Invalidenfond zu entrichten ist, und

5. daß dagegen, so oft ein hinterlassenes Vermögen einer verstorbenen kurfürstlich-hessischen Militärperson aus dem Kurfürstenthume Hessen an öst. Unterthanen übergeht, sei es als eigentliche Erben, sei es als Legatare oder Schenknehmer von Todeswegen, durchgängig kein Abschoß, sondern überhaupt nur dasjenige an Abgaben kurhessischer Seits erhoben werden soll, was zu entrichten sein würde, wenn der Erwerber ein Inländer wäre.

Es wurde demnach gegenseitig die förmliche und verbindliche Erklärung gegeben, daß fortan gegen genaue Einhaltung des besagten Reziproklus von allem nach dem Kurfürstenthume Hessen ausgehenden Vermögen verstorbenen öst. Militärpersonen, und auch in denjenigen schon schwebenden Fällen, in welchen am Tage der Auswechslung, das ist am 24. Okt. 1837, die aufzuhebende Abgabe noch nicht bezahlt sein wird, keine weitem Gebühren erhoben werden sollen, als die, welche eintreten würden, wenn das Vermögen im Land bliebe.

Eine ähnlich Uebereinkunft, wie die vorstehende, ist auch mit dem Großherzogthume Hessen — und zwar folgenden Inhalts — geschlossen worden:

Nachdem durch das im Großherzogthume Hessen erlassene Finanzgesetz vom 26. Juni 1836 die Nachsteuer bei Auswanderungen und Vermögens-Exportationen — vom 1. Juli 1836 anzufangen — aufgehoben worden ist, so ist in Folge dessen die wechselseitige Versicherung erteilt worden, daß, so lange das erwähnte großherzoglich-hessische Gesetz beste-

hen wird, in allen Fällen von Vermögens-Exportationen aus den nicht zum deutschen Bunde gehörenden Länder der öst. Monarchie in das Großherzogthum Hessen — und umgekehrt — (es geschehe dieselbe durch Auswanderung des Besitzers, oder in Folge von Erbschaften, Legaten, Schenkungen, als Heirathsgut, oder in welcher Weise immer) künftig kein in die landesherrlichen Klassen fließendes Nachsteuer- und Abzugsgeld in irgend einer Weise wegen des zu exportirenden Vermögens werde angelegt, und erhoben werden, und daß, wenn etwa seit dem 1. Juli 1836 (als dem terminus a quo, von welchem Zeitpunkte an diese Ueberkunft Giltigkeit hat) noch in dergleichen Fällen ein solches Nachsteuer- oder Abzugsgeld erhoben worden wäre, dasselbe rückvergütet werden soll. —

Ionische Inseln, s. 2004.

Kirchenstaat und Italien.

2588. Circ. del Tribunale d' Appello gen. Venezia 28 Gennajo 1820 (Collezione di leggi, VII. vol. parte I. 93).

Il Supremo Senato di Giustizia, con aulico Decreto 19 eadente gennajo N. 49 partecipa, che il Governo Pontificio ha dichiarato, che ne' casi di addomandato rilascio di eredità apertasi nel Regno Lombardo-Veneto a favore di sudditi pontificj, si sono ritenute le massime stabilite tra l'Impero d'Austria, ed il Regno de' Paesi Bassi, state pubblicate con l'appellatoria circolare 21 agosto 1817 N. 8399 *); con la sola eccezione, che le regolari lettere *de observando reciproco* potessero anche spedirsi dalla Segreteria di Stato di Sua Santità per maggior autenticità delle medesime.

In adempimento del sullodato aulico Decreto, si rendono di ciò intese tutte le dipendenti prime Istanze per loro norma e direzione, avvertendole, che rispetto alle reversali da rilasciarsi dal canto delle magistrature Austriache, restano in vigore le veglianti ordinazioni **).

K r a k a u.

2589. Hfzd. vom 8. März 1827 N. 2264, an alle Lst.

Zwischen der Reg. der Freistadt Krakau und dem k. k. Residenten und General-Konsul daselbst, im Namen Sr. Maj. des Kaisers von Oesterreich, ein wechselseitiges Uebereinkommen getroffen worden, zu Folge dessen das Abzugsrecht in Fällen der Ausfuhr oder Uebertragung einer Erbschaft, oder eines einem Ausländer gehörigen Vermögens aus den k. k. Staaten aufgehoben wird, und diese Aufhebung nicht nur allein in allen künftigen Fällen, sondern auch in jenen ihre vollständige Wirkung haben soll, in welchen bis zum 22. Aug. 1826, als dem Tage der Un-

*) G. 2000. **) G. 2002.

terzeichnung der wechselseitigen Erklärung, die aufgehobenen Abzugsgebühren noch nicht wirklich und definitiv eingebracht worden wären.

Modena, Massa und Carrara, s. 932.

2590. Hfd. v. 10. März 1826 N. 2171, an alle A. G.

Die Beilage *) enthält die zwischen dem kais. österreichischen und dem herzoglich modenischen Hofe abgeschlossene Vermögens-Freizügigkeitskonvention, welche v. 6. Febr. 1826 an, als dem Tage der Auswechslung der diesfälligen Ratifikationen, zu gelten hat.

*) B e i l a g e.

Se. Majestät Franz der Erste, Kaiser von Oesterreich, König von Jerusalem, Ungarn, Böhmen, der Lombardie und Venedig, von Dalmazien, Kroatien, Slavonien, Galizien, Lodomerien und Ilirien; Erzherzog von Oesterreich; Herzog von Lothringen, Salzburg, Steiermark, Kärnthen, Krain, Ober- und Niederschlesien; Großfürst von Siebenbürgen; gefürsteter Graf von Habsburg und Tirol etc. etc. und Se. königl. Hoheit Franz der Vierte, königl. Prinz von Ungarn und Böhmen, Erzherzog von Oesterreich, Herzog von Modena etc. etc.

In der Absicht, Ihren Unterthanen die Vortheile der zwischen beiden Souverainen glücklich obwaltenden Blutsverwandtschaft durch mehrere Befestigung und Erweiterung des zwischen den Bewohnern der beiderseitigen Staaten bereits bestehenden Freundschafts- und Handelsverkehrs fühlbar zu machen, haben Sich bewogen gefunden, einen Vertrag abzuschließen, dessen Zweck dahin geht, das Recht des freien Abzuges von Vermögen, Erb- und Verlassenschaften zwischen Ihren gegenseitigen Staaten fest zu setzen; wie folgt:

1. Art. Zwischen den Staaten Sr. k. k. apostolischen Majestät und jenen Sr. königl. Hoheit des Herzogs von Modena, soll von jezt an eine vollkommene Freizügigkeit dergestalt statt finden, daß bei keiner Vermögens-, Erb- oder Verlassenschafts-Exportation, auf welche Art solche geschehen mag, ein Abschoss- oder Abfahrts-geld, oder Nachsteuer in den Staaten, wo diese Steuern bestehen, noch was immer für eine andere Abgabe aus irgend einem Titel erhoben werden soll, insofern dieselben seither wegen der Vermögens-Exportation in die landesfürstlichen Kassen geflossen sind.

2. Art. Die Aufhebung der vorerwähnten Abgaben schließt indessen weder die Abnahme der Auswanderungsgebühr, noch jener Steuern aus, welche in beiden Staaten bei dem Antritte einer Erbschaft oder Annahme einer Schenkung entrichtet werden müssen, indem die erstere mit den in den österreichischen Staaten bestehenden Auswanderungsgesetzen und Lokalverhältnissen in zu genauer Verbindung steht, und die zweiten durch die Gesetze beider Staaten in der Art vorgeschrieben sind, daß sie eben so gut von den eigenen Unterthanen in Fällen, wo von Auswanderung oder Vermögens-Exportation keine Frage ist, entrichtet werden müssen.

3. Art. Da dieses Recht der Freizügigkeit, seiner Natur nach, sich nur auf das außer Landes zu führende Vermögen bezieht, und nicht auf Personen anwendbar ist, so bleiben, dieses Vertrages ungeachtet, jene Vorschriften in den Staaten, wo sie bestehen, in gesetzlicher Kraft, welche jedem Unterthane bei Strafe der Vermögenskonfiskation die Verpflichtung auferlegen, vor der Ansässigmachung im Auslande die Auswanderungsbewilligung seines Landesherrn nachzusuchen.

4. Art. In Ansehung jener Individuen jedoch, welche bereits vor Abschließung des gegenwärtigen Vertrages ohne landesfürstliche Bewilligung ausgewandert sind, soll die Konfiskationsstrafe in den Staaten, wo dieselbe besteht, nur in dem Falle eintreten, wenn dergleichen Individuen sich in dem auswärtigen Staate ansässig gemacht, und von den diesfalls erlassenen landesherrlichen Verordnungen vollständige Kenntniß gehabt, so wie auch, wenn sie auf eine erhaltene obrigkeitliche Einberufung sich nicht gestellt hätten.

5. Art. In Folge eben dieses Grundsatzes wird festgesetzt, daß, ungeachtet des Rechtes der freien Vermögensexportation, die Erhebung der Militärpflichtigkeits-Redimirungssumme in den Fällen statt finden könne, wenn einem Individuum die Auswanderungsbewilligung ertheilt wird, welches nach seinen Personalverhältnissen der Militärpflichtigkeit unterliegt, und das Alter, das ihn derselben enthebt, noch nicht erreicht hat.

6. Art. Desgleichen bleibt es in Auswanderungsfällen in Rücksicht der Auswanderungsgebühr in den Staaten, wo dieselbe besteht, bei den bisher beobachteten Bestimmungen, nach welchen drei vom Hundert von dem Vermögen des Auswandernden, als eine auf seine Person sich beziehende Abgabe erhoben werden, und da die Abnahme der Erbsteuer auf Gesetzen beruhet, welche mit dem Freizügigkeitsrechte keine Verbindung haben, so hat auch der gegenwärtige Vertrag auf erwähnte Steuer keine Beziehung, sondern es bleibt beiden vertragschließenden Theilen unbenommen, hierüber von wegen ihrer Souverainengewalt jene gesetzlichen Bestimmungen zu treffen, welche ihnen angemessen scheinen werden.

7. Art. Es ist ferner verstanden, daß vorgedachte Bestimmungen auf die Zoll- und Mauthverordnungen, welche in den beiderseitigen Staaten gegenwärtig in Kraft stehen, oder in Zukunft eingeführt werden möchten, keinerlei Einfluß haben sollen.

8. Art. Obgleich vermöge dieses Vertrages alle Abzüge, in den Staaten, wo dieselben bestehen, die wegen der Vermögensexportation in die landesherrlichen Kassen fließen, aufhören, so soll dessen ungeachtet jenen Korporationen in dem einen oder dem andern Staate, und jenen Provinzialständen, die zur Erhebung einer Abgabe in Erbschaftsfällen berechtigt sind, dadurch nichts an ihren Befugnissen benommen sein.

9. Art. Dieser Vertrag soll schließlich als ein Staatsvertrag unwiderrufliche Gültigkeit erhalten, und vom Tage der Auswechslung der Ratifikationen, welche in drei Monaten erfolgen wird, angefangen, in volle Kraft treten.

2591. Hfd. v. 4. Juli 1830 N. 2472, an alle Est.

Mit Beziehung auf das Hfd. v. 8. März 1826 (Hfd. v. 10. März 1826 N. 2171 der J. G. S.), wird bedeutet, daß die unter dem 12. August 1823 zwischen Oesterreich und Modena abgeschlossene Freizügigkeitskonvention, durch eine gegenseitige Erklärung der beiden Regierungen, auf Massa und Carrara ausgedehnt wurde.

Nach dem mit dem herzoglich modenesischen Ministerium statt gefundenen Uebereinkommen hat die Kundmachung nach dem beiliegenden Entwurfe am 1. Aug. 1830 zu geschehen.

Kundmachungsentwurf. Da über die Frage: ob die unter dem 12. Aug. 1823 zwischen dem österreichischen und modenesischen Hofe abgeschlossene Freizügigkeitskonvention, durch die nunmehr erfolgte Vereinigung des Herzogthumes Massa und des Fürstenthumes Carrara mit dem modenesischen Gebiete, auch auf dieselben anwendbar geworden ist, ein Zweifel entstehen könnte; so haben Se. Majestät der Kaiser von Oesterreich, und Se. königl. Hoheit der Herzog von Modena, in der Absicht, jeder Ungewißheit in diesem Bezuge vorzubeugen, beschlossen, die Bestimmungen der erwähnten Konvention durch eine ausdrückliche Erklärung auf das Herzogthum Massa und das Fürstenthum Carrara auszudehnen.

Es soll daher hinsichtlich dieser Länder besagte Konvention von dem Tage der obernährten Gebietsvereinigung an, eben so volle Wirksamkeit haben, als wenn dieselben darin ausdrücklich genannt wären.

M o l d a u.

2592. Hfd. v. 24. Febr. 1820 N. 1651, an die n. ö. Landesregierung.

Da österr. Unterthanen das ihnen aus der Moldau zufallende Vermögen ohne allen Abzug erfolgt wird, ist auch in Ansehung der türkischen Unterthanen in der Moldau von Seite Oesterreichs ein Gleiches zu beobachten.

Nassau, f. 2571 — 2.

Niederlande.

2593. Hfd. v. 31. Mai 1815 N. 1152, an alle N. G.

Die Ausfolgung der Verlassenschaften nach den niederländischen Staaten unterliegt gegen jedesmalige Beibringung der Reversalien wegen wechselseitiger Willfährigkeit keinem Anstande. S. 2000 u. 2001.

Parma, f. 934.

2594. Freizügigkeitsvertrag zwischen Sr. k. k. apost. Maj. und Ihrer Maj. der kais. Prinzessin, Erzherzogin von Oesterreich, Herzogin v. Parma, Piacenza u. Guastalla. Geschl. zu Piacenza den 7. Nov. 1817, u. die Ratifikationen ausgetauscht am 1. März 1818 N. 1427.

Art. I. Zwischen den Staaten Sr. k. k. apostol. Majestät, und jenen Ihrer Majestät der Erzherzogin, Herzogin von Parma, soll in Handb. d. Siebigkeiten.

Hinfunkt eine völlige Freizügigkeit dergestalt statt finden, daß bei keiner Vermögens-, Erb- oder Verlassenschafts-Exportation, auf welche Art solche geschehe, ein Abschloß- oder Abfahrts-geld, oder Nachsteuer, wo diese noch bestehen, oder irgend eine andere Abgabe, aus was immer für einem Titel, erhoben werden darf, in so ferne dieselben bisher wegen der Vermögens-Exportation in die landesfürstlichen Kassen geflossen sind.

Art. II. Die Aufhebung der vorerwähnten Abgaben schließt indessen weder die Abnahme der Emigrations-Taxe, noch der Steuern, welche in beiden Staaten bei Antritt einer Erbschaft, oder Annahme einer Schenkung entrichtet werden müssen, aus, indem die erstere mit den in den österreichischen Staaten bestehenden Auswanderungsgesetzen und Lokalverhältnissen in zu genauer Verbindung steht, und die zweite durch die Gesetze beider Staaten in der Art eingeführt ist, daß sie von jedem Unterthan, der eine Erbschaft bezieht, erhoben wird, auch ohne daß dabei von einer Auswanderung oder Vermögens-Exportation die Frage wäre.

Art. III. Da dieses Recht der Freizügigkeit, seiner Natur zu Folge, sich nur auf das Vermögen bezieht, und nicht auf Personen anwendbar ist, so bleiben, dieses Vertrages ungeachtet, die Gesetze in ihrer rechtlichen Kraft, welche jedem Unterthan, bei Strafe der Vermögens-Konfiskation, die Verpflichtung auferlegen, vor der Ansässigmachung in fremden Landen, die Auswanderungs-Bewilligung seines Landesherrn nachzusuchen.

Art. IV. In Ansehung derjenigen, welche bereits vor Abschließung des gegenwärtigen Vertrages ohne landesfürstliche Bewilligung ausgewandert sind, soll jedoch die, in dem einen, oder dem andern Staate bestehende Konfiskations-Strafe nur alsdann eintreten, wenn solche Individuen sich in dem auswärtigen Staate ansässig gemacht, und von den diesfalls ergangenen landesherrlichen Verordnungen vollkommene Kenntniß gehabt, so wie auch, wenn sie ungeachtet einer erhaltenen obrigkeitlichen Einberufung sich nicht gestellet hätten.

Art. V. Als Folge eben dieses Grundsatzes wird festgesetzt, daß die Erhebung der Militär-Pflichtigkeits-Redimirungs-Summe in Fällen, wo einem Individuum die Auswanderungsbewilligung ertheilt wird, welches nach seinen Personalverhältnissen der Militär-Pflichtigkeit unterliegt, ohne die Jahre derselben zurückgelegt zu haben, ungeachtet des Rechtes der freien Vermögens-Exportation statt finden könne.

Art. VI. Dergleichen bleibt es in Rücksicht der Emigrations-taxe in Fällen der Auswanderung bei den bisher beobachteten Bestimmungen, wornach drei vom Hundert von dem Vermögen des Auswanderers als eine auf seine Person sich beziehende Abgabe erhoben werden, und da die Abnahme der Erbsteuer auf Gesetzen beruhet, welche mit dem Rechte der Freizügigkeit keine Verbindung haben, so hat auch der gegenwärtige Vertrag auf erwähnte Steuer keine Beziehung, sondern den beiden kontrahirenden Theilen bleibt es unbenommen, hierüber von souverainer Macht wegen jene gesetzlichen Bestimmungen zu treffen, welche ihnen am angemessensten scheinen werden.

Art. VII. Es ist ferner verstanden, daß vorgedachte Bestimmungen auf die Zoll- und Manthverordnungen, welche in den beiderseitigen Staaten dermal in Kraft stehen, oder in Zukunft eingeführt werden dürften, keinerlei Einfluß haben sollen.

Art. VIII. Obgleich vermöge dieses Vertrages alle Abzüge, die wegen der Vermögens-Exportation in die landesfürstlichen Kassen fließen, aufhören, so soll doch jenen Korporationen in dem einen, oder dem andern Staate, und jenen Provinzial-Ständen, die zur Erhebung einer Abgabe in Erbschaftsfällen berechtigt sind, dadurch nichts an ihren Befugnissen benommen sein.

Art. IX. Dieser Vertrag soll schließlich als ein Staatsvertrag von beiden Seiten unwiderrufliche Gültigkeit erhalten, und vom Tage der Ratifikations-Auswechslung angefangen nach seinem ganzen Umfange in volle Kraft treten.

P r e u ß e n .

2595. Hfd. v. 10. Okt. 1835 J. 25395, an alle Lst. (Pichl 311 *).

Se. k. k. Majestät und Se. königl. Majestät der König von Preußen sind übereingekommen, die zwischen Ihren gegenseitigen, zum deutschen Bunde gehörigen Ländern sowohl, als zwischen sämtlichen preussischen Staaten und dem lombardisch-venezianischen Königreiche bestehende Vermögens-Freizügigkeit in der Art auszudehnen, daß zwischen österreichischen Staaten, mit Ausnahme von Ungarn und Siebenbürgen, einerseits und zwischen sämtlichen preussischen Staaten andererseits, der Abschoß und das Abfahrtsgeld gegenseitig aufgehoben sein soll.

Zur näheren Bestimmung dieses Uebereinkommens wird hiemit folgende Erklärung beigefügt:

A. I. Bei keinem Vermögens-Ausgange aus den sämtlichen öst. Staaten, mit Ausnahme von Ungarn und Siebenbürgen, in die zur königl. preussischen Monarchie gehörenden Staaten, so wie aus den königl. preussischen Staaten in die k. k. öst. Staaten mit Ausnahme von Ungarn und Siebenbürgen, es mag solcher Ausgang durch Auswanderung oder Erbschaft, Legat, Brautschaz, Schenkung, oder auf andere Art erfolgen, soll irgend ein Abfahrtsgeld (census emigrationis) oder Abschoß (gabella haereditaria) erhoben werden. Von dieser Bestimmung bleiben jedoch diejenigen allgemeinen Abgaben ausgenommen, welche bei einem Erbschaftsanfalle, Legat, Verkaufe &c. &c. ohne Unterschied, ob das Vermögen im Lande bleibt, oder herausgezogen wird, ob der neue Erwerber ein Inländer oder ein Fremder ist, bisher in den beiderseitigen Landen haben entrichtet werden müssen, wie z. B. Erbschaftsteuer, Stempelgebühren u. dgl.

A. II. Die im Vorstehenden bestimmte Freizügigkeit soll sich sowohl auf diejenige Abgabe an Abschoß und Abfahrtsgeld, welche in die

*) Den Militärbehörden mit dem Bedeuten fdg., daß dadurch das Zir. v. 18. Okt. 1835 F. 1314 (**2596**) keine Aenderung zu erleiden habe (hfr. Zir. v. 21. Jänner 1836 F. 65. Mil. 7).

landesherrlichen Kassen fließt, als auf diejenigen erstrecken, welche etwa Privatpersonen, Kommunen, oder öffentlichen Stiftungen zufallen möchte.

U. III. Die Bestimmungen der Artikel I und II erstrecken sich auf alle jetzt anhängigen und auf alle künftigen Fälle. Unter die anhängigen Fälle werden alle diejenigen begriffen, in welchen am Tage der Auswechslung gegenwärtiger Ministerial-Erklärung, nämlich am 16. Aug. 1835, der Abschoß oder das Abfahrtsgeld noch nicht bezahlt war.

U. IV. Die im Vorstehenden bestimmte Freizügigkeit soll sich nur auf das Vermögen beziehen. Es bleiben demnach ungeachtet dieses Uebereinkommens diejenigen k. k. österr. und königl. preussischen Gesetze in ihrer Kraft bestehend, welche die Person des Auswandernden, seine persönlichen Pflichten und namentlich seine Verpflichtung zum Kriegsdienste betreffen. Es wird auch für die Zukunft, was die Gesetzgebung in Betreff der persönlichen Pflichten des Auswandernden, namentlich seine Verbindlichkeit zum Kriegsdienste anbelangt, keine der beiderseitigen Regierungen in der Gesetzgebung beschränkt.

U. V. Gegenwärtige, im Namen Sr. k. k. Majestät in hergebrachter Form ausgefertigte Erklärung soll nach Auswechslung einer entsprechenden Erklärung der königl. preussischen Regierung Kraft und Wirksamkeit in sämtlichen k. k. österr. Staaten mit Ausnahme von Ungarn und Siebenbürgen haben.

Von dieser zwischen dem k. k. österr. und königl. preussischen Hofe abgeschlossenen Uebereinkunft, wegen Ausdehnung des Vermögens-Freizügigkeits-Vertrages auf sämtliche k. k. österr. Staaten mit Einschluß von Galizien, Dalmazien und des lombardisch-venezianischen Königreiches, mit Ausschluß jedoch von Ungarn und Siebenbürgen, wird hiermit Jedermann, mit Beziehung auf das unterm 2. März 1820 kund gemachte Patent über die Vermögens-Freizügigkeit innerhalb des Gebietes des deutschen Bundes, in die Kenntniß gesetzt.

2596. Hfr. Jir. v. 18. Dft. 1835 F. 1314 (Mil. 210).

Da die Uebereinkunft, welche wegen gegenseitiger Aufhebung des Abschoßes und des Abfahrtsgeldes mittelst der im Namen Ihrer Majestäten des Königs von Preußen und des Kaisers von Oesterreich, respektive am 24. und 30. Juli d. J. ausstellten, und am 16. August d. J. ausgewechselten Ministerial-Erklärungen getroffen worden ist, sich nicht auf das Königreich Ungarn und Siebenbürgen erstreckt, und es sich als schwierig gezeigt hat, hinsichtlich des wechselnden Aufenthaltsortes der Militär-Personen gleichmäßige Grundsätze festzustellen, nach welchen in einzelnen vorkommenden Fällen zu entscheiden wäre, ob das von Militär-Personen hinterlassene Vermögen als dem Abschoß unterworfen anzusehen sei oder nicht, so sind Ihre besagten Majestäten über folgende Bestimmungen übereingekommen:

In allen Fällen, wo hinterlassenes Vermögen einer verstorbenen preussischen Militär-Person aus den königl. Staaten an österr. Unterthanen übergeht, sei es als eigentliche Erben, sei es als Legatäre oder Schenknehmer von Todeswegen, soll durchgängig kein Abschoß, sondern überhaupt nur dasjenige an Abgaben königlich preussischer Seits erhob-

ben werden, was zu entrichten sein würde, wenn der Erwerber ein Inländer wäre.

Dagegen soll in allen Fällen, wo hinterlassenes Vermögen einer verstorbenen österr. Militär-Person aus den kais. Staaten an preussische Unterthanen übergeht, sei es als eigentliche Erben, sei es als Legatare oder Schenknehmer von Todeswegen, die Sache in Beziehung auf Abgabenerhebung kais. österr. Seite durchgängig so behandelt werden, als sei ein österr. Unterthan vom Zivil-Stande der Erwerber, so daß namentlich kein Abschoss, sondern nur der gesetzliche Beitrag von 5 Prozent für den Invalidenfond zu entrichten ist. Dem gemäß wird mit Gegenwärtigem von königl. preussischer Seite die förmliche und verbindliche Erklärung gegeben, daß fortan gegen genaue Einhaltung des besagten Reziproklus von allem, nach den kais. österr. Staaten ausgehenden Vermögen verstorbener preussischer Militär-Personen, und zwar auch in denjenigen schon schwebenden Fällen, in welchen am Tage der Auswechslung gegenwärtiger Erklärung, die aufzuhebende Abgabe noch nicht wirklich bezahlt sein wird, keine weiteren Gebühren erhoben werden sollen, als die, welche eintreten würden, wenn das Vermögen im Lande bliebe.

Zur Urkunde dessen ist Namens Sr. königl. Majestät von Preußen die gegenwärtige Erklärung in herkömmlicher Form ausgefertigt worden, um gegen eine entsprechende Erklärung der kaiserlich österr. Regierung ausgewechselt zu werden.

So geschehen zu Berlin den 8. Sept. 1835.

(L. S.) K. preuß. Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten.
Ancillon.

Ist gegen eine gleichlautende Erklärung des k. k. öst. Hofes am 3. Okt. 1835 auf der geheimen Hof- und Staatskanzlei ausgewechselt worden.

Freiherr v. Ottenfels.

R u ß l a n d.

2597. Hfzd. v. 14. Juni 1824 N. 2015, an sämtl. Lst.

Se. Majestät haben zu befehlen geruhet: daß durch eine im Allerhöchsten Namen zu erlassende öffentliche Kundmachung den russischen Unterthanen die Befreiung von der Entrichtung des landesfürstl. Abfahrtsgeldes in den öst. Staaten auf so lange zugesichert werde, als sich die österr. Unterthanen einer gleichen Behandlung in den russischen Staaten zu erfreuen haben werden, welche Befreiung von dem Zeitpunkte an zu beginnen hat, an welchem in dem russischen Gebiete die Reziprozität in Wirksamkeit tritt.

2598. Hfzd. v. 28. Okt. 1824 N. 2047, an sämtl. Lst.

Die k. k. geheime Hof- und Staatskanzlei hat eröffnet: daß die den Länderstellen unter dem 14. Juni 1824 N. 2015 bekannt gemachte wechselseitige Aufhebung des landesfürstl. Abfahrtsgeldes zwischen den Unter-

thanen des russisch-kais. und des österr.-kaiserlichen Staates, worüber die beiden Regierungen damals nur in bedingter Form, nämlich unter ausdrücklichem Vorbehalte des Reziprokums übereingekommen waren, gegenwärtig auf eine unbedingte Weise durch die am 31. Juli 1824 erfolgten beiderseitigen ministeriellen Erklärungen mit dem Beisatze ausgesprochen worden ist, daß die Wirkung der Aufhebung des Abfahrts-geldes zu Gunsten der beiderseitigen Unterthanen sich nicht nur auf alle künftige Fälle, sondern auch auf jene Fälle erstrecken soll, wo bis zum 31. Juli 1824, als dem Tage der wechselseitigen ministeriellen Erklärungen, die Abnahme des Abfahrts-geldes noch nicht wirklich und definitiv Platz gegriffen hat *).

2599. Hfzd. v. 3. Juni 1825 N. 2102, an alle Lst.

Vermöge der zwischen dem k. k. Gesandten am St. petersburger Hofe, und dem kais. russischen Staatssekretär ausgewechselten ministeriellen Erklärungen, ist die Befreiung von der Entrichtung des landesfürstl. Abfahrts-geldes der beiderseitigen Unterthanen auch auf das Königreich Polen ausgedehnet, und der Anfangs-Termin v. 4. oder 16. April 1825 an, als dem Tage der Unterfertigung der oben erwähnten offiziellen Erklärungen mit dem Beisatze bestimmt festgesetzt worden, daß die Wirkung der Aufhebung des Abfahrts-geldes zu Gunsten der beiderseitigen Unterthanen sich nicht nur auf alle künftigen Fälle, sondern auch auf jene Fälle erstrecke, wo bis zum 4. April alten, oder 16. April neuen Stils 1825, als dem Tage der Unterfertigung der erwähnten offiziellen wechselseitigen Erklärungen, die Abnahme des Abfahrts-geldes noch nicht wirklich definitiv Platz gegriffen hat.

S a c h s e n.

2600. Hfzd. v. 11. Nov. 1835 Z. 27734, an alle Lst. (Pichl 331).

Se. k. k. Majestät und Se. Maj. der König von Sachsen sind übereingekommen, die zwischen Ihren gegenseitigen, zum deutschen Bunde gehörigen Ländern sowohl, als zwischen sämtlichen sächsischen Staaten und dem lombardisch-venezianischen Königreiche bestehende Vermögens-Freizügigkeit in der Art auszudehnen, daß zwischen sämtlichen österr. Staaten, mit Ausnahme von Ungarn und Siebenbürgen einerseits, und sämtlichen sächsischen Staaten andererseits, der Abschloß und das Abfahrts-geld gegenseitig aufgehoben sein soll.

Zur nähern Bestimmung dieser Uebereinkunft wird folgende Erklärung beigefügt:

Art. 1. Bei keinem Vermögensausgange aus den sämtlichen österr. Staaten, mit Ausnahme von Ungarn und Siebenbürgen, in die

*) Den Mil. Behörden mit dem Beisatze fdg., »daß hiernach von aus der Mil. Gerichtsbarkeit an Unterthanen des russischen Kaiserstaates zu erfolgenden Erbschaften, Vermächtnissen und Schenkungen von Todeswegen der Beitrag zum Invalidenfonde nur in dem Maße, wie von Inländern aus dem Zivilstande, d. i. mit 5 % nach vorherigem Abzuge der sonstigen Abhandlungsgebühren, abzunehmen sei (Hfr. Zir. v. 24. Febr. 1825 II. 190. Mil. 25).

zur königl. sächsischen Monarchie gehörigen Staaten, so wie aus den sächsischen Staaten in die k. k. österr. Staaten, mit Ausnahme von Ungarn und Siebenbürgen, es mag sich solcher Ausgang durch Auswanderung, oder Erbschaft, oder Legat, oder Brautschatz, oder Schenkung, oder auf andere Art ergeben, soll irgend ein Abschoss (*gabella haereditaria*), oder Abfahrtsgeld (*census emigrationis*) erhoben werden. Von dieser Anordnung bleiben jedoch diejenigen allgemeinen Abgaben ausgenommen, welche bei einem Erbschaftsanfalle, Legate, Verkaufe u. s. w. ohne Unterschied, ob das Vermögen im Lande bleibe, oder hinausgezogen wird, ob der neue Besitzer ein Inländer, oder ein Fremder ist, bisher in den beiderseitigen Staaten haben entrichtet werden müssen, wie z. B.: Erbschaftssteuer, Stempelabgaben, Zollgebühren u. dgl.

Art. 2. Die vorstehend bestimmte Freizügigkeit soll sich jedoch, unbeschadet dessen, was in Ansehung der Vermögens-Exportationen aus den zum deutschen Bunde gehörigen österr. Staaten in die sächsischen Provinzen, und umgekehrt durch die Bundesakte, und die Bundesbeschlüsse deshalb festgesetzt ist, nur auf denjenigen Abschoss und auf dasjenige Abfahrtsgeld, welches in die landesfürstlichen Kassen fließen würde, erstrecken, und werden den Individuen, Gemeinden und öffentlichen Stiftungen, in so ferne ihnen dergleichen Abzugsrechte zustehen, dieselben ausdrücklich reservirt.

Art. 3. Die in beiden vorstehenden Artikeln bestimmte Freizügigkeit soll sich auch nur auf das Vermögen beziehen.

Es bleiben demnach, ungeachtet dieses Uebereinkommens, diejenigen k. k. österr. und königl. sächsischen Gesetze in ihrer Kraft bestehen, und es sollen diejenigen gesetzlichen Gebühren entrichtet werden, welche die Person des Auswandernden, seine persönlichen Pflichten, und seine Verpflichtungen zum Kriegsdienste betreffen.

Auch soll in Zukunft keine der kontrahirenden Regierungen in Ansehung aller jener Gegenstände, welche die Pflicht zu Kriegsdiensten und andere persönliche Verpflichtungen des Auswandernden betreffen, in der Gesetzgebung für ihre Staaten durch gegenwärtige Uebereinkunft auf irgend eine Weise beschränkt sein.

Art. 4. Gegenwärtige im Namen Sr. k. k. Majestät in hergebrachter Form ausgesetzte Erklärung soll nach Auswechslung einer entsprechenden Erklärung der königl. sächsischen Regierung Kraft und Wirksamkeit in sämtlichen k. k. österr. Staaten, mit Ausnahme von Ungarn und Siebenbürgen haben.

Diese zwischen dem k. k. österr. und dem königl. sächsischen Hofe abgeschlossene, und nach erfolgter gegenseitiger Auswechslung auch bereits seit 28. Sept. l. J. in Wirksamkeit getretene Uebereinkunft wegen Ausdehnung des Vermögens-Freizügigkeitsvertrages auf sämtliche k. k. österr. Staaten mit Einschluß von Galizien, Dalmazien und des lombardisch-venezianischen Königreichs, mit Ausschluß jedoch von Ungarn und Siebenbürgen, wird mit Bezug auf das a. h. Pat. v. 2. März 1820 über die Vermögensfreizügigkeit innerhalb des Gebietes des deutschen Bundes zur allgemeinen Kenntniß gebracht.

S a r d i n i e n.

2601. Hfd. v. 24. März 1825 N. 2080, an alle A. G. Geschlossen zu Wien am 19. Nov. 1824 und die Ratifikationen eben daselbst ausgetauscht am 3. März 1825.

1. Art. Der am 31. Aug. 1763 zu Wien geschlossene und unterfertigte Vertrag wegen Aufhebung des Heimfallsrechtes zwischen den österreichischen und sardinischen Staaten wird, mit den nachfolgenden Zusätzen und näheren Bestimmungen, ausdrücklich bestätigt, und soll für alle Königreiche, Provinzen und Länder, aus welchen gegenwärtig beide Monarchien bestehen, volle Kraft haben.

2. Art. Außer der hiedurch in Gemäßheit der Gesetze und Anordnungen, welche in beiden Monarchien und in den verschiedenen dazu gehörigen Königreichen und Provinzen in Ansehung der Erbschaften bestehen, zu Gunsten der beiderseitigen Unterthanen festgesetzten Erbfähigkeit, soll in Zukunft zwischen den Staaten Seiner Majestät des Kaisers von Oesterreich und den Staaten Sr. Majestät des Königs von Sardinien eine vollkommene Freizügigkeit des Vermögens, der Erb- und Verlassenschaften aus einem Staate in den anderen dergestalt stattfinden: daß kein Abschloßgeld oder irgend eine andere Abgabe, die in einem oder dem anderen Staate bei Vermögensexportationen üblich wäre, eingefordert werden könne, insofern diese Abgaben und Auflagen in die landesfürstlichen Kassen geflossen sind.

3. Art. Die Aufhebung der vorerwähnten Abgaben begreift indes weder die Emigrationstare, welche mit den Auswanderungsgesetzen in zu genauer Verbindung steht, noch die Steuern, welche von Erb- und Verlassenschaften erhoben werden, und welche auch die eigenen Unterthanen bei Antritt einer Erbschaft, wenn dabei von einer Auswanderung oder Vermögensexportation auch keine Frage wäre, zu entrichten verbunden sind. Daher sich die beiden hohen kontrahirenden Mächte ausdrücklich das Recht vorbehalten, hinsichtlich der Emigrationstare und der Erbsteuer dasjenige festzusetzen, was ihnen angemessen scheinen wird.

4. Art. Da die Freizügigkeit ihrer Natur zu Folge nur auf das Vermögen, nicht aber auf Personen anwendbar ist: so ändert gegenwärtiger Vertrag nichts an den Gesetzen und Verordnungen, welche jedem Unterthane unter Konfiskations- oder anderer Strafe die Verpflichtung auferlegen, vor der Ansässigmachung in fremden Ländern die Auswanderungsbewilligung seiner Regierung nachzusuchen.

5. Art. Als Folge eben dieses Grundsatzes wird festgesetzt, daß, ungeachtet der auf diese Art eingeführten Freizügigkeit des Vermögens, die Erhebung der Militärpflichtigkeits-Redimirungstare dennoch in allen Fällen statt finden könne, wo die Auswanderungsbewilligung einem Individuum ertheilet wird, das nach seinen Personalverhältnissen der Militärpflichtigkeit unterliegt, und das Alter, wo diese Verpflichtung aufhört, noch nicht überschritten hätte.

6. Art. In Ansehung jener Individuen, welche bereits vor Abschließung des gegenwärtigen Vertrages, ohne vorläufig die landesfürstliche Bewilligung erhalten zu haben, ausgewandert sind, soll die Kon-

Exkursionsstrafe nur in jenem Falle anwendbar sein, wenn ein solches Individuum sich mit voller Kenntniß der gegen die Auswanderung bestehenden Gesetze im Auslande ansässig gemacht, und im Falle es vernachlässigt hätte, der obrigkeitlichen Einberufung Folge zu leisten.

7. Art. Es ist ferner verstanden, daß vorgedachte Bestimmungen auf die Zoll- und Maanthverordnungen, welche dermahl in den beiderseitigen Staaten in Kraft stehen, oder in Zukunft eingeführt werden dürften, keinerlei Einfluß haben sollen.

8. Art. Obgleich vermöge des gegenwärtigen Vertrages alle Abgaben und Taren, welche bisher im Falle einer Vermögenserportation an die landesfürstlichen Kassen entrichtet werden mußten, aufzuhören haben: so soll doch jenen Provinzialständen und Korporationen, die bei Erbschaftserportationen zur Erhebung einer Abgabe berechtigt wären, die Ausübung dieses Rechtes vorbehalten sein.

9. Art. Der gegenwärtige Vertrag soll ratifizirt, die Ratifikationen aber zu Wien in Zeit von vier Wochen, oder wo möglich noch früher, ausgewechselt werden. Er soll von beiden Seiten vom Tage der Ratifikationsauswechslung in volle Kraft und Gültigkeit treten.

Schweden.

2602. Hkd. v. 15. Jänner 1820 N. 1642, an alle Lst.

Die Beilage enthält die Kundmachung der königl. schwedischen Kanzlei-Direktion in Betreff der Abschaffung des jus detractus zwischen Schweden und Norwegen auf der einen, und einigen europäischen Staaten, worunter auch Oesterreich begriffen ist, auf der andern Seite.

Beilage.

Wir Lars v. Engeström, Graf, Staatsminister für die auswärtigen Geschäfte ic. ic., wie auch sämtliche Mitglieder der königl. Kanzlei-Direktion geben zu wissen: Nachdem Se. Majestät der König unter dem neunten des letzten Dezembers 1818 die Aufhebung des sogenannten jus detractus in Gnaden zu beschließen geruhet, oder der Abgabe des siebenten Theiles von jeder Erbschaft, welche außer Landes zu Gunsten solcher fremden Unterthanen gezogen wird, deren Regierungen geneigt wären, den schwedischen und norwegischen Unterthanen denselben Vortheil zu bewilligen; so haben bis jezt folgende Mächte eine Erklärung abgeben lassen, der zu Folge das erwähnte jus detractus innerhalb ihrer Staaten in Betreff der schwedischen und norwegischen Unterthanen aufgehoben wird, nämlich: Se. Majestät der Kaiser von Oesterreich, König von Ungarn, Böhmen, der Lombardei und Venedig; Se. Majestät der König von beiden Sizilien; Se. k. k. Hoheit der Erzherzog, Großherzog von Toskana; Ihre Majestät die Erzherzogin, Herzogin von Parma; Ihre Majestät die ehemalige Königin von Etrurien, Herzogin von Lucca; Se. königl. Hoheit der Churfürst von Hessen; und Se. königl. Hoheit der Großherzog von Mecklenburg-Strelitz.

In Folge dessen wird die erwähnte gnädige Bdg. v. 9. Dez. 1818 zu Gunsten der Unterthanen der oben angeführten Mächte, in so fern

sie eine Erbschaft aus Schweden, oder Norwegen zu beziehen haben, in volle Kraft und Wirkung gesetzt; welches die königl. Kanzlei-Direktion hiermit zur allgemeinen Nachricht bringt.

Stoßholm am 2. Sept. 1819.

Lars v. Engeström, 1c. 1c.

Graf Wetterstedt.

S c h w e i z.

2603. Pat. v. 21. Aug. 1804 N. 680.

Da Se. k. k. apost. Majestät durch die Berücksichtigung, daß durch die Erhebung der Nachsteuern, Abschopf- oder Abfahrts-gelder, welche von den um- und wegziehenden Landeseinwohnern, auch in Erbschafts-fällen gefordert wurden, der freie Verkehr zwischen den Unterthanen benachbarter Staaten erschwert, und der möglichen Erhöhung des Gewerbsfleißes Schranken gesetzt werden, Sich bewogen gefunden haben, den sämtlichen neunzehn Kantonen der löblichen schweizerischen Eidgenossenschaft den Wunsch zu einem freundschaftlichen Einverständnisse hierüber eröffnen zu lassen, und die so eben versammelte Tagsatzung, als oberste Behörde der Schweiz, in Kraft eines im vorigen Jahre genommenen Beschlusses, von gleichen Gesinnungen für das Beste Ihrer Landeseinwohner beseelt, zu einem solchen Freizügigkeitsvertrage sich willfährigst erklärte; so haben die beiderseitigen Bevollmächtigten dahin mit einander sich vereinbaret.

1. Art. Es soll von dem Tage der ausgewechselten Ratifikationen zwischen sämtlichen Staaten Sr. k. k. apost. Majestät, und sämtlichen neunzehn Kantonen der löblichen schweizerischen Eidgenossenschaft eine Freizügigkeit beobachtet, und von allen Angehörigen beider Staaten, bei ihrem Hin- und Herziehen, bei künftigen Erbschaften, oder anderweitigen Vermögensanfalle, ein Abschopf-, Abfahrts- oder Abzugsgeld, in soweit solches bisher zwischen Oesterreich und der Schweiz mit zehn, und zwischen Oesterreich und dem ehemaligen Freistaate der drei Bünde, mit fünf vom Hundert in die landesfürstliche oder Kantonskassen geflossen ist, nimmermehr eingehoben werden.

2. Art. Hiervon sind ausgenommen, die Schreib- und Handänderungsgebühren, die von den im Lande wohnenden, und darin bleibenden Einwohnern ebenmäßig bezogen werden.

3. Art. In Bezug auf diejenigen Abschopf-, Abfahrts- oder Abzugsgelder, welche Gemeinden oder Herrschaften in den k. k. Staaten zu beziehen berechtigt sind, soll eine vollkommene Reziprozität statt haben. Die eidgenössischen Kantone wollen denjenigen Gemeinden und Herrschaften welche die bisher genossenen Rechte gegen die Schweiz aufgeben, die gleiche Freizügigkeit ebenfalls gestatten; dagegen sie sich die nämlichen Bezüge gegen diejenigen für die Kantonskasse vorbehalten, die auf ihren Bezugsrechten beharren wollen.

Sollte man in der Folge finden, daß einige Artikel des gegenwärtigen Traktates Erläuterungen bedürfen, so haben die unterhandelnden Mächte sich ausdrücklich dahin einverstanden, durch gütliche Uebereinkunft

über die einer Ausgleichung bedürfenden Artikel das Nähere zu bestimmen.

Dieser Vertrag soll als ein Staatsvertrag von beiden Seiten unwiderrufliche Gültigkeit erhalten, und vom Tage der erfolgten beiderseitigen unmittelbaren Genehmigung rechtlich zu wirken anfangen *).

2604. Hfd. v. 18. Juli 1818 N. 1475, an sämtl. N. G.

Der zwischen Oesterreich und der Schweiz im Jahre 1804 N. 680 der Justizgesetzsammlung geschlossene Freizügigkeitsvertrag ist nunmehr auf alles Gebiet, welches die österr. Monarchie und die zwei und zwanzig Kantone der Eidgenossenschaft jetzt umfassen, ausgedehnet worden.

2605. Hfd. v. 14. März 1837 Z. 5140; Bdg. der n. u. v. ö. Reg. v. 31.; des mäh. Gub. v. 4. April Z. 12464 (P. 40); des böh. v. 7. Z. 15502 (P. 135); des steier. v. 12. Z. 5355 und des illir. v. 24. Juni Z. 14082.

In Anwendung der von Sr. Majestät hinsichtlich der Freizügigkeitsverhältnisse wiederholt a. h. genehmigten Grundsätze ist nach Eröffnung der k. k. geheimen Haus-, Hof- und Staatskanzlei und nach dem Wunsche der schweizerischen Eidgenossenschaft der am 3. Aug. 1804 zwischen den k. k. österr. Staaten und der schweizerischen Eidgenossenschaft abgeschlossene, und am 16. Aug. 1821 erweiterte Vertrag über eine gegenseitige Freizügigkeit des Vermögens neuerdings bestätigt, und auf alle dermal zur österr. Monarchie und zur schweizerischen Eidgenossenschaft gehörige Länder ausgedehnt worden, mit dem Beisatze: daß der in dem Artikel III. des erstbesagten Vertrages enthaltene Vorbehalt der Abschoss-, Abfahrts- und Abzugsgelder, welche einzelnen Städten, Gemeinden oder Herrschaften zustehen, von nun an zwischen der schweizerischen Eidgenossenschaft einerseits, und den zum deutschen Bunde gerechneten Provinzen der österr. Monarchie, dann dem lombardisch-venezianischen Königreiche, Galizien und Lodomerien, Dalmazien und den unter den Generalkommanden zu Agram, Peterwardein und Temeswar stehenden Militärgränzdistrikten andererseits als vollständig aufgehoben zu betrachten ist. Diese Uebereinkunft ist am 17. Febr. l. J. im Gebäude der k. k. geh. Haus-, Hof- und Staatskanzlei ausgewechselt worden **).

S i z i l i e n.

2606. Hfd. v. 6. Nov. 1818 N. 1515, an alle N. G.

In dem Königreiche beider Sizilien ist durch Bdg. v. 12. Aug. 1818, das Heimfälligkeitsrecht (Droit d'aubaine) in Ansehung aller jener

*) Den Mil. Behörden mit dem Bemerken fdg., daß dieser Vertrag auf das militär. Abfahrtsgeld keine Anwendung habe, somit dieses noch ferner abzunehmen sei (hfr. Bdg. v. 12. Dez. 1804 H. 919).

**) Den Mil. Gerichten mit dem Beifügen fdg., daß der 5 % Invalidenfondsbeitrag allerdings abzunehmen sei (hfr. Resk. v. 7. April 1837 F. 415. Mil. 22).

Staaten, die dasselbe gegen die sizilianischen Unterthanen nicht ausüben, aufgehoben worden; daher diese Verfügung zu dem Ende bekannt gemacht wird, damit auch gegen die Unterthanen des Königs beider Sizilien, den Anordnungen des a. b. G. B. gemäß, kein Heimfälligkeitsrecht ausgeübt werde.

2607. Hfd. v. 30. Juli 1819 J. 22426, an alle Lst. (G. 70).

Zufolge der im Wege der k. k. obersten Justizstelle an die k. k. Hofkanzlei gelangten Mittheilung der geheimen Hof- und Staatskanzlei ist im Königreiche beider Sizilien durch Dek. v. 24. Febr. 1819 das Heimfälligkeits-Recht in Ansehung der Unterthanen des österr. Kaiserstaates, v. 4. Okt. 1818 angefangen, aufgehoben worden. Diese Verfügung wird mit dem Beisatze bekannt gemacht, daß von jenem Zeitpunkte an, auch gegen die Unterthanen des Königreichs beider Sizilien, nicht bloß für die kaiserl. österr. Staaten im Allgemeinen, sondern auch insbesondere für das lombardisch-venezianische Königreich das Heimfälligkeits-Recht, den Anordnungen des a. b. G. B. gemäß als eingestellt erscheine.

T o s k a n a.

2608. Staats-Vertrag über die wechselseitige Freizügigkeit des Vermögens und der Pensionen zwischen dem österr. Kaiserstaate und dem Großherzogthume Toskana. Geschlossen zu Florenz den 31. August 1821 und in den beiderseitigen Ratifikationen ausgewechselt eben daselbst den 28. Febr. 1822, an alle N. G. mit Ausn. des dalmat. mittelst Hfd. v. 12. April 1822 N. 1847 erlassen.

Art. I. Zwischen den Staaten Sr. apostolischen Majestät, und jenen Sr. k. k. Hoheit des Erzherzogs, Großherzogs von Toskana, soll von jetzt an eine völlige Freizügigkeit dergestalt statt finden, daß bei keiner Vermögens-, Erb- oder Verlassenschafts-Exportation, auf welche Art solche geschehen mag, ein Abschoss-, oder Abfahrtsgeld, oder Nachsteuer in den Staaten, wo diese Steuern bestehen, noch was immer für eine andere Abgabe aus irgend einem Titel erhoben werden soll, in so fern dieselbe seither wegen der Vermögens-Exportation in die landesfürstlichen Kassen geflossen ist.

Art. II. Die Aufhebung der vorerwähnten Abgaben schließt indessen weder die Abnahme der Auswanderungsgebühr, noch jener Steuern aus, welche in beiden Staaten beim Antritte einer Erbschaft, oder Annahme einer Schenkung entrichtet werden müssen, indem die erstere mit den in den österr. Staaten bestehenden Auswanderungsgesetzen und Lokal-Verhältnissen in zu genauer Verbindung steht, und die zweiten durch die Gesetze beider Staaten in der Art vorgeschrieben sind, daß sie eben so gut von den eigenen Unterthanen in Fällen, wo von Auswande-

zung, oder Vermögens-Exportation keine Frage ist, entrichtet werden müssen.

Art. III. Da dieses Recht der Freizügigkeit seiner Natur nach sich nur auf das außer Landes zu führende Vermögen bezieht, und nicht auf Personen anwendbar ist, so bleiben, dieses Vertrages ungeachtet, jene Gesetze in den Staaten, wo sie bestehen, in Kraft, welche jedem Unterthan bei Strafe der Vermögens-Konfiskation die Verpflichtung auferlegen, vor der Ansässigmachung im Auslande die Auswanderungs-Bewilligung seines Landesherrn nachzusuchen.

Art. IV. In Ansehung derjenigen Unterthanen jedoch, welche bereits vor Abschließung des gegenwärtigen Vertrages ohne landesherrliche Bewilligung ausgewandert sind, soll die Konfiskationsstrafe in den Staaten, wo dieselbe besteht, nur in dem Falle eintreten, wenn solche Individuen sich in dem auswärtigen Staate ansässig gemacht, und von den diesfalls erlassenen landesherrlichen Verordnungen vollständige Kenntniß gehabt, so wie auch, wenn sie auf erhaltene obrigkeitliche Einberufung sich nicht gestellt hätten.

Art. V. In Folge eben dieses Grundsatzes wird festgesetzt, daß, ungeachtet des Rechtes der freien Vermögens-Exportation, die Erhebung der für die Ablösung der Militär-Pflichtigkeit zu entrichtenden Summe in den Fällen statt finden könne, wenn Jemanden die Auswanderungs-Bewilligung erteilet wird, welcher nach seinen Personal-Verhältnissen der Militär-Pflichtigkeit unterliegt, und das Alter, welches ihn derselben enthebt, noch nicht erreicht hat.

Art. VI. Desgleichen bleibt es in Auswanderungsfällen in Rücksicht der Auswanderungsgebühr in den Staaten, wo dieselbe besteht, bei den bisher beobachteten Bestimmungen, nach welchen Drei vom Hundert von dem Vermögen des Auswandernden, als eine auf seine Person sich beziehende Abgabe, erhoben werden, und da die Abnahme der Erbsteuer auf Gesetzen beruhet, welche mit dem Rechte der Freizügigkeit keine Verbindung haben, so hat auch der gegenwärtige Vertrag auf erwähnte Steuer keine Beziehung, sondern es bleibt beiden vertragschließenden Theilen unbenommen, hierüber von wegen ihrer souverainen Gewalt jene gesetzlichen Bestimmungen zu treffen, welche Ihnen angemessen scheinen werden.

Art. VII. Es ist ferner verstanden, daß vorgedachte Bestimmungen auf die Zoll- und Mauthverordnungen, welche in den beiderseitigen Staaten gegenwärtig in Kraft stehen, oder in Zukunft eingeführt werden möchten, keinerlei Einfluß haben sollen.

Art. VIII. Obgleich vermöge dieses Vertrags alle Abzüge in den Staaten, wo selbe bestehen, die wegen der Vermögens-Exportation in die landesherrlichen Kassen fließen, aufhören, so soll dem ungeachtet jenen Korporationen in dem einen, oder dem anderen Staate und jenen Provinzialständen, die zur Erhebung einer Abgabe in Erbschaftsfällen berechtigt sind, dadurch nichts an ihren Befugnissen benommen sein. Die Fortsetzung s. 933.

W ü r t e m b e r g.

2609. Hfd. v. 13. Dez. 1837 Z. 30379, an alle Lst.; Vdg. des
böh. Gub. v. 21. Febr. 1838 Z. 821 (P. 88). Hfr. Rest.
v. 12. Jänner 1838 F. 51.

Nachdem Se. Majestät der Kaiser und Se. Majestät der König von
Württemberg übereingekommen sind, die zwischen Ihren gegenseitig zum
deutschen Bunde gehörigen Landen bestehende Vermögensfreizügigkeit in
der Art auszudehnen, daß zwischen dem lombardisch-venezianischen Kö-
nigreiche, Galizien und Lodomerien, Dalmazien, und den unter den Ge-
neralkommanden zu Agram, Peterwardein und Temeswar stehenden Mi-
litär-Grenzdistrikten einerseits, und dem Königreiche Württemberg anderer-
seits, der Abschoß und das Abfahrtsgeld gegenseitig aufgehoben sein sollen,
so sind zur näheren Bestimmung dieses Uebereinkommens folgende Artikel
wechselseitig festgesetzt worden:

Art. 1. Bei keinem Vermögensausgange aus dem lombardisch-
venezianischen Königreiche, Galizien und Lodomerien, Dalmazien und den
unter den Generalkommanden zu Agram, Peterwardein und Temeswar
stehenden Militär-Grenzdistrikten in das Königreich Württemberg, so wie
aus letzterem in erstere, es mag solcher Ausgang durch Auswanderung
oder Erbschaft, Legat, Brautschatz, Schenkung oder auf andere Art er-
folgen, soll irgend ein Abfahrtsgeld (census emigrationis) oder Abschoß
(gabella haereditaria) erhoben werden.

Von dieser Bestimmung bleiben jedoch diejenigen allgemeinen Ab-
gaben ausgenommen, welche bei einem Erbschaftsanfall, Legat, Verkauf
u. dgl. ohne Unterschied, ob das Vermögen im Lande bleibt oder hinaus-
gezogen wird, ob der neue Erwerber ein Inländer oder ein Fremder ist,
in den beiderseitigen Landen entrichtet werden müssen, wie z. B. Erb-
schaftssteuer, Stempelgebühren, oder welche zu den Zollabgaben gehören.

Art. 2. Die im vorstehenden Paragraphe bestimmte Freizügigkeit
soll sich sowohl auf diejenige Abgabe von Abschoß und Abfahrtsgeld,
welche in die landesherrlichen Kassen fließt, als auf diejenige erstrecken,
welche etwa Privatpersonen, Kommunal- oder öffentlichen Stiftungen
zufallen möchte.

Art. 3. Die Bestimmungen des vorhergehenden Artikels erstrecken
sich auch auf alle jetzt anhängigen Fälle. Unter diesen werden alle solche
Fälle verstanden, in welchen am Tage der erfolgten Auswechslung der
betreffenden Ministerialerklärungen, nämlich am 28. Nov. 1837, von
welchem Tage anzufangen diese Freizügigkeits-Uebereinkunft in Kraft
und Gültigkeit zu treten hat, der Abschoß oder das Abfahrtsgeld noch
nicht gezahlt worden war.

Art. 4. Die im Vorstehenden bestimmte Freizügigkeit soll sich nur
auf das Vermögen beziehen.

Es bleiben demnach ohngeachtet dieses Uebereinkommens jene kais.
österr. und königl. württembergischen Gesetze in ihrer Kraft bestehen, wel-
che die Person des Auswandernden, seine persönlichen Pflichten und
namentlich seine Verpflichtung zum Militärdienste betreffen.

Es soll auch für die Zukunft keine der hohen kontrahirenden Regierungen in Ansehung aller jener Gegenstände, welche die Pflicht zum Militärdienste oder andere persönlichen Verpflichtungen der Auswandernden betreffen, in der Gesetzgebung für ihre Staaten durch gegenwärtige Uebereinkunft beschränkt sein.

Allgemeine Bestimmungen.

2610. Hfd. v. 18. Sept. 1815 N. 1173, an das in ö. M. G.

Se. Majestät haben über die Wirksamkeit der mit mehreren Mächten bereits bestehenden Freizügigkeitsverträge, in Beziehung auf die neu erlangten Provinzen, und im Betreff des im italienischen Gebiete noch bestehenden *Droit d'aubaine* oder *Juris albinagii* zu befehlen geruhet: daß, in solange die gegenseitigen Freizügigkeitsverträge nicht auch auf die neu erworbenen Provinzen mit allen Mächten ausgedehnt sein werden, mit welchen solche Verträge bestehen, die abzugsfreie Ausfolgung eines Vermögens in dergleichen Staaten nur gegen Reversalien de observando reciproco statt haben solle. Die Behörden haben demnach bei Vermögens- oder Erbschaftsexportationen von Fall zu Fall die Anzeige an das Gubernium zu erstatten, und von dem Gubernium ist sodann die Bewilligung der abzugsfreien Ausfolgung in fremde Staaten nur gegen Reversalien de observando reciproco zu ertheilen.

Unter einem haben Se. Majestät auch anzuordnen geruhet: daß in den Provinzen und Antheilen des ehemaligen Königreichs Italien, die demahlen an Oesterreich gekommen sind, das dort bestehende *Droit d'aubaine* oder *Jus albinagii* aufgehoben werden solle, welches daher mit dem 1. Aug. 1815 gänzlich aufzuhören hat.

Von diesem Zeitpunkte an haben die Vorschriften für Vermögens- und Erbschaftsexportationen, welche in den alten österr. Provinzen gelten, im Allgemeinen einzutreten; hinsichtlich der abzugsfreien Exportation in jene Staaten, mit welchen Freizügigkeitsverträge bestehen, ist sich aber nach der oben angeführten Vorschrift zu benehmen.

2611. Hfd. v. 18. März 1833, an das gal. Sub. (Winiwarter's Nachträge der Gesetze zum a. b. G. B. S. 10.)

»Diese Vorfrage*) kann zwar nicht allgemein entschieden werden, sondern es muß auf den Wortlaut der Verträge oder Staatsakten, auf welchen die Freizügigkeit beruht, Rücksicht genommen werden.«

»Ueber die Hauptmomente, worauf es indessen bei Anwendung der Freizügigkeitsverträge auf die vorkommenden Vermögensexportationsfälle am meisten ankommt, findet die vereinte Hofkanzlei einvernehmlich mit der k. k. geheimen Hof- und Staatskanzlei und der k. k. allg. Hfäm., in

*) Bei Gelegenheit eines speziellen Falles wurde die Frage zur Sprache gebracht: ob in Vermögensexportationsfällen zur Befreiung vom Abfahrtsgelde außer dem Bestehen eines Freizügigkeitsvertrages mit dem Staate, wohin das Vermögen exportirt wird, auch noch der Beweis erforderlich sei, daß der auswärtige Empfänger ein wirklicher bleibender Unterthan dieses Staates sei.

deren Geschäftskreis eigentlich dieser Gegenstand gehört, dem Gubernium Folgendes zu erinnern:

»Wenn in den Verträgen bloß von den gegenseitigen Unterthanen die Rede ist, so unterliegt es keinem Anstande, daß man berechtigt sei, in den Fällen, wo über die Unterthanseigenschaft des Individuums, zu dessen Gunsten die Vermögensexportation geschieht, ein Zweifel obwaltet, darüber einen näheren Beweis zu fordern, wenn es überhaupt für nothwendig gehalten wird, auf diese Bedingnisse zu dringen, und sich nicht etwa mit der Versicherung begnügt werden kann, daß auch von dem andern kontrahirenden Theile der österreichischen Unterthanen im weitern Sinne bei Vermögensexportationen die Rücksicht des Abfahrtsgeldes zugestanden wird.«

»Wenn aber in den Verträgen die Bestimmung so lautet, daß zwischen dem österreichischen und dem andern Staate eine vollkommene Freizügigkeit des Vermögens bestehen soll, so sind allerdings Fälle denkbar, wo die Freizügigkeit auch solchen Individuen vertragsmäßig zu Guten zu kommen hätte, die nicht gerade wirkliche und bleibende fremde Unterthanen jenes Staates sind, z. B. angesessene Kaufleute und Fabrikanten in freien Handelsstädten u. s. w., in welchen Fällen dann die Bedingung, daß das betreffende Individuum sich erst über die Unterthanseigenschaft auszuweisen hätte, leicht Reklamationen veranlassen könnte, welchen nach dem Wortlaute des Vertrages zu begegnen, man sich nicht in der Lage finden würde, und es wird daher bei Anwendung der dießfälligen Verträge eher eine den Parteien günstige als beschränkende Auslegung statt zu finden haben, insoferne nicht die Gewißheit vorhanden ist, daß von den andern kontrahirenden Theilen die beschränktere Auslegung angewendet würde.

Militärtaordnung.

2612. Hfd. v. 19. Jänner 1811 N. 923, an alle N. G.

Die Anlage enthält die neue allg. T. O. in Streitsachen, und in den Geschäften des adeligen Richteramtes für die k. k. Militärgerichte, welche mit dem 1. März d. J. in Wirkung zu treten hat.

Allgemeine Taordnung *)

in Streitsachen und in den Geschäften des adeligen Richteramtes für die k. k. Militärgerichte vom 6. Dez. 1810 C. 1395.

In Streitsachen.		fl.	kr.
§. 1.	Für jeden Bescheid über ein Anbringen in dem ordentlichen Verfahren oder in der Exekuzionsführung, wo in dieser T. O. nicht ausdrücklich eine höhere Tare dafür bemessen ist, dann für einen Rathschlag (f. 2261.)	—	6
§. 2.	Für die Aufnahme einer mündlichen Klage in das Protokoll	—	15
§. 3.	Für die Aufnahme des mündlichen Verfahrens in das Protokoll (f. 2613.)	—	15
§. 4.	Für die erste Erstreckung der Tagsatzung §. 29, 31, 32, der a. G. O.	—	15
	Für jede weitere solche Erstreckung	—	45
§. 5.	Für die erste Fristerstreckung im schriftlichen Verfahren, wenn sie die gesetzliche nicht überschreitet §. 38, 45, 51	—	30
	Dagegen für jede weitere Fristerstreckung, so wie für die erstere, wenn sie die gesetzliche überschreitet	—	45
§. 6.	Für die Einsetzung in den vorigen Stand gegen eine verstrichene Fallfrist, vermög Hfd. v. 1. Juli 1790	—	45
§. 7.	Für die Bewirkung eines gerichtlichen Vergleiches, oder für eine gerichtliche Behandlung der Gläubiger	—	45
§. 8.	Für die Inrotulirung der Akten	1	30
§. 9.	Für jedes Urtheil im mündlichen Verfahren	1	30
§. 10.	Für jedes Urtheil im schriftlichen Verfahren	2	—

*) Abnahme der Taxen in R. M. f. 2616 §. 12 u. 2623, und in nicht vollwichtiger Münze f. 2453.

	fl.	fr.
§. 11. Für die Hinausgabe der Beweggründe ist nur die Schreibgebühr nach dem Ausmaße von §. 27 zu entrichten		
§. 12. Für jedes Appellations- oder Revisionsurtheil ist eben dieselbe Taxe zu entrichten, welcher das Urtheil des ersten Richters unterliegt		
§. 13. Für die Intimazion eines Appellations- oder Revisionsurtheiles an die Parteien	2	—
§. 14. Für die Ausfertigung eines Ediktes ohne Rücksicht, ob dasselbe nur an einem oder an mehreren Orten anzuschlagen ist	1	30
§. 15. Für die Aufschlagung und Abnahme eines Ediktes, dem Gerichtsdienner für jeden Akt (§. 2614.)	—	15
§. 16. Für die Aufnahme eines Eides	1	—
§. 17. Für das Verhör eines Zeugen bei Gerichte oder in dessen Wohnung, mit Inbegriff der Eidesabnahme	1	30
§. 18. Für jedes Ersuch- oder Antwortschreiben	1	—
§. 19. Für jeden mittelst Dekretes ausgefertigten Befehl, der an den Verwalter des Vermögens, Vertreter der Masse, oder an den Sequester u. d. gl. ergeht	—	45
§. 20. Für die Zustellung einer gerichtlichen Verordnung im Gerichtsorte dem Gerichtsdienner (§. 2614.)	—	15
Außer dem Gerichtsorte sind die Zustellungen durch die Post, oder nach der bisherigen Beobachtung und den Lokalverhältnissen zu besorgen.		
§. 21. Für die Bewilligung eines Verbothes auf die Gage, so wie für jede andere Bewilligung einer Exekution	—	15
§. 22. Für die bewilligte Ausfolglassung eines mit Verboth belegten, oder in die Exekution gezogenen Gutes	—	15
§. 23. Der Gerichtsperson, welche einen in den §§. 305, 307, 314, 342 der a. O. vorgeschriebenen Exekutionsakt vornimmt (§. 2614.)	1	—
§. 24. Für jede Relationserstattung über einen vollzogenen gerichtlichen Auftrag, mit Inbegriff der hierauf erfolgenden Erledigung	1	30
§. 25. In den Fällen, wo eine Gerichtsperson bei Beaugenscheinung, Beschreibung, Schätzung oder Feilbiethung eines in Streit verflochtenen, oder in die Exekution gezogenen Gutes einschreitet, gebühren derselben, wenn hierzu ein oder mehrere Tage erforderlich sind, die charaktermäßigen Diäten, und zwar: dem Generalauditorlieutenant	4	—
Dem Stabsauditor	3	—
— Garnisons- oder Regimentsauditor	2	—
— Gerichtsaktuar	2	—
— Gerichtskanzelisten bei dem Jud. del. mil. oder mixt.	1	30

	fl.	fr.
Dem Bürgermeister oder Sindikus einer Militärkom- munität	2	—
Einem Magistratsrathe	1	30
— Magistratskanzelisten	1	—
Eben so gebühren dem Generalauditorlieutenant, Stabs- oder Regimentsauditor bei kriegsrechtlichen oder andern Untersuchungen, wo er nach dem §. 1 der hofkriegs- rätlichen Verordnung vom 19. Okt. 1808 auf Diäten Anspruch hat, für den Tag, an welchem gesprochen wird, es mag ein kriegsrechtliches Urtheil oder Er- kenntniß sein, nebst dem Taggelde noch insbesondere (f. 2615—16)	5	—
§. 26. Für die Schätzmänner nebst der Schätzungsgebühr von ei- nem halben Kreuzer für jeden Gulden, auch für jeden Tag Jedoch sind sie auf den Fall, daß einer übertriebenen Schätzung wegen die Sache nicht angebracht werden kann, verbunden, für den Werth zu haften, und die geschätzte Sache selbst um den Schätzungsbetrag zu übernehmen. Wenn es sich nicht um die Bestimmung des Werthes einer Sache, sondern um die Beurtheilung durch Kunst- verständige handelt, und die Parteien mit derselben sich über ihre Belohnung nicht einverstehen, hat diese der Richter über Vernehmung des einen und des an- dern Theiles, nach Beschaffenheit der angewandten Mühe und Kunst, dann mit Rücksicht auf den Stand der Kunstverständigen zu bestimmen.	1	—
§. 27. Für jede Abschrift, welche die Partei von dem Gerichte abverlangt, wie auch für jeden Protokollauszug sind an Schreibgebühr zu bezahlen vom Bogen Wenn diese Abschrift oder der Auszug keinen ganzen Bogen beträgt Ueberhaupt sind die Parteien durch unnöthige Weit- läufigkeit nicht zu beschweren.	—	30
§. 28. Für die Vidimirung einer Urkunde vom Bogen Wenn diese keinen ganzen Bogen beträgt	—	15
§. 29. Abschriften und Vidirungen zum Gebrauche des Ge- richtes selbst von Amts wegen zu machen. Legali- sation f. 2617—18.	—	30
§. 30. Für die gerichtliche Verwahrung eines im Streite be- findlichen Gutes und sonstigen Depositums ist bei Er- folglassung desselben zu entrichten: a) Bei dem jud. del. mil. oder mixt. Vom baaren Gelde, Gold, Silber und Präziosen für jeden Gulden des Werthes Von Obligationen für den Gulden	—	1
	—	1/4

b) Bei den Militärkommunitäten in den Gränzen für Erfolglassung der Depositen :

Vom Golde, Silber, baaren Gelde, Präziosen, für jeden Gulden des Werthes

Von Obligazionen für den Gulden

Bei den Feldstabsauditoriaten, bei den Linien- und Gränzregimentern bestehen keine Depositencassen; es müssen daher alle Depositen bis zur Erfolglassung in der Kriegs- oder Regimentskasse unentgeltlich aufbewahrt werden.

§. 31. Endlich ist bei den Militärkommunitäten, welche ordentliche Grund- und Vormerkbücher zu unterhalten haben, bei jeder Veränderung des Grundbesizes durch Kauf oder Schenkung von dem ganzen Kaufschillinge oder dem Werthe der Realität, wenn diese Veränderung aber durch Erbschaft geschieht, nur nach Abzug der Passiven, von dem Reste des Schätzungswerthes derselben das Laudemium mit 1 pr. Zt. abzunehmen.

§. 32. Wenn Jemand zur Erlangung des Pfandrechtes auf eine in der Militärkommunität liegende Realität die gerichtliche Vormerkung erwirkt, ist von jedem Gulden der vorzumerkenden Summe ein Viertelfreuzer, und eben so viel bei Löschung einer solchen Vormerkung zu entrichten.

Bei den Gränzregimentern bestehen eigene Grundbuchsführer, welche alle Besitzveränderungen der Gränzer, so wie die Vormerkung und Löschung eines Pfandrechtes auf ihre Realitäten unentgeltlich zu bewirken haben.

In den Geschäften des adeligen Richteramtes.

§. 33. Bei Anlegung und Abnahme der Sperre für jeden Akt (s. 2619)

§. 34. Für die Kundmachung eines Testamentes, Kodizils, oder Heirathsbriefes, der eine leztwillige Anordnung enthält, und zwar für die Kundmachung jeder dieser Urkunden

§. 35. Für die Vornehmung der Inventur oder gerichtlichen Versteigerung in Verlassenschafts- und Krida-Fällen gebühren den Gerichtspersonen im Gerichtsorte die in dieser T. O. unter §. 25 ausgemessenen Taggelder, den bei dem Jud. deleg. mil. mixt. in Wien aufgestellten eigenen Sperr-Kommissären aber innerhalb den Linien täglich

§. 36. Für die Schatzmänner treten bei Verlassenschaften eben

fl.	fr.
—	12 1/2
—	—
1	—
2	—
3	—

	fl.	fr.
die Gebühren und Vorschriften ein, die oben im N. 26 angeführt sind.		
§. 37. Für die Ausfertigung eines Dekretes zur Aufstellung eines Vormundes, Kurators, Masserevertreters u. d. gl.	1	—
§. 38. Für die Liquidirung der bei einer Verlassenschaft außer dem Rechtswege vorkommenden Passiven (S. 2620)	—	45
§. 39. Für Erledigung einer schriftlich überreichten Erbser- klärung	—	45
Wird aber die Erbserklärung mündlich zu Protokoll gegeben, so sind noch insbesondere zu entrichten . .	—	30
§. 40. Für jeden Bescheid, der von der Abhandlungsinstanz über eine eingereichte Bittschrift erteilt wird, und für den in der gegenwärtigen T. D. nicht ausdrück- lich eine höhere Gebühr bestimmt ist *)	—	6
§. 41. Die Sterbtaxe (Mortuarium **) wird, wenn die Ver- lassenschaft 100 fl. übersteigt, bei den Regimentern, Korps- und Militärkommunitäten in den Gränzen, von jedem Gulden abgenommen mit	—	1
Bei dem Jud. del. mil. oder mixt. von jedem Gul- den mit	—	2
S. 2621—4 ***)		
§. 42. Für die Einantwortung einer Erbschaft	—	15
§. 43. Für die Kadußerklärung einer erblosen Verlassenschaft (S. 2625—6)	1	30
§. 44. Für die Verordnung über die von einem Vormunde angefuchte Bewilligung zur Veränderung des Standes seines Mündels, zur Veräußerung eines Pupillargu- tes, und jede solche Bewilligung	—	45
§. 45. Für die Großjährigkeitserklärung	—	45
§. 46. Für die Nachsicht der Jahre (venia aetatis) (S. 2627)	12	45
§. 47. Für die Aufnahme der Pupillar = Kuratels = Admini- strations- oder sonstiger Rechnungen sind von der Nuznießung im ersten Jahre zwei Perzente, in den		

*) Die ämtliche Ausfertigung der Abschrift des Handlungsausweises und des diesfälligen Bescheides hat tarfrei zu geschehen; erfolgt sie aber über ein Gesuch der Partei, so ist für den Bescheid die Taxe mit 6 fr. abzunehmen (Hfr. Resk. v. 10. Juli 1839 C. 792).

**) Da die Mil. Verlassenschaften ex officio abgehandelt und alle Einleitungen zur Erhebung des Aktiostandes von Amtswegen getroffen werden müssen, wofür, so wie für die Abhandlung selbst den Auditors die Sterbtaxe bewilligt ist, so dürfen für die in derlei Geschäften auszufertigten Ersuchschreiben keine Taxen insbesondere abgenommen werden (Hfr. Resk. v. 21. Jänner 1824 C. 53 und Bdg. des Mil. U. G. v. 3. Febr. J. 1114).

***) Die vollständige Lehre über das Mil. Mortuar s. in Bergmayr's bürger. Rechte. II. Th. S. 518.

übrigen Jahren aber nur ein halbes Perzent als eine Rechnungstaxe, und zugleich von dem Betrage dieser Taxe das Sechstheil für das Absolutorium abzunehmen; dagegen der Summarextrakt, die Erledigung der Mängel und Supermängel, dann das Absolutorium ohne weitere Taxabforderung hinaus zu geben.

Wo die Kuznießung jährlich 100 fl. nicht übersteigt, ist keine Rechnungs- oder Absolutoriumstaxe abzufordern, sondern für Erledigung, für den Summarextrakt und das Absolutorium bloß die Expeditionstaxe, und zwar für jede dieser Urkunden abzunehmen.

Diese Gebühren haben nach dem §. 27 des achten Zirkularreskriptes vom 16. Dez. 1804, die Beamten, welche die Revision der Rechnungen besorgen, nach der in diesem Paragraphhe bestimmten Modifikation zu beziehen. **§. 2628—9.**

Grundsätze,

welche bei Abnahme und Verrechnung der Taxen, sowohl in Hinsicht auf Streitsachen, als in den Geschäften des adeligen Richteramtes zu beobachten sind:

1. Die Taxen sind bei allen Militärjustizbehörden ohne Ausnahme und Unterschied der Personen, nach keiner andern Bestimmung oder Richtschnur als nach der gegenwärtigen allg. T. O. abzunehmen.

2. Die Taxe hat jene Partei zu entrichten, auf deren Anlangen die der Taxe unterliegende richterliche Erledigung, Verfügung, Zustellung oder das sonstige gerichtliche Einschreiten geschieht; nur für die Aufnahme der Sitzreden in das Protokoll bei dem mündlichen Verfahren, für die Inrotulirung der Akten, und für die Urtheile erster, zweiter und dritter Instanz, haben beide Theile die bestimmte Taxe zu entrichten.

3. Wegen unterlassener Taxberichtigung ist keine richterliche Verfügung, Erledigung oder Zustellung zurück zu behalten, sondern die Taxe ist einstweilen vorzumerken, der Betrag unter einem, mittelst Abgabe der Taxnote, abzufordern, und wenn sie binnen 8 Tagen nicht erlegt wird, ist sie im Wege der Exekution einzubringen; da, wo Advokaten für die Parteien einschreiten, haben diese für die richtige Abfuhr der Taxen zu haften. **§. 2630.**

4. Von allen Taxen sind diejenigen frei zu lassen, die ihre Armuth durch obrigkeitliches Zeugniß, oder auf andere rechtliche Art darthun; im Falle jedoch eine solche mittellose Partei mit einer vermöglichen streitet, sind die Taxen vorzumerken, damit sie auf den Fall, als der vermögliche Theil in den Ersatz der Gerichtskosten verfällt werden sollte, von diesem hereingebracht werden können*).

*) Ueber die Aufstellung der ex officio Vertreter und die Taxvormerkung s. **2220 u. f. insbesondere 2239—42.**

5. Die Mannschaft vom Feldweibel und Wachtmeister abwärts ist in Streitsachen durchaus, in den Geschäften des adeligen Richteramtes aber dann tarfrei zu lassen, wenn die reine Erbschaft nicht 500 fl. beträgt, welches sich auch auf ihre Weiber und Kinder versteht, falls diese als Erben eintreten.

Eben so sind die dienenden Militärgränzer und ihre Gränzhäuser in Streitsachen und in Geschäften des adeligen Richteramtes unter obiger Bestimmung tarfrei zu lassen; nur Handelsleute und Professionisten, die von ihren Besitzungen keine Militärdienste leisten, sind sowohl in Streitsachen als in den Geschäften des adeligen Richteramtes, so wie die Offiziere, die Arentatoren und andere zum eigentlichen Gränzstande nicht gehörige Einwohner der Gränzprovinzen, die vorgeschriebenen Taxen zu entrichten verbunden. S. 2631—5.

6. Wenn auf Schiedsrichter kompromittirt, und über ihre Belohnung nichts verabredet worden ist, können sie auf keine andere, als die in dieser T. D. bemessenen Gebühren Anspruch machen.

7. Bei Inventuren, Lizitationen, Beaugenscheinigungen und andern Kommissionen, wo die Gerichtspersonen die in dieser T. D. bemessenen Tagsgelder anzusprechen haben, sind diese nur von denjenigen Individuen, und zwar nach der von ihnen bekleideten Charge zu beziehen, welche bei dem Gerichtsakte wirklich erscheinen. Wird zu einem Geschäfte kein ganzer Tag erfordert, so gebühret auch nur die Hälfte der charaktermäßigen Tagsgelder. S. 2615.

8. Da bei dem niederösterreichischen Jud. del. mil. mixt. wegen der bei demselben vorkommenden häufigen Sterbefälle eigene Sperr-, Inventurs- und Lizitationskommissäre bestehen, so wird jedem von diesen ohne Rücksicht auf die Charge, die er bekleidet, wenn sie ihr Amt innerhalb der Linien der Stadt Wien handeln, ein Taggeld von 3 fl. bemessen; müssen sie aber zu einer solchen Amtshandlung außer die Linien verreisen, so gebühren ihnen, wie allen Gerichtspersonen in solchen Fällen, nebst der Beistellung der Fuhr, auch die charaktermäßigen Diäten nach dem Ausmaße vom 31. Okt. 1807.

9. Bei den Feldstabsauditoriaten in Kriegszeiten, dann bei den k. k. Garden, bei den Korps-, Linien- und Gränzregimentern gebühren sämtliche Taxen den Auditoren, und da deren in der warasdiner, flavonischen und banatischen Gränze bei jedem Regimente drei bestehen; so sind diese Taxen daselbst von dem ältesten im Range zu sammeln und halbjährig unter alle drei Auditore gleich zu theilen.

Bei den Feldstabsauditoriaten in Kriegszeiten hat der Generalauditorlieutenant oder Stabsauditor von der eingehenden Taxe zwei Drittheile, der Aktuar ein Dritttheil zu beziehen. S. 2619 u. 2631.

10. Bei den Jud. del. mil. oder mixt., dann bei den Militärkommunitäten in den Gränzen sind sämtliche Taxen für das Aerarium zu verrechnen, und bei den ersteren zum Generalhestaxamte dergestalt jährlich abzuführen, daß nur der zweite Sterbkreuzer nach der Bdg. vom 12.

Juli 1803 *) zur Kriegskasse jedes Landes, bei den letztern aber sämtliche Taxen ohne Unterschied zu dem Kommunitätsproventenfonde abgeführt und verrechnet werden. **S. 2636—7.**

11. Hiernach haben die Gerichtspersonen bei den Jud. del. mil. und bei den Militärkommunitäten in den Grenzen durchaus keine andern Sportel und Gerichtstaxen, als die ihnen in dieser T. D. für gewisse Gerichtshandlungen bemessenen charakttermäßigen Diäten, dann die Zähltaxen von den daselbst aufbewahrten Depositen nach dem in der Taxnorma bestimmten Ausmaße zu beziehen, welche unter jene Individuen gleich zu theilen sind, unter deren Verrechnung und Haftung solche stehen. Es haben daher von nun an alle bei den Militärkommunitäten bestehenden Sportelkassen gänzlich aufzuhören

Die Gerichtsdiener bei den Jud. del. mil. und mixt., und bei den Militärkommunitäten, dann die ihre Stelle bei den Feldstabs-Auditoriaten, Regimentern und Korps vertretenden Prososen haben die ihnen unter §. 15, 20 und 23 angewiesenen Gebühren zu erhalten.

12. Obgleich den bei den Jud. del. mil. und mixt., dann bei den Militärkommunitäten in den Grenzen, zur Verwahrung der Depositen aufgestellten Individuen, bei deren Erfolgslaffung die Zähltaxe nach dem Ausmaße unter §. 29 »(S. 30)« zu beziehen bewilliget ist; so sind doch nach der Depositeninstruktion vom 21. Okt. 1783 folgende Depositen von jener Taxe ganz frei zu lassen:

a) Die von den in Deposito aufbewahrten Obligationen behobenen Interessen.

b) Dasjenige, was einem Pupillen während seiner Minderjährigkeit zum Unterhalte, zur Erziehung, zum Unterrichte, dann bei einer Heirath zur Ausstattung erfolgt wird.

c) Wenn bei einer Verlassenschaft großjährige und minderjährige Erben citreten, und die ganze Verlassenschaft bis zur Auseinandersetzung des Jedem gebührenden Theiles depositirt werden muß; so ist den Großjährigen der ihnen gehörige Antheil ohne Entrichtung der Zähltaxe zu erfolgen.

d) Alle Amts- oder sonstige zum Vortheil oder zur Sicherstellung des Aerariums eingelegt werdenden Kauzionen.

e) Alle Aerarialforderungen, die Erbsteuer und sonstigen Gebühren, die dem Fiskus zufallenden erblosen Verlassenschaften und andere Kommissa.

f) Die zu frommen Zwecken, zu Armenkassen, Spitälern, für Stiftungen erfolgt werdenden Beträge. **S. 2638.**

g) Alle ad causas miserabiles gehörigen Depositen, der Dienstlohn und die Leichenkosten.

h) Alles, was zur Redepositirung erfolgt wird.

i) Depositen, die an eine andere Behörde abgegeben werden.

k) Alle ungebührlich depositirten Beträge.

*) Gegenwärtig sind beide Kreuzer in das Kameral-Aerarium abzuführen (Hfr. Ziv. v. 5. Jänner 1821 H. 5. Mil. 1).

l) Die den Vormündern hinausgebührenden Rechnungsreste.

m) Die uneinbringlichen Schuldscheine und andere Schriften ohne Werth.

n) Die den Gattinen erfolgten Paraphernalien, das zugebrachte Heirathsgut und sonstige Ansprüche derselben.

13. Die Targelder sind von dem allg. Grenzappellationsgerichte, und den Jud. del. mil. oder mixt. in den Ländern zu Ende Januar jedes Jahres mit dem Tarjournal und den Berechnungen für das verflossene Jahr an den Hofkriegsrath zur Abgabe an das Generalhofstaxamt einzusenden; nur das niederösterreichische Jud. del. mil. mixt., bei dem die eingehenden Taxen beträchlich sind, hat dieselben nach der bisherigen Beobachtung monatlich an das Generalhofstaxamt unmittelbar abzuführen. Ueber den zweiten Sterbkreuzer sind nach der Bdg. vom 11. April 1808 bis 15. Januar jedes Jahres die Artweise über die Einflüsse des vergangenen an den Hofkriegsrath besonders einzusenden.

14. Zur Sicherheit der Kontrolle über das Taxwesen sind bei den allg. Militärgrenzappellationsgerichten, bei den Jud. del. mil. oder mixt., dann bei den Militärkommunitäten in den Grenzen die der Taxe unterliegenden Gegenstände, und der für solche ausgemessene Betrag, sowohl in dem Exhibitionsprotokolle bei der Erledigung, als in den Referatsbögen, so wie auf den den Parteien hinausgegebenen der Taxe unterliegenden Stücken anzumerken; auch ist ein besonderes Tarjournal zu führen, in welches die gebührenden und eingehenden Taxen von Sitzung zu Sitzung einzutragen sind, das schon zur Grundlage der einzusendenden jährlichen Taxberechnung zu dienen hat.

Auch bei den Grenzregimentern sind, ungeachtet die Auditore die Taxen für sich beziehen, ordentliche Tarjournale zu führen, und es bleibt der Regimentskommandant dafür verantwortlich, daß Niemanden, besonders aber den Grenzern nicht, ungebührliche Taxen abgefordert werden, so wie überhaupt unter schwerster Verantwortung schlechterdings nur die in dieser allg. T. D. ausgemessenen Taxen von wem immer bezogen oder abgefordert werden dürfen.

Bei den Militärkommunitäten hat der respizirende kommissariatistische Beamte darauf zu sehen, daß die gebührenden und eingehenden Taxen zu den Kommunitätsproventen abgeführt und verrechnet werden.

Diese T. D. ist bei den Gerichtsstellen und Taxämtern zu Jedermanns Einsicht öffentlich anzuschlagen.

Zum §. 3 der T. D.

2613. Bdg. des Mil. A. G. v. 13. Juli 1838 J. 8299 an alle Mil. Gerichte.

Die k. k. Hofkammer hat die Bemerkung gemacht, daß bei den Taxämtern einiger Jud. deleg. mil. vel. mixt. unter denselben Exhibitionsnummern, unter welchen die Taxe für einen gerichtlich abgeschlossenen Vergleich (nach der allg. Gerichtsordnung vom 6. Dez. 1810 §. 7) mit 45 fr. oder für eine bewilligte Tagsetzungserstreckung (§. 4) pr. 15 fr. und 45 fr. oder pr. 45 fr. 1c. 1c. für die Einsetzung in den vorigen Stand

gegen eine verstrichene Fallfrist (§. 6) bemessen wurde, auch die Tare für die Aufnahme des mündlichen Verfahrens pr. 15 fr. (nach §. 3) in Gebühr gestellt werde.

Da nach der bezogenen L. D. vom Jahre 1810 sub 3 die Tare pr. 15 fr. für die Aufnahme des mündlichen Verfahrens in das Protokoll nur dann abzunehmen ist, wenn eine wirkliche Nothdursthandlung statt findet, und wenn nicht die Protokollirung nur ein Theil einer andern ohnehin taxirten Amtshandlung ist, wie dieses bei Bewirkung des gerichtlichen Vergleiches mit einer Tare pr. 45 fr., bei einer Tagfatzungserstreckung pr. 15 fr. oder pr. 45 fr. und bei einer bewilligten Wiedereinsetzung in den vorigen Stand mit 45 fr. der Fall ist, so stellt sich die gerügte Übung nebst den erwähnten Taxen auch noch insbesondere jene für die Aufnahme des mündlichen Verfahrens in das Protokoll mit 15 fr. zu fordern, als vorschriftswidrig dar, und der k. k. Hofkriegsrath hat daher mit hohem Reskript vom 27. Juni d. J. E. 775 anzuordnen befunden, daß solche ungebührliche Taxfurschreibungen aller Orten wo sie etwa bestehen, alsogleich abzustellen seien.

Zu den §§. 15, 20 u. 23 der L. D.

2614. Hfr. Zir v. 3. März 1822 H. 231, an alle Gen. Kom. (Mil. 28).

Nachdem Se. Maj. vermög der durch die k. k. allg. Hofkammer dem Hofkriegsrathe mitgetheilten a. h. Entschl. v. 20. März 1820 u. 28. Nov. 1821 anzuordnen geruht haben, daß für die Zukunft für die im §. 20 der allg. Mil. L. D. v. 6. Dez. 1810 C. 1395 vorgeschriebenen Zustellungsgebühr im Gerichtsorte, so wie die im §. 15 für die Anschlagung und Abnahme eines Ediktes bezeichnete Tare statt der vorhinnigen Ausmaß für ein so anderes 6 fr. in K. M. (s. **2632**), dann für den im §. 23 besagter L. D. vorgeschriebenen Exekutionsakt 40 fr. in K. M. festgesetzt und abgenommen, diese Gebühren aber nicht mehr von den Gerichtsdienern bezogen, sondern bei dem Jud. del. mil. u. mixt. für das k. k. Aerarium, bei den Mil. Grenzkommunitäten hingegen für die Kommunitäts-Proventen eingezogen und gleich den übrigen Gerichtstaren nach Bestimmung der im 10., 13. u. 14. Grundsätze besagter L. D. vorgezeichneten Verrechnungsart eingehoben, verrechnet und abgeführt werden sollen; so wird demselben sowohl zur Anweisung des Jud. del. und rücksichtlich der Mil. Grenzkommunitäts-Magistrate, als zur Nachachtung bekannt gegeben, daß Se. Maj. für die in dem vorbesagten 3 §. dem Gerichts- und resp. Kanzleidiener vorhin zugewiesene Gebühr demselben, wenn er sich bereits im Genusse der theilweisen Taxeinhebung befindet, vom 1. Mai 1822 an, als dem Zeitpunkte, wo die Einhebung und Abfuhr für das k. k. Aerarium eintritt, eine Entschädigung bei dem illir. in. ö. Gen. Kom. mit 95 fl. 48 fr. bei dem mäh. schles. mit 47 fl. 36 fr., bei dem böh. mit 60 fl., bei dem galiz. mit 24 fl. bei dem karlstädter-warasdiner u. Banat mit 20 fl.; bei dem banatischen mit 24 fl., bei dem dalmat. mit 20 fl., bei dem lomb. mit 97 fl. 45 fr., bei dem siebenbürg. mit 8 fl., bei dem slavon. mit 16 fl., bei dem ungar. mit 20 fl. u. bei dem venez. mit 25 fl. 15 fr. jährlich in K. M.

a. g. zu bewilligen, den Nachfolgern desselben hingegen nur ein jährliches Pauschale, bei dem illir. in. ö., böhm., mähr. schles., lombard. u. venez. Gen. Kom. mit 50 fl., bei dem gal., dalmat., karlstädt. warasdiner, Banal, banatischen, flavon. u. ungar. Gen. Kom. von 25 fl. und bei dem siebenb. von 10 fl. K. M. a. g. zu bestimmen gefunden haben, welcher Entschädigungs- so wie der Pauschalbetrag denselben halb- oder ganzjährig gleich unmittelbar aus den eingegangenen Tageldern, jedoch nur unter der vorangesetzten Bedingung, daß er die gedachten Gebühren immer richtig eingebracht u. abgeführt haben wird, gegen Quittung erfolgt werden kann, und letztere immer der Tagberechnung beizuschließen ist. Da sich übrigens die Abänderung der allg. Mil. T. D. nur auf jene Behörden bezieht, wo die Taxen für das k. k. Aerarium, oder für die Kommunitäts-Proventen eingehoben werden, so versteht es sich von selbst, daß diese Taxvorschrift, wo die beiden Fälle nicht eintreten, in ihrer vorigen Kraft verbleibt.

In Aesehung des Gerichtsdieners bei dem n. ö. Jud. d. m. m. hat es bei der früheren Entschl. zu verbleiben.

Zum §. 25 der T. D.

2615. Hfr. Bdg. v. 9. Juni 1819 H. 603 an d. ungar. Gen. Kom. (Mil. 203.)

Wenn in Abwesenheit oder zu weiter Entfernung eines Auditors ein Offizier in Sterbfällen die Präliminarakte aufnehmen muß, kann demselben die Vorspan von der Verlassenschaftsmasse vergütet, ihm auch die dem Auditor für jeden Tag nach §. 25 der T. D. vom 6. Dez. 1810 gebührenden Diäten pr. 2 fl. W. W. erfolgt, keineswegs aber gestattet werden, daß außerdem noch für einen Courier oder Kanzelisten ein Diurnum aufgerechnet werde, weil auch dem diese Akte in der Regel aufnehmenden Regiments- oder Garnisons-Auditor die Beziehung eines Couriers oder Kanzlisten nicht gestattet ist, sondern derselbe das Inventarium und Visitationsprotokoll selbst zu verfassen hat; den übrigen bei derlei Akten als Zeugen und respektive Kommissionsglieder einschreitenden Offizieren gebühren keine Diäten, und es ist überhaupt dafür Sorge zu tragen, damit die Verlassenschaftsmassen der pensionirten Offiziere und sonstigen Parteien nicht ohne Noth mit kostspieligen Auslagen für Reise- und Diätengebühr belastet werden. S. **2619.**

2616. Hfr. Zir. v. 7. Juni 1825 H. 566. (Mil. 67.)

Die den Auditoriats und sonstigen Militärgerichtspersonen gebührenden Diäten und Taxen betreffend.

Aus einer mehrjährigen Erfahrung hat der Hofkriegsrath entnommen, daß sich bei Ansprüchen und Bemessungen der Diäten und sonstigen den Militärjustizbeamten durch das Diätennormale vom 31. Okt. 1807, die neueste Taxnorme vom 6. Dez. 1810, und einige darüber erlassene spätere Erläuterungen zustehenden Gebühren sehr ungleich benommen werde;

man hat sich daher bewogen gefunden, um diesem Mißstande für die Zukunft angemessen vorzubeugen, zur richtigen Anwendung der dießfalls bestehenden Gesetze, folgende Grundsätze aufzustellen, und diese in nachstehende Vorschrift zusammenzufassen.

In der Regel dürfen Militärgerichtspersonen, ohne ausdrückliche Bewilligung des Hofkriegsrathes, sich weder Diäten aufrechnen, noch ihnen solche von wem immer angewiesen, noch ausbezahlt werden.

Von dieser Regel ausgenommene Fälle sind:

a) Wenn ein Stabsauditor oder Generalauditorlieutenant von dem Obergerichte oder von dem Hofkriegsrathe selbst, zur Visitation eines oder des andern Regiments- oder Korpsgerichtes, außer dem Orte seiner Anstellung beordert wird.

b) Wenn ein Garnisons- oder Regimentsauditor von einem mit dem Straf- und Begnadigungsrechte versehenen Regimente oder Korps, zur Untersuchung und Aburtheilung eines oder mehrerer Arrestanten, außer seinem Dienstorte requirirt wird.

c) Wenn Militärgerichtspersonen überhaupt Amtshandlungen in Parteisachen, mithin auch bei einem auf Unkosten der unterliegenden Partei erbotenen unparteiischen Rechte, die Untersuchung außer ihrem Dienstorte vorzunehmen haben.

In allen diesen Fällen gebühren ihnen, nebst der Vorspann oder den Fuhrkosten, die charaktermäßigen Diäten, selbst auch auf der Hin- und Rückreise, nach dem Ausmaße des Normales vom 31. Okt. 1807.

Diese können ihnen, im ersten Falle ab aerario, ohne Rückfrage angewiesen, doch erst nach erfolgter Liquidazion vollständig ausbezahlt werden.

Im zweiten Falle hat dieselben das requirirende Regiment oder Korps nebst fünf Gulden besonders an jenem Tage aus seinem Unkostenfonde zu entrichten, an welchem über einen oder mehrere Arrestanten durch kriegsrechtliches Urtheil oder rechtliches Erkenntniß gesprochen wird.

Im dritten Falle sind diese Gebühren von den betreffenden Parteien zu tragen.

Nehmen aber diese Gerichtspersonen ihre Amtshandlungen am Orte ihrer Anstellung vor, so gebühren ihnen in dem Falle a) keine Diäten; in den Fällen b) und c) hingegen haben sie sich mit den ihnen in der Tarnorme vom 6. Dez. 1810 §. 25 bemessenen geringeren Diäten zu begnügen.

§. 2. Durch die kfr. Vdg. vom 13. Juni 1807 und 23. März 1811 ist, auf Sr. Majestät allerhöchst eigenen Befehl, der Armee wiederholt kundgemacht worden: daß dem unter Beamten und Offizieren eingerissenen Wahne wirksam begegnet werden soll, als ob jede Verwendung über die Amtsstunden oder jedes außer der gewöhnlichen Dienstesobliegenheit verrichtete Geschäft gleich auf Remunerationen und Auszeichnungen Anspruch gebe.

Derlei unbescheidene Ansprüche sind daher ohne weiters zurück zu weisen, indem sich der Hofkriegsrath vorbehält, jenen Auditoren oder sonstigen Gerichtsbeamten, die, über erhaltenen höheren Auftrag, selbst an ihrem Dienstorte ein Geschäft zu besorgen hätten, nach Wichtigkeit des Gegenstandes, dann der schnellen und gründlichen Bearbeitung und Erledigung desselben, eine angemessene Belohnung zu ertheilen.

Die bei den Generalkommanden stehenden Justizreferenten bleiben dem Hofkriegsrathe dafür verantwortlich, daß nicht die ihnen selbst, dann den Stabs- und Garnisonsauditoren obliegenden Untersuchungen, ohne dringende Noth, den in loco befindlichen Regiments- oder Korpsauditoren aufgelastet, oder gar Auditore von auswärts liegenden Regimentern, ohne dazu eingeholte Bewilligung des Obergerichtes, einberufen und dadurch dem Aerarium Auslagen für Reisekosten und Remunerationen herbei geführt werden.

§. 3. Den Auditoren, die an ihrem Dienstorte Kriminaluntersuchungen der Jäger- oder sonstiger von ihrem, außer dem Bezirke des Generalkommandes liegenden Regimente oder Korps detachirten Bataillone von Zeit zu Zeit zu besorgen haben, gebühren nach der Vdg. vom 20. Feb. 1823 I. 1097, fünf Gulden, monatlich für die dazu verwendeten Schreibmaterialien. Für eine detachirte Division, Umrüstungsdepot oder sonstige derlei Truppenabtheilung in eben dieser Rücksicht, zwei Gulden dreißig Kreuzer monatlich, aus der Bataillons-, Divisions-, Depots- oder sonstigen Kasse, doch nur unter der ausdrücklichen Bedingung, daß in dem betreffenden Monate bei einer solchen Truppenabtheilung Untersuchungen wirklich vorgefallen sind; daher der Auditor seiner Quittung immer das Verzeichniß der von ihm in diesem Monate abgeurtheilten Arrestanten beizulegen hat, ohne welches die Bezahlung dieses Pauschales aus der betreffenden Kasse nicht geleistet werden darf, auch macht es hier in der Gebühr keinen Unterschied, ob der Kommandant einer der hier benannten Truppenabtheilungen mit dem Straf- und Begnadigungsrechte versehen ist, oder nicht.

§. 4. Für die gerichtliche Behandlung der Mannschaft der Beschäl- und Rimontirungsdepartements, des Militärsfuhrwesens, der Monturs-ökonomiekommissionen, der Verpflegshandwerker u. dgl., dann einzelner Arrestanten, von was immer für einem Regimente, Korps oder sonstigen Militärkörper, welche nach der hfr. Vdg. vom 29. Aug. 1803, II. 650, und 4. Okt. 1803, II. 741, dem nächsten Militärgerichte zu übergeben, und von diesem in loco zu untersuchen und abzuurtheilen sind, können weder Taxen noch Diäten, noch ein monatliches Pauschale angesprochen und aufgerechnet werden.

§. 5. Ist das Geschäft, zu dem ein Auditor im Dienstort requirirt oder von einer höhern Stelle beordert wird, ein solches, wofür ihm, wie z. B. für eine Inventur, Vizitation u. dgl. ein Taggeld in der Taxnorme angewiesen ist, so hat es bei dem Ausmaße derselben auch ferner zu verbleiben.

§. 6. Wann den Auditoriatspersonen überhaupt bei Dienstesreisen die höheren Diäten gebühren, enthält schon der §. 1 dieser Vorschrift. Regimentsauditore, wenn sie sich in Kriminal- und anderen Dienstesgeschäften nur von dem Stabsorte, nicht aber aus dem Regimentsbezirke entfernen, haben nur auf Vergütung der Vorspann, nicht aber auf Diäten Anspruch. Nur bei nothwendiger längerer Entfernung und in besonders rücksichtswürdigen Fällen, wird es von der billigen Beurtheilung des Regimentskommandanten abhängen, ob er nicht dem Auditor, soweit es in seiner Befugniß steht, aus dem Regimentsunkostenfonde eine verhältniß-

mäßige Belohnung zuzuwenden, oder falls er dazu nicht befugt sein sollte, ihm solche bei Behörde zu erwirken findet.

Werden Regiments- oder Auditore höherer Kategorie außer ihrem Dienstorte zu Untersuchungen beordert, so wird der Hofkriegsrath nach Beschaffenheit der Sache und der sonstigen Umstände derselben auf die Zeit ihrer Verwendung eine angemessene Zulage oder Remuneration, oder selbst die charaktermäßigen Diäten bewilligen.

§. 7. Bei Berechnung der auf der Reise, für welche Diäten gebühren, zugebrachten Tage, ist sich nach der Vorschrift vom 1. Feb. 1805 zu benehmen, nach welcher mit Verspann täglich wenigstens vier, und mit der Post acht Meilen zurückgelegt werden müssen.

Wird die Reise mit eigenen oder gedungenen Pferden gemacht, so sind mit ersteren täglich wenigstens drei, mit letzteren sechs Meilen zurück zu legen.

Mit eigenen Pferden darf, wenn diese Reise über 6 Tage dauert, nur alle dritte, mit gedungenen nur alle vierte Tage Rasttag gemacht werden.

§. 8. Ueber die richtige Zahl der Tage, für welche Diäten aufgerechnet werden, muß sich mit dem schriftlichen Befehle der vorgesetzten Behörde, oder des Kommandanten, der die Reise angeordnet hat, mit der Marschroute oder dem Reisepasse ausgewiesen werden. Jedes zu diesem Beweise und der Berechnung erforderliche Dokument muß dem Reisepartikulare, welches bereits vorläufig kommissariatlich revidirt und bestätigt sein muß, beigegeschlossen werden.

§. 9. Das Reisepartikulare muß in der Regel binnen 14 Tagen, längstens binnen sechs Monaten nach zurückgelegter Dienstreise überreicht werden; nach Verlauf dieser Frist darf es nicht mehr angenommen werden, und der diese verabsäumende Rechnungsleger hat die allenfalls empfangenen Vorschüsse dem Aerarium rückzuersetzen, und ist hierwegen der gesetzmäßige Gageabzug ohne Verzug einzuleiten. Nur dann, wenn die verspätete Einsendung des Reisepartikulares dem Rechnungsleger erweislich nicht zu Schulden kommt, kann bei der Hofstelle um Nachsicht eingeschritten werden.

§. 10. Damit Untersuchungen oder sonstige Geschäfte, wofür Diäten oder Zulagen angesprochen werden können, nicht verzögert und gehörig beschleunigt werden, haben die Behörden, welche die Militärgerichtspersonen dazu beordern, strenge darauf zu halten, daß dem Reisepartikulare, nach beendetem Geschäfte, das über die täglichen Arbeiten ohnehin zu führen anbefohlene Journal beigelegt werde. Die Hofstelle, welcher die Bewilligung der Diäten, Zulagen und Remunerationen allein vorbehalten ist, wird bei derlei Bemessungen vorzüglich auf die schnelle und gründliche Bearbeitung des aufgetragenen Geschäftes Rücksicht nehmen, und bei bemerkter zweckloser Verzögerung selbst solche Diäten verhältnißmäßig bemessen, welche die Parteien zu entrichten haben.

§. 11. Uebrigens hat die oft bewährte allerhöchst sankzionirte Taxnorme vom 6. Dez. 1810. C. 1395, insofern sie nicht durch die spätern Bdg. vom 3. Dez. 1818, C. 1412, im §. 46 (f. 2627) dann durch jene vom 3. März 1822 II. 231 in den §§. 15, 20 und 23 (f. 2614) Abänderungen erlitten hat, in voller Wirkung zu bleiben.

§. 12. Vom Tage der Kungmachung dieser Vorschrift haben die Auditore und sonstigen Gerichtspersonen die ihnen in der Taxnorme vom

6. Dez. 1810 bemessenen Taren in K. M. abzunehmen. Die Sterbetare haben sie nach der Beschaffenheit des Verlassenschaftsvermögens, und nach jenen Grundsätzen und Bestimmungen zu beziehen, die in dem, den sämtlichen Länder- und Grenzgeneralkommanden am 6. Juni 1817, H. 486 u. 487, zur Kundmachung und genauen Darnachachtung hinaus gegebenen Hsdt. vom 14. Dez. 1816 Z. 7097, aufgestellt sind. S. **2247**.

Zum §. 29 der L. D.

2617. Hfr. Zir. v. 27. Jän. 1831 F. 129 (Mil. 5.)

Se. k. k. Maj. haben durch a. g. Kabinettschreiben v. 28. Aug. 1830 anzubefehlen geruht, daß sämtliche Gerichtsbehörden in Zukunft über jedes mündliche Ansuchen um die Legalisirung einer Urkunde ein ordentliches Protokoll aufzunehmen, und die Legalisirung nur auf der Grundlage eines solchen Protokolls auszufertigen haben.

2618. Hfr. Zir. v. 19. Juli 1831 C. 791 (Mil. 100).

Die k. k. allg. Hofkammer hat unterm 25. Juni 1831 Z. 23064 hieher eröffnet, daß für die gerichtliche Legalisirung einer Urkunde künftighin 15 fr. und für das hierüber nach Weisung des Zir. Refs. v. 27. Jän. 1831 F. 129 aufzunehmende Protokoll auch 15 fr. K. M. als Taren abzunehmen seien.

Wornach das Gen. Kom. das beihabende Jud. del. und Tarant wegen der Verrechnung dieser Gebühren in vorkommenden Fällen anzuweisen hat. S. **2637**.

Zum §. 33 der L. D.

2619. Bd. des böh. Gen. Kom. v. 30. Sept. 1835 T. 2234.

Ueber die bei dem k. k. allg. Mil. U. G. gemachte Anfrage: ob den vom Jud. d. m. m. delegirten Regiments- und Garnisonsauditoren bei den auf Delegirung der erstern außer dem Gerichtsorte vorzunehmenden Sperrhandlungen bloß die charaktermäßigen Diäten, oder auch die Sperrhandlungstaren gebühren, hat der k. k. Hofkriegsrath mit Refs. v. 2. d. M. F. 1057 zu entscheiden befunden, daß die von einem Jud. d. m. hiezu delegirten Regiments- oder Garnisonsauditore außer den charaktermäßigen Diäten keine anderen Taren für Sperrhandlungen anzusprechen haben, wohl aber den zu derlei Akten requirirten Zivilgerichtsbehörden die Sperrhandlungstaren zuzugestehen seien. S. **2615**.

Zum §. 38 der L. D.

2620. Hfr. Refs. v. 8. März 1837 C. 339, a. d. allg. Mil. U. G. (Mil. 15).

Se. Maj. haben aus Anlaß einiger den §. 38 der Mil. L. D. v. J. 1810 betreffenden Differenzen unterm 28. Feb. 1837 zu resolviren geruht:

»Es hat bei der im §. 38 der Mil. L. D. für die Liquidirung der Verlassenschaftspassiven festgesetzte Taxe von 45 fr. sein Verbleiben und

ist diese Tare auch künftig nicht von jedem einzelnen Gläubigern zu fordern, sondern nur einmal aus dem Nachlasse zu entrichten.»

Zum §. 41 der L. D.

2621. Hfr. Bdg. v. 15. Okt. 1818 C. 1168 an d. dalmat. Gen. Kom. (Mil. 289).

Ueber die vorgekommene Anzeige, daß die k. k. Kameralhauptbuchhaltung in ihrer Erledigung über eine Tarrechnung die Abnahme der Sterbtare von den Legaten des Erblassers an seine Dienstbothen beanstandet habe, wird entschieden, daß es in Ansehung der Mortuartare bei der bestehenden L. D. vom 6. Dez. 1810 um so mehr sein Bewenden behalten müsse, als nach Eröffnung der hierüber einvernommenen k. k. allg. Hofkammer die von der Kameralhauptbuchhaltung angeführte Hof-Bdg. vom 21. Okt. 1813, welche die Dienstbothen von Entrichtung des Mortuars für Vermächtnisse loszählt, mit besonderer Rücksicht auf die Ortsverhältnisse als Lokalgesez ausdrücklich nur auf die Dienstbothen der Haupt- und Residenzstadt Wien sich beschränket. S. **2362.**

2622. Hfr. Zir. v. 26. Febr. 1826 F. 195 (Mil. 52).

Um bei der seit einiger Zeit gemachten Wahrnehmung, daß sich bei Verlassenschaftsabhandlungen in Bemessung der Sterb-Tare nicht gleich benommen wird, dießfalls die auf die neueren Geseze und erfolgten Erläuterungen sich gründende Gleichheit zu erzielen, wird gesammten Militärbehörden zur Darnachachtung und weiteren Kundmachung bekannt gegeben, daß die Sterbtare nur nach der Schätzung, nicht aber auch von dem Vizitationserlöse zu bemessen und abzunehmen sei.

2623. Hfr. Bdg. v. 15. Jän. 1828 C. 36 an d. allg. Mil. A. G. (Mil. 4).

Ueber die vorgekommenen Anfragen:

a) ob bei Sterbfällen die Verlassenschaftseffekten in K. M. oder in W. W. geschätzt und veräußert werden sollen;

b) ob die Sterbtare da, wo die Erbschaft 100 fl. K. M. nicht übersteigt, bemessen und abgenommen werden könne; und

c) wie sich bei Bemessung des Mortuars bei jenen Verlassenschaften zu benehmen sei, die entweder seit früheren Jahren noch in der Abhandlung stehen, oder wo der Sterbfall schon in den frühern Jahren eingetreten, aber dormalen erst zur Kenntniß der Abhandlungsbehörde gelangt ist; hat der k. k. Hofkriegsrath nachstehende Belehrung zur veranlassenden Kundmachung bei den unterstehenden Militärbehörden zu ertheilen befunden:

In der Hfr. Bdg. vom 20. Feb. 1827 C. 200, welche aus Anlaß eines ergriffenen Rekurses erloß, ist ausdrücklich festgesetzt, daß nach den Bestimmungen der allerhöchst sanktionirten Tarnorma vom 6. Dez. 1810, C. 1395, bei Militärverlassenschaften nur, wenn das reine Vermögen 100 fl. übersteigt, das Mortuar abzunehmen; daß ferner die Mannschaft vom Feldwebel und Wachtmeister abwärts in Streitsachen durchaus, in

den Geschäften des adeligen Richteramtes aber alsdann, wenn die reine Erbschaft nicht 500 fl. beträgt, tarfrei zu halten, daß diese Begünstigung auch auf die Weiber und Kinder dieser Klasse, falls sie als Erben eintreten, auszudehnen, und daß endlich die Reduktion der W. W. in K. M. als eine nothwendige Folge des hofkriegsräthlichen Zirkulars vom 7. Juni 1825, II. 566 (f. **2616**), welches den Auditoren den Bezug der Taxen in K. M. gestattet, anzusehen sei.

Hiedurch sind die Anfragen ad a und b erledigt, nachdem die eingeführte Reduktion der wiener Valuta auf K. M. es gleichgiltig macht, ob die bei Verlassenschaften vorkommenden Schätzungen und Lizitationen in dieser oder jener Valuta vorgenommen werden, und rücksichtlich der Lizitationen das Arbitrium, so weit es anbei lediglich auf die Neigung der Kauflustigen ankommt, nicht wohl beschränkt werden kann.

Was die Anfrage ad c betrifft, ist in dem Pat. vom 1. Juni, und in dem Zir. vom 14. Dez. 1816 (f. **2347**), klar und deutlich ausgesprochen, daß die darin festgesetzten Bestimmungen auf die, vor dem 1. Aug. 1816, als dem Tage der Wirksamkeit derselben, anhängig gewordenen Verlassenschaftsabhandlungen keine Anwendung haben; woraus sich denn von selbst ergibt, daß bei den, in die frühere Zeitperiode einfallenden Verlassenschaften die damahl bestandene Valuta als der Maßstab für die Berechnung des Mortuars angenommen, und daß eben so auch die an und für sich bestimmte Tare, als z. B. für die Publikation des Testaments, für Verbescheidung der Erbserklärung u. dgl. in der damahl bestandenen Valuta abgenommen werden müsse; nachdem auch in dem hfr. Zir. vom 7. Juni 1825, II. 666, S. 12 (f. **2616**), hierauf ausdrücklich gedeutet wird.

2624. Bdg. des Mil. N. G. v. 8. Nov. 1834 J. 13261 an alle Gen. Kom.

Ueber eine vorgekommene Anfrage, ob von einer Militär Verlassenschaft, welche deductis deducendis 100 fl. nicht übersteigt und daher nach §. 41 der Mil. T. D. v. 6. Dez. 1810 C. 1395 keine Sterbtare (Mortuarium) abgenommen werden darf, auch keine andere Gerichtstaren bemessen und entrichtet werden dürfen, hat der k. k. Hofkriegsrath unterm 22. Okt. 1834 C. 1273 zu entscheiden befunden, daß die Abnahme der anderweiten Gerichtsgebühren bei einer 100 fl. nicht übersteigenden Verlassenschaft allerdings statt hat.

Zum §. 43 der T. D.

2625. Bdg. des Mil. N. G. v. 2. Juni 1826 J. 5736.

Der k. k. Hofkriegsrath hat mittelst h. Resk. v. 3. Mai 1826 C. 471 verordnet, daß Regimentsauditore, welche ohnedem geringe Verlassenschaften tarfrei zu halten haben, auch bei geringfügigen Kaduzitätsfällen keine Urtheilstare abzunehmen haben, indem die Abnahme derselben sich nur bei den judiciis del. mil. vel mixtis und bei den Kommunitäten in der Mil. Grenze durch das öffentliche Interesse, welches der Kommunal- oder Kommunitätsproventen-Fond hieran nimmt, rechtfertigen lasse.

2626. Hfr. Vdg. v. 18. April 1832 C. 499 an das allg. Mil. A. G. (Mil. 40.)

Um dem Kameralärar oder den Proventen der Militärgrenzkomunitäten bei kaduken Verlassenschaften die in der Militärtaxnorm vom Jahre 1810 fundirten Taxen nicht zu entziehen, hat das k. k. allgemeine Militärappellationsgericht sämtliche Jud. del. mil. vel. mixta, und die Kommunitätsmagistrate in der Militärgrenze anzuweisen, da, wo es der Nachlaß zuläßt, derlei Taxen abzunehmen, und nach Vorschrift zu verrechnen *).

Zum §. 46 der L. D.

2627. Hfr. Zir. v. 3. Dez. 1818 C. 1412 an alle Gen. Kom. (Mil. 325).

Seine Maj. haben unterm 31. Juli d. J. zu entschließen geruht, daß die Behebung von Taxen für die Bewilligung der Nachsicht des Alters aufzuhören habe; wernach für die Zukunft nur die in der Taxnorm vom 6. Dez. 1810 §. 46 »(§. 45)« bemessene Expeditionstaxe von 45 fr. abzunehmen kommt.

*) Vdg. des Mil. A. G. v. 16. Aug. 1833 Z. 10221.

Um die bei der hfr. Depositenadministration bereits durch volle 30, eigentlich 32 Jahre erliegenden Depositen gehörig depuriren und demjenigen, welchem sie gebühren, desto eher zuwenden zu machen, fand sich der k. k. Hofkriegsrath zufolge Intimazion v. 24. Juli 1833 F. 892 veranlaßt, es von dem Resk. v. 26. April 1832 F. 608 hinsichtlich des darin vorgeschriebenen Verfahrens bei Einziehung solcher Depositen abkommen zu lassen, und dagegen die in dem Zir. des n. ö. A. G. v. 13. Sept. 1820 N. 1701 der Z. G. S. diesfalls enthaltenen Bestimmungen für das Militär zu adoptiren, und weil Ungarn und Siebenbürgen an das in Rede stehende Zir., folglich auch der dortige *causarum regalium* director nicht gebunden ist, überdies aber in den Mil. Grenzen eben so wenig, als für den Fall, wo sich die Regimenter und Korps außer den k. k. Erbstaaten befinden, sich für dieselben eine Kammerprokuratur oder ein Fiskalamt befindet, so hat diese Hofstelle weiters angeordnet, daß die betreffenden in Ungarn, Siebenbürgen oder überhaupt außer den k. k. Erbstaaten dislozirten Regimenter und Korps, welche als vorfordernde Behörde erscheinen, einen Vertreter des Invalideninstitutes aufzustellen haben, welcher die in dem mehr erwähnten Zir. ausgesprochene Amtshandlung zu besorgen haben wird.

Hfr. Resk. v. 23. Okt. 1839 H. 1256; Vdg. des böh. Gen. Kom. v. 5. Jan. 1840 F. 80.

Zur Erzielung einer gleichförmigen Behandlung der kaduken Verlassenschaften und der über 32 Jahre bereits erliegenden Depositen wird bestimmt: »daß, wenn die zu Folge des adoptirten mit dem hfr. Resk. v. 24. Juli 1833 F. 892 zur Darnachachtung erlassenen n. ö. A. G. Zir. v. 13. Sept. 1820 N. 1701 (2141) eingeleitete ämtliche Verhandlung beendigt ist, und sich binnen des ausgeschriebenen Edikts-Termins kein Ansprecher gemeldet hat, — die betreffende Gerichtsbehörde lediglich sich dahin auszusprechen, resp. zu erkennen habe, wienach das betreffende über 32 Jahre bereits erliegende Depositum nunmehr dem k. k. allg. Mil. Invalidenfonde als kadukes Vermögen zuzufallen habe und demselben zu übergeben sei, ohne eine neuerliche Präskriptionsfrist anzuberaumen. Eine Staduerklärung mit Vorbehalt der gesetzlichen Präskriptionsfrist hat nur bei erblosen Verlassenschaften einzutreten.«

Zum §. 47 der L. D.

2628. Ahtes Zir. Resf. vom 16. Dez. 1804.

§. 27. Den die Rechnungsrevision besorgenden Beamten wird für die dadurch zuwachsende Bemühung und Verantwortlichkeit die Beziehung der in der bestehenden L. D. ausgemessenen Rait- und Absolutoretare, dann bei jenen Rechnungen, wo keine Raittare statt hat, die Beziehung der Tare für den summarischen Auszug bewilligt; die übrigen Expeditionstaren hingegen sind, wie bisher, nach Verschiedenheit der Gerichte entweder für das Aerarium zu verrechnen, oder da, wo die Auditoriatsgerichte die Obervormundschaft noch ferner beibehalten, von diesen zu beziehen, bei den Grenzcommunitäten aber zum Spitalsfonde abzuführen. Hierbei versteht es sich jedoch von selbst, daß die Revisionstare nur nach gerichtlicher Bestimmung entrichtet, und von dem Rechnungsleger erst in der folgenden Rechnung in Ausgabe gestellt werden dürfe.

2629. Hfr. Vdg. v. 7. Febr. 1826 C. 143 an das slavon. Gen. Rom. (Mil. 28).

Auf die Anfrage des slavonischen Gen. Rom., welche Raittare dem Pupillar-Rechnungsrevisor für eine auf mehrere Jahre in Einem verfaßte, früher noch nie revidirte, Pupillarrechnung gebühre, wurde verordnet, wie folgt:

Nach der L. D. vom 6. Dez. 1810 sind laut §. 47 für die Aufnahme der Pupillar-Kuratels- und sonstigen Rechnungen von der Ruznießung im 1. Jahre 2 Perzent, in den übrigen Jahren aber nur $\frac{1}{2}$ Perzent als eine Rechnungstare, und zugleich von dem Betrage dieser Tare das Sechstheil für das Absolutorium, aber nur in jenen Fällen abzunehmen, wo die Ruznießung jährlich 100 fl. übersteigt.

Es liegt daher nach dem wortdeutlichen Inhalte dieser Vorschrift der Maßstab für die den Rechnungsrevisor zugewiesene Tare in dem Betrage der jährlichen Ruznießung, und es ist durchaus kein Grund vorhanden, um von diesem gesetzlichen Maßstabe zum Nachtheil der Pupillen oder Kuranden alsdann abzuweichen, wenn aus Versehen der Behörde die Rechnung auf mehrere Jahre hinaus gesetzt worden ist.

Zum 3. Grundsaze der L. D.

2630. Hfr. Zir. v. 10. April 1818 F. 398, an alle Gen. Rom. (Mil. 114).

Man findet zu bestimmen, daß für die Zukunft solchen Erben oder Erbsnehmern, welche sich in Ungarn, und den dazu gehörigen Ländern befinden, aus einer Verlassenschaft, deren Abhandlung dem Militär zusteht, eher nichts verabreicht werden solle, bevor nicht die dießfälligen Taxen und Gebühren im Voraus gehörig gesichert worden sind.

(G. 2247).

Zum 5. Grundsätze der T. D.

Tarfreiheit*).

2631. Hfr. Bdg. v. 10. Dez. 1823 B. 5107 an die Gen. Kom. in Kroatien, Slavonien u. im Banate u. an d. allg. Mil. U. G. (Mil. 154).

2. Es sind hiernach die Grenzhandelsleute und Professionisten in Verlassenschaftsfällen eben so, wie die übrigen Grenzer zu behandeln und sonach nur in Absicht des Mobilarvermögens, und wenn es sich um Pupillen handelt oder aber auch in Ansehung der Realitäten die Erbfolge eintritt, förmliche Verlassenschaftsabhandlungen zu pflegen.

3. In die Summe von 500 fl., welche die Tarvorschrift v. J. 1810 §. 5 in Erbschaftssachen tarfrei erklärt, muß die ganze reine Erbschaftsmasse, nicht bloß das Stammgut und die Ansfässigteitsgebäude einbezogen werden.

4. In so ferne die Prozesse, welche die Grenzhandelsleute u. Professionisten führen, nicht aus ihrem Handel oder Gewerbe herkommen, sondern in ihrer Eigenschaft als wirkliche Grenzer sich ergeben haben, gebührt ihnen die Freiheit von den Gerichtstaren. Diese kommt ihnen aber dann nicht zu statten, wenn sie von ihren Besitzungen keine Militärdienste leisten, wie solches die T. D. v. J. 1810 §. 5 ausdrücklich verfügt.

5. Da die Anzeigen von Todesfällen eine Dienstsache der Kompagnien, die Liquidirung mit den Verlassenschaftsgläubigern aber, so wie die Verhandlung der Zivilprozesse eine Amtssache des Gerichtes selbst ist, von deren Übertragung an die Kompagnie keine Rede sein kann; so sind den Kompagnien, die vom Stabsorte weit entlegen sind, wenn sie auf Anordnung des Regiments, Inventuren oder Vizitationen nach einem Erblasser oder im Rekursionswege vornehmen, lediglich für diese gerichtlichen Akte die gesetzlichen Taren zu überlassen; in allen übrigen Fällen haben diese den Auditoren ganz zu bleiben.

2632. Hfr. Bdg. v. 27. Juni 1826 C. 700, an d. allg. Mil. U. G. (Mil. 87).

Die Ansicht des allg. Mil. U. G., soweit solche die Abnahme der Zustellungstare pr. 6 Kreuzer Konv. M. (s. **2614**) nur auf Gewerbs- und Handelsleute in der Grenze und auf die aus dem Gewerbe oder dem Handel entspringenden Rechtsangelegenheiten beschränkt, ist in den bestehenden Vorschriften gegründet, wird daher gut geheissen, und zu der angedeuteten Beschränkung noch jene zuzufügen sein, daß diese Tare nur von solchen Handels- und Gewerbsleuten, mit deren Besitzungen keine Militärdienstverpflichtung verbunden ist, abzunehmen, übrigenfalls diese Taren da, wo die Zustellungen durch die Kompagnien geschehen, diesen, als eine Entschädigung für die Schreibmaterialien und zur Remunerirung der die Zustellung bewirkenden Kompagnie-Individuen zu belassen seien.

*) Amtserinnerungen s. **2589**. Ersuchschreiben s. §. 41 **).

2633. Vdg. des Mil. N. G. v. 18. Mai 1827 J. 5190.

Ueber eine vergekommene Anfrage, ob in Sterbfällen die Tarfreiheit der Mannschaft vom Feldwebel oder Wachtmeister abwärts sich nach der Eigenschaft des Erblassers oder der Erben richte? wird erklärt: daß nach der klaren Vorschrift der Mil. T. D. v. 6. Dez 1810, Absatz 5. der Grundsätze und nach der hfr. Vdg. v. 20. Feb. d. J. C. 200 nicht die persönliche Eigenschaft des Erblassers, sondern jene des Erben entscheide, ob eine reine nicht 500 fl. betragende Erbschaft tarfrei zu belassen sei oder nicht, denn da es in dem allegirten Absätze der T. D. wörtlich heißt: »die Mannschaft vom Feldwebel und Wachtmeister abwärts ist in Streitsachen durchaus, in den Geschäften des adelichen Richteramtes aber dann tarfrei zu lassen, wenn die reine Erbschaft nicht 500 fl. beträgt, welches sich auch auf ihre Weiber und Kinder erstreckt, falls diese als Erben eintreten;« so ist gar nicht einzusehen, wie diese klare Vorschrift, die nur von Erbschaft und Erben, nicht aber von Verlassenschaft und Erblasser spricht, anders als nach dem Wortlaut genommen werden kann, der sich deutlich dahin ausspricht, daß die Mannschaft vom Feldwebel und Wachtmeister abwärts, ihre Weiber und Kinder, wenn sie als Erben eintreten, und die reine Erbschaft nicht 500 fl. beträgt, tarfrei zu belassen sei.

2634. Hfr. Refsk. v. 7. April 1829 C. 391 an d. allg. Mil. N. G. (Mil. 57).

Ueber Einvernehmen der k. k. allg. Hofkammer ist befunden worden, das Hfd. v. 26. April 1810, wernach die Rechtsfragen über die Giltigkeit oder Ungiltigkeit und über die Auflösung der Ehen bei allen Zivilgerichten tar- und stempelfrei zu behandeln sind, auch den sämtlichen Mil. Jurisdiktionen zur Darnachachtung und Erzielung eines gleichförmigen Verfahrens hinausgeben zu lassen, und da die k. k. allg. Hofkammer das General-Hofstamamt unter einem anweist, die bei Mil. Gerichten vorfallenden Rechtsstreite dieser Art eben so, wie es bei dem Zivile geschieht, tar- und stempelfrei zu behandeln; so wird hiervon das N. G. zur eigenen Richtschnur, und weitem Anweisung der unterstehenden Mil. Gerichtsbehörden verständigt.

2635. Hfr. Vdg. v. 12. März 1833 C. 344 an alle Grenz Gen. Kom. (Mil. 28).

Laut Eröffnung der k. k. allg. Hofkammer vom 28. Feb. 1833 J. 9725 ergibt sich aus dem fünften Grundsätze der Militärartarnorm vom 6. Dez. 1810, daß nicht nur den enröllirten Grenzern und den Kommunionen den Grenzhäuser, zu welchen sie gehören, die Tarfreiheit in den darin bezeichneten Fällen zugestanden sei, sondern daß dieselbe allen Grenzhäusern, welche zu der Gesamtheit der für dienende Militärgrenzer zu Lehen bestimmten Häuser gehören, und nur gegen die Verpflichtung zu dem Dienste des Grenzers verliehen werden, oder allen Individuen, welche die Kommunion eines solchen Hauses bilden, zukomme; wenn gleich von einzelnen Häusern zeitwillig Niemand enröllirt ist.

Zum 10. Grundsätze der T. D.

2636. Hfr. Bdg. v. 28. März 1826 C. 345 an d. allg. Mil. N. G. (Mil. 93).

Aus Anlaß der vorgekommenen Anfrage, ob die Taxen von Mercantil- und Wechselgerichtsverhandlungen zu Zengg, welche vor der Vereinigung des Wechselgerichtes mit dem Magistrate von den Beamten des Wechselgerichtes bezogen wurden, nunmehr den Magistratsgliedern zu belassen seien, hat der k. k. Hofkriegsrath zu verordnen befunden, daß derlei Taxen nach dem für die Grenze bestehenden Regulativ für den Kommunitäts-Proventenfond verrechnet werden sollen.

2637. Hfr. Bdg. v. 29. Feb. 1832 C. 263 an d. allg. Mil. N. G. (Mil. 24).

Die beiden Zir. Resk. vom 27. Jän. 1831 F. 129 und vom 19. Juli 1831 C. 791 die Legalisirung und deren Taxen betreffend, sind den Militärkommunitätsmagistraten in der Gränze im gehörigen Wege zur Richtschnur mit Folgenden bekannt zu geben:

Nach dem 10. Grundsätze der Militärtaarnorm vom 6. Dez. 1810 sind alle Taxen, gleichviel ob ein mündliches oder schriftliches Einschreiten der Partei geschehen, ob es Legalisirungs-, Vidimirungs- oder sonstige Taxen sind, zu den Kommunitätsproventen abzuführen, und den §. 20 des Kommunitätenregulativs schreibt vor, wie die Taxen evident zu machen und zu verrechnen sind.

Damit aber diese Evidentmachung auch bei Legalisirungen und Vidimirungen, welche mündlich angesucht werden, erzielt werde, so ist das für diesen Fall bei Legalisirungen vorgeschriebene Protokoll, bei Vidimirungen aber eine Meldung des Vidimirenden sogleich zu exhibiren, auf dem Stüke und im Taxjournale die Taxe anzumerken, solche von Partei sogleich einzubringen, und von Fall zu Fall ihrer Bestimmung zuzuführen. S. **2617 — 18.**

Zum 12. Grundsätze f) der T. D.

2638. Hfr. Zir. v. 26. April 1828 F. 556. 6 (Mil. 35).

Kirchen sind, nach dem Sinne des Hfd. vom 2. Nov. 1790, wie Klöster, Lehranstalten und andere geistliche Stiftungen, ein Zählgeld von den ihnen zufallenden Erbschaften um so weniger zu entrichten verbunden, als Se. Majestät das Vermögen der Kirchen auch von Entrichtung der Klassensteuer frei zu sprechen geruheten.

N o t r a g.

Zu 35.

2639. Hfd. v. 16. April 1821, an alle Lt. (G. 260). Hfr. Jir. v. 17. Mai 1821 I. 2932 (Mil. 138).

Se. Maj. haben über den Antrag wegen Vergütung der in dem Königreiche Böhmen im letzten Kriege gegen Frankreich vom öst. Militär geschehenen Kriegsbeschädigungen unterm 2. April 1821 folgendes zu beschließen befunden:

»Den Unterthanen in Böhmen, so wie auch jenen in den übrigen Provinzen, ist für die durch Erzeße der k. k. Truppen erlittenen Beschädigungen zwar keine Vergütung aus dem Staatsschatze zu leisten, jedoch ist es mein Wille, daß nach der h. Entschl. v. 5. April 1816 für den Fall, wenn diese Beschädigungen auf Befehl, oder Zulassung der Befehlshaber erfolgt wären, oder diese Ordnung zu machen unterlassen hätten, die Befehlshaber dieser Truppen, insoweit sie bekannt sind, zur Verantwortung gezogen, und in so fern ihnen etwas zur Last fällt, zum Ersatze des gehörig zu liquidirenden Schadens verhalten werden.«

Diese a. h. Entschl., welche zur alleinigen Norm für die Behandlung der von dem öst. Militär zugefügten Kriegsschäden zu gelten hat, wird die Landesstelle durch die Unterbehörden mit dem Beisatze allgemein kund zu machen haben: daß es jedem auf diese Art beschädigten Unterthan, der sich mit dem Beweise nach dem gegenwärtigen Aussprüche gegen die Schuldtragenden aufzukommen getrauet, frei stehe, seine Entschädigungsansprüche bei den politischen Behörden gehörig anzumelden und geltend zu machen, wo es dann die Pflicht der Landesstelle sein wird, jeden solchen Entschädigungsanspruch gehörig zu würdigen (und nach dessen Beschaffenheit entweder die weitere Verhandlung mit dem Militärgeneralkommando darüber einzuleiten*), und auf die Befriedigung des Entschädigungswerbers zu dringen, oder denselben gleich zurück zu weisen.

Entschädigungsansprüche für Kriegsschäden, deren Urheber nicht bekannt sind, kommen in keine Betrachtung.

Zu 387.

2640. Statuten der in Prag errichteten mit Hfd. v. 21. Aug. 1804 bestätigten allg. Versorgungsanstalt für ohne ihr Verschulden verunglückte Männer und für Witwen und Waisen. Vierte Auflage. Prag 1823.

§. 18. Auf eine Pension oder Unterstützungsbeitrag findet kein Verbot statt, und jede Verpfändung oder Abtretung derselben zieht den Verlust der Pensions- oder Versorgungsrechte nach sich.

*) Diese eingeschlossene Stelle kommt in der hofkriegsräthlichen Kundmachung vor.

Zu 2041.

2641. Bdg. des tir. A. G. v. 24. April 1835 J. 1794, zu Folge Note des tir. Sub. v. 12. J. 7277.

Die hohe k. k. vereinte Hofkanzlei hat hinsichtlich der Frage, wie sich in Betreff der Kostenbestreitung benommen werde, welche bei Erledigung eines Erzbisthumes und Bisthumes für die Inventurs- und Separirungs-Kommission aufgerechnet werden, mit hohem Dekrete vom 5. März 1834 J. 4870 eröffnet.

Es könne sich im Allgemeinen wohl nur an den Grundsatz gehalten werden, daß die Kosten für die unter dem allgemeinen Ausdruck: Inventur eines erledigten Bisthumes oder Erzbisthumes begriffenen Amtshandlungen immer nur demjenigen Theile zur Last fallen sollen, in dessen Interesse die Amtshandlungen vorgenommen werden. Hieraus folge, daß

a) die Aufnahme des von dem verstorbenen Erzbischofe oder Bischofe hinterlassenen Allodial-Vermögens (die eigentliche Inventur) als ein Akt angesehen werden müsse, der lediglich im Interesse der Erben vorgenommen wird, daher die diesfälligen Kosten von den Erben zu bestreiten kommen; daß

b) die Inventariums-Aufnahme und Ausscheidung desjenigen Vermögens, welches dem Erz- oder Bisthume angehört und dem Nachfolger (Separazion des Pfründ-Vermögens), im Interesse des Bisthumes oder Erzbisthumes geschieht, daher gewöhnlich die Kosten dieser Amtshandlung von den Nutznießern des Bisthumes oder Erzbisthumes getragen werden müssen.

c) Wenn bei der aufgenommenen Erhebung des Baustandes der erz- und bischöflichen Gebäude, und der denselben zugewiesenen Patronatsgebäude die Erben sich nicht zu den ihnen zuerkannten Bauersätzen einverstanden, und auf eine weitere Erhebung durch Kunstverständige und gerichtlichen Augenschein antragen, wird die Frage über die Tragung dieser Kosten von dem gerichtlichen Erkenntnisse abhängen, und sich bestimmen werden müssen, wie dieses im Einverständnisse mit dem obersten Gerichtshofe mit der Bdg. v. 6. März 1817 J. 4747 wegen Bauherstellungen bei Pfarrhöfen nach dem Ableben der Pfründner erlassen worden ist. S. 2040.

Zu 2044.

2642. Dek. d. v. ö. Reg. v. 17. Okt. 1825 J. 24883 (P. 193).

Die hohe Hofkanzlei hat unterm 29. Sept. d. J. J. 29234 anher erinnert; die Erfolgung des Armendrittels bei geistlichen Intestat-Verlassenschaften in dem gesetzlich bezeichneten Falle an bairische Unterthanen unterliege gegen Herstellung des Beweises keinem Anstande, daß die bairische Regierung bei der Erbfolge in geistlichen Intestat-Verlassenschaften, die öst. Unterthanen eben so wie ihre eigenen Unterthanen behandle. Die Versendung von Messgeldern in das Ausland ist jedoch nach der Hofvbg. v. 3. März 1781 untersagt.

Alphabetisches Register.

(S. bedeutet Seite und f. bedeutet siehe.)

Abfahrtsgehd, wer darüber zu entscheiden hat, **21—24**; Einfluß desselben auf die Erbsteuer S. 1218 §. 29—30 u. S. 1246 §. 43. Bestimmungen über das Abfahrtsgehd, wenn das Vermögen nach Ungarn, Siebenbürgen oder in das Ausland gezogen wird **2562—9**; es tritt nicht ein entweder zufolge der Reziprozität oder zufolge eines Vertrages, s. Freizügigkeit. Bestimmungen über das ehemals so genannte Militär-Abfahrtsgehd, wenn das Vermögen aus der Mil. in die Ziviljurisdiktion übergeht, s. Invalidenfondsbeitrag.

Abfertigungen der Beamtenwitwen und Waisen, auf dieselben gehen die Pensionsverbote und Exekutionen über **878**; austretender Offiziere, sie unterliegen jeder Exekution **907**.

Abhandlung der Verlassenschaft; Anhängigwerdung derselben **1941**; Bekanntgebung der Todesfälle s. Todesfälle; Ablegung der Ordensgelübde **1946—51**; Auswanderung **1952**; Abthnung **1953**; Sperre S. 932, §. 26 u. f. Kundmachung und Abschriften der letztwilligen Anordnungen **1965—8**; Vormerkung derselben in öffentl. Büchern S. 946, §. 43; Erbserklärung **1969**; Verfahren mit mehreren Erbserklärungen S. 947, d); Inventur S. 940, §. 34 u. f.; Schätzung S. 941, §. 37—**1972** u. **609** u. f.; Vermögensbekenntnisse und Ausweise **1973—6**; Einberufungsedikte **1977—9**; Feilbietung S. 945; Aemtlliche Verfügungen S. 946; Einantwortung, s. Einantwortung; Rekurs **1987**; Verlassenschaftsprotokoll S. 948, §. 44; Verfahren, wenn Ausländer sterben und hierorts ein Vermögen hinterlassen **1999** und bei Ungarn u. Siebenbürgern **2114—16**; bei Landmännern, die in mehreren Provinzen begütert sind **2013**; wenn der Fiskus einschreitet, **2027—33** u. **2109**; bei erblosen Verlassenschaften **2023**, insbesondere protestantischer Geistlichen **2071**; bei Verlassenschaften der Geistlichen und Nonnen **2035—72** u. **2642** und der Mil. Personen **2084—98**.

Ableinungsseid findet nicht statt **650**.

Abschriften von Testamenten aus Ungarn haben Rechtskraft **1609**; wann sie einzusenden sind dem Ordinariate **2039** und der polit. Behörde **2110**.

Absenztabellen **1907—8**.

Abstiftung der Unterthanen **135—40**.

Abteipfründen (pains d'Abbayes), in wie weit sie kein Gegenstand der Veräußerung und Verpfändung sind **915—6**.

Abthnung der Verlassenschaft. **1953**.

Abtretung des Eigenthums zum allg. Besten; s. Expropriation.

Addizionalartikel sind unzulässig **567**.

Adel, wer darüber zu entscheiden hat, **25** u. **26**; Strafverfahren bei Anmassungen desselben **1002—4**; Rechte des in- und ausländischen Adels **1805—9**; Todesfälle adeliger Personen sind dem Landrechte anzuzeigen **1988**, und das Erlöschen adeliger Familien der Lst. **1989—90**.

Adelszeugnisse der Stände sind öffentliche Urkunden **433**.

Adjuten sind befreit vom Verbote und der Exekution **862**.

Adoption, Taxen 2305—6.

Advokaten sind von der polit. Verhandlung der Unterthansbeschwerden ausgeschlossen **113** §. 13; doch können sie den Unterthanen Beschwerdeschriften verfassen **115**; wann und wie sie die Vertretungsvollmachten vorzulegen haben **183—6**; welche Schriften von ihnen gefertigt sein müssen **199—207**; der Bestellung eines Rechtsfreundes bedarf nicht der Advokat **209** und der für das Richteramt Geprüfte **210**; sie sollen im mündlichen Verfahren zur Tagssatzung erscheinen und nicht Schriften wechseln **224** u. **227**; sie sollen nicht alle Schriften in der letzten halben Stunde in das Einreichungsprotokoll schicken **1666**; ihre Adnotationen sind nicht als Handlungsbücher anzusehen **517**; der Advokat der Gegenpartei ist ein zulässiger Zeuge **557**; Aufnahme der species facti S. 558, §. 412—15 u. **1301**; Vollmacht S. 559, §. 416—**1303**; Substitut und dessen Vollmacht S. 561 §. 420—**1312**; insbesondere zur Vertretung einer Handlung **1633** §. 13 oder Gewerkschaft **1623** §. 30; Verweigerung u. Aufkündigung der Vertretung S. 561, §. 419 u. **1306**; Mißbrauch der Amtsgewalt S. 563, §. 421—**1314**; Verbot der Absprünge u. des Saumfales S. 564, §. 422 u. **1318**; der Promemorien und Ausforschung der Referenten **1319**; der Fristgesuche zu Hofrekursen **1320**; der Ausbedingung einer bestimmten Belohnung und Einlösung der Streitsache S. 565, §. 423—**1322**; Strafrecht S. 567 §. 428—**1333**; über die Entlassung ist in vollem Rathe zu entscheiden **1334**; Verhalten zur Entschädigung **1331**; Korrekziionsbuch **1335—6**; strenge Ueberwachung **1337—9**; Bekanntgebung der Suspendirung oder Entsetzung **1338**; Beförderung **1340—1**; Gebühren-Liquidirung und Moderirung S. 565, §. 424—7 und Einbringung **1325**; sie gehören im Konkurse nicht in die 3. Kl. **1500**, diesfällige Taxen **2269**, **2297** u. **2261**; Haftung der Advokaten für die Tax-, Porto- und Stempelgebühren **2168** §. 11), **2220**, **2227—30** u. **2240**; Domizil und Urlaub **1342—9**; Verfahren beim Tode **1309**; Söhne der Advokaten, Anstellung **1380**.

Advokatur; Erfordernisse S. 540, §. 410—**1273**; insbesondere bei den Mil. Gerichten in Ungarn und in der Grenze **1604**; Umfang **1274—8**; Beschränkungen bei Professoren **1279**; bei Pensionisten u. Quieszenten **1280—1**; in Führung der Gewerbe **1282**; u. Verbindung mit dem Richteramte **1283—92**.

Aerar; Verbot u. Pfändung auf Forderungen aus Kontrakten mit demselben; auf Schiffe u. andere dazu gehörige Geräthschaften **844—6**; an welche Behörden sich diesfalls zu wenden **943**; Monturstücke sind kein Gegenstand der Verpfändung **847**; für welche Forderungen desselben die Kautionen der Beamten haften **54** u. **55**; Sicherstellung und Exequirung derselben durch die administrativen Behörden **57** u. **58** u. im Konkurse **365**; Anmeldung derselben bei Mil. Verlassenschaften **2086**.

Aerarialgebühren; Erhebung der Ausstände derselben nach dem Tode der Betheiligten **2012**; beim Militär **2084**; Erhebung derselben für Waisen **2118**.

Aerarialrückstände; Aufforderung wegen Liquidazion derselben **365**.

Ärzte, ihre Adnotationen haben keine Beweiskraft **517**.

Agenten öffentliche **1350—8**.

Katholische Gemeinden, über die Abgaben derselben an die kath. Geistlichkeit u. an ihre Seelsorger und Schullehrer entscheidet die polit. Behörde **27—8**.

Akten der Registratur, Mittheilung u. Einsicht derselben S. 877, §. 104 u. f.

Aktenverzeichnisse im mündlichen Verfahren sind taxfrei **2276**.

Aktivforderungen sind in den vom Personalrichter eröffneten Konkurs einzuziehen **1430**; sie unterliegen der Erbsteuer S. 1213 §. 20—22.

Aktorische Kaution S. 539 §. 406—8 u. **1246**, sie findet im Konkurse nicht statt **1484**.

Aktuare der Hofkammerprokurator können bei Gericht erscheinen **1300**.

Akzeptazion trockener Wechsel **1638**, 2); Haftung mehrerer Akzeptanten **1638**, 5).

- Akzien** der Nordbahn au porteur, unterliegen nicht dem Verbote **1848**; Akzien der Bank f. Nazionalbank.
- Alimentazion** der Gattin und Kinder aus der Besoldung und dem Quartiergehalte **865—7**; des arretirten Schuldners **1147—53**; des Stridatars **1454**.
- Amosen** sind kein Gegenstand des Verbotes, der Exekution u. Zession **848—51** u. C. 378, §. 4.
- Annuitatium** aus geistlichen Verlassenschaften **2527—32**; insbesondere in Währen C. 1298, 4); auf dasselbe ist beim Erbsteueräquivalente keine Rücksicht zu nehmen **2179**.
- Amortisirung**; I. der Privaturkunden: von wem und wo sie anzufuchen ist **1841—7**; insbesondere bei den Akzien und Kupons der Nordbahn **1848**; Verfahren **1849—50**; II. der Staatspapiere und zwar a) auf den Ueberbringer **1851—3**; b) der Zinsentals **1854 c)** auf bestimmten Namen **1855**; d) der salzburgischen **1856—7** u. e); der tirol. Landschaftsobligationen **1858**; f) der Urkunden des Monte **1859—60**; g) dem Generalkommando ist Anzeige zu erstatten **1861** u. **1873**; so wie der Kasse u. Hofstelle **1862**; Verfahren, wenn die Originalobligazion wieder vorgefunden wird **1863—4**; oder wenn um Ausfertigung des Dupplikates angesucht wird **1865**; III. der Kreiskassaempfangscheine **1866**; IV. der Tazentschädigungsbescheide **1867**; V. der Urkunden der Nazionalbank **1868**; VI. alter Sazposten **1869—73**.
- Amtsdiener**, f. Gerichtsdiener.
- Amtserinnerungen**; Abschriften derselben **798**; sie sind von Taxen, Stempeln u. Porto befreit **2189**.
- Anbietung** des Eides, wann sie als gerichtlich anzusehen ist **667**.
- Anbot** bei Vizitationen **1102—3**.
- Anmeldung**, f. Liquidirung.
- Anschlagung** an die Thüre **1207**.
- Anzeigen** eines Verbrechens oder einer schw. Pol. Ueb. **158** u. **401**.
- Apotheker**, ihre Bücher haben Beweiskraft **517**.
- Appellazion**; wann sie statt findet u. wann nicht C. 323 §. 252 u. f. Advokatenfertigung der Appellations- u. Revisionschriften **207**; die Anmeldung ist das Wesen derselben **709—11**; die Frist zur Anmeldung kann nicht erweitert werden **712—14**; Verfahren mit einer verspäteten Anmeldung **728—30**; mit der Anmeldung kann die Beschwerde verbunden werden **715—6**; Erstreckung der Frist zur Beschwerde **717—20**; die verspätete Beschwerde oder Einrede ist nicht mehr anzunehmen **719—22**; schriftliches Appellationsverfahren **721—7**; die Frist zur Einrede kann nicht erstreckt werden **724**; Mündliches Appellationsverfahren **731**; Ablassung u. Fortsetzung derselben **733—4**; wenn sich die Advokaten nicht im Gerichtsorte befinden, sollen die Appellations- u. Revisionsreden schriftlich überreicht werden **732**; im schriftlichen Verfahren findet keine Inrotulirung der Appellations- und Revisionschriften statt **735**; im mündlichen Verfahren sind zur Inrotulirung die Advokaten nicht zuzulassen **736**, außer die Partei verlangt es **737**; Einbegleitungsbericht, Inhalt u. Beilagen desselben C. 332—4; beim Obersthofmarschallamte geschieht die Einbegleitung mit Präsidialnote **749** u. **750**; Sicherstellung während der Appellazion C. 335 §. 259 u. **751**; die diesfällige Deponirung des streitigen Betrages begründet kein Pfandrecht **753**; das nicht rechtskräftige Urtheil kann pränotirt werden u. die Rechtfertigung geschieht durch das Exekutionsgesuch **754**; auch während der Appellazion gegen den Gerichtskostenersaz können die Taxen eingetrieben werden **2250**; Appellazion des Fiskus **761**, bei Wechselgerichten **1633**, §. 9 u. **1639**, u. in Chesachen **1590** §. 18. Das N. G. hat mit seinem Urtheile die Prozessakten zurück zu schiken **778**; wenn beide Theile appelliren, erfolgt doch nur ein Urtheil **779**; Ausweis über die nicht ergriffene Appellazion oder Revision **983**.
- Archive**, ämtliche Instrumente über dort befindliche Urkunden haben vollen Glauben **432**.

Arme; Verfahren, wenn Armeninstituten Vermächtnisse zugebracht sind **1992—5**; wenn der Erblasser aus dem Armeninstitute verpflegt worden ist **1996** oder in einem Spitale **2105**; wer die Vertheilung der Legate unter Arme vorzunehmen hat **1993 u. 1997**; gesetzliches Erbrecht der Armen auf den Nachlaß der Geistlichen **2042—5**; insbesondere der aus dem ungar. Studien- oder Religionsfonde pensionirten Erreligiosen **2067**; das Armen-drittel kann auch an bairische Unterthanen erfolgt werden **2642**; dieses Erbrecht ist vom Fiskus zu vertreten **2030**; ob das Armen-drittel den Verwandten zu überlassen ist, entscheidet die Lst. **48**. Tax- und Stempelfreiheit des Armeninstitutes **2179—84**; Befreiung von der Erbsteuer S. 1208 e) u. **2417**. Für die Armeninstitute sind folgende Siebigkeiten einzuheben: die Vizitationsprozente **2497—508**; $\frac{1}{2}$ Prozent von den Zivilverlassenschaften in Wien **2510—12 u. 2514—15**, ferner 1 fl. für die Armenbürgerlade **2509**; u. das halbprozentige Mortuar in Grätz **2516—21**; über die diesfälligen Siebigkeiten in Mähren **2559—61**.

Arrest; von demselben sind befreit 1) die Militäristen **1602** §. 2 u. **837**; eben so die Landwehrmannschaft **838**; jedoch nicht die Beurlaubten **839** und die Handels- und Gewerbsleute in der Militärgrenze u. die Einwohner der Militärkommunitäten **840**; 2) die Staatsbeamten **852**; die Vorsteher der Judengemeinden **841**; die Beamten des Versazamtes, der Kranken- u. Versorgungsanstalten **856**; die polit., ständischen und städtischen Fondsbeamten **857**; die Subjekte der Hofapotheke **858**; die Dienerschaft des Hofstaates **859**; die Hoftheaterbeamten **861**; die Praktikanten **862**; die Schullehrer u. Industriallehrerinnen **863**; nicht aber die Hofschauspieler **860** u. die Postexpeditoren **842**; 3) die Salniter- u. Pulvererzeuger S. 388 die Note; die fahrenden Güter des Arrestirten sind nicht zugleich in gerichtliche Verwahrung zu nehmen **843**. — Vorsichtsweiser Arrest S. 362 §. 275 u. f.; er kann über 1 Jahr dauern **1145**; Arrest ad praestandum factum S. 453 §. 309—10; Schuldenarrest S. 493, §. 348 u. f. demselben unterliegt auch der Kridatar **1452—3**; Vornahme u. Berechnung des Arrestes **1139—46**; Alimentazion **1147—53**. Nentliche Arrestirung des Schuldners **1169** u. des Kridatars **1466**. **Höfikan; Kontrakte in Triest**; Befreiung derselben von der Zeugenfertigung **495—502**.

Auditore; ihre Gage und Pension unterliegt mit einem Drittel der Erefuzion **902—4**; eben so die Gnabengehalte oder Pensionen ihrer Witwen und Waisen **901** und **904**; jedoch nicht unter 100 fl. **879**.

Aufforderung der Gläubiger außer dem Konkurse und ohne Verühmung, sub clausula praeclusi ist nicht gestattet **325**; im Konkurse geschieht sie durch Edikt und nicht durch eine Klage **1462**, Ausn. **365**; Aufforderungsklagen finden statt: wegen Verühmung S. 142 §. 66 u. f. u. **327—9**; gegen Nozionen **330—43**; die vorläufige Sicherstellung des Strafbetrages ist in der Regel nicht erforderlich **970**; wegen Probepunzierung **364**; gegen Zivilbuchhalterierledigungen **403**; wegen Liquidationen der Aerarialrückstände im Konkurse **365**; wegen Verzehrungssteuerentschädigung **366—7**; gegen Nestzettel **368—72**; bei Verlassenschaften der in Verrechnung gestandenen Beamten **373—4**; wegen zweimaliger Pränotazion **375**; wegen Abnahme eines verpachteten Staatsgutes **376—7**; gegen Militärerkennnisse und Nozionen der Hofriegsbuchhaltung **378—83**; wegen eines vorzunehmenden Baues S. 175 §. 72 und **384—9**.

Aufkündigung einer Wohnung, Zustellung derselben **1654**.

Auf- und Unterschrift bei Gatzschriften **199—210**.

Ausbleiben von der Taggagung, Rechtfertigung desselben S. 113 §. 33 und **239—40**.

Auskultanten, Ernennung und Verwendung derselben **1680**.

Ausland; Erefuzion der Urtheile **1019—21**; insbesondere: Baden **1022—3**; Baiern **1024**; Frankreich **1025**; Kirchenstaat **1026—7**; Krakau **1028**; Rußland **1029**; Sachsen **1030**; Sardinien u. Tessin **1031**; Warschau **1032**; Reziprozität im Konkurse S. 648 §. 27 u. **1550—2**; und bei Erbschaften **2000—6**; Verfahren, wenn Ausländer sterben und

hierorts ein Vermögen hinterlassen **1999**; Behandlung des Vermögens eines Ausländers und des im Auslande befindlichen Vermögens eines Ausländers rücksichtlich der Erbsteuer **C. 1212 §. 19 u. 20**.

Ausschließung des befangenen Richters, s. Verhorrözenz.

Ausschuß der Gläubiger im Konkurse, Wahl desselben **C. 655, §. 36, 1568—§. 37**; Geschäfte desselben **1571—5, 1582, §. 41 u. f.**; Belohnung desselben **1560**.

Auswanderung und unbefugte Abwesenheit, Verfahren dabei **49 u. 50**; was mit dem Vermögen zu geschehen hat **1952**; Eintreibung und Abschreibung der von Auswanderern rückständigen Tax-, Porto- und Stempelgebühren **2255**.

Ausweise; Erträgnis- oder Schätzungsausweise zur Bemessung der Erbsteuer **C. 1158, §. 1—2100**; Ausweise über die Geschäfte bei Gericht, s. Geschäftsausweise.

Ausziehstreitsachen: in Wien **1648—54**; Klagenfurt **1655**; Prag **1656**; Linz **1657**; Grätz **1658**.

B

Bank; s. Nationalbank.

Barmherzige Brüder sind in ihren causis von den Gerichtstaren nicht befreit **2178**, aber von der Erbsteuer, wie die barmherzigen Schwestern **2420** und von dem Erbsteueräquivalente **2484**.

Bau; Aufforderungsprozeß **C. 175, §. 72 u. 384—7**; Ausnahme, daß Bau- freitigkeiten zur Realinstanz gehören in Wien **388** und in Prag **389**; Verfahren bei Wasserbauten **390—3**.

Bauerngut; Exekution auf dasselbe **1092**.

Beamte; Beerdigung derselben zur Ausstellung öffentl. Urkunden **420—2 u.** zur Verwaltung der Depösten- und Waisenämter **2144**; können wegen ihrer Amtshandlung bei Gericht nicht geklagt werden **51**; und sind in Amtssachen unzulässige Zeugen **555 u. 556**; Streitigkeiten zwischen denselben und den Herrschaftsbesitzern gehören auf den Rechtsweg **52 u. 53**; für welche Forderungen des Aeras ihre Dienstkautionen haften **54—55**; Gerichtstaren sind von ihren Besoldungen abzugiehen **56**; Vornahme der Gehalts- und Pensionsabzüge durch die administrative Behörde **57**; bei ständischen, städtischen und Fondsbeamten **58**; Aufforderungsklage bei Verlassenschaften der in Verrechnung gestandenen Beamten **372—4**, und im Konkurse **365**; Befreiung derselben vom Arreste und ihrer Gehalte vom Verbote und der Exekution; s. Arrest und Gehalte; Anstellung verwandter und verwandter Personen bei Zivil- und Militärbehörden **1381—2**; Entlassung wegen Verbrechen, schweren Polizeiübert. u. Vergehen **C. 588, §. 433—1397**; und wegen eigenmächtiger Entfernung **1398**; Rekurs gegen die Entlassung **1399**; Aufhebung des Verbotes der Nebenbeschäftigungen **1405—7**; Remunerationen von Privaten an öffentl. Beamten sind unzulässig **1409**; Anzeige der Sterbfälle der aus öffentl. Fonds bezahlten Beamten und Pensionisten **2007—8**; Abnahme ihrer Zahlungsbögen **2009**; Einantwortung des Nachlasses eines in Verrechnung gestandenen Beamten **2010—11** und Erhebung der Ansprüche der Gehalte, Pensionen u. s. w. **2012**.

Beantwortung, Folgen der unterlassenen **177**.

Bedrückung, obrigkeitl., Exekution der Erkenntnisse über dieselbe **1005**.

Beendigung des Konkurses, wie zu erklären **1587**.

Beerdigungsbuch; s. Todtenbuch.

Begräbnis, Krankheits- und Trauerkosten; Vorrecht im Konkurse **C. 628, §. 15** und in Strafhäusern **2111**; Behandlung bei der Erbsteuer **C. 1246, §. 43**.

Begüterte Landstände, Abhandlung ihrer Verlassenschaft **2013**.

Behandlung der Gläubiger hemmt die Exekution nicht **1162**; Verfahren dabei **1160—1**; die Wechselgläubiger sind an die Mehrheit nicht gebunden **1159**.

Beurtheil, dadurch wird auf den Beweis mit Zeugen und Kunstverständigen erkannt; Inhalt, Rechtswirkung und Formulare desselben 553; es kann theilweise zugleich ein Endurtheil sein 554.

Belehrungen in anhängigen Rechtsstreiten sind nicht zu ertheilen 1931.

Benefizium die Dotirung desselben ist erbssteuerfrei S. 1208 d.

Bergbauverbot 1628.

Berggerichte, Verfahren bei denselben 1623 u. f. Wirksamkeit derselben bei Verlassenschaftsabhandlungen 1959—61.

Bergleute, von dem beweglichen Vermögen ist kein Fallfreigeld zu nehmen 2359.

Bergwerke; Verbot und Exekution auf dieselben 882; 1623, S. 22—26; 1624 u. 1628; Behandlung derselben beim Mortuar 2380 und bei der Erbsteuer S. 1214 S. 23.

Bergwerksprodukten=Verschleißdirektion; Loose und Tratten derselben au porteur, Amortisirung 1851; sie unterliegen nicht dem Verbote 1851 und 882.

Bericht zur Einbegleitung der Appellations- und Revisionsakten, Inhalt und Beilagen desselben S. 332—34; über Rekurse 799—803; beim Obersthofmarschallante geschichte diese Einbegleitung mit Präsidialnote 749—50 und 794; Konkursberichte 1467—8 u. 1470—1; Berichtsausweise 1899 u. 1900; Berichte über die Auskultanten 1901—6; Tarfreiheit der Berichte 2185.

Bescheid; ob schriftlich oder mündlich zu verfahren ist, wird durch Bescheid erledigt 221; eben so, ob ein Eid für abgeschworen zu halten sei 214; und ob er wirklich abgelegt worden ist oder nicht 647 u. 662; über eine bloß zur Einsicht der Urkunden vorgegangene Verhandlung 542; über die streitige Sequestrazion 961.

Beschlagnahme bei Industrieprivilegien 978.

Beschneidungsbuch; s. Tauf- oder Geburtsbuch.

Beschwerdeführung; s. Rekurs.

Besitzfähigkeit bei landtäflichen Gütern, wann die polit. Behörde darüber zu entscheiden hat 59.

Besitzstreitigkeiten, Provisorien bei denselben 121—4.

Besoldung beim Zivile; s. Gehalte, und beim Militär, s. Gage.

Bestellungen, welche den Räthen und ihren Frauen verboten sind 1408.

Betreibungsgefuche sind nicht dem Referenten, sondern den Vizepräsidenten zu übergeben 1675.

Beurlaubte, bis zur Einberufung unterstehen dem Zivilgerichte 839.

Beweggründe, s. Entscheidungsgründe.

Beweis ist lediglich nach d. G. D. zu beurtheilen; von den früheren Gesetzen und dem röm. Rechte ist es ganz abgekommen 412; kann über die im Prozesse nicht vorgekommenen Umstände nicht aufgetragen werden 411; Beweis ausländischer Gesetze 408, der Robottage 409, der Wechselfähigkeit 1635.

Beweismittel, wo sie angeschlossen werden müssen 178—81 und 548—50; wann der Richter in die Verwerflichkeit desselben nicht eingehen darf 537; Verfahren mit neuen, vor abgelegtem Eide S. 310 S. 231 und 664; im Konkurse 1493.

Beweisschriften; die Parteien haben denselben die Zeugenverhörprotokolle nicht beizuschließen 585; sind zu inrotuliren 586; bei Zeugen und Kunstverständigen 553 S. 3. und 607.

Bilder, Behandlung derselben in Verlassenschaften 2020 und bei der Erbsteuer S. 1214 S. 24 — 2433.

Bischöfe; wozu das Kirchendrittel der Verlassenschaften derselben zu verwenden ist 2045.

Bisthum; Bestreitung der bei Erledigung desselben vorkommenden Inventurs-, Separirungs- und Gebäudebesichtigungskosten 2611.

Bogen, auf ganzen, sind gerichtliche Eingaben zu schreiben 189.

Börse in Triest, Aufnahme des Kunstbefundes 600.

Böser Vorsatz wird bei Gefällzübertretungen nicht erfordert 361.

Bothen und **Bothenlohn** oder **Meilengelder**, f. **Gerichtsdienner**.

Brandschadenversicherungsanstalten; Entscheidung ihrer Streitsachen durch **Schiedsrichter** S. 361 b *); die von ihnen zu zahlenden Entschädigungen können nur zum Behufe des Wiederaufbaues zedirt, mit Verbot und **Erefuzion** belegt werden 883; ausgenommen in **Tirol** 881.

Briefe des **Kridatars** 1172—4.

Buchhaltererledigung; Aufforderung bei **Zivilbehörden** 103; und bei **Militärbehörden** 378—83.

Buchhalterzeugniß bei **militärischen Verlassenschaften** 2081—86.

Bücher, Behandlung derselben in **Verlassenschaften** 2011—21, insbesondere der **geistlichen Bücher** und **Schriften** 2035—8; und nach **Militärpersonen** 2087; **Erbssteuerfreiheit** derselben S. 1214 §. 24 — 2133.

Bürger spitäler, sind von **Gerichtstaren** nicht befreit 2183.

Bürgschaften bei **Wechseln** 1638.

Burg, **Kai.**, **Verfahren** bei dem **Tode** der daselbst wohnenden **Hofbeamten** und **Diener** 1962.

Bußtage der **Juden** 1189.

C

Clausula praeclusi; die Aufforderung eines **Gläubigers** unter dieser Klausel findet nicht statt 225.

Comportatio documentorum; Auftragung und Ablegung des **Eides** über dieselbe 657—9.

Congrua der **Geistlichen** unterliegt keiner **Erefuzion** 917; auf dieselbe ist bei dem **Erbssteueräquivalente** keine Rücksicht zu nehmen 2478.

Consilia juridica sind den **Satzschriften** nicht beizulegen 182.

D

Defizientenhaus, Beiträge für dasselbe aus **geistlichen Verlassenschaften** 2529.

Delegirung; die **Rechtsache** des **Gerichtsherrn** kann auch nicht bei seinem delegirten **Gerichte** verhandelt werden 1779; **Delegirung** eines **Gerichtes** durch die vorgeordnete **Behörde** 1770—3; durch das **Landrecht** 614 und 1955—7, insbesondere in **geistlichen Verlassenschaften** 2038, 2049, 2051 und 2054; durch den **Magistrat** 1958, oder durch das **Wechselgericht** 1645. Ausmaß und Verwendung der **Taren**, die ein delegirtes oder prorogirtes **Gericht** zu erheben hat 2217—19 und 2295.

Denkmünze, beim **Zivile**, wann sie den **Erben** zu erfolgen ist 2022; beim **Militär** bleibt sie dem **Weibe** oder den **Kindern** 2098.

Deponirung des freitigen **Betrages** während der **Appellazion** bewirkt kein **Pfandrecht** 753.

Depositen; Benehmen der **Gerichte** bei denselben S. 1026—9; **Vorsichten** bei **Obligazionen** und **Schuldscheinen** 2130—3; **Erhebung** der **Interessen** durch die **Depositenämter** 2134—5; **Erfolglassung** von **Antzwegen** 2136; **Vorschüsse** an **Versazämter** 2137; **Kaduzität** der **Depositen** 2138—43; **Protokolle** und **Register** über **Depositen** S. 1035 §. 79—82; **Ekontrirung** S. 1036, §. 83—4; **Beeidigung** der **Beamten** 2142; **Vorschriften** für **Bezirksgerichte**, **Pflegämter** und **Domänen** 2145—48; **Anwendung** der **G. J.** auf die **städtischen Depositenämter** in **Mähren** 2149—50, und in **Böhmen** 2151—6; **Ueberwachung** durch die **Schuzobrigkeiten** 2157; **Estrafen** wegen **unredlicher Verwaltung** der **Waisen-** und **Depositenkassen** 2158—9; **Vorschüsse** zur **Bestreitung** der **Kosten** der **Erefuzion** des **Fiskus** gegen die **Gutsherren** wegen **abgängiger Waisen-** und **Depositengelder** 2160.

Depositengebühr, f. **Zählgeld**.

Depositeninstrukzion für die **Landrechte** 2161.

Depositum der **Supplicanten**; **Verfahren** bei der **Veräußerung** und **Vormerkung** 948; **gerichtliches**, **Vornahme** des **Verbotes** 951; **fruchtbringende** **Anlegung** desselben 959.

Deputate, Befreiung von der Exekution **863**.

Derelikte, Verfahren mit denselben **352—3**.

Deservit der Advokaten, Liquidirung und Bezahlung **1325**.

Diäten der Nichtstaatsbeamten unterliegen dem Verbote und der Exekution **872**.

Dienerchaft des Hofstaates, Anzeige, wenn sie geklagt wird **17**; Befreiung vom Arreste und Verbote **859**.

Dienstbarkeiten, Liquidirung im Konkurse **1491—2**.

Dienstbothen; von welchen Behörden die Streitsachen derselben zu entscheiden sind **61—63**; die denselben hinterlassenen Vermächtnisse sind mortuarfrei **2362**.

Dienstgraziale des Soldaten, kann weder zur Entschädigung, noch zur Bezahlung von Schulden verwendet werden **896**. Bestimmung wegen des Invalidenfondsbeitrages **2551**.

Dienstkautionen der Beamten, für welche Forderungen des Aersars sie haften, **54—5**; der Militärpersonen, Erfüllung an die Erben **2086 ****).

Dienstlohnstreitigkeiten, wer sie zu entscheiden hat **61—3**.

Diurnen der Nichtstaatsbeamten unterliegen dem Verbote und der Exekution **872**; jedoch nicht unter 100 fl. **879**, weil sie Unterhaltungsgeelder oder Alimentationen sind **881** §. 8.

Dolmetscher, Aufstellung derselben, ihre Rechte und Pflichten **193**; ämtliche Übersetzungen müssen sie unentgeltlich liefern **198**; polnische **627**.

Dukaten, Abnahme der Verlassenschaftsgebühren von denselben **2446**, und von nicht vollwichtigen **2453** u. **2470**.

Dominium, Streitigkeiten mit den Beamten gehören auf den Rechtsweg **52—3**; der Unterthan des in Streit verfangenen Dominiums ist bei dem nächsten Magistrate abzufragen **570—1**; Klagen desselben gegen Gerichtsinassen sind bei dem nächsten Gerichte anzubringen **1779**; das gilt auch im adeligen Richteramte **1781**; wie bei der Exekution in den Rechtsachen des Dominiums gegen Gerichtsinassen vorzugehen ist **1780** u. **1785**; Einklagung der Kirchen- und Stiftungskapitalien gegen Unterthanen des Dominiums, welches zugleich Vogt oder Patron ist **1784**; Gesuche um Einverleibung und Vormerkung der Forderungen des Gutsheeren, wo anzubringen und zu vollziehen **1785**. Der Gerichtsherr kann die Gerichtsbarkeit selbst ausüben, wenn er geprüft ist **2121**. Obrigkeitliche Forderungen, Vorzugsrecht, bei Exekutionen und im Konkurse **1128—9**; S. 629, §. 16 u. **1525**. Die in der Erbsteuerabfuhr säumigen Dominien unterliegen den Strafinteressen **2472**.

Durchlaucht **1800—3**.



Edikte; wegen Feilbietung unbeweglicher Güter, in denselben ist der Schätzungswerth im Ganzen auszudrücken **1082**, nicht aber die Summe der Schulden **1080**; was statt Fabrik zu sagen ist **1081**; welche Bedingungen zu vermeiden sind **1127**; Inhalt und Kundmachung der Konkursedikte, S. 609 §. 5, 8 u. 9 und Stempelfreiheit derselben **1549**; Einberufungsedikte bei der Abhandlung einer Verlassenschaft **1977—9**, insbesondere beim Militär **2086** und Note **). Formulare der Edikte, S. 849 §. 85 — 87; Anschlagung derselben **1840**, Kundmachung durch die Zeitung **1841**, insbesondere in der preuß. Staatszeitung **1842**, Aufbewahrung in der Registratur **1843**.

Ehe, der Pupillen in Ungarn, dazu ist die Legalisirung der obervormundschaftlichen Bewilligung erforderlich **426**.

Ehebruch; Geständniß desselben **418—9**.

Ehestreitsachen, Verfahren **1590—6**; insbesondere bei Judenehen **1597** bis **1601**; sie sind tax- und stempelfrei **2190**.

Ehrenbeleidigungen; wo zu verhandeln **155**.

Ehrendekorationen, Verfahren bei Annassung derselben **1003**.

Eid; Benehmen der Behörde bei Ablegung desselben, S. 921 §. 14 u. f.; Verfahren über die Frage, ob ein Eid für abgeschworen zu halten sei **214**; und ob er wirklich abgelegt worden ist oder nicht **617** u. **662**; er hat nur

statt, wo ihn die Gesetze ausdrücklich zulassen **110**; er ist vor einem Kreuzstabe und zwei Wachskerzen abzulegen **579**; nicht aber bei helvetischen Konfessionsverwandten **579**; Eidesablegung der Mahomedaner **580**; der Juden **S. 922**, §. 18 u. f.; in dem Urtheile auf den Eid ist die Eidesformel nach verbesserten Schreibfehlern auszudrücken **642**; die unterlassene Vorladung des Gegners zur Anhörung des Eides zieht Abmündung, aber keine Nullität nach sich **661**; Führung des Beweises oder Gegenbeweises zur Beseitigung des dem Gegner durch Urtheil aufgetragenen Eides **S. 310**, §. 231 u. **664**; wann ein Parteieid für abgeschworen zu halten ist **S. 311** §. 233 und **665—7**, und wann ein Zeugeneid **597—8**; Wirkung eines falschen Parteieides **S. 312** §. 234—5; und eines falschen Zeugeneides **S. 312** §. 236—7, **668** u. **582**; Eid wegen *comportatio documentorum* **657** u. **659** und wegen geheimer Gesellschaften bei Beamten **1382**.

Eidesformel ist im Urtheile auszudrücken und Schreibfehler sind zu verbessern **642**; Erklärung derselben **663**.

Eidliche Angabe, s. Manifestationseid.

Eigenthum, Abtretung desselben zum allg. Besten **29—32**; Liquidirung im Konkurse **1188—9**; freiwillige gerichtliche Schätzung desselben **615**.

Einkaufswortung, exekutive, **S. 454** §. 314 — **1054**; Urkunde hierüber für den Lizitator. Käufer einer Realität **1130**; einer Verlassenschaft, wenn eine Erbsteuer oder ein Mortuar zu entrichten ist **S. 945**, §. 42—**1082** und **S. 1254** §. 55; oder ein Erwerbsteuerrückstand **2025**; sie ist wegen der noch nicht befriedigten Legatare nicht zu verschieben **S. 947**, c); wann sie vorzunehmen ist **1085**, insbesondere wenn Stiftungen zu errichten sind **2029** 3), oder ein frommes Vermächtniß **3110**; bei in Verrechnung gestandenen Beamten **373—4** u. **2010—11**; bei Geistlichen **2041**; bei Militärpersonen **2084** u. **2086**.

Einbegleitungsbericht bei der Appellaz. u. Revis. **S. 332—4**.

Einfriedungsfreitigkeiten gehören auf den Rechtsweg **65**.

Eingaben bei Gericht sind auf ganzen Bögen zu schreiben **189**.

Eingeständniß; Niemand ist schuldig, eines abzulegen **113**; der außerehelichen Beivohnung **114**; der Schuld bei der Güterabtretung **1166**; das Vermächtniß der Schuld und des Heirathsgutes **115** u. **116**; Bestätigung des Empfanges des Heirathsgutes **117**; Eingeständniß des Ehehindernisses und der Trennungsurache, §§. 99 u. 115 des a. b. G. B. u. **1590** §. 13; politisches Eingeständniß des Ehebruchs **118—9**; auch über eine eingestandene Schuld ist die Klage durch Urtheil oder gerichtlichen Vertrag zu erledigen **980—1**; Eingeständniß des Massavertreters **1493**.

Einlagscheine in die Lotterie, Beweisraft **435**.

Einlegung von Schriften im mündlichen Verfahren ist nicht gestattet **224**.

Einlösungsrecht des Pfandgläubigers **1121**.

Einrede, in derselben muß immer in der Hauptsache Rede und Antwort gegeben werden **174**; die verspätete Appellazion ist nicht anzunehmen, wenn auch keine Einrede erstattet wird **177**; Verfahren, wenn statt bei der Tagsetzung zu erscheinen, eine schriftliche Einrede erstattet wird **232** u. **237**; Geltendmachung der Kompensazion in der Einrede **287—291**.

Einreichungsprotokoll gibt keine Zeugnisse über die nicht angemeldete Appellazion und Revision; das Gericht hat sich aus den eigenen Akten hievon zu überzeugen **983**; Führung desselben **1660** u. f.; die Abänderung des Referenten ist demselben anzuzeigen **1676**.

Einrichtung im Hause, Keller, Küche und Landwirthschaft ist erbsteuerfrei **S. 1214** §. 24—**2433**.

Einsetzung in den vorigen Stand; s. Restituzion.

Einsicht der Originale; s. Rekognoszirung.

Einstands- und Vorkaufsrecht **1106—21**.

Eintreibung der Steuern, darüber entscheiden die polit. Behörden **91**, und **113** §. 23; sie gehört nicht auf den Rechtsweg **92**.

Einverleibung s. Intabulazion.

Einwendungen; sie gehören in die Einrede **174**; des nicht gehörigen Gerichtstandes **267—9**; der Kompensazion **287—91**; gegen trokene Wechsel, wann

ohne Beweis zu glauben **125**; gegen die Wechselklage auf 24stündige Zahlung **1640—3**; sie sind die 2. Schrift **1644**; Einwendung des besangenen Richters, s. Verhorröszenz.

Eisenbahn, Verfahren bei der Expropriation der Grundstücke für dieselbe **33** bis **34**; Amortisirung und Verbot ihrer Aktien und Kupons **1848**.

Eisengewerkschaft, innerbergische, die Einlagskapitalien bei derselben unterliegen der Erbsteuer **S. 1214 §. 23**.

Elisabethinerinnen, Befreiung von der Erbsteuer **2420** und dem Erbsteueräquivalente **2484**.

Emphyteuten, die Steuerentrichtung derselben unterliegt dem Ausspruche des Richters **95—6**. Die Eintreibung der jährlichen Giebigkeiten derselben steht den polit. Behörden zu **127—8**.

Entschädigung; Erkenntniß der Strafbehörden hierüber, Rekurs und Rechtsweg dagegen **156—64**; insbesondere gegen ein Kriminalurtheil, welches über einen bereits verstorbenen Inquisiten gefällt worden ist **2081**; wegen schlecht verwalteter Justiz **1413—21**.

Entscheidungsgründe; Verfassung und Hinausgebung derselben von allen 3 Instanzen **S. 322. §. 251, 698—705** und **1616**; insbesondere bei den Beurtheilen auf Zeugen und Kunstverständige **553 §. 2**. Vorlegung derselben im Appellationsverfahren **741—2**.

Equipage, Militär- oder Feld-, unterliegt nicht der Pfändung, **S. 679 §. 10**. und auch nicht der Erbsteuer **S. 1217. §. 28**; auch Pferde und Wagen sind erbsteuerfrei, **S. 1214. §. 24 — 2433**.

Erbserklärung, **1969**, Verfahren, wenn mehrere vorkommen **S. 947, d**).

Erbenschaften eines Kreditars hat der Masseverwalter anzunehmen **1589**.

Erbsteuer: das Grundgesetz ist das Erbsteuervatent vom J. 1810, s. **2386**; es gilt für das Militär **2387—9**; und ist in den illir. Provinzen eingeführt worden **2390**, so wie in Krain, Görz und dem villacher Kreise **2392**, aber nicht in Triest **2391**; Tag der Wirksamkeit **2388—9**.

Sie ist in der Regel mit 10 Prozent zu entrichten und zwar entweder auf Grundlage einer gerichtlichen Schätzung oder eines Ertragnisausweises **S. 1158 §. 1**; wählt der Erbe die gerichtliche Schätzung, so kann eine liberale Schätzung veranlaßt werden **2393**, dazu sind die Interessenten vorzuladen **2394**; bringt der Erbe einen Ausweis ein, so kann dieser geprüft werden **2395**; in demselben sind auch die zeitweiligen außerordentlichen Abgaben abzuschlagen **2396**. Formular der Ausweise für Böhmen **2397**, für Steiermark und Ilirien **2398**, für Niederösterreich **2399** und Oberöst. **2400**.

Sie ist mit 5 Prozent zu entrichten: wenn die andern Prozentualgebühren als Mortuar und Abfahrtsgeld auf 5 Prozent hinaufsteigen **S. 1218. §. 29 — 2438**; wenn der Invalidenfondsbeitrag (früher Militär-Abfahrtsgeld genannt) eintritt **S. 1220 §. 30** und wenn bei Senioraten Seitenverwandte nachfolgen **S. 1221 §. 31**.

Wer und was der Erbsteuer unterliegt **S. 1200 §. 2**. insbesondere die deutschen und Maltheiserordensritter **2486—7**; Befreiung: der Verwandten **§. 4—6**; der Cheleute **§. 7—8**; des unterthänigen Bauernvolkes **S. 1203, §. 9—10**; der Unterthansrückstände **S. 1208 f**; des Fiskus **S. 1206 §. 11**; der Erbschaften und Legate bis 100 und 50 fl. **S. 1206 §. 12—2414**; der Stiftungen, Messen, Kirchen, Dotirung eines Benefiziums, der Armen, Kranken und Schulen **S. 1207, §. 13—2421**; der Leibrenten und lebenszeitigen Verträge **S. 1210. §. 14—16**; der Geschenke **S. 1211, §. 17—18**; des Vermögens der Ausländer **S. 1212, §. 19** und **2426**; der unbeweglichen Güter im Auslande, oder in einer Provinz, wo die Erbsteuer nicht besteht, nicht aber das Mobilare und die Kapitalien **S. 1213 §. 20—21**; der Ungarn und Siebenbürger **§. 22**; der öffentlichen Lotterien und Bergwerke **S. 1214. §. 23 — 2429**; der Hauseinrichtung, des Geräthe, der Wäsche, Kleider, Bücher, Bilder, des Viehes, der Wirthschaftsvorräthe und des Fideikommiß-Goldes, Silbers und Geschmeides **S. 1214 §. 24—26**; der Militärverlassenschaften **S. 1217 §. 27 — 2435**.

Abnahme der Erbsteuer von in- und ausländischen Münzen, Einlösungscheinen, Privatschuldscheinen, Staatspapieren und Bankaktien S. 1222 §. 34—**2452**; von nicht vollwertigen Dukaten **2453** und **2470**; vom Tax- und Umgelde **2462**.

Erbsteuerausweis bei Verlassenschaften auf Grundlage des Inventariums oder des eidlischen Vermögensbekenntnisses S. 1227, §. 36—37. Formulare desselben S. 1228 u. f.; welche Posten in demselben von der Verlassenschaft in Abzug gebracht werden können S. 1246, §. 43; Überreichung desselben bei der Abhandlungsbehörde und weiteres Verfahren S. 1238, §. 38—40; ist der Erbe steuerfrei, so hat er nur ein Verzeichniß der steuerbaren Legate und Geschenke zu überreichen S. 1239, §. 41.

Erbsteueräquivalent: wer und welches Vermögen demselben unterliegt S. 1254 §. 57—9; es ist in K. M. zu entrichten und die Einkünfte und Auslagen sind auf K. M. zu reduzieren **2471**; was auch für den Religionsfond gilt **2477**; Formulare der Fassion S. 1257; wie diese Fassion zu verfassen und zu belegen ist **2475**—**6** und **2480**; das Äquivalent ist zu bemessen ohne Rücksicht auf die Kongrua **2478** und das Alumnatikum **2479**. Befreiung von der Entrichtung desselben S. 1260 §. 60—61.

Haftung für die Abfuhr und Strafen; sie liegt dem Erben oder dem Legatar oder der Abhandlungsbehörde ob S. 1253 §. 53—6.

Konfignationen und Verzeichnisse, welche von den Abhandlungsbehörden zu überreichen sind S. 1240 und §. 42 mit dem Formulare; Strafe der unterlassenen Überreichung S. 1264 §. 64; besondere Vorschriften für Böhmen **2454**—**5**; N. De. **2456**; Steiermark **2457**—**9** und Illirien **2460**—**1**.

Portogebühren in Erbsteuerfällen S. 1264 §. 65—**2492**.

Rekurs gegen die Bemessung der Erbsteuer S. 1246 §. 44—47.

Rechtsweg; wann derselbe in Erbsteuerfällen statt findet **67**—**8**.

Rückstände, Exekution derselben, Klassifikation im Konkurse, und Einhebung und Berechnung von Strafinteressen S. 1247 §. 48—**2471**, welche auch die in der Abfuhr säumigen Grundobrigkeiten treffen **2472**.

Sicherstellung der Erbsteuer bei jährlichen Legaten, freitigen Passivschulden oder zweifelhaften Forderungen, wie vorzunehmen S. 1251 §. 50—2. und während des Zuges des Rekurses oder Gnadengesuches **1981** oder wenn der Erblasser ein Fremder ist S. 1254 §. 56.

Stempel, Anwendung desselben in Erbsteuerfällen S. 1265 §. 66—**2496**.

Strafen; diese bestehen in den zehnprozentigen Zinsen, Berechnung und Einhebung derselben S. 1247 §. 48—**2471**; oder in der Konfiskation S. 1263 §. 62—**2490**; oder in 6 Thalern für jede unterlassene Einfindung der Konfignationen S. 1264 §. 64; wann der Erbe und Legatar für die Strafe haftet S. 1253 §. 53 und wann die Abhandlungsbehörde §. 54 und **2472**.

Stempel dürfen nicht abgenommen werden S. 1264 §. 65.

Theilzahlungen der Erbsteuer sind anzunehmen **2467**.

Erfüllungseid, kann im mündlichen Verfahren ohne Advokaten in jeder Rede angebracht werden **229**; sonst dort, wo die übrigen Beweise anzubringen sind **648**; in dem Beurtheile auf den Zeugenbeweis ist von dem Erfüllungseide keine Erwähnung zu machen **547**, **649** und **553** §. 1.; ob derselbe abgelegt worden ist oder nicht, wird mit Bescheid bezeugt **647**.

Ergänzung einer abgeführten Weisung **587**.

Erkenntnisse der polit. Militärbehörden, Bestreitung derselben **378**.

Erlaucht **1804**.

Ersatz, wegen schlecht verwalteter Justiz **1413**—**21**.

Erstrefung der Tagssatzung **234**—**7**; der Fristen **248**—**261**; Berechnung derselben **262**—**265**; zur Bemänglung einer Rechnung **396**; sie findet in der Regel bei allen Fristen statt **396**; auch zur Liquidirungsklage im Konkurse **1476**; aber nicht bei der Frist zur Beweischrift **585**, zur Appellationsanmeldung **712**—**4** und Einrede **724**, zur Revisionsseinrede **759** u.

- zur Anmeldung im Konkurse **1476**; Fristgesuche zu Hofrekursen sind mit einem Pönfalle zu belegen **1320**.
- Ersuchsschreiben** um Einverleibung eines Urtheiles ist auch einzuverleiben **1045**.
- Ertragnisausweis** zur Bemessung der Erbsteuer **C. 1158 §. 1—2400**.
- Erwerbsteuer**; wann der Schein darüber der Klage beiliegen muß **181**; Exekution derselben und Klassifizierung im Konkurse **1517—19**. Einantwortung der Verlassenschaft, auf welcher ein Erwerbsteuerrückstand haftet **2025**.
- Erwerbsteuerkunde** für den lizitatorischen Käufer **1130**.
- Erbisthum**, Bestreitung der bei Erledigung desselben vorkommenden Inventurs-, Separirungs- und Gebäudebesichtigungskosten **2641**.
- Erziehungsbeiträge** unter 100 fl. sind vom Verbote und der Exekution befreit **879**; welche sind davon in den neu erworbenen Provinzen gänzlich befreit, **C. 377 §. 2**.
- Erziehungshäuser**, Befreiung von der Erbsteuer **2416**.
- Exceptio fori**; Verfahren hierüber **267—9**; non numeratae pecuniae **94**.
- Exekution**; Anwendung des Finanzpatentes **213**; auf dem Lande kann sie mündlich angesucht werden **215—17**; sie ist zu ertheilen: über ein rechtskräftiges Urtheil **C. 417 §. 298, 982 und 983**; bei bedingten Urtheilen **1041**; Ausweis über die Rechtskraft **983**; über gerichtliche Bescheide, Dekrete und Verordnungen z. B. **763**; über Erkenntnisse der Schiedsrichter **833**; auf Urtheile über Verbrechen und schwere Pol. Uebertretungen **984**; über kriegsrechtliche Erkenntnisse **378 §. 4**; über einen gerichtlichen Vertrag oder Vergleich **C. 417 §. 298**; Begriff desselben **985—9**; über Vergleiche bei Wirthschaftsämtern **990**; bei den Polizeidirektionen **991—2**; bei den wiener Grundgerichten **993**; bei den wiener magistrat. Gerichtsverwaltungen **994**; bei den polit. ökonom. Magistraten **995—7**; bei der permanenten Ziv. und Mil. Kommission in Wien **998**; bei den k. Delegationen im lomb. venez. Königreiche **323 §. 8**; bei den Kapitanaten in Dalmazien unter Bestätigung des Sub. **324 §. 8**; bei den Bezirksobrigkeiten in Ilirien **824**. Über Nozionen **335 §. 22, 336, 339 §. 47, 342, 345, 357, 358 6) 970 und 982**; über die neuen Gefällsurtheile und Verordnungen s. **St. u. G. II. §. 116, 886—888, 894, 895, 902 und 933**; über Buchhalterei-Erledigungen **405 5) und 403**; über Erkenntnisse der politischen Mil. Behörden und Nozionen der Hofkriegsbuchhaltung **378 §. 13 u. f.**; über herrschaftliche Restzettel **368 u. f.**; über Erkenntnisse wegen Anmassungen von Adel, Orden und Ehrendekorationen **1002—4**; über Erkenntnisse wegen obrigkeitl. Bedrückung **1005**. — Grenzen zwischen der polit. und gerichtl. Exekution **1005**. Exekution wegen abgängiger Waisen- und Depositengelder **141—2 und 2160**. — Exekution in Beziehung auf: Ungarn und Siebenbürgen **1007—18 und 1621**; auf fremde Staaten überhaupt **1019—21**; insbesondere: Baden **1022—3**; Baiern **1024**; Frankreich **1025**; Kirchenstaat **1026—7**; Krakau **1028**; Rußland **1029**; Sachsen **1030**; Sardinien und Tessin **1031**; Warschau **1032**. Exekutionsklage, Verfahren dabei **1033—40**; Veräußerung des Gutes während der Exekution **1155—7**; Hemmung der Exekution durch Oppositionsklagen **1158**, durch Behandlung der Gläubiger **1162**, Güterabtretung **1163** und Wiedereinsetzung **1177—80**.
- Exekutionsgesuch**, mündliches **215—7**; in demselben ist zu zeigen, wie weit es mit der Exekution gekommen ist **252**; um Feilbietung einer Realität, demselben sind der bürgerliche Extrakt und die Rubriken für die Tabulargläubiger beizulegen **1075**.
- Exekutionsklage**; Verfahren dabei **1033—40**.
- Exekutionskosten** und Taxen wegen ausständiger landesfürstl. Anlagen und Gefälle **2193—4** und wegen abgängiger Waisen- und Depositengelder **2160**.
- Exerzierplätze**, Ausmittlung derselben **36**.
- Expeditionen**, Ausfertigung und Zustellung derselben **C. 871 §. 89 u. f.**

Expropriation des Eigenthumes zum allg. Besten überhaupt **29—32**; insb. besondere zur Eisenbahn **33—4**; zu Straßen **39—46**.

Exreligiosen, s. Klöster.

Exrotulirung der Akten **672—1884**.



Fabriken, wie sie in Vizitationsedikten zu benennen sind **1081**.

Fahrnisse; Exekution hierauf S. 489 §. 340; Geltendmachung des gesetzlichen Pfandrechtes des Vermiethers auf dieselben **961—6**; Behandlung derselben bei dem Mortuar **2329**; bei der Erbsteuer **2431—3** und bei dem Abfahrtsgehalte **2564—5** und **2568**.

Feilbietung; welche Verabredungen ungiltig sind **169**; die freiwillige Feilbietung unbewegl. Güter steht den polit. Behörden zu (**1099****); exekutive, Bewilligung derselben bei Realitäten S. 467, §. 326; dem Gesuche um dieselbe sind der bürgerliche Exrakt und die Rubriken für die Gläubiger beizulegen **1075**; Feilbietung unter der Schätzung **1076—9**; in den Edikten ist der Schätzungswerth im Ganzen auszudrücken **1082**, nicht aber die Summe der Schulden **1080**; was statt Fabrik zu sagen ist **1081**; welche Bedingungen zu vermeiden sind **1127**; Feilbietungserinnerungen sind zuzustellen: a) den Gläubigern **1083—5**; insbesondere in Tirol und Vorarlberg **1086**, im Küstenlande **1087** und beim Vorkaufsrechte **1119**; und b) den Lehensherren **1088—90**; der Exekution kann mitgelitiren **1091**, nicht aber der Schuldner **1093—4**, Türken **1095**, Gutsunterthanen **1096** und Juden **1097—8**; Verfahren mit dem Vizitationserlöse S. 486, §. 339 und **1124—9**; Ausfertigung der Einantwortungsurkunde für den litigator. Käufer **1130**; Feilbietung beweglicher Güter S. 493, §. 347; ist nicht an den Vizitationstagen des Verfasamtes auszuschreiben **1136**; Vornahme bei Lebensmitteln der Marktplätze **1137**.

Ferien S. 514, §. 376 u. f.; Nullität wegen Tagsetzung in Ferien **776**; Einrechnung derselben in die Fristen S. 517, §. 379 u. **1193—6**.

Fertigung der Schriften durch Advokaten **199—207**.

Festtage der Juden **1188**; dazu gehören nicht die Bußtage **1189**.

Feuerlöschungskosten gehen den einverleibten Schulden vor **1499**.

Fideikomisse; Exekution derselben **1064**; Liquidirung im Konkurse **1490**; Führung des Kapulare S. 775, §. 41; die Tabellen sind nicht vorzulegen **1678**; sie unterliegen dem Mortuar **2340**; Behandlung derselben bei der Erbsteuer S. 1201, §. 5; S. 1216, §. 25; S. 1221, §. 31—33; bei den Beiträgen zum wiener Krankenhause und Wohlthätigkeitsfonde **2512** und zum gräzer Armenfonde **2520**.

Finanzipatent, Anwendung desselben in Exekutionsfällen **213**.

Findlinge, Zeugnisse der Bewerber um dieselben, von wem auszustellen **490**. Die Todesfälle derselben sind anzuzeigen **2026**; Befreiung von der Erbsteuer S. 1208 e).

Fiskaladjunkten; Stellen; Erfordernisse **1293—8**; welche Praktikanten und Aktuare statt derselben bei Gericht erscheinen dürfen **1299—300**.

Fiskalamt hat sich nach der G. O. zu achten, **2**; es kann keine vorläufige Untersuchungskommission bei Gericht verlangen, **18**; wann demselben die Einsicht der Kriminalakten gestattet ist **160**; wann außer der Einsicht auch die Mittheilung der Gerichtsakten **1883**; Einvernehmung desselben vor Schöpfung des Urtheiles **1733—5**; Vertretung der Unterthanen und unterthänigen Gemeinden **109—12**; dabei braucht es weder eine Vollmacht, noch einen Auftrag der St. **187—8**; beim Postgefäll unmittelbare Ermächtigung von der Hospitverwaltung **1317**; Aufstellung besonderer Vertreter statt des Fiskalamtes **1315—16**, insbesondere in Lehenfachen **1735**; Bestimmungen rücksichtlich des Haupteides **628—30** und der Appellation und Revision **761**; Nullität, wenn in Fiskalgeschäften ein unbefugter Vertreter oder inkompetenter Richter einschreitet **771**; Vergleichsbefugniß desselben **819—20**; Gericht:

stand des Verbotes 927—9; Verfahren bei Verböten, Sequestrationen, Pränotirungen und anderen Sicherstellungsmitteln desselben 971—7 u. 1005; Fristerstreckung zur Rechtfertigungsfrage 955; Beschränkung der Exekution 1131; Gerichtskosten 1235—11 und Taxen 2191—2, insbesondere bei Exekutionen und Sicherstellungen landesfürstl. Siebigkeiten 2193—4 und abgängiger Waisen- und Depositengelder 2160; Vernehmung desselben bei der Sindikatsbeschwerde 1116 u. 1121; Aufforderung desselben im Konkurse 365; es kann nicht zum Gläubigeraussschuße gewählt werden 1570; es hat die Liquidirungs- und Vorrechtsprozesse gegen Kreditare bei seiner Instanz zu führen 1111 u. 1562; ist aber an die allg. Frist des Konkursediktes gebunden 1177; Verfahren, wenn der Fiskus bei Verlassenschafts-Abhandlungen einschreitet 2027—33 u. 2109.

Fleischhauer in Wien; die ihnen bewilligten Vorschußgelder waren vom Verböte und der Exekution befreit 885.

Fondsbeamte, von den Gehalten und Pensionen derselben kann die administrative Behörde Abzüge vornehmen 58; Befreiung derselben vom Arreste und ihrer Gehalte vom Verböte und der Exekution 857; Nebenbeschäftigungen 1105—7.

Forderungen sind ohne Schätzung feilzubieten 1055; die Zinsen derselben werden ohne Sequester eingewantwortet 1058.

Forstsalzins in Tirol gehören auf den Rechtsweg 134.

Forstfreitigkeiten in Salzburg, Verfahren darüber 115—6.

Fragstücke kommen erst bei der Abhörang der Zeugen vor und nicht in den Satzschriften 568; bei jedem Weisartikel geschieht die Verhörang über die dazu gehörigen Fragstücke 569.

Frauen, welchen Personen dieser Titel gebührt 1806—15; Rechte derselben im Konkurse S. 641, §. 19 und 1534—6; ungarische Frauen der Militärpersonen, Vornahme der Exekution gegen dieselben 1621.

Freigeld 2365—69; bei Bestimmung der Erbsteuer 2137.

Freizügigkeit des Vermögens in das Ausland; sie tritt ein zufolge der Reziprozität 2562 §. 6 und zwar in der Regel gegen Beibringung der Reversalien, Ausstellung derselben 2002 u. 2610, insbesondere in Beziehung auf die Niederlande 3000—1 u. 2593 und den Kirchenstaat 2558; und bei geistlichen Verlassenschaften in Beziehung auf Baiern 2642; ohne Reversalien rücksichtlich der jonischen Inseln 2004, Frankreich 2582—4, Hamburg 2585, Moldau 2592, Schweden 2692 und Sizilien 2606. Die Freizügigkeit tritt auch ein zufolge abgeschlossener Verträge; solche bestehen mit Baden und Nassau 2571—2, Baiern 2573—7, Belgien 2578, Dänemark 2579, mit den deutschen Bundesstaaten 2580—1, mit Hannover 2586, Hessen 2587, Krakau 2589, Modena mit Massa und Carrara 2590—1, Parma 2594, Preußen 2595—6, Rußland mit Pohlen 2597—9, Sachsen 2600, Sardinien 2601, Schweiz 2603—5, Toskana 2608 und Württemberg 2609. Wenn die Freizügigkeitsverträge nicht ausdrücklich auf die neu erlangten Provinzen ausgedehnt worden sind, so findet rücksichtlich derselben die Freizügigkeit nur gegen Reversalien statt 2610; Entscheidung, ob die Freizügigkeit nur den Unterthanen oder überhaupt den Einwohnern des andern Standes zukomme 2611.

Fremde; s. Ausland.

Friedensgage; s. Gage.

Frist; wenn statt des schriftlichen Verfahrens das mündliche eingeleitet wird 222; wo das Gesetz keine bestimmt, hat sie der Richter zu bestimmen 226; zur Rechtfertigung des Ausbleibens von der Tagsetzung 239; zur Einrede S. 114, §. 35 u. 241—4; sie läuft vom Tage der Zustellung 245 und 246 und kann nicht durch Einreichung der Schrift beim Präsidium gerettet werden 1667; Berechnung der Fristen 262—5; es gibt keine bestimmte Frist zur Betretung des Rechtsweges, wenn auf denselben die polit. Behörde verweist 326; Frist zur Bemänglung der Rechnung 395 und Erweiterung derselben 396; zur Antretung des Beweises durch Zeugen S. 266, §. 145

und **559—61** und durch Kunstverständige **553** Formular C; Bestimmung der Zahlungsfrist im Urtheile **1041—4**; Einrechnung der Ferien S. 517, §. 379 u. **1193—6** und der Posttage **265**; Ediktalfrist im Konkurse S. 621, §. 8, insbesondere, wenn Mil. Verlassenschaften kridarisch werden **2086**.
Fristerstrefung; s. Erstrefung.
Fristgesuch, demselben sind die früheren Fristbewilligungen beizulegen **252**; s. Erstrefung.
Frohnablösungsbeträge, Verfahren bei der Eintreibung derselben **128**.
Fruchtgenuß, Befreiung von der Erbsteuer S. 1201—**2403**.
Früchtenabsonderung bei geistlichen Verlassenschaften **2054** und die Note dazu und **2057**.
Fuhre für die Gerichtsabgeordneten; s. Taggeselder.
Fundus instructus kann nicht für sich erequirt werden **923**; was in der Mil. Gränze dazu gehört, ist bei der Kompagniesession zu entscheiden **1620**.

G

Gage der Offiziere, ein Drittel derselben kann erequirt werden **904**; eben so der Auditore, Rechnungsführer und Aerzte **902**; nicht aber die Gratis-gage **897**; auch nicht die Gage der Militärbeamten; für diese gilt das Zivilsystem **902**, folglich **852**; ausgenommen zur Hälfte wegen Alerarialersätze **905** und zwar im administrativen Wege **57**; der Rückstand der Gage ist der Abhandlungsbehörde auszufolgen **2084**.
Gattin, Rechte derselben im Konkurse S. 641, §. 19 u. **1534—6**.
Gebärhaus; s. Krankenanstalten.
Gebäude, Besichtigung derselben nach dem Tode des Benefiziaten **2040—1**, **2049**, **2054**; das diesfällige Protokoll ist unmittelbar dem Sub. vorzulegen **2057**; insbesondere bei Erledigung eines Bisthumes oder Erz-bisthumes **2641**.
Geburtsbuch; s. Tauf- oder Geburtsbuch.
Geburtsshelfer ist ein zulässiger Zeuge **558**.
Geburtscheine der Juden; Formular für N. D. **485**; Ausstellung derselben in Böh. **486** §. 11 u. 12; s. auch die Vorschriften über Taufscheine.
Gefälle; s. S. 48**).
Gefällsbeamte; Vornahme von Sicherstellungen durch dieselben **973** und **977**.
Gegenbeweis durch Zeugen; das Urtheil ist so zu verfassen, wie bei dem Beweise **584**; Führung desselben zur Beseitigung des Eides **664**.
Gehalte; Abzüge derselben durch die administrative Behörde bei Staatsdienern und Militärpersonen **57—8**; sie sind kein Gegenstand des Verbotes, der Exekution und Zession; bei Staatsbeamten **852** und in den neu erworbenen Provinzen **880—1**; bei den Militärbeamten **902**, ausgenommen zur Hälfte wegen Alerarialersätze **905**; bei den Beamten des Versazamtes, der Kranken- und Versorgungsanstalten **856**; bei den polit., ständischen und städtischen Fondsbeamten **857**; bei den Subjekten der Hofapotheke **858**; bei der Dienerschaft des Hofstaates **859**; bei den Hoftheaterbeamten, nicht aber Hofschauspielern **860—1**; bei Schullehrern und Lehrerinnen **863**; dagegen können sie mit Verbot und Exekution belegt und zedirt werden: zur Alimentazion der Gattin und Kinder **865—7**; wegen früherer Verpfändung **868—70**; wegen Gerichtstaren **56** u. **2249** und Alerarialforderungen **57—8**. — Erhebung der Gehaltsrückstände nach dem Tode des Beamten **2012**, oder einer Militärperson **2084**.
Geistlichkeit, katholische, über die Abgaben an dieselben von akatholischen Gemeinden entscheidet die politische Behörde **27**; ist zum Zeugeneide verpflichtet **574** u. **1614**.
Geldstrafen, in welchen Fond sie fließen und wie einzutreiben **2257—9**.
Gemälde, Behandlung derselben in Verlassenschaften **2020**, und bei der Erbsteuer S. 1214 §. 24—**2433**.
Gemeinden; akatholische, über die Abgaben derselben an die katholische Geistlichkeit, so wie an die eigenen Seelsorger und Schullehrer entscheidet die po-

- litische Behörde 27—8; geistliche Gemeinden, Verfahren, wenn denselben Erbschaften oder Vermächtnisse zufallen 2110; weltliche Gemeinden, Streitigkeiten zwischen denselben und den Viehhirten gehören zur polit. Amtshandlung 61; Schulden derselben in Tirol 69; wie die Ansprüche derselben auf eigene Gerichtsbarkeit zu entscheiden sind 74; über Schankrechte derselben ist im polit. Wege zu erkennen 86; Gemeindegewählte müssen zum Vergleiche eine besondere Vollmacht haben 116—7; welche Gemeindeforderungen und Giebigkeiten auf den Rechtsweg gehören 126 u. 132; Bedingung zur Führung eines Rechtsstreites bei Gemeinden: in Krain, Steiermark, Kärnten und Küstenland 306—9; in Görz und Gradiska 310—11; in Tirol 312—14; in Galizien 315—19; in Böhmen 320—22; in lomb. venez. Königr. 323; in Dalmazien 324.
- Generalkommando, Titulatur** 1818—20; Korrespondenz mit demselben 1834—6.
- Geräthe, Behandlung bei der Erbsteuer** S. 1214 §. 24—2433 und bei dem Abfahrtsgelde 2564.
- Gerichtlicher Vertrag; s. Vergleich.**
- Gerichtsbarkeit; wann die Ansprüche auf dieselbe zum Rechtswege gehören** 70—6.
- Gerichtsbezirk, die Betretung eines fremden, bei Sperren, Exekutionen u. s. w. ist nicht gestattet** 1954 u. 1958; insbesondere bei Wechselreklamationen 1645.
- Gerichtsdienet, Zustellung der Expeditionen durch dieselben** S. 874, §. 97 u. f.; wofür sie das Meilengeld zu beziehen haben, Berechnung und Einhebung desselben S. 1071 u. 1115, I. Rubr. c) u. 2263—6; es gebührt ihnen auch bei Zustellungen in fiskalämthlichen Angelegenheiten 2267; Vorschrift für die k. und Bergstädte in Böh. über die Zustellungen durch Amtsdienet oder Privatboten und über die Berechnung und Abfuhr der Meilengelder 2268.
- Gerichtsherr; s. Dominium.**
- Gerichtsinstrukzion** 1659.
- Gerichtskosten, S. 536, §. 398 u. f.; in Streitsachen des Fiskalamtes** 1225—41 u. 2191—2, insbesondere bei Exekutionen und Sicherstellungen landesfürstl. Giebigkeiten 2193—4 und abgängiger Waisen- und Depositionsgelder 2160; Beilegung und Formulare des Verzeichnisses der Advokatengebühren S. 565, §. 424 u. 1323; wenn es eingelegt ist, muß der Richter darüber erkennen 1324; in dem Urtheile über Reuerungsbewilligung muß auch über die Gerichtskosten erkannt werden 273; Appellazion und Revision wegen derselben 706—7; Verurtheilung des unteren Richters in den Ersaz derselben 763—7, 790 u. 807; und insbesondere der Magistratualen 1247; Gerichtskosten im Konkurse 1537—49. Abzug derselben bei Berechnung der Erbsteuer S. 1218, §. 29, 2428 und S. 1246, §. 43.
- Gerichtsordnung, verbindliche Kraft der gal. s. Einl. §. 1 u. 2; und der joseph. s. Einl. §. 3 u. 4; von den nachträglichen Gesetzen zu denselben; s. Einl. §. 5—7.**
- Gerichtspersonen und Staatsbeamte dürfen in Amtssachen nicht als Zeugen zugelassen werden** 555—6.
- Gerichtstand, Einwendung der Unzuständigkeit desselben** 267—9.
- Geschäftsausweise: jährliche Justiztabellen** S. 881, §. 113; insbesondere für das Land in N. u. D. 1886—7; und in Böh. 1889—93; Übersichtstabelle der Erbs- und Konkursverhandlungen 1894; Generaltabelle des N. G. 1895; Zeit der Einfindung 1896—7; vierteljährige Prozeßausweise S. 899, §. 114; Konkursberichte 1467—8 u. 1479—1; Berichtsausweise 1899 u. 1900; Bericht und Tabelle über die Auskultanten 1901—6; jährliche Absenztabelle 1907—8; Testamentsausweis S. 947, c); s. auch Erbsteuer.
- Geschenke, Verbot der Annahme** 1408—9; Behandlung derselben bei der Erbsteuer S. 1211, §. 17—18 und beim Mortuar 2334, 2338—9.
- Geschmeide bei Fideikommissen ist erbsteuerfrei** S. 1216, §. 25.

- Geseze**, auswärtige; ein in denselben gegründetes Verfahren kann von den Parteien nicht gewählt werden **220**; sie müssen bewiesen werden **108**.
- Gewähr**, darüber hat der Richter zu erkennen **77**.
- Gewerbe**, darüber hat die polit. Behörde zu erkennen **80—2** u. **81**; Verfahren mit denselben im Konkurse **1111—51**; Schätzung und Teilbietung derselben **1576—80**.
- Gewerbsbücher**, Form und Beweiskraft derselben **S. 251, §. 121**; die Bücher der Schänker machen keinen Beweis **518**.
- Giebigkeiten**, unterthänige und Gemeinde-, wie bei der Eintreibung derselben vorzugehen ist **125—33**.
- Girant** kann keine Vertretung fordern **279**.
- Giro**; Förmlichkeiten **1637**; Wirkung bei trockenen Wechseln **1638, 3)**.
- Gläubigerausschuß**; s. Ausschuß.
- Guadengaben** unter 100 fl. sind vom Verbote und der Exekution befreit **879**; von 100 fl. aufwärts zur Hälfte **S. 377, §. 1**; bei Offizierswitwen und Waisen nur zu einem Drittel, denn sie sind Pensionen **901** folglich **901**; Erhebung der Rückstände nach dem Tode des Betheilten **2012**.
- Gold** bei Fideikommissen ist erbsteuerfrei **S. 1216, §. 25**.
- Gratisgabe** unterliegt keinem Beschlage **897**.
- Graziale** des Soldaten, unterliegt keinem Beschlage **896**; Bestimmung wegen des Invalidenfondsbeitrages **2551**.
- Grenzstreit** bei der Katastralvermessung; darüber muß ein Vergleich versucht werden **93**.
- Grenzwache**, Vorladung vor Gericht **1190—1**.
- Grundbücher**, wann sie als öffentliche Beweismittel über Urbariallasten anzusehen sind **439—40**.
- Grunddienstbarkeiten**, Liquidirung im Konkurse **1491—2**.
- Grundsteuer**, Anmeldung und Klassifikation derselben im Konkurse **1508—13**.
- Grundzinse** in Tir. gehören auf den Rechtsweg **134**.
- Gültbesitzer**, welche Beschwerden unter denselben zum Rechtswege gehören **91**.
- Gültbuch**, wer durch den Inhalt desselben geschützt wird, ist vom Beweise befreit **91**.
- Gülte**, ob sie dominikal oder rustikal sei, und in welchem Werthe sie einzuliegen habe, entscheiden die Stände und die Hofkanzlei **91**.
- Güterabtretung** hemmt die Personalrefuzion **1163**; die Rechtswohlthaten hat der Bürge nicht **1164**.
- Gütergemeinschaft**, Bestimmung der Erbsteuer **S. 1203 §. 9—10**.
- Gutachten** der mediz. Fakultät und der Aerzte **618—20**.
- Gutsherr**, s. Dominium.



- Halber Sold** ist ein Quieszengengehalt **880 §. 13**, folglich wie Pensionen zu behandeln; s. Pensionen.
- Hammerwerke** unterstehen der Realgerichtsbarkeit der Berggerichte **1959** bis **1961** und der Erbsteuer **S. 1214 §. 23**.
- Handlungsaktiven** gehören in die allg. Konkursmasse **1429—31**.
- Handlungsbilanz** ist entweder eine Inventur oder eine bloße Rechnung; Stempel derselben **1971**.
- Handlungsbücher**; Form und Beweiskraft derselben **S. 246, §. 119**; als solche sind anzusehen die Bücher der Apotheker, nicht aber der Advokaten und Aerzte **517**; auch nicht der Schänker **518**; Sprache derselben in Triest **519** u. **520**; in Fiume **521**; in Dalmazien **522**; bei Juden **523—5**; Abkürzungswörter **526**; Stempel **527**; Dauer der Beweiskraft derselben **S. 249 §. 120** u. **528—9**; insbesondere ausländischer **530—1**; Refognoszirung **539**; die Forderungen, aus denselben werden im Konkurse mit den Schulden ohne Anmeldung kompensirt **1554**.
- Handlungsdiener**; die Verpflegungsbeträge derselben sind vom Verbote befreit **887**; Klassifizirung ihrer Forderungen im Konkurse **1503**.
- Handschrift**, Vergleich derselben **545—6**.

Handwerker, ihre Bücher machen einen halben Beweis C. 251 §. 121; nicht jene der Schänker 518.

Haupteid, Fiskus 628—30; Vormünder und Kuratoren 631, 632 und 646; Bevollmächtigte 633—4; Strafe der sachfälligen Partei, wenn sie lediglich den Haupteid angeboten hat 635; Verfahren, wenn der Deferent selbst gesteht, den Haupteid nicht schwören zu können 636—7; die bedingungsweise Auftragung findet nicht statt 638; er kann in der Replik und Duplik aufgetragen werden 639; Verfahren, wenn sich die Parteien auf denselben vergleichen 640; die während des Verfahrens geschehene Annahme des selben hat keine Wirkung 641; die Einsetzung in den vorigen Stand findet auch bei dem Haupteide statt 643—4; der zurückgeschobene Haupteid muß so angenommen werden, wie er aufgetragen wurde; eine Verringerung der Summe findet nicht statt 645; und er kann nach zurückgelegtem 14. J. geschworen werden 646; nach dem Urtheile auf den Haupteid folgt bloß ein Bescheid, wodurch bezeugt wird, ob er abgelegt worden ist oder nicht 647; wann der Haupteid für abgeschworen zu halten ist 666.

Hauseinrichtung ist erbsteuerfrei C. 1214 §. 24; Behandlung beim Abfahrtsgehalte 2564.

Hausgenossen, Klassifizierung ihrer Forderungen im Konkurse 1501—2.

Hausirer, beim Tode ist die Anzeige mit Vorlegung des Passes zu machen 2074.

Hebammen sind zulässige Zeugen 558.

Heimfällige Realitäten, Intabulazion und Pränotazion hierauf 1067.

Heirathsgut; das Vermächtniß desselben macht keinen Beweis gegen die Gläubiger 115—6; Wirkung der Empfangsbestätigung des Mannes im Konkurse 117; die Frau kann die Sicherstellung und den Genuß desselben gegen die Gläubiger verlangen 1534; Behandlung desselben bei der Erbsteuer C. 1201, §. 7.

Heirathskauzion beim Militair, wie weit sie ein Gegenstand des Verbotes, der Exekuzion und Zession ist 910—12; Verfahren dabei 949; Erbsteuerfreiheit derselben C. 1217 §. 28.

Hemmung der Exekuzion durch Oppositionsklagen 1158; durch Behandlung der Gläubiger 1162; durch Güterabtretung 1163, und Wiedereinsetzung 1177—80.

Herr, welchen Personen dieser Titel gebührt 1806—15.

Herrschaftsbesitzer s. Dominium.

Hinterlegung s. Deponirung.

Hypothek, Recht des Gläubigers, wenn der Schuldner sie veräußert 1155—7.

Hypothekargläubiger, Verständigung derselben im Konkurse 1478—80, und bei der Exekuzion 1075, 1083—7 u. 1119.

Hirt, die Streitfachen zwischen demselben und der Gemeinde ist im polit. Wege zu entscheiden 64.

Hofapotheke, Befreiung der Subjekte derselben vom Arreste und ihrer Gehalte vom Verbote und der Exekuzion 858.

Hofdiener, wenn sie geklagt werden, ist die Anzeige zu machen 17.

Hoffchauspieler sind nicht vom Arreste und ihre Gagen nicht vom Verbote und der Exekuzion befreit 860—1.

Hoffstaat; Befreiung der Dienerschaft desselben vom Arreste und ihrer Gehalte vom Verbote und der Exekuzion 859.

Hoftheater; Befreiung der Beamten desselben vom Arreste und ihrer Gehalte vom Verbote und der Exekuzion 861.

Hoheit k. k. und k., welchen Personen sie gebührt 1794—9.

I

Industrieprivilegien, Beschlagnahme bei denselben 978.

Innung u. Zunft, welche Streitfachen derselben gehören auf den Rechtsweg 61.

Inrotulirung; wie sie bei Gericht vorzunehmen ist u. wie die Schriften zu bezeichnen sind C. 1024; sie findet statt zum Behufe der ersten Urtheilsfällung

§. 313; zum Behufe des Endurtheiles bei Zeugen und Kunstverständigen §. 277, §. 172—3, 596; §. 200 u. 607; u. im Appellationsverfahren §. 331, §. 256; im Revisionsverfahren gibt es keine Inrotulirung 760. Die Inrotulirungstagsatzung kann erstreckt werden 669; besonders dann, wenn die anwesende Partei in contumaciam nicht inrotuliren kann, weil sie ihre eigenen Satzschriften oder Beilagen nicht bei sich hat 673; die dreitägige Frist des §. 239 zur Ansuchung der Inrotulirung ist keine Fallfrist 670; wenn mit dem Inrotulirungsgeheuch ein verspätetes Fristgesuch oder die verspätete Satzschrift an demselben Tage einlangt, so sind letztere abzuweisen 255 u. 266; alle Fristgesuche u. andere Zwischenschriften sind ad rotulum zu bringen 671 u. 1699; die Advokaten haben schon zu Hause den Rotulus zu verfassen 674; zur Inrotulirung der Appellationschriften sind Advokaten nicht zuzulassen 736, außer die Partei verlangt es 737; überdie streitige Legung einer Urkunde bei der Inrotulirung sind Nothdurften aufzunehmen, jedoch nicht hierüber insbesondere zu sprechen 675. Die Tare für die Inrotulirung muß jeder Theil ganz zahlen 2203, was auch für die Kontumazial-Inrotulirung gilt 2207, dagegen sind die Aktenverzeichnisse im mündlichen Verfahren tarfrei 2276.

Intabulazion: findet bei rückständigen Unterthansprästationen nicht statt 130—1; der gerichtlichen Vergleiche 821; bei Veräußerungen des Nuzungseigenthumes 813; eines Urtheiles, Ausweis über die Rechtskraft desselben 983; der polit. Erkenntnisse über obrigkeitliche Bedrückung 1005; auf heimfällige Realitäten 1067; auf Schiffmühlen 1068—9; auf Bergwerke 1623, §. 24; im Konkurse 1437; auf Muthscheine findet sie nicht statt 1627; das vormundschaftliche Gericht kann die Einverleibung u. Löschung der Forderungen der gemeinschaftlichen Waisenkasse selbst bewilligen und vornehmen 1785; Geheuche um Einverleibung der Forderungen des Gutsherrn sind beim nächsten Gerichte anzubringen; die Vollziehung steht dem Grundbuchsamte des Gutsherrn zu 1785.

Interessen: unterliegen dem Verbote u. der Exekution: von den bei der Bankschuldenkasse anliegenden Kapitalien 946; von den auf bestimmte Namen lautenden, von vinkulirten u. deponirten Staatspapieren 947; nicht aber von jenen au porteur 1851, 1) u. 1852, 6); Interessen im Konkurse §. 641, §. 18; 1527—30 u. §. 20—22 u. 26; Erhebung der Interessen von Obligationen durch die Depositenämter 2134—5. Berechnung u. Abnahme der Strafinteressen bei der Erbsteuer §. 1247 §. 48—2471, welche auch die in der Ersteuerabfuhr säumigen Obrigkeiten treffen 2472.

Interimsakzien der Nordbahn, au porteur unterliegen nicht dem Verbote 1848.

Interimsscheine zu Staatsanlehen, Amortisirung derselben 1853 §. 4.

Interkalarrechnung 2029 u. 2055.

Intimationsdekrete der App. u. Rev. Urtheile sind tarfrei 2185.

Invaliden, was nach dem Tode einzusenden ist 2092; Befreiung von der Erbsteuer 2416.

Invalidenfondsbeitrag oder das milit. Abfahrtsgehd, ist eine Abgabe von Verlassenschaften, die aus der Militär- in die Ziviljurisdikzion übergehen; Grundgesetz hierüber 2549; demselben unterliegen auch die Verlassenschaften der in Mil. Diensten sterbenden deutschen u. Maltheserordensritter 2550 u. das Armeninsitut, wenn es nicht bloß ein Vermächtniß, sondern eine Erbschaft macht 2181; Abnahme desselben von Obligationen u. Bankakzien 2556 u. 2449—52 u. von dem Pupillarvermögen eines Militär- oder Zivilpupillen, der Soldat ist 2549 §. 18 u. 19, 2551—2 u. 2554; geht das Vermögen nach Ungarn, so sind nur 5 Proz. abzunehmen 2557, aber nicht von dem ungarischen Vermögen, welches ein bonum mere aviticum ist 2553. Welche Verlassenschaften der Landwehr dieser Abgabe nicht unterliegen 2555 u. 2558. — In Mähren u. Schlesien ist auch von den Zivilverlassenschaften, ohne Rücksicht, in welche Jurisdikzion das Vermögen übergeht, ein Perzentenbeitrag für den Invalidenfond abzunehmen 2559 3).

Inventur §. 940, §. 34 u. f.; insbesondere der Berggerichte 1959—61; wann das Landrecht wirkliche Rätbe zur Vornahme derselben abzuordnen hat

- 614**; welche Gerichte es hierzu delegiren kann **1955—7**; Handlungsbilanzen vertreten entweder die Inventur, oder sie sind bloße Rechnungen **1971**; Stempel des Verlassenschaftsinventars und der Schätzung **1972**; Inventur geistlicher Verlassenschaften **2035—8**, **2047**, **2049**, **2051—6**; insbesondere nach protestantischen Geistlichen **2070—2**.
- Inzichten** eines Verbrechens oder einer schwer. Pol. Ueb. **158** u. **401**, beim Militär **1603**.
- Inzidenzstreitigkeiten**, wie dabei zu verfahren **212**.
- Irrenanstalt**, s. Krankenanstalten.
- Jagd**, welches Wild zur hohen und niedern Jagd gehört, entscheidet der Richter **89**.
- Jesuitenorden**, Befreiung vom Erbsteueräquivalente **2485**.
- Jubilationsgehalte** sind Pensionen **874**, s. Pensionen.
- Juden**, wann in Prozessen mit denselben Anzeigen zu machen sind, **16**; Landesschutzverlustigungs-Erklärung derselben in Böh. **50**; Depositionirung derselben bei christlichen Realitäten **60**; Beweiskraft der jüdischen und hebräischen Urkunden **190—2**; die Vorsteher der Judengemeinden sind Beamte **841**; Ausschließung von Visitationen **1097—8**; sie sind an Festtagen nicht vor Gericht zu laden **1188**, allerdings an Bußtagen **1189**; Abhandlung ihrer Verlassenschaften **2075**; Anzeige des Todes der Familienhäupter **2076**.
- Juridische Fakultät**; die Versorgungsbeträge ihrer Mitglieder in Wien **889** u. in Prag **891** sind kein Gegenstand des Verbotes, der Exekution und Zession.
- Justiz**, Ersatz wegen schlechter Verwaltung derselben **1413—21**.
- Justizgesetzsammlung**, verbindliche Kraft derselben; s. Einl. S. 5.
- Justiziariate**; Ausschließung der Magistratsbeamten von denselben **1400—1**.
- Justiziär**, Wirkungskreis desselben, s. Wirthschaftsamt.
- Justiznorm** für das Militär **1622**.
- Justiztabellen**, s. Geschäftsausweise.

K

- Kaduzität**: der Depositen, Verfahren dabei **2138—43**, u. erbloser Verlassenschaften **2023—4**; insbesondere bei Militärgerichten S. 1345, S. 43 u. **2625—6**.
- Kammerherr**, Anzeige des Todes unter Vorlegung des Kammerherrnschlüssels **2077**.
- Kammerprokuratur**, s. Fiskalamt.
- Kanzleidirektor** S. 910, S. 115 u. 116.
- Kapitalien**, in welche Konkursmasse sie gehören **1430**; Behandlung derselben rücksichtlich der Erbsteuer S. 1213, S. 20—22 u. des Mortuars **2343**.
- Kataster**, darüber entscheiden die polit. Behörden **91** u. **113** S. 23; entsteht ein Grenzstreit, so muß die Grenzbeschreibungskommission einen Vergleich versuchen **93**.
- Kaufrechtsgelder**, Verfahren bei der Eintreibung derselben gegen Unterthanen **118**.
- Kaufschilling** für gerichtlich versteigerte Realitäten; Bezahlung desselben und Verfahren wegen des Vorrechtes der Gläubiger S. 486, S. 339 u. **1124—7**; insbesondere bei landesfürstlichen u. grundherrlichen Abgaben **1128—9**.
- Kaufschillingsfristengelder**, Eintreibung derselben **128**.
- Kauzion**, aktorische, S. 539, S. 406—8 u. **1246**; findet im Konkurse nicht statt **1484**; der öffentl. Agenten **1351** 1) u. **1356—8**; der Schürfer hat keine Kauzion dem Grundeigenthümer zu leisten **1629**; der Beamten, für welche Forderungen des Alerars sie haftet **54** u. **55**; Verfahren damit im Konkurse **365**; der Militärfrauen, wie weit sie ein Gegenstand des Verbotes, der Exekution und Zession ist **910—12**; Verfahren dabei **949**; der Militärersatzmänner, Vormerkung hierauf **978**; Militär-Dienstkautionen, Erfolgung derselben an die Erben **2086****).

Kinderbewahranstalten genießen nicht die Begünstigungen öffentl. Schulen **106** *).

Kirchen, bedürfen zum Rechtsstreite die Bewilligung des Gub. **304**; Einklagung der Kapitalien derselben gegen Unterthanen des Dominiums, welches zugleich Vogt oder Patron ist **1784**; Vertretung derselben durch den Fiskus **2030—2**; Testamentsabfäße, die sich auf Kirchen beziehen, sind dem Ordinariate anzuzeigen **2039** und der politischen Behörde **2110**; welcher Kirche das Drittel der Verlassenschaft eines Geistlichen zufällt **2042—5**. Errichtung des Kirchenbeilaginventars S. 978, 6) u. **2055**; Befreiung der Kirchen von der Erbsteuer S. 1207 §. 13.

Klagen mit mehren Gegenständen ohne Zusammenhang sind zur Absonderung zurück zu stellen **170—3**; wann der Klage der Erwerbsteuerschein beiliegen muß **181**; Zurücknahme der Klage u. Einreichung einer neuen **274** und **277**; Befugniß zu klagen u. sich zu vertheidigen; f. Vertretung. Verfahren, wenn sich die Klage auf eine vollen Glauben verdienende Urkunde stützt **1033—40**. Beilegung des Originalwechsels **1634**; Wechselklage auf 24stündige Zahlung **1640—1**. Vorgang bei der Aufnahme mündlicher Klagen S. 917, §. 1 u. f.

Klassifikation im Konkurse; Abfassung u. Zustellung des Klassifikationsurtheiles u. der Auszüge aus demselben S. 626, §. 13 u. **1494—6**; sie zerfällt in Vorzugsposten und 6 Klassen S. 627, §. 14—25; Gläubiger, die ihre Forderungen nicht angemeldet haben, sind in der Klassifikation abzuweisen S. 649, §. 29, Ausn. **1554—60**; gegen das Klassifikationsurtheil findet die Vorrechtsklage statt S. 649, §. 28 u. 30—**1564**; die Taxe für dasselbe ist einfach abzunehmen **1539**.

Klöster, welche Klagen gegen sie nicht anzunehmen sind **301—3**; Unterschrift klösterlicher Urkunden **503**; Vornahme der Sperre und Inventur in denselben **2058**; Geistliche, Nonnen und Laienbrüder von aufgehobenen Klöstern, Rechte derselben und Erbfolge in ihr Vermögen **2066** u. **2068—9**, insbesondere der aus dem ungar. Studien- oder Religionsfonde pensionirten Erreligiosen **2067**; die Sperre auf Klosterspfünden ist tarfrei **2059**. Bemessung des Erbsteueräquivalentes von den Einkünften der Klöster, und welche Klöster davon befreit sind S. 1260 §. 60—**2489**.

Kompensation, von derselben kann in der Einrede Gebrauch gemacht werden **287—91**; im Konkurse S. 649 §. 29 u. **1553—6**.

Kompromiß, f. Schiedsrichter.

Kongrua der Geistlichen unterliegt keiner Exekution **917** und ist bei dem Erbsteueräquivalente nicht zu berücksichtigen **2478**.

Konklausum, Sistirung desselben durch den Repräsentanten **1726—32** und durch den Präsidenten S. 808 §. 56; Abänderung desselben **1756**; Fassung desselben S. 810 §. 59—**1759**, und Expedirung **1794** u. f.

Konkurrenzbeiträge, Exekution derselben und Klassifizirung im Konkurse **1520—1**.

Konkurs; bei welchem Gerichte und über welches Vermögen derselbe zu eröffnen ist S. 605, §. 1—**1431**; Recht der Gläubiger, wenn der Kridatar in andern Provinzen Realitäten hat **1585**; Fälle der Eröffnung S. 636, §. 2—**1435**; sie geschieht nicht durch Urtheil **1436**; sondern durch Edikt S. 609, §. 5 u. 7 u. **1462**; Ediktaltermin S. 621, §. 8, insbesondere, wenn Mil. Verlassenschaften in Konkurs verfallen **2086**; Wirksamkeit der Pränotationen und Intabulationen **1437**; Rechte der Gläubiger auf das Massavermögen **1438**; wider den Kridatar kann bei keinem andern Gerichte verfahren werden S. 609 §. 6, Ausnahme **1439**; die anhängigen Streitfachen sind an die Konkursinstanz zu verweisen S. 609, §. 6 u. **1440**; jeder Gläubiger muß bei derselben liquidiren, Ausnahmen **1441—3**; Gläubiger, welche ihre Forderungen nicht angemeldet haben, sind von der Masse ausgeschlossen S. 649, §. 29; Ausnahmen **1553—60**. Erlöschung der Gewerbe **1444—51**; der Kridatar unterliegt dem Personalarreste **1452—3**, ihm gebührt keine Alimentirung **1454**; Massevertreter S. 616, §. 7—**1457**; Sperre, Inventur u. Schätzung S. 616, §. 7, **1458** u. **1576** u. f.; Massaverwalter **1459—61**; Vorladung der Gläubiger S. 616, §. 7;

eine Aufforderungs-klage gegen dieselben findet nicht statt **1462**; Ausn. **365** 2) u. 4); der Konkurs ist bekannt zu machen: der Behörde des Fiskus **1463**; der Pst. u. K. G. B. **1464—5**; den Hypothekargläubigern **C. 621, §. 9 u. 1478—9**, auch den superintabulirten und pränotirten Gläubigern **1480** und dem Hofkriegsrathe, wenn Mil. Verlassenschaften in Konkurs verfallen **2086**. Beendigung des Konkurses **1586—7**. Neues Vermögen **1588**, insbesondere Erbschaften und Vermächtnisse **1589**.

Konfens zur Führung eines Rechtsstreites brauchen a) die Militärmannschaft **296—7**; b) die Patrone und Vogteien in Vertretung der Kirchen und Pfründen **304—5**; c) die Gemeinden **306—24**.

Konsulate, österreichische, ihr Wirkungskreis, insbesondere bei Ausstellung öffentlicher Urkunden **443**.

Kontestirung der Schuldurkunden findet nicht statt **999—1001**; eben so wenig bei Testamentszeugen **1967**.

Kontribuzionale, darüber entscheiden die polit. Behörden **91 u. 113 §. 23**.

Kontributionschüttböden haben in Krida- und Exekutionsfällen kein gesetzliches Pfandrecht **1513 ***.

Kontumaz-Protokolle und Pässe sind öffentliche Urkunden **429—30**.

Kordone (Sanitäts-), Vergütung der Beschädigung durch Aufstellung derselben **38**.

Korrektionshaus, wem die Uebers Verdienstgelder der Korrigenden zu erfolgen sind **2113**.

Korrespondenz, s. Schriftenwechsel.

Kost für Gerichtsabgeordnete, s. Taggelder.

Krankenanstalten, Befreiung der Beamten derselben vom Arreste und ihrer Gehalte vom Verbote und der Exekution **856**. Verfahren mit den Effekten der in denselben verstorbenen Kranken **2078—80**; Befreiung von der Erbsteuer **C. 1208 e)** und **2420**. Verlassenschaftszugehörigkeiten für das Krankenhaus in Wien **2511—14**, in Prag **2522—6**, in Brünn und Olmütz **2559—61**.

Krankheits-, Leichen- und Trauerkosten, Vorrecht im Konkurs **C. 628 §. 15** und in Strafhäusern **2111**; Behandlung bei der Erbsteuer **C. 1246 §. 43**.

Kreditorenausschuß, s. Ausschuß.

Kreisrabiner, Einschreitung desselben bei jüdischen Verlassenschaften **2075**.

Kreuz pro pils meritis sind nach dem Tode zurück zu stellen **2082**.

Kreuzpartikeln, wie damit zu verfahren **892**.

Kridatar hat alle Behelfe über den Aktiv- und Passivstand zu übergeben **1435**; wann gegen ihn bei einem andern Gerichte verfahren werden kann **1439**; er unterliegt dem Arreste **1452—3**; ihm gebührt keine Alimentirung **1454**; Untersuchung und Bestrafung desselben **1466—71**; Mittel dazu **1472—75**; Rechte der Frau **C. 641, §. 19, 1534—6**. Rechte der Gläubiger, wenn der Kridatar in einer andern Provinz Realitäten besitzt **1585**, oder wenn ihm Erbschaften und Vermächtnisse anfallen **1589**.

Kriegsgebühr unterliegt keinem Beschlage **897**.

Kriegsschäden, Vertheilung derselben **35 u. 2639**.

Kundmachung der jof. G. D. **11**, der K. D. **1422**, der G. J. **1659**, der Edikte **C. 470, §. 329, 1099, C. 852, §. 87—1842**.

Kunstgegenstände, Behandlung derselben in Verlassenschaften **2020**.

Kunstverständige, der Beweis durch dieselben wird zugelassen: entweder durch Bescheid **C. 286, §. 188** und **599**, oder durch Beurtheilung **553**; dieses Beurtheilung kann theilweise zugleich ein Endurtheil sein **554**; er kann auch bei der triester Börse **600**, und bei jedem Ortsgerichte vorgenommen werden **601**; wer nicht wider seinen Willen als Kunstverständiger abgeordnet werden kann **602**; Handlungskunstverständige **603** und die Mitglieder des Thierarzneieinstitutes in Wien **604**; Verfahren, wenn landesfürstliche Beamte als: Aerzte, Kreisingenieure u. dgl. als Kunstverständige ernannt werden **605 u. 618**; Beweisschriften **553 §. 4) u. 607**; Beweis durch Kunstverständige in Gefällssachen **621—5**; Belohnung und Gebühren der Kunstverständigen **617, 2168 §. 13 u. 2286 §. 13**.

Kupferstiche, Behandlung derselben in Verlassenschaften **2020**; nach Miltärpersonen **2087**, und bei der Erbsteuer S. 1214 §. 24 — **2433**.

Kupons au porteur: der Nordbahn, unterliegen nicht dem Verbote **1818**; auch nicht bei Staatspapieren **1851**, 1) und **1852** 6).

Kurs, Bestimmung desselben bei Obligationen und Bankakzien **2556** und **2449—52**.

Kurszettel sind öffentliche Urkunden **457**.

Q

Qaienbrüder, s. Klöster.

Qand, was darunter zu verstehen **219**.

Landesdeputirter, jüdischer, Einschreitung und Belohnung desselben bei der Sperre jüdischer Verlassenschaften **2075**.

Landesschutzverlustigungs-Erklärung der Juden in Böhmen **50**.

Landesvertheidiger, ihre Gnadenbezüge unterliegen der Exekuzion **851**.

Landkarten, Behandlung derselben in Verlassenschaften **2020**; nach Miltärpersonen **2087**.

Landstände unterliegen dem Zeugeneide **576**; Abhandlung ihrer Verlassenschaft, wenn sie in mehreren Provinzen begütert sind **2013**.

Landtafelfähigkeit, wann die polit. Behörde darüber zu entscheiden hat **59**.

Landwache, Vorladung vor Gericht **1190—1**.

Landwehr, die zu derselben assentirte Mannschaft unterliegt in und außer Streitfachen dem Zivilgerichte, nicht aber dem Arreste **838**, ausgenommen sie ist bis zur Einberufung beurlaubt **839**; von ihrer Verlassenschaft ist kein Invalidenfondsbeitrag abzuführen **2555** u. **2558**.

Qandemium, wann die polit. Behörde und wann der Richter darüber zu erkennen hat **77—9**; es ist bei Bestimmung der Erbsteuer nicht zu berücksichtigen **2436**.

Qandum oder Schiedspruch, s. Schiedsrichter.

Lebensmittel, Erbsteuerfreiheit derselben S. 1216 §. 26; exekutive Feilbietung derselben **1137**.

Qegalisirung, der obervormundschaftlichen Bewilligung zur Ehe eines Pupils in Ungarn **426**; der im Auslande errichteten Urkunden durch Gesandte, Konsule und Sub. Präsid. in Venedig und Mailand **444—50**; der Vollmachten zur Erhebung eines Erbtheiles im Auslande **2003** und der ausländischen Legitimationsurkunde zur Erhebung einer inländischen Herarialgebühr nach dem Tode des damit Betheilten **2012**.

Qegate, s. Vermächtnisse.

Qegung, streitige, einer Urkunde bei der Inrotulirung, Verfahren hierüber **675**.

Qehen, Verfahren bei gerichtlicher Feilbietung **1088—9**; Intabul. und Pränot., wenn mit Lehen freie Güter vereinigt sind **1090**; Einvernehmung des Fiskalamtes vor Schöpfung des Urtheiles **1733**; fiskalämthche Vertretung in Lehenstreitsachen **1734—5**; Anzeige, wenn bei Verlassenschaftsabhandlungen Vasallen oder Lehenenzien vorkommen **2083**; die Lehen unterliegen den Wirkungen der Abhandlungsinstanz, folglich auch dem Mortuar **2336** u. **2340**, mit Ausnahme des Kronlehens Nsch **2353**; Behandlung derselben bei der Erbsteuer S. 1201 §. 5 und S. 1221 §. 32—33; deutsch-böhmische Lehen, Gerichtsbarkeit über dieselben **5**; Geltendmachung des Nachfolgerechtes in dieselben und in böhmische Kronlehen **2340** *).

Qehrerinnen, städtische Industrial-, ihre Gehalte und Deputate sind vom Verbote und der Exekuzion befreit **863**.

Qeibrenten, Bestimmung der Erbsteuer S. 1210 §. 14—16 u. §. 19; sie unterliegen nicht dem Mortuar **2334**.

Qeichenkosten, Krankheits- und Trauerkosten, Vorrecht im Konkurse S. 628 §. 15 und in Strahshäusern **2111**; Behandlung bei der Erbsteuer S. 1246 §. 43.

Qiedlohn, Klassifizirung im Konkurse S. 628 §. 15 u. **1500—4**.

Qieferungskontrakte mit dem Herar, s. Herar.

Qiquidazion der Herarialrückstände, Aufforderungsprozeß wegen derselben **365**.

Liquidirung im Konkurse bei der Konkursinstanz S. 609 §. 6; Ausnahmen **1439, 1441—3**; sie geschieht mittelst Klagen, worüber ein Verzeichniß zu führen ist S. 623 §. 11 u. **1493**; zur Einreichung der Liquidirungsklage finden Fristenweiterungen statt, aber nicht zur Anmeldung **1476**; die allg. Ediktalfrist gilt auch für den Fiskus **1477**; was ist in der Klage zu begehren S. 624 §. 12; wann ist mündlich zu verfahren **1486**; die Urtheile sind einzeln zuzustellen **1487**; Liquidirung des Eigenthumes **1488—9**; des Fideikommisses **1490**; der Zehentrechte und Dienstbarkeiten **1491—2**; Steuerrückstände sind anzumelden, aber nicht zu liquidiren **1508—9**; Liquidirungskosten und Taxen S. 645 §. 26 u. **1537—49**; alle Gläubiger müssen liquidiren, wenn ihnen auch ein Kompensations-, Eigenthums- oder Pfandrecht zusteht §. 29 u. **1553**, Ausn. **1554—60**. — Liquidirung der Schulden bei Verlassenschaften der Geistlichen S. 978 *) 8); der in Verrechnung gestandenen Zivilbeamten **373—4** und der Mil. Personen **2086**.

Lizitation, s. Feilbietung.

Lizitationserlös, s. Kauffchilling.

Lizitationsordnung **1099**; für das Küstenland **1101**; Taxen **1100**; nachträgliche Angebote **1102**; wann ein bei einer früheren Lizitation gemachter Anbot verbindlich ist **1103**; sogleiche Zahlung hat den Vorzug **1104**; Verfahren bei gleichen Angeboten **1105**.

Lizitationsprozente für die Armen **2497—508**, insbesondere in Mähren **2559—61**.

Löhnung des Soldaten, unterliegt keinem Beschlage und kann nur zum Ersatz eines zugefügten Schadens verwendet werden **894—5**.

Loci credibiles in Ungarn **2116** u. **1609**.

Lohnfutscher, die Uebertretung der Gewerbevorschriften derselben ist ein politischer Gegenstand **82**.

Loose und Tratten der Bergwerksprodukten-Verschleißdirektion au porteur, Amortisirung derselben **1851**; sie unterliegen nicht dem Verbote **1851** und **882**; Befreiung der Loose von der Erbsteuer S. 1214, §. 23.

Lotterie; Beweiskraft der Original-Listen und der Einlagscheine **435**; die Gewinne derselben unterliegen keinem Verbote **893**; die Einlagen und Loose sind erbssteuerfrei S. 1214, §. 23.

M

Magistrat, Ausschließung der Beamten von Justizariaten **1400—4**; Haftung wegen übel verwalteter Justiz **1415**.

Majestät gebührt dem Souverain **1294—9** u. der oberst. Justizstelle **1816—7**.

Majorat; s. Fideikommiße.

Maltheserordensritter unterliegen dem Zeugeneide **575**; s. auch Ordensmitglieder.

Manifestationseid; findet über die Namhaftmachung der Güter des Exekuten nicht statt **656**; wegen der *comportationis documentorum* **657** und **659**; wann derselbe bei einer Verlassenschaft für minderjährige Kinder dem Vater und der Mutter aufgetragen werden kann **658**; derselbe wird nicht wie andere Eide angetreten, sondern *exequirt* **660**.

Manifestirung der Dokumente; Auftragung und Ablegung des Eides über dieselben **657** u. **659**.

Marktplätze, Exekution der dahin gebrachten Lebensmittel **1137**.

Massavertreter, Aufstellung S. 616, §. 7 u. **1455—7**; demselben sind alle Behelfe zu übergeben und er ist an den Kreditdar gewiesen **1435**; er hat sogleich zu liquidiren S. 623, §. 10; der Richter hat denselben von Amtswegen zu betreiben **1481**; er hat von 2 zu 2 Monaten Ausweise vorzulegen **1482**; an sein Zugeständniß der Klasse ist der Richter nicht gebunden, wohl aber an das Eingeständniß eines Faktums **1493**; Tax- und Stempelfreiheit desselben **1542—49**; Ausmessung und Klasse des Deservites desselben **1559—60** u. S. 627, §. 14.

Massaverwalter, Aufstellung desselben S. 616, §. 7 u. **1459—61**; Bestätigung desselben oder Wahl eines neuen S. 655, §. 35 u. **1566—7**.

- und §. 37; Tax- und Stempelfreiheit **1543—47**; Ausmessung und Klasse der Belohnung desselben **1559—60**, **1571** u. S. 627, §. 14; Beschaft desselben S. 654, §. 31, **1565**, S. 657, §. 38 u. f.; er hat die dem Kreditator angefallenen Erbschaften und Vermächtnisse anzunehmen **1589**; Legung und Prüfung der Rechnung **1592**; Abfertigung der Gläubiger und Finalbericht S. 622, §. 44—5.
- Matrifen**; Uebnahme derselben nach dem Tode des Pfarrers **2035—9**; s. auch Tauf- oder Trauungs- oder Todtenbuch.
- Mäßigung der Gerichtskosten oder Expensen des Advokaten** S. 565, §. 424—7; in Streitsachen besteht diesfalls keine besondere Taxe **2269**; im adeligen Richteramte beträgt sie bei dem wiener Magistrats 1 fl. **2297**, die gerichtlichen Bescheide über Ansuchen der Partei gegen den Advokaten und umgekehrt sind nach der 1. Rub. lit. a zu taxiren **2261**.
- Medaille**, die Medaillenzulage unterliegt keinem Beschlage **900**; wann die Zivil-Ehrenmedaille den Erben zu erfolgen ist **2022**; die Mil. Medaille gebührt dem Weibe oder den Kindern **2098**.
- Medizinisch-chirurgische Wittwensozietät in Wien**; Befreiung ihrer Pensionen vom Verbote und der Exekution **990**.
- Medizinische Fakultät**; Einholung ihres Gutachtens **619—20**.
- Meisengelder**; s. Gerichtsdiener.
- Mennonisten** unterliegen nicht dem Eide **577**.
- Messen**; Uebnahme oder Einbringung der Messengelder nach verstorbenen Geistlichen **2047**; Befreiung von der Erbsteuer S. 1207, §. 13 u. **2415**; die Versendung der Messengelder in das Ausland ist untersagt **2642**.
- Militär-Equipage und Dienst**, was dazu gehört, unterliegt nicht der Pfändung S. 679, §. 10 und **839**, oder der Erbsteuer S. 1217, §. 28.
- Militärersatzmann**; Vormerkung auf die Kauzion desselben **978**.
- Militärgerichte**; Gerichtssprache derselben **194—7**; sie können von den Zivilollmetischen amtliche Uebersetzungen fordern **198** *); Adaptirungspatent der G. D. mit den Novellen **1602** u. f.
- Militärgränze**; Vertretung in derselben durch pensionirte Auditore und Einzidi **1605**; Vornahme des Vergleiches bei der Kompagnie **1618**; Bestimmung des fundus instructus **1620**; Perzente aus geistlichen Verlassenschaften für das Seminarium und das Defizientenhaus **2529**; die Normalerschulfondsbeiträge sind an die Proventen abzuführen **2548**.
- Militär-Justiznorm** **1622**.
- Militärmannschaft** kann nicht ohne Bewilligung als Kläger oder Beklagter erscheinen **296—7**; Schulschlagen gegen dieselben sind nicht anzunehmen **894**; derselben darf ohne Bewilligung kein Vermögen ausgefolgt werden **2085**, **2089** u. **2324**; Abhandlung der Verlassenschaften minderjähriger Soldaten **2090—1**.
- Militärpersonen**, Verfahren bei Gefällsübertretungen **358**; Können sich nicht einem Zivilgerichte unterwerfen **772—3**; Vornahme der Pfändung gegen dieselben S. 679, §. 10; Abhörung derselben durch geistliche Kommissäre in Siebenbürgen **1615**; Ausfertigung des Konvokationsediktes in Sterbfällen und Termin zur Anmeldung der Herarialansprüche **2084** u. **2086**; was aus den Verlassenschaften dem Hofkriegsrathe einzusenden ist **2084** und **2086**; Behandlung bei der Erbsteuer S. 1217, §. 27—**2435** u. S. 1220, §. 30; die Verlassenschaften derselben sind befreit vom Vizitationsprozente **2498** u. **2505** und von dem Beitrage zum allg. Krankenhause und zum Wohlthätigkeitsfonde in Wien **2511**.
- Militärübungen**, Ausmittlung der Plätze **36**.
- Mittheilung der Beweise im mündlichen Verfahren** S. 110, §. 25 u. **233**.
- Mönche**; wann sie klagen und geklagt werden können **298—303**.
- Moderirung der Gerichtskosten**; s. Mäßigung.
- Monopole**; s. S. 48 **) u. S. 388 *).
- Monte** des lomb. venez. Königr.; Verfahren mit den Renten und Versicherungsscheinen bei der Jession, Exekution und Zahlungseinstellung **950**; und bei der Amortisation **1859—60**.
- Monturs- und Rüstungsstücke**, unqualitätsmäßige; Verfahren wegen der Ent-
- Handb. d. Siebigkeiten.

- schädigung des Merars **383**; sie sind kein Gegenstand der Verpfändung **347**; Verfahren mit denselben nach dem Tode der im allg. Krankenhause verstorbenen Individuen **S. 991** zu Ende.
- Monturskommission**, Verfahren bei der Uebernahme von Monturs- und Rüstungsforten **383**.
- Morgengabe** im Konkurse **1535**; sie ist bei der Erbsteuer in Abzug zu bringen **2404**.
- Mortuar**: bei Zivilgerichten; wer darüber zu entscheiden hat **97—102** und **2293**; Einantwortung der Verlassenschaft vor Berichtigung desselben **1982**; dasselbe in Beziehung auf Ungarn und Siebenbürgen **2114—15** und **2357**, auf Berggerichte **2123**, **2359** u. **2380**, auf das Obersthofmarschallamt **2175** und die Geistlichkeit **2213**; Einfluß desselben auf die Bemessung der Erbsteuer **S. 1218**, **S. 29—2438** und **S. 1246**, **S. 43**; allgemeine Vorschriften über die Größe desselben, über das demselben unterliegende Vermögen und über die Erhebung des Werthes desselben **2326—51**; Abnahme des Mortuars mit Beziehung auf die Finanzpatente **2344—7** und von Staatspapieren und Bankaktien **2449—52**; besondere Vorschriften für Böhmen **2352—3**; für Mähren und Schlesien **2354—7**; für N. D. **2358—64**; für O. D. **2365—69**; für Zn. D. **2370—84** und Triest **2385**. Mortuar bei Militärgerichten **S. 1345**, **S. 41**, **2621—4** u. **S. 1354**, **S. 12**.
- Münzen**, Abnahme des Mortuars von denselben **2347** und der Erbsteuer **S. 1222**, **S. 34**; insbesondere von ausländischen **2442** oder nicht vollwichtigen **2453** u. **2470**.
- Muthscheine**; auf dieselben findet keine Einverleibung oder Vormerkung statt **1627**.

N

- Nachdruck**, darüber hat die polit. Behörde zu entscheiden **103**.
- Nachsicht** des Alters, Taxen **2304**; bei Militärgerichten **2627**.
- Nachsicht** der Taxen, s. Vormerkung.
- Nachträgliche Gesetze** zur G. D.; s. Einl. **S. 5—7**.
- Namhaftmachung** der Güter des Exekuten; darüber findet der Manifestationseid nicht statt **656**.
- Nationalbank**; ihre Urkunden sind öffentliche **436**; Amortisirung derselben **1868**; welche Streitsachen derselben von der obersten Justizstelle als Schiedsrichter zu entscheiden sind **835—6**; Verfahren mit den Aktien, Depositen, Pfändern und andern Effekten derselben in Konkurs- und Erbschaftsfällen, bei Verböten und Exekutionen **913—4**. Abnahme der Erbsteuer von Aktien **2449—52** und des Invalidenfondsbeitrages **2556**.
- Neuerungen** im mündlichen Verfahren **231**; im schriftlichen Verfahren **270—5**.
- Nexus subditelae**, s. Unterthänigkeit.
- Nichtigkeit**, s. Nullität.
- Nonnen**, s. Klöster.
- Nordbahn**, Amortisirung und Verbot ihrer Aktien, Interimsaktien und Kupons **1848**; Expropriation der Grundstücke für dieselbe **33**.
- Normalschulfondsbeitrag** aus Verlassenschaften der Zivil- und Militärpersonen **2533—9**; in Böhmen sind halbjährige Verzeichnisse vorzulegen **2540—1**; in O. D. sind die Beträge an das Kreisamt des Erblassers und Kontrolsanzeigen an die Reg. zu senden **2542—4**; wie dießfalls in Steierr. und Illir. vorzugehen ist **2545—7** und in Mähren **2559—61**; in der Militärgrenze werden diese Beiträge zu den Proventen abgeführt **2548**.
- Notar** **1646—7**.
- Notariatsinstrumente**, welche sind öffentliche Urkunden **451—4**; sie bewirken keine Exekution **1006**.
- Nothdurften**, wie sie aufzunehmen sind **223—4**, und in wessen Gegenwart **225**.
- Nozionen**; Aufforderung gegen Gefällsnozionen **330—53**; und Hoffkriegsbuchhaltungsnozionen **378—83**; Zustellung der Nozionen **354—63**; Sicherstellung des Strafbetrages **970**.

Nullität; Verfahren mit der Nullitätsbeschwerde S. 338 §. 262 4; bei Wechselgerichten **1633** §. 9 und **1639**. Dem Richter sind die Ursachen der Kassirung seines Urtheiles bekannt zu geben **762**; Verfahren bei der Verurtheilung des unteren Richters in den Ersatz und Rekurs dagegen **763** — **6**, **790** und **807**; die Vdg. des obern Richters über eine von Amts wegen erkannte Nullität ist tarfrei und die bereits gezahlten Taxen sind den Parteien zurück zu stellen **767**; Nullitätsgründe **768** — **77**.

Nutzungseigenthum; Verfahren bei der Veräußerung desselben **813**; dazu ist die Einwilligung des Obereigenthümers nicht erforderlich **1117**; Geständmachung des Vorkaufs- und Einstandsrechtes **1119** — **20**.

O

Obereigenthümer; Verfahren über Einwendungen gegen den Nachfolger in das Nutzungseigenthum **813**.

Obersthofmarschallamt; Besetzung desselben und Korrespondenz mit dem A. G. und der obersten Justizstelle mittelst Präsidialnoten **749**, **750** und **791**; Einschreitung desselben beim Tode der Hofbeamten und Diener in der k. Burg oder in den k. Schlössern **1962**; für dasselbe gelten die allg. Taxordnungen und statt des Mortuars hat es ein Honorar für seine Beamten zu beziehen **2175**.

Obligazionen, öffentliche, au porteur, unterliegen nicht dem Verbote **1851**, 1) und **1852**, 6); allerdings die auf bestimmte Namen lautenden, die inkultrirten und devonirten, Verfahren dabei **916** — **7**; Anzeige an das Sub., wenn in einer Verlassenschaft Obligazionen vorkommen, die auf ein öffentliches Institut lauten **2099**. Inkultrirung und Umschreibung der in Depositenämtern befindlichen öffentl. und Privatobligazionen **2130** — **3**; Erhebung der Zinsen der Obligazionen durch die Depositenämter **2134** — **5**; welche Obligazionen erbsteuerfrei sind S. 1214 §. 23. Abnahme der Perzentualgebühren von in- und ausländ. Obligazionen **2140** und **2149** — **52**, insbesondere des Invalidenfondsbeitrages **2556**, und der Erbsteuer-Estrafzinsen **2469** — **70**.

Obrigkeit, s. Dominium.

Oede Gründe in Tirol, die diesfälligen Streitsachen gehören auf den Rechtsweg **134**.

Offizier, Aufstellung als Sequester **1619**; Vornahme der Pfändung S. 679 §. 10; Anzeige ihres Todes **2088**; wie bei der Sperre vorzugehen und was aus ihren Verlassenschaften dem Hofkriegsrathe einzusenden ist **2084** und **2087**; Ausfertigung des Konvokationsediktes **2086**; Behandlung bei der Erbsteuer S. 1217 §. 27 — **2435**; Gebühren für dieselben, wenn sie in Sterbfällen Präliminarakte vornehmen **2615**.

Oppositionsklagen, oder Gesuche hemmen die Exekution nicht **1158**.

Orden, Verfahren bei Annahme derselben **1003**; Einwendung derselben aus Verlassenschaften beim Militär **2093** — **7** und beim Zivile **2100** — **2**; Bestimmungen über das Erbsteueräquivalent beim deutschen und Maltheiserorden S. 1260 §. 60 h) und §. 61 — **2489**.

Ordensgeistliche; wann sie klagen und geklagt werden können **298** — **303**; von aufgehobenen Klöstern, Rechte derselben und Erbfolge in ihr Vermögen **2066** und **2068** — **9**, insbesondere der aus dem ungar. Studien- oder Religionsfonde pensionirten **2067**.

Ordensgelübde begründen keine Verlassenschaft **1946** — **51**.

Ordensmitglieder des deutschen und Maltheiserordens, Abhandlung ihrer Verlassenschaften **2060** — **5**; Entrichtung der Erbsteuer **2486** — **9** und des Invalidenfondsbeitrages **2550**.

Ortsgericht, s. Wirtschaftsamtsamt.

P

Pachtabgaben, emphyteutische oder zeitliche, Eintreibung derselben **128**.

Pässe der Sanität sind öffentliche Urkunden **129** — **30**.

Pains d'Abbayes, in wie weit sie kein Gegenstand der Veräußerung und Verpfändung sind **915** — **6**.

Passirungen beim Militair 378, 379 u. 382.

Pastor, Verfahren beim Tode desselben 2070—2.

Patrone müssen zur Vertretung einer Kirche oder Pfründe im Prozesse den Konsens der Pfr. haben 304—5; Einbringung der Kirchen- und Stiftungs-Kapitalien gegen Unterthanen der Patronats- oder Vogteiobrigkeit 1784; Beziehung des Patrons zur Absonderung des Pfründenvermögens 2026; wann bei frommen Vermächtnissen und Stiftungen der Patron und wann der Fiskus die Vertretung zu leisten hat 2109.

Pensionen; Abzüge derselben durch die administrative Behörde bei Staatsdienern und Militairpersonen 57—8; der landesfürstlichen, ständischen und städtischen Beamten, Diener und Angehörigen unter 100 fl. sind vom Verbote und der Exekution befreit 879; von 100 fl. aufwärts zur Hälfte 873 und in den neu erworbenen Provinzen S. 377 §. 1; so wie bei Militärbeamten 902 u. 905; ein Drittel dagegen bei Offizieren, Auditoren, Rechnungsführern und Aerzten 902 u. 903; so wie ihren Witwen und Waisen 901—4; und bei der Theresiensordenpension 908 u. 945; auf eine noch nicht bewilligte Pension findet kein Verbot statt 875; bei Verböten mehrerer Gläubiger hat jener den Vorzug, der das exekutive Pfandrecht zuerst erwirkt hat 875 u. 870; er steht aber einem selbst später eingeleiteten administrativen Abzuge nach 57; Haftung der Pension der Witwen für die Ersätze des Mannes 876—7; die Verböte und Exekutionen auf Pensionen bei Witwen und Waisen gehen auf ihre Abfertigungen über 878; bei Beamten jedoch nicht auf die Gehalte, wenn sie wieder angestellt werden 853. — Folgende Pensionen oder Versorgungsbeträge sind gänzlich vom Verböte und der Exekution befreit: der Wittwengesellschaft der Seidenzeug-, Sammet- und Dünntuchmachermeister in Wien 886; des Institutes für Handlungsdiener 887; des prager Witwen-, Waisen- und Taubstummeninstitutes 888; der prager Versorgungsanstalt für ohne Verschulden verunglückte Männer und für Witwen und Waisen 2640; der Gesellschaft für Mitglieder der wiener 889 und der prager jurid. Fakultät 891; und der mediz. chirurg. Wittwensozietät in Wien 890. — Erhebung der Rückstände nach dem Tode des Pensionisten 2012, insbesondere beim Militär 2084; Vorsicht bei Erhebung der Pensionen u. dgl. für Mil. u. Beamtenswaisen 2118.

Pensionisten, Anzeige ihres Todes und Vorlegung der Zahlungsbögen 2008—9 und 2103—4.

Perhorreszenz; Gründe derselben, S. 811 §. 62—1769; Verfahren bei derselben 1770—3; insbesondere Perhorreszenz der Verggerichtsbeisitzer 1774; der Merkantilbeisitzer 1775—8; der Patrimonialbeamten 1779—85.

Persona standi in iudicio; s. Vertretung.

Personalzulagen sind Gehalte 854, also vom Verböte und der Exekution befreit 852.

Pfändung der fahrenden Güter S. 489 §. 340 u. f., wenn sie unter fremder Gerichtsbarkeit sind 1132; bei Wechselgerichten 1645; auf früher gepfändete Sachen kann bei der polit. Sequestrazion nicht gegriffen werden 1134; Vornahme für einen zweiten Gläubiger S. 491 §. 342 *); Transferirung bei einer bestehenden früheren Pfändung 1135.

Pfand; Verfahren, wenn es nicht ausgelöst wird 1046 u. 1133; der Pfandgläubiger kann auch auf andere Güter greifen 1047. Recht des Gläubigers, wenn der Eigenthümer das Pfand veräußert 1154; insbesondere bei unbeweglichen Gütern 1155—7.

Pfarre; Besichtigung der Gebäude nach dem Tode des Benefiziaten 2040—1 u. 2054—71; Uibernahme der Matriken und geistlichen Schriften 2035—8, 2049, 2052—3 u. 2056, und der Messengelder 2047; Einrichtung des Pfarr- und Kirchenbeilasinventars 2046, 2054 *) 6), 2055 und 2057; die Sperre auf Klosterpfarren ist tarfrei 2059.

Pferde sind erbsteuerfrei S. 1214 §. 24 — 2433.

Pferdehälter s. Lohnkutscher.

Pfründen, geistliche, Verbot und Exekution auf die Einkünfte derselben wegen Schulden der Benefiziaten 917 und wegen Ersätze aus der Waisen- oder Depostenkassa und anderer Entschädigungen, als Dominien 918; zur Vertretung

- derselben im Prozesse ist die Bewilligung der Est. nothwendig **305** f. auch Pfarre.
- Pfründler**, Verfahren, wenn er ein Vermögen hinterläßt **1996** u. **2105**.
- Privatisten**, Befreiung von der Erbsteuer **2120** und vom Erbsteueräquivalente **2182**.
- Politische Amtshandlung**, Verfahren, wenn der Richter zweifelt, ob der Gegenstand zur politischen Amtshandlung oder zum Rechtswege gehört **20**. Grenzen zwischen derselben und dem Rechtswege, s. Rechtsweg; polit. Verlassenschaftselaborate **2057**.
- Polizeiübertretung**, schwere; s. Verbrechen.
- Post**, welche Gegenstände unterliegen keinem Verbote und keiner Pfändung **919**. Sequestration und Verkauf derselben in Exekutions- und Konkursfällen **1059—63**; wem die mit der Post einlangenden Sendungen an Kreditare zu übergeben sind **1472—4**.
- Postenlauf**; die Tage desselben sind in die Fristen zur Beschwerdeführung nicht einzurechnen, wohl aber bei den Eingaben an den ersten Richter **265** u. **788**.
- Postrezeptive** sind vom Protokollsdirektor zu fertigen **1672**; die Gebühr dafür in Erbsteuersachen ist beizulegen **2492**.
- Praktikanten**, Befreiung derselben vom Arreste und ihrer Adjuten vom Verbote und der Exekution **862**; der Hofkammerprokuratur, wann sie bei Gericht erscheinen können **1299**. Verwendung und Ausbildung derselben **1681—3**.
- Präbendisten**, Anzeige ihres Todes **2106**.
- Pränotation** findet bei Unterthansprästationen nicht statt **130—1**; bei zweimaliger findet die Aufforderungsflagge statt **375**; nicht rechtskräftiger Urtheile und Rechtfertigung **754**; der Entscheidungen der Landesstelle **974**; Erstreckung der Frist zur Rechtfertigung durch Gemeindevertreter **956**; der politischen Erkenntnisse über obrigkeitliche Bedrückung **1005**; auf heimfällige Realitäten **1067**; auf Schiffmühlen **1068—9**; im Konkurse **1437**; auf Muthscheine findet sie nicht statt **1627**; bei Forderungen des Gutsheeren und der gemeinschaftlichen Waisenkasse **1785**.
- Präsidium**, durch die Einreichung einer Schrift bei demselben kann die Fallfrist nicht gerettet werden **1667**; Recht desselben, den Arrest zu bewilligen **1685**, das Geschäft in Zirkulation zu setzen **1686** und den Beschluß zu fixiren S. 808 §. 56.
- Privatgefzammlung**, darauf ist sich nicht zu beziehen **1760**.
- Privilegien**, wann der Rechtsweg und wann die polit. Amtshandlung eintritt **83—5**; Verfahren bei Eingriffen in dieselben **978**. Anzeige nach dem Tode eines Privilegirten und Vorlegung der Privilegiumsurkunde **2107**.
- Profeß** begründet keine Verlassenschaft **1946—51**.
- Protestationen** sind abzuweisen **19**.
- Protokoll**, wie beim mündlichen Verfahren aufzunehmen **223—4**; die Fertigung der Partei und des Vertreters ist nicht nothwendig **185**; ausgenommen bei Militärgerichten **1602** §. 5. Dagegen ist die Fertigung der Zeugen nothwendig S. 274 §. 165; die zur Verhörung bestimmte Gerichtsperson darf nicht Namensunterschreiber sein **581**. Führung des Einreichungsprotokolles **1660** u. f.; des Rathsprotokolles S. 820 u. f.; des Anmeldungsprotokolles im Konkurse S. 623 §. 11 u. **1183**; des Verlassenschaftsprotokolles S. 948 §. 44; des Waisenprotokolles S. 1016 §. 52 und des Protokolles über Rechnungsgefzäfte S. 1022 §. 65.
- Protomedikus**, Einholung seines Gutachtens **618**.
- Provinz**, Begriff derselben bei Bestimmung der Einrede **241—3**; wenn ein Kreditare in mehreren Provinzen Realitäten hat, so können die Gläubiger sowohl bei der Konkursinstanz, als auch in den andern Provinzen ihre Forderungen gerichtlich verfolgen **1585**; Abhandlung der Verlassenschaft eines in mehreren Provinzen begüterten Landmannes **2013**.
- Provisionen** sind kein Gegenstand des Verbotes, der Exekution und Zession **850** u. S. 378 §. 4 und bei Tabakverlegern **864**. Erhebung der Ansprüche nach dem Tode des Provisionisten **2012**.
- Provisorien** in Besitzstreitigkeiten **121—4**.

Prozentenzuschüsse; darauf haben die auf die Besoldung und Pension vorge-
merkten Gläubiger keinen Anspruch **855**; für das Militär **899**.

Prüfungstaxen bei Advokaten **8. 1074 IX. Rubr.**; aus dem Grundbuchsge-
schäfte und dem adeligen Richteramte **2295**.

Pulver **8. 388 ***).

Punzierung, Aufforderungsflage **364**; das frühere Verfahren mit unpunziertem
Gold und Silber in Verlassenschaften findet nicht mehr statt **2073**.

Pupillen, Abhandlung ihrer Verlassenschaften, wenn sie als Soldaten gestorben
sind **2090—1**; ihr Vermögen ist nach der Großjährigkeit in der Waisen-
kasse zu verwalten **2089 u. 2085**.

Q

Quartiergeld ist vom Verbote und der Exekution befreit **854**, außer zur
Alimentazion der Gattin und Kinder **867**.

Quieszenten, Anstellung derselben als Advokaten **1280—1**; Rang derselben
bei der Wiederanstellung **1746—9**; ihre Gehalte sind den Pensionen gleich-
zuhalten **874**; s. Pensionen.

R

Rabiner, Einschreitung desselben bei jüdischen Verlassenschaften **2075**.

Raittaxen **2307—9 u. 2293**; bei Mil. Gerichten **8. 1345 §. 47**.

Rang, Sitz und Stimme bei Justizbehörden **1736—55**.

Rath, geheimer, Anzeige des Todes **2034**; s. auch Referenten.

Rathszugung, es soll nichts verfügt werden, was nicht in derselben vorgetragen
wurde **1684**, Ausn. **1685—6**; Bestimmung derselben und Ordnung des
Vortrages **8. 781 §. 42 u. f.**; Besetzung derselben, und Vortrag in pleno und
in Senaten **1689 u. f.**; Beiziehung der Repräsentanten **1700—32**;
Rang in der Sitzung **1736—55**.

Rathsprotokoll, Führung desselben **8. 820 §. 64 u. f.**

Realitäten des Kridatars in anderen Provinzen **1429** und **1585**; Ab-
handlung, wenn ein verstorbener Landstand in mehreren Provinzen Realitäten
besitzt **2013**.

Rechnung; Wirkung des Absolutatoriums **407**. Benehmen der Gerichte in
Rechnungssachen **8. 1019**.

Rechnungsführer; ihre Gage und Pension unterliegt mit einem Drittel der
Exekution **902** und **904**; eben so die Gnadengehalte oder Pensionen ihrer
Witwen und Waisen **901** und **904**; jedoch nicht unter 100 fl. **879**.

Rechnungslegung (und weiteres Verfahren hierüber) des polit. Sequesters
104; des gerichtlichen Sequesters **8. 413 §. 297**; des Konkursmassenver-
walters **402**; eines herrschaftlichen Beamten **394** und **368—72**; nach
verstorbenen Militärpersonen **2086 ****).

Rechnungsprozeß; **8. 186**; Tagzuzug wegen der Frist zur Bemänglung
395; Erweiterung derselben **396**; ist auch auf dem Lande schriftlich, übrige-
gens ganz nach der **G. D.** zu verhandeln **397—8**; vor dem Urtheile das
Ermeßsen der Buchhalterei einzuholen, findet nicht statt **399** und **400**;
administrativer Rechnungsprozeß bei Zivilbuchhaltungen und Rechtsweg gegen
die Erledigungen derselben **403—6** und bei Mil. Behörden **1607—8**.

Rechnungstaxen **2307—9** und **2293** und bei Militärgerichten **8.**
1345 §. 47.

Rechtfertigung des Ausbleibens von der Tagzuzug **8. 113 §. 33** und **239**
—40.

Rechtskraft des Urtheiles, Ausweis hierüber **983**.

Rechtsstreit; welche Personen selbst führen können; s. Vertretung.

Rechtsweg, Verfahren, wenn dem Richter Bedenken auffallen, ob der Gegen-
stand zum Rechtswege geeignet ist, **20**; das über einen offenbar nicht zum
Rechtswege geeigneten Gegenstand geschöpfte Urtheil kann auf Einschreitung
der politischen Behörde aufgehoben werden **274—5**. Grenzen zwischen
demselben und der politischen Amtshandlung und zwar: Abfahrtszeld, **21**
—24; Adel, **25—26**; Katholische Gemeinden, **27** und **28**; allge-

meines Beste, 29 — 47; Armendrittel, 48; Auswanderung, 49 und 50; Beamte, 51 — 58; Besitzfähigkeit, 59 und 60; Dienstboten, Zünne und Zunft, 61 — 64; Einfriedung, 65; Erbsteuer, 66 — 68; Gemeindefchulden 69; Gerichtsbarkeit 70 — 76; Gewähr und Landemium 77—9; Gewerbe und Privilegien 80—6; Jagd und Wild 87—90; Kataster, Steuer, 91—6; Mortuar und Taren 97—102 und S. 811, §. 60; Nachdruck 103; Rechnung des polit. Sequesters 104; Schullehrer 105—8; Unterthänigkeit 109—40; welche Unterthansbeschwerden auf den Rechtsweg zu weisen sind 113 §. 32 und 128; die Verjährung ist kein Grund, Unterthansbeschwerden auf den Rechtsweg zu weisen 120; wann Unterthansbeschwerden wegen rückständigen Kaufrechtsgeldern auf den Rechtsweg zu weisen sind 118; die Enthebung von der Unterthänigkeit gehört auf den Rechtsweg 91; welche Gemeindeforderungen auf den Rechtsweg gehören 126 u. 132; Urbarialstreitigkeiten, die nicht ex nexu subdielae entstehen, gehören auf den Rechtsweg 129; öde Gründe, Grund- und Forstfalsche, die diesfälligen Streitigkeiten gehören in Tirol auf den Rechtsweg 132; Waisenforderungen 141—2; Wald und Forst 143—6; Wasserbau 390—3; Zählgeld 147; Zehent 148—52. Wann bei Verbrechen und schweren Poliz. Uebert. der Rechtsweg statt findet 155—7, 162 und 164; der Rechtsweg, auf welchen die polit. Behörde verweist, braucht nicht in einer bestimmten Frist angetreten zu werden 326; über die Giltigkeit eines Schiedspruches ist im Rechtswege zu verhandeln 333; wann polit. Erkenntnisse der polit. und wann der gerichtl. Rekuzion unterliegen 1005.

Referat, Ausarbeitung desselben S. 772 u. f.

Referenten für Landtafelgeschäfte 1673; Betreibungsgesuche sind demselben nicht zu übergeben 1675; Vertheilung der Geschäfte unter dieselben S. 766 u. f.; Ueberschikung der Stüke an dieselben S. 770.

Regale, s. S. 48 **).

Regimenter, Benennung derselben 1821.

Regimentsärzte; ihre Lage und Pension unterliegt mit einem Drittel der Rekuzion 903 und 904; eben so die Gnadengehalte oder Pensionen ihrer Witwen und Waisen 901 und 904; jedoch nicht unter 100 fl. 879.

Regimentsgelder sind aus der Konkursmasse zu vindiziren 1506.

Registraturen, ämtliche Instrumente über dort befindliche Urkunden haben vollen Glauben 432; Führung derselben S. 875, §. 100 u. f.

Rekognoszirung der Urkunden; Frist im schriftlichen Verfahren bei der außergerichtlichen S. 252 §. 123 und bei der gerichtlichen S. 253 §. 125 und 540; hierauf hat die Erweiterung der Frist zur Sazschrift keinen Einfluß 534; wann sie im mündlichen Verfahren verlangt werden kann 535 und 232; die Unterlassung derselben behebt nur die Einwendungen wegen der äußeren Gebrechen 536; Vornahme derselben bei Handlungsbüchern 539; Verfahren bei der Rekognoszirungstagsazung S. 253 §. 124—9.

Rektifikationsauszüge in Illir. als Beweise gegen die Obrigkeit sind nur auf Verlangen der Kreisämter auszufertigen 441.

Rektifikationsurbarien, wann sie als öffentliche Beweismittel über Urbariallasten anzusehen sind 437—9.

Refurs findet gegen Bescheide oder Verordnungen des Richters statt, und ist binnen 14 Tagen beim obern Richter zu überreichen S. 345 §. 267 und 784—7 und 790; Verfahren, wenn Landleute ihre Refurse beim Kreisamte einreichen 786; in die Refursfrist sind die Posttage nicht einzurechnen 265 und 788; die Refurschriften brauchen nicht in duplo überreicht zu werden 789; hemmende Wirkung des Refurses 791—3 und 961 2); gegen Bescheide des Obershofmarschallamtes 794; Beweggründe und Amtserinnerungen 795—9 und 1617; Amtsberichte über Refurse 799—803; außerordentlicher Refurs gegen gleichförmige Bescheide 804; der Refurs findet nicht statt gegen einen Bescheid, wodurch das Ausbleiben von der Tagsazung gerechtfertigt wird 240; Refurs gegen die Verurtheilung des unteren Richters in den Ersaz der den Parteien verursachten Schäden und Kosten 763—7, 790 und 807; Bestrafung desselben, wenn er durch verabsäumte Amtspflicht Refurse veranlaßt 806. Restituzion gegen

- die Refursfrist **1172**; Refurs eines Beamten gegen die Entlassung **1399**; Refurs im adelichen Richteramte **1987**. Refurs gegen Strafurtheile **156—61** und **2081**. Tax-, Stempel- und Portofreiheit bei Refursen und Beschwerverführungen **2186—9**, u. S. 1114 §. 9.
- Religionsfond**; Gerichtskosten und Taxen bei Prozessen desselben **1240** und **2192**; Abhandlung der Verlassenschaften der aus dem ungar. Religionsfonde pensionirten Erreligiosen **2067**.
- Reliquien**, wie damit zu verfahren **892**.
- Remunerazion** des Massevertreters und Verwalters und des Gläubigeraus- schusses **1559—60**, **1574** und S. 627 §. 14.
- Rentämtliche Bücher** haben keine Beweiskraft **442**.
- Rentforderungen**; wie bei der Eintreibung derselben zu verfahren ist **125—133**.
- Repartizion** im Konkurse; in dieselbe sind die nach der Klassifikation durch App. Urtheile geschehenen Abänderungen aufzunehmen **1496**; Vornahme derselben S. 661 §. 41; Einwendungen dagegen S. 661 §. 42—3.
- Repräsentanten**, **1700—32**; Rang in der Sizung **1751—2**.
- Reservatpunkt** in den Rechnungsabsolutorien ist wegzulassen **407**.
- Restituzion** gegen eine Fallfrist und wegen neuer Behelfe S. 507 §. 371 — **1182**; wegen Advokatenvertretung **1183—5**; gegen eine Nozion **1186—7**; gegen Buchhalterierledigungen **405**, 2 und 3.
- Rektzettel**, Aufforderungsprozeß **368—72**.
- Revers**, Verletzung desselben bei Beamten **1382**; Schadloshaltungsreverser bei Verlassenschafts-Abhandlungen finden nicht statt **1986**.
- Reversalien** de observando reciproco; s. Freizügigkeit.
- Revision**; wann sie statt findet; bei derselben ist wie bei der Appellazion zu verfahren S. 337 §. 260 und **755—60**; Advokatenfertigung der Revisionschriften **207**; des Fiskus **761**; bei Wechselgerichten **1633** §. 9 und **1639**; und in Ehesachen **1590** §. 18; beim Obersthofmarschallamte **749** und **750**; außerordentliche Revision gegen gleichlautende Urtheile **780—3**.
- Reziprozität** bei der Exekuzion **1019—32**; im Konkurse S. 648 §. 27 und **1550—2**; bei Aufstellung eines ex officio Vertreters mit Tax- und Stempelvormerkung **2241—2**; bei geistlichen Intestatverlassenschaften **2642**; s. auch Freizügigkeit.
- Richter**: er muß die Gesetze von Amtswegen anwenden und darf nur nach den Akten sprechen S. 599 §. 437—**1412**; er darf während des Prozesses in das Innere der Schriften nicht eingehen **12** und **170**; auch eine bereits entschiedene Klage **13** oder ein Gesuch von Amtswegen in der Regel nicht verwerfen **14**; er muß Anzeigen erstatten: bei Juden **16**, wenn Hofdiener geklagt werden **17**, wenn Handelsleute und Fabrikanten in Konkurs fallen **1464** u. f., wenn im Konkurse fiskalämthliche Forderungen vorkommen **1463** und bei der Amortisirung **1861—2** und **1873**; er hat abzuweisen Protestationen **19** und Klagen gegen Beamte wegen der Amtshandlung **51**; was er im mündlichen Verfahren ämthlich zu erheben hat S. 108 §. 20 und **228—30**; Beurtheilung des Richters in den Ersz der den Parteien verursachten Schäden und Unkosten und Refurs dagegen **763—7**, **790** und **807**; Verbot von Geschenkannahme und Bestellungen S. 598 §. 435—**1409**; Verfahren bei der Sindikatsbeschwerde **1413—21**; Ausschließung des befangenen Richters, s. Perhorreszenz.
- Richteramt**; Erfordernisse S. 577 §. 430—**1377**; Ausschließung von demselben wegen Konkurs, Verschwendung und Schulden S. 432—**1379**; wegen Verwandtschaft und Schwägerischast **1380—1**; wegen Verbrechen, schweren Poliz. Uebert. und Vergehen S. 433—**1399**; Ausschließung desselben von der Advokatur **1283—92**; der Magistratsbeamten von Justizariaten **1400—4**; Nebenbeschäftigungen **1405—7**.
- Robottage**; die Zahl derselben hat die Obrigkeit zu beweisen **109**.
- Rodlbücher** sind öffentliche Urkunden **431**.
- Rolla**, wann sie einzuleiten ist **1686**.

Rotulus; Einlegung der Fristgesuche und Zwischenschriften 671 u. 1699; die Advokaten sollen denselben zu Hause verfassen 674.
Kubrum der Sazschriften, wie zu verfassen 199—203.
Nüßungsstücke, unqualitätsmäßige, Verfahren bei der Entschädigung des Alerars 383; sie sind kein Gegenstand der Verpfändung 847.

S

Salniter; Verbot und Exekuzion (S. 388*).

Salz; Verbot und Exekuzion auf dasselbe (S. 388*).

Sanitäts-Kordene, Vergütung der Beschädigungen durch Aufstellung derselben 38.

Sanitäts-Protokolle und Pässe sind öffentliche Urkunden 129—30.

Sazschriften, Frist, wenn sie zur Verbesserung zurück gestellt werden 169; Auf- und Unterschrift derselben 199—207; denselben können schriftliche Zeugnisse beigelegt werden 548 u. 550; wann die Anbietung des Eides in denselben als gerichtlich anzusehen ist 667.

Schänker, ihre Bücher haben keine Beweiskraft 518 u. 1613.

Schanfrechte, darüber ist im polit. Wege zu entscheiden 86.

Schätzergebühren sind nur vom Gerichte zu bestimmen 617.

Schätzmeister; für Edelsteine 612; worauf die Gerichte bei der Wahl derselben zu sehen haben 616.

Schätzung d. i. der Beweis des Werthes einer Sache S. 291, §. 201; sie findet ohne Verfahren und Urtheil auch über die strittige Zulänglichkeit einer schuldigen Sicherstellung statt 610; oder wenn der Eigenthümer die Schätzung selbst ansucht und Wirkung derselben 615; über dieselbe sind Prozesse unzulässig 611; Schätzmeister bei Gold, Silber und Edelsteinen 612; Schätzungen der Herrschaften und obrigkeitlichen Güter 613; wann dazu Räte abgeordnet werden sollen 614; worauf die Gerichte bei der Wahl der Schätzmeister zu sehen haben 616; die Schätzergebühren sind nur vom Gerichte zu bestimmen 617, 2168 §. 13 u. 2286 §. 13; Erhebung des Werthes einer geschwärzten Waare 625; Ausfertigung der Schätzungsurkunden bei getheilter Gerichtsbarkeit 1072; und Stemplung und Zustellung derselben 1071—3; Feilbietung unter der Schätzung 1076—9; Schätzung und Schätzungsausweis zur Bemessung der Erbsteuer S. 1158, §. 1—2400.

Schätzungseid; ein nicht angebotener kann nie aufgetragen werden 651; in dem Urtheile auf denselben muß der Betrag mit oder ohne richterliche Mäßigung ausgedrückt werden 652—4; besonderer Fall desselben bei verschlossenen oder versiegelten Sachen 655; ob derselbe abgelegt worden ist, wird durch Bescheid bezeugt 662.

Schiedsrichter = Vertrag muß schriftlich abgeschlossen werden S. 358, §. 270 und 825; Vollmacht dazu 826; Genehmigung desselben für Pflegebefohlene 827; jeder Zwang ist dießfalls aufgehoben 828; welche Gerichtspersonen das Amt eines Schiedsrichters nicht übernehmen dürfen 829 u. 830; Schiedsrichter in 1. u. 2. Instanz 831; die Beschwerdeführung gegen denselben muß immer beim Richter 1. Instanz angebracht werden 832; die Aufhebung eines Schiedspruches muß im Rechtswege verhandelt und durch Urtheil entschieden werden 833; gegen dieses Urtheil kann, wenn es auch den Schiedspruch bestätigt, appellirt werden 708; wer hat die Exekuzion über einen Schiedspruch zu bewilligen und vorzunehmen 833; Streitfachen, welche nur durch Schiedsrichter zu entscheiden sind: bei der Nationalbank 835—6 und bei den Brandschadenversicherungsanstalten (S. 361, b*); Belohnung und Taxen der Schiedsrichter 2168 §. 14 und bei Militärgerichten (S. 1347, 6).

Schießpulver, Verbot und Exekuzion; s. (S. 388*).

Schiffe; s. Alerar.

Schiffleute; Vorzugsrecht im Konkurse 1503—4.

Schiffmühlen; Einverleibung und Vormerkung hierauf 1068—9.

Schloßgebäude; Verfahren bei dem Tode der daselbst wohnenden Hofbeamten und Diener 1962.

Schottergrund für Straßen, Entschädigung des Eigenthümers 40.

Schriften; Behandlung derselben in Verlassenschaften nach Geistlichen 2035 — 8 und nach Militärpersonen 2687.

Schriftenwechsel mit dem Auslande 1208—9 u. 1223; insbesondere Frankreich 1210—11; Gesandtschaften 1212—1; Hessen 1215—6; Kirchenstaat 1217—8; Polen 1219; Preußen 1220; Sachsen 1221; Sizilien 1222—3; Frankfurt 1224; Toskana 1225; Ungarn und Siebenbürgen 1015 u. f. 1226—34. — Zwischen inländischen Behörden ohne Unterordnung, als Hof- und Länderstellen, Kreisämtern, Magistraten, Pfliegerichten 1824—33; zwischen Zivil- und Mil. Behörden 1831—6; mit dem akatholischen Konsistorium 1837; mit K. G. B. 1838. Zwischen untergeordneten Gerichten S. 847, §. 81 u. 82.

Schürfer hat keine Kaution wegen Grundentschädigung zu legen 1629.

Schuldbriefe; s. **Schuldscheine**.

Schulden der Beamten 1378—9.

Schuldigkeiten, unterthänige, und Gemeinde-, wie bei der Eintreibung derselben vorzugehen ist 125—33.

Schuldschein; Beweiskraft desselben 194; Amortisirung desselben 1844; die Kontestirung desselben findet nicht statt 1001; Anzeige an das Sub., wann in einer Verlassenschaft Schuldscheine vorkommen, die auf ein öffentliches Institut lauten 2099; über rückständige unterthänige Prästationen dürfen keine Schuldscheine ausgestellt werden 130—1; Vinkulirung der in Depositenämtern befindlichen Schuldscheine 2133.

Schulen, Befreiung von der Erbsteuer S. 1208 e) und 2420.

Schulfond; s. **Normalschulfondsbeitrag**.

Schullehrer, akatholische, über ihre Bezüge entscheidet die polit. Behörde 28; katholische, ihre Einkünfte werden durch die polit. Behörden eingetrieben 105—8; die Gehalte und Deputate derselben sind kein Gegenstand des Verbotes, der Exekution und Zession 863; Vorladung derselben vor Gericht 1192.

Schwägerschaft der Beamten 1381—2.

Schwere Polizeiübertretung; s. **Verbrechen**.

Seelsorger, akatholische, über die Abgaben an dieselben entscheidet die polit. Behörde 27.

Seidenzeug, Sammet- und Dünntuchmachermeister in Wien, die Pensionsbeiträge ihrer Witwengesellschaft sind kein Gegenstand des Verbotes, der Exekution u. Zession 886.

Seminarium, Beiträge für dasselbe aus geistlichen Verlassenschaften 2527—32.

Seniorat; s. **Fideikomisse**.

Sensale, wann ist ein durch dieselben gemachtes Geschäft als abgeschlossen zu betrachten 455—6.

Senfenhämmer unterliegen nicht den Berggerichten 1961; Erbsteuerbehandlung S. 1214, §. 23.

Sequester, politischer, wem er Rechnung zu legen hat, und wie darüber zu verfahren ist 104; gerichtlicher, die Bestellung steht nicht dem Realgerichte zu 958; der Exequent hat ihn vorzuschlagen 1057; ein zweiter oder ein anderer Sequester kann ohne Einwilligung des früheren Sequestrazionswerbers nicht bestellt werden 968; auch der Exekutionsführer kann Sequester sein 1057; Bestellung eines Offiziers als Sequester 1619.

Sequestrazion; politische, wie dabei zu verfahren ist 104; Verwendung der Einkünfte der sequestrierten Realität 969; auf früher gepfändete Güter kann nicht gegriffen werden 1134; Sequestrazion wegen Steuern während des Konkurses 1509, 1511 u. 1520; gerichtliche, wann sie eintritt S. 408, §. 292—3 u. bei der Exekution S. 457, §. 320 u. f.; insbesondere beim unechten Besitz 960; wie dabei zu verfahren 961; Verwendung der Einkünfte der sequestrierten Realität 967—9; Verfahren, wenn bei einer schon bestehenden Sequestrazion ein anderer Gläubiger um dieselbe ansucht 968. Berggerichtliche Sequestrazion der Zechen 1631.

Sicherstellungsmittel; Verfahren bei Erwirkung derselben durch den Fiskus u. Gefällsbeamte 971—7; bei Eingriffen in ausschließende Industrieprivilegien 978; u. bei Verlassenschaften 979. Den Magistraten u. Ortsgerich-

- ten sind bei Erwirkung der Sicherstellungsmittel in Ararialangelegenheiten die Tax-, Porto- u. Botengebühren zu vergüten **2191**.
- Siebenbürgen**, s. Ungarn.
- Silber** bei Aidealkommission ist erbssteuerfrei S. 1216, §. 25.
- Sindikatsbeschwerde** **1113—21**.
- Sistierung**, s. Konklusum.
- Siz** bei Gericht S. 919; §. 9 u. **1806—15**.
- Sizung**, s. Rathsizung.
- Soldaten**; s. Mil. Mannschaft.
- Sperre** Vornahme derselben S. 932 u. f.; insbesondere bei Berggerichten **1959—61**; in den kais. Schloßgebäuden **1962**; nach Geistlichen **2035—8, 2017, 2019, 2051—6**; insbesondere nach weltlichen, in Klöstern verstorbenen Personen **2058** u. nach einem Klosterbenefiziaten **2059**; nach Mitgliedern des deutschen u. Maltheiserordens **2060—5**; nach protestantischen Geistlichen **2070—2**; nach Juden **2075**; nach Militärpersonen **2084** und **2086**.
- Spitäler**, wenn er ein Vermögen hinterläßt, hat das Spital einen Anspruch **2105**.
- Sprache**, Beweiskraft der Urkunden in jüdischer oder hebräischer Sprache oder Schrift **190—2**; welche ist die Gerichtssprache u. von welchen Urkunden müssen beglaubte Uebersetzungen beigelegt werden **193**; insbesondere bei Militärgerichten **194—7**; in den Expeditionen ist die Sprache der G. O. beizubehalten **1822**.
- Staatsgut**, verpachtetes, Bestreitungsprozeß wegen Abnahme desselben **376—7**.
- Staatspapiere**, s. Obligationen.
- Stadtbankoloterie**, Obligationen derselben au porteur, Amortisirung u. Verbote **1851—2**.
- Städtische Beamte**, von den Gehältern u. Pensionen derselben kann die administrative Behörde Abzüge vornehmen **58**; Befreiung derselben vom Arreste u. ihrer Gehalte vom Verbote u. der Exekution **856—7**; Ausschließung von Justizariaten **1100—1**; Nebenbeschäftigungen **1405—7**.
- Ständische Beamte**, von den Gehältern u. Pensionen derselben kann die administrative Behörde Abzüge vornehmen **58**; Befreiung derselben vom Arreste u. ihrer Gehalte vom gerichtlichen Verbote u. der Exekution **857**. Aufhebung des Verbotes der Nebenbeschäftigungen **1405—7**.
- Stammlehen**, s. Lehen.
- Sterbebuch**, s. Todtenbuch.
- Sterbgelder** ex nexu subdielae gehören zur polit. Verhandlung **97**.
- Sterbquartal** beim Militär, unterliegt keinem Beschlage **898**.
- Sterbtage**, s. Mortuar.
- Steuern**, welche diesfälligen Geschäfte und Entscheidungen den polit. Behörden zuziehen **91**; u. **113** §. 23; die Eintreibung derselben gehört nicht auf den Rechtsweg **92**; Hauszinssteuer, wann diesfalls der Richter zu entscheiden hat **94**; Steuerentrichtung der Emphyteuten, sie unterliegt dem Ausspruche des Richters, welchem von den Ständen die diesfälligen Repartitionstabellen auszufertigen sind **95—6**; Geltendmachung der Steuern im Konkurse **1508—9** und Klassifikation S. 629, §. 16 u. **1506** u. f.; Vorzugsrecht der Steuern bei Lizitationen außer dem Konkurse **1128—9**. Einbringung der Steuerrückstände aus geistlichen Verlassenschaften **2048**.
- Stifter**; welche Klagen gegen sie nicht anzunehmen sind **301—3**.
- Stiftsdamen**, ihre Präbenden sind vom Verbote befreit **920—1**.
- Stiftsfräulein**, der Tod ist anzuzeigen und das Ordenszeichen einzusenden **2108**.
- Stiftungen**; wann die Einantwortung einer Verlassenschaft erfolgen kann, wenn Stiftungen zu errichten sind **20293** u. **2110**; sie sind den Ordinariaten anzuzeigen **2039** und der polit. Behörde **2110**; sie werden von dem Fiskus vertreten **2109**. Die Tax- und Stempelfreiheit kommt nur den öffentl. und nicht den Privatstiftungen zu **2184**. Gerichtskosten und Taxen bei Vertretungen des Stiftungsfondes **1237** u. **2192**. Erbssteuer bei Stiftungen S. 1207 §. 13 u. **2418—21**.

- Stiftungsbezüge** unterliegen in den Provinzen der gal. G. D. nicht der Exekution **922**; eben so wenig der Stiftsdamen **920—1**.
- Stiftungsfond**, weltlicher, halbprozentiger Beitrag für denselben von Verlassenschaften in Prag **2522—6**.
- Stiftungskapitalien**, Einlagung derselben gegen Unterthanen des Dominiums, welches zugleich Vogt oder Patron ist **1784**.
- Stillschweigen** ist keine Begebung der Rechte **177**.
- Stipendisten**, Anzeige ihres Todes **2106**.
- Stok = Urbarien**, wann sie als öffentl. Beweismittel über Urbariallasten anzusehen sind **137—9**.
- Strafgelder**, in welchen Fond sie fließen und wie einzutreiben **2257—9**. Berechnung und Einhebung derselben wegen rückständiger Erbsteuer C. 1247, §. 48—**2471**, insbesondere gegen Grundobrigkeiten **2472**.
- Strafhaus**: Verfahren, wenn Sträflinge daselbst sterben **2111—13**.
- Straßen**, Abtretung des Eigenthums für dieselben **39—46**.
- Straßeneinräumer**; die Löhnungen derselben unterliegen dem Verbote und der Exekution **871**.
- Streitgenossen**, Verfahren mit denselben C. 520, §. 386—8 u. **1199—1201** u. C. 625, §. 396; Eingeständniß derselben C. 195, §. 109. Frist zur Einrede **244**; sie können unter einander keine Vertretung begehren **278**; ist der Fiskus Streitgenosse, so muß auch die Vorrechtsklage beim Landrechte angebracht werden **1562**.
- Streitverkündung** C. 126 §. 58. und **280**.
- Studienfond**, Vormerkung und Zahlung der Taxen in Prozessen desselben **2192**; Abhandlung der Verlassenschaft eines aus dem ungar. Studienfonde pensionirten Erreligiosen **2067**.
- Stuckerlöhner**, Vorzugsrecht im Konkurse **1503—4**.
- Subarrendatoren**, rechtliches Verfahren über die Ersazpflichtigkeit derselben **379**.
- Superintabulirte** und superpränotirte Gläubiger im Konkurse **1480**.
- Superintendent**; Verfahren beim Tode desselben **2070—2**.
- Supplenten** Sicherheitsdepositum; Verfahren bei der Veräußerung und Vormerkung **948**.

T

- Tabak**; Verbot und Exekution auf denselben C. 388*); er ist ein Eigenthum des Gefäßs, nicht aber die Verschleißgelder **1498**.
- Tabakverleger**; ihre Verschleißprovisionen sind vom Verbote und der Exekution befreit **864**.
- Tabellen**, s. Geschäftsweise.
- Tafelgelder** unterliegen keinem Beschlage **897**.
- Taggelder** der Magistratsbeamten unterliegen dem Verbote und der Exekution **872**; jedoch nicht unter 100 fl. **879**, weil sie Unterhaltungsgelder oder Alimentationen sind **881** §. 8. Taggelder, Kost und Fuhre für die Gerichtsabgeordneten in Streitsachen C. 1073, V. Rub. u. **2277—9**; im adeligen Richteramte C. 1116, V. Rubr. u. **2298—301**.
- Tagfagung**; Besetzung derselben **1689** §. 6; und Benehmen des Gerichtes dabei C. 918 §. 4 u. f.; wenn zu derselben der Advokat ohne schriftliche Vollmacht erscheint, kann nicht verfahren werden **184**; ausgenommen, es kommt die Partei mit **185**; sie ist anzuordnen bei Inzidenzien **212**; bei der Anwendung des Finanzpatentes auf die Exekution **213**; über die Frage, ob der Eid für abgeschworen zu halten sei **214**; wenn das Neuerungsgesuch mit der Replik oder Duplik zugleich überreicht wird **272**; wegen der Frist zur Bemänglung einer Rechnung **296**; zur Refognoszirung der Urkunden C. 254 §. 126; über das Gesuch um Zulassung neuer Beweise zur Beseitigung des dem Gegner aufgetragenen Eides **661**; über das Sequestrazionsgesuch **961**; auf welche Frist ist sie zu geben, wenn statt des schriftl. um das mündl. Befahren gebeten wird **222**, und wie ist dabei zu verfahren C. 105 §. 16*); wie sind die Nothdurften zu verhandeln und was hat der Richter von Amtswegen zu erheben **223—225**, C. 108 §. 20 und

228 — 30; die Tagssatzung wird erstreckt, wenn Neuerungen vorkommen **231**, wenn die Einsicht der Originale erst bei der Tagssatzung verlangt wird **234**; wegen unvermeidlichen Zufalles S. 112 §. 31; wenn der Geflagte, statt zu erscheinen, eine schriftliche Einrede erstattet **232 u. 237**; wegen wichtiger Ursachen, welche verhindern, alle 4 Reden bei der ersten Tagssatzung zu erschöpfen **235**; Verfahren, wenn beide Theile ausbleiben S. 112 §. 30 u. **238**; Reaktifizierung des Ausbleibens S. 113 §. 33 u. **239 — 40**; Verfahren bei der Rekonnozirungstagsatzung S. 254 §. 126 u. f.; und bei der Invokavitstagsatzung S. 314 §. 240 u. f.

Taubstummeneinstitut, prager, Befreiung der Pensionen vom Verbote und der Exekution **888**.

Tauf- oder Geburtsbuch; es verdient nur über jene Umstände Glauben, worüber es eigens errichtet ist **459**; Eintragung des unehelichen Vaters **459, 460**, S. 211, 1; u. **469**; Instruktion zur Führung desselben **461**; wenn die Erforschung des Namens der Mutter zu unterlassen ist **462**; Einführung dieser Vorschrift in Illirien und Tirol **474 — 5**; Eintragung des Tages und Ortes der Geburt und der Taufe **463 — 65, 485 — 6** §. 19; Abänderungen in demselben sind durch das Kreisamt zu veranlassen **464**; es ist vom Kreisamte zu siegeln und zu klausuliren **466**; Eintragung der angeblich ehelichen Geburt, wenn der Beweis hierüber noch nicht hergestellt ist **461** vorletzter Absatz; **467 — 8**; Verfahren, wenn die Unterschrift der Zeugen oder Pathern undentlich wird **469**; Verfälschung und Aufbewahrung der Kopieen von demselben **469**; Eintragung der Legitimation **471 — 3**; Eintragung der Nothtaufe **476**; Tausch der *Aktatholiken* **480**; Beschneidungs- oder Geburtsbuch der Juden **466**; dabei ist die Instruktion für christliche Seelsorger zu beobachten **461**; es ist in deutscher Sprache zu führen, widrigens Strafe **481**; Anzeige der in fremden Familien eingetretenen Geburten **481**; es wird in N. Oe. auch von der Polizeioberdirektion geführt **485**; ausführliche Instruktion für Böh. **486**.

Taufschein; in demselben ist der Tag und Ort der Geburt und der Taufe auszurufen **463 — 5**; wie derselbe zu verfassen ist, wenn die eheliche Geburt des Kindes noch nicht nachgewiesen ist **468**; oder wenn das Kind durch die nachgefolgte Ehe der Eltern legitimirt worden ist **471 — 3**; er ist als öffentliche Urkunde mit dem Amtssiegel der Pfarre zu versehen, und aus entlegenen Provinzen von dem Ordinariate zu bestätigen **487 — 9**. Ausstellung desselben bei *Aktatholiken* **480**.

Taxen; ob eine Expedition von Amtswegen, somit ohne Taxe abzulaufen habe, bestimmt das Gericht S. 811 §. 60; die Ausmessung der Taxe steht dem Taxamte zu **1759 u. 2291**, welchem auch die Präsidialerlässe zuzuweisen sind **2244**; die diesfälligen Beschwerden gehören nicht auf den Rechtsweg **98 — 101** und haben keinen hemmenden Einfluß auf die Einhebung der Taxen **2211**; auch die ergriffene Appellazion gegen den Gerichtskosten-Erfaz hindert die Eintreibung der Taxen nicht **2250**; Klassifikation der Taxen bei der Exekution und im Konkurse **1522 — 4**; Abnahme derselben in Konv. Münze **1522, 2120, 2176 u. 2290**; insbesondere bei Mil. Gerichten **2616** §. 12 u. **2623**; ungebührlich abgenommene Taxen sind dem gekränkten Unterthane vierfach zu vergüten **2170 u. 2291**; bei befundener Nullität sind die Taxen zurück zu stellen **2188**; Verfahren mit den für die Parteien zur Rückzahlung bei den Klassen erliegenden Tax-, Porto- und Stempelsbeträgen **2177**; die von einem Theile gezahlten Taxen sind vom Taxfonde nicht zurück zu stellen, wenn sie auch der Gegentheil nicht ersetzen kann **2210**.

Taxenbezug; die Beamten dürfen die Taxen nicht für sich beziehen, sondern müssen dieselben auch in den Fällen der Delegation in den Taxfond oder in die Renten abführen **2217 — 9, 2286**, §. 14 u. **2294**; ausgenommen die Auditore S. 1347 §. 9.

Taxeneinhebung; wegen derselben darf keine richterliche Verfügung zurückgehalten werden **2168** §. 10 u. **2286** §. 11; auch nicht gegen Ungarn **2247** oder bei Militärgerichten S. 1346 Abs. 3); Termin und Art derselben **2168** §. 9 und 12; **2245, 2249 — 53 u. 2286** §. 10 u. 12; insbesondere in Mähren, wo ältere als einjährige Rückstände nicht mehr einzuhoben

sind **2246**; von Ungarn **2247—8**; von Auswanderern **2255**; Sicherstellung und Exekution der Taxen auf unbewegliche Güter **2254**, und Berichtigung derselben aus den deponirten Verlass- oder Pupillargeldern **2230**; Verfahren der Gerichte bei Einhebung der Taxen im Requisitionsweg **2256**.
Taxfreiheit; das Armen- und Invalideninstitut ist von allen Gerichtstaxen und vom Stempel befreit **2179—82**, keineswegs aber die Bürgerpitäler **2183** und die wohlthätigen Privatanstalten und Privatstiftungen **2184**; taxfrei sind die Berichte und Intimationsdekrete der Urtheile **2185**, so wie auch die Zustellung derselben **2262** und die Aktenverzeichnisse im mündlichen Verfahren **2276**; wie weit die Tax-, Stempel- und Portofreiheit bei Rekursen und Beschwerdeführungen eintrete **2186—9**, und bei der Nullität **2188**; Eheverhandlungen sind tax- und stempelfrei **2190**; Taxfreiheit des Fiskalamtes **1227—40** u. **2191—4**; im Konkurse **1540—7** u. **2195** und in Streitigkeiten zwischen Unterthanen **2196—201**; die Noten und Ersuchschreiben wegen Verbotes oder Erfolgslassung an die der Klasse vorgesetzte Stelle sind tax- und stempelfrei **2202**; taxfrei ist die Sperre bei Klosterpfünden **2059**; für die Prüfung aus der Grundbuchsführung und dem adeligen Richteramt im Delegationswege ist außer den Stempel- und Portogebühren keine Taxe abzunehmen **2295**. Vorladungszettel sind tax- und stempelfrei **2296**. — Taxfreiheit bei Militärgerichten S. 1346 Abs. 4) und 5) u. **2631—5**.

Taxnachricht, s. Vormerkung.

Taxordnung für das Civile in Streitfachen **2168**; dadurch sind alle früheren Gesetze aufgehoben worden **2169—71**; sie gilt auch für die Berggerichte und Substitutionen **2172—3**; für das Wechselgericht **2174** u. **2215—16**, und das Obersthofmarschallamt **2175**; für das adelige Richteramt **2286**; dadurch sind die früheren Gesetze aufgehoben worden **2170—1** u. **2287—9**; sie gilt für die Berggerichte **2173** und das Obersthofmarschallamt **2175**; für die Militärgerichte in- und außer Streitfachen **2612**.

Taxschuldigkeit bei Zivilgerichten in Streitfachen: derselben unterliegt Jedermann **2168** §. 2; die Taxe hat die Partei zu zahlen, auf deren Anlangen die Erledigung oder Einschreitung geschehen ist **2168** §. 3; für die Inrotulirung und das Urtheil muß jede Partei die ganze Taxe zahlen **2203**, **2206** u. **2208**, eben so bei der Kontumazial-Inrotulirung **2207**; dagegen ist für das Klassifikationsurtheil die Taxe nur einfach zu zahlen **1539**, und eben so für das Liquidationsurtheil; ausgenommen der Gläubiger wird in den Kostenersatz verurtheilt **1538**; wer die Taxen in Streitfachen gegen Abwesende zu zahlen hat **2204** u. **2212**, und in den Prozessen des Fiskus **1236** bis **41** u. **2192**; die Taxe muß gezahlt werden, sobald das Urtheil expedirt, wenn auch nicht zugestellt ist **2205**; die von einem Theile gezahlten Taxen sind nicht vom Taxfonde zurück zu stellen, wenn sie der Gegentheil nicht ersetzen kann **2210**. Die Taxschuldigkeit richtet sich nach 4 Klassen **2168** §. 4—7, Bestimmung derselben für jede Provinz **2214—6**, für Geistliche **2213**, für das Wechselgericht **2174** und für Fälle der Delegation und Prorogation **2219**. Wer die Taxe für das Appellationsurtheil zu zahlen hat **2280—4**, insbesondere in Prozessen gegen Abwesende **2212**. Taxschuldigkeit im adeligen Richteramt: derselben unterliegt Jedermann **2286** §. 11), auch die Verlassenschaft der ungarischen Erreligionen **2067** 3); Ausn. s. Taxfreiheit. Taxschuldigkeit bei Militärgerichten; S. 1346 Abs. 1—3.

Taxvormerkung; s. Vormerkung.

Tax; Aufforderung wegen der Entschädigung **366—7**; Exekution hierauf **1065—6**; Erbsteuerbehandlung **2462**.

Testamente; Erhebung derselben bei der Sperre S. 936; die Abschriften aus Ungarn haben Rechtskraft **1609**; Kundmachung und Abschriften derselben S. 938—401, insbesondere von Personen, die in mehreren Provinzen begütert sind **2013**; wann theilweise Abschriften von Testamenten einzusenden sind dem Ordinariate **2039** und der polit. Behörde **2110**; Vormerkung derselben in den Landtafeln und Grundbüchern S. 946 §. 43. Testamentsausweis und Exekutor S. 947 c) u. **1983—4**.

Theresienordens=Pension unterliegt mit einem Drittel der Exekution 908; Verfahren dabei 945.

Titulatur der Personen; Maj., k. k. Hoheit, k. Hoh. 1794—9; Durchlaucht, Hochgeboren 1800—3; Erlaucht, Hoch und Wohlgeb. 1804; Graf, Freiherr, Ritter, Herr v., Herr u. Frau 1805—15; der Stellen: Majestät, Hochwürdig, Vorlich 1816—20; der Regimenter 1821.

Todesfälle, Bekanntgebung derselben an die Abhandlungsbehörde 1942—4; bei minderjährigen Kindern findet keine Anzeige statt 1953; Anzeige des Todes adeliger Personen an das Landrecht 1958 und des Aussterbens adeliger Familien an die Lst. 1959—90; der Beamten und Pensionisten 2007—9 u. 2103—4; der Findlinge 2026; der Stiftsfraulein 2108; der geheimen Räte 2034; der Pfarrer oder Benefiziaten 2040, 2050 u. 2054; der in Klöstern verstorbenen weltlichen Personen 2055; der Häuſerer 2074; der jüdischen Familienhäupter 2076; der Kammerherren 2077; der Vasallen 2083; der Militäristen 2088; der Invaliden 2092; der Stipendisten und Präbendisten 2106; der Privilegienbesitzer 2107; der Sträflinge 2112; Verfahren mit den Akten bei dem Tode eines Advokaten 1309 und eines Mitgliedes des Gerichtes 1881.

Todfallfreigeld 2365—69; es ist eine Abzugspost bei Bestimmung des erbsteuermäßigen Vermögens 2437.

Todfallspfundgelder ex nexu subditiae gehören zur polit. Verhandlung 97.

Todtenbuch; es beweist nur über jene Umstände, worüber es eigens errichtet wird 458; Abänderungen in demselben sind durch das Kreisamt zu veranlassen 464; es ist vom Kreisamt zu siegeln und zu klausuliren 466; Verfassung und Aufbewahrung der Kopieen von demselben 469; die Führung desselben in Illirien und Tirol ist wieder den Seelsorgern übertragen worden 474—5. **Todtenbuch der Akatholiken** 480. **Todtenbuch der Juden** 486; von wem und wie es zu führen ist, und unter welcher Strafe 481; Anzeige der in fremden Familien eingetretenen Sterbfälle 484; es wird in N. D. auch von der Polizeioberdirektion geführt 485; ausführliche Instruktion für Böhmen 486.

Todtenschein; er ist als öffentliche Urkunde mit dem Amtssiegel der Pfarre zu versehen und aus entlegenen Provinzen vom Ordinariate zu bestätigen 487—9. Ausstellung und Legalisirung desselben beim Militär 489 4); bei Akatholiken 480; bei Juden: Formulare für N. De. 485; Ausstellung desselben in Böhmen 486 §. 11 u. 12.

Transferirung gepfändeter Güter C. 492 §. 343 u. 1135.

Trauerkosten, Vorrecht im Konkurse C. 628 §. 15; sind bei Berechnung der Erbsteuer nicht abzuziehen C. 1246 §. 43.

Traunngsbuch; es beweist nur über jene Umstände, worüber es eigens errichtet wird 458; Abänderungen in demselben sind durch das Kreisamt zu veranlassen 464; es ist vom Kreisamte zu siegeln und zu klausuliren 466; Verfahren, wenn die Unterschrift der Zeugen undeutlich wird 469; Verfassung und Aufbewahrung der Kopieen von demselben 469; die Führung desselben in Illirien und Tirol ist wieder den Seelsorgern übertragen worden 474—5; was in dasselbe einzutragen ist 477—7; insbesondere bei der Nachsicht eines Ehehindernisses 479. **Traunngsbuch der Akatholiken** 480. **Traunngsbuch der Juden** 486; von wem und wie dasselbe zu führen ist und unter welcher Strafe 481—3; es wird in N. De. auch von der Polizeioberdirektion geführt 485; ausführliche Instruktion für Böh. 486.

Traunngsschein in Verbindung mit dem Tauscheine beweiset die Legitimation eines Kindes 471 u. 473; er ist als öffentliche Urkunde mit dem Amtssiegel der Pfarre zu versehen und aus entlegenen Provinzen vom Ordinariate zu bestätigen 487—9. Ausstellung desselben bei Akatholiken 480; bei Juden: Formulare für N. De. 485; Ausstellung desselben in Böhmen 486 §. 11 u. 12.

Triangulirung, Vergütung des Waldes bei derselben 47.

Türkei, Beweiskraft der dort ausgestellten Urkunden 447 u. 450.

Türken unterliegen auch bei Konkursen dem Landrechte 1443 und genießen gleiches Klassenrecht mit den Unterthanen 1551. Erbsteuerbehandlung 2426.

II

Ueberlandgründe, welche Steuern aus dem Lizitationserlöse zu bezahlen sind **1512**.

Uebersetzungen, von welchen Urkunden sie vorgelegt werden müssen **193**; insbesondere bei Militärgerichten **194—7**; ämtliche Uebersetzungen sind von den Dolmetschern unentgeltlich zu liefern **198**; polnische Dolmetscher **327**.

Uebersetzungsgelder in Straf- und Korrekzhäusern, wie damit zu verfahren **2113**.

Ungeld, s. **Taz**.

Ungarn und Siebenbürgen; Gerichtsstand des Verbotes **930—1**; Exekution der Urtheile **1607—18**; Verlassenschaftsabhandlung nach ungar. und siebenbürg. Unterthanen **2114—15 u. 2357**, und Erbsteuerbehandlung derselben **S. 1213 §. 22**, insbesondere nach Erreligiosen, die aus dem ungar. Studien- oder Religionsfonde pensionirt waren **2067**; loci credibiles in Ungarn **2116 u. 1609**; Taxvorschriften in Beziehung auf Ungarn **2247—8** und Bestimmungen über den Invalidenfondsbeitrag **2553 u. 2557**.

Unterbrechung der Exekution durch Oppositionsklagen **1158**; durch Behandlung der Gläubiger **1162**, Güterabtretung **1163** und Wiedereinsetzung **1177—80**.

Unterhaltungsgelder der Beamten und Diener, und ihrer Angehörigen unter 100 fl. sind vom Verbote und der Exekution befreit **879**.

Unterschrift bei Satzschriften **199—210**; bei Protokollen **S. 111 §. 28 u. 185**, und bei Mil. Gerichten **S. 678 §. 5**.

Untersuchung der Gerichte durch die A. G. **S. 911 §. 117 u. f.**; durch die Kreisämter **1933—6**, insbesondere nach dem Tode eines Pfarrers, welcher Unterthanen hat **2126****.

Unterthänigkeit (nexus sub telae), über die Erhebung von derselben hat der Richter zu entscheiden **91**; die daraus entspringenden Sterb- und Todesfallpfundgelder gehören zur polit. Verhandlung **97**; s. auch Unterthansbeschwerden.

Unterthan, Begriff **109—12**; Absetzung **135—40 u. 2366 §. 11**; Gerichtskosten und Taxen in Streitfachen gegen die Obrigkeit **1238—9, 1241 u. 2191—2**; und zwischen Unterthanen **2196—201**. Befreiung von der Erbsteuer **S. 1203 §. 9—2411 u. S. 1208 f**.

Unterthansbeschwerden, wie dabei zu verfahren ist **113 u. 128**; Advokaten können Beschwerdeschriften verfassen **115**; welche Vollmachten bei den Vergleichen nothwendig sind **116—7**; welchem Kreisamte dieselben zugewiesen sind **119**; Verjährung, wie weit bei der polit. Verhandlung darauf Rücksicht zu nehmen ist **120**; wegen rückständigen Kaufrechtsgeldern, wann sie auf den Rechtsweg zu weisen sind **118**; Provisorien in Besitzfreitigkeiten **121—4**; Exekution der Erkenntnisse wegen Unterthansbedrückung **1005**.

Unterthanspatent **113**.

Unterthansstrafpatent **114**.

Urbarialgütigkeiten, wie bei der Eintreibung derselben zu verfahren ist **125—33**; insbesondere bei Uebertretung der Waldordnung in Salzburg **145**.

Urbarien, wann sie als öffentliche Beweismittel anzusehen sind **437—9**.

Urkunden, Beeidigung der Aussteller öffentlicher Urkunden **420—2**; die Urkunden auf Pergament ausfertigen zu lassen, ist Niemand schuldig **423—4**; bei obrigkeitlichen Urkunden ist außer dem Amtssiegel die Unterfertigung erforderlich **425**; Niemand ist schuldig, seine Urkunden bei Gericht zu errichten **427 u. 234**; das Bezirksgericht muß seinen, und kann fremden Gerichtsinjassen Urkunden aussetzen **428**; die hierüber von der Obrigkeit ertheilten Schriften sind öffentliche Urkunden **434**; auf welche mündliche Verabredungen bei Urkunden kein Bedacht zu nehmen ist **491**; ein schriftlicher Vertrag wird erst durch die Unterschrift der Parteien abgeschlossen **493**; Aufsatz über die Hauptpunkte **493**; Zeugenfertigung **511—16**; der Richter darf keine Urkunde von Amtswegen verwerfen **537**; insbesondere kein Testament **534**. Auftragung und Ablegung des Manifestationseides über die Auslieferung, Manifestirung oder comportatio der Urkunden **657 u. 659**;

über die streitige Legung einer Urkunde sind bei der Inrotulirungstagsatzung Nothdurften zulässig, jedoch nicht besonders zu entscheiden 675. Verfahren, wenn sich die Klage auf eine vollen Glauben verdienende Urkunde stützt 1033—10. Taxen und Gebühren für Aufnahme und Verfassung der Urkunden 2302—3.

Urlaub der Advokaten 1342—9; der Beamten 1909—26.

Urtheil, es ist die Entscheidung des streitigen Rechtes; daher ist die Anweisung des unteren Richters, in der Hauptsache Recht zu sprechen, nicht in der Form eines Urtheiles zu geben 626; Einvernehmung des Diskalantes vor Schöpfung desselben 1333—5; Inhalt desselben 673—92; Zustellung desselben 693—6; das Appellations- oder Revisionsurtheil muß in der Intimazion wörtlich enthalten sein 697; kein Urtheil ist zu fallen über die Frage, ob schriftlich oder mündlich zu verfahren sei 221; auch nicht über die streitige Legung einer Urkunde bei der Inrotulirung 675 u. über die streitige Sequestrazion 961; dagegen ist mit Urtheil zu erkennen: über das Ansuchen, neue Urkunden zu legen 271 oder überhaupt Neuerungen beizubringen 273; über die gerichtliche Aufbewahrung des Originals bei der Rekognoszirung 541 u. 544; auch wenn die eingeklagte Schuld eingestanden wird 980—1; ein nicht rechtskräftiges Urtheil kann pränotirt werden, die Rechtfertigung geschieht dann durch das Exekutionsgesuch 754; das rechtskräftige wird intabulirt, Ausweis über die Rechtskraft 983; das über eine Exekutionsklage mit einem vorgemerkten Schuldbriefe ergehende Urtheil muß einverleibt werden 1036; Bestimmung der Zahlungsfrist im Urtheile 1041—4; Ersuchschreiben um Einverleibung eines Urtheiles 1045. Liquidationsurtheile im Konkurse, Zustellung derselben 1487, und Klassifikationsurtheil, Abfassung und Zustellung desselben 1494—6. Strafurtheile, Rekurs und Rechtsweg dagegen 156—64, insbesondere bei bereits verstorbenen Inquisiten 2081. Taxen: sobald das Urtheil expedirt ist, muß die Taxe gezahlt werden 2205; jede Partei hat sie ganz zu zahlen 2203 u. 2208, auch bei Mil. Gerichten S. 1346, 2); die Taxe für das Kontumazialurtheil hat der Kläger auch für den Beklagten zu zahlen 2204 u. 2212; für die Zustellung ist keine Taxe zu entrichten 2262, auch nicht für das Intimazionsdekret des App. oder Revis. Urtheiles 2185; einfach ist die Taxe abzunehmen für das Liquidationsurtheil 1538 und Klassifikationsurtheil 1539; für alle Urtheile, die nicht in der 4. Rubrik ausdrücklich angegeben sind, ist die Taxe nach der 6. Rubrik abzunehmen 2270—1; Kontumazialurtheile gehören in die 4. Rubrik 2272—5; Taxen für Urtheile höheren Richters S. 1073, 6. Rubrik u. 2280—4. Ueber die Exekution der in- und ausländischen Urtheile, s. Exekution.

U

Vasallen, wenn dieselben bei einer Verlassenschaftsabhandlung erscheinen, ist die Anzeige zu erstatten 2083.

Venia aetatis, Taxen 2304; bei Militärgerichten 2627.

Verbot, welche Gegenstände davon befreit sind 844—923 u. 2640; den Gerichten werden die Erfordernisse desselben eingeschärft 924; das Verbotsgesuch ist abgesondert einzureichen 954; Gerichtsstand des Verbotes 926; für den Fiskus 927—9; gegen Ungarn und Siebenbürger 930—1; gegen Pensionisten in Modena 932; in Toskana 933; in Parma 934; das Verbot gibt kein Vorrecht in der Klassifikation 935, und verhindert die Exekution eines Andern nicht 936; Verfahren bei dem Verbote und der Exekution auf Gelder aus öffentlichen Kassen 937—41; die diesfalls an die der Kasse vorgesetzte Stelle ergehenden Noten und Ersuchschreiben sind tax- und stempelfrei 2202; Verfahren bei freiwilligen Zessionen und Verpfändungen der Pensionen 942; bei Militärkassen 943; auf Militärpensionen beim Kameralzahlamte 944; auf Theresienordenspensionen 945; bei öffentlichen Obligationen 946—7; bei Kautionen der Militärerzämänner 948; auf die Heirathskautionsinteressen 949; auf die Renten des Monte 950; bei gerichtlichen Depositen 951; bei Gefällswaaren, s. S. 111 u. 112

der 3. u. St. M. O.; bei administrativen und außergerichtlichen Verboten 952—3; bei Verboten des Fiskus und der Gefällsbehörden 971—7. — Verbotsrechtfertigungsklage S. 407 §. 290; sie ist abgesondert einzureichen 954; Erstreckung der Frist dazu 396; durch den Fiskus 955 und Gemeindevertreter 956, Genugthuungsklage 957.

Verbrechen und schwere Poliz. Uebert. — wegen des Schadenersatzes ist dem Beschädigten der Rechtsweg vorbehalten 155—7, 162 u. 164; Verfahren, wenn im Zivilprozeße Inzichten vorkommen 158 u. 401; dem Beschädigten sind die Beweisgründe hinauszugeben und Akteneinsicht gestattet 159—60; demselben ist auch das Urtheil zuzustellen 161; auch wegen des Schadenersatzes steht der Rekurs zu 163; nicht aber dem Anzeiger oder Kläger gegen den Bescheid über dessen Anfrage um den Erfolg der Untersuchung 164; wird in dem Strafurtheile der Schadenersatz ausgesprochen, so steht die Exekution dem Zivilrichter zu 984.

Verfahren, mündliches, Fälle desselben S. 102 §. 15 u. 211—14; Umfang desselben 215—17; Recht der Parteien, sich das Verfahren zu bestimmen 218—21; wie hat der Richter vorzugehen, wenn die Partei um das mündliche oder schriftliche Verfahren ansucht S. 105 §. 16 u. 222; wie die Nothdurften aufgenommen werden sollen 223—4 und in wessen Gegenwart 228; Fristenerstreckung, Mittheilung der Beweise und Einsicht der Originalien im mündlichen Verfahren S. 110 §. 25 u. 233—4; wie der Richter amtlich vorzugehen hat S. 108 §. 20 u. 228—30; der Kläger kann Neuerungen vorbringen S. 109 §. 21 u. 231; Verfahren, wenn der Beklagte eine schriftliche Einrede erstattet, statt zur Tagssatzung zu erscheinen 232 u. 237; Aufnahme der Zeugenaussagen ad protocolum 550.

Vergleich, er kann gerichtlich und außergerichtlich versucht werden; Einfluß auf den Prozeß S. 350 §. 268—9; Anzeige beider Parteien, daß sie in Vergleichsverhandlungen stehen 808; Recht des Präsidenten zum Vergleichsversuche S. 810 §. 59; der Richter darf von Amtswegen den Vergleich nicht versuchen 809—11; ausgenommen, wenn ein Unterthan geklagt wird 812; in Exekutionsfällen 213; in Ehesachen 1590 §. 3 und 13; bei Einwendungen gegen den Nachfolger in das Nutzungseigenthum 813; Recht des N. G. zum Vergleichsversuche 814—5; Fälle, in welchen dem Prozesse ein politischer Vergleichsversuch vorangehen muß: bei Expropriationen für Eisenbahnen 33—4; bei Entscheidungen wegen Sanitätskordone 38; über Grenzfreitigkeiten bei der Katastralvermessung 93; bei Gemeinden 306—24; bei Unterthanen und ihren Obrigkeiten 113, 118 u. 152 ad b); diesfällige Vollmacht bei Gemeinden, Unterthanen und Obrigkeiten 116—7; bei Unterthanen unter sich 816; insbesondere in Ilirien 817 und in der Mil. Grenze 1618. — Anzeige des Klägers, daß er sich verglichen habe 818; Vergleichsbefugniß des Fiskalamtes und der polit. Behörden 819—20; Aufnahme und Ausfertigung der Vergleiche 821—24. — Exekutionsfähig sind: gerichtliche Vergleiche, Begriff S. 417 §. 298 u. 985—9; bei Wirthschaftsämtern 990; bei Polizeidirektionen 991—2; bei den wiener Grundgerichten 993; bei den wiener magistrat. Gerichtsverwaltungen 994; bei polit. ökonom. Magistraten 995—7; bei der permanenten Ziv. und Mil. Kommission in Wien 998; bei den Delegationen im lomb. venez. Königr. 323 §. 8; bei den Kapitanaten in Dalm. mit Sub. Bestätigung 324 §. 8; bei den Bezirksobrigkeiten in Ilirien 821. — Außergerichtliche Vergleiche sind nicht exekutionsfähig 999—1001. Tarfrei sind die wirthschaftsamtlichen Vergleiche 2196—200, ausgenommen in Ilirien 2201.

Vergleichung der Handschrift 545—6.

Verjährung der aus der Unterthänigkeit entspringenden Dienste und Entrichtungen, wie weit darauf bei der polit. Verhandlung Rücksicht zu nehmen ist 120.

Verlassenschaft, erblose, Einziehung derselben 2023—4, und Anzeige bei protestantischen Geistlichen 2071; Vertheilung derselben nach Geistlichen 2042—5 u. 2612, und insbesondere nach ungarischen Erreligiosen 2067; s. ferner Abhandlung.

Verlassenschaftsgiebigkeiten in Mähren 2559—61; in Wien 2509—15; in Grätz 2516—21; in Prag 2522—6; für einige oder alle

Provinzen: Beiträge zum Seminarium und Defizientenhaus 2527—22, zum Normalschulsfonde 2533—48 und dem Invalidenfonde 2549—58; ferner das Mortuar S. 1134 u. f.; die Erbsteuer S. 1157; das Abfahrtsgehalt S. 1303 u. f.; die Taren S. 1112 u. f. und die Lizitationsprozente S. 1266 u. f.

Vermächtnisse der Schuld und des Heirathsgutes, Beweisraft derselben 115—6; Vermächtnisse, welche einem Aritadar zufallen, hat der Masseverwalter anzunehmen 1589; fromme Vermächtnisse hat der Fiskus in der Einbringung, und dann der Patron oder Vogt zu vertreten 2109, und sie müssen der polit. Behörde angezeigt und vor der Einantwortung der Verlassenschaft sichergestellt werden 2110; sie sind von dem Mortuar und den übrigen Gerichtstaren und Stempeln befreit 2179—81 u. 2212, aber nicht vom obrigkeitl. Mortuar 2318; sie sind befreit von dem Armenprozente in Gräz, welchem aber die, wohlthätigen Instituten zugefallenen Erbschaften unterliegen 2517, 2519 u. 2521, vom dem Beitrage zum prager Krankenhause 2526 und von dem Invalidenfondsbeitrage 2549 §. 5. — Erbsteuerfreiheit der Vermächtnisse S. 1206 §. 12—2121; Berechnung und Einhebung der Erbsteuer von jährlichen Vermächtnissen S. 1251 §. 50—51.

Vermiether, Geltendmachung des gesetzlichen Pfandrechts 962—6.

Vermögensbekenntniß 1973—5 u. S. 946 §. 43, 3).

Verpächter, Geltendmachung des gesetzlichen Pfandrechts 961 3)—966.

Verzamt, Befreiung der Beamten desselben vom Arreste und ihrer Gehalte vom Verbote und der Exekution 856; es macht sich aus den Pfändern, auch im Konkurse ohne Anmeldung, bezahlt 1557—8; demselben sind keine Vorwürfe aus gerichtlichen Depositenämtern zu erfolgen 2137.

Verschwiegenheit in Amtsgeschäften S. 819 §. 63—1788.

Versorgung einer Waise, was darunter zu verstehen 2119.

Versorgungsanstalt, Befreiung der Beamten derselben vom Arreste und der Gehalte vom Verbote und der Exekution 856; Befreiung der Pensionen und Unterstützungsbeträge der prager Versorgungsanstalt für verunglückte Männer, für Witwen und Waisen 2640; s. auch Spital und Arme.

Versteigerung, s. Feilbietung.

Vertrag, gerichtlicher, Begriff desselben 985—9; ein außergerichtlicher erhält durch die gerichtliche Bestätigung nicht die Wirkung eines gerichtlichen 999—1001.

Vertreter ex officio 2220, 2222, 2225 u. 2240.

Vertretung vor Gericht; welche Personen sich nicht selbst vertreten können S. 130 §. 63 u. 292—3; von denselben darf keine Schrift angenommen werden, wie zu verfahren, wenn es doch geschehen wäre S. 130 §. 64, 294—5; die Militärarmannschaft kann nicht ohne Bewilligung als Kläger oder Beklagte auftreten 296—7; wann Mönche, Stifter, Kirchen, Kapiteln und Pfründen klagen und geklagt werden können 298—305, und wann Gemeinden 306—21. Vertretung vor Mil. Gerichten in Ungarn und in der Grenze 1604 und durch pensionirte Auditore und Sindizi 1605.

Vertretungsleistung 276—82.

Verwandtschaft bei Anstellung der Beamten 1381—2.

Verzehrungssteuer-Entschädigung, Aufforderung wegen derselben 366—7; Exekution hierauf 1065—6; Klassifikation im Konkurse 1515 u. S. 641 §. 19**).

Verzehrungssteuerverpächter, dem Aerar steht im Konkurse gegen dieselben nicht die 3. Kl. zu S. 641 §. 19**).

Verzichtleistung der Gläubiger im Konkurse 1444—6; des Erben oder Legatars, wann sie die Erbsteuerfreiheit begründet 2101.

Verzichtsreverse der Frauen 501—10; beim Militär 1610—12.

Verzugszinsen im Konkurse 1530 und wegen rückständiger Erbsteuer S. 1247 §. 45—2471, welche auch die in der Erbsteuerabfuhr säumigen Obrigkeiten zu zahlen haben 2172.

Vieh ist erbsteuerfrei S. 1214 §. 24—2433 u. §. 26.

Viehhirt, die Streitsachen zwischen demselben und der Gemeinde sind im polit. Wege zu entscheiden 64.

Visitzazion der Gerichte, s. Untersuchung.

Vogtei, s. Patrone.

Vollmacht bei Vergleichen der Unterthanen, Obrigkeiten und Gemeinden **116** — **7**; Advokaten-Vollmacht, wann und wie sie vorzulegen ist **183** — **6**; Ausfertigung derselben **S. 559 §. 416** — **1303**; insbesondere zur Vertretung einer Handlung **1633 §. 13** und Gewerkschaft **1623 §. 30**; Substitut und dessen Vollmacht **S. 561 §. 420** — **1312**; Vollmacht zur Erhebung eines Erbtheiles im Auslande **2003**.

Vorkaufs- und Einstandsrecht 1106 — 21.

Vorladungszettel sind tax- und stempelfrei **2296**.

Vormerkung und Nachsicht der Tax-, Stempel- und Portogebühren bei Zivilgerichten: in Streitfachen; die Bewilligung derselben steht zu: in Prozessen bei landesfürstl. Gerichten, und für die Appellazion gegen Urtheile nicht landesfürstl. Instanzen der K. G. B. **2239**, in Prozessen bei nicht landesfürstl. Gerichten dem Magistrate oder der Herrschaft **2221, 2223, 2226** u. **S. 1113***; sie kann auch im Laufe eines Prozesses statt finden **2231**; sie ist nur solchen mittellosen Parteien zu bewilligen, welche durch ein Zeugniß ihre Armuth beweisen können, und für welche, wenn der Fall der Vertretung eines Rechtsfreundes eintritt, ein unentgeltlicher ex officio Vertreter aufgestellt worden ist **2168 §. 8; 2225, 2227—9, 2231 u. 2240**; Ausstellung des Armuthszeugnisses **2168 §. 8, 2232 u. 2236**; sie ist nicht zu bewilligen: Personen, welche Gehalte, Pensionen und derlei Bezüge oder ein Gewerbe haben, wenn sie auch einen unentgeltlichen Vertreter erhalten haben **2228 u. 2235**, oder welche Realitäten besitzen **2233**; in wiefern sie den Pfarrern zu bewilligen ist **2231 u. 2236**; auf welche Schriften sich die Vormerkung der Stempelgebühren bezieht **2221 u. 2220**. Die vorgemerkten Gebühren müssen von der Partei, wenn sie zu Zahlungsmitteln gelangt, oder vom Gegner, wenn er zum Gerichtskostenersatze verurtheilt wird, gezahlt werden, wofür die Vertreter zu haften haben **2220 c), 2229, 2231 b) u. 2240**; Vormerkung der Gebühren in Prozessen des Fiskus **1237 u. 2192**; Reziprozität gegen Polen **2241** und Krakau **2242**. — Nachsicht der Taxen im adeligen Richteramte **2296 §. 7** mit Note. — Vormerkung und Nachsicht der Taxen bei Militärgerichten **S. 1346, 4).**

Vorräthe an Wein, Körnern, Schlachtvieh und andern Lebensmitteln sind erbsteuerfrei **S. 1216 §. 26**.

Vorrechteklage findet gegen die Klassifikation im Konkurse statt **S. 649 §. 28**; Frist dazu **S. 653 §. 30**; in derselben können Neuerungen angebracht werden **1561**; wann das Fiskalamt als Streitgenosse eintritt, so muß sie beim Landrechte angebracht werden **1562**; Fristerweiterung **S. 653 §. 31**; Ausstellung eines gemeinschaftlichen Rechtsfreundes **S. 654 §. 32 u. 1563**; Zustellung derselben **S. 654 §. 33**; Wirkung derselben auf die übrigen Gläubiger **1564**.

Votum, Abgabe bei der Sizung **S. 808 §. 55—8**; das schriftliche eines Rathes wird nicht gezahlt **1758**.



Waare, geschwätzte, Erhebung ihres Geldwerthes **625**; Vizitzazion von Waaren, die der Stemplung unterliegen **2117**.

Waarenlager, Verschleiß desselben im Konkurse **1581**.

Wägen sind erbsteuerfrei **S. 1214 §. 24—2433**.

Waisen, vom Zivile, Abhandlung ihrer Verlassenschaften, wenn sie Soldaten waren **2090—1**; ihr Vermögen muß auch nach der Großjährigkeit in der Waisenkasse behalten und verwaltet werden **2085 u. 2089**; Vorsichten bei der Erhebung von Pensionen, Gnadengaben u. s. w. für Mil. und Beamtenwaisen **2118—19**; Benehmen der ersten Behörde in Waisensachen **S. 1014**. Befreiung von der Erbsteuer **S. 1208 c).**

Waisenforderungen, wann die politische Entscheidung und wann die Sindikatsbeschwerde statt findet **141—2 u. 2160**; gegen Insassen des vormundtschaftlichen Gerichtes können bei diesem eingeklagt werden **1783**.

Waiseninstitut, s. Witwengesellschaft.

Waisenkasse, die Forderungen derselben gegen Inassen sind bei dem nächsten Gerichte einzuklagen **1793**; die von diesem erlassenen Exekutionsbescheide sind von dem vormundschaftlichen Gerichte in Vollzug zu setzen, welches auch die Einverleibung und Zeichnung selbst bewilligen und vornehmen kann **1795**. Untersuchung der Waisenassen **1931**; Strafen der unredlichen Verwaltung derselben **2158—9**; Exekution abgängiger Waisengelder durch den Fiskus und Vorschüsse diesfälliger Kosten **2160**.

Waldschaden, Ersatz desselben in N. D. **1113**; in Ilirien **1111**; in Salzburg **1115**.

Waldstreitigkeiten in Salzburg; Verfahren darüber **1115—6**.

Wasserbau, Verfahren bei demselben **390—3**; Exekution der Beiträge und Klassifikation derselben im Konkurse **1520—1**.

Wechsel, der Aussteller, Girant oder Akzeptant können nicht mit einer Klage belangt werden **172**; wann in einer Klage mehrere Wechsel eingeklagt werden können **173**; ein von einem Wechselunfähigen ausgestellter Wechsel macht gar keinen Beweis **175** u. **1638**; die Fähigkeit hat nicht der Kläger zu beweisen **1635**; Beilegung des Originalwechsels in der Klage **1631**; Form der Ausstellung **1633** §. 6 u. **1636**; Bürgschaft **1638** 4); Solidarhaftung **1638** 5); Zahlungsaufgabe binnen 24 Stunden **1640—1**; Exekution **1645**; durch die N. D. sind die Wechselrechte nicht aufgehoben worden **1121**; das aus einen förmlichen Wechsel gegebene und noch vorhandene Geld kann aus der Masse vindicirt werden **1197**; welche Wechselorderungen in die 3. Kl. gehören S. 641 §. 19 u. **1532—3**; wer einen akzeptirten Wechsel als Pfand besitzt, kann ihn einkassiren und hat nur das Uebermaß in die Masse zu zahlen **1555**; wann Wechselorderungen im Konkurse nicht angemeldet, sondern kompensirt oder aus dem Pfande oder aus Kommissionswaaren bezahlt gemacht werden können **1556**.

Wechselgericht, Verfahren bei demselben **1633** u. f.; dasselbe hat die Taren nach jener Klasse abzunehmen, welche für die Stadt, in welcher es seinen Sitz hat, bestimmt ist **2171** u. **2215—16**.

Wechselproteste sind öffentliche Urkunden **151—1**.

Wehmutter ist ein zulässiger Zeuge **558**.

Weib, Rechte desselben im Konkurse S. 641 §. 19 u. **1534—6**.

Weine, Erbsteuerfreiheit derselben S. 1216 §. 26.

Weisartikel, Verfassung und Beilegung derselben S. 268 §. 147—9, **548—51** u. **561**; bei dem Beweise durch Kunstverständige sind sie nicht erforderlich **606**.

Weisung, welche Ergänzungen der Richter nach abgeführter Weisung veranlassen kann **587**.

Wiedereinsetzung, s. Restitution.

Widerklage, **283—91**; gegen Ungarn **1606**.

Widerlage, Rechte auf dieselbe im Konkurse **1531**; Befreiung derselben von der Erbsteuer S. 1201 §. 7, **2402** u. **2405**.

Wild, welches zur hohen und niederen Jagd gehört, entscheidet der Richter **89**.

Wildschaden, wie zu vergüten **87**, **88** u. **90**.

Winkelschreiber, wie sie hintanzuhalten **202** u. **208** *).

Wirtschaftsamt: Vertheilung der Rechtsgeschäfte zwischen diesem und dem Justiziar **2122**, und bei Pfarr- und Kirchengütern **2126**; die Verlassenschaften sind bei demselben de plano abzuhandeln **2123**; das obrigkeitliche Amt des Dominiums ist das einzige Ortsgericht **2121**; welche Expeditionen der Justiziar und welche der Wirtschaftsbeamte zu fertigen hat **2125**. Von welchen Amtshandlungen, die den Gerichtsherrn betreffen, die Wirtschafts- und Justizbeamten desselben ausgeschlossen sind **1779—85**.

Witiblicher Unterhalt der Frau im Konkurse **1531** u. **1536**; er ist befreit von der Erbsteuer S. 1201 §. 7, aber nicht der sechswöchentliche Unterhalt **2402**.

Witwengesellschaften: Befreiung ihrer Pensionen vom Verbote und der Exekution: der Seidenzeug-, Sammet- und Duntuchmachermeister in Wien

§§ 6; ferner des prager Witwen-, Waisen- und Taubstummeninstitutes §§ 8; der prager Versorgungsanstalt für verunglückte Männer, für Witwen und Waisen 2610; und der medizinisch-chirurgischen Witwensozietät in Wien 890.

3

Zahlungsaufgabe binnen 24 Stunden 1610—4.

Zahlungsbogen eines verstorbenen Beamten oder Pensionisten ist einzusen-
den 2009.

Zählgeld, Beschwerden wegen desselben gehören auf den Rechtsweg 1117.
Abnahme und Berechnung desselben bei Zivilgerichten S. 1128 u. f.; bei Mil-
itärgerichten S. 1343 §. 30 u. S. 1348 §. 12; von den bloß wegen der Erb-
steuer deponirten Geldern oder Obligationen ist kein Zählgeld zu nehmen
S. 1264 §. 65.

Zeche, vergerichtliche Sequestration derselben 1631; Verfahren mit einer
aufgelassenen Zeche 1632.

Zehent, wie er zu erheben und wann bei Beschwerden das polit. Verfahren
oder der Rechtsweg eintritt 148—54.

Zehentrecht im Konkurse 1191—2.

Zeichnungen, Behandlung derselben in Verlassenschaften 2020, nach Mili-
tärpersonen 2087 und bei der Erbsteuer S. 1214 §. 24—2433.

Zeugen, auch mit 1 Zeugen kann die erste halbe Probe hergestellt werden 517;
die Anzahl derselben darf keiner Partei vorgeschrieben werden 552; Ge-
richtspersonen und Staatsbeamte dürfen in Amtssachen nicht als Zeugen zu-
gelassen werden 555—6; der Advokat der Gegenpartei ist ein zulässiger
Zeuge 557; eben so der Geburtshelfer und die Wehmutter 558; Verfah-
ren, wenn statt eines zugelassenen, jedoch verstorbenen Zeugen ein anderer
aufgeführt wird 562—3; der Zeugenführer kann von den durch Urtheil
zugelassenen Zeugen einige weglassen 565; wo der Unterthan des im Streit
verfangenen Dominiums zu verhören ist 570—1; Abhörung der Mil. Zeu-
gen durch geistliche Kommissäre in Siebenbürgen 1615; eine wiederholte
Abhörung des Zeugen ist unzulässig 582; Abhörung eines kranken Zeugen
S. 276 §. 168 u. 583; das Zeugenverhör ist nicht zu sistiren und vorzule-
gen, wenn der Zeuge die Verwandtschaft mit dem Beweisführer nicht ange-
geben hat 1616; es ist den Parteien durch einen anzuschlagenden Tagzettel
bekannt zu geben S. 277 §. 171 u. 565. Vorladung der Zeugen S. 526
§. 397; insbesondere der Juden nicht an ihren Festtagen, wohl aber Bußtagen
1188—9; der Land- und Grenzwache 1190—1 und der Schullehrer
1192. Vernehmung der Testamentszeugen 1967.

Zeugenaussagen sind durch einen anzuschlagenden Tagzettel den Parteien be-
kannt zu machen S. 277 §. 171 u. 565; sie können von den Zeugen nicht
mehr abgeändert werden 582.

Zeugenbeweis, er ist durch ein Beurtheil zuzulassen; Inhalt, Rechtswirkung
und Formulare desselben 553; dasselbe gilt von dem Gegenbeweise 554;
dieses Beurtheil kann theilweise auch zugleich ein Endurtheil sein 554; bei
den magistratischen Gerichtsverwaltungen in Wien bleibt es bei der Instruk-
tion v. J. 1792 1839; Frist zur Antretung desselben S. 266 §. 145 und
559—61; welche Ergänzungen der Richter nach abgeführter Weisung zu
veranlassen hat 587; besonderes Verfahren beim Zeugenbeweise: auf Er-
suchen ausländischer Behörden 588; in Ehefachen 1590 §. 10—13; über
den Tod eines Vermissten 589; bei Gefallsübertretungen 590; über die
Abstammung von adeligen Eltern 591; zum ewigen Gedächtnisse S. 281
und summarischer S. 285.

Zeugeneid, derselbe ist vor dem Verhöre abzunehmen 573; demselben unter-
liegt jeder, der kein landesfürstliches Privilegium beweisen kann 572; die
Geistlichkeit 571 u. 1611; die Maltheserordensritter 575; die böhm.
Landesmitglieder 576; ausgenommen die Mennoniten und solche Religions-
parteien, denen die Ablegung desselben nach ihrer Religion nicht gestattet ist
577; wann derselbe für abgeschworen zu halten ist 597—8.

Zeugenverhör, Benehmen des Gerichtes dabei S. 920 §. 10—13.

- Zeugnisse**, schriftliche, können den Satzschriften beigelegt werden **549** u. **550**; die denselben beigelegte Klausel: an Eidesstatt, vertritt nicht den Eid **597—8**; um Findlinge, Ausstellung **490**.
- Zinsen** im Konkurse **S. 641 §. 18**; **1527—30** u. **§. 20—22** u. **26**; Erhebung der Zinsen von Obligationen durch die Depositenämter **2131—5**. Strafzinsen wegen rückständiger Erbsteuer **S. 1247 §. 48—2171**, welchen auch die in der Erbsteuerabfuhr säumigen Obrigkeiten unterliegen **2172**.
- Zirkularreskript**, siebentes **278** und achtes **2628**.
- Zivil- und Mil. Kommission**, permanente, in Wien; Verfahren bei derselben **998**.
- Zivilstandsregister** über Geburten, Trauungen und Sterbefälle; ihre Aufbewahrung und Beweisraft in Ilirien und Tirol **174—5**.
- Zölle**, **S. 48****). Klassifikation im Konkurse **1516**.
- Zugehör**, der Begriff desselben ist auch bei Laudemialstreitigkeiten aus dem a. v. G. B. zu nehmen **78**; eines unbeweglichen Gutes kann nicht abgesondert erequirt werden **923**.
- Zulage**, für, zu Friedensgagen, Pensionen und Gnadengehalten beim Militär; wie weit sie der Exekution unterliegt **906**.
- Zunft**, welche Streitfachen derselben gehören auf den Rechtsweg **61**.
- Zurückerlag** der Klage **13** u. **15**.
- Zustellung**, gerichtl. Vdg. **S. 519 §. 384** u. f.; durch die Gerichtsdienner **S. 874 §. 97—9**; an die Militärmannschaft **297**; der Urtheile **S. 321 §. 250** u. **693—3**; insbesondere der Kriminalurtheile über einen bereits verstorbenen Inquisiten **2081**; der Klagen im Haupt- und Inzidenzprozesse **1198**; an Streitgenossen **S. 520 §. 386—8** u. **1199—1201** u. **S. 526 §. 396**; an Beklagte, deren Wohnort unbekannt oder im Auslande ist **S. 522 §. 390—1203**; alle Bescheide von Folgen sind beiden Parteien zuzustellen **1205**; eben so die Satzschriften **1204**; die Bescheide über Satzschriften und Fristgesuche schleunig **1206**; wenn sich die Partei nicht zu Hause finden läßt **1207**; an Ungarn **1007, 5**; **1015—3**; an Siebenbürger **1012 5**). Für die Zustellung des Urtheiles ist keine Taxe zu zahlen **2262**; für das Urtheil ist die Taxe zu entrichten, sobald es expedirt, wenn auch noch nicht zugestellt ist **2205**; Meilengelder oder Botenlohn für die Zustellung, s. Gerichtsdienner.
- Zustellungstag** des Urtheiles ist im Appellations- und Revisionszuge auszuweisen **744**.
- Zutheilung** der Geschäfte an die Referenten **S. 766** und Ueberschikung der Stüke an dieselben **S. 770**.

Chronologisches Register.

1750.

28. März Pat. C. 1294 Note.

1754.

8. Mai Normale 2105.
25. Juni Justiznorm 1622.
6. Sept. Hofentschl. 1995 *).

1755.

19. April Hfd. 1794.

1756.

30. Jan. Pat. 1506.
22. Juni Pat. 1506.

1763.

1. Okt. W. D. Art. 43—45. 1556
Art. 46. 1497.

1764.

10. Nov. Pat. 1507.

1766.

5. Juli a. h. Entschl. 2060 **) u.
2550.
6. Dez. Bdg. 2552 *).

1770.

2. Jan. Gener. Sanit. Normativ. S. 15.
429.

1772.

20. März Bdg. 298.

1774.

5. Febr. Hfd. 80.

1776.

25. Mai Hofentschl. 2055.

1780.

17. Dez. Pat. 1946.

1781.

26. Jan. Hfd. 91.
2. März Hfd. 296.
11. April böh. Bdg. 2497.
1. Mai Pat. 111 u. 1422.
14. — N. 16 a). 410.
18. — Hfd. 1537.
30. Juni Pat. 1106.
1. Sept. Pat. N. 23. 113.
1. — Pat. N. 24. 114.
11. Okt. Pat. 1947.
1. Nov. N. 27. 1623.
1. — N. 28. 2168.
5. — Hfd. 927.

1782.

2. Jan. Pat. 190.
25. — Hfd. 1581.
1. Febr. Hfd. a) 10. b) 551. c)
650.
8. Febr. Hfd. 1472.
8. März Hfd. 2138.
5. April N. 39. 2214.
5. — Pat. N. 40. 1551 und
1074.
9. April Pat. 1633.
20. — Pat. 1602.
3. Mai Hfd. 1736.

20. Juni N. 54. a) 512. b) 517.
c) 572. d) 652. e) 1531.
20. Juni N. 55. a) 211. b) 215.
g) 1.
28. Juni N. 56. a) 2203.
1. Juli N. 61. a) 275. b) 552.
c) 1500. d) 1535.
19. Juli Hfd. 755.
7. Aug. N. 66. a—c) 2280.
16. — Hfd. 1154.
30. — Pat. 2066*)
5. Sept. Hfd. 2262.
7. — Pat. 2114.
30. — N. 87. a) 721. b) 712.
c) 698.
18. Okt. Pat. 1648.
21. — Hfd. 2169.
4. Nov. Hfd. 784.
22. — Hfd. 937.
6. Dez. N. 105. c) 199
9. — Hfd. 701.
20. — Hfd. 756.
23. — N. 109. a) u. b) 715 c)
717.
27. — N. 110. 1235.
27. — N. 111. 1987.
30. — Hfd. 757.

1783.

9. Jan. Hfd. 1824.
17. — Hfd. 680.
27. — N. 119. a) 2260. b)
2185. c) 2245. d) 695.
e) 2248. f) 2285. g) 2277.
h) 2215. i) 2191. k) 2215.
l) 2185.
7. Febr. N. 120. a) 1425. b)
1553.
10. März Hfd. §. 34. 761. §. 39.
2. §. 41. 819.
3. April Pat. (S. 725*) u. 2172.
16. Mai Hfd. 699.
17. — Hfd. 3.
19. — Hfd. 4.
26. — Hfd. 248.
28. — N. 139. a) 1046. b) 258.
c) 1204. d) 398.
2. Juni Hfd. 368.
14. — Hfd. 2014.
4. Juli Hfd. 2216.
10. — Pat. (S. 725*) u. 2172.
14. — Resol. 1746.
21. — Hfd. 2249.
18. Aug. Hfd. 1747.
25. — N. 179. a) 218. b) 722.
c) 249. d) 668. e) 607.
f) 1178.
15. Sept. Hfd. 1306.
19. — Hfd. 2127.

20. Sept. Hfd. 2075.
27. — Pat. 388.
2. Okt. Hfd. 1954.
6. — N. 197. a) 208. b) 12.
c) 178. d) 226. e) 533.
f) 537. g) 564. h) 568.
i) 1318. k) 713.
13. Okt. Hfd. 982.
23. — Hfd. 1059.
6. Nov. Hfd. 2130.
9. — Bdg. 1816.
21. — Hfd. 1751.
22. — Handbillet 1928.
24. — Hfd. 1076.

1784.

19. Jan. Hfd. 92.
9. Febr. Hfd. 394.
11. — Pat. 389.
13. — N. 241. 723.
13. — N. 242. 724.
20. — Pat. 477.
20. — Hfd. 735.
27. — N. 248. 1056.
27. — N. 249. 608.
1. März N. 253. a) 1483.
4. — N. 254. 1861.
4. — N. 256. 1807.
5. — Hfd. 1973.
15. — Pat. 1869.
22. — N. 264. 260.
22. — N. 266. a) 200. c) 951.
22. — N. 267. 1301.
1. April N. 271. a) u. c) 1426.
15. — Hfd. 1132.
8. Mai Pat. 340.
10. — N. 285. 222.
10. — N. 286. 763.
11. — Hfd. 648.
13. — Hfd. 1825.
21. — Hfd. 1060.
27. — N. 296. a) 716. b) 1304.
3. Juni N. 298. 2105.
3. — N. 299. 1895.
14. — Hofentschl. 548.
14. — Resol. N. 306. a) 183.
b) 266. c) 678 und 681.
d) 700. e) und f) 1323.
g) 1494. h) 174. i) 573.
k) 693. m) 182. n) 227.
p) 1822. q) 762. r) 814.
s) 832. t) 223. u) 256.
w) 514. x) 709. y) 785.
z) 1033. aa) 1047. bb)
1175. cc) 1193. dd) 706.
ee) 584. ff) 643. gg) 785.
hh) 1197. ii) 1326.
20. Juni Hfd. 2498.
21. — Hfd. 806.

25. Juni Hfd. 1408.
 5. Juli Hfd. 848.
 15. — N. 316. 725.
 15. — N. 317. 665.
 22. — Hfd. 420.
 22. — Pat. 1107.
 5. Aug. Hfd. 745.
 6. — Hfd. 1909.
 13. — N. 322. 105.
 13. — Hfd. 1909.
 23. — Hfd. C. 1144 *).
 27. — Hfd. 758.
 9. Sept. Hfd. 18.
 11. — N. 335. a) 1413. b) 1139.
 c) 1147. d) 423. e) 219.
 f) 233. g) 235. h) 259.
 i) 661. k) 670. l) 673.
 m) 726. n) 1103. o) 1105.
 p) 1160. q) 1167. r) 1168.
 s) 1173. u) 728. w) 369.
 x) 399. y) 515. z) 532.
 aa) 574. bb) 702. cc) 778.
 dd) 815. ee) 1194.
 11. Sept. N. 336. a) 236. b) 1588.
 d) 1241. e) 370. f) 228.
 g) 283. h) 567. i) 628.
 k) 843. l) 1427. m) 1496.
 n) 1526. o) 241.
 27. Sept. N. 340. 1423.
 27. — N. 341. 592.
 30. — N. 342. 1827.
 30. — N. 344. 1105 *).
 1. Okt Hfd. 2059 *).
 14. — Hfd 1959.
 25. — N. 356. b) 1327.
 4. Nov. Hfd. 1649.
 8. — N. 361. 1148.
 8. — N. 362. 1753.
 18. — Hfd. 1650.
 19. — N. 367. 1246.
 19. — N. 368. 397.
 26. — Hfd. 2179.
 29. — Pat. 549.
 17. Dez. Hfd. 1727.

1785.

13. Jan. Pat. 516.
 1. Febr. Pat. 1557.
 10. — Hfd. 1041.
 14. — Hfd. 1828.
 3. März Hfd. 1236.
 7. — Hfd. 2035.
 14. — Pat. 2562.
 17. — Hfd. 1660.
 7. April N. 403. 1478.
 7. — N. 405. 791 *) u. 804.
 8. — Hfd. 714.
 18. — N. 408. 135.
 18. — N. 409. 751.
 22. — Hfd. 2563.

28. April Hfd. 2202.
 2. Mai Hfd. 738.
 4. — Hfd. 262.
 9. — N. 426. 1242.
 9. — N. 428. a) 70.
 9. — N. 430. 1702.
 13. — Hfd. 276.
 23. — Hfd. 312.
 3. Juni Hfd. N. 440. 1870.
 3. — N. 441. 1992.
 7. — Pat. 2365.
 13. — Hfd. 105.
 20. — Hfd. 1237.
 30. — Hfd. 2013.
 2. Sept. Hfd. 1974.
 9. — Hfd. 2281.
 9. — Pat. 1659.
 15. — Pat. N. 466. 1061.
 15. — Hfd. N. 467. 2564.
 23. — N. 469. a) 1733. b) 1505.
 c) 411. d) 1245. e) 1963.
 f) 609. i) 550. k) 809.
 j) 1538. u) 1108. w) 586.
 x) 1884.
 30. Sept. N. 471. 1042.
 30. — N. 473. b) 1324. c) 684.
 3. Okt. Hfd. 985.
 6. — Hfd. 1183.
 14. — N. 481. 749.
 14. — N. 484. 1238.
 14. — N. 485. 718.
 31. — Resol. N. 489. a) 1527.
 c) 731. e) 528. o) 1432.
 p) 1428. q) 1458. r) 1481.
 s) 1565. t) 170. u) 238.
 w) 212. x) 269. y) 271.
 z) 284. aa) 570. bb) 581.
 cc) 674. dd) 694. ee) 711.
 ff) 1057. gg) 1080. hh) 1174.
 ii und kk) 1176. ll) 209.
 mm) 1328. nn) 597. oo) 177.
 pp) 594. qq) 833. ss) 1307.
 xx) 659. yy) 657. zz) 1057.
 ccc) 1207. eee) 1328. fff)
 1493. ggg) 635. iii) 1673.
 kkk) 1901. ll) 639. mmm)
 719. nnn) 1675. ooo) 768.
 ppp) 752.
 4. Nov. Hfd. 81.
 14. — N. 494. 764.
 14. — N. 495. 1179.
 24. — N. 497. a) 1243. b u. c)
 1329. e) 557.
 1. Dez. N. 498. 837.
 1. — N. 500. 1239.
 5. — Hfd. 2070.
 12. — Pat. 529.
 19. — N. 504. 75.
 19. — N. 506. 750.
 26. — N. 508. b) 1718.

29. Dez. N. 509. **6.**
 29. — N. 510. **1330.**
 29. — N. 512. **2178.**

1786.

13. Jan. N. 513. **1528.**
 13. — N. 515. **396.**
 16. — Pat. **403.**
 16. — Hfd. **873.**
 23. — Hfd. **1993.**
 29. — Hfd. **2166.**
 30. — Hfd. **786.**
 20. Febr. Hfd. **629.**
 28. — Jagdord. **80.**
 13. März Hfd. **1737.**
 28. — böh. N. G. **297.**
 31. — Hfd. **2036.**
 13. April Jagdord. **87.**
 11. Mai Hfd. **1459.**
 19. — N. 550. a) **1687.** b) **730.**
 12. Juni Hfd. **1539.**
 14. — Hfd. **301.**
 10. Juli Pat. **2366.**
 13. — Pat. **2196.**
 15. — Vizit. Ordnung **1099.**
 14. Aug. Hfd. **1550.**
 1. Sept. Hfd. **237.**
 4. — Hfd. **437.**
 18. — N. 576. **610.**
 18. — N. 577. a) **928.** b) **955.**
 c) **971.**
 28. Sept. Hfd. **97.**
 5. Okt. Hfd. **2027.**
 16. — N. 586. a - c) **1881.**
 23. — N. 587. **787.**
 23. — N. 588. **1110.**
 1. Nov. Pat. **1109.**
 1. — Hfd. **1661.**
 6. — Hfd. **2066.**
 8. — Normale **2549.**
 14. — Hfd. **770.**
 1. Dez. N. 596. **302.**
 1. — N. 598. **2204.**
 6. — Hfd. **788.**
 12. — Pat. **148.**
 18. — N. 603. a) **1452.** b) **1466.**
 24. — Hfd. **1100.**

1787.

4. Jan. Hfd. **1415.**
 15. — N. 617. **1463.**
 15. — N. 618. **1540.**
 15. — N. 619. a) **204.** b) **765.**
 c) **1677.** e) **743.** f) **759.**
 g) **789.** h) **1244.** i) **799.**
 k) **1927.**
 15. Jan. N. 620. a) **229.** b) **231.**
 c) **232.** d) **244.** e) **274.**

- f) **329.** g) **599.** h) **602.**
 i) **651.** k) **1525.** l) **1561.**
 m) **685** *). n) **287.** o) **400.**
 p) **779.** q) **929.** r) **1441.**
 s) **1455.**
 15. Jan. N. 621. a) **180.** b) **220.**
 d) **180.** e) **270.** f) **272.**
 g) **285.** h) u. i) **585.** k) **593.**
 l) **2250.** m) **795.** n) **808.**
 o) **708.** p) **931.** q) **957.**
 s) **1124.** t) **1104.** w) **1486.**
 x) u. y) **1501.** z) **1564.**
 aa) **13.** bb) **277.** cc) **327.**
 dd) **295.** ff) **458.** gg) **606.**
 hh) **598.** ii) **1410.** kk) **710.**
 ll) **810.** mm) **1034.** nn) **1166.**
 qq) **1529.**
 15. Jan. N. 622. **424.**
 15. — N. 623. **1171.**
 8. Febr. Hfd. **1761.**
 22. — Hfd. **2121.**
 1. März Pat. **494.**
 5. — N. 641. **384.**
 5. — N. 642. **1485.**
 8. — Hfd. **1111.**
 10. — Hfr. Bdg. **2551.**
 16. — Hfd. **703.**
 27. — Böh. Gen. Rom. **2551.**
 27. — Hfd. **503.**
 10. April Hfd. G. 1132 *).
 13. — Hfd. **730** **).
 17. — N. 666. b) **1342.**
 27. — Hfd. **1112.**
 4. Mai N. 674. **1764.**
 4. — N. 676. **530.**
 11. — Hfd. **1678.**
 19. Juni Hfd. **1933.**
 5. Juli Hfd. **2565.**
 6. — N. 689. **261.**
 6. — N. 690. **569.**
 16. — N. 695. **1566.**
 16. — N. 696. **753.**
 17. — Hfd. **645.**
 23. — Hfd. **1278** *).
 23. — Pat. **481.**
 27. — Hfd. **1460.**
 11. Sept. Hfd. **807.**
 13. — Pat. N. 717. **2286.**
 13. — Pat. N. 719. **562.**
 14. — Hfd. **2205.**
 24. — Hfd. **1637.**
 5. Okt. Hfd. **2326.**
 9. — Hfd. **2206.**
 16. — Pat. **459.**
 5. Nov. N. 740. **1475.**
 5. — N. 743. **649.**
 12. — Hfd. **1439.**
 24. — Hfd. **1938.**
 30. — Hfd. **1373.**
 14. Dez. Hfd. **1205.**

24. Dez. N. 756. 2207.

24. — N. 757. 2207.

1788.

2. Jan. Pat. 337, 352, 354.
 3. — Hfd. 1647.
 4. — N. 761. 1975.
 4. — N. 762. a—d) 2291.
 9. — Hfd. 1161.
 14. — N. 764. 1035.
 14. — N. 765. 1728.
 22. — Hfd. 2269.
 24. — Hfd. 1319.
 28. — Hfd. 230.
 12. Febr. Hfd. 1662.
 14. — Hfd. 547.
 21. — Hfd. 1247.
 25. — Hfd. 2370.
 26. — N. 788. a—c) 2220.
 28. — N. 790. 1113.
 28. — N. 791. 1722.
 10. März N. 793. 1449.
 10. — N. 795 a) 1664. b) 1670.
 c) 1669. d) 1666. e) 1792.
 f) 1876.
 14. — Hfd. 874.
 17. — Pat. 2326.
 3. April Hfd. 427.
 8. — N. 805. 636.
 8. — N. 806. 970.
 10. — Hfd. 2298.
 14. — Hfd. 2329.
 15. — Hfd. 1704.
 18. — Hfd. 1479.
 6. Mai N. 820. 637.
 6. — N. 821. 1114.
 9. — Hfd. 253.
 15. — Hfd. 1497.
 16. — N. 829. a) 534. b) 540.
 16. — N. 830. 504.
 27. — Hfd. 2251.
 30. — böh. G. 253.
 2. Juni N. 839. a) 519. b) 626.
 10. — Hfd. 2289.
 16. — N. 844. 776.
 16. — N. 846. 1774.
 17. — Pat. 685.
 23. — Hfd. 990.
 8. Juli Hfd. 2538 *).
 8. — N. 854. 2270.
 8. — N. 855. 2170.
 18. — Ref. 2330.
 21. — Hfd. 2358.
 22. — N. 860. a) 451. b) 313.
 24. — böh. G. 2538 *).
 27. — Hfd. 2550 *).
 31. — Hfd. 559.
 8. Aug. Wdg. 2550 *).
 21. — N. 878. 152.

21. Aug. N. 879. 2122.

26. — Hfd. 1978.

5. Sept. Hfd. 2123.

9. — N. 890. 2195.

9. — N. 891. 1693.

2. Okt. Hfd. 299.

13. — Hfd. 149.

20. — Hfd. 2367.

24. — in. ö. G. 149.

29. — Hfd. 2538 *).

30. — N. 909. 638.

30. — N. 911. 664.

30. — N. 913. a) 686.

4. Nov. Hfd. 2173.

17. — Hfd. 2331.

1. Dez. N. 925. 1180.

1. — N. 926. 2533.

4. — Hfd. 2171.

9. — Hfd. 505.

11. — Hfd. 2299.

18. — böh. G. 2538 *).

22. — N. 938. 1995.

22. — N. 942. 2187.

1789.

5. Jan. Hfd. 575.
 9. — Hfd. 1705.
 12. — N. 951. 1996.
 12. — N. 952. 938.
 15. — N. 953. 1651.
 15. — N. 954. a) 924. b) 1429.
 19. Jan. N. 955. 2271.
 19. — N. 956. 2297.
 20. — Hfd. 1955.
 21. — Hfd. 2300.
 22. — Pat. 1624.
 10. Febr. böh. G. 1988.
 10. — Hfd. 412.
 13. — Hfd. 1416.
 26. — Hfd. 1005.
 5. März N. 981. 828.
 5. — N. 982. 2167.
 6. — Hfd. 373.
 12. — Hfd. 611.
 20. — Hfd. 2252.
 30. — Hfd. 2371.
 6. April Hfd. 1645.
 11. — Hfd. 849.
 17. — Hfd. 2217.
 9. Mai Pat. 524.
 22. — N. 1013. a) 566. b) 1322.
 c) 1343.
 28. Mai N. 1010. 1754.
 28. — N. 1011. 2332.
 28. — N. 1012. 634.
 4. Juni N. 1015. a) b) 239. c)
 242. d) 257. e) 250. f) 294.
 g) 1181 h) 934 i) 1551.

5. Juni Hfd. **1417**.
 14. — N. 306. d) **700**.
 22. — Hfd. **760**.
 22. — N. 1024. **771**.
 25. — Hfd. **119**.
 2. Juli Hfd. **1240**.
 13. — N. 1031. a) **1477** b) **1495**.
 c u. d) **1562**. e u. f) **1583**.
 13. Juli N. 1032. **1980**.
 13. — N. 1033. a) **1424**. b) **1555**.
 21. — N. 1036. **790**.
 21. — N. 1037 **1879**.
 22. — Hfd. **2098**.
 23. — N. 1038 a) **511**. b) **644**.
 c) **727**.
 27. Juli Hfd. **1667**.
 6. Aug. Hfd. **565**.
 31. — Hfd. **2279**.
 7. Sept. N. 1047. a) **1542**. b)
 766.
 11. Sept. Hfd. **2221**.
 14. Okt. Hfd. **2272**.
 20. — N. 1058. **2059**.
 20. — N. 1059. **252** u. **671**.
 22. — N. 1061. a u. b) **2333**.
 22. — N. 1063. **431**.
 3. Nov. Hfd. **630**.
 27. — Hfd. **303**.
 30. — N. 1080. **1315**.
 30. — N. 1081. a) **246** b) **653**.
 c) **669**. d) **746**. f) **184**. g)
 818. h) **246**.
 7. Dez. Hfd. **1536**.
 21. — Hfd. **2334**.

1790.

4. Jän. Hfd. **1264**.
 19. — N. 1094. a) **954**. b) **925**.
 c) **958**.
 28. Jän. Hfd. **2028**.
 29. — N. 1095. a) **1138**. b)
 1169.
 8. Febr. Hfd. **1569**.
 8. — Hfd. **2028**.
 15. März Hfd. **2257**.
 30. — N. 6. a u. b) **2218**.
 7. April N. 8. c) **1571**. d) **1461**.
 8. — Hfd. **1956**.
 9. — N. 12. **1402**.
 9. — N. 13. **2028** *).
 15. — Hfd. **1195**.
 4. Mai Hfd. **2335**.
 18. — N. 23. a—f) **1202**. h)
 1435 i) (S. 608 *). k) **1840**.
 m) **1574**. n) **1567**. o) **1456**.
 p) **611**. q) **1482**. r) **1572**.
 s u. v) **1582**. u) **1586**.
 24. Juni Hfd. **1543**.

1. Juli Pat. **791**. **1177**. **1184**.
 6. — Hfd. **1331**.
 13. — Hfd. **1262**.
 19. — Hfd. **125**.
 20. — N. 41. b) **1685**.
 7. Sept. Hfd. **870**.
 1. Okt. Hfd. **1915**.
 12. — N. 63. **967**.
 12. — N. 65. **1036**.
 19. — Hfd. **1916**.
 22. — Hfd. **1916**.
 25. — N. 67. **1755**.
 25. Okt. N. 68. **1256**.
 25. — N. 69. a u. b) **1498**.
 2. Nov. N. 73. **829**.
 2. — N. 74. **2310**.
 5. — Hfd. **1434**.
 29. — Hfd. **792**.
 27. Dez. Pat. **926**.

1791.

11. Jän. Hfd. **1268**.
 24. — Hfd. **2222**.
 29. — hfr. Bdg. **901**.
 18. Febr. N. 111. **2223**.
 18. — N. 112. **2359**.
 22. — Hfd. **2354**.
 22. — Pat. **1411**.
 25. — Pat. **175**.
 8. März Hfd. **555**.
 11. — Hfd. **21**.
 19. — Pat. **901**.
 19. — hfr. Bdg. **902**.
 31. — Hfd. **2034**.
 1. April Hfd. **113** *).
 5. — N. 135. a) **1663**. b) **215**.
 c) **936**.
 5. April N. 135. **535**.
 28. — N. 142. f) **2246** g) **2352**.
 k) **2246**.
 28. April N. 143. **603**.
 3. Mai Hfd. **1770**.
 31. — Hfd. **2356**.
 6. Juni N. 160. **22**.
 6. — N. 161. **531**, **600**, **1159**
 u. **1450**.
 14. — Hfd. **1400**.
 27. — N. 170 **917**.
 27. — N. 171. **2372**.
 30. — Hfd. **2373**.
 4. Juli Hfd. **2061**.
 8. — Hfd. **2034**.
 14. — Hfd. **583**.
 16. Aug. Hfd. **1045**.
 5. Sept. Hfd. **438**.
 12. — Pat. **2566**.
 15. — Hfd. **2224**.
 29. — Hfd. **1149**.
 4. Okt. Hfd. **1771**.

17. Okt. Hfd. 1779.
 24. — Hfd. 201.
 28. — Hfd. 2308.
 4. Nov. in. ö. N. G. 201.
 4. — N. 215. 1806 u. 1814.
 4. — N. 216. 1162.
 4. — N. 217. 612.
 14. — Hfd. 263.
 10. Dez. Hfd. 1979.
 16. — Hfd. 658.
 22. — Hfd. 2294.
 28. — Hfd. 325.
 31. — Hfd. 1226.

1792.

5. Jan. Hfd. 2090.
 20. — Hfd. 2193.
 30. — N. 246. a) 1684. b) 1697.
 3. Febr. Hfd. 1808.
 6. — N. 248. 1929.
 6. — N. 259. 2042.
 16. — N. 251. 1186.
 16. — N. 253. a) 1957. b) 202.
 g) 2352.
 16. Febr. N. 255. 696.
 17. — Pat. 2115.
 21. — Zir. 2042.
 23. — Hfd. 2180.
 5. März N. 2. a u b) 2311.
 7. — Hfd. 2307.
 15. — Hfd. 1930.
 23. — Hfd. 1899.
 26. — N. 8. a u. b) 2181.
 20. April Hfd. 1182.
 23. — Hfd. 306.
 26. — Hfd. 666.
 3. Mai Hfd. 618.
 7. — Hfd. 800.
 18. — N. 16. 1019.
 18. — N. 17. 687.
 21. — Hfd. 1714.
 21. — N. 18. 2309.
 4. Juni Hfd. 1058.
 6. — Hfd. 1880.
 14. — Hfd. 1136.
 15. — Hfd. 2108.
 4. Juli Pat. 688.
 6. — N. 31. 126.
 6. — Hfd. 187.
 9. — Hfd. 541 u. 675.
 13. — Hfd. 98.
 19. — Hfd. 1062.
 19. — N. 33. a) 1491.
 23. — Hfd. 736.
 23. — N. 34. 737.
 23. — N. 35. 2084.
 27. — N. 36. a) 267. b) 1559.
 c) 1793. d) 1332.
 30. Juli Hfd. 307.
 2. Aug. Hfd. 1007.

23. Aug. Hfd. 310.
 31. — Hfd. 1083.
 21. Sept. N. 48. a) 1684. b) 980.
 c) 1698.
 24. Sept. Hfd. 1150.
 25. — a. h. E. 705.
 26. — Hfd. 1729.
 27. — Hfd. b) 14. e) 679.
 27. — N. 53. a) 171. b) 273.
 d) 1037.
 27. — N. 54. a) 286. b) 654.
 c) 1502. d) 2273.
 5. Okt. N. 56. 1228.
 5. — N. 57. 536.
 19. — Hfd. 662.
 19. — Hfd. 1655.
 23. — Hfd. 613.
 31. — Ausziehpat. 1655.
 2. Nov. Pat. 440.
 3. — Hfd. 796.
 16. — Hfd. 2208.
 29. — Hfd. 1305.
 21. Dez. Hfd. a) 16. b) 1140.

1793.

4. Jan. Hfd. 442.
 14. — Hfd. 1812.
 24. — Hfd. 1786.
 1. Febr. Hfd. 2336.
 22. — Hfd. 336.
 21. März Hfd. 1766.
 23. — Hfd. 920.
 27. — Hfd. 1093.
 3. April Hfd. 2225.
 8. — Hfd. 1723.
 11. — Hfd. 920.
 15. — Hfd. 1715.
 25. — Hfd. 621.
 26. — Hfd. 353.
 29. — Hfd. 2374.
 16. Mai Hfd. 844.
 23. — Hfd. 328.
 25. — Hfd. 1333.
 7. Juni Hfd. 587.
 13. — Hfd. 300.
 27. — N. 112. 1767.
 27. — Hfd. 921.
 28. — Hfd. 506.
 15. Juli Hfd. 1013.
 26. — Hfd. 2214**).
 29. — Hfd. 2197.
 16. Aug. böh. G. 300.
 23. — Hfd. 1453.
 29. — Hfd. 1151.
 12. Sept. N. 123. 1813.
 12. — N. 124. 308.
 16. — Hfd. 15.
 19. — Hfd. 1544.
 7. Okt. Hfd. 432.

7. Okt. Hfd. **1311.**
 21. — N. 130. **278.**
 21. — N. 131. **203.**
 28. — Hfd. **1635.**
 4. Nov. Hfd. **2225.**
 5. Dez. Hfd. **2337.**
 23. — Hfd. **1252.**

1794.

13. Jan. Hfd. **544.**
 23. — Hfd. **408.**
 24. — Hfd. **1545.**
 27. — Hfd. **1308.**
 13. März Hfd. **2312.**
 20. — N. 164. **539.**
 20. — N. 165. (S. 373*).
 22. April Pat. §. 27. **1845.**
 24. — Hfd. **99.**
 1. Mai N. 174. a u. b) **1875.**
 23. — Hfd. **732.**
 30. — Hfd. **1345.**
 3. Juli Hfd. **279.**
 4. — Hfd. a u. b) **1084.**
 25. — Hfd. **2117.**
 31. — böh. G. **2076.**
 14. Aug. Hfd. **1253.**
 25. — Hfd. **1260.**
 4. Sept. Hfd. **1757.**
 11. — Hfd. **268.**
 29. — Hfd. **642.**
 2. Okt. Hfd. **780.**
 16. — Hfd. **2209.**
 23. — N. 199. a) **959.** b) **1125.**
 30. — N. 201. a) **2131.**
 10. Nov. Hfd. **1960.**
 28. — gal. G. **317.**
 9. Dez. Hfd. **1719.**
 15. — N. 205. **1212.**
 15. — N. 207. **647.**
 24. — N. 208. **495.**

1795.

5. Jan. N. 210. **371.**
 5. — N. 211. **1701.**
 8. — N. 213 a) **1172.**
 22. — Hfd. **601.**
 30. — Hfd. **794.**
 13. Febr. N. 217. a) **1877.** c) **1843.**
 d) **1665.** e) **697.** f) **1937.**
 g) **1823.** h) **1686.** i) **169.**
 k) **264.** l) **1038.** n) **1563.**
 o) **402.** p) **1476.** q) **1484.**
 20. Febr. Hfd. **2226.**
 5. März Hfd. **667.**
 14. — Hfd. **526.**
 7. Mai Hfd. **224.**
 9. — Hfd. **1257.**
 18. — Hfd. **1871.**

21. Mai Hfd. **1163.**
 29. — Hfd. **1931.**
 5. Juni Hfd. **563.**
 18. — N. 236. a u. b) **1699.**
 25. — Hfd. **2085.**
 30. — N. 236. b) **251.**
 2. Juli Hfd. **2219.**
 3. — Hfd. **781.**
 3. Aug. Hfd. **1558.**
 6. — Hfd. **2198.**
 7. — Hfd. **2509.**
 13. — Hfd. **2360.**
 24. — Hfd. **1467.**
 11. Sept. Hfd. **850.**
 17. — Hfd. **854.**
 2. Okt. Hfd. **2338.**
 12. — Hfd. **1961.**
 13. Nov. Hfd. **2313.**
 20. — Hfd. **816.**
 30. — Hfd. **1141.**
 11. Dez. Hfd. **2062.**
 12. — hfr. 3. **897.**

1796.

2. Jan. Hfd. **897.**
 8. — Hfd. **704.**
 11. — N. 275. **23.**
 11. — N. 276. **1143.**
 25. — Hfd. **1442.**
 5. Febr. Hfd. **797.**
 16. — Hofentschl. **886.**
 26. — Hfd. **1948.**
 2. März Hfd. **542.**
 7. — Hfd. **254.**
 15. — Hfd. **1730.**
 8. April Hfd. **1144.**
 22. — N. 292. **1014.**
 22. — N. 293. **767.**
 17. Mai Hfd. **1126.**
 20. — Hfd. **1137.**
 24. Juni Hfd. **2194.**
 11. Aug. n. ö. Reg. **887.**
 15. — böh. G. **2015.**
 12. Sept. Hfd. **1142.**
 23. — Hfd. **1508.**
 21. Okt. Hfd. **1092.**
 31. — Hfd. **1716.**
 9. Nov. Hfd. **1998.**
 25. — Hfd. **1768.**
 16. Dez. Hfd. **2375.**
 19. — Pat. §. 71. **372.**

1797.

30. Jan. Hfd. **1275.**
 3. Febr. Hfd. **1898.**
 22. — gal. N. G. **1275.**
 3. März Hfd. **401.**
 6. — Hfd. **2339.**

17. März Hfd. 127.
 28. — Hfd. 2037.
 30. — Hfd. 326.
 6. April Resol. 134.
 16. Juni Hfd. (S. 373 *).
 16. — N. 352. 2376.
 20. — Hfd. (S. 105 *).
 23. — Hfd. 1015.
 13. Juli Hfd. 1671.
 18. — Hfd. 1625.
 3. Aug. Pat. 523.
 9. — Hfd. 76.
 17. — N. 364. 560.
 17. — N. 365. 1115.
 22. — Hfd. 1720.
 6. Sept. hfr. Vdg. 2553.
 7. — Hfd. 221.
 21. — Hfd. 120.
 21. — N. 376. 2071.
 22. — böh. Gen. Rom. 2553.
 26. — Hfd. 109.
 29. — Hfd. 2192.
 6. Okt. Hfd. 561.
 10. — Hfd. 2210.
 17. — N. 384. a) 782. b) 783.
 27. — Hfd. 1055.
 24. Nov. Hfd. 1016.
 2. Dez. Hfd. 682.
 7. — Hfd. 882.
 22. — Hfd. 1116.

1798.

12. Jan. Hfd. 683.
 13. Febr. Hfd. 734.
 23. — N. 403. a—c) 1346.
 15. März Hfd. 1492.
 17. — Hfd. 101.
 7. April Hfd. 1067.
 17. — Hfd. 1492.
 19. Mai Hfd. 2247.
 26. — Hfd. 2377.
 8. Juni Hfd. 1443.
 13. Aug. hfr. N. 1606.
 23. — Hfd. 2567.
 31. — N. 430. 646.
 6. Okt. Hfd. 1091.
 25. — Pat. 852. 1378.
 27. — Hfd. 1570.
 17. Nov. Hfd. 104.
 7. Dez. Hfd. 1546.
 24. — Hfd. 754.

1799.

18. Jan. Hfd. 1020.
 26. — Hfd. 856.
 5. Febr. Hfd. 2174.
 1. März N. 453. 1902.
 1. — N. 456. 1490.
 2. — Hfd. 793.

26. März Hfd. 2361.
 29. — Hfd. 875.
 5. April Hfd. 868.
 19. — N. 466. 425.
 19. — N. 467. 865.
 26. — Hfd. 859.
 31. Mai Hfd. 2063.
 7. Juni Hfd. 608.
 3. Juli gal. N. G. 1074.
 9. — Hfd. 1573.
 23. — Hfd. 2340.
 27. — Hfd. 1775.
 29. — gal. N. G. 1573.
 23. Aug. N. 474. 1199.
 23. — N. 475. 48.
 3. Sept. Hfd. 2340.
 8. Nov. Hfd. 2378.

1800.

31. Jan. Hfd. 1131.
 4. Febr. Hfd. 640.
 7. März Hfd. 2379.
 24. — Hfd. 1516.
 27. — Hfd. 830.
 9. April Hfd. 769.
 24. — Hfd. 121.
 25. — Hfd. 1731.
 26. Mai böh. G. 121.
 27. Juni Hfd. 2341.
 18. Juli Hfd. 1457.
 25. — Hfd. 595.
 16. Aug. Hfd. 2091.
 6. Septemb. Hfd. 1251. 1258.
 1274. 1314. 1340.
 26. Sept. Hfd. 1724.
 30. — Hfd. 869.
 30. Okt. Hfd. 2545.
 31. — Hfd. 961.
 5. Dez. Hfd. 847.
 19. — Hfd. 862.
 31. — Pat. 376.

1801.

15. Jan. Hfd. 2342.
 16. — Hfd. 1739.
 16. — N. 516. 991.
 31. — Pat. 1077.
 13. Febr. Hfd. 2380.
 6. März Hfd. 1130.
 18. — Hfd. 1099 **).
 3. Juli Hfd. 863.
 18. — Hfd. 720.
 24. Juli Hfd. 234.
 4. Sept. Hfd. 1200.
 11. — Hfd. 999 u. 1000.
 18. — Hfd. 1179 *).
 26. — Hfd. 1965.
 23. Okt. Hfd. 408.

27. Nov. Instr. §. 77, m) **1769.**
 9. Dez. o. ö. R. **1991.**
 19. — Hfd. **1185.**
 31. — Hfd. **2086.**

1802.

23. Jan. Hfd. **2248.**
 12. Febr. Hfd. **913.**
 19. — Hfd. **2016.**
 13. März hfr. Ref. **489** *).
 16. April R. 558. **2064.**
 16. — R. 559. **1196.**
 23. — Hfd. **1198.**
 21. Mai Hfd. **2343.**
 21. Juni Hfd. **1810.**
 2. Juli R. 564. **1707.**
 2. — R. 565. **2038.**
 2. — Hfd. **2056.**
 9. — Pat. **1078.**
 22. — Hfd. **1712** *).
 2. Aug. böh. G. **2056.**
 4. — Hfd. **2213.**
 5. Okt. Stemp Pat. R. 577. §. 9. **2493.** §. 29. **342.** §. 43 46. **527.**
 15. Okt. Pat. **345.**
 15. — Hfd. **596.**
 30. — Hfd. **2139.**
 26. Nov. Hfd. **1503.**
 23. Dez. Hfd. **1547.**
 31. — böh. A. G. **2054** *).

1803.

15. Febr. Hfd. **385.**
 22. März hfr. Vdg. **910.**
 28. — Pat. **1851.**
 15. April R. 601. **910.**
 15. — R. 602. **1560.**
 22. — Hfd. **2039.**
 26. — Pat. **1852.**
 29. — Hfd. **576.**
 17. Juni Hfd. **2017.**
 1. Juli R. 614. **860.**
 1. — R. 615. **1576.**
 24. Aug. Hfd. **1504.**
 31. — R. 623. **2263.**
 31. — R. 625. **17.**
 14. Okt. Hfd. **295.**
 30. — Hfd. **1309.**
 2. Dez. Pat. **689.**
 30. — Hfd. **1001.**

1804.

3. Jan. Hfd. **1910.**
 13. — Hfd. **1269.**
 7. Febr. Hfd. **1962.**
 18. — Hfd. **2116.**

Handb. d. Siebigkeiten.

23. Febr. Hfd. **2182.**
 23. März 7. Zir. R. **378.**
 18. April Hfd. **2018.**
 30. — Hfd. G. **861** *).
 25. Mai Hfd. **989.**
 31. Juli Hfd. **1709.**
 11. Aug. Pat. **1795.**
 21. — Pat. **2603.**
 21. — Statuten **2640.**
 21. Sept. Hfd. **355.**
 20. Okt. Hfd. **2314.**
 10. Nov. Hfd. **983.**
 13. — Hfd. **1320.**
 16. — Hfd. **315.**
 12. Dez. hfr. Vdg. G. 1335 *).
 18. — Hfd. **356.**

1805.

18. Jan. Hfd. **864.**
 15. Febr. Hfd. **1021.**
 2. März Hfd. **986.**
 9. — Hfd. **1656.**
 21. — Hfd. **1210.**
 6. April Hfd. **858.**
 9. — Hfd. **1818.**
 20. — Hfd. **1726.**
 22. Juni Hfd. **987.**
 14. Sept. Hfd. **866.**
 16. — Mil. A. G. G. 679 *).
 22. Okt. Mil. A. G. **1606.**
 25. — Hfd. **1039.**

1806.

- 9 Jan. böh. Gub. **1402.**
 18. Febr. hfr. Vdg. **903.**
 14. März Hfd. **51.**
 14. — R. 759. **1934.**
 15. — R. 760. **1079.**
 18. April Hfd. **903.**
 10. Mai n. ö. R. **1815.**
 13. Juni Hfd. **1145.**
 21. — Hfd. **2163.**
 4. Juli hfr. Vdg. **903.**
 10. Aug. Hfd. **2515.**
 30. — Hfd. **2510.**
 12. Sept. Hfd. **1532.**
 24. Okt. Hfd. **972.**
 26. Dez. Hfd. **1796.**

1807.

23. Jan. Hfd. **2087.**
 28. — böh. G. **1988** *).
 19. Febr. Hfd. **1068.**
 20. — hfr. Vdg. **952.**
 14. März Hfd. **8.**
 3. April Hfd. **888.**
 10. — n. ö. A. G. **1081.**

28. April Hfd. **2511**.
 15. Mai Hfd. **2527**.
 19. — böh. Gen. Kom. **981**.
 4. Juni Vertrag **2573**.
 11. — Hfd. **1209**.
 18. Juli Hfd. **1817**.
 6. Aug. böh. G. S. 929 *).
 28. — Hfd. **1533**.
 1. Sept. Reglement **994—8**.
 9. Okt. Hfd. **426**.
 24. — N. 822. **1584**.
 24. — N. 823. **1636**.
 10. Nov. Hfd. **357**.
 14. — Hfd. **672**.
 27. — Hfd. **2043**.
 21. Dez. Pat. S. 24 und 28, **333**.
 S. 29 und 30. **348**.
 23. Dez. Hfd. **128**.

1808.

22. Jan. Hfd. **1146**.
 7. Febr. hfr. Vdg. S. 679 **).
 26. März steir. G. **2052**.
 12. Mai hfr. Z. **2534**.
 26. — Hfd. **2534**.
 17. Juni Hfd. **2512**.
 24. — Hfd. **2106**.
 28. — hfr. Vdg. **904**.
 8. Juli Hfd. **2381**.
 9. — Hfd. **316**.
 16. — Hfd. **1370**.
 17. — hfr. Vdg. **2554**.
 18. — Hfd. **2528**.
 30. — Hfd. **622**.
 2. Aug. böh. Gen. Kom. **2554**.
 28. — hfr. Vdg. **895**.
 17. Sept. Vertrag **2571**.
 26. — hfr. Vdg. **1370** *).
 1. Okt. Hfd. **1587**.
 7. — Hfd. **281**.
 9. Nov. Pat. S. 48. **339** ***).
 9. — hfr. Vdg. **2549** *).
 11. — Hfd. **2315**.
 29. — Hfd. **556**.
 8. Dez. Pat. **365**.
 16. — Hfd. **2073** *).

1809.

13. Jan. Hfd. **444**.
 21. — steir. G. **2053**.
 27. — hfr. Vdg. **365** *).
 8. Febr. Hfd. **282**.
 1. März Hfd. **1530**.
 1. — Hfd. **1025**.
 20. — hfr. Vdg. **2534** *).
 5. April Hfd. **2527**.
 20. — Hfd. **1440**.
 22. — Hfd. **772**.
 28. — Hfd. **2568**.

25. Mai Hfd. **2033**.
 28. — böh. G. **2033** *).
 25. Sept. Hfd. **1911**.

1810.

12. Jan. N. 893. **1911**.
 12. — N. 897. **1335**.
 26. — Hfd. **2067**.
 26. April Hfd. **2190**.
 1. Mai Gesindeord. **61** u. **2362**.
 28. Juni hfr. Vdg. **1604**.
 20. Juli Hfd. **1085**.
 26. — Hfd. **2316**.
 10. Aug. Hfd. **2535**.
 17. — Hfd. **2134**.
 24. — Hfd. **1797**.
 21. Sept. Hfd. S. 1002 **).
 15. Okt. Pat. **2386**.
 31. — Hfd. **2134** *).
 13. Nov. hfr. Z. **2387**.
 23. — Hfd. **855**.
 29. — Hfd. **2397**.
 30. — Hfd. **582**.
 5. Dez. hfr. Vdg. **899**.
 6. — Hfd. **2940**.

1811.

19. Jan. Hfd. **1882**.
 19. — Mil. L. D. **2612**.
 24. — Hfd. **2406**.
 25. — Hfd. **1925**.
 25. — N. 925. **2135**.
 12. Febr. böhm. Erbsteuerhff. **2402**.
 15. — Hfd. **2574**.
 19. — hfr. Z. **2427**, S. 1251 *)
 und **2490**.
 22. Febr. böhm. G. **2397**.
 9. März Hfd. **2083**.
 10. — hfr. Vdg. **2416**.
 16. März N. 933. **1640**.
 16. — N. 935. **1480**.
 16. — N. 936. **1758**.
 23. — Hfd. **2388**.
 26. — Hfd. S. 1251 *) u. **2490** *).
 26. — hfr. Z. **2389**.
 20. April Hfd. **614**.
 20. — Hfd. **2412**.
 26. — Hfd. **2575**.
 28. — Hfd. **1652**.
 6. Mai Pat. **338** und **2074**.
 5. Juni steir. Sub. **2398**.
 6. — hfr. N. **2412**.
 7. — N. 947. **2344**.
 7. — N. 948. **2161**.
 5. Juli Hfd. **59**.
 9. — hfr. Z. **2389**.
 27. Aug. hfr. Vdg. **908**.
 18. Sept. hfr. N. S. 994 **).
 21. — Hfd. **2513**.

1. Okt. hfr. Vdg. 907.
7. — Hfd. 2088.
25. — Hfd. 660.
9. Nov. Hfd. 185.
26. Dez. n. ö. R. 2399.

1812.

8. Febr. R. 971. 415.
8. — R. 972. 2317.
15. — Hfd. 1336.
28. — Hfd. 1267.
3. März hfr. Z. 2399.
12. — Hfd. 1918.
13. — Hfd. 1575.
14. — Hfd. 889.
9. April Hfd. 2439.
25. — Hfd. 2499.
27. — Hfd. 476.
9. Mai Hfd. 2555.
16. — Hfd. 213 *).
27. — Hfd. 213.
10. Juli Hfd. 2315.
22. — Hfd. 1999.
12. Aug. Hfd. 1967.
31. — o. ö. R. 2400.
3. Nov. Hfd. 1102.
7. — R. 1010. 1024.
7. — R. 1011. 457.
5. Dez. R. 1018. 421.
19. — Hfd. 1382.
31. — Pat. 181, 1517.

1813.

14. Jan. Hfd. 1517 *).
29. — Hfd. 210.
15. Febr. n. ö. R. 1517 *).
18. — Hfd. 2305.
9. März hfr. R. 2305.
12. — Hfd. 1798.
13. — Hfd. 2129.
13. — Pat. §. 17 und 36. 435.
- §. 22. 893. §. 34. 332.
21. März Hfd. 59 *).
9. April Hfd. 1214.
14. — hfr. Vdg. 2529 *).
20. — Hfd. 2486.
23. — Hfd. 558.
29. — Hfd. 2306.
30. — Hfd. 625.
6. Mai Hfd. 2346.
18. Juni Hfd. 821.
19. — R. 1055. 930.
19. — R. 1057. 1187.
1. Juli Waldord. 143.
2. — R. 1058. 446.
2. — R. 1059. 2486 *).
2. — R. 1060. 2488.
2. — R. 1061. 1703.

13. Juli Hfd. 2162.
16. — Hfd. 828.
18. — hfr. Z. 2440.
23. — R. 1067. 186.
23. — R. 1068. 2487.
30. — Hfd. 2318.
9. Okt. Hfd. 265.
14. — Hfd. 2514.
20. — Hfd. 2319.
21. — Hfd. 461.
29. — Hfd. 2132.

1814.

13. Jan. Hfd. 462.
1. April Hfd. G. 1274 *).
6. Mai Hfd. 968.
12. — Hfd. 1122.
13. — Hfd. 845.
21. — Hfd. 1227.
7. Juni Note, 474.
14. — illir. G. 474.
17. — Hfd. 422.
30. — illir. G. 2168 *) und 2390.
2. Juli illir. Hfd. G. 1134 *).
8. — illir. G. 2168 *) und 2546.
16. Juli Hfd. 615.
26. — illir. G. 113 *) und G. 1134 *).
1. Aug. Hfd. 2464.
11. — Hfd. 2403.
13. Sept. illir. Gub. 441.
20. — Hfd. G. 1134 *).
30. — illir. G. 2500.
22. Okt. Hfd. 191.
24. Dez. a. h. G. 1086.
30. — Hfd. 2392.

1815.

4. Jan. Hfd. 455.
11. — tir. G. 1086.
18. — Hfd. 1006.
15. Febr. Hfd. 846.
13. März Note 1156.
17. — Hfd. 1383.
1. April Hfd. 341.
17. Mai Hfd. 1341.
31. — Hfd. 2593.
8. Juni Hfd. 2214 *).
5. Aug. Hfd. 2007.
1. Sept. Note der Organif. Hftom. 441.
13. — illir. G. 441.
14. — Hfd. 1099 *).
18. — Hfd. 2610.
21. — tir. G. 475.

13. Okt. Hfd. **1431.**
 18. — Hfd. **601.**
 21. — Hfd. **462** *).
 27. — Hfd. **1088.**
 28. — Hfd. **774.**
 26. Nov. Hfd. **1384.**
 13. Dez. Dek. der Drg. Hff. **517.**
 16. — Pat. **1517.**
 22. — Hfd. **1127.**

1816.

9. Jan. Hfd. **216.**
 10. — Hfd. **577.**
 7. Febr. Hfd. **520.**
 24. — Hfd. **1095.**
 13. März Hfd. **1464.**
 8. April Hfd. **1376.**
 17. — Hfd. **1229.**
 27. — Hfd. **172.**
 2. Mai Hfd. **2428.**
 4. — Hfd. **2168** *) und C.
 1134 *).
 10. Mai Hfd. **1082.**
 13. — Hfd. **2572.**
 17. — Hfd. **1270.**
 23. — Hfd. **2441.**
 27. — Instr. **479** *).
 29. — Hfd. **2516.**
 1. Juni N. 1248. **835.**
 1. — N. 1249. **1522.**
 7. — hfr. Vdg. **479** *).
 8. — N. 1254. **2576.**
 8. — N. 1255. **992.**
 8. — N. 1256. **880.**
 15. — Hfd. **2516.**
 3. Juli Hfd. **1385.**
 17. — Hfd. **588.**
 19. — Hfd. **192.**
 2. August hfr. Vdg. **2435.**
 7. — Hfd. **2065.**
 14. — Hfd. **521.**
 26. — böh. A. G. **2065.**
 5. Okt. Hfd. **775.**
 13. — Hfd. **2482.**
 18. — Hfd. C. 993 **).
 24. — Hfd. **847** *).
 8. Nov. Hfd. **351.**
 13. — Hfd. **1597.**
 29. — Hfd. **741, 747** und
1789.
 14. Dez. Hfd. **2347.**
 28. — Hfd. **2320.**

1817.

7. Febr. Hfd. **2111.**
 14. — Hfd. **2100.**
 15. — Hfd. **885.**
 26. — Hfd. **1420.**
 20. März Hfd. **2442.**

1. April Hfd. **1468.**
 9. — Hfd. **2522.**
 22. — böh. A. G. **2522.**
 25. — Hfd. **2040.**
 27. — Kommerzhofd. **1444.**
 11. Juli Hfd. **2000.**
 15. — Pat. §. 10. **913.** §. 48.
436. §. 50 — 54. **913.** §. 57.
836.
 15. Juli Reglem. **914.**
 16. — Hfd. **2168** *) u. **2214** *).
 18. — Hfd. **2101.**
 19. — Hfd. **507.**
 29. — Hfd. **122.**
 7. Aug. Hfd. **1518.**
 15. — Pat. **1853.**
 30. — Hfd. **1743.**
 4. Sept. hfr. R. **731** *).
 24. — Hfd. **1276.**
 5. Okt. steier. Sub. **2516.**
 8. Okt. Hftomd. **454.**
 18. — Hfd. **1152.**
 21. — N. 1380. **890.**
 21. — N. 1381. **1271.**
 5. Nov. Hfd. **1263.**
 7. — Vertrag **2594.**
 22. — Hfd. C. 1087. Note.
 13. Dez. Hfd. **1626.**
 19. — Hfd. **358.**
 24. — Hfd. **1018.**

1818.

17. Jan. N. 1405. **1188.**
 22. — Hfd. **2489.**
 24. — Hfd. **189.**
 31. — Hfd. **1469.**
 3. Febr. Hfd. **359** *).
 14. — Hfd. **1568.**
 18. — Kommerzhftomd. **1451.**
 20. — Hfd. **2001.**
 7. März Hfd. **1653.**
 13. — Hfd. C. 1254 *).
 27. — Hfd. **71.**
 1. April. böh. A. G. **1188** *).
 11. — Hfd. **213.**
 16. — Hfd. **447.**
 18. — Hfd. **2321.**
 30. — Hfd. **123.**
 9. Mai N. 1449. C. **1145** *).
 9. — N. 1452. **2424.**
 9. — N. 1453. **1772.**
 10. — Hfd. **2227.**
 11. — Hfd. **2577.**
 15. — Hfd. **881.**
 22. — Hfd. **1724** *).
 27. — böh. G. **2227.**
 29. — böh. G. **123.**
 10. Juni illir. G. **2460.**
 12. — Hfd. **173.**

13. Juni Hfd. 359.
 20. — hfr. Vdg. 1620.
 20. — Hfd. 375.
 21. — Kommerzhftmd. 1445.
 2. Juli böh. G. 1724 *).
 16. — Hfd. 2407.
 18. — Hfd. 2601.
 25. — Hfd. 993
 1. Aug. N. 1481. 9 u. 217.
 1. — N. 1482. 2408.
 18. — böh. N. G. 2099.
 20. — Hfd. G. 861 *).
 29. — N. 1487. 522.
 29. — N. 1489. 1855 *).
 1. Sept. Hfd. 2304.
 4. — N. 1492. 1208.
 4. — N. 1494. 205.
 7. — a. h. G. 2175.
 26. — Hfd. 1272.
 27. — hfr. Vdg. G. 690 *).
 30. — Note 2175.
 15. Okt. hfr. Vdg. 2621.
 22. — Vertrag 932.
 31. — Vdg. der Steuerregul. Hftom
 17.
 6. Nov. Hfd. 2606.
 20. — N. 1518. 1847.
 20. — N. 1519. 1872.
 21. — Hfd. 692.
 31. Dez. N. 1531. 67.
 31. — N. 1532. 1939.

1819.

7. Jan. hfr. Ref. 344.
 9. — Hfd. 994.
 23. — Hfd. 1776.
 27. — hfr. Vdg. 1834.
 30. — Hfd. 1255.
 11. Febr. Hfd. 2417.
 18. März Hfd. 461 *).
 8. April o. ö. N. 461 *).
 16. — Hfd. 801.
 20. — Hft. 2393.
 26. — N. 1555. 1089.
 26. — N. 1556. 1548.
 1. Mai Hfd. 2002.
 14. — Hfd. 69.
 14. — N. 1561. 1022.
 17. — N. 1563. d) 243.
 3. Juni Hfd. 1209.
 4. — hfr. Z. 1835.
 9. — hfr. Vdg. 2615.
 10. — Hfd. 124.
 11. — Hfd. 2176.
 19. — Hfd. 1215.
 2. Juli mähr. G. 124.
 7. — steier. G. 2382.
 13. — a. h. G. 1621.
 16. — Hfd. 676.
 21. — Hfd. 129.

23. Juli Pat. 1855.
 30. — Hfd. 1935 u. 2607.
 14. Aug. hfr. Z. 1621.
 14. — Hfd. 1942.
 19. — Hfd. 303 *).
 23. — a. h. G. 1334.
 23. — N. 1595. 1590.
 23. — N. 1598. 1096.
 11. Sept. Kistenl. G. 303 *).
 17. — Hfd. 2523.
 21. — Hfd. 2140.
 23. — böh. G. 2523.
 22. Okt. Hfd. 52.
 3. Nov. n. ö. N. 52.
 5. — N. 1621. 963.
 5. — N. 1622. 1101.
 5. — N. 1624. 1740.
 19. — N. 1626. 867.
 19. — N. 1627. 995.
 30. — hfr. Z. 1590.
 9. Dez. Hfd. 53.
 10. — Hfd. 1195 *).
 15. — Hfd. 304.
 24. — Hfd. 1591
 31. — mäh. G. 53.

1820.

7. Jan. illir. G. 304.
 11. — Hfd. 2495.
 15. — Hfd. 2602.
 22. — Hfd. 663.
 28. — venez. N. G. 2588.
 4. Febr. mäh. G. 2495.
 19. — Hfd. G. 1087. Note.
 22. — Kommerzhfd. 1448.
 24. — Hfd. 2592.
 1. März Vertrag 2594.
 2. — Pat. 2580.
 5. — o. ö. N. 1448.
 23. — Hfd. 115.
 30. — hfr. N. 2580 *).
 4. April gal. N. G. 964.
 7. — Hfd. 130.
 14. — Hfd. 1026.
 21. — mäh. G. 115.
 27. — Hfd. 473.
 10. Mai Hfd. 489.
 11. — Hfd. 964.
 24. — n. ö. N. 65.
 6. Juni gal. G. 471.
 13. — Hfd. G. 1316 *).
 19. — n. ö. N. 1283.
 20. — Hfd. G. 861 *).
 23. — a. h. G. 1063.
 23. — Hfd. 20.
 21. Juli Hfd. 1674.
 22. — Hfd. 1826.
 28. — Hfd. 1811.
 31. — gal. G. 1063.

18. Aug. N. 1688. 1359.
 18. — N. 1689 95.
 27. — a. h. C. 1291.
 5. Sept. Hfd. 2348.
 7. — Hfd. 1491.
 9. — n. v. N. G. 1291.
 13. — N. 1701. 2141.
 19. — o. v. N. 1291.
 21. — Hfd. G. 1316*.)
 23. — n. v. N. 1401*.)
 25. — o. v. N. 1401*.)
 30. — Hfd. 157 u. 1900.
 3. Okt. Hfd. 2542.
 6. — Hfd. 1900.
 9. — Hfd. 1377.
 11. — Hfd. 1836.
 13. — mah. G. G. 1316*.)
 13. — o. v. N. 2542.
 11. Nov. n. v. N. 1401*.)
 11. — hfr. Z. 945.
 28. — Hfd. 313.
 28. — Hfd. 1292.
 2. Dez. Hfd. 2258.
 4. — n. v. N. G. 1292.
 15. — Hfd. 1919.
 15. — o. v. N. 1292.
 23. — Hfd. 39.
 27. — o. v. N. 2049.
 30. — Hfd. 2082.
 31. — Hfd. 2109 u. 2032.

1821.

5. Jan. hfr. Z. G. 1348*.)
 11. — illir. Erbthff. 2465*.)
 12. — Hfd. 1896.
 13. — Hfd. 2109.
 15. — Hfd. 988.
 21. — Hfd. 811.
 28. — böh. G. 2078.
 30. — Hfd. 1337.
 3. Febr. Hfd. 1509.
 7. — Hfd. 1941.
 8. — Hfd. 2030.
 21. — feier. G. 2030.
 6. März. N. 1743. 158.
 6. — N. 1744. 131.
 12. — o. v. N. 39.
 14. — a. h. C. 571.
 15. — Hfd. 463.
 17. — Hfd. 1444*.)
 6. April Hfd. 1284.
 6. — n. v. N. 1444*.)
 12. — Hfd. 88.
 13. — Hfd. 1778.
 16. — Hfd. 2639.
 22. — n. v. N. 88.
 28. — Hfd. 2103.
 4. Mai Hfd. 1230.
 7. — Hfd. 1282.
 8. — n. v. N. 2103.

11. Mai a. h. C. 1009.
 11. — Hfd. 1241.
 11. — Hfd. 61.
 14. — a. h. C. 361.
 17. — hfr. Z. 2639.
 18. — Hfd. 2415.
 24. — gal. G. 463.
 2. Juni hfr. Bdg. 1009.
 8. — Hfd. 1071.
 9. — N. 1766. 453.
 12. — hfr. N. G. 704*.)
 17. — Steuerregul. Hfd. 47.
 30. — böh. G. 2501.
 1. Juli böh. G. 47.
 3. — Hfd. 1903.
 7. — Hfd. 772*.)
 22. — Hfd. 349.
 27. — N. 1782. 1694.
 27. — N. 1783. 605.
 3. Aug. Hfd. 2258.
 10. — Hfd. 1598.
 31. — Vertrag 2608.
 1. Sept. Hfd. 1638.
 17. — N. 1796. 1681.
 17. — N. 1797. 813.
 17. — N. 1799. 1986.
 22. — N. 1801. 1285.
 22. — N. 1802. 1592.
 11. Okt. Hfd. 40.
 13. — Hfd. 1290.
 3. Nov. Hfd. 2502.
 9. — Hfd. 2465.
 27. — n. v. N. 2502.
 1. Dez. Hfd. 1338.
 27. — Hfd. 2031.
 28. — tir. N. G. 671.

1822.

11. Jan. Hfd. 1721.
 14. — N. 1830. 1286.
 14. — N. 1831. 1287.
 18. — hfr. Z. 1603.
 18. — illir. G. 2031.
 23. — illir. G. 2423.
 31. — Hfd. 1981.
 9. Febr. N. 1836. 1689.
 9. — N. 1837. 198*.)
 22. — Hfd. 1799.
 23. — Hfd. 1310.
 28. — Vertrag 2608.
 3. März hfr. Z. 2614.
 8. — Hfd. 1261.
 18. — Hfd. 1248.
 21. — Prot. Ausz. 214.
 28. — Hfd. 2461.
 1. April Hfd. 2474.
 5. — Hfd. G. 784*.)
 9. — Hfd. 1904.
 10. — Hfd. 2383.

11. April Hfd. 1226.
12. — Hfd. Vertrag 2608.
13. — Hfd. 12349.
26. — Hfd. 211.
8. Mai Hfd. 1250.
8. — illir. Crefthst. 2461.
9. — o. ö. R. 2543.
24. — Pat. 1950 u. 1959.
28. — Hfd. 1829.
8. Juni o. ö. R. 2544.
14. — Hfd. 1688.
19. — steier. G. 2145.
21. — Hfd. 1936.
27. — Hfd. 2029.
11. Juli böh. G. 1402.
12. — böh. G. 1231.
12. — Hfd. 2029.
12. — Hfd. 1889.
30. — böh. G. 1936.
3. Aug. R. 1885. 1873.
6. — Hfd. 2413.
13. — hfr. Z. 1618.
19. — Hfd. 1943.
30. — gal. G. 137.
7. Sept. Hfd. 2536.
12. — böh. Sub. 2475.
13. — Hfd. 1217.
15. — n. ö. R. 1943.
21. — Hfd. 619.
2. Okt. hfr. Bdg. 906 *)
3. — böh. G. 1889.
4. — Hfd. 802.
5. — Hfd. 1027.
11. — Hfd. 240.
4. Nov. Hfd. 1201.
8. — Hfd. 2274.
9. — Hfd. 1224.
23. — Def. der Steuerregul. Hof-
kom. 93.
4. Dez. böh. G. 2476.
6. — Hfd. 827.
7. — Hfd. 2228.
9. — Vertrag 934.
9. — Hfd. 1221.
20. — Hfd. 1043.
24. — hfr. Z. 2536 **)
24. — steier. Z. 2228.
27. — Hfd. 116.
30. — böh. G. 93.
30. — Hfd. 748.

1823.

8. Jän. Hfd. 1120.
20. — Hfd. 1858.
24. — Hfd. 154.
25. — Hfd. 1135.
7. Febr. Hfd. 1800.
10. — o. ö. R. 87.
11. — Hfd. 1031.

14. Febr. hfr. Z. 379.
18. — böh. Crefthst. 2454.
18. — mail. N. G. 1031.
26. — Hfd. 973.
6. März n. ö. R. 379 *)
8. — tir. G. 1120.
24. — Hfd. 1863.
7. April R. 1930. 1287.
7. — R. 1931. 95. *)
11. — Hfd. 2244.
18. — Hfd. 1894.
19. — Hfd. 2264.
5. Mai Hfd. 1954.
9. — Hfd. 2443.
21. — Hfd. 2384.
31. — Hfd. 2322.
5. Juni Hfd. 2569.
6. — Hfd. 2081.
7. — Hfd. 96.
7. — illir. G. 2384.
11. — Hfd. 2229.
20. — Hfd. 2444.
20. — mäh. G. 2569.
27. — mäh. G. 2229.
2. Juli Hfd. 1288.
11. — Hfd. 2409.
15. — Hfd. 2409 *)
15. — R. 1952. 25.
15. — R. 1953. 1760.
19. — Studhfd. 2537.
28. — Hfd. 744.
1. Aug. Hfd. 2466.
5. — o. ö. R. 2537.
7. — Aug. hfr. Bdg. 900.
12. — Hfd. 2585.
26. — Hfd. 1010.
29. — hfr. Z. 2093.
15. Sept. Hfd. 1641.
10. Okt. Hfd. 2445.
15. — Hfd. 76.
20. — Hfd. 910.
30. — Hfd. 2517.
19. Nov. steier. G. 2517.
28. — mäh. G. 76.
2. Dez. Hfd. 141.
4. — Hfd. 2394.
9. — Hfd. 94.
11. — Hfd. 2404.
31. — steierm. G. 464.

1824.

2. Jän. Hfd. 1289.
12. — steier. G. 2404.
15. — Hfd. 2431.
21. — hfr. R. G. 1345 **).
22. — Pat. 1517.
30. — gal. G. 117.
30. — Hfd. 364.
30. — mäh. G. 484.

31. Jan. Hfd. 1854.
 3. Febr. Hfd. 1249.
 3. — Mil. A. G. G. 1345**).
 13. — Hfd. 624.
 14. — Hfd. 1646.
 18. — Hfd. 2436.
 28. — Hfd. 1499.
 12. März Hfd. 1692.
 16. — steierm. G. 2431.
 20. — N. 1993. 1819.
 20. — N. 1994. 138.
 26. — in. v. A. G. G. 1552*).*
 6. April in. v. A. G. 138*).*
 9. — Hfd. 1782.
 27. — hfr. Z. 1499.
 14. Mai Hfd. 739.
 21. — Hfd. 54.
 29. — Hfd. 1068.
 1. Juni hfr. Z. 2443.
 4. — Hfd. 1438.
 14. — Hfd. 2597.
 23. — steierm. G. 2518.
 3. Juli Hfd. 822.
 15. — Hfd. 1557.
 17. — hfr. Z. 2556.
 30. — Hfd. 2041.
 30. — mäh. G. 1577.
 5. Aug. Hfd. 2483.
 6. — Hfd. 2484.
 19. — o. v. R. 2483.
 2. Sept. Hfd. 118.
 2. — N. 2039. 1134.
 16. — Hfd. 2044.
 20. — Hfd. 2446.
 28. — Hfd. 82.
 30. — illir. G. 118.
 14. Okt. illir. G. 82.
 15. — mäh. G. 2446.
 19. — Hfd. 2467.
 20. — Hfd. 1280.
 28. — Hfd. 2598.
 5. Nov. Hfd. 150.
 8. — Hfd. 2443*).*
 18. — illir. G. 109**).
 19. — N. 2049. 1293.
 19. — N. 2050. 1820.
 19. — Vertrag 2601.
 1. Dez. Hfd. 2447.
 3. — Hfd. 2010.
 17. — Hfd. 2302.
 18. — Hfd. 2107.
 30. — Hfd. 2415*).*

1825.

7. Jan. Hfd. 2073.
 13. — Hfd. 255.
 15. — N. 2065. 677.
 15. — N. 2066. 2230.
 28. — Hfd. 362.

4. Febr. Hfd. 823.
 8. — hfr. Z. 2447.
 9. — Hfd. 2282.
 24. — hfr. Z. G. 1330*).*
 28. — böh. G. 2282.
 1. März böh. A. G. 1890.
 2. — Hfd. 556.
 9. — n. v. R. 1944.
 19. — tir. G. 556.
 24. — N. 2080. 2601.
 24. — N. 2082. 2124.
 5. April böh. G. 2008.
 13. — Hfd. 1732.
 13. — hfr. R. 2467.
 21. — Hfd. 139.
 30. — Hfd. 1953.
 18. Mai Hfd. 2141*).*
 20. — Hfd. 139.
 27. — Hfd. 1679.
 31. — Hfd. 2183.
 3. Juni Hfd. 2599.
 7. — hfr. Z. 2616.
 9. — Hfd. 2401.
 10. — Hfd. 150.
 11. — o. v. R. 2183.
 17. — Hfd. 1265.
 17. — N. 2106. 616.
 17. — N. 2109. 320.
 17. — N. 2112. 1593.
 22. — hfr. R. 2415*).*
 23. — n. v. R. 2018*).*
 27. — steier. G. 150.
 2. Juli Hfd. 496.
 6. — Hfd. 2477.
 8. — Hfd. 1783.
 8. — in. v. A. G. 2473.
 9. — Hfd. 1690.
 14. — Hfd. 103.
 16. — Hfd. 404.
 19. — Hfd. 404.
 21. — laib. G. 150.
 30. — Hfd. 2503.
 31. — Hfd. 320.
 5. Aug. Hfd. 742.
 6. — N. 2121. 1672.
 6. — N. 2122. 68.
 10. — o. v. R. 2503.
 11. — laib. G. 2041*).*
 12. — Hfd. 1315*).*
 16. — tir. A. G. 742.
 16. — böh. A. G. 2019.
 17. — hfr. Bdg. 2557.
 18. — Hfd. 2468.
 19. — Hfd. 1488.
 25. — Hfd. 2437.
 29. — Mil. A. G. 2557.
 1. Sept. Hfd. 305.
 3. — steierm. G. 2468.
 6. — Hfd. 2363.
 10. — Hfd. 1510 u. 2292.

10. Sept. o. ö. R. 2137.
 16. — Hfd. 1128.
 20. — Hfd. 786 *).
 20. — Shfd. 1790.
 22. — illir. G. 305.
 23. — Hfd. 1679.
 24. — Hfd. 1801.
 29. — Hfd. 2642.
 29. — o. ö. R. 2292.
 30. — steier. G. 1510.
 8. Okt. n. ö. R. 1935 *).
 9. — böh. G. 1315 *).
 14. — Hfd. 1281.
 17. — o. ö. R. 2642.
 20. — Hfd. 2478.
 20. — laib. G. 1510.
 21. — R. 2136. 2303.
 21. — R. 2137. 489.
 26. — Hfd. 2231.
 27. — Hfd. 2472.
 2. Nov. Instrukt. 1447.
 3. — hfr. Z. 911.
 4. — Hfd. 1750.
 11. — Hfd. 2003.
 11. — steier. G. 2472.
 18. — Hfd. G. 828 *).
 25. — Hfd. 1695.
 28. — Hfd. 2290.
 2. Dez. R. 2149. 1905.
 2. — R. 2150. 545.
 9. — Shfd. 1213.
 16. — Hfd. 89.
 26. — Hfd. 1803.
 27. — illir. Erbshft. 2478.
 28. — hfr. Ref. 545 *).

1826.

13. Jan. Hfd. 119.
 19. — Hfd. 2201.
 27. — o. ö. R. 119.
 1. Febr. n. ö. R. 119.
 2. — a. h. E. 1250.
 6. — Vertrag 2590.
 10. — Hfd. 1788.
 21. — gal. G. 120.
 21. — hfr. Z. 944.
 25. — Shfd. 623.
 26. — hfr. Z. 2622.
 28. — Shfd. 1206.
 3. März Shfd. 72.
 3. — Hfd. 1465.
 8. — Hfd. 2591.
 10. — Hfd. 2590.
 16. — Hfd. 151.
 17. — Hfd. 1700.
 21. — hfr. R. 62 *).
 1. April Shfd. 1218.
 5. — venez. A. G. 1218.
 6. — Hfd. 2479.
 7. — Hfd. 923.

11. April hfr. Bdg. 1610.
 12. — tir. G. 851.
 13. — Hfd. 965.
 15. — Hfd. 188.
 5. Mai Shfd. 543.
 11. — hfr. Z. 1611.
 3. Juni a. h. E. 805.
 5. — Hfd. 2232.
 6. — Shfd. 1489.
 7. — Hfd. 2234.
 16. — Shfd. 812.
 17. — Hfd. 1299.
 21. — Hfd. 1386.
 24. — Hfd. 1403.
 24. — laib. G. 2232.
 30. — Hfd. 1830.
 1. Juli Shfd. 1725.
 4. — Hfd. 2233.
 11. — Hfd. 1386.
 11. — Shfd. 1387.
 13. — Hfd. 2448.
 16. — Hfd. 2072.
 20. — laib. G. 2233.
 22. — Hfd. 1830.
 26. — Hfd. 134 u. 1387.
 29. — R. 2209. 321.
 29. — R. 2210. 1971.
 3. Aug. hfr. Bdg. 2529.
 10. — Hfd. 1511.
 18. — Hfd. 1404.
 19. — R. 2216. 497.
 23. — hfr. Bdg. 1605.
 26. — Hfd. 580.
 1. Sept. R. 2218. 1360.
 1. — R. 2219. 1511.
 5. — in. ö. A. G. 2018 *).
 20. — Hfd. 152.
 3. Okt. hfr. Z. 2448.
 15. — böh. G. 1289 *).
 18. — Hfd. 2293.
 20. — Hfd. 2491.
 27. — tir. G. 134.
 4. Nov. Hfd. 2293.
 5. — Hfd. 1388.
 17. — Hfd. 578.
 18. — Hfd. 2126.
 25. — R. 2234. 892.
 25. — R. 2235. 498.
 28. — Hfd. 2126 *).
 28. — hfr. Def. 840.
 7. Dez. Hfd. 1907.
 9. — böh. G. 1388.
 21. — Hfd. 1520.
 23. — Hfd. 77.
 27. — R. 2244. 1756.
 24. — R. 2245. 1920.
 29. — n. ö. R. 462 *).

1827.

4. Jan. o. ö. R. G. 1002 *).

5. Jan. Hfd. 1906.
 8. — steier. G. 1520.
 10. — Hfd. 55.
 13. — Hfd. 1599.
 18. — Hfd. 56.
 20. — Hfd. 798.
 27. — Hfd. 73.
 28. — böh. G. 2540.
 31. — Hfd. 1412.
 8. Febr. gal. G. 56.
 8. — Hfd. 984.
 11. — Hfd. 347.
 17. — Hfd. 589.
 18. — böh. G. 2541.
 19. — o. ö. R. 984.
 2. März Hfd. 740.
 3. — Hfd. 2235.
 4. — Hfd. 2004.
 8. — Hfd. 2589.
 10. — Hfd. 190.
 13. — böh. A. G. 1891*.)
 16. — Hfd. 1908.
 28. — hfr. Res. 1600.
 6. April Hfd. 1470.
 13. — Hfd. 1361.
 15. — Hfd. 2092.
 20. — Hfd. 1741.
 6. Mai Hfd. 2368.
 9. — hfr. Z. 1585 n. 1617.
 19. — Hfd. 1601.
 21. — o. ö. R. 2368.
 23. — Hfd. 1157.
 25. — Hfd. 1784.
 1. Juni Hfd. 1277.
 2. — R. 2282. 1802.
 2. — R. 2283. 1087.
 6. — in. A. G. 2018*.)
 7. — Hfd. 2286.
 20. — hfr. Z. 905.
 23. — Hfd. 1069.
 26. — Hfd. 2395.
 26. — Hfd. 1781.
 27. — Hfd. 974.
 29. — Hfd. 2469.
 13. Juli Hfd. 2158.
 14. — Hfd. 1917.
 19. — Hfd. 1923.
 19. — laib. G. 974.
 20. — R. 2292. 803.
 20. — R. 2294. 1097.
 20. — Hfd. 1878.
 21. — Hfd. 1362.
 3. Aug. Hfd. 2102.
 4. — Hfd. 1922.
 7. — o. ö. R. 2026.
 11. — Hfd. 1130.
 24. — Hfd. 1924.
 14. Sept. Hfd. 2265.
 21. — R. 2307. 448.
 21. — R. 2309. 1347.

26. Sept. a. h. G. 1374.
 29. — Hfd. 1717.
 7. Okt. hfr. Z. 1609.
 12. — Hfd. 2581.
 27. — Stud. Hfomd. 107.
 30. — Hfd. 2480.
 2. Nov. Hfd. 1710.
 2. — Hfd. 1002.
 2. — Hfd. 83.
 6. — gal. G. 1374.
 9. — Hfd. 1773.
 29. — illir. G. 2480.
 5. Dez. Hfd. 2283.
 7. — n. ö. R. G. 627.
 12. — Hfd. 2255.
 13. — steier. G. 140.
 14. — Hfd. 1157*.)
 16. — n. ö. R. 2283.
 24. — Hfd. 1377.
 26. — n. ö. R. 627.

1828.

2. Jan. böh. G. 2141*.)
 10. — Hfd. 24.
 15. — hfr. Bdg. 2623.
 23. — n. ö. R. 24.
 26. — R. 2324. 1072.
 26. — Hfd. 931.
 1. Febr. Hfd. 2323.
 7. — Hfd. 323.
 8. — Hfd. 861.
 10. — Hfd. 841.
 11. — Hfd. 1044 u. 1968.
 13. — illir. A. G. G. 1217*.)
 22. — Hfd. 841.
 23. — Hfd. 1921.
 26. — Just. Präf. 1880.
 4. März Hfd. 2422.
 5. — hfr. Z. 931.
 6. — Hfd. 824.
 13. — gal. G. 525.
 19. — steier. G. 2422.
 20. — Hfd. 1098.
 26. — hfr. Z. 2449.
 27. — illir. G. 824.
 28. — n. ö. R. 1837.
 1. April Hfd. 2470.
 8. — Hfd. 1279.
 12. — Hfd. 2449.
 12. — Hfd. 1389.
 15. — steier. G. 2470.
 18. — Hfd. 62.
 2. Mai laib. G. 41.
 6. — Hfd. 2200.
 23. — böh. G. 2199.
 28. — hfr. R. 62*.)
 30. — Hfd. 1738.
 30. — o. ö. R. 2146.
 5. Juni Hfd. 883.
 10. — Hfd. G. 1087 Note.

10. Juni Hfd. 2457.
 13. — Hfd. 1294.
 17. — Hfd. 2012.
 28. — steier. G. 2457.
 3. Juli laib. G. 1087 Note.
 11. — N. 2351. 1294.
 11. — N. 2352. 206.
 18. — Hfd. 883.
 31. — Hfd. 1864.
 29. Aug. Hfd. 2432.
 3. Sept. Hfd. 2284.
 8. — n. ö. R. 2046.
 16. — Hfd. 2266.
 18. — Hfd. 63.
 2. Okt. laib. G. 2284.
 6. — Hfd. 509.
 9. — Hfd. 2157.
 19. — Hfd. 2349.
 30. — Hfd. 1375.
 30. — Hfd. 2524.
 11. Nov. gal. G. 63.
 11. — hfr. Bdg. 1614.
 13. — böh. G. 2524.
 13. — Hfd. 2034.
 21. — n. ö. R. 465.
 5. Dez. böh. G. 2266.
 23. — n. ö. R. 1232.
 27. — Hfd. 1642.

1829.

2. Jan. Justizhofbescheid 1436.
 2. — Hfd. 1363.
 6. — v. ö. R. 1233.
 16. — Hfd. 1982.
 22. — Hfd. 2530.
 4. Febr. böh. G. 2530.
 6. — Hfd. 2496.
 13. — Hfd. 1693.
 15. — Hfd. 1311.
 3. März gal. G. 433.
 6. — Hfd. 820.
 21. — Hfd. 2357.
 22. — Hfd. 1295.
 29. — hfr. Ref. 847 *).
 1. April hfr. Ref. 1436.
 7. — hfr. R. 2190 *).
 25. — N. 2395. 509.
 25. — N. 2396. 1744.
 5. Mai hfr. Z. 1612.
 7. — Hfd. 2227.
 8. — N. 2399. 1364.
 8. — N. 2400. 620.
 16. — Hfd. 2189.
 18. — Hfd. 2133.
 19. — N. 2402. 1295.
 19. — N. 2403. 1842.
 29. — Hfd. 1211.
 29. — v. ö. R. 2133.
 2. Juni Hfd. 1951.
 12. — Hfd. 2162.

12. Juni N. 2410. 1379.
 12. — N. 2411. 1989.
 13. — hfr. Z. 1001.
 15. — Finanzminist. Erlaß 339.
 22. — steier. G. 1234.
 26. — Hfd. 1887.
 26. — Hfd. G. 608 *).
 4. Juli Hfd. 2144.
 15. — hfr. R. 2189 *).
 17. — hfr. Z. 1607.
 17. — Hfd. 2144.
 23. — Hfd. 1735.
 1. Aug. Hfd. 915.
 5. — Hfd. 2079.
 8. — Hfd. 366.
 14. — Hfd. 1312.
 20. — Hfd. 1905.
 26. — n. ö. R. 1886 u. 1887.
 3. Sept. v. ö. R. 1886.
 4. — Hfd. 110.
 17. — Hfd. 110.
 21. — n. u. v. ö. R. Präf. 1409.
 23. — böh. G. Präf. 1409.
 30. — Hfd. 2238.
 13. Okt. Hfd. 1804.
 15. — Hfd. 309.
 16. — n. ö. R. 2238.
 17. — Hfd. 1348.
 22. — Hfd. 2369.
 22. — N. 2435. 871.
 27. — Hfd. 1831.
 31. — Hfd. 1831.
 5. Nov. v. ö. R. 2369.
 6. — laib. G. 369.
 19. — Hfd. G. 491 *).
 20. — Hfd. 456.
 20. — Hfd. 1365.
 24. — Hfd. 1512.
 26. — Hfd. 480.
 29. — böh. A. G. G. 491 *).
 4. Dez. tir. A. G. 1365.
 16. — steier. G. 1512.
 29. — Hfd. 2267.

1830.

15. Jan. Hfd. 1897.
 21. — Hfd. 133 *).
 22. — Hfd. 324.
 31. — Hfd. 133 zu Ende *).
 4. Febr. böh. G. 472.
 9. — Hfd. 1446.
 13. — böh. G. 133 *).
 20. — Hfd. 407.
 26. — n. ö. R. 1446.
 4. März hfr. Z. 1608.
 4. — böh. G. G. 1042 Beil. II.
 12. — Hfd. 2267.
 16. — a. h. G. 1391.
 19. — Hfd. 1711.
 21. — hfr. Bdg. 1619.

26. März gal. G. 466.
 9. April Jhfd. 1017.
 9. — Hfd. 1390.
 16. — Hfd. 1259.
 6. Mai hfr. Rej. G. 668 *).
 11. — Hfd. 2410.
 21. — n. ö. R. 2079 *).
 4. Juni Hfd. 2160.
 18. — Hfd. 1643.
 23. — v. ö. R. 2324.
 24. — Hfd. 1579.
 24. — N. 2470. 2259.
 25. — Hfd. 1832.
 3. Juli Hfd. 1832.
 4. — Hfd. 2591.
 5. — Hfd. 876.
 8. — Hfd. 2579.
 16. — Hfd. 777.
 23. — Hfd. 1296.
 23. — Jhfd. 1128 *).
 26. — Hfd. 877.
 26. — v. ö. R. 876.
 27. Juli Def. der Tabakdir. 350.
 2. Aug. böh. M. G. 1219.
 4. — böh. M. G. 1128 *).
 7. — mäh. G. 877.
 12. — Hfd. 473.
 17. — Hfd. 518.
 27. — Hfd. 330.
 31. — Hfd. 1865.
 3. Sept. mäh. G. 518.
 16. — Hfd. 2211.
 23. — Hfd. 2450.
 24. — hfr. Z. 1613.
 30. — Hfd. 2112.
 2. Okt. Hfd. 1762.
 4. — steier. G. 2211.
 15. — böh. G. 473.
 16. — Jhfd. 1296.
 30. — a. h. G. 390.
 10. Nov. Hfd. 390.
 27. — Hfd. 142.
 27. — Hfd. 499.
 1. Dez. Hfd. 2033.
 5. — Hfd. 74.
 7. — v. ö. R. 142.
 14. — n. ö. R. 2033 *).
 17. — Hfd. 617.
 18. — Hfd. 74.

1831.

7. Jan. Jhfd. 1891.
 11. — Hfd. 1668.
 17. — böh. M. G. 1891.
 20. — Hfd. 159.
 21. — Hfd. 1099 *).
 24. — böh. G. 1190.
 27. — hfr. Z. 2617.
 28. — Jhfd. 1278.

30. Jan. tir. G. 327.
 2. Febr. n. ö. R. 159.
 4. — N. 2503. 1366.
 4. — N. 2504. 2125.
 19. — Hfd. 1273.
 21. — v. ö. R. 1278.
 23. — Hfd. 766.
 14. März Hfd. 1515.
 26. — Hfd. 360.
 31. — Hfd. 884.
 10. April Hfd. 391.
 15. — Hfd. 2164.
 26. Mai Hfd. 84.
 30. — n. ö. R. 2456.
 1. Juni n. ö. R. 485.
 1. — hfr. Z. 773.
 16. — tir. G. 84.
 17. — Hfd. 500.
 8. Juli Hfd. 501.
 8. — Hfd. 1734.
 15. — Hfd. 111.
 18. — Hfd. 2158 *).
 19. — hfr. Z. 2618.
 22. — Hfd. 1745.
 26. — Hfd. 430.
 16. Aug. Hfd. 2485.
 2. Sept. Jhfd. 2011.
 7. — Hfd. 1065.
 9. — N. 2528. 946.
 9. — N. 2529. 2118.
 15. — böh. G. 1192.
 22. — Hfd. 392.
 24. — Hfd. 1860.
 24. — Jhfd. 1065.
 6. Okt. Hfd. 112.
 11. — hfr. Z. 942.
 13. — böh. G. 2152.
 14. — N. 2531. 1712.
 14. — N. 2532. 1627.
 22. — n. ö. R. G. 334 *).
 27. — böh. G. 133 zu Ende *).
 4. Nov. Hfd. 1129.
 5. — Jhfd. 1578.
 11. — N. 2536. 1752.
 11. — N. 2538. 2165.
 22. — Hfd. 2418.
 22. — v. ö. R. 2147.
 16. Dez. Hfd. 1391.
 23. — Jhfd. 1912.
 27. — Hfd. 2104.
 30. — Hfd. 2120.
 31. — hfr. Z. 1616.

1832.

12. Febr. Hfd. 2481.
 24. — Hfd. 1316.
 2. März n. ö. R. 386.
 8. — Hfd. 43.
 8. — N. 2552. 2150.

9. März Zbfd. 1856.
 17. — Zbfd. 1523.
 22. — Hfd. 1864.
 24. — Hfd. 1885.
 24. — Pat. §. 11 u. 14, 1952.
 §. 29 u. 31, 19.
 26. — böh. A. G. 1523.
 27. — Hfd. 1129.
 29. — Hfd. 144.
 31. — Pat. §. 26 u. 27, 85. §. 28,
 978.

9. April böh. G. 13.
 14. — Hfd. 1913.
 17. — Hfd. 334.
 19. — laib. G. 144.
 4. Mai Hfd. 2083 *).
 11. — Hfd. 50 u. 1392.
 13. — Hfd. 38.
 13. — gal. G. 1864.
 23. — Hfd. 1748.
 25. — Zbfd. 1222 u. 1892.

6. Juni böh. A. G. 1892.
 8. — Hfd. 996.
 19. — Hfd. 1519.
 22. — Hfd. 997.
 5. Juli o. ö. R. 145.
 6. — Hfd. 1867.
 10. — Hfd. G. 641 **).
 11. — n. ö. R. 1519.
 18. — gal. G. 1865.
 26. — Hfd. 1393.
 2. Aug. Hfd. 314.
 10. — Hfd. 1914.
 11. — Zbfd. 1867.
 17. — Hfd. 1867.
 24. — steier. G. 2504.
 24. — tir. G. 314.
 31. — Hfd. 916.

2. Sept. Hfd. 318.
 12. — Hfd. 405.
 8. Okt. n. ö. R. 1886 *).
 11. — o. ö. R. 1886 *).
 16. — hfr. R. 1222.
 20. — böh. G. 2009.
 27. — Zbfd. 1883.
 30. — gal. G. 997.

2. Nov. Zbfd. 405.
 8. — Hfd. 2505.
 8. — n. ö. R. 467.
 8. — Hfd. 953.
 27. — o. ö. R. 2148.
 28. — Hfd. 409.
 9. Dez. böh. G. 2505.
 12. — n. ö. R. 409.
 18. — Hfd. 2471.
 19. — n. ö. R. 953.
 21. — Hfd. 579.
 21. — Zbfd. G. 898 *).
 29. — Zbfd. 374.
 29. — laib. G. 42.

31. Dez. hfr. Z. 2451.
 31. — Zbfd. 1893.

1833.

10. Jan. Hfd. 208 *).
 11. — Hfd. 1189.
 12. — Hfd. 1838.
 20. — n. ö. R. 468.
 21. — Hfd. 44.
 24. — Hfd. 2519.
 25. — o. ö. R. 208 *).
 27. — Hfd. 1749.
 28. — böh. A. G. 1893.
 29. — Hfd. 2152.
 30. — in. ö. A. G. G. 898 *).

1. Febr. Hfd. 160.
 8. — Hfd. 1654.
 13. — steier. G. 2519.
 15. — Hfd. 783.
 18. — Hfd. 153.
 22. — Hfd. 1030.
 1. März Hfd. 2364.
 5. — böh. A. G. 1030.
 8. — R. 2600. 1090.
 8. — R. 2601. 1153.
 15. — R. 2602. 1657.
 15. — R. 2603. 167.
 16. — laib. G. 30.
 18. — Hfd. 2611.
 19. — steier. G. 2051.
 21. — böh. G. 2151.
 22. — hfr. Z. 1883.
 29. — Hfd. 878.

1. April Hfd. 2149.
 2. — hfr. Bdg. 1615.
 16. — Hfd. 1351.
 18. — böh. G. 44.
 19. — mäh. G. 2149.
 25. — hfr. Bdg. 380.
 30. — Hfd. 2200.
 11. Mai Hfd. 1203.
 14. — hfr. Z. 834.
 14. — o. ö. R. 2200.
 17. — böh. G. 387.
 21. — Hfd. 2429.
 23. — Hfd. 1352.
 23. — steier. G. 2492.
 24. — Hfd. 1029.
 4. Juni Hfd. 2420.
 11. — Hfd. 31.
 16. — Hfd. 2525.
 17. — Hfd. G. 1298 *).
 22. — Hfd. 381.
 24. — Erlass der Tabakdirekz. 31.
 4. Juli böh. G. 2525.
 4. — Hfd. 948.
 5. — Hfd. G. 1298 *).
 5. — Zbfd. 1351.
 5. — mäh. G. G. 1298 *).
 9. — gal. G. 2420 *).

10. Juli böh. R. G. B. 31.
 11. — Hfd. 502.
 11. — hfr. Z. 2429.
 17. — illir. Erbthff. 2419.
 18. — böh. G. 50.
 27. — Hfd. 624 *).
 13. Aug. böh. R. B. 624 *).
 13. — Hfd. 1785.
 14. — steier. G. 2141 *).
 24. — hfr. Z. 1153.
 27. — Hfd. 2396.
 30. — Hfd. 2020.
 30. — Hfd. 1785.
 6. Sept. Hfd. 2239.
 4. Okt. Hfd. 1325.
 4. — böh. G. 2021.
 8. — Hfd. 27.
 20. — hfr. Z. 2020.
 31. — böh. G. 996 *).
 5. Nov. Hfd. 2426.
 10. — n. ö. R. G. 994 *).
 12. — Hfd. 1524.
 13. — hfr. R. 949 *).
 16. — Hfd. 1353.
 29. — steier. G. 1353.
 3. Dez. n. ö. R. 2426.
 6. — Hfd. 419.
 14. — böh. G. 2152.
 15. — böh. R. G. B. 1524.
 19. — n. ö. R. 419.
 27. — böh. G. 111.
 27. — Hfd. 28

1834.

6. Jan. böh. Erbthff. 2396 *).
 14. — Hfd. 2438.
 20. — böh. A. G. 2256.
 20. — böh. G. 27.
 20. — Hfd. 969.
 24. — n. ö. R. 1579.
 4. Febr. o. ö. R. 2050.
 6. — Hfd. 2153.
 10. — Hfd. 32.
 14. — Hfd. 1372.
 15. — hfr. R. 2239 *).
 21. — Hfd. 2137.
 28. — böh. G. 2153.
 5. März Hfd. 2641.
 15. — Hfd. 2137.
 24. — hfr. Bdg. 949.
 17. April Hfd. 2047.
 17. — Bericht. für Pfarrer 2119.
 2. Mai Hfd. 1354.
 3. — Hfd. 363.
 6. — n. ö. R. 2047.
 11. — steier. G. G. 1002 *).
 26. — böh. G. 363.
 9. Juni Hfd. 1833.
 20. — Hfd. 2055.

4. Juli Hfd. 2054.
 12. — böh. G. 2055.
 14. — böh. A. G. 2054.
 17. — Hfd. 66.
 18. — Hfd. 2119.
 18. — Hfd. 64 u. 473 *)
 19. — Hfd. 1355.
 24. — n. ö. R. 66.
 26. — n. ö. R. 64.
 5. Aug. Hfd. 590.
 8. — a. h. G. 57 u. 56.
 16. — Hfd. 1394.
 18. — Hfd. 2570.
 21. — laib. G. 473 *).
 22. — Hfd. 2301.
 28. — Hfd. 393.
 4. Sept. böh. G. 2570.
 15. — n. ö. R. 393.
 16. — Hfd. oder 1. Dez. Hfd. 57 u. 58.
 23. Sept. hfr. Z. 948 *).
 23. — Hfd. 1972.
 27. — Hfd. 443.
 29. — Hfd. 2048.
 10. Okt. Hfd. 1317 u. 1713.
 15. — n. ö. R. 2048.
 21. — hfr. Ref. 382.
 28. — böh. G. 1972.
 20. Nov. Hfd. 2405.
 21. — Hfd. 311.
 1. Dez. Hfd. 57.
 11. — Hfd. 1706.
 18. — Hfd. 2582.
 31. — Hfd. 2089.

1835.

2. Jan. Hfd. 2520.
 8. — böh. G. 2056.
 17. — Hfd. 1073.
 21. — steier. G. 2520.
 24. — Hfd. 842.
 26. — böh. A. G. 2056 *).
 31. — hfr. Bdg. 906.
 2. Febr. o. ö. R. 842.
 23. — böh. G. 2296.
 12. März Hfd. 26.
 20. — Hfd. 1395.
 24. — Hfd. 1003.
 29. — n. ö. R. 2088 *).
 2. April Hfd. 38.
 9. — böh. G. 965.
 10. — hfr. Z. 1003.
 11. — n. ö. R. 78.
 13. — illir. Erbthff. 2405.
 17. — n. ö. R. 998.
 24. — tir. A. G. 2641.
 26. — Hfd. 2558.
 1. Mai Hfd. 1922.
 3. — steier. G. 2558.

16. Mai Hfd. 1396 u. 1589.
 18. — Hfd. 1471.
 21. — Hfd. 2531.
 21. — in. v. N. G. 1932.
 25. — Hfd. 1223 u. 1396.
 29. — in. v. N. G. 1471.
 29. — böh. G. 1818 *).
 1. Juni böh. G. 2531.
 2. — Hfd. 161.
 3. — Hfd. 1369.
 3. — mäh. G. 2531.
 9. — Hfd. 2583.
 9. — Hfd. 162.
 10. — Hfd. 1397.
 12. — Hfd. 132 u. 1580.
 16. — Hfd. 2425.
 17. — o. v. R. 146.
 19. — a. h. G. 2068.
 19. — Hfd. 2045.
 22. — Hfd. 553.
 27. — Hfd. 469.
 1. Juli böh. G. 132.
 1. — Hfd. 163, 656, 1580
 u. 1791.
 2. Juli Hfd. 133 *).
 4. — Hfd. 162.
 7. — Hfd. 553.
 8. — Hfd. 2023.
 9. — Hfd. 1398.
 11. — Hfd. 510.
 15. — Hfd. 346.
 17. — böh. G. 133 *).
 22. — Hfd. 2414.
 5. Aug. hfr. R. 1589.
 7. — hfr. R. 2434.
 8. — steier. G. 2458.
 14. — Hfd. 1223.
 14. — hfr. R. 2094.
 16. — Hfd. 163.
 17. — Hfd. 1405.
 20. — Hfd. 1369 u. 2434.
 20. — hfr. Z. 1396.
 22. — Hfd. 1399.
 22. — Hfd. 872.
 24. — hfr. Z. 553.
 24. — Hfd. 1398.
 25. — Hfd. 59 *).
 29. — Hfd. 377.
 30. — gal. G. 2045.
 2. Sept. hfr. R. 2619.
 7. — Hfd. 872.
 9. — Hfd. 5.
 16. — hfr. Z. 162.
 23. — Hfd. 1405.
 29. — Hfd. 911.
 30. — böh. Gen. Rom. 2619.
 8. Okt. Hfd. 2022.
 10. — Hfd. 2595.
 12. — Hfd. 322.
 15. — böh. G. 5.

16. Okt. Hfd. 2022.
 18. — hfr. Z. 2596.
 19. — böh. Erbsthff. 2455.
 20. — böh. G. 2454.
 20. — steier. G. 2547.
 22. — böh. G. 2219 *).
 5. Nov. Hfd. 2080.
 6. — hfr. Bdg. 1011.
 11. — böh. G. 169 *).
 11. — Hfd. 2600.
 12. — hfr. Z. 2068.
 26. — Hfd. 2558.
 4. Dez. Hfd. 591.
 10. — hfr. R. 1765.
 10. — steier. G. 2558.
 17. — böh. G. 2088 *).
 22. — Hfd. 79, 193.
 23. — Hfd. 60.
 29. — Hfd. 2275.
 29. — Hfd. 1841.
 31. — hfr. Bdg. 383.

1836.

1. Jan. Hfd. 79.
 3. — gal. G. 591.
 4. — Hfd. 2069.
 11. — Hfd. 58 u. 2521.
 13. — Hfd. 2584.
 13. — Hfd. 193.
 14. — n. v. R. 2025.
 17. — hfr. R. 2077 *).
 21. — hfr. Z. 2595 *).
 23. — n. v. R. 58.
 24. — o. v. R. u. steier. G. 58.
 31. — böh. G. 58.
 1. Febr. Hfd. 207.
 1. — n. v. R. 2584.
 4. — böh. G. 1628.
 10. — hfr. Ref. 656 u. 1580.
 13. — Hfd. 1406.
 15. — hfr. Ref. 546.
 16. — Hfd. 1765.
 17. — hfr. Z. 1841 u. 2069.
 17. — hfr. Ref. 79.
 18. — böh. Gub. 322.
 19. — Hfd. 470 u. 2077.
 22. — Hfd. 1075.
 24. — Hfd. 1356.
 25. — steier. G. 2521.
 29. — böh. G. 406.
 29. — Hfd. 2150.
 4. März Nordbahn-Priv. 33.
 4. — Hfd. 2113.
 4. — Mil. N. G. 546.
 4. — illir. G. 58.
 7. — kustenl. G. 58.
 16. — n. v. R. 1357.
 17. — Hfd. 2155.
 19. — mäh. G. 58.
 20. — Hfd. 918.

20. März hfr. Ref. **1405.**
 21. — Studienhofsd. **108** *)
 26. — hfr. Ref. **872.**
 10. April Zhfd. **2136.**
 18. — böh. G. **2275.**
 21. — böh. G. **1629.**
 22. — Hfd. **2462.**
 27. — Hfd. **1356.**
 30. — mäh. G. **2150.**
 3. Mai n. ö. R. G. 991 Note.
 11. — n. ö. R. **918.**
 16. — Stud. Hofmd. **106** *).
 18. — steier. G. **2459.**
 21. — böh. G. **108** *).
 24. — Zhfd. **1763.**
 26. — Hfd. **1123.**
 2. Juni hfr. Vdg. **1012** u. **2462.**
 3. — böh. G. **1123.**
 15. — n. ö. R. **2023** *).
 17. — Hfd. **2033.**
 22. — Zhfd. **1158.**
 25. — hfr. Ref. **194.**
 5. Juli mäh. G. **469** *)
 7. — böh. G. **106** *).
 13. — Hfd. **367.**
 23. — Stud. Hofmd. **107.**
 27. — Hfd. **1298.**
 7. Aug. hfr. R. **2136.**
 8. — n. ö. R. **367.**
 9. — mäh. G. **2033.**
 15. — Hfd. **1742.**
 12. — mäh. G. **107.**
 19. — Hfd. **1316** *).
 29. — Zhfd. **2110.**
 1. Sept. hfr. Ref. **195.**
 6. — Hfd. **2110.**
 15. — n. ö. R. **1316** *).
 15. — hfr. R. **2110.**
 23. — hfr. R. **1763.**
 24. — Hfd. **90.**
 27. — n. ö. R. **367** *).
 1. Okt. n. ö. R. **90.**
 7. — hfr. Z. **196.**
 11. — hfr. R. **2548.**
 14. — hfr. Z. **1158.**
 25. — Statuten der Nordbahn.
1848.
 2. Nov. Hfd. **2438.**
 4. — mäh. G. **2559.**
 17. — n. ö. R. G. 991 Note.
 29. — Hfd. **2177.**
 1. Dez. böh. G. **2088** *).
 6. — Hfd. **2325.**
 9. — böh. G. **2295.**
 10. — n. ö. R. **2532.**
 27. — Zhfd. **1630.**

1837.

9. Jan. böh. A. G. **1630.**

18. Jan. böh. G. **1191.**
 19. — Hfd. **1631.**
 26. — böh. G. **2268.**
 1. Febr. hfr. Vdg. **2433.**
 7. — Zhfd. **2142** u. **2240.**
 8. — böh. G. **1631.**
 8. — Hfd. **198.**
 10. — Studienhofsd. **108.**
 13. — Zhfd. **1926.**
 14. — Hfd. **2184.**
 20. — böh. A. G. **2142.**
 20. — n. ö. R. **2184.**
 23. — Hfd. **1658.**
 27. — böh. A. G. **1926.**
 3. März Hfd. **1513** *)
 6. — böh. G. **2057.**
 8. — hfr. R. **2620.**
 9. — Hfd. **1407.**
 14. — Hfd. **2605.**
 15. — gal. G. **1866.**
 18. — böh. G. **1513** *).
 19. — Zhfd. **1300.**
 24. — Hfd. **2506.**
 25. — steier. G. **1658.**
 27. — steier. G. **2211.**
 28. — mäh. G. **108.**
 4. April Hfd. **46.**
 7. — hfr. R. **2605** **).
 10. — Zhfd. **966.**
 11. — Zhfd. **1220.**
 12. — hfr. Vdg. **1300.**
 14. — hfr. R. **839.**
 21. — böh. G. G. **1113** *).
 27. — steier. G. **2458-9.**
 1. Mai Zhfd. **2143.**
 4. — steier. G. **2492.**
 5. — Hfd. **839.**
 6. — böh. G. **46.**
 11. — Hfd. **2560.**
 23. — Zhfd. **2005.**
 30. — Hfd. **1513.**
 30. — Zhfd. **1266.**
 2. Juni mäh. G. **2560.**
 5. — böh. A. G. **2005.**
 17. — hfr. R. **198** *), **966** u. **2240.**
 20. Juni steier. G. **1513.**
 22. — hfr. R. **2421.**
 23. — Hfd. **45.**
 24. — böh. G. **2155.**
 30. — Hfd. **2212.**
 4. Juli böh. G. **2088** *).
 13. — Hfd. **1594.**
 14. — Hfd. **1680.**
 17. — Hfd. **2586.**
 18. — Zhfd. **1216.**
 22. — o. ö. R. **1857.**
 25. — Zhfd. **1595.**
 31. — Zhfd. **1158.**
 1. Aug. böh. A. G. **1595.**

8. Aug. n. o. A. G. 1159.
 11. — latib. G. 45.
 18. — hfr. R. 2596.
 18. — Hfd. 161.
 19. — Hfd. 2276.
 30. — hfr. R. 1596.
 5. Sept. hfr. R. 197.
 5. — Hfd. 1349 u. 2261.
 7. — Hfd. 147.
 12. — Hfd. 554.
 15. — hfr. R. 1594.
 15. — mäh. G. 2561.
 19. — böh. G. 2507.
 22. — böh. Gen. Rom. 197.
 28. — steier. G. 147.
 1. Okt. Hfd. 102.
 20. — Hfd. 449.
 21. — hfr. R. 2005 u. 2143.
 28. — illir. R. G. B. 2325.
 30. — hfr. R. 1216.
 30. — Hfd. 2350.
 2. Nov. Hfd. 36.
 5. — gal. G. 2241.
 5. — Hfd. 2587.
 5. — Pat. 919.
 9. — Hfd. 1349.
 14. — a. h. G. 1254.
 20. — steier. G. 36.
 23. — hfr. R. 554.
 24. — böh. G. 1857.
 24. — Hfd. 2032.
 26. — o. ö. R. 36.
 26. — böh. G. 36.
 28. — mäh. G. 36.
 29. — hfr. R. 147 *) u. 2261.
 30. — Hfd. 1521.
 9. Dez. hfr. R. 449.
 10. — böh. G. 1596.
 12. — böh. G. 2032.
 13. — Hfd. 2609.
 15. — o. ö. R. 1521.
 16. — mäh. G. 2032.
 29. — Eisenbahn = Konzeßionsſystem
34.

1838.

12. Jan. hfr. R. 2609.
 13. — hfr. R. 2587.
 22. — Hfd. 450.
 23. — Hfd. 2411.
 29. — Hfd. 1421.
 31. — böh. G. 847 *).
 3. Febr. Hfd. 450.
 9. — Hfd. 1990.
 10. — Hfd. 1358.
 12. — steier. G. 2411.
 14. — Hfd. 1066.
 20. — Hfd. 2242.

20. Febr. böh. G. 1990.
 1. März hfr. R. 2006.
 5. — Hfd. 853.
 8. — steier. G. 1066.
 12. — böh. A. G. 1990.
 13. — Hfd. 2351.
 23. — böh. G. 853.
 26. — böh. A. G. 2351.
 27. — Hfd. 2006.
 3. April Hfd. 857.
 3. — böh. A. G. 2006.
 7. — Hfd. 1839.
 14. — hfr. R. 450 u. 1421.
 17. — Hfd. 1644.
 23. — böh. A. G. 1644.
 24. — böh. G. 486.
 24. — mäh. G. 857.
 26. — hfr. R. 2582 *).
 30. — Hfd. 1696.
 30. — hfr. R. 2095.
 6. Mai Hfd. 1632.
 7. — böh. G. 857.
 15. — Hfd. 1549.
 23. — böh. G. 1632.
 28. — Hfd. 1023.
 29. — Hfd. 891.
 2. Juni hfr. R. 1358.
 3. — hfr. R. 2096.
 5. — Hfd. 1549.
 6. — Hfd. 168.
 11. — böh. A. G. 891.
 12. — Hfd. 1809.
 15. — Hfd. 59 *).
 15. — Mil. A. G. 2242.
 18. — Eisenbahn = Konzeßionsſystem
34.
 26. Juni Hfd. 947.
 27. — hfr. R. 2613.
 3. Juli Hfd. 1370.
 6. — Fahrpoſtord. S. 22. 1473.
 13. — Mil. A. G. 2613.
 10. Aug. böh. G. 1809.
 18. — hfr. R. 1023.
 31. — böh. G. 2156.
 13. Sept. hfr. R. 169.
 15. — hfr. R. 947.
 18. Okt. böh. G. G. 1118 *).
 18. — Hfd. 1028.
 28. — böh. G. 1370.
 6. Nov. Brieffpoſtord. S. 31. 1474.
 13. — Hfd. 1032.
 20. — a. h. G. 133.
 20. — Hfd. 2353.
 27. — Hfd. 133.
 27. — a. h. G. 1381.
 3. Dez. böh. A. G. 2353.
 4. — Hfd. 2538.
 14. — hfr. R. 1028.
 19. — hfr. R. 2538.
 29. — a. h. G. 1040.

1839.

7. Jän. Shfd. 1381.
 22. — Shfd. 1639.
 26. — hfr. R. 1032.
 29. — Shfd. 975.
 29. — böh. A. G. 1381.
 5. Febr. Shfd. 977.
 6. — böh. G. 133.
 14. — böh. A. G. 975.
 15. — hfr. Vdg. 2097.
 19. — böh. A. G. 977.
 19. März Shfd. 1821.
 24. — hfr. Z. 912.
 27. — Shfd. 1225.
 28. — hfr. R. 975 u. 1639.
 2. April böh. A. G. 1821.
 8. — böh. A. G. 1225.
 6. Mai Shfd. 879.
 25. — Shfd. 1040.
 25. — hfr. R. 1225.

29. Mai hfr. R. 2539.
 8. Juni hfr. R. 1381*).
 8. — Shfd. 2508.
 29. — hfr. R. 879.
 1. Juli böh. Gen. Kom. 1381*).
 1. — Shfd. 2385.
 4. — Shfd. 1437.
 8. — o. ö. R. 2508.
 9. — Vertrag 2578.
 10. — hfr. R. C. 1345*).
 22. — böh. G. 1437.
 14. Aug. Shfd. 2526.
 9. Sept. böh. A. G. 2526.
 12. — hfr. R. 2385.
 26. — hfr. R. 2453.
 3. Okt. Vertrag 2578.
 21. — Shfd. C. 1312*).
 7. Nov. hfr. R. 2578*).
 10. Dez. Shfd. C. 1138*).
 17. — böh. A. G. C. 1138*).

I n h a l t.

	Seite.
Einleitung	1.
Allgemeine Gerichtsordnung.	
Kundmachungspatent	9.
1. Kap. Von dem gerichtlichen Verfahren überhaupt	11.
2. — Von dem mündlichen Verfahren	106.
3. — Von dem schriftlichen Verfahren	114.
4. — Von Vertretungen	126.
5. — Von der Widerklage	128.
6. — Von der Befugniß und Schuldigkeit zu klagen und sich zu vertheidigen	130.
7. — Von dem eigentlichen Aufforderungsprozesse	142.
8. — Von der Aufforderung bei einem vorzunehmenden Baue	175.
9. — Von dem Konkursprozesse	186.
10. — Von dem Rechnungsprozesse	186.
11. — Von dem Beweise	194.
12. — Von dem Beweise durch Eingeständniß	195.
13. — Von dem Beweise durch briefliche Urkunden	197.
14. — Von dem ordentlichen Beweise durch Zeugen	257.
15. — Von dem Beweise zum ewigen Gedächtnisse	281.
16. — Von dem summarischen Beweise durch Zeugen	285.
17. — Von dem Beweise durch Kunstverständige	286.
18. — Von dem Beweise durch den Haupteid	298.
19. — Von dem Erfüllungs- und Ableinungsseide	303.
20. — Von dem Schätzungsseide	304.
21. — Von der eidlichen Angabe	306.
22. — Von den Eiden insgemein	307.
23. — Von Intitulirung der Akten	313.
24. — Von den Urtheilen	316.
25. — Von der Appellation und Revision, dann der Nullitätsklage	323.
26. — Von Versuchung der Güte	350.
27. — Von Schiedsrichtern	358.
28. — Von dem Irreße	362.
29. — Vom Verbote auf fahrende Güter	366.
30. — Von Sequestrationen und andern mittlerweiligen Vorkehrungen	408.
31. — Von der Exekution	417.
32. — Von Stillständen und von Behandlung der Gläubiger	501.
33. — Von Abtretung der Güter	504.
34. — Von der Einsetzung in den vorigen Stand	507.
35. — Von den Ferien	514.
36. — Von Zustellung der gerichtlichen Verordnungen	519.

	Seite.
37. Kap. Von den Gerichtskosten	536.
38. — Von den Advokaten	540.
39. — Von dem Richter	577.
Konkursordnung	603.
Verfahren in Ehestreitsachen	665.
Verfahren bei den Militärgerichten	677.
Militär=Justiz=Norma	693.
Verfahren bei den Berggerichten	725.
Verfahren bei den Wechselgerichten	734.
Verfahren in Ausziehstreitsachen	
in Wien	741.
in Klagenfurt	745.
in Prag	747.
in Linz	749.
in Grätz	753.

Allgemeine Gerichtsinstrukzion.

Kundmachungspatent	757.
------------------------------	------

Erste Abtheilung.

1. Absch. Von Einreichung der Schriften und dem Einreichungsprotokolle	758.
2. — Von Zutheilung der Schrift an den Referenten	766.
3. — Von Beförderung der überreichten Schriften an den Referenten	770.
4. — Von der Ausarbeitung zum künftigen Referate	772.
5. — Von dem Vortrage, der Berathschlagung und Erledigung	781.
6. — Von Führung des Rathsprötokolles	820.
7. — Von Expedirung des Konklusums	824.
8. — Von Ausfertigung und Zustellung der Expeditionen	871.
9. — Von Aufbewahrung der Akten und worin die Registratur eigentlich bestehe	875.
10. — Von der Aufsicht und Kontrolle über die Stelle	881.

Zweite Abtheilung.

1. Absch. Von dem Benehmen der ersten Behörde bei Aufnahme mündlicher Klagen	917.
2. — Von dem Benehmen der ersten Instanzen bei Tagfazungen	918.
3. — » » » » » bei dem Zeugenverhöre	920.
4. — » » » » » bei Eiden	921.
5. — » » » » » in Abhandlungssachen	926.
6. — » » » » » in Waisensachen und Kuratelen	1014.
7. — » » » » » in Rechnungssachen	1019.
8. — » » » » » bei Inrotulirung der Akten	1024.
9. — » » » » » bei gerichtlichen Depositen	1066.
10. — Von dem Benehmen der Appellationsgerichte bei Prüfung der Advokaten	1064.

Taxen bei Zivilgerichten:

in Streitsachen	1069.
im adeligen Richteramente	1112.
Zähltaxe in und außer Streit	1128.
Mortuar	1134.
Erbsteuer	1157.

Siebigkeiten für Institute:

	Seite.
Lizitationsprozente für Armeninstitute	1266.
Beiträge zur Armenbürgerlade, zum Wohlthätigkeitsfonde und zum allg. Krankenhause in Wien	1275.
Halbes Armenprozent in Grätz	1278.
Halbes Prozent für den weltlichen Stiftungsfond, resp. Krankenhausfond in Prag	1280.
Alumnat, Seminarium, Defizientenhaus	1282.
Normalschulfondsbeitrag	1284.
Invalidenfondsbeitrag	1289.
Allgemeine Vorschrift über die Gebühren in Mähren	1296.

Abfahrtsgehd und Freizügigkeit.

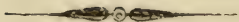
Abfahrtsgehd	1303.
Freizügigkeit	1307.
Tagen bei Militärgerichten	1341.

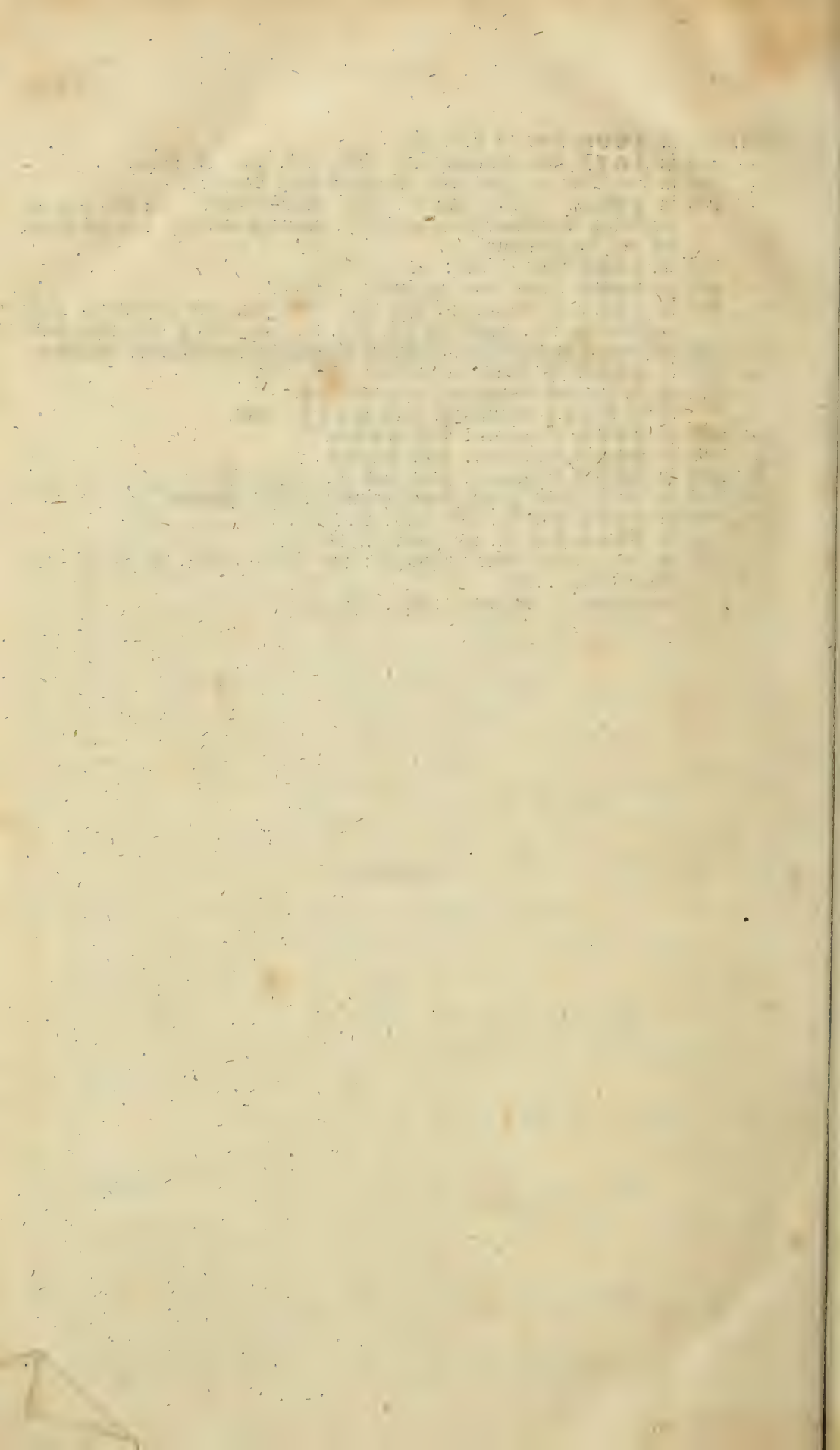
Berichtigung und Ergänzung.

- Seite 18 zu **36** ist beizusetzen: Hfr. Vdg. v. 13. Nov. N. 3861 an das böhm., mäh., u. ö., illir. u. in. ö. Gen. Kom. und an den in Italien kommandirenden General (Mil. 84).
- » 33 in der Note, 3. Zeile statt 33 lies: 336.
- » 52 in **108** in der 5. Z. sind die Worte: laut — 10369, wegzulassen.
- » 81 in der Note beizusetzen: Mil. 95.
- » 89 in **168**, 2. Zeile hinter Z. 31033 zu setzen: (P. 360).
- » 98 hinter **197** zu setzen: Hfr. Zir. v. 5. Sept. 1837 F. 1133 (Mil. 65).
- » 153 in **352** statt Zollpat. vom 1. lies: vom 2.
- » 163 statt der ersten Note ist zu setzen: S. **376**.
- » 206 in **449** am Ende des Zitates zu setzen: (Mil. 108).
- » 227 in **486** im Zitate beizusetzen: (P. 208).
- » 263 in **554** am Ende des Zitates beizusetzen: (Mil. 92).
- » 281 ist vor dem 15. Kapitel noch zu setzen:
b) bei den magistratischen Gerichtsverwaltungen in den Vorstädten Wiens; s. **1839**.
- » 297 in der 3. Zeile statt **194** lies: **193**.
- » 369 in **853** der Zahl 15199 ist beizusetzen: (P. 150); d. u. ö. Reg. v. 21. Z. 16538; d. o. ö. Reg. v. 24. Z. 8798 u. d. illir. Sub. v. 29. 6697.
- » 369 in **857** der Zahl 18811 ist beizusetzen: (P. 247).
- » — — 3. Zeile von unten statt 26 lies: 25.
- » 379 in **935** statt b) lies: h).
- » 383 in **900** statt (Mil. 64) lies: (Mil. 98).
- » 410 in **964** statt Mai lies: März.
- » 416 in **977** in der 9. Zeile hinter Einschreiten zu setzen: nicht.
- » 449 in **1010** beizusetzen: Hfr. Res. v. 19. Juli F. 1038.
- » 450 in der 26. Zeile zu setzen hinter Nebengebühren: ein Beistrich.
- » 529 in **1216** beizusetzen: (Mil. 79).
- » 532 in **1222** hinter 1832 ist zu setzen: Z. 3129.
- » — — hinter (G. 231) ist zu setzen: Hfr. Z. v. 16. Okt. F. 1697 (Mil. 108).
- » 556 in **1296** beizusetzen: N. 2489.
- » 563 in der Note, 2. Zeile statt vertre- lies: vertreten.
3. Zeile hinter wären zu setzen: ;
- » 585 in **1351** beizusetzen: des illir. Sub. v. 10.; der o. ö. Reg. v. 12. u. des mäh. Sub. v. 24.
- » 609, §. 5 in der 7. Zeile hinter und setze: den.
- » — in **1437** beizusetzen: Hfr. Res. v. 16. Aug. F. 1236.
- » 641 in **1530** in der letzten Zeile statt dennoch lies: in diesem Falle, am Ende beizusetzen: allerdings.
- » 663 in **1585** statt (S. d. M. G. S. lies: (Mil.
- » 672 in **1596** hinter 799 zu setzen: an das Mil. A. G. (Mil. 60).

Seite 684 in **1609** statt 14 lies: 144.

- » 688 in **1611** noch beizusetzen: oder Hfd. v. 5. Dez. N. 2374.
- » 929 in der Note, 5. Zeile statt Prozeß lies: Profeß.
- » 935 in **1961**, 5. Zeile hinter richte einzuschalten: , um ihn den betreffenden Amtsbüchern einzuschalten, angezeigt werden; dagegen haben sich die Berggerichte
- » 936 in **1963** statt e) lies: e).
- » 955 in **2005** hinter 1837 zu setzen: Z. 2743.
- » 957 in **2012** ist beizusetzen: den Mil. Behörden und Klassen zur Dar- nachachtung Fdg. durch das kfr. Z. v. 11. Juni 1828 F. 768 (Mil. 109).
- » 966 in **2032** in der 4. Zeile hinter Entschl. ist einzuschalten: (**2109**).
- » 1034 in **2143** im Zitate beizusetzen: (Mil. 77).
- » 1074 ist zu **2170** beizusetzen: siehe **2294**.
- » 1075 ist zu **2174** beizusetzen: siehe **2215 — 16**.
- » 1085 zu **2212** beizusetzen: siehe **2280**.
- » 1089 zu **2216** beizusetzen: siehe **2174**.
- » 1128 zu **2310** beizusetzen: siehe auch S. 1264 S. 65.
- » 1134 in der 3. Zeile hinter **102** beizusetzen: und **2293**.
- » 1136 in **2332** statt N. 1101 lies: N. 1011.
- » 1143 in **2359** statt N. 212 lies: N. 112.
- » 1144 ist der zweiten Note beizusetzen: und im 2. Hefte des II. B. des Juristen S. 284.
- » 1226 zu **2453** ist beizusetzen: siehe **2470**.







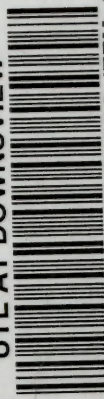
**PLEASE DO NOT REMOVE
CARDS OR SLIPS FROM THIS POCKET**

UNIVERSITY OF TORONTO LIBRARY

v.3

01-858-904

UTL AT DOWNSVIEW



D RANGE BAY SHLF POS ITEM C
39 10 03 15 14 009 8